

Carlo Lejeune & Christoph Brüll (Hg.)

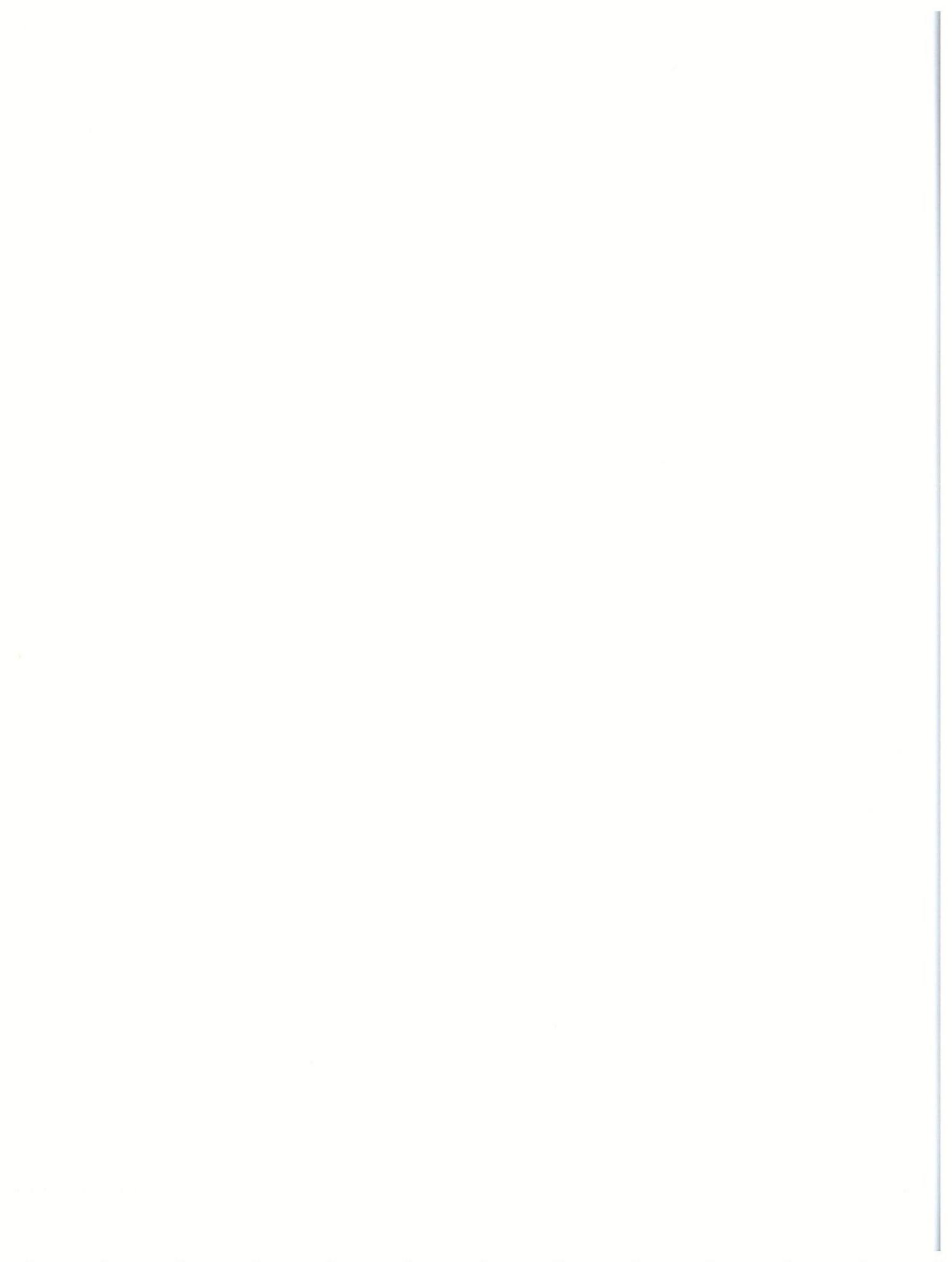
Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Band 5

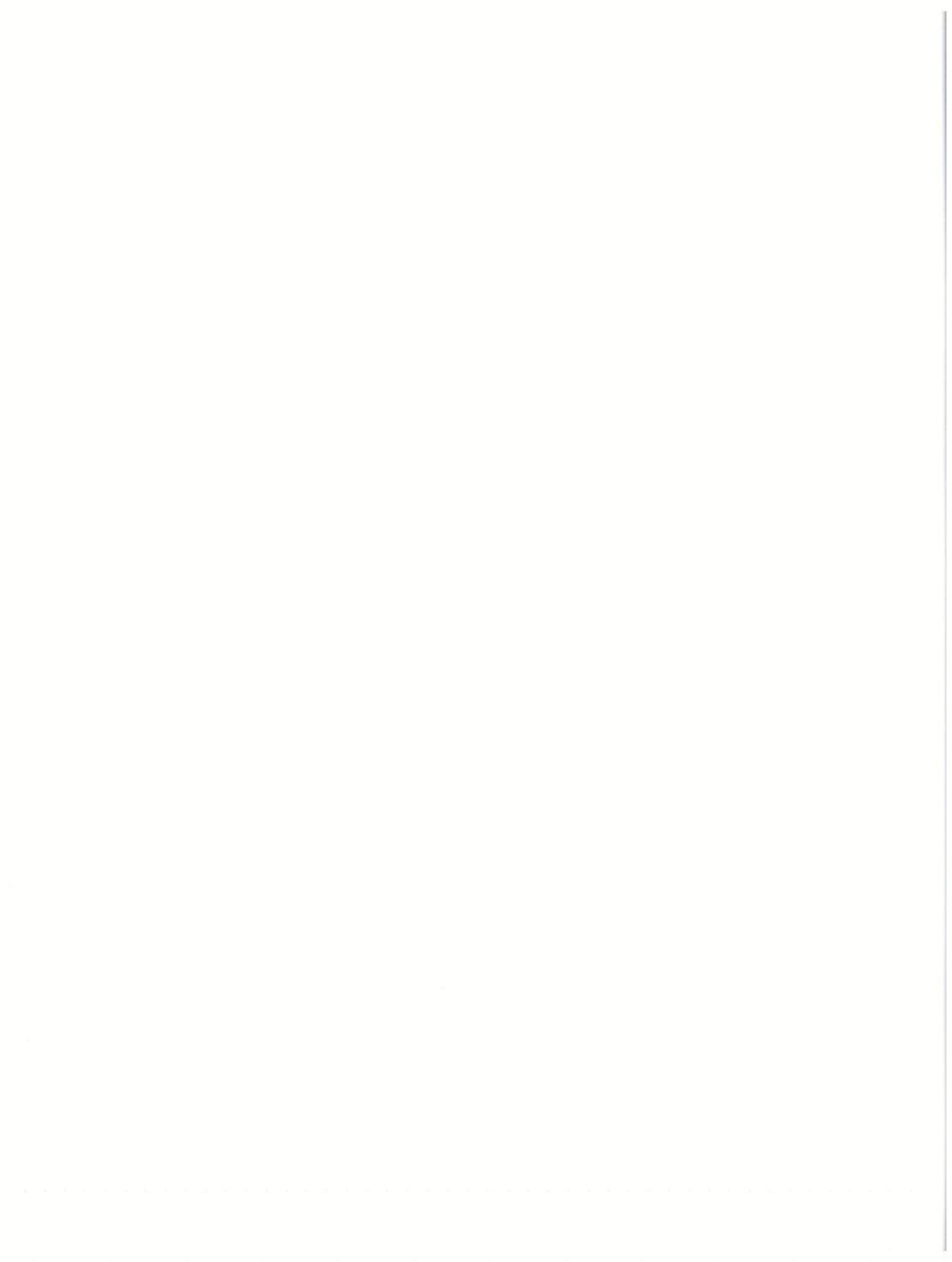
Säuberung, Wiederaufbau,
Autonomiediskussionen (1945-1973)

GEV



Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens



Carlo Lejeune & Christoph Brüll (Hg.)

Grenzerfahrungen

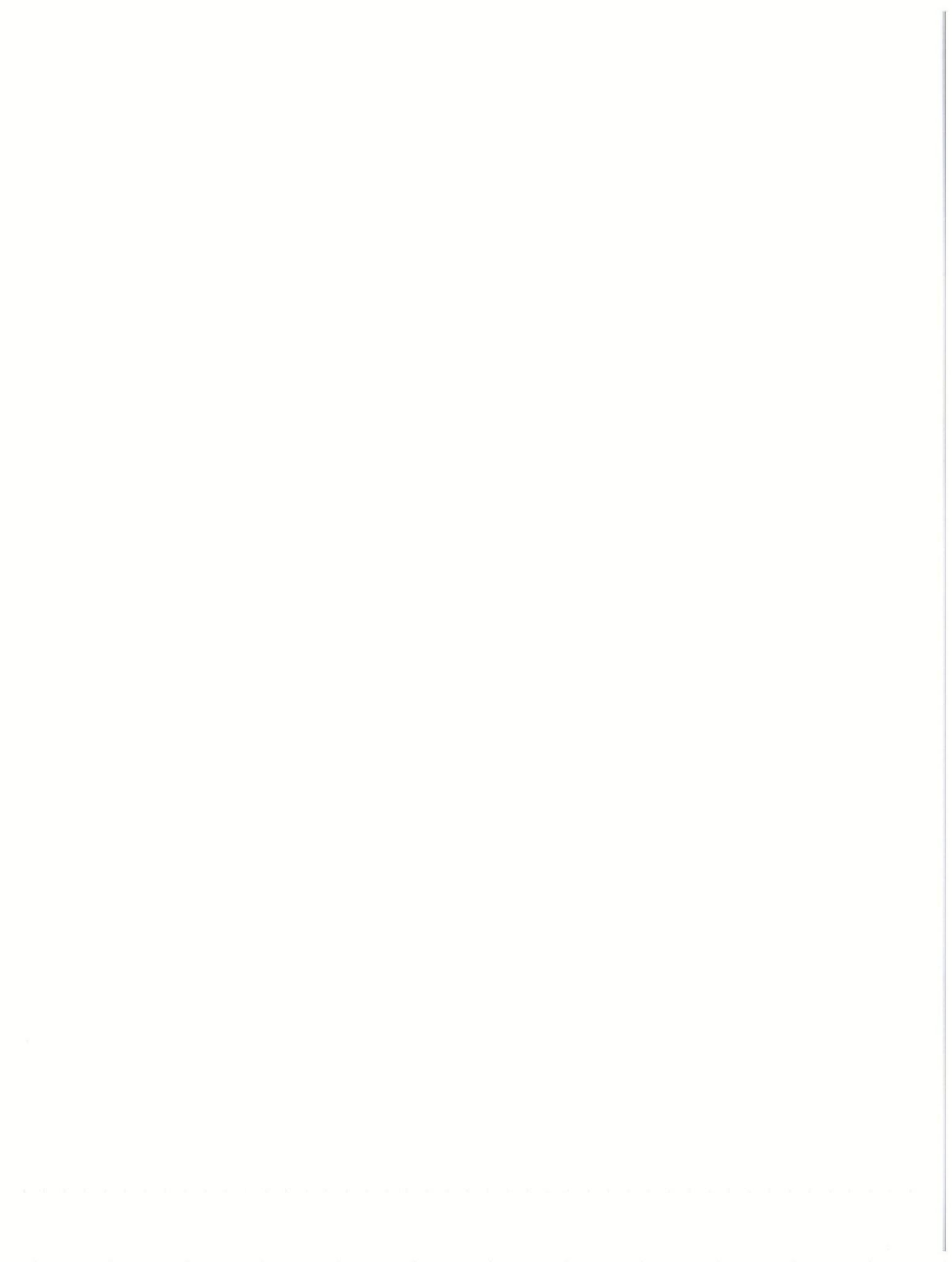
Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Band 5

Säuberung, Wiederaufbau,
Autonomiediskussionen (1945-1973)

mit Beiträgen von

Philippe Beck, Christoph Brüll, Freddy Cremer, Joseph Dries,
Andreas Fickers, Carlo Lejeune, Werner Mießen, Peter M. Quadflieg,
Nina Reip, Sebastian Scharte



Carlo Lejeune & Christoph Brüll (Hg.)

Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Band 5

Säuberung, Wiederaufbau,
Autonomiediskussionen (1945-1973)

mit Beiträgen von

Philippe Beck, Christoph Brüll, Freddy Cremer, Joseph Dries,
Andreas Fickers, Carlo Lejeune, Werner Mießen, Peter M. Quadflieg,
Nina Reip, Sebastian Scharte

GEV (Grenz-Echo Verlag), Eupen, 2014

www.gev.be

buchverlag@grenzecho.be

ISBN 978-3-867121-086-9
D/2014/3071/5

Alle Rechte vorbehalten

Nichts aus dieser Ausgabe darf vervielfältigt, in einen Datenbestand übernommen und/oder veröffentlicht werden, sei es elektronisch, mechanisch, durch Fotokopien, Aufnahmen oder auf gleich welche andere Art und Weise ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlags, der Fotografin oder der Illustratorin.

DG

Diese Publikation wird durch die Deutschsprachige Gemeinschaft unterstützt
(Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzeptes).

Das Publikationsprojekt wird durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Ihm gehören an:
Dr. Christoph Brüll (FNRS/Université de Liège), Joseph Dries (ehemaliges Mitglied im Kabinett des Ministers für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung), Prof. Dr. David Engels (Université libre de Bruxelles), Prof. Dr. Andreas Fickers (Universität Luxemburg), Dr. Stephan Förster (Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft), Els Herrebout (Staatsarchiv Eupen), Dr. Carlo Lejeune (AHS Eupen), Prof. Dr. Paul Thomes (RWTH Aachen)

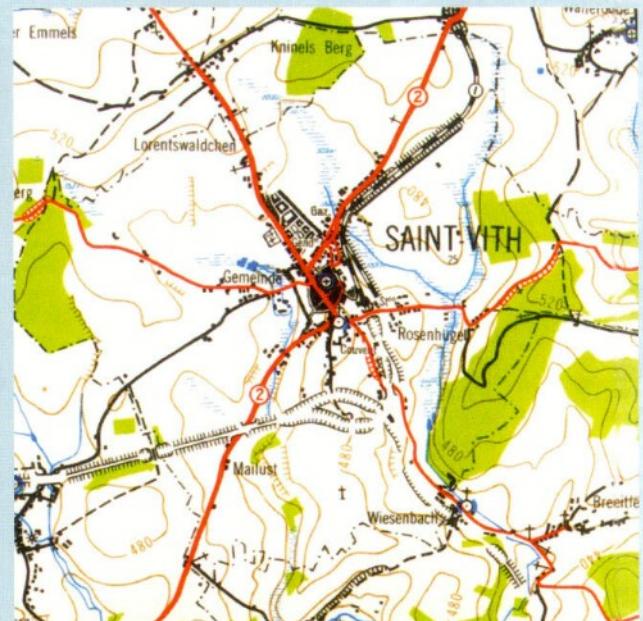
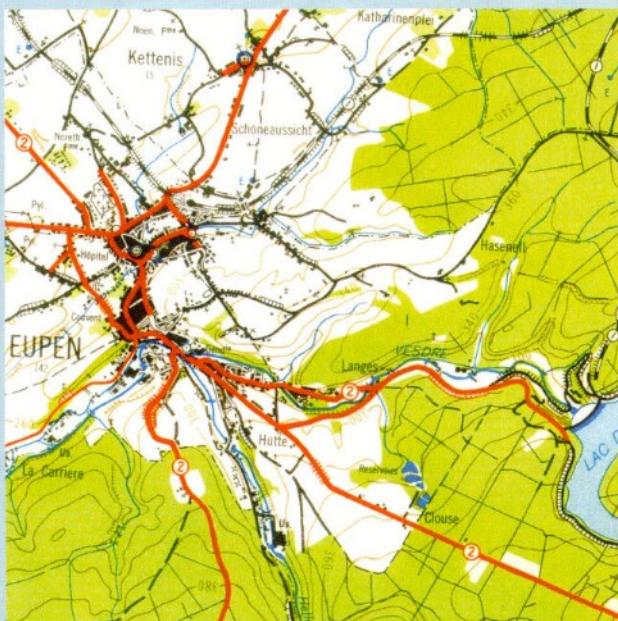
Printed in EU

Inhaltsverzeichnis

DAS LAND DER VIELEN GRENZEN.....	6
Räume, Landschaft, Menschen	
Von Christoph Brüll, Joseph Dries und Peter M. Quadflieg	
DIE LANGEN SCHATTEN DER SÄUBERUNG.....	18
Erinnerungskulturen im Vergleich	
Von Carlo Lejeune	
KEINE LÖSUNGEN FÜR ZWANGSSOLDATEN?.....	34
Kampf um Anerkennung und Statut	
Von Peter M. Quadflieg	
„HILF DIR SELBST, SO HILFT DIR GOTT!“	46
Verzerrende Geschichtsbilder und fehlendes Selbstbewusstsein	
Von Christoph Brüll, Freddy Cremer und Werner Mießen	
HINEINWACHSEN IN NEUE (LEBENS-)WELTEN	104
Belgien- und Europabilder als Zeugnisse von Vorstellungen und Erfahrungen	
Von Carlo Lejeune	
ÜBERGANG, ANPASSUNG, BOOM	118
Regionale Wirtschaftsentwicklung im europäischen Rahmen	
Von Peter M. Quadflieg	
DIE UNBEMERKTE REVOLUTION.....	188
Eifel: Entwicklungsschübe im Alltag, Brüche in der Mentalität	
Von Carlo Lejeune	
MAL GRUNDLEGEND, MAL NUANCIERT, MAL OFFENSICHTLICH	194
Eupener Land: Wandel im Alltag, Veränderung im Denken	
Von Sebastian Scharte	
CULTURE, VOUS AVEZ DIT KULTUR?	200
Kulturarbeit zwischen Fremdbestimmung und Selbstfindung	
Von Christoph Brüll	
DIE OSTBELGISCHEN MEDIEN ALS AKTEUR DER AUTONOMIEDEBATTE?.....	218
Von der Polarisierung zur Meinungsvielfalt	
Von Andreas Fickers	
DAS LANGE LITERARISCHE SCHWEIGEN	236
Dichter als Vorreiter oder Mitläufer der Autonomiediskussionen?	
Von Philippe Beck	
DIE 73ER-GENERATION	242
Generationenkonflikte, 68er-Geist und kulturelle Emanzipation	
Von Andreas Fickers	
BRÜCHE UND „AUF-BRÜCHE“ IN DER OSTBELGISCHEN GESELLSCHAFT.....	258
Das Ende der Versäulung in der Sozialpolitik?	
Von Carlo Lejeune	
FUNKSTILLE	276
Von Vergangenheitsverschwiegenheit und Geschichtsmanipulation	
Von Nina Reip	

RÄUME, LANDSCHAFT, MENSCHEN DAS LAND DER VIELEN GRENZEN

von CHRISTOPH BRÜLL, JOSEPH DRIES UND PETER M. QUADFLIEG





„Landschaften, Räume sind nicht bloß vorhandene Realitäten, sondern auch und vor allem Überbleibsel der Vergangenheit. Vergangene Horizonte werden für uns neu gemalt, neu geschaffen durch die gebotenen Spektakel: Die Erde ist, wie unsere Haut, dazu verdammt, die Spuren unserer alten Verletzungen zu bewahren.“¹ Diese Aussage des französischen Historikers Fernand Braudel ruft dazu auf, Landschaften und Räume zu lesen und zu interpretieren. Was lässt sich an der Landschaft zwischen Göhl und Our für den Zeitraum von 1945 bis 1973 ablesen?

Tief eingegraben in Landschaft und Gedächtnis haben sich die Zerstörungen der sogenannten Ardennenoffensive im Winter 1944/45, die in brutaler Härte über die Gegend hereinbrach. Das letzte militärische Aufbäumen des „Dritten Reiches“, an das auch viele Ostbelgier geglaubt bzw. mit dem sie sich arrangiert hatten, forderte einen hohen Tribut von Bevölkerung und Landschaft, von Soldaten und Zivilisten. Die „Befreiung“ durch die Amerikaner wurde nur von wenigen als solche empfunden. Vorsicht und Misstrauen charakterisierten die Haltung der traumatisierten Einwohner.

Die zerstörten Städte Malmedy und Sankt Vith waren die Symbole jener Zeit. Fast völlig dem Erdboden gleichgemacht, bestimmte der rasche Wiederaufbau das Landschaftsbild der ersten Nachkriegsjahre. Eine Landschaft, die zudem noch jahrelang einen großen Risikofaktor aufwies: Vielerorts fanden sich Waffen, Blindgänger und Munitionsteile, die vor allem für Kinder und Jugendliche eine erhebliche Gefahr darstellten. Dies galt auch für den von der Ardennenoffensive kaum berührten Norden des Gebiets um die Stadt Eupen. Vor allem in der Eifel waren manche Fluren und Felder noch lange Zeit von den Trümmern der Bomben- und Granateinschläge gekennzeichnet. Zerfetzte Baumstümpfe zeugten von den schweren Kämpfen, die auch die Wälder arg in Mitleidenschaft gezogen hatten.

Die Gleichzeitigkeit des Ungleicheitigen

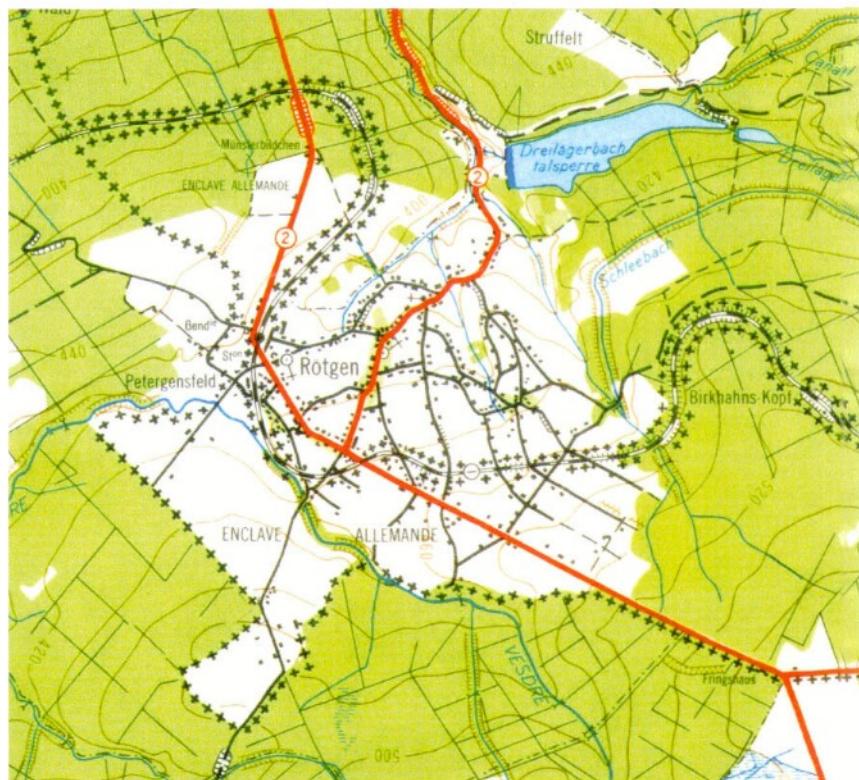
Knapp drei Jahrzehnte später, Anfang der 1970er Jahre, hatte sich das Landschaftsbild erheblich verändert. Die Geschwindigkeit dieses Wandels

war dramatisch. Ihr Symbol waren die geteerten Straßen, die das Verkehrsnetz nunmehr bestimmten und die Mobilität neuen Bedingungen unterwarfen². Hinzu kamen moderne Gebäude, Industriezonen, ja die ersten mehrstöckigen Häuser in den Kleinstädten ebenso wie neue Stallanlagen und große Futterilos auf den Bauernhöfen des ländlichen Raums. Doch der Blick auf die Landschaft zeigt nicht nur diesen Wandel, er zeigt auch eine für den Historiker schwer darstellbare Gleichzeitigkeit des Ungleicheitigen: Der Wandel fand eben nicht überall gleichzeitig und mit der gleichen Geschwindigkeit statt, ebenso wenig wie die mentalen Reaktions- und Anpassungsprozesse. Vieles veränderte sich rasch, anderes nur langsam. Das führte zu Brüchen. Doch dass die Umwelt von 1970 weniger mit der Welt von 1950 zu tun hatte

als diese mit der Welt von 1900, scheint für das vor allem ländlich geprägte Ostbelgien offensichtlich. Der Wandel fand so oder ähnlich in vielen Regionen Westeuropas statt, seine Spezifität für Ostbelgien rührte aus dessen Grenzlage und den Folgen der jüngsten Vergangenheit.

Wenn Grenzen trennen sollen

„Grenzen sind das denkbar Eindeutige. Sie trennen drinnen und draußen. Sie verlaufen zwischen diesseits und jenseits. Sie sind der Limes, der die zivilisierte Welt von den Barbaren trennt. Sie sagen einem, wer dazu gehört und wer nicht. [...] Sie besagen: Hier hört etwas auf, hier fängt etwas an. Sie gliedern Territorien, die sonst nur formloser, leerer Raum wären.“



Belgisch-deutsche Grenze zwischen Raeren und Rötgen mit deutschen Enklaven entlang der belgischen Vennbahntrasse

Sie geben etwas Gestalt. Wir können ohne Grenzen nicht leben. Ohne Grenzen wären wir verloren. Und doch wird die Grenze meist assoziiert mit Beschränkung, mit Einschränkung, mit beschränkt.“³

In den ersten Jahren nach 1945 wurde die Staatsgrenze von offizieller belgischer Seite als eine Art sanitäre Abgrenzung nach Osten hin dargestellt⁴. Die Bevölkerung sollte vor „üblichen“ Einflüssen bewahrt werden. Die Menschen vor Ort ihrerseits sahen in der Grenze eher ein Hindernis. Die Einschränkungen wurden als Schikane empfunden. Häufig französischsprachige Gendarmen und Zöllner machten deutlich, dass die Trennlinie zum ehemaligen Deutschen Reich unbedingt zu respektieren war und dass dahinter quasi Feindesland lag.

In den Zeiten vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges und bis zum Untergang des Deutschen Reiches war wohl für viele Menschen in Eupen-Malmedy-Sankt Vith die Grenzziehung, die durch den Versailler Vertrag festgelegt worden war, keine unumstößliche Tatsache. Die Revision der Grenze war während der Zwischenkriegszeit immer wieder ins Gespräch gekommen. Andere Grenzen, die in Versailles festgelegt worden waren, wurden durch Abstimmung oder durch politische oder militärische Erpressung seitens des nationalsozialistischen Deutschlands aufgehoben – so auch in Eupen-Malmedy 1940. Erst das Ende des Deutschen Reiches führte dazu, dass in den Köpfen der übergroßen Mehrheit der Eupen-Malmedyer eine Revision der staatlichen Zugehörigkeit nicht mehr ins Auge gefasst wurde. Von nun an definierte in der *mental map* die Grenze ohne Wenn und Aber

den Staat, zu dem man gehörte. Auch die Tatsache, dass das wirtschaftlich und sozial am Boden liegende Deutschland keinerlei attraktive Alternative mehr bot, trug dazu bei, die politisch-territoriale Grenze als nicht revidierbares Faktum auch in den Köpfen zu etablieren.

Zu den ersten Forderungen, die die belgische Regierung am 26. August 1944 noch vor ihrer Rückkehr aus dem Londoner Exil den Alliierten unterbreitete, gehörte die Wiederherstellung der deutsch-belgischen Grenze in ihren Zustand vor dem 10. Mai 1940. Die Annexion der Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith sowie der ebenfalls annexierten zehn altbelgischen Gemeinden sollte rückgängig gemacht werden.

Die Erfüllung dieser Forderung – von belgischer Seite gepaart mit der juristischen Nichtanerkennung der Annexion – wurde als eine Selbstverständlichkeit betrachtet.

Die schnelle deutsch-belgische Annäherung auf Regierungsebene, die in den sogenannten Septemberverträgen vom 24. September 1956 ihren Niederschlag fand, sorgte für die faktisch definitive Anerkennung der Abtretung Eupen-Malmedys durch die Bundesrepublik Deutschland. Deutschland machte seitdem keinerlei politische Ansprüche auf dieses Gebiet mehr geltend. Allerdings beobachtete man die Entwicklung im deutschen Sprachgebiet auch noch in den 1960er Jahren aufmerksam. Die Dezentralisierung



Eupen (11.04.1954): noch weitgehend unbebaute Außenbereiche und Hecken an den Grundstücksgrenzen

Belgiens und die Schaffung einer deutschen Kulturgemeinschaft wurden vom deutschen Auswärtigen Amt als korrekte und notwendige Anerkennung des Minderheitenstatus erachtet.

Damit einher ging der belgische Verzicht auf einige deutsche Ortschaften wie Bildchen, Losheim und Hemmeres, die zwischen 1949 und 1958 unter einer belgischen Auftragsverwaltung („Bollenien“) gestanden hatten. Dieser Verzicht fiel leicht, da Belgien diese Territorien nie in seinen Staatsverband integrierten wollte. So brachte das erste Nachkriegsjahrzehnt die Pazifizierung einer Grenze, staatsrechtlich festgehalten in einem Grenzziehungsprotokoll im September 1960. Proteste oder Gegenwehr gab es praktisch nicht, ganz im Gegensatz zur Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg, die noch zu heftigen deutsch-belgischen Spannungen geführt hatte. War die Schließung der Grenze nach der „Befreiung“ eine an Deutlichkeit kaum zu überbietende politische Misstrauengeste gegenüber den Bewohnern der Ostkantone gewesen, normalisierte sich seit Mitte der 1950er Jahre der „kleine Grenzverkehr“ nach Deutschland.

Verwaltungen benötigen Grenzen

In der Verwaltungsstruktur des Gebiets blieb die Situation zunächst unverändert gegenüber der Vorkriegszeit. Die drei Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith gehörten zum Gerichts-, Verwaltungs- und Wahlbezirk Verviers und damit weiterhin auch zur Provinz Lüttich. Die Gemeinde Kelmis – das ehemalige Neutral-Moresnet – verblieb beim Kanton Auel. Diese Aufteilung wurde mit der Ziehung der Sprachengrenze und den Gesetzen zum Sprach-

gebrauch in Unterricht und Verwaltung jedoch 1962/1963 radikal verändert: Es entstand ein deutsches Sprachgebiet mit rund 62.000 Einwohnern, das den Kanton Sankt Vith um die deutschsprachigen Gemeinden des Kantons Malmedy vergrößerte. Das historische Eupen-Malmedy-Sankt Vith, das durch den Versailler Vertrag und die Eingliederung durch Belgien entstanden war, existierte nun nicht mehr. Die Gemeinden um Malmedy und Weimes wurden Gemeinden mit Spracherleichterungen für die Deutschsprachigen, wie das im deutschen Sprachgebiet umgekehrt für die französischsprachige Bevölkerung galt. Kelmis wurde dem Wahl- und Gerichtskanton Eupen angegliedert. Damit hatte eine Entwicklung eingesetzt, die mit der Schaffung einer deutschen Kulturgemeinschaft nach der Verfassungs-

revision von 1970 einen Markstein erreichen sollte.

Deutsch war seit 1963 offizielle Landessprache, an die sich die Behörden im deutschen Sprachgebiet zumindest im Prinzip zu halten hatten. Die Wirklichkeit war häufig eine andere, und die Bürger mussten immer wieder ihr Recht einfordern. Mittelfristig führte dies auch zu Veränderungen der (Land-)Karten in den Köpfen. Neben Eupen und Malmedy wuchs nun auch die Bedeutung von Sankt Vith als kleines Regionalzentrum. In einem schleichen Prozess, der in den 1970er Jahren begann, nahmen die Attraktivität Malmedys als administrativer und schulischer Anziehungspunkt und die Orientierung dorthin vor allem für die nördlichen Gemeinden der belgischen Eifel deutlich ab.



Amel (6.10.1972): Schulbau am nördlichen und Molkerei mit Kläranlage am südlichen Rand der Ortschaft

Zuhause in zwei Kulturräumen?

Was die Orientierung zu Hochschulen und Universitäten anging, konnte man in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg davon ausgehen, dass grundsätzlich nur frankophone Einrichtungen in Belgien als weiterführende Schulen gewählt würden. Da die

Lehrer sowohl in den bischöflichen Kollegien als auch in den staatlichen Athenäen fast ausschließlich Frankophone oder zumindest Absolventen französischsprachiger Hochschulen waren, wählten fast keine Abiturienten deutsche Hochschulen als Ausbildungsstätten. Erst in den 1960er Jahren wagten mehrere Studenten diesen

Weg. Die Grenze war hier für lange Jahre eine fast unüberwindbare Schranke.

Nach 1945 steckten die belgischen Behörden und einige Vereinigungen viel Energie in den Versuch, das kulturelle Leben der Grenzregion nach Westen auszurichten. Hier war die Grenz-

Bevölkerung	1930	1947	1961	1970	Wachstum 1930-1947	Wachstum 1947-61	Wachstum 1961-1970	Wachstum 1947-1970
St. Vith	2.524	2.114	2.708	3.001	-16,2	28,1	10,8	15,9
Amel	1.616	1.744	2.012	2.102	7,9	15,4	4,5	23,1
Crombach	1.812	1.950	1.939	2.066	7,6	-0,6	6,5	12,3
Lommersweiler	1.265	1.177	1.072	1.132	-7,0	-8,9	5,6	-11,7
Recht	1.445	1.373	1.422	1.599	-5,0	3,6	12,4	9,6
Schöneberg	799	736	723	773	-7,9	-1,8	6,9	-3,4
Heppenbach	1.041	1.076	1.164	1.237	3,4	8,2	6,3	15,8
Meyerode	1.259	1.262	1.259	1.386	0,2	-0,2	10,1	9,2
Manderfeld	1.292	1.219	1.344	1.370	-5,7	10,3	1,9	5,7
Reuland	2.246	2.005	1.832	1.681	-10,7	-8,6	-8,2	-33,6
Thommen	2.246	2.273	2.244	2.290	1,2	-1,3	2,0	1,9
Kanton St. Vith	17.545	16.929	17.719	18.637	-3,5	4,7	5,2	5,9
Eupen	13.157	14.545	14.445	14.879	10,5	-0,7	3,0	11,6
Kettenis	1.374	1.451	1.854	2.205	5,6	27,8	18,9	37,7
Hergenrath	1.125	1.197	1.157	1.387	6,4	-3,3	19,9	18,9
Neu-Moresnet	592	640	874	1.076	8,1	36,6	23,1	45,0
Lontzen	2.265	2.294	2.353	2.490	1,3	2,6	5,8	9,0
Walhorn	1.046	1.139	1.066	1.208	8,9	-6,4	13,3	13,4
Raeren	3.426	3.277	3.265	3.655	-4,3	-0,4	11,9	6,3
Eynatten	1.147	1.099	1.075	1.389	-4,2	-2,2	29,2	17,4
Hauset	799	828	803	869	3,6	-3,0	8,2	8,1
Kanton Eupen	24.931	26.470	26.892	29.158	6,2	1,6	8,4	14,5
Malmedy	5.321	5.391	6.355	6.464	1,3	17,9	1,7	17,7
Büllingen	1.972	2.002	2.216	2.372	1,5	10,7	7,0	16,9
Bütgenbach	2.153	3.326	2.655	3.001	54,5	-20,2	13,0	28,3
Rocherath	1.390	1.318	1.295	1.360	-5,2	-1,7	5,0	-2,2
Elsenborn	1.608	1.651	2.046	1.965	2,7	23,9	-4,0	18,2
Bévercé	1.669	1.775	1.900	2.267	6,4	7,0	19,3	26,4
Robertville	1.646	1.742	1.712	1.848	5,8	-1,7	7,9	10,9
Belleveaux-Ligneuville	1.062	1.046	1.007	1.046	-1,5	-3,7	3,9	-1,5
Faymonville	1.062	714	789	846	-32,8	10,5	7,2	-25,5
Waimes	2.390	2.609	2.705	2.877	9,2	3,7	6,4	16,9
Kanton Malmedy	20.273	21.574	22.680	24.046	6,4	5,1	6,0	15,7
Ostkantone	62.749	64.973	67.291	71.841	3,5	3,6	6,8	12,7
Kelmis	4.216	4.149	4.874	5.479	-1,6	17,5	12,4	23,1

ziehung in den Köpfen weitaus weniger erfolgreich, denn die deutsche Sprache erwies sich als ein starkes Band, das sich über staatlich-territoriale Abgrenzungen hinweg aufrechterhielt. Deutschsprachige Radiosender – später auch Fernsehsender – und auch Druckerzeugnisse wie Bücher und Zeitschriften aus dem deutschsprachigen Ausland waren und blieben bewusstseinsprägend für die Menschen im Osten Belgiens.

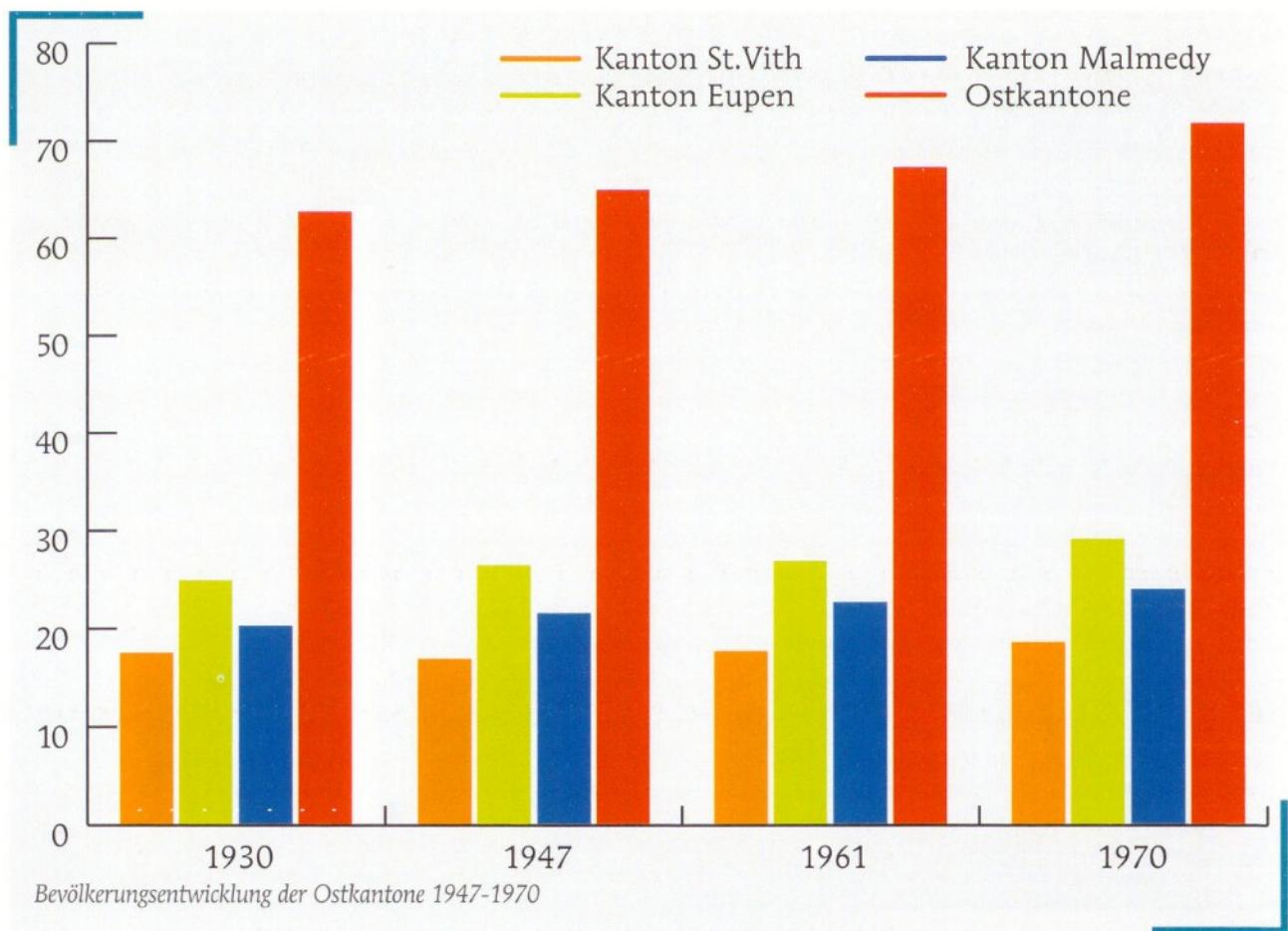
Menschen prägen den Raum

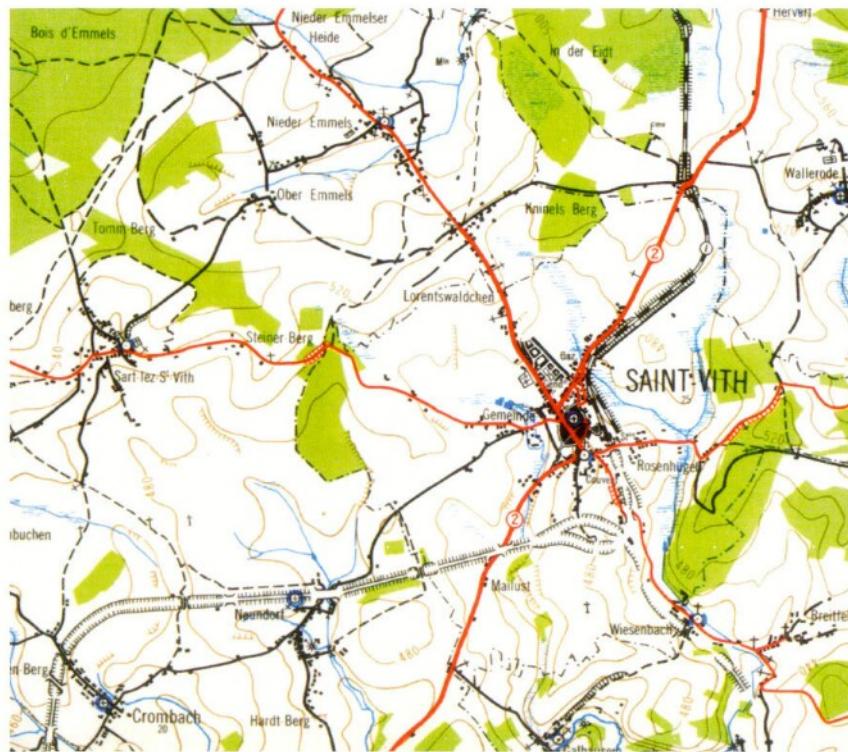
Hatte die Bevölkerung der drei Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith 1922 rund 64.000 Personen umfasst, betrug sie zum Zeitpunkt der deutschen

Annexion 1940 rund 69.000 Menschen. Nach der Befreiung wurden in den drei Kantonen nur noch 61.901 Einwohner gezählt. Das Gebiet hatte also rund 6.900 Bewohner respektive 10,2 Prozent seiner Bevölkerung eingebüßt. Ein Großteil des Bevölkerungsverlusts war jedoch nur temporär. Nach und nach kehrten viele Ostbelgier aus der Kriegsgefangenschaft und aus Evakuierungsgebieten zurück, sodass die Bevölkerungszahlen der ostbelgischen Ortschaften in den ersten Nachkriegsjahren wieder stiegen. Dennoch muss festgehalten werden, dass das durch Nazi-Deutschland annexierte und durch die Ardennenoffensive hart getroffene Ostbelgien im Zweiten Weltkrieg einen hohen Blutzoll zahlte.

Nach dem Krieg kam es in Belgien und vielen westeuropäischen Gesellschaften zu einem „Baby-Boom“, der für Ostbelgien so nicht nachweisbar ist. Die in der Kriegsgefangenschaft befindlichen Männer, die angespannte Situation im Angesicht der „politischen Säuberungen“ und nicht zuletzt die unsicherere wirtschaftliche Lage befürkelten Familiengründungen nicht. So führten Krieg und unmittelbare Nachkriegszeit zu lange nachwirkenden demographischen Abweichungen im Vergleich zum übrigen Belgien.

Insgesamt wuchs die belgische Bevölkerung zwischen 1947 und 1961 um 8,0 Prozent, während die drei ostbelgischen Kantone Eupen, Malmedy und





St. Vith und Umgebung mit z. T. rein französischsprachigen Ortsnamen; im NW das quadratische Strassenmuster der St. Vither „Neustadt“, im SW die aufgegebene Bahnlinie nach Gouvy

Sankt Vith zusammengenommen nur ein Wachstum von 3,6 Prozent aufwiesen⁵. Auch wenn Abwanderungen, insbesondere gut ausgebildeter Bürger (wie viele Universitätsabsolventen), von der Bevölkerung stark wahrgenommen wurden, bieten sie keine hinreichende Erklärung für einen solchen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung. Sie sind vielmehr durch die kriegsbedingte Abwesenheit einer großen Anzahl von Männern, den männlichen Kriegstoten und die politische und ökonomische Unsicherheit in den ersten Nachkriegsjahren zu erklären. Hier entsprach die Bevölkerungsentwicklung in den Ostkantonen der Bevölkerungsentwicklung in der jungen Bundesrepublik. Trotz der unvermeidbaren statistischen Ungenauigkeiten, die sich auf Grund unterschiedlicher Erhebungsgrundlagen ergeben, lassen

sich weitere Trends in der Bevölkerungsentwicklung in Ostbelgien im Vergleich zum gesamten Königreich beobachten.

Insbesondere holten die Ostkantone in den 1960er Jahren ihren Rückstand beim Bevölkerungswachstum wieder auf, sodass sich die Zahlen bis Anfang der 1970er Jahre wieder anglichen. Nach dem nächsten Zensus von 1971, am Vorabend der Konstituierung des Rats der deutschen Kulturgemeinschaft, lebten im kleinsten Sprachgebiet also 61.972 Einwohner, 31.663 Frauen (51,1 %) und 30.309 Männer (48,9 %). Besonders diese relativen Zahlen erweisen sich dabei als interessant. Insgesamt wuchs die belgische Bevölkerung zwischen 1947 und 1970 um 13,4 Prozent. Das nunmehr definierte deutsche Sprachgebiet blieb mit

einem Anstieg von 13 Prozent dabei nunmehr wie die Hauptstadt Brüssel (12,5 %) im Durchschnitt, während die Wallonie (5 %) sehr viel langsamer an Bevölkerung gewann als Flandern (19 %). Ein Grund: Der sogenannte Pillenknick machte sich in Ostbelgien weniger bemerkbar als in den anderen Landesteilen, was wohl auf die ländliche Struktur und den Einfluss der katholischen Kirche und die damit verbundenen konservativen Wertvorstellungen zurückzuführen sein dürfte. Hierzu passt, dass die in Ostbelgien bei einer ohnehin höheren Quote von Eheschließungen die Scheidungsraten sehr viel niedriger als im übrigen Belgien blieben⁶. So konnte die ostbelgische Bevölkerung den ausgefallenen „Baby-Boom“ der ersten Nachkriegsjahre in den 1960er Jahren aufholen. Die positive ökonomische Entwicklung trug hierzu sicherlich bei.

Die Beschleunigung des Bevölkerungswachstums im zweiten Nachkriegsjahrzehnt im deutschen Sprachgebiet, die im Gegensatz zum Rest des Landes stand, wirkte sich dabei natürlich nur regional aus: Der Anteil der Deutschsprachigen an der belgischen Bevölkerung blieb bei rund 0,65 Prozent konstant, ein Wert, der in etwa auch dem heutigen Wert für die DG (2011: 0,68 %) entspricht. Regional betrachtet stieg aber beispielweise die Bevölkerungsdichte des deutschsprachigen Gebiets zwischen 1947 und 1970 um rund 12 Prozent an, was nichts daran änderte, dass sie mit 73 Personen pro km² mit Abstand die niedrigste in den vier Sprachgebieten des Königreichs bleibt. Im gesamtbelgischen Durchschnitt war die Bevölkerungsdichte 1970 mit 316 Personen pro km² mehr als vier Mal so hoch wie in Ostbelgien!

Ostbelgier weitgehend unter sich

Es bleibt noch festzuhalten, dass der Anstieg der Bevölkerung des deutschen Sprachgebiets zwischen 1945 und 1973 nahezu ausnahmslos auf sogenanntes natürliches Wachstum, also die Differenz zwischen Geburts- und Mortalitätsquote, zurückzuführen ist. Der Migrationssaldo, also der Unterschied zwischen Zugezogenen und Weggezogenen, des deutschsprachigen Gebiets betrug zwischen 1962 und 1970 lediglich 193 Personen, womit der deutschsprachige Anteil an den belgischen Gesamt migrationsverschiebungen nur 0,12 Prozent betrug und damit deutlich unter dem Bevölkerungsanteil lag. Die Abwanderung von Universitätsabsolventen, denen oftmals erstaunliche Karrieren gelangen, machte sich also vor allem qualitativ – etwa beim Lehrermangel – bemerkbar⁷, demographisch fiel sie kaum ins Gewicht. Diese Befunde werden noch deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass 1970 der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung im deutschen Sprachgebiet nur bei 6,9 Prozent lag (wobei der Anteil der deutschen Staatsbürger in den nördlichen Gemeinden bereits zu diesem Wert beitrug), in der Wallonie hingegen bei 11,4 Prozent⁸. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass fast jeder vierte Ausländer 1970 bereits seit seiner Geburt in einer der deutschsprachigen Gemeinden lebte. Innerhalb des deutschsprachigen Gebiets entwickelte sich die Bevölkerung infolge der unterschiedlichen Strukturen im südlichen und nördlichen Teil der Region heterogen.

Die Wachstumsdynamik in der Bevölkerungsentwicklung wurde durch den Kanton Eupen getragen. Dessen



Südlich von St. Vith (15.05.1956): deutlich erkennbare ehemalige Eisenbahlinien; kleinstrukturierte Acker- und Wiesenparzellen

Bevölkerung stieg zwischen 1930 und 1947 um 6,2 Prozent, während der Kanton Sankt Vith 3,5 Prozent seiner Bevölkerung einbüßte. Hier wirkte sich die Ardennenoffensive aus. In den 1950er Jahren kehrte sich der Entwicklungstrend um, nun gewann der Kanton Sankt Vith 4,7 Prozent Bevölkerung hinzu, während der Kanton Eupen nur ein Bevölkerungswachstum von 1,6 Prozent aufwies. Diese Zuwächse beruhten auf zurückkehrenden Kriegsgefangenen und einem moderaten natürlichen Wachstum. Im Jahrzehnt zwischen 1960 und 1970 kam es zu einer erneuten Trendwende. Nun stieg die Bevölkerung im Kanton Eupen um überdurchschnittliche 8,4 Prozent, während der Kanton Sankt Vith nur 5,2 Prozent Bevölkerungswachstum

aufwies. Während nun die ostbelgische Bevölkerung überdurchschnittlich wuchs, reduzierte der Abwanderungstrend aus der ländlichen Eifel in den industrialisierten Norden bzw. in andere Räume (wie die Wallonie, Brüssel oder Deutschland) das Bevölkerungssaldo. Dass es sich hierbei tatsächlich um spezifische Trends des deutschsprachigen Gebiets handelte, zeigen die Vergleichswerte für den Kanton Malmedy, der in allen drei Perioden ein konstantes Bevölkerungswachstum zwischen 5,1 und 6 Prozent aufwies.

Fokussiert man den Blick auf die demographische Entwicklung noch weiter, zeigen sich diese Wanderungstrends innerhalb des ostbelgischen Gebiets noch deutlicher.

Verstädterung und Landflucht

Es überrascht nicht, dass sämtliche Gemeinden mit den höchsten Bevölkerungsverlusten in den südlichen Kantonen liegen und zudem keine einzige Gemeinde des Kantons Eupen einen negativen Saldo aufwies. Die Zahlen zeigen weiter, dass es in den südlichen Kantonen offenbar zu einer Binnenwanderung von kleineren Ortschaften bzw. wie im Fall Burg Reuland von den am stärksten peripher liegenden Gemeinden hin zu den größeren Ortschaften des Südens gab. So lagen auch die Wachstumsquoten von Sankt Vith (+15,9 %) und Malmedy (+17,7 %) über dem Gesamtwachstum der drei Kantone (12,7 %). Die Stadt Eupen (+11,6 %) wie auch Raeren

(+6,3 %) und Lontzen (+9 %) als zweit- und drittgrößte Gemeinde des Kantons Eupen blieben hingegen unter dem allgemeinen Wachstumsdurchschnitt, während die jeweiligen Nachbargemeinden wie Kettenis und auch Neu-Moresnet in ihrer Bevölkerung massive Zuwächse erlebten. Lässt sich also für die südlichen Gemeinden tatsächlich ein Trend zur „Landflucht“ ablesen, so bildete sich dieser bis 1970 im nördlichen Kanton nicht aus. Ganz im Gegenteil, Ortschaften wie Kettenis und Eynatten mit ihrer Grenzlage und Nähe zum Oberzentrum Aachen entwickelten sich auf Kosten der einzigen Stadt, nämlich Eupens. Diese Entwicklungen waren auf eine gesteigerte Individual- und Berufsmobilität der Bevölkerung zurückzuführen.



Burg-Reuland und Umland (16.03.1972): langgezogene, schmale Parzellen in den Hanglagen, parallel zu den Höhenlinien

Sichtbare und hörbare Veränderungen in Stadt, Dorf und Flur

Bevölkerungsgewinne bzw. -verluste und wirtschaftliche Entwicklungen in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg setzten Prozesse in Gang, die den Landschaften ein anderes Aussehen gaben und die Dörfer zum Teil radikal umgestalteten. Nachhaltig wirkten sich die Veränderungen in der Landwirtschaft aus: Die während Jahrhunderten gewachsene, insbesondere in der Eifel häufig kleinteilige Parzellenstruktur wurde aufgegeben. Größere, technisch leichter zu bearbeitende Flächen entstanden und veränderten das Landschaftsbild zum Teil erheblich. Landwirtschaftliche Gebäude, vor allem die nach 1960 erbauten, wurden von Bezirkskommissar Henri Hoen als „modern“ eingestuft, auch wenn sie noch keinem industriellen Standard entsprachen. Sicher ist aber: Die Höfe und ihre Gebäude verloren nach und nach ihr ausgeprägt eigenes regionales Gesicht. Ein neues Stallgebäude im Eupener Land sah nicht mehr notwendigerweise anders aus als ein solches in der Eifel. Lokale und regionale Besonderheiten wurden mehr und mehr eingeebnet. Hier lassen sich Ansätze von Verstädterungsprozessen ausmachen, die sich auch in neuen Wohnkulturen und Architekturkonzeptionen zeigen, deren Durchbruch jedoch erst mit dem steigenden Wohlstand ab dem Ende der 1960er Jahre erfolgte.

Das Ende der Bauernhäuser

In den Dörfern hatten die Bauern und die Landwirtschaft – auch in den ersten Jahren nach dem Krieg – vielfach das Bild bestimmt. Vor allem in den 1960er Jahren wurde die Landwirtschaft von

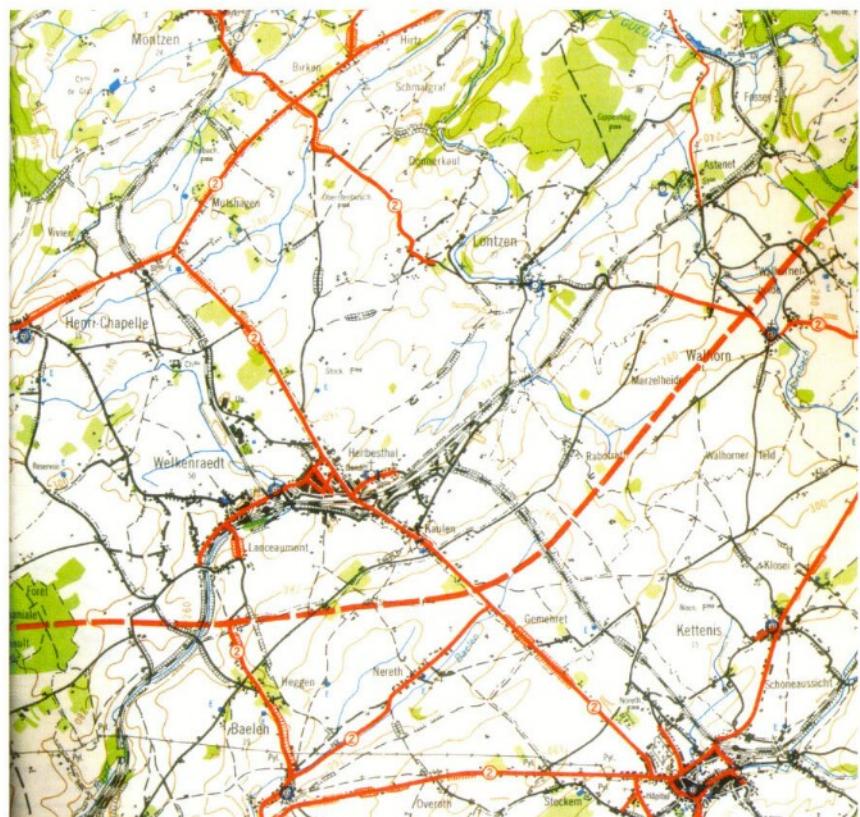
vielen aufgegeben. Am Rande der Dörfer entstanden mehr und mehr reine Wohngebiete, in denen die Einfamilienhäuser dominierten. Durch die Zersiedlung wuchsen entlang von Straßen vorher auf Distanz liegende Dörfer mehr und mehr zusammen. Auch die städtischen Ansiedlungen dehnten sich ohne Gesamtplanung ins Umland aus. Ein – in seinen Auswirkungen umstrittener – Sektorenplan wurde erst 1979 rechtswirksam. Dabei sind die zeitlich versetzten Entwicklungsschübe zwischen dem Eupener Land und der Eifel unverkennbar.

Auch die Verkehrsinfrastruktur passte sich den Veränderungen in den wirtschaftlichen Tätigkeiten und den sozialen Umschichtungen an. Große Anstrengungen wurden von den Gemeinden unternommen, um die Verbindungswege zwischen den Ortschaften zu befestigen, auszubauen und zu asphaltieren. Selbst die Feldwege wurden weitgehend befestigt, um sie den Anforderungen einer sich immer stärker technisierenden Landwirtschaft anzupassen.

Außer der internationalen Eisenbahnstrecke von Lüttich nach Köln blieben keine weiteren Eisenbahnlinien für den Personenverkehr bestehen. Der Frachtverkehr per Eisenbahn verlor immer mehr an Bedeutung und beschränkte sich schließlich – bis zur vollständigen Aufgabe dieses Transportwegs Anfang der 1990er Jahre – auf einen mengenmäßig eher unbedeutenden Rundholztransport.

Mobilität im Raum

Der Personennahverkehr wurde nur noch durch Busverbindungen aufrechterhalten. Ein Spiegelbild der politischen Zielsetzungen ist das Fehlen einer direkten Busverbindung zwischen



Eisenbahnlinie Köln-Lüttich mit Bahnhof Herbesthal; parallel zur Bahn verlaufende projektierte Autobahntrasse zwischen Lüttich und Aachen

der Eifel und Eupen nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Hohe Venn blieb nun ein politisch gewolltes unüberwindbares Hindernis. Die Busverbindungen liefen in Richtung Verviers, Trois-Ponts oder Gouvy.

Der Bau der Autobahn A3 von Brüssel nach Aachen schloss zumindest das Eupener Land ab Mitte der 1960er Jahre an das internationale Straßennetz an. Die Eifel blieb noch fast zwei Jahrzehnte abseits der großen europäischen Verkehrsströme.

Die Veränderungen in Raum und Landschaft gingen weitestgehend ungeordnet, ohne regelnde Gesetzgebung und ohne Planungsvorgaben vorstatten. Die Folgen dieser eher anarchischen und nur auf individuellen Entscheidungen grün-

denden Nutzung des Raums waren zum Teil so erheblich, dass die Unterschiede in der Entwicklung der Besiedlung zwischen benachbarten Gebieten diesseits und jenseits der Grenze unübersehbar wurden. Erst Ende der 1970er Jahre entstanden mit den erwähnten Sektorenplänen ordnungspolitische Instrumente, die der bisherigen „Unordnung“ ein Ende bereiten sollten. Im Zuge der Neuordnung des belgischen Staates gingen im Jahr 1980 die Gesetzgebungshoheit und die Entscheidungsbefugnis über die Ausrichtung der Raumordnung und Landschaftsplanung vom belgischen Zentralstaat über an die Wallonische Region. Die Bedingungen und Zielsetzungen, unter denen sich Raum und Landschaft in den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets entwickeln sollten, wurden von dem Zeitpunkt an maßgeblich von außen bestimmt.

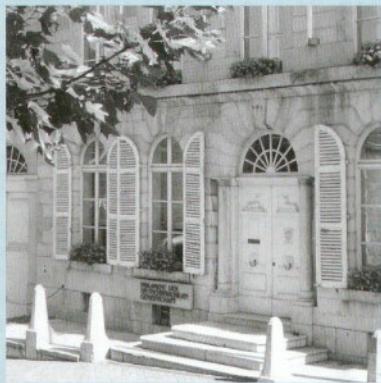
Endnoten

- 1 Fernand Braudel, *L'identité de la France. Espace et Histoire*, Paris 1986, S. 25.
- 2 Carlo Lejeune, *Leben und Feiern auf dem Lande. Die Bräuche der belgischen Eifel*, Bd. 3, Sankt Vith 1996, S. 23-27.
- 3 Karl Schlögel, *Im Raum lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*, München/Wien 2003, S. 137.
- 4 Zum Folgenden s. Alfred Minke, *Grenzland seit Menschengedenken*, in: Anne Begnat-Neuschäfer (Hrsg.), *Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Eine Bestandsaufnahme*, Frankfurt am Main 2010, S. 3-26; Christoph Brüll, *Belgien im Nachkriegsdeutschland. Besatzung, Annäherung, Ausgleich*, Essen 2009.
- 5 Durch die Gründung des deutschen Sprachgebiets infolge des Gesetzgebungsverfahrens 1962 und 1963 änderten sich die Grundlagen für die statistische Erfassung der Bevölkerung: Das deutsche Sprachgebiet umfasste die nun neu zugeschnittenen Kantone Eupen und Sankt Vith. Dabei wurden die deutschsprachigen Gebiete des Kantons Malmedy dem Kanton Sankt Vith und die Gemeinde Kelmis dem Kanton Eupen zugeschlagen. Der um seine deutschsprachigen Gemeinden verkleinerte Kanton Malmedy wurde fortan im französischen Sprachgebiet erfasst. Aus diesem Grund sind die demographischen Angaben für die Zeit nach 1963 nur beschränkt mit den Angaben für die Zeit davor vergleichbar.
- 6 Diese und die folgenden Zahlen beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage des Recensement de Population 31.12.1970, Bd. 5, hrsg. vom Institut National de Statistique, Brüssel 1974, S. 48.
- 7 Carlo Lejeune, *Der lange Weg zum lebensbegleitenden Lernen. Von Tafel, Griffel und Rutenstock zur Bildung für alle*, in: ders./Freddy Cremer/Andreas Fickers, *Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert*, Büllingen 2001, S. 49-61, hier S. 50-51.
- 8 Vgl. zu diesen und den folgenden Zahlen: Recensement de Population 31.12.1970, Bd. 4, hrsg. vom Institut National de Statistique, Brüssel 1974, S. 222f.

ERINNERUNGSKULTUREN IM VERGLEICH DIE LANGEN SCHATTEN DER SÄUBERUNG

von CARLO LEJEUNE





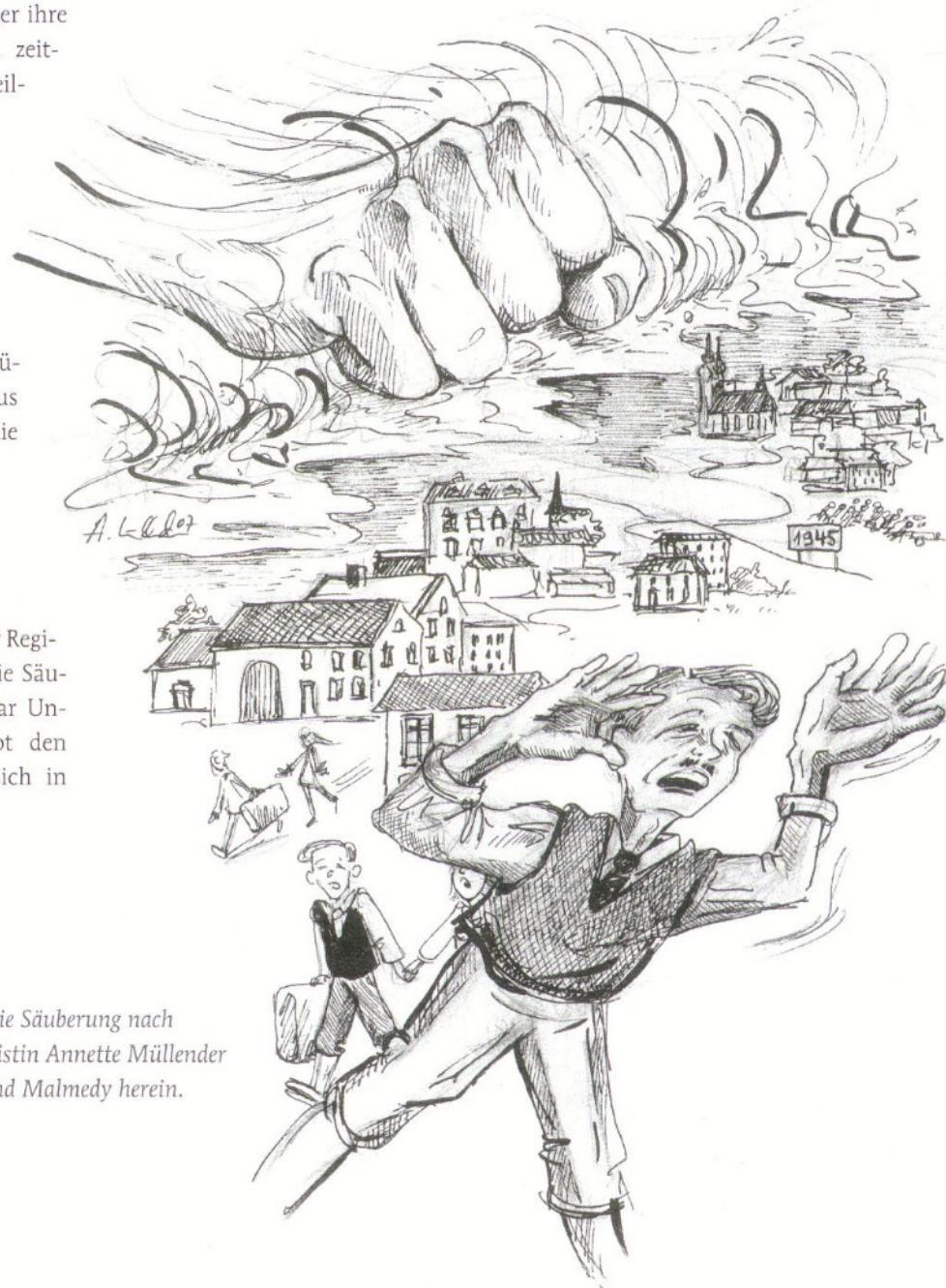
Reichen mehr als 60 Jahre aus, um einen traumatischen Zeitabschnitt wie die Säuberung der Vergessenheit anheimfallen zu lassen? Oder prägen diese Erfahrungen die Erinnerungen so stark, dass sie die Geschichte der heutigen Deutschsprachigen Gemeinschaft bis in unsere Tage mitbestimmen? Diese Fragen provozieren weitere Fragen: Wie und wo leisteten Flamen, Wallonen und Deutschsprachige Erinnerungsarbeit zu Kollaboration, Widerstand und Säuberung? Sind diese Erinnerungskulturen über die Sprachgrenzen hinweg jemals diskutiert worden? Die Antworten eröffnen Sichtweisen auf Spuren der Geschichte und des Zusammenlebens, die wie Wasserzeichen das beschriebene Blatt prägen, aber als dezenter Hintergrund meist unbeachtet bleiben. Und dennoch drückten diese hintergründigen Spuren der Gegenwart ihren Stempel auf. Spuren und Thesen zu einer schwierigen Zeit.

Die Fakten sind schnell aufgezählt: In den Ostkantonen lebten 1940 rund 60.000 Bürger. Nach 1944 wurden 6.000 bis 7.000 Bürger interniert oder inhaftiert, die Kriegsgerichte legten 18.427 Akten an, sie erhoben 3.201 Anklagen, sie verurteilten 1.503 Bürger, sie erkannten 461 Bürgern die Staatsangehörigkeit ab, sie erkannten einer unbekannten Anzahl Bürger ihre Bürgerrechte ab, sie schlossen zeitweise Unternehmen oder verurteilten eine nicht genau zu bezeichnende Anzahl Betriebe wegen wirtschaftlicher Kollaboration zu hohen Strafzahlungen, die Behörden stellten über 4.000 Personen keine Bürgerlichkeitsbescheinigung aus und schlossen sie somit vorübergehend sozial und politisch aus der Gesellschaft aus. Auch die Säuberung der Verwaltung hatte zahlreiche Entlassungen oder Disziplinarmaßnahmen zur Folge.

In allen Meinungsgruppen der Region herrschte ein Gefühl vor: Die Säuberung in den Ostkantonen war Unrecht¹. Diese Einschätzung bot den Betroffenen die Möglichkeit, sich in eine Opferrolle zu flüchten.

Hintergründe, Fakten und Erinnerungen sind recherchiert und dargestellt². Vor allem Freddy Cremer und Andreas Fickers haben sich die Frage gestellt, welche Bedeutung diese Phase regionaler Geschichte in der kollektiven politischen Erinnerung hatte³. Die Bedeutung für die individuelle und kollek-

tive Erinnerungskultur wurde ebenfalls reflektiert und interpretiert⁴. Unbeachtet blieb bisher die Wechselwirkung dieser Erinnerungsphasen mit den belgischen, flämischen und wallonischen Erinnerungskulturen. Bis heute steht eine dialogische Erinnerung mit den anderen Sprachgruppen in diesem Lande aus.



Wie eine Flutwelle brach die Säuberung nach
Darstellung der Karikaturistin Annette Müllender
über die Kantone Eupen und Malmedy herein.

Kapitel 1: Erinnern und Nichterinnern in Belgien

Die Erinnerung an die Geschehnisse zwischen 1940 und 1944 war für die Belgier, die im Gegensatz zu den Ostkantonen in einem vom Feind besetzten Land gelebt hatten, mit starken Emotionen verbunden. Dieses „emotionale Leiden“⁵ war in Belgien Grundlage für die kollektive Erinnerung. Der Historiker Rudi van Doorslaer sieht zwei bedeutende Erinnerungsgruppen:

- Auf der einen Seite standen rund 90.000 politische Gefangene und Zwangsarbeiter als Opfer des Nationalsozialismus, die zusammen mit ihren Familien rund 8,5 Prozent der belgischen Bevölkerung stellten.
- Ihnen standen rund 55.000 Belgier gegenüber, die wegen Unbürglichkeit verurteilt worden waren. Weitere Tausende waren aus ihren Berufen ausgeschlossen worden, hatten Disziplinarstrafen erhalten oder waren interniert oder inhaftiert worden. Ihre Gesamtzahl schätzt der Historiker auf rund 100.000, die mit ihren Familien etwa 9,5 Prozent der Belgier stellten⁶.

Diese unterschiedlichen Erinnerungen entwickelten sich zu Erinnerungskulturen. Sie passten sich in die bestehenden belgischen Gesellschaftsstrukturen ein, die seit 1830 durch eine starke Versäulung geprägt waren:

- Auf der einen Seite standen die katholisch-konservativen Kräfte mit der Katholischen Partei, christlichen Gewerkschaften, christlichen Krankenkassen u. a.

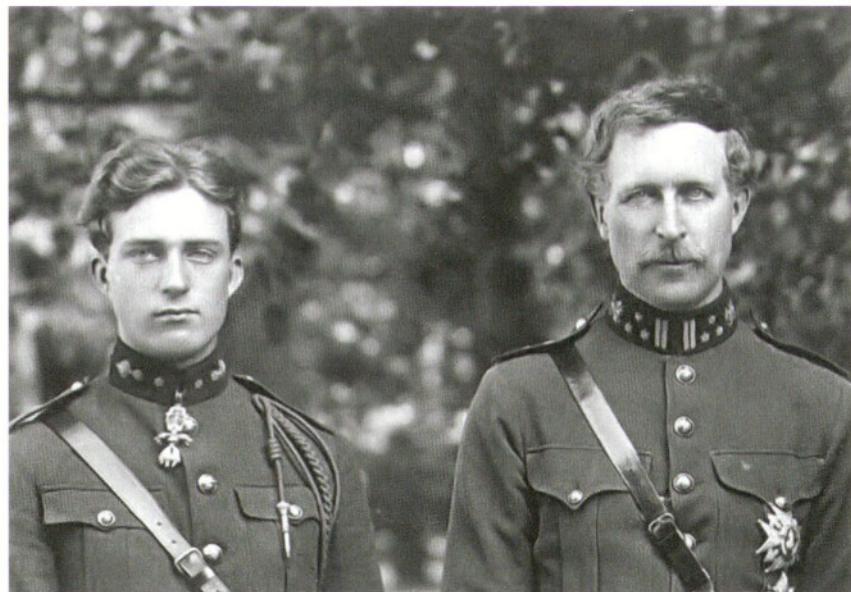
• Auf der anderen Seite standen die freigeistig-liberalen Kräfte, die sich seit 1880 in einen starken sozialistischen Flügel und einen schwächeren liberalen Flügel aufgespalten hatten. Auch sie verfügten mit Parteien, Gewerkschaften, Krankenkassen u. a. über eigene Interessensorganisationen.

Diese Versäulung erhielt seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durch den flämischen Nationalismus und die wallonisch-nationalistische Bewegung eine weitere Dimension, die das gesellschaftliche und politische Zusammenleben fortan maßgeblich mitprägte. Der Erste Weltkrieg stärkte nochmals den belgisch-nationalistischen Patriotismus und schwächte zeitweise die flämische Nationalbewegung. Sie war durch ihre Kollaboration im Misskredit geraten. Der Zweite Weltkrieg gab dem belgisch-nationalistischen Patriotis-

mus einen weiteren, aber deutlich schwächeren Schub als 1914. Es war die letzte Phase, in der die Belgier unter dem Druck eines äußeren Feindes mehrheitlich den alten Einheitsstaat als Zukunftsmodell anzunehmen bereit waren.

Was für ein König ...?

Die unterschiedlichen Erinnerungskulturen wurden auch durch die Königsfrage mitgeprägt. Die zwiespältige Haltung Leopolds III. im Mai 1940 riss einen tiefen Graben in der Gesellschaft auf. Er hatte sich als Oberbefehlshaber der Armee dem deutschen Aggressor ergeben. Zudem beschloss er, im Lande zu bleiben, während die Regierung sich nach einigem Zögern entschied, den Kampf aus dem Exil fortzusetzen. Heute können Historiker seine Nähe zum antidemokratischen und faschistischen Gedankengut nachweisen.



Leopold III. (links), Sohn von Albert I. (rechts), nahm während des Zweiten Weltkrieges eine Grundhaltung ein, die nach heutigem Urteil der Historiker Grundwerten von Demokratie und Verfassung widersprach.

Wie sollte das Volk diese Haltung nach 1945 werten?

Sehr vereinfacht dargestellt, sind folgende Reaktionen feststellbar: Der linke Flügel (Sozialisten, Liberale, Kommunisten) nahm in dieser Situation die Chance wahr, den belgischen Patriotismus auf Kosten der konservativen, katholischen und traditionell patriotischen Kreise für sich zu beanspruchen. Die neue *génération du feu* war vom Antifaschismus inspiriert und damit antileopoldistisch und nichtkonfessionell.

In der Praxis waren die Trennungslinien verschwommener, wie Rudi van Doorslaer feststellte:

„Der Widerstand hat eine Schwäche in der politischen Aufteilung links-rechts, die unmittelbar nach der Befreiung so gesehen wurde. Diese Aufteilung war personifiziert im König, der durch eine Hälfte der alten Widerständler als ihr moralischer Anführer, durch die andere Hälfte als der erste Kollaborateur angesehen wurde.“⁷

Trotz dieser Widersprüche blieb der traditionelle Patriotismus auch nach 1945 weitgehend monarchistisch. Da der König kaum oder verfälschende Informationen über seine wahren Absichten während des Krieges und unmittelbar danach verbreitet hatte, verhielten sich große Teile der Widerstandsbewegungen gegenüber Leopold III. loyal. Monarchismus und Patriotismus stellten in der Nachkriegsära also eine problematische Verbindung dar, schlossen einander aber keineswegs aus.

Welche Rolle spielte die katholische Säule?

Im August 1945 verließ die CVP/PSC die Regierung der nationalen Einheit.

Sie wollte die Nichtrückkehr Leopolds III. nicht akzeptieren. Durch diesen Entscheid zeigte sie auch ihren Widerstand gegen die laufenden Säuberungsmaßnahmen, die die katholisch-konservative Partei als zu hart einstuft. Sie plädierte immer stärker für eine verständnisvollere Haltung gewissen Formen der Kollaboration gegenüber. Der Schritt hin zu einer überwiegenden Sympathie für all die Bürger, die wegen Unbürglichkeit verurteilt worden waren, war aber noch nicht begangen. CVP/PSC sah sich noch als belgisch-nationalistische Kraft.

Das änderte sich in den folgenden Jahren. Die antimonarchistische Koalition, die das Land zwischen August 1945 und März 1947 (ohne Beteiligung von CVP/PSC) regierte, gab nach Pieter Lagrou dem Patriotismus eine antifaschistische Spitz:

„Dem liberalen, demokratischen und antifaschistischen Belgien stand ein klerikales Belgien gegenüber, das sich um einen kompromittierten König scharte und für eine katholische flämische Bewegung einsetzte, die mit dem Feind kollaboriert, sich zum Faschismus bekannt und die belgische Nation verraten hatte.“⁸

In der CVP/PSC setzte sich diese Haltung durch, da sich vor allem in Flandern viele katholisch-konservativen Bürger solidarisch mit den Verurteilten und ihren Familien fühlten. Sie hatten in ihrer Lebenswelt die gleichen Werte erfahren, in gleichen Vereinen gearbeitet und gleiche politische Ideen geteilt. Sie gehörten zu den gleichen Eliten in Städten, Gemeinden und Dörfern. Sie stellten fest, dass viele Säuberungsaktionen durch ihre alten politischen Gegner (die Sozialisten und Liberalen) durchgeführt wurden.

Nachdem die CVP/PSC 1947 die Wahlen gewonnen hatte und eine Regierung mit den Sozialisten bildete, setzte sie mehr Milde und größeres Verständnis in den zahlreichen noch anhängigen Säuberungsverfahren durch. Die Familien der Unbürgerlichen näherten sich nun vor allem in Flandern der katholischen Partei an. Das Ziel der Partei war klar: die politische Mehrheit in Flandern. Die Erinnerung an den Widerstand spielte dabei kaum eine Rolle. Rudi van Doorslaer stellt für diese Zeit eine „gleitende Entwicklung hin zur Verinnerlichung einer Anti-Säuberungskultur“⁹ in der CVP/PSC fest.

Belgien vor dem Bürgerkrieg

Schon 1949 hatte wieder eine flämisch-nationalistische Partei bei den Parlamentswahlen kandidiert, die um Stimmen im Lager der Unbürgerlichen warb. Gleichzeitig hatte auch die PSC/PVC ihrerseits offensiv versucht, diesen Wählerstamm für sich zu gewinnen, indem sie wichtige Personen der administrativen Kollaboration auf ihrer Senatsliste integrierte. 1950 sprach sich in einer Volksabstimmung eine Mehrheit von 57 Prozent der Belger für eine Rückkehr des Königs aus. Während 72 Prozent der Flamen für eine Rückkehr stimmten, votierten 58 Prozent der Wallonen und 52 Prozent der Brüsseler dagegen. Das Land war tief gespalten. Nach heftigen Ausschreitungen in der Wallonie, bei denen Tote zu beklagen waren, trat Leopold III. zurück. Die katholisch-konservativen Befürworter des Königs empfanden seinen Rücktritt als Niederlage.

Dies führte zu heftigen Verstimmungen. Die CVP/PSC musste in der Regierung dem Kompromiss der



Gedenkplatte in Grâce-Berleur für die Toten, die während der Kundgebung vom 30. Juli 1950 gegen die Rückkehr König Leopolds III. durch Schüsse der Gendarmerie getötet wurden.

Abdankung zustimmen. Sie verlor innerhalb weniger Wochen 54 Prozent ihrer Mitglieder. Die Parteiführung strebte aber weiterhin die Mehrheit in Flandern an. Sie entschied sich, die flämische Karte zu spielen. Dabei stand sie unter Handlungszwang. Im Jahr 1954 verlor die katholische Partei die absolute Mehrheit und wurde bis 1958 in die Opposition verbannt.

Diese Verstimmung entfremdete die CVP/PSC von der belgischen Nation. Viele katholisch-konservative Flamen entwickelten nun die Vorstellung, dass ihre demographische Mehrheit nur in einem unabhängigen Staat auch politischen Ausdruck finden könne. Zugleich stellten die katholisch-konservativen Flamen die durch die sozialistisch-liberalen Regierungskoalitionen der Jahre 1945 bis 1947 und 1954 bis 1958 neu geschaffene nationale Identität in Frage. Sie beruhte auf einer starken Identifizierung mit Widerstand, Antifaschismus und Säkularismus sowie einer beinahe republikanischen Vorstellung vom Staatsbürger¹⁰.

Rudi van Doorslaer schlussfolgert, dass die CVP/PSC als eine der wichtigsten Parteien des Landes, die von 1958

bis 1999 ununterbrochen an den Regierungen beteiligt sein sollte, statt des Erbes des Widerstandes dasjenige der (flämischen) Kollaboration wählte. Das sei in Westeuropa einzigartig gewesen¹¹.

Neue entgegengesetzte Bilder

Aus dieser Entwicklung entstanden Erinnerungsbilder in der belgischen Gesellschaft, die sich widersprachen.

Auf der einen Seite standen Teile der konservativ-katholischen Welt, die der Kollaboration zumindest nahestanden. Auf der anderen Seite waren die Kommunisten, Sozialisten und Liberalen, die bei den Widerständlern deutlich überrepräsentiert waren. Vereinfacht formuliert: Das frankophone und freigeistige Belgien identifizierte sich mit der Erinnerung des Widerstandes, das flämisch-katholische Belgien mit der Erinnerung der Kollaboration und der Säuberung¹².



In ganz Belgien entstanden Gefallenendenkmäler – wie hier in Antwerpen. Sie sind Zeugnis einer sich formenden Erinnerungskultur.

Diese Bilder setzten sich fest, obwohl sie den Fakten widersprachen. So konnte die historische Forschung die These widerlegen, dass die Säuberung in Flandern besonders hart und ein antisemitischer Komplott gewesen sei. Sie konnte aber auch nachweisen, dass die Reintegration der Verurteilten in Belgien viel langsamer erfolgte als beispielsweise in Frankreich oder den Niederlanden.

Eine besondere Brisanz entstand ab den 1970er Jahren durch die Föderalisierung des bisherigen Einheitsstaates Belgien, für dessen Rettung sich der Widerstand ja zwischen 1940 und 1945 eingesetzt hatte. Über die Staatsreformen erreichten die Verlierer von 1945 (die der Kollaboration nahestehende CVP/PSC) teilweise ihre Ziele. Die Sieger von 1945 (die linken Kräfte von Sozialisten und Liberalen) aber sahen Belgien nach und nach als Einheitsstaat und Nation zerbrechen. Die Erben des Widerstandes fühlten sich an den Rand gedrängt.

Die vergessenen Opfer?

Es waren nach 1945 die Überlebenden mit ihrer Wut und ihrem Frust, die die Diskussionen und die Erinnerungskultur in Belgien beherrschten. Die politischen Parteien nutzten diese Stimmungen, Hoffnungen und Wünsche in ihrem Kampf um Macht. Die Gruppe der politischen Gefangenen stellte dabei die am meisten geachtete Erinnerungsgruppe in der belgischen Nachkriegsgesellschaft dar. Sie verkörperte die nationale Einheit, Märtyrertum und Heldenmut.

Spätestens seit den 1990er Jahren prägen nicht mehr primär die unmittelbaren Zeitzeugen der 1940er Jahre

die gesellschaftlichen Diskussionen, sondern Historiker, Forschungseinrichtungen, Gedenkstätten, Presse u. a. Erst ab diesem Moment entstand Raum für die wahren Opfer: die Juden. Schon unmittelbar nach dem Krieg hatten die belgischen Parteien über die Einbeziehung bzw. die Ausschließung von jüdischen Opfern des Genozids als nationale Märtyrer offen diskutiert. Der schließlich unter dem Druck von CVP/PSC erzielte Kompromiss verlieh schon 1945 allen Widerständlern und politischen Dissidenten einen Ehrentitel, der den Opfern von Vergeltungsakten und den Juden – bei ansonsten gleichen Ansprüchen – vorenthalten blieb¹³. Die Judenverfolgung und das

Schicksal der Juden blieben aber lange Zeit in der kollektiven belgischen Erinnerung ausgespart.

Wie ist das zu erklären?

Die 1.335 „belgischen“ Juden, die aus Auschwitz zurückkehrten, waren eine Minderheit in der Gruppe der politischen Gefangenen und waren in der Regel keine Widerständler gewesen. Die überwiegende Zahl der aus Belgien stammenden und getöteten Juden hatte als Emigranten nicht die belgische Staatsbürgerschaft besessen.

Es dauerte bis Anfang der 1980er Jahre, bevor die Erinnerungsarbeit für



1995 entstand im früheren Sammellager „Kazerne Dossin“ das „Jüdische Deportations- und Widerstandsmuseum“. An seine Stelle trat nach einem Anbau 2012 die „Kazerne Dossin - Gedenkstätte, Museum und Dokumentationszentrum für Holocaust und Menschenrechte“.

diese Opfergruppe eine gesellschaftliche Bedeutung im Landesinnern gewann. Das war rund zwei Jahrzehnte später als in den USA und deutlich später als in den Niederlanden, Frankreich oder der jungen Bundesrepublik. Die 1960er und 1970er Jahre waren in Belgien Jahrzehnte der gemeinschaftspolitischen Konfrontation gewesen, die kaum Platz für diese Thematik boten. Ende der 1970er Jahre setzte dann eine Erinnerungsglobalisierung ein, die vor allem über Filmproduktionen getragen wurde. Jetzt öffnete sich auch die historische Forschung diesem Themenfeld¹⁴.

Nach dem Ende des Kalten Krieges suchten Westeuropa und die Europäische Union dann nach universellen Normen und Symbolen in der Holocaust-Erinnerung. Diese wurden zum negativen Gründungsmythos der Europäischen Union umgedeutet. Dieser negative Gründungsmythos richtete sich gegen Diktatur, Krieg, Verfolgung und Völkermord, wie Europa dies zur Zeit des Nationalsozialismus erlebt hatte. Er setzte in der positiven Formulierung auf die Grundlagen von Freiheit und Demokratie. Nun entstand ein globaler Gleichschritt in der internationalen Holocaust-Erinnerung.

Geschichte macht Politik

Die innerbelgische Erinnerung wurde seit den 1980er Jahren durch zwei Entwicklungen beeinflusst.

Die erste Entwicklung betraf die Föderalisierung des Landes. Die neue Bundesstaatlichkeit forderte die Gemeinschaften und Regionen geradezu heraus, sich zu legitimieren und eine eigene Identität zu entwickeln:

- In der Wallonie wurde der Widerstand, der im historischen Kontext eine Verteidigung des belgischen Nationalstaates unter frankophoner Vorherrschaft war, ein wichtiger Bestandteil dieser Identität. Die wallonische Kollaboration wurde weitgehend ignoriert. Die Wallonen forderten den Anti-Faschismus und die Verteidigung der Demokratie als Basiswerte des Widerstandes ein und stellten diese in einen Gegensatz zu den flämischen Werten der Kollaboration und der Antidemokratie¹⁵.

- In Flandern setzte sich hingegen seit den 1960er Jahren die Säkularisierung fort. Die Menschen lösten sich immer stärker von Religion und Kirche und suchten nach einem Lebensentwurf auf Basis menschlicher Vernunft. Dieser Prozess ging einher mit einer starken industriellen Entwicklung und dem Ausbau des Dienstleistungsgewerbes. Der traditionelle politische Katholizismus verlor fast gänzlich seinen Einfluss auf die flämische Kultur. Die Kollaboration wurde zunehmend in Frage gestellt. Ein Beispiel war die Bitte um Vergebung für die flämische Kollaboration bei der *Ijserbedevaart* im Jahr 2000.

Die zweite Entwicklung wurde durch die neuen Träger der Erinnerungskultur gekennzeichnet. Nicht mehr die Zeitzeugen, sondern andere Meinungsgruppen bestimmten den Diskurs über die Vergangenheit: Politiker, Presse, Unterrichtswesen, Kunst und Kultur, wissenschaftliche Forschung und die Kultur der Bilder.

Vor allem der flämische Journalist Maurice de Wilde brach zwischen 1982 und 1990 die Mauer des Schweigens und leuchtete in starken Fernsehbildern die Traumata der Flamen, Wallonen und Deutschsprachigen auf dem Boden der historischen Fakten aus. Themen wie die Rolle von König und Kirche, die Kollaboration und die Säuberung rückten nun in die öffentliche Diskussion. Der wallonische Journalist Jacques Cogniaux produzierte eine Serie über die Kollaboration in der Wallonie am Beispiel von Léon Degrelle – eine Serie, die zehn Jahre bei der RTBF warten musste, bevor sie 1988 ausgestrahlt wurde. Schon diese Beispiele zeigen: Die Widerstände gegen eine Aufarbeitung der heiklen Zeit von Widerstand, Kollaboration und der Säuberung sowie den entsprechenden Geschichtsbildern waren groß.

Für Flandern liegen seit Mitte der 1990er Jahre grundlegende Arbeiten zu Kollaboration, Widerstand und dazugehörigen Geschichtsbildern vor¹⁶. In der Wallonie blieb vor allem das Thema der Kollaboration lange ein gesellschaftliches Tabu. In der „Encyclopédie du mouvement wallon“¹⁷ fehlt ein Eintrag über Léon Degrelle vollständig, das Stichwort Kollaboration wird mit einigen Zeilen abgefertigt, während der Widerstand auf 16 Seiten behandelt wird. Dazu passt, dass die durchaus vorhandene wissenschaftliche Erforschung der wallonischen Kollaboration in den Debatten weitgehend ignoriert wurde. So konnte ein im Jahr 2008 von Flore Plisnier vorgelegtes Werk als wissenschaftlicher Tabubruch präsentiert werden¹⁸, obwohl Autoren wie Francis Balace, Alain Colignon und Eddy de Bruyne schon in den 1990er Jahren wichtige Studien veröffentlicht hatten¹⁹.

Kapitel 2: Erinnerungskulturen der Deutschsprachigen

Die Neuintegration der Ostkantone nach 1945 in den belgischen Staat erfolgte nicht nur auf politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Ebene. Auch die sehr unterschiedlichen und teilweise entgegengesetzten Erinnerungskulturen in Belgien beeinflussten das neue Zusammenwachsen. Dies blieb in bisherigen Arbeiten weitgehend unbeachtet, da diese übergeordnete Ebene des Denkens und Fühlens in den Quellen wohl nur schwer nachspürbar ist.

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass bis heute ein dialogisches Erinnern zwischen Flamen und Wallonen nur bedingt möglich war. Ein dialogisches Erinnern zwischen den drei Sprachgruppen von Flamen, Wallonen und Deutschsprachigen war bisher inexistent. Die Zusammenarbeit zwischen den Sprachgruppen in Belgien zur Zeit der Lebenden war vor der immer unterschwelligen Präsenz dieser höchst unterschiedlichen Erinnerungskulturen sehr schwierig und häufig eine Geschichte von unendlichen Missverständnissen – gerade auch für die deutschsprachigen Belgier.

Die Partei der Ostkantone

Die Christlich-Soziale Partei (CSP) bezeichnete sich nach 1945 als „Partei der Ostkantone“. In der Tat konnte sie von 1945 bis 1965 zwischen 83 und 64 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Mit welchen weltanschaulichen Botschaften konnte sie so viele Wähler über einen so langen Zeitraum binden? Welche Rolle spielte die Erinnerungskultur? Und warum ging diese starke Bindung nach 1965 spürbar verloren?

Die CSP bot drei weltanschauliche Konstanten, die zu einer hohen Wählerbindung führten:

Als erstes griff sie die lange Tradition des politischen Katholizismus auf, der bis 1920 von der Zentrumspartei und anschließend von der Katholischen Union geprägt worden und tief verankert war. Dieser politische Katholizismus war auch ein wesentlicher Bestandteil der prodeutschen Christlichen Volkspartei in der Zwischenkriegszeit gewesen. Auch nach 1945 bestimmte er das Denken der überwiegenden Mehrheit der katholisch-konservativen Deutschsprachigen. Das *Grenz-Echo* verstärkte den Alleinvertretungsanspruch dieser Weltanschauung immer wieder. So argumentierte Henri Michel beispielsweise 1954: „Die Sozialisten, die Liberalen und Kommunisten standen in der gleichen Einheitsfront der Feindschaft gegen die CSP.“²⁰ Michel dankte anschließend offen allen Wählern, die „der CSP und dem *Grenz-Echo*“²¹ ihr Vertrauen geschenkt hatten.

Die zweite verbindende Konstante in der Weltanschauung der deutschsprachigen Belgier nach 1945 unter dem Dach der CSP war ein übersteigerter und verklärter Monarchismus. Dieser Monarchismus ermöglichte vor allem in Mittel- und Osteuropa nach vier Jahrzehnten erlebter Krisen einen nostalgischen Rückgriff auf eine vorgeblich gute alte Zeit. Diese wurde in vielen Ländern Europas mit der Zeit um 1900 verbunden. Diese allgemeine Monarchismus-Nostalgie griff auf ein Gefühl ökonomischer und politischer Sicherheit und einer ruhigen Ausgewo-

genheit zwischen Mensch und Staat zurück. Dieses Gefühl wurde in den individuellen Biographien mit verklärten Erinnerungen an zahlreiche Festmomente für die jeweiligen Monarchen verbunden. Emotional wurde diese Tendenz durch die aufkommenden Fernsehhochzeiten des Hochadels immer wieder verstärkt.

In den Ostkantonen bot der übersteigerte Monarchismus zusätzlich ein Element der Kontinuität. Über alle nationalistischen Überzeugungen hinweg war eine Untertanenmentalität in der Bevölkerung nachweisbar, die sich immer auch in der Suche nach einer Führungspersönlichkeit in Form von Kaiser oder König manifestiert hatte. Gleichzeitig offenbarte diese Untertanenmentalität auch die große Orientierungslosigkeit und die große demokratische Unreife der Bürger. In der ostbelgischen „Demokratie ohne Demokraten“²² ermöglichte der übersteigerte Monarchismus eine Ausflucht in ein Führerbild, das den Machtkampf an der Spitze des Staates aufhebt und ihn auf die zweiten, dritten und niedrigeren Funktionen verweist. Gleichzeitig verstärkte es das naive Bild des „treusorgenden Königs“, der sein Land angeblich gut verwaltet. Während Jahrzehnten lernten die Schüler in den Geschichtsunterrichten zwischen Göhl und Our, welche Leistungen mit welchen Königen verbunden sein sollten (wobei die Verbrechen Leopolds II. völlig verschwiegen wurden). Dieser Ansatz war völlig undemokratisch, da er den Anschein erweckte, als ob der belgische König politische Macht besitzen würde. Dem war aber nicht so. Stärkste Komponente dieses über-



Am 6. Mai 1961 besuchte Königin Fabiola das Krankenhaus in Eupen. Die Bevölkerung nahm großen Anteil. Dieser übersteigerte Monarchismus spiegelte und spiegelt immer wieder die Bürgerlichkeitsmisere vieler deutschsprachiger Belgier wider.

steigerten Monarchismus war die Möglichkeit der Bürger, durch eine Demonstration ihrer unverfänglichen Königstreue gleichzeitig ihre unbedingte Treue zum belgischen Staat demonstrieren zu können. Gerade dies war ja in den Nachkriegsjahren vom Bezirkskommissar zur höchsten Bürgerpflicht erhoben worden.

Die dritte Konstante in der CSP be traf das Selbstbild der deutschsprachigen Minderheit. Hier spielte zunächst die Erinnerungskultur eine Rolle. Politisch hatte Bezirkskommissar Henri Hoen ein Selbstbild der deutschsprachigen Belgier designat: Durch die Abkehr von der deutschen Kultur sollten sie sich als gute Belgier ausweisen können.

Dies eröffnete den Bürgern die Möglichkeit, sich von jeglicher Verantwortung für ihr Handeln in der Vergangenheit zu distanzieren. Ihnen blieb – taktisch geschickt – die Flucht in ein Opfer-selbstbild. Die Ostbelgier sollten sich als Opfer der Geschichte, als Opfer der Preußen (durch die Annexion von 1815), als Opfer des deutschen Nationalismus (in der Zwischenkriegszeit), als Opfer der Nazis (durch die Annexion 1940), als Opfer durch die Wehrpflicht als „Zwangssoldat“ und als Opfer der Ardennen-Offensive fühlen können. Diese galoppierende Opfer-inflation ließ selbst einen Raum für das öffentlich verdrängte Gefühl, Opfer der Säuberung zu sein. Hierdurch sollte der deutsche Teil der Vergangenheit

dieser Region einfach als Teil der Identität abgespalten werden. Diese politische Vorgabe wurde durch den kollektiven Pakt des Beschweigens, der durch die Bevölkerung breit getragen wurde, gestützt. Doch dieser läuft nach festen Regeln ab: Man darf beschweigen, aber man darf nicht sagen, dass man es tut²³. Deshalb musste der Umgang mit der eigenen Vergangenheit mit dem Aufkommen neuer Erinnerungsformen notgedrungen eine gesellschaftliche Sprengkraft entwickeln: Der Vielzahl der unterschiedlichen individuellen Biographien würde irgendwann nur dialogisch, kontrovers und politisch unkontrollierbar erinnert werden können. Die CSP erwies sich hier als konservative Kraft, die Erinnerungsarbeit nicht als politisches Betätigungsfeld erkannte und den Identitätsbegriff bis in die 1980er Jahre tabuisierte.

Henri Hoen hatte als Leitbild aber auch den Gebrauch der französischen Sprache und die Demonstration eines unzweifelhaften belgischen Patriotismus vorgegeben. Der Einsatz für die deutsche Sprache und Kultur wurde mit den prodeutschen Bestrebungen der Zwischenkriegszeit und der Heim-ins-Reich-Bewegung assoziiert und somit diskreditiert. Ein Bewusstsein als deutschsprachige Minderheit sollte somit unterbunden werden. Die CSP war in dieser Frage gespalten. Einerseits folgten bedeutende Teile der Partei der Argumentation Hoen, andererseits erwiesen sich gerade Peter Kofferschläger, als Mitglied der Abgeordnetenkammer von 1946 bis 1960, und Joseph Baltus, Senator von 1946 bis 1950, als engagierte Politiker, die immer wieder auf die Besonderheiten der deutschsprachigen Minderheit hinwiesen und sich somit gegen die Vorgaben Hoen stellten.

Dieses Bewusstsein ließ vor allem Willy Schyns, Abgeordneter von 1961 bis 1981, vermissen. Die Frage nach dem Selbstbild kann aber nur mit der Frage nach dem vorherrschenden Belgienbild betrachtet werden. Vor allem das *Grenz-Echo*, aber auch die CSP prägten in den Ostkantonen über Jahrzehnte das Bild des belgischen Einheitsstaates – und das auch dann noch, als in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren längst offensichtlich und erfahrbar war, dass dieser Einheitsstaat von Flamen und Wallonen nicht mehr länger getragen werden würde. Die Partei hätte dem Vorbild der Südtiroler Volkspartei folgen können und auf Grundlage eines politischen Katholizismus das Bewusstsein als Minderheit zur zweiten tragenden politischen Säule erheben können. Dies wäre aber wohl nur in Konfrontation zur Mutterpartei PSC möglich gewesen. So wählte die CSP – gerade in der heißen Phase der Autonomiediskussionen – den Weg einer Volkspartei, die sich vorwiegend als christlich-soziale Kraft sah, obwohl Glaube, Kirchenbindung und Einfluss der Institution Kirche bereits spürbar abnahmen.

Dieser Dreiklang von politischen, monarchistischen Leitbildern und Geschichtskultur verstärkte die Versäumung in diesem jungen Teil Belgiens, das sich bis Mitte der 1960er Jahre fast monolithisch als dem Lager des politischen Katholizismus zugehörig zeigte und dort eine politisch-geistige Heimat finden konnte.

Hier stellt sich aber nun die Frage, wie diese Grundüberzeugungen das Verhältnis zu den liberal und sozialistisch geprägten Wallonen prägte. Sie standen mehrheitlich eher links, waren antimonarchistisch und standen in der Erinnerungskultur des Widerstandes. Wie sahen

die PSC des Bezirks Verviers und die PSC als wallonische Partei die deutschsprachigen Belgier? Die Behauptung darf gewagt werden, dass nur ganz wenige Wallonen die Sonderrolle der Ostkantone wahrgenommen haben dürften. Im Gegenzug waren in der Wallonie nach 1945 aber faktisch verzerrte Geschichts- und Erinnerungsbilder über die Ostkantone geschaffen worden, die sich festsetzten und bis heute nachwirken: Es war jene fatale Gleichsetzung von deutschsprachig, deutschem Nationalismus und Nationalsozialismus²⁴, die sich in einer Vielzahl von Variationen und Ausprägungen bis heute manifestiert.

Freunde als Widersacher?

Die CSP war fest in den versäumten Strukturen des Bezirks Verviers verankert. Bis heute fehlen Arbeiten über die Wechselwirkung zwischen der deutschsprachigen CSP und dem wallonischen Flügel der PSC im Bezirk Verviers.

Einerseits benötigte die PSC des Bezirks die deutschsprachige CSP als wichtigen Verbündeten. Der frankophone Teil des Bezirks war eine wichtige Basis der Sozialisten. So entsandte der Bezirk Verviers beispielsweise 1954 zwei Liberale, acht Sozialisten und elf PSC-Abgeordnete in den Provinzialrat. Einen bedeutenden Teil der PSC-Stimmen holte die Partei in den Ostkantonen. Henri Michel jubelte nach der Wahlniederlage von CVP/PSC 1954 im *Grenz-Echo*:

„Die CSP des Bezirks Verviers darf dank der Ostkantone mit berechtigtem Stolz darauf hinweisen, dass sie auch weiterhin durch drei Abgeordnete und zwei Senatoren im Parlament vertreten und an den zahlenmäßigen Verlusten der CSP in Kammer und Senat unbeteiligt ist.“²⁵

Die Erinnerungskultur der deutschsprachigen Mandatare stand aber in einem krassen Gegensatz zur mehrheitlich wallonischen Erinnerung. Während die Deutschsprachigen sich als Opfer der Säuberung sahen (wie die Flamen) und diese allgemein als ungerecht ablehnten, herrschte in den wallonischen Kreisen des Bezirks das Erinnerungsbild des Widerstandes vor, in dem die Deutschsprachigen – ohne Beachtung ihrer Sonderrolle der Annexion – vorwiegend als Kollaborateure angesehen wurden.

Hier besteht noch eine deutliche Forschungslücke: Herrschte dieses Bild auch in der Vervierser PSC vor? Konnte deshalb jeder Einsatz für die deutsche Sprache und Kultur als antipatriotischer Akt und Rückgriff auf verfemte Forderungen der prodeutschen Kräfte der Zwischenkriegszeit abgetan werden? Welche Spielräume für eigene Forderungen hatten die CSP-Mandatare im Rahmen ihrer Abhängigkeiten im Bezirk Verviers in den 1960er und 1970er Jahren überhaupt?



Das „Mouvement ouvrier chrétien“ ist als soziopolitische Organisation in Belgien wie in diesem Werk untersucht worden. Der Einfluss dieser Bewegung auf das deutschsprachige Belgien wurde bis heute nicht fundiert recherchiert und dargestellt.

Wieso konnte vor allem Willy Schyns den mutigen, selbstbewussten Kurs seines Vorgängers Peter Kofferschläger nicht fortsetzen? Mussten Autonomieforderungen in den 1960er Jahren nicht gerade bei den Sozialisten und Liberalen, die bis 1968 nur begrenzt Stimmen in den deutschsprachigen Gemeinden holten, auf heftige Ablehnung stoßen, da sie im Gegensatz zu ihrer Erinnerungskultur und den auf falschen Fakten beruhenden Erinnerungsbildern bestanden?

War der Prozess der Föderalisierung für die Wallonen nicht ein zusätzliches stilles Trauma, das sie der frankophonen Vorherrschaft in Belgien beraubte, den Einheitsstaat zerstörte, für den viele während des Krieges gekämpft hatten? Konnten sie den Deutschsprachigen überhaupt eine Sonderrolle zugestehen, die diesen scheinbaren Zerfallsprozess in ihren Augen noch beschleunigen würde?

Welche Rolle spielten die Druckgruppen der politischen Gefangenen in diesem Kontext, die die am meisten geachtete Erinnerungsgruppe der belgischen Nachkriegsgesellschaft darstellte? Konnten sie eine gewisse Sonderrolle der deutschsprachigen Minderheit annehmen, wo sie doch für nationale Einheit, Märtyrertum und Heldentum standen?

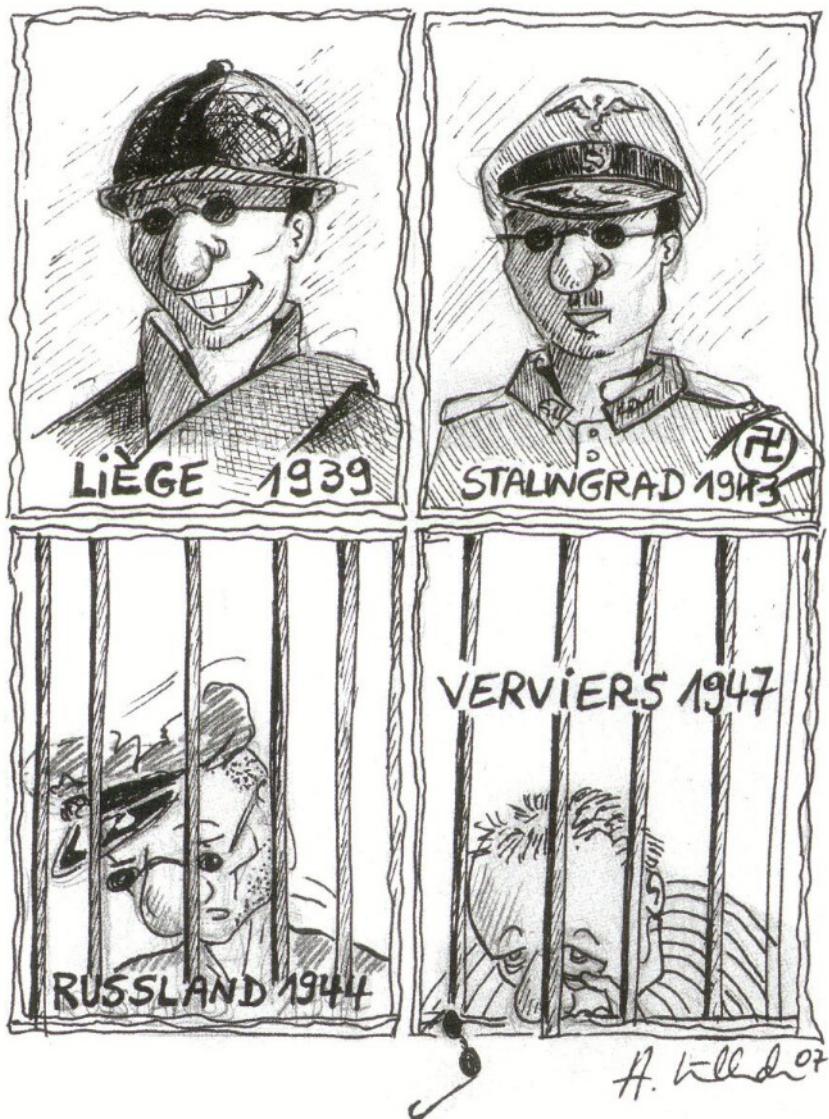
Finden diese Grundfragen nicht ihre Zusammenfassung in dem Ausdruck des wallonischen Ministerpräsidenten Van Cauwenberghe im Jahr 2001, als er die Deutschsprachigen als „deutschsprachige Wallonen“ bezeichnete und somit auf Grundlage eines fragwürdigen, rückwärtsgewandten Verständnisses von Sprache, Kultur und einer Boden-Ideologie Machtansprüche stellte, die im Widerspruch zu anerkannten Grundrechten von Minderheiten stehen?

Nicht kompatible Erinnerungen

Die gesellschaftlichen Erinnerungen an traumatische Ereignisse wie Krieg, Kollaboration und Widerstand oder Säuberung hatten langfristige Wirkungen im Zusammenleben der belgischen Sprachgruppen. Flamen und Wallonen haben eine unterschiedliche Erinnerungskultur entwickelt, die den gesellschaftlichen und politischen Diskurs bis heute mitbestimmt. Während die Erinnerungskultur der Deutschsprachigen

skizziert wurde²⁶, stellt sich noch die Frage, ob die unterschiedlichen Erinnerungskulturen zwischen den deutschsprachigen Belgern und den Flamen und Wallonen überhaupt kompatibel, d. h. aufeinander abstimmbare waren oder sind.

Die Verbreitung eines übersteigerten belgischen Nationalismus mit einer gleichzeitigen Tabuisierung des Selbstbildes beherrschte zunächst den gesellschaftlichen Diskurs. Konstruierte und



Eine ostbelgische Biografie, so unterschrieb Annette Müllender diese Karikatur.

Globalisierte Erinnerungskultur

- 1960: „Mein Kampf“, Erwin Leiser, Schweden (Kino)
1960/1961: „Das Dritte Reich“, 14-teilige Dokumentation (SDR/WDR)
1977: „Hitler – eine Karriere“, Joachim Fest (Kino; im Jahr 1987 in der ARD)
1979: „Die Blechtrommel“, Volker Schlöndorff (Kino)
1979: Holocaust – die Geschichte der Familie Weiss, Marvin J. Chomsky, USA (Dritte Programme)
Seit 1984: Guido Knopp (ZDF)
1984: „Heimat“, Edgar Reitz (ARD)
2004: „Der Untergang“, Oliver Hirschbiegel (Kino)

verfälschte Geschichtsbilder wurden zur Alleinwahrheit erhoben. Diese wurden bei Gedenkfeiern (11. November, 8. Mai, Nationalfeiertag) über

Politiker vor Ort, über Schulen oder auch über das Grenz-Echo propagiert. Kernelemente waren die These, dass die preußische Zugehörigkeit ein Unfall der Geschichte sei und die Ostkantone schon immer belgisches Territorium gewesen seien. Hinzu kamen die von

Bezirkskommissar Henri Hoen formulierte politischen Leitlinien. Er hatte eine möglichst starke Grenzschließung und Umorientierung der Deutschsprachigen in das Landesinnere und eine weitgehende Assimilation durch den Gebrauch der französischen Sprache gefordert. Geschichtsinterpretationen instrumentalisierte er politisch, indem er die Verbindung von kulturellem Selbstbewusstsein mit dem Vorwurf der Heim-ins-Reich-Bewegung verband. Dies begründete er durch die angebliche Erfahrung der gescheiterten Integration der Deutschsprachigen in den belgischen Staat in der Zwischenkriegszeit durch zu viele Freiheiten. Diese Bilder wurden in einem Teil der Bevölkerung als Ausweg aus ihrer Bürgerlichkeitsmisere schnell und unkritisch übernommen.

Parallel dazu entwickelte sich aber seit den 1960er Jahren eine nicht kontrollierbare Gegenkultur. Das deutsche Fernsehen begann schon 1960, mit der 14-teiligen Dokumentation „Das Dritte



Reich“ Aufklärungsarbeit zu leisten. Durch den übersteigerten belgischen Nationalismus jener Zeit konnten die Deutschsprachigen diese Informationen als äußerer Zuschauer wahrnehmen, der sich durch eine konstruierte Opferrolle („Zwangssoldat“, völkerrechtswidrige Annexion u. a.) innerlich von den Inhalten völlig distanzieren konnte.

In den Sekundarschulen wurden seit den 1970er Jahren verstärkt die Verbrechen des Dritten Reiches thematisiert. Oft griffen die Lehrer für ihre Unterrlagen auf deutsche Schulbücher zurück. Auch hier wurden alte Tabuzonen langsam aufgebrochen, auch wenn sie noch nicht für ein historisches Denken fruchtbar gemacht werden konnten. Diese Gegenkultur baute auf eine völlig andere Sichtweise auf den Nationalsozialismus auf als bei Flamen und Wallonen. Während die Deutschsprachigen sich dem Nationalsozialismus unbewusst aus der deutschen Täterperspektive näherten (auch wenn sie diese für ihre Geschichte verdrängen konnten), so betrachteten Flamen und Wallonen die Zeit des Nationalsozialismus aus der Opferperspektive bzw. aus der Perspektive von Widerstand und Kollaboration.

Die Sendungen von Maurice de Wilde „Belgen tegen wil en dank“ im Jahr 1983 waren einer der wenigen Knotenpunkte, an denen ein dialogisches Erinnern über alle Sprachgrenzen hinweg möglich war. Die Resonanz war groß, die Bereitschaft für eine öffentliche Diskussion aber noch gering.

Bis heute gilt: Flamen und Wallonen hatten und haben kaum Möglichkeiten oder zeigen kaum die Bereitschaft, die Geschichte der Deutschsprachigen in ihrer Sprache zu erfahren.

Ein erstes Beispiel: Der Leiter des CEGES, des belgischen Studienzentrums zu Krieg und heutigen Gesellschaften in Brüssel, Rudi van Doorslaer, erwähnte im Jahr 2006 auf einer internationalen Fachtagung in Luxemburg zum Thema Kollaboration in seinen Auflistungen zu den Opfern des Zweiten Weltkrieges keine Opfer aus den damaligen Ostkantonen. Die gesamte Geschichte dieser Region blieb unerwähnt, obwohl er über den „belgischen“ Umgang mit jener Zeit referierte.

Ein zweites Beispiel: Ein Blick in die gängigen Schulbücher für das Sekundarschulwesen in Flandern oder der Wallonie zeigt, dass die Jugendlichen keine Möglichkeit haben, die Geschichte der Deutschsprachigen bis in die 1960er Jahre auch nur kurz zu streifen. Sie wird gar nicht, kaum oder völlig verfälscht wiedergegeben²⁷.

Die Zeit der Lebenden

Wie hat sich die Erinnerungskultur zur Kriegs- und Nachkriegszeit, zu Widerstand und Kollaboration und zur Säuberung in den Ostkantonen herausgebildet?

In einer ersten Phase prägten Einschüchterung, Verdrängung, Unrechtsempfinden der belgischen Säuberungspolitik gegenüber, Minderwertigkeitskomplexe und ein fehlendes Selbstbild die Erinnerungskultur der Deutschsprachigen. Die Nachkriegspolitik führte zu einer überstülpten, fremddesignten Identität, die mit den Erfahrungen der Menschen vor Ort kaum kompatibel war. Sie konnte deshalb auch lediglich durch eine Flucht in die Opferrolle verinnerlicht werden. Im Gegenzug bot sie aber Auswege aus dem ostbelgischen Dilemma zwischen den Extremen

von Opfersein, Mitläufertum und Überzeugungstäterschaft. Ein Dialog mit den frankophonen Nachbarn, die ihrerseits über völlig andere Bilder und Erinnerungen an die Geschichte (nicht zu vergessen das Trauma des Ersten Weltkrieges) verfügten, fand nicht statt. Im Gegenzug verfügten die Wallonen und auch viele Flamen einfach nicht über das Rüstzeug, um sich in die komplexen Situationen in den Ostkantonen einzudenken.

Vor allem in der belgischen Eifel begann 1968 mit der Publikation „Kriegsschicksale“ des Geschichtsvereins *Zwischen Venn und Schneifel* eine Phase der artikulierten Opferidentität. Diese ging stockend in eine Phase der polarisierenden Selbstbilddiskussionen über. Hier wagten Anfang der 1970er Jahre zunächst Hubert Jenniges und Peter Thomas mit ihrer Sendereihe zu „50 Jahre Geschichte der Ostkantone“²⁸ den Tabubruch, indem sie die politisch erwünschten Geschichtsbilder im deutschen Sprachgebiet nicht nur über eine fundierte, sachliche Darstellung hinterfragten, sondern das Thema erstmals über den Rundfunk in die breite Öffentlichkeit brachten.

Dieser Gang in die Öffentlichkeit wurde durch die Einsetzung des Rats der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK) ab Oktober 1973 erzwungenermaßen demokratisch institutionalisiert. Die Auseinandersetzungen über Identitäten und Geschichtsbilder waren während mehr als zwei Jahrzehnten höchst emotional, oft irrational und häufig durch verzerrte Geschichtskonstruktionen geprägt²⁹.

Durch den unumkehrbaren Gang in die Öffentlichkeit konnte aber die Kraft der demokratischen Auseinandersetzung wirken. Doch das dauerte Jahrzehnte. Das belegen die weitgehend ausgebliebenen

Reaktionen auf die grundlegenden wissenschaftlichen Werke von Pabst, Doepgen, Christmann oder Schäfer³⁰ zu Teilstücken der komplexen Vergangenheit.

Spätestens mit der gut recherchierten Sendung von Maurice de Wilde „Belgen tegen wil en dank“ im Jahr 1983 schienen viele Bürger sich angesprochen zu fühlen und sind vorsichtige Ansätze einer öffentlichen Diskussion nachweisbar. Es waren einerseits Abwehrreaktionen gegen ein Aufbrechen der institutionalisierten Tabus zur eigenen Geschichte, andererseits aber Erleichterung und Teilnahme an mikroöffentlichen Diskussionen über die bisher beschwiegenen Themen. Diese Sendung war aber auch Ansporn für weitere Arbeiten über die heißen Themen der regionalen Geschichte. Dies war ganz im Sinne Maurice de Wildes.

„Die Aufklärung darüber, warum hier gewisse Dinge geschahen, sei für die hiesige Bevölkerung wichtig, doch auch für die Flamen und Wallonen, damit sie die Menschen von hier besser verstehen lernen“³¹,

zitierte das *Grenz-Echo* den Journalisten.

Parallel zu diesem wichtigen Impuls begann im deutschsprachigen Belgien Ende der 1980er Jahre die Entdeckung des Regionalen. In Dorfmonographien (vor allem in der belgischen Eifel) und wissenschaftlichen Artikeln trauten sich junge Historiker an erste Nahaufnahmen der jüngeren Vergangenheit. Ein Beispiel: Die handwerklich sauber erarbeitete Ausstellung „Die verdrängten Jahre“³² brachte 1990 die ostbelgische Erinnerungskultur in die öffentliche Diskussion. Die Ausstellung war bei vielen Zeitzeugen in Eupen noch als Provokation aufgefasst worden, stieß



In diesem Gebäude tagte der „Rat der deutschen Kulturgemeinschaft“ ab Oktober 1973. Im Oktober 2013 zog das „Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ins neue Parlamentsgebäude am „Platz des Parlamentes 1“.

aber eine nachhaltige gesellschaftliche Diskussion an. Gleichzeitig verdeutlichten die Reaktionen in der belgischen Eifel den sehr großen Unterschied in der Erinnerungskultur zwischen beiden Teilregionen. Die Erinnerungskultur zur Ardennen-Offensive hatte in der belgischen Eifel die Türen hin zu einer kontroversen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte Jahrzehnte eher geöffnet als in den nördlichen Gemeinden. Hier wirkte aber auch der Einfluss der deutschen Erinnerungskultur (über das Fernsehen, aber auch durch regionale Forschungen). Dieser zeigte sich daran, dass beispielsweise die Judenverfolgung (regional in Form von „Judenschmuggel“³³) in den 1990er Jahren verschiedentlich zu den bearbeiteten Themen dieser (Dorf-)Monographien gehörte.

Die Zeit der Toten

Um die Jahrhundertwende begann dann die „Zeit der Toten“, in der die Erinnerungsarbeit nun endgültig von Kulturschaffenden geprägt wurde, die keine Zeitzeugen mehr waren. Auch hier drei Beispiele: Das dreibändige Werk der Säuberung eröffnete – nach einer fun-

dierten Darstellung dieses schwierigen Abschnitts der Regionalgeschichte – rund 340 Zeitzeugen die letzte Möglichkeit, über ein fast therapeutisches Reden Erinnerungen zu diesem Tabuthema festzuhalten und somit den historischen Rahmen der Quellengeschichte letztmals zu erweitern. Mit der Einführung des digitalen Geschichtsbuches in den Sekundarschulen der DG (m-book) setzen die Autoren nicht mehr auf die alleinige Vermittlung von Fakten und vorgeblichen historischen Wahrheiten. Spurensuche, neue Fragestellungen und Interpretation stehen noch immer im Fokus. Sie regen die Schüler aber immer wieder gezielt zu einem eigenen Nachdenken an und fördern so das historische Denken und die historische Orientierungskompetenz. Weitere Geschichtsarbeit erfolgt über die Geschichtsvereine, die regionalen Museen, das Staatsarchiv, Hobbyhistoriker und zahlreiche Initiativen junger Historiker. Umfang und Qualität der Arbeiten sind für eine so kleine Region beachtlich.

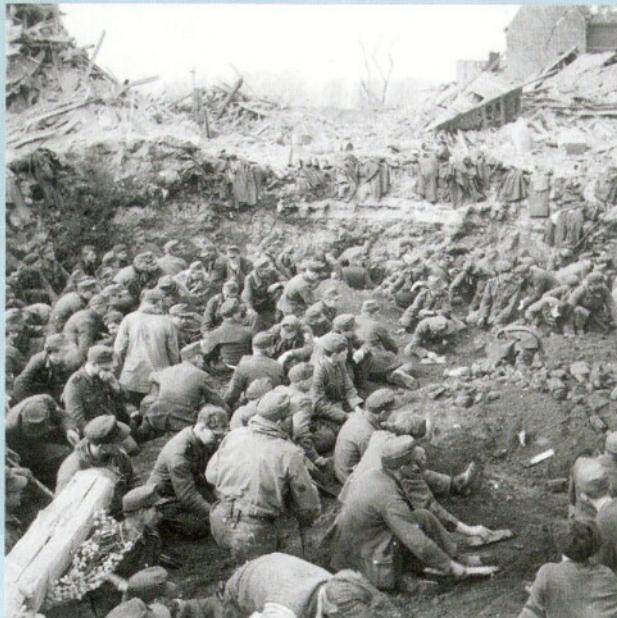
Doch ein Ansatz fehlt: Ein dialogisches Erinnern mit Flamen und Wallonen steht bis heute aus.

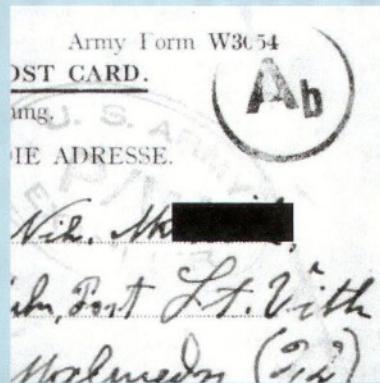
Endnoten

- 1 Carlo Lejeune, *Die Säuberung*, Bd. 3, Büllingen 2008, S. 303-321.
- 2 Siehe zum Stand der Forschung: Carlo Lejeune, *Die Säuberung*, Bd. 2, Büllingen 2007, S. 267. Neben einigen Arbeiten aus der Nachkriegszeit, bei denen Pierre Maxence, *Les atouts gaspillés ou le drame des Cantons de l'Est*, St-Niklaas 1950, besonders hervorsticht, folgten in den 1990er Jahren vor allem Arbeiten von Freddy Cremer in den Bibliokassetten sowie die Serie: Freddy Cremer, *Annexion, Assimilation, Autonomie. Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft*, in: I&M, *Informationen und Meinungen aus Deutschbelgien*, 2/94-4/94. Andreas Fickers ergänzte diese Analysen in: Andreas Fickers, *Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert*, in: *Zeitenblüte* 3-2004, Nr. 1. Im Jahr 2007 folgte Ulrich Tiedau, *Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich*, München 2007, S. 435-522.
- 3 Freddy Cremer, *Verschlussseite Geschichte*, in: Carlo Lejeune, Andreas Fickers, Freddy Cremer, *Spuren in die Zukunft*, Büllingen 2001, S. 8-26. Andreas Fickers, ebenda.
- 4 Zur individuellen und kollektiven Erinnerungskultur vgl. Carlo Lejeune, *Säuberung*, Bd. 3, S. 15-34.
- 5 Rudi van Doorslaer, *L'héritage politique de la guerre et en particulier de la collaboration en Belgique 1945-2000*, in: *Collaboration: nazification? Le cas du Luxembourg à la lumière des situations françaises, belge et néerlandaise. Actes du colloque international*, Luxembourg 2006, S. 444-460.
- 6 Ebenda.
- 7 Ebenda, S. 450.
- 8 Pieter Lagrou, *Zur friedenspädagogischen Bedeutung von Erinnerungsarbeit*, in: Bernhard Nolz/Wolfgang Popp (Hrsg.), *Erinnerungsarbeit: Grundlage einer Kultur des Friedens*, Berlin/Münster/Wien/Zürich/London 2000 (Friedenskultur in Europa, 4), S. 80-93, hier S. 88.
- 9 Rudi van Doorslaer, *L'héritage*, S. 449.
- 10 Pieter Lagrou, *Erinnerungsarbeit*, S. 89.
- 11 Rudi van Doorslaer, *L'héritage*, S. 451.
- 12 Dazu Bruno Benvindo und Evert Peeters, *Les décombres de la guerre. Mémoires belges en conflit, 1945-2010*, Brüssel 2012; Olivier Luminet, *Belgique-België. Un État, deux mémoires collectives?*, Wavre 2012.
- 13 Rudi van Doorslaer, *L'héritage*, S. 454-455.
- 14 Christoph Brüll, „Das Recht, über die Geschichte zu urteilen“. Der Umgang mit dem Holocaust in Belgien an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Jan Eckel/Claudia Moisel (Hrsg.), *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus*, Bd. 24), Göttingen 2008, S. 43-58.
- 15 Rudi van Doorslaer, *L'héritage*, S. 457.
- 16 In diesem Zusammenhang sind die Werke von Pieter Lagrou mit eher belgischer Perspektive bedeutsam wie: Pieter Lagrou, *Memory and national Identity. Myths of Resistance and Martyrdom in Belgium and the Netherlands*, in: *La Résistance et les Européens du Nord/Het Verzet en Noord-Europa*, CREHSGM, Bruxelles 1994; Pieter Lagrou, *Mémoires patriotiques et occupation nazie. Résistants, requis et déportés en Europe occidentale, 1945-1965*, Bruxelles 2003, u. a. Eine eher flämische Perspektive findet sich in den Arbeiten von Bruno de Wever, Luc Huyse, Marnix Beyen u. a.
- 17 *Encyclopédie du Mouvement wallon*, 4 Bd., Namur 2000-2010.
- 18 Flore Plisnier, *Ils ont pris les armes pour Hitler. La collaboration armée en Belgique francophone*, Brüssel 2008.
- 19 Siehe beispielsweise den grundlegenden, den damaligen Forschungsstand synthetisierenden Artikel von Alain Colignon, *La collaboration francophone: autopsie post-mortem*, in: José Gotovitch/Chantal Kesteloot (Hrsg.), *Collaboration, répression. Un passé qui résiste*, Brüssel 2002, S. 11-38.
- 20 Zum Beispiel: *Grenz-Echo*, 12.4.1954, S. 1.
- 21 *Grenz-Echo*, 12.4.1954, S. 3.
- 22 Carlo Lejeune, *Eine junge Demokratie, zu wenig Demokraten*, in: *Spuren*, S. 63-76.
- 23 Aleida Assmann, *Von kollektiver Gewalt zu gemeinsamer Zukunft: Vier Modelle für den Umgang mit traumatischer Vergangenheit*, in: Kerstin von Lingen (Hrsg.), *Kriegserfahrung und nationale Identität*, Paderborn 2009, S. 42-51.
- 24 Carlo Lejeune, *Die Säuberung*, Bd. 1, Büllingen 2005, S. 18-21.
- 25 *Grenz-Echo*, 17.4.1954, S. 1.
- 26 Lejeune, *Säuberung*, Bd. 3, S. 15-34.
- 27 Im flämischen Schulbuch für den allgemeinbildenden Unterricht *Historia 5*, Kapellen 2008, wird der Staatenwechsel der deutschen Kreise Eupen und Malmedy im Jahr 1920 nicht im Quellentext zum Versailler Vertrag, aber auf einer Karte auf S. 152 ohne Kommentar und kaum sichtbar dargestellt. Das Schulbuch *Storia 5*, Wommelgem 2008, S. 108, erwähnt den Staatenwechsel der Kreise in der Quelle zum Versailler Vertrag nicht, markiert ihn aber deutlich auf einer Karte ohne weitere Kommentare. Das wallonische Schulbuch *FuturHist 5*, Namur 2009, S. 186, erwähnt weder die neue Grenzziehung aus dem 1920 noch wird der Staatenwechsel auf der Karte angeführt. Eupen-Malmedy erscheint auf der Karte auch nicht als „Minorité allemande hors d'Allemagne“.
- 28 Diese Sendereihe wurde in zweiter Auflage nochmals 1974 veröffentlicht, siehe: Hubert Jenniges, *Peter Thomas, 50 Jahre Geschichte der Ostkantone*, Brüssel 1974.
- 29 Diese hat Freddy Cremer z. T. brillant analysiert, vgl. Freddy Cremer, *Verschlussseite Geschichte*, in: *Spuren*, S. 8-26, oder Freddy Cremer, *Von den „Inciviques“ zu den „Modellbelgieren“*, in: Ebenda, S. 99-117, u. a.
- 30 Klaus Pabst, *Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteipolitik 1914-1940*, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins* 76 (1964), S. 206-515; Heinz Doepgen, *Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920*, Bonn 1966; Heidi Christmann, *Presse und gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden Weltkriegen*, München 1974; Martin R. Schäfer, *Deutsche Annexionspolitik im Westen: Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt am Main 1975.
- 31 *Grenz-Echo*, 18.7.1983, S. 7.
- 32 Die Ausstellung fand vom 27. April bis zum 6. Mai 1990 in Eupen statt. Vom 15. Februar bis zum 3. März 1991 wurde sie in Sankt Vith gezeigt.
- 33 S. u. a. Hans-Dieter Arntz, *Judenverfolgung und Fluchthilfe im deutsch-belgischen Grenzgebiet*, Euskirchen 1990.

KAMPF UM ANERKENNUNG UND STATUT KEINE LÖSUNGEN FÜR ZWANGSSOLDATEN?

von PETER M. QUADFLIEG





Sie kehrten aus dem Krieg zurück. In ihrem „Vaterland“ wurden sie interniert oder inhaftiert, befragt und durchleuchtet – manche gequält. Wie sollte Belgien mit jenen Soldaten, die auf deutscher Seite gegen die Alliierten gekämpft hatten, umgehen? Wurde der Begriff des „Zwangssoldaten“ dem Schicksal dieser Menschen gerecht? Oder war er ein Mittel, um sich in eine Opferrolle zu flüchten, um materiell und moralisch rehabilitiert zu werden? Das Thema der „Zwangssoldaten“ war im gesellschaftlichen und politischen Diskurs der deutschsprachigen Gemeinden ein Dauerthema – fast 60 Jahre lang.

Während des Zweiten Weltkriegs dienten etwa 8.800 Ostbelgier in allen Waffengattungen der deutschen Armee und der Waffen-SS. Die meisten von Ihnen als Wehrpflichtige: Die Staatsbürgerschaftsübertragung hatte die allgemeine Wehrpflicht für ostbelgische Männer in der deutschen Wehrmacht mit sich gebracht. Hinzu kamen rund 800 Freiwillige¹.

Bis zur Befreiung wurden 44 Jahrgänge (1884-1927) durch die Rekrutierungsbehörden einberufen und an alle Fronten des Zweiten Weltkrieges geschickt. Bei Kriegsende befanden sich die Überlebenden zu einem Großteil in Kriegsgefangenschaft, entweder in Russland oder bei den Westalliierten. In den folgenden Jahren kehrten rund 5.400 dieser Soldaten nach Hause zurück. Ihnen standen etwa 3.400 gefallene, in der Internierung verstorben, für tot erklärte oder vermisste Soldaten gegenüber². Die Dimension dieser Opferzahlen wird deutlich, wenn man bedenkt, dass die Zahl der Gefallenen aus den Ostkantonen im Zweiten Weltkrieg etwa doppelt so hoch war, wie im Ersten Weltkrieg³.

Viele der ehemaligen Soldaten hatten sich nach der Heimkehr vor belgischen

N° 154

N° 154

Chambre des Représentants		Kamer der Volksvertegenwoordigers
Session de 1939-1940	N° 154 28 FEVRIER 1940	Zittingsjaar 1939-1940

PROPOSITION DE LOI
accordant une rente aux anciens combattants
d'Eupen-Malmédy.

WETSVOORSTEL
waarbij een rente wordt toegekend aan de oudstrijders
van Eupen-Malmedy.

Die sogenannte Frontstreifenrente für die Veteranen des Ersten Weltkrieges wurde erst kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges auf den Weg gebracht

Militärgerichten zu verantworten, da ihnen – die politischen Realitäten zwischen 1940 und 1944 verkennend – „Waffenträger als Belgier gegen Belgien“ vorgeworfen wurde. Auch nachdem diese Verfolgungswelle Ende der 1940er Jahre abgeebbt war, blieb die „Zwangs-soldaten“-Problematik im Fokus des ostbelgischen Diskurses.

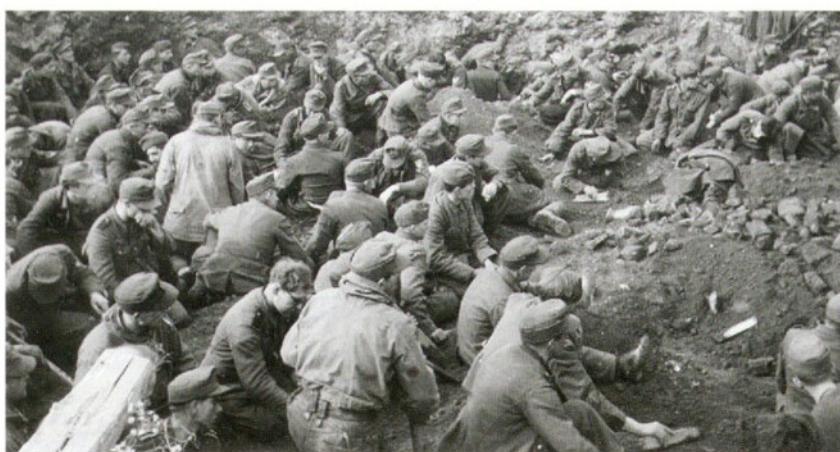
Veteranenorganisationen hatten bereits nach dem Ersten Weltkrieg eine sog. Frontstreifenrente als Entschädigung für die Kriegszeit – in der preußischen Armee – vom belgischen Staat gefordert. Erst im Februar 1940 – also kurz vor der deutschen Annexion – war ein entsprechender Gesetzes-Text in Brüssel diskutiert worden⁴. Nach der Befreiung 1945 forderten

auch die ostbelgischen Wehrmachtveteranen, für ihren Einsatz in der deutschen Armee entschädigt zu werden. Die Ansprüche auf materielle Leistungen waren dabei verknüpft mit der – für viele Veteranen vordringlicheren – Frage nach einer moralischen Rehabilitation.⁵

Kriegsgefangenschaft und Verfolgung durch die belgische Justiz

Nach Kriegsende befanden sich unter den deutschen Gefangenen tausende Männer aus den Ostkantonen. Die belgische Exilregierung hatte sich erst ab März 1944 mit der Frage der kriegsgefangenen Ostbelgier befasst, nachdem sie sich zuvor nicht für ihr Schicksal interessiert hatte⁶. Erst jetzt wurden entsprechende Gespräche mit den westlichen Alliierten und der Sowjetunion aufgenommen. Luxemburg und Frankreich (für die aus Elsass-Lothringen stammenden Soldaten) hatten bereits früher Verhandlungen aufgenommen⁷.

Die 1945 intensivierten Konsultationen zeigten Erfolg: Die Alliierten übergaben die Verantwortung für „ausländische“ Kriegsgefangene den jeweiligen Herkunfts-nationen. Die über die unterschiedlichsten Länder⁸ verteilten belgischen Staatsbürger wurden im Verlauf des



Wie hier im März 1945 gerieten tausende Ostbelgier in Kriegsgefangenschaft

Jahres 1945 an die zuständigen belgischen Behörden übergeben und in ihre Heimat zurückgebracht.

Mit der UdSSR wurde zwar Mitte März 1945 ein allgemeiner Rückführungsvertrag abgeschlossen und ab August 1945 wurden im Kriegsgefangenlager Tambow in Zentralrussland Gefangene aus Eupen-Malmedy, Luxemburg, Elsass-Lothringen und Holland zusammengeführt⁹; jedoch herrscht lange Zeit Unklarheit über die tatsächliche Anzahl der kriegsgefangenen Ostbelgier in der Sowjetunion. Im Oktober 1945 wurde die Anzahl der in Tambow internierten Eupen-Malmedyer von luxemburgischen Heimkehrern auf nur ca. 200 Personen geschätzt¹⁰. Tatsächlich befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch tausende Ostbelgier in sowjetischer Gefangenschaft.

Die ostbelgische Bevölkerung nahm am Schicksal der Kriegsgefangenen regen Anteil. Unmittelbar nach Kriegsende hatte sich eine „Elternvereinigung“ gebildet, die sich unermüdlich für die Rückkehr der Kriegsgefangenen einsetzte. Dabei kooperierte sie eng mit der „Luxemburgischen Elternassoziation“¹¹. Unterstützung erhielt der Elternverband auch durch die lokale Politik und das Grenz-Echo, in dem regelmäßig Suchmeldungen und Berichte über die Kriegsgefangenen erschienen¹². Ab September 1945 konnten im Grenz-Echo abgedruckte „Suchzettel für Vermisste“ zum Repatriierungsdienst nach Brüssel geschickt werden, die dort zentral für alle belgischen Vermissten, also zum Beispiel auch für Zwangsarbeiter und politische Gefangene, bearbeitet wurden¹³.

Als Ergebnis wurden im Februar 1946 Namenslisten der noch nicht heimgekehrten Ostbelgier an die Sowjetunion übergeben. Tatsächlich trafen drei Monate später die ersten 89 Russlandheim-

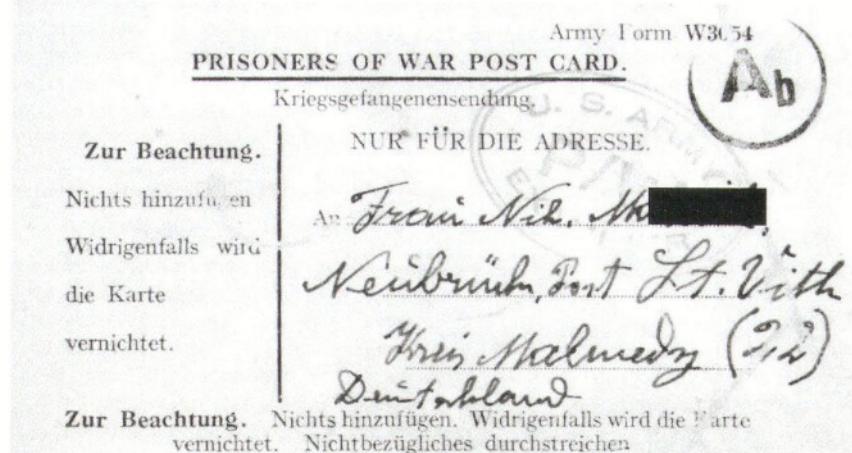


Rekrutierte Ostbelgier, nach der Vereidigung 1941

kehrer aus der Region in einem Sonderzug in Brüssel ein. Es vergingen aber noch neun Jahre, in denen weitere Kriegsgefangene zurückkehrten. Diese Verzögerung bei der Entlassung und Rückführung belgischer „Zwangssoldaten“ erklärt sich auch aus der Tatsache, dass die Geschichte Ostbelgiens mit dem dreifachen Staatswechsel 1920, 1940 und 1944 in der Sowjetunion weitgehend unbekannt war. Hatten die ostbelgischen Soldaten das Pech, weder Französisch zu sprechen noch über belgische Ausweispapiere zu verfügen, war es für sie oft schwierig, ihren Bewachern klar zu machen, dass sie belgische Staatsangehörige waren. Umgekehrt versuchten aus dem „Altreich“ stammende Soldaten, sich als Luxem-

burger oder Elsaß-Lothringer auszugeben, um schneller entlassen zu werden, was „eine verschärfte Kontrolle“¹⁴ seitens der Alliierten bewirkte.

Bis Ende 1947 kehrten offiziell 5.417 ostbelgische Kriegsgefangene in die Heimat zurück. Damit galten rund drei Jahre nach der Befreiung Ostbelgiens noch ca. 1.400 Ostbelgier als gefangen oder vermisst. Letzte ostbelgische Kriegsgefangene erreichten die Heimat erst im Jahr 1955. Die genaue Anzahl der in der Kriegsgefangenschaft verstorbenen deutschsprachigen Belgier ist bisher nicht ermittelt und die Angaben in der Literatur sind widersprüchlich¹⁵. Auch die individuellen Schicksale in der Kriegsgefangenschaft,



Oft waren standardisierte Postkarten die ersten Lebenszeichen der Kriegsgefangenen

was Versorgung und Behandlung anbelangte, waren höchst unterschiedlich¹⁶. Im November 1955 teilte der ostbelgische Abgeordnete Peter Kofferschläger dem Premierminister Van Acker mit, dass noch 900 ostbelgische „Zwangssoldaten“ als in Russland vermisst gelten würden¹⁷.

Die Rückkehr in die Heimat bedeutete für viele Veteranen zunächst die erneute Internierung im Rahmen der politischen Säuberungen in Ostbelgien. Die belgische Militärpolizei fing die Heimkehrer an den Bahnhöfen oder an den Grenzen ab und unterzog sie intensiven Verhören. Dabei sahen sich die Kriegsheimkehrer neben Fragen zu ihrem Wehrdienst auch Anschuldigungen wegen politischer Kollaboration ausgesetzt, vor allem wenn sie, wie rund die Hälfte aller ostbelgischen Wehrmachtssoldaten, vor 1945 Mitglied einer NS-Organisation oder der Heimattreuen Front gewesen oder nach der Befreiung durch Zeugenaussagen belastet worden waren. Während der Internierung kam es auch immer wieder zu gezielten und spontanen Misshandlungen. In der Öffentlichkeit wurde dies jedoch weitgehend tabuisiert. Das Grenz-Echo sprach beispielsweise 1947 lieber davon, dass in Brüssel angekommene Russlandheimkehrer noch in der Hauptstadt verbleiben müssten, bis „ihre Papiere in Ordnung befunden worden“¹⁸ seien oder es wurden Heimkehrerschicksale als amüsante Abfolge von Anekdoten wiedergegeben¹⁹. Noch in den 1950er und 1960er Jahren wurden harte und ungerechte Behandlungen bei der Überprüfung und Entlassung der Kriegsgefangenen höchstens angedeutet.

Gegen hunderte ehemalige Wehrmachtssangehörige wurde zudem wegen des „Waffentrags gegen Belgien“ gerichtlich vorgegangen. Die Verurteilun-

23000 Suchzettel

Brüssel, den 5. Okt. 1945

Die Vielen, die in unseren Kantonen den im „Grenz-Echo“ vom 29. September vorgedruckten Suchzettel nach Vermissten ausfüllten, wird es gewiss willkommen sein, etwas von dem weiteren Schicksal der abgesandten Zettel und der sich daraus aufbauenden Suchaktion zu hören, auf deren Ergebnis sie mit Zutrauen und Sorge warten.

Die Straße, wo die einlaufenden Zettel reichten werden, trägt den zutreffenden Namen „Rue de la Bonté“ (Straße der Güte); dort werden in drei großen Sälen die Briefe auf langen Tischen aufgeschichtet, geöffnet und einer ersten Sortierung unterzogen. Die mangelhaft ausgefüllten kommen vorerst bei Seite, die übrigen werden nummeriert und nach Sprachgruppen geordnet. Die Arbeit ist groß, denn in den ersten drei Tagen liegen 23.000 Zettel ein, trotzdem kostet man, innerhalb von 14 Tagen allen Ansuchern eine Empfangsberechtigung zustellen zu können. Außerdem wird ein Album mit Photos von Vermissten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Wenn die Zettel diese erste Abteilung verlassen, so sind sie säuberlich in Packen von je 100 Stück sortiert und kommen nun in die Hände von freiwilligen Helfern; Schülern und Schülerinnen von Brüsseler Schulen, welche die Angaben der Zettel auf Bogen übertragen. Die Arbeit ist nicht ganz einfach, da Orthographie und Schönheit der Schrift nicht immer einwandfrei sind. Die jungen Leute arbeiten täglich eine Stunde lang in Gruppen von je 80 Kopisten und 20 Nachprüfern.

Die Angaben auf den Zetteln werden nun in einen besonderen Ziffer-Code übertragen, der es erlaubt, mit einem Blick die wesentlichen Punkte zu erlassen.

Das Wichtigste ist die Bezeichnung der Stelle, wo der Vermisste zum letzten Male gesehen wurde. Jedes Land, jede Besetzungszone, Armeegruppe, jedes Lager usw., hat seine Kennziffer, Buchenwald z.B. wird ausgedrückt mit 42030071, 420 bedeutet Deutschland, 3 die englische Besetzungszone, 0 eine Armeegruppe in dieser Zone und 071 das Lager Buchenwald. Jede der Abschriften erhält man ihre Code-Ziffer und wandert dann in die Maschinen des Statistischen Amtes, welche die Angaben auf besondere Formulare einlochen. Mittels dieser genau arbeitenden Maschinen erhält man eine exakte Statistik aller Vermissten geordnet nach Geschlecht, nach Kategorien, ob politische Gefangene, Deportierte, Freiwillige Arbeiter, Wehrmachtssangehörige usw., Besetzungszenen und allen übrigen für die Wiederauffindung belangreichen Punkten. Auch die Listen für die in der gleichen Zone Vermissten werden reihenmaschinel angefertigt. Diese letzten Aufstellungen werden dann die Missionen nach Deutschland begleiten, und ihnen dort für ihre Sucharbeit präzise Unterlagen geben. Soweit die büromäßig-technische Seite der Arbeit.

Der Minister für die zivilen Kriegsopfer sagte mit Recht: „Die 23.000 Zettel bedeuten 23.000 Dramen. Wir haben gewettet, daß wir den Familien der Vermissten alle nur möglichen Auskünfte geben werden. Dank unserer Helfer werden wir die Wette gewinnen. Die Zusammenarbeit des Zentrums für das Rapatriement mit 2.600 Brüsseler Schülern und Schülerinnen, mit dem Statistischen Amt, dem Rundfunk und der Presse hat bewiesen, daß bei allseitigem guten Willen, keine Aufgabe unmöglich bleibt.“

Das Grenz-Echo berichtete über die Anstrengungen der belgischen Behörden, Kriegsgefangene in der UdSSR zu lokalisieren

gen erfolgten meist in Tateinheit mit anderen Vergehen etwa „politische Mitarbeit“, „Verrat“ oder „Denunziation“. Die Strafen bewegten sich in der Regel zwischen sechs Monaten und drei Jahren Gefängnis sowie weiteren zivilrechtlichen Folgen und Geldstrafen. In einzelnen Fällen wurden auch längere Haftstrafen verhängt. Ihren Höhepunkt erreichte die juristische Verfolgung in den Jahren 1946 und 1947²⁰.

Die Verweigerung der obligatorischen Zivismuszeugnisse und andere Bestrafungen aus dem Katalog der politischen Säuberungen waren an der Tagesordnung. Dies führte wiederum zu Benachteiligungen beim Wiedereinstieg ins Berufsleben, vor allem, wenn die Betroffenen zuvor im belgischen Staatsdienst gearbeitet hatten. Bei einer

nichtrepräsentativen Umfrage aus dem Jahr 1981 gaben 94 Prozent der befragten ehemaligen „Zwangssoldaten“ an, in Kriegsgefangenschaft geraten zu sein. Mehr als 60 Prozent wurden nach ihrer Entlassung durch belgische Stellen interniert. Mit 30 Prozent beklagte fast jeder dritte ehemalige Kriegsgefangene körperlich oder seelisch misshandelt worden zu sein und 83 Prozent gaben an, berufliche Nachteile erlitten zu haben²¹.

Entschädigungsforderungen in den 1950er und 1960er Jahren

Ende der 1940er Jahre ebbte die „Säuberungen“ im Bereich der Verfolgung der militärischen Kooperation ab. Mit der politischen Normalisierung in Ostbelgien begannen sich auch die

Ansprüche der ehemaligen Angehörigen der deutschen Wehrmacht nach Rehabilitation und Entschädigung zu akzentuieren. Bereits im Sommer 1945 war hierzu die „Organisation der Kriegsteilnehmer, Invaliden und Hinterbliebenen (1940-1945) gegründet worden.

1947 wurde ein erster Erfolg errungen. Den Wehrmachtveteranen, die bleibende körperliche Schäden erlitten hatten, sowie den Witwen und Waisen der gefallenen Wehrmachtssoldaten, wurde eine Anerkennung als „Zivilkriegsopfer“ durch den belgischen Staat zuteil, wenn die betreffenden Soldaten nicht im Rahmen der „Säuberung“ bestraft worden waren. Allerdings bewegten sich die Entschädigungen auf einem sehr bescheidenen Niveau. Die Regelung entsprach einem analogen Vorgehen nach dem Ersten Weltkrieg²³.

Bonn erkennt Luxemburger Zwangssoldaten als „Opfer illegaler Massnahmen“ an
Moralische Genugtuung

Entwicklungen im Bezug auf die luxemburgischen „Zwangskreutierten“ wurden in Ostbelgien aufmerksam verfolgt:
Schlagzeile aus dem Grenz-Echo 1961

Nachdem 1956 die politischen Beziehungen zwischen Belgien und der Bundesrepublik Deutschland durch die Septemberverträge normalisiert worden waren, brachte der 1962 geschlossene und 1964 ratifizierte Staatsvertrag über die Versorgung von Kriegsopfern aus den Ostkantonen eine deutliche materielle Verbesserung für die Gruppe der „Zivilkriegsopfer“ unter den „Zwangssoldaten“. Die Bundesrepublik stellte 30 Millionen D-Mark²⁴ bereit, die durch den belgischen Staat als Renten ausgezahlt werden sollten²⁵.

AU CONSEIL DE GUERRE DE MALMEDY

Des traîtres belges qui guidèrent l'armée allemande, le 10 mai 1940 sont condamnés

Auch die frankophone Presse berichtet über die Prozesse gegen ostbelgische Soldaten:
Schlagzeile aus dem Februar 1947

Anspruchsberechtigt für diese Zuwendungen waren jedoch nur die 3.200 als „zivile Kriegsopfer“ anerkannten Personen und Hinterbliebenen. Leer gingen jene „Zwangssoldaten“ aus, die keine dauerhafte gesundheitliche Einschränkung erlitten hatten oder durch die „Säuberung“ politisch vorbestraft waren, was auf über 3.000 ostbelgische Wehrmachtveteranen zutraf.

Als Reaktion bildete sich eine neue Vereinigung neben der „Organisation der Kriegsteilnehmer“.²⁶ Diese trug die Bezeichnung „Ostbelgischer Verband (OBV)“²⁷ bzw. „Vereinigung der

Zwangseingezogenen der Ostkantone Belgiens“²⁸. Im Gegensatz zur „Organisation der Kriegsteilnehmer“, die eine „Politik der kleinen Schritte“²⁹ verfolgte, setzte sich die „Vereinigung der Zwangseingezogenen der Ostkantone Belgiens“ für „ein einziges Ziel [ein]: Die moralische und materielle Wiedergutmachung an allen Zwangseingezogenen.“³⁰

Hierzu vernetzte man sich mit den entsprechenden Organisationen in Luxemburg und Elsass-Lothringen. Besonders Luxemburg diente den ostbelgischen Organisationen immer wieder als Vorbild. Dort wurden die Veteranen-



König Balduin mit Vertretern des Kriegsopferverbandes (1940-1945) am 10. September 1956 in Eupen

verbände bereits im Kriegsschäden gesetz von 1950 als Opfergruppe berücksichtigt. Im Jahr 1954 trat ein weiteres Entschädigungsgesetz für die luxemburgischen „Zwangskreuterten“ in Kraft und in den folgenden Jahrzehnten errangen sie zudem die vollständige Gleichberechtigung und Anerkennung als „victimes patriotiques“ des Zweiten Weltkriegs³¹.

In den 1960er Jahren forderten Veteranen in Ostbelgien vor allem die Schaffung eines „Statuts der Zwangseingezogenen“ im belgischen System der Versorgungsansprüche für die Kriegsopfer. Der belgische Staat regelte seit September 1945 durch eine Reihe von Gesetzen die Kriegsopfersversorgung, indem er Opfergruppen durch die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen definierte und diesen dann ein Statut verlieh. So wurden beispielsweise das „Statut des militärischen und des zivilen Widerstandskämpfers“, das „Statut des Zwangsdeportierten“, das „Statut des Kriegsfreiwilligen auf alliierter Seite“ oder das „Statut des Kriegsgefangenen in Deutschland“ bestimmt, um nur einige der 17 definierten Gruppen zu nennen. Die Vorteile der unterschiedlichen Statut-Gruppen waren abgestuft und umfassten neben finanziellen Entschädigungen z.B. die bevorzugte Einstellung in den Staatsdienst, kostenlose medizinische Versorgung, den Anspruch auf Frühverrentung oder einen ermäßigten Tarif bei der Nutzung der belgischen Eisenbahn.

Bereits Mitte der 1950er Jahre hatte die „Organisation der Kriegsteilnehmer“ erstmalig die Schaffung eines eigenen „Sonderstatut für die Zwangssoldaten“ gefordert³². Der OBV warf

der „Organisation der Kriegsteilnehmer“ aber vor, sich nach dem Staatsvertrag von 1962 nicht mehr intensiv genug um das eigene Statut bemüht zu haben.

Ein früher Vorstoß des belgischen Zentralstaates in dieser Angelegenheit war zudem gescheitert: Im Herbst 1962 hatte Ministerpräsident Théo Lefèvre (PSC-CVP) die Schaffung eines „Statuts der Zwangseingezogenen“ zugesagt. Die entsprechende Gesetzesvorlage fiel jedoch zum Ende von Lefèvres Amtszeit 1965 durch und die Nachfolgeregierungen belebten trotz anhaltender Debatte in den Ostkantonen den Vorschlag nicht neu.³³

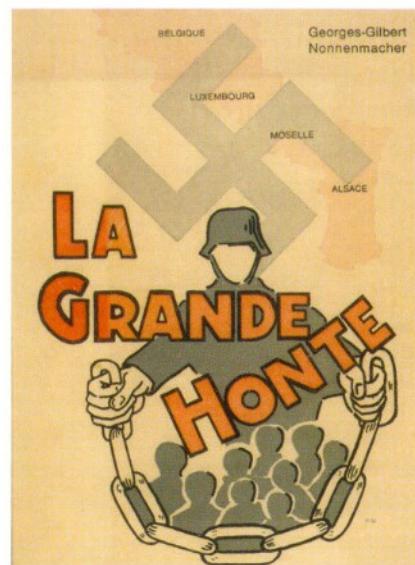
Im Jahr 1968 übernahm Premierminister Gaston Eyskens (CVP) die Regierung und trieb zur Lösung des Sprachenstreits die Föderalisierung des Landes voran. Im Zuge dieser Entwicklung wurde auch die Auseinandersetzung um die „Zwangssoldaten“ in Brüssel wieder diskutiert. Kurz vor dem Jahresende 1969 wurde ein Vorprojekt für das „Zwangssoldaten-Statut“ fertiggestellt³⁴.

Es vergingen jedoch noch vier weitere Jahre, bis endlich das lange geforderte „Statut der Zwangseingezogenen“ verabschiedet wurde. Dieser sah im Gegensatz zu den anderen Statut-Gruppen jedoch keine finanziellen Zuwendungen und materiellen Vorteile vor und war damit lediglich ein Ehrentitel. Außerdem blieben diejenigen Veteranen ausgeschlossen, die im Rahmen der rigorosen Säuberungswelle nach dem Krieg ihre politischen und bürgerlichen Rechte verloren hatten, auch wenn sie diese zwischenzeitlich zurückerlangt hatten. Zu Beginn der Föderalisierung 1973 war also die lang-

jährige Forderung nach einem „Sonderstatut für die Zwangssoldaten“ durchgesetzt. Zahlreiche ehemalige Soldaten der Wehrmacht waren jedoch von der Erlangung ausgeschlossen und zudem war eine materielle Entschädigung für den Kriegsdienst nach die vor nicht in Sicht.

Die gesellschaftshistorische Dimension der „Zwangssoldatenfrage“

Die große Zahl der Kriegsteilnehmer führte dazu, dass nahezu jede ostbelgische Familie nach 1945 in irgendeiner Form von der „Zwangssoldatenfrage“ berührt war. Eine mentalitätsgeschichtliche Untersuchung dieses Diskurses steht bisher aus, jedoch können aus den bisherigen Annäherungen einige grundsätzliche Thesen abgeleitet werden, die es in national-vergleichender Perspektive zu überprüfen gelten wird³⁵.



Erste Publikation zum Schicksal der „Zwangssoldaten“ in Eupen-Malmedy, Luxemburg und Elsass-Lothringen von Georges-Gilbert Nonnenmacher (1965)

Ein wichtiger Aspekt ist die ambivalente Teil-Tabuisierung des Themas „Zwangssoldaten“: Zwar war das Schicksal der ostbelgischen Soldaten in der deutschen Wehrmacht bekannt. Jenseits der Berichterstattung über die Kriegsgefangenen und später über die Entschädigungsforderungen wurde jedoch bis 1973 weder in der Tagespresse noch in Form von Aufsätzen oder Büchern darüber berichtet. Ganz im Gegensatz zu Luxemburg, wo bereits in den 1960er und 1970er Jahren Erinnerungsliteratur entstand und die „Zwangskonvolut“ zu einem integralen Bestandteil der Geschichtsschreibung und des kollektiven Gedächtnisses über den Zweiten Weltkrieg wurde³⁶. Auch Denkmäler oder andere Formen der Erinnerungskultur fehlten, wiederum im Gegensatz zu Luxemburg, in Ostbelgien völlig. Erst 1965 bzw. 1967 wurden in den Eupener Pfarrkirchen Gedenksteine für die Opfer des Zweiten Weltkriegs angebracht, auf eine explizite Erwähnung der „Zwangssoldaten“ wurde dabei jedoch verzichtet³⁷. Ähnlich wurde 1970 verfahren, als ein Gedenkstein mit der schlichten Inschrift „Zum Gedenken an die Opfer des Naziregimes - Kanton Eupen September 1970“ auf dem Eupener Friedhof aufgestellt wurde. Allerdings erwähnte der Eupener Dechant im Rahmen der Einweihung die „Zwangssoldaten“ ausdrücklich als Opfergruppe neben anderen, wie den politischen Gefangenen³⁸.

Auch bei anderen Gedenkfeiern, dies haben unlängst Christoph Brüll und Werner Mießen gezeigt, spielen die Besonderheiten des Schicksals der „Zwangssoldaten“ keinerlei Rolle. Erinnert wurde vielmehr allgemein an die Opfer des Krieges. Die Sondersitu-



Viele ostbelgische Zwangssoldaten hatten zuvor bereits bei der belgischen Armee gedient (hier Angehörige des Wehrpflichtigenjahrgangs 1939)

tion Eupen-Malmedys in der Zwischenkriegs- und Kriegszeit wurde hingegen verdrängt. Entsprechend partizipierte der zunächst größte ostbelgische Veteranenverband, die „Organisation der Kriegsteilnehmer“ an den Gedenk-

ritualen ihrer belgischen Mutterorganisation. Dabei ließ das historische Paradoxon, dass frühere Angehörige der Armee des ehemaligen Kriegsgegners Deutschland sich nun als Teil des belgischen Veteranenwesens

Ein Stein zur Erinnerung

Für die Opfer des Nazismus aus dem Kanton Eupen — Man sprach von Verständigung statt von Rache



Einweihung des Gedenksteins für die Opfer des Nazismus in Eupen im September 1970

Meinungen... Standpunkte

Die grosse Sozialarbeit der Organisation der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen 1940-45 in Ostbelgien

1973 zog die Organisation der Kriegsteilnehmer Bilanz ihrer Arbeit

organisierten, keinen Raum für eine eigene Gedenkkultur an die „Zwangskrekrutierung“ – wenngleich die Kameraden aus Ostbelgien es gleichzeitig verstanden, ihre Anliegen in Bezug auf eine materielle und ideelle Rehabilitation immer wieder verbandsintern zu artikulieren³⁹.

Neben dieser historischen Konstruktion der „zum Wehrdienst gepressten belgisch-patriotischen Wehrmachtsveteranen“, spielte das Motiv des Opfers eine entscheidende Rolle. Bereits die kollektive Stilisierung als „Zwangssoldaten“, ließ kaum Raum für eine kritische Selbstreflexion – hier bestanden durchaus Parallelen zu den ehemaligen Soldaten in Westdeutschland, die bereits in den 1950er Jahren dankbar die von ehemaligen Spitzenträgern geprägte Legende der „sauberen Wehrmacht“ aufnahmen und bis in die 1990er Jahre verteidigten. Das Selbstverständnis als Opfer, die Zwang durch die deutsche Besatzung erlitten hatten, erfüllt dabei für die ostbelgischen Veteranen, wie es scheint, einen doppelten Zweck: Es bot eine Rechtfertigungsgrundlage im Angesicht des patriotischen Anpassungsdrucks⁴⁰ der im Ostbelgien der Nachkriegsjahre herrschte und gegenüber anderen

Opfergruppen, wie etwa den ehemaligen Widerstandskämpfern.

Dass der Anpassungs- und Rechtfertigungsdruck gegenüber den Landsleuten in den anderen Landesteilen auch Jahrzehnte nach dem Krieg hoch blieb, zeigt eine Episode aus dem Dezember 1969: In der Kammer hatte die flämisch-nationalistischen Partei Volksunie den Antrag eingebracht, für die ehemaligen belgischen SS-Freiwilligen, die an der Ostfront gekämpft hatten, eine Amnestie auszusprechen. Der ostbelgische Abgeordnete Willy Schyns (CSP) gab während der Debatte eine Erklärung ab, in der er betonte, dass ein großer Unterschied zwischen den Ostfrontfreiwilligen aus den übrigen Landesteilen und den ostbelgischen „Zwangssoldaten“ bestehe und forderte ausdrücklich die beiden „Probleme“ nicht miteinander zu verbinden. Schyns musste sich daraufhin durch die Volksunie-Abgeordneten mit den Worten „Sie komischer Christ! Pilatus! Verräter!“ beschimpfen lassen, was wiederum andere Abgeordnete mit den Rufen „Sieg Heil“ Richtung flämische Nationalisten quittierten. Schyns stimmte dann mit der Mehrheit von 112 zu 73 Abgeordnete gegen eine weitere Behandlung des Volksunie-Antrages⁴¹.

Über den Erklärungzwang gegenüber den belgischen Mitbürgern hinaus, schaffte das Opferverständnis Selbstvergewisserung und Schutz vor kritischer Reflexion über die eigene Rolle in der Armee des „Dritten Reiches“. Auch einer Konfrontation mit der Frage, wie viel „Zwang“ tatsächlich bei der Einberufung und im Dienst geherrscht hatte, konnte so aus dem Weg gegangen werden⁴².

Gänzlich ausgeschlossen waren von dieser Flucht in den nach außen dargestellten belgischen Patriotismus diejenigen Zwangssoldaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der Säuberungen verurteilt worden waren oder die sich gar freiwillig zur Wehrmacht oder Waffen-SS gemeldet hatten. Doch auch sie entwickelten ein Selbstverständnis als Opfer, welches sich aus der Behandlung durch den belgischen Staat nach der Befreiung speiste. Dass die Verfolgungen während der „Säuberung“ von unklaren Motiven geleitet, intransparent waren und sicherlich oft auch wahllosen bzw. auf Denunziation fußenden Kriterien folgten, führte zu Ungerechtigkeiten. Die Tatsache, dass die belgische Justiz die Sondersituation in den Ostkantonen während der Besatzungszeit auch im Bereich der Wehrpflicht zunächst

nicht anerkannte, verschärfte natürlich den Eindruck der Justizwillkür. Und schließlich setzten sich die Unrechtmäßigkeiten durch Benachteiligungen bei der Arbeitssuche, durch die Nichterlangung des „Zwangssoldatenstatuts“ oder durch andere Formen der Diskreditierung fort. So aber wurde die Gruppe der „Zwangssoldaten“ auch innerlich gespalten, was zusätzlich zur Ausprägung von Stereotypen, etwa in der Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Veteranenverbänden, und gleichzeitig zu partiellen Verdrängungen des historisch Erlebten führte.

Die Zwangssoldatenfrage nach 1973

Mit der Etablierung des „Zwangssoldatenstatuts“ endete die Auseinandersetzung um die Rehabilitation der Zwangssoldaten nicht. Die Entwicklungen der folgenden Jahrzehnte können hier nur in Stichworten genannt

werden: Die zuständigen amtlichen Kommissionen brauchten acht Jahre, also bis 1982, um knapp 5.000 Personen, bei 5.700 Anträgen, das „Statut des Zwangssoldaten“ zuzuerkennen. Im Jahr 1979 wurde ein Gesetzesvorschlag in die Kammer eingebracht, um das bis dato ohne jede materielle Leistung ausgestattete Statut aufzuwerten. Nun war eine jährliche Leibrente von 540 Belgischen Franken für jedes Semester in der deutschen Armee vorgesehen⁴³. Auch gewann die Auseinandersetzung in der „Zwangssoldatenfrage“ noch einmal an politischer Schärfe: Der OVB kündigte an, dem luxemburgischen Vorbild⁴⁴ folgend, mit einer eigenen Liste zu den Gemeinschaftswahlen anzutreten. Schließlich kandidierten die Vertreter jedoch vor allem für die neue Partei Deutschsprachiger Belgier (PDB), in der der Verband einen politischen Verbündeten fand. Im Zuge der anhalten innerbelgischen Krisen der späten 1970er und

1980er Jahre wurden jedoch die Parlamentsberatungen über eine Aufwertung des Statuts immer wieder verschleppt. Erst 1989 wurde das entsprechende Gesetz ohne Gegenstimme in der Kammer angenommen⁴⁵. Allerdings konnte auch diese Entscheidung die „Zwangssoldaten“ nicht endgültig mit der Geschichte versöhnen. Erstens war die materielle Entschädigung gering⁴⁶, zweitens waren viele ehemalige Wehrmachtsangehörige enttäuscht über die extrem lange Wartezeit bis zu einer gesetzlichen Regelung, und drittens waren rund 1.500 ehemalige „Zwangssoldaten“ ohne Statut und deren Rechtsnachfolger von den Zahlungen ausgenommen. Erst im Februar 1999 wurde eine Möglichkeit für ehemalige „Zwangssoldaten“, die bis 1982 das Statut nicht erhalten hatten, geschaffen, sich erneut um es zu bewerben. Wie viele Personen 54 Jahre nach Kriegsende von diesem Recht noch Gebrauch machten, ist unbekannt⁴⁷.



Luxemburg blieb das Vorbild für die ostbelgischen Forderungen: Hier die luxemburgische „Zwangskreutierte“-Zeitschrift „Les Sacrifiés“, die in einer Auflage von 8.000 Exemplaren erschien

Endnoten

- 1 Vgl. Peter M. Quadflieg, „Zwangssoldaten“ und „Ons Jongen“. Eupen-Malmedy und Luxemburg als Rekrutierungsgebiet der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, Aachen 2008; vgl. auch: Christoph Brüll, *Les « enrôlés de force » dans la Wehrmacht – un symbole du passé mouvementé des Belges germanophones au XXe siècle*, in: *Guerres Mondiales et Conflits Contemporains*, Nr. 241 (2011), 63-74; Peter M. Quadflieg, „...ich habe mich nie einer mir übertragenen Verantwortung entzogen“. Das Schicksal der ostbelgischen Angehörigen der deutschen Wehrmacht: Ereignis, Erfahrungen und Selbstverständnis, in: ZVS 44. Jg. (2008), H. 6, S. 107-111; H. 7, S. 137-140; H. 8, S. 163-166 und Ders., *Die Geschichte der ostbelgischen Soldaten in der deutschen Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs*, in: Aktenplan. Mitteilungsblatt des Fördervereins des Archivwesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens V.O.G., Nr. 46 (2007) bis Nr. 53 (2009).
- 2 Diese Zahlen orientieren sich an der Auswertung diverser Quellen zu den Vermissten und Toten in Heinrich Toussaint, *Bittere Erfahrungen (Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland*, Bd. 2), Eupen 1987, S. 8.
- 3 Die Zahlen zum Ersten Weltkrieg geben wieder: Christoph Brüll und Werner Miesen, „Den Gefallenen der beiden Weltkriege“. Eupen und das Gedenken an seine toten Weltkriegssoldaten, in: Karel Velle u.a. (Hg.), *Liber Amicorum Alfred Minke (Generalstaatsarchiv und Staatsarchive in der Provinz Studia*, Bd. 127), Brüssel 2011, S. 177-197, hier S. 179.
- 4 Vgl. hierzu: *Proposition de Loi accordant une rente aux anciens combattants d'Eupen-Malmedy*, Chambre des Représentants, Session de 1939-1940, Drucksache Nr. 154, 28.2.1940.
- 5 Vgl. ausführlicher: Peter M. Quadflieg, *Die Rehabilitierung der ostbelgischen „Zwangssoldaten“ nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Velle, Liber, S. 215-230. Vgl. zum Thema demnächst: Christoph Brüll, *Die Wehrmachtsoldaten aus Eupen-Malmedy: Nachgeschichte und Erinnerung*, in: Frédéric Stroh (Hg.), Tagungsband zum Internationalen Studenten-Tag «Zwangskonkurrenzierung in den annexierten Gebieten des III. Reichs» in Straßburg 2012, Straßburg (erscheint 2013).
- 6 Eine unkritische Übersicht über die Bandbreite der verschiedenen Einzelschicksale bietet: Heinrich Toussaint, *Verlorene Jahre (Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland*, Bd. 1), Eupen 1987 und Ders., *Bittere Erfahrungen. Zahlreiche Personalunterlagen ehemaliger ostbelgischer „Zwangssoldaten“* sind im Archief- en documentatielidienst van de Dienst voor de Oorlogsslachtoffers/ Service Archives et Documentation du Service des Victimes de la Guerre in Brüssel erhalten und können dort eingesehen werden. Sie sind alphabetisch erschlossen.
- 7 Im Juni 1943 hatte der Außenminister der belgischen Exilregierung Paul-Henri Spaak in einem Telegramm der belgischen Botschaft im neutralen Schweden untersagt, weitere Nachforschungen nach Ostbelgien an der russischen Front anzustellen. Der belgische Botschafter in Moskau hatte die Frage erst ab September 1943 in der sowjetischen Hauptstadt zur Sprache gebracht. Vgl. Carlo Lejeune, *Die Säuberung*, Bd. 1: *Ernüchterung, Befreiung, Ungewissheit (1920-1944)*, St. Vith 2005, S. 80 f.
- 8 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Hubert Jenniges, *Die Bemühungen zur Rückführung ostbelgischer Kriegsgefangener aus der Sowjetunion (1945-1947)*, in: ZVS 41. Jg. (2005), H. 11, S. 263-266 und Nicolas Dewald, *L'indemnisation des enrôlés de force dans l'armée allemande*, Lizenzarbeit Universität Lüttich 2005, passim sowie Carlo Lejeune, *Die Säuberung*, Bd. 2: *Hysterie, Wiedereingliederung, Assimilierung (1945-1952)*, St. Vith 2007, S. 80 f.
- 9 So befanden sich im September 1945 noch 250 Ostbelgier in Norwegen, 50 in Dänemark und 200 in Italien. Vgl. *Unsere Kriegsgefangenen in aller Welt*, in: Grenz-Echo, 4.9.1945, S. 1.
- 10 Vgl. Heimkehr der Kriegsgefangenen, in: Grenz-Echo 21.08.1945, S. 1.
- 11 Vgl. Nach dem Eupener Besuch in Luxemburg, in: Grenz-Echo, 01.12.1945, S. 1.
- 12 Vgl. exemplarisch: *Unsere Kriegsgefangenen*, in: Grenz-Echo, 25.10.1945, S. 2; *Achtung Zwangssoldaten und Heimkehrer aus Russland und dem Balkan!*, in: Grenz-Echo, 1.6.1946, S. 2; *Der erste internationale Kongress der Familien der Vermissten – Delegierte aus Belgien, Frankreich, Luxemburg und Holland auf der Suche nach einer Lösung*, in: Grenz-Echo, 4.8.1947, S. 3.
- 13 Vgl. exemplarisch: *Unsere Kriegsgefangenen in aller Welt*, in: Grenz-Echo, 4.9.1945, S. 1; *Unsere Kriegsgefangenen in aller Welt*, in: Grenz-Echo, 13.10.1945, S. 1; 8 Russlandheimkehrer aus den Ostkantonen, in: Grenz-Echo, 30.10.1947, S. 3; *Vom Leben der Kriegsgefangenen in Russland*, in: Grenz-Echo, 24.5.1948, S. 2.
- 14 Vgl. 23000 Suchzettel, in: Grenz-Echo, 6.10.1945, S. 2.
- 15 Vgl. *Unsere Kriegsgefangenen in aller Welt*, in: Grenz-Echo, 29.09.1945, S. 2.
- 16 Vgl. hierzu: Jenniges, *Bemühungen*, S. 266.
- 17 Vgl. hierzu die Schilderungen der Zeitzeugen bei Toussaint, *Bittere Erfahrungen* und Ders., *Verlorene Jahre*.
- 18 Vgl. Das Problem der belgischen Russlandgefangenen, in: Grenz-Echo, 22.11.1955, S. 3.
- 19 8 Russlandheimkehrer aus den Ostkantonen, in: Grenz-Echo, 30.10.1947, S. 3.
- 20 Vgl. exemplarisch: *Wie 2 Russlandheimkehrer und mehrere Egyptengefangene bei Hannover ein Vierteljahr vergeblich auf ihre Rückkehr nach Belgien warteten*, in: Grenz-Echo, 20.05.1947, S. 3. Noch 1969 erschien Artikel im selben Tenor. Vgl. *Süßsäure Heimkehr - Als KZ Bewacher*, in: Grenz-Echo, 25.1.1969, S. 5. Hier schilderte eine ehemaliger „Zwangssoldat“ wie er als Angehöriger eines Landesschützen-Bataillons u.a. belgische Konzentrationslagerhäftlinge beaufsichtigt habe. Unter anderem schrieb er: „Ich zweifele keineswegs an der Unmenschlichkeit der Konzentrationslager, aber im Bauzug Brühl ging es sehr menschlich zu, wenigstens zur Zeit meines Gastspiels dortselbst.“
- 21 Vgl. zum folgenden umfassend: Lejeune, *Säuberung*, Bd. 1 und Bd. 2. Zahlreiche Urteile aus dieser Zeit sind im Grenz-Echo abgedruckt. Eine systematische Auswertung dieser Berichte steht noch aus.
- 22 Vgl. Erwin Schenck, *Zwangssoldaten, belgische Bürger ohne Klasse? Endarbeit VHS der Ostkantone, maschinenschriftliches Manuscript*, 1979.
- 23 Die Organisation war der *Fédération nationale des Invalides de Guerre (FNI)* angeschlossen und publizierte auch deutschsprachige Beiträge in der von der FNI herausgegebenen Monatszeitschrift „L'Invalide“. Umfangreiche Bestände dieses Verbandes lagern im Staatsarchiv Eupen unter der Signatur E 1.61 „Organisation der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen 1940-1945 Eupen, Malmedy, St. Vith (Sammlung Hans Schroeder)“ und hätten eine systematische Aufarbeitung verdient.
- 24 Vgl. Annexe: Begründung zum Gesetzesentwurf betreffend die Gewährung einer Rente, „Kriegsteilnehmerrente“ genannt, an die ehemaligen Kriegsteilnehmer aus

- Eupen-Malmedy; Proposition de Loi accordant une rente aux anciens combattants d'Eupen-Malmédy, Chambre des Représentants, Session de 1939-1940, Drucksache Nr. 154, 28.2.1940.
- 24 Der Betrag wurde durch ein Zusatzabkommen aus dem Jahr 1972 auf 43,5 Millionen DM erhöht.
- 25 Vgl. Traité entre le Royaume de Belgique et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'indemnisation de victimes de la guerre, et échange de lettres, signés à Bruxelles, le 21 septembre 1962, Moniteur Belge, 25.03.1964. Vgl. zur Einordnung: Peter Helmberger, „Ausgleichsverhandlungen“ der Bundesrepublik mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, in: Hans Günter Hockerts u.a. (Hg.), Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945-2000, Göttingen 2006, S. 197-241.
- 26 Schreiben der Organisation der Kriegsteilnehmer an Senator Baltus vom 19. Juni 1950, Staatsarchiv Eupen E. 1.61 Sammlung Hans Schroeder, Bd. 21. Im Jahr 1950 hatte dieser Verband nicht weniger als 1.600 Mitglieder.
- 27 Teilweise auch „Ostbelgischer Verband der Zwangseingezogenen“ oder „Ostbelgischer Verband der Zwangssoldaten“ genannt.
- 28 Es handelte sich um die vormalige „Sektion Belgien des internationalen Verbandes der Zwangseingezogenen“. Vgl. Versammlung der Vereinigung der Zwangseingezogenen der Ostkantone, in: Grenz-Echo, 3.12.1963, S. 3.
- 29 Die Kriegsopfer und ihre Interessenverbände, in: Grenz-Echo, 30.04.1981, S. 13.
- 30 Versammlung der Vereinigung der Zwangseingezogenen der Ostkantone, in: Grenz-Echo, 3.12.1963, S. 3.
- 31 Vgl. Peter M. Quadflieg, Luxemburg – Zwangsrekrutiert ins „Großdeutsche Reich“. Luxemburgs nationale Identität und ihre Ausprägung durch den Zweiten Weltkrieg, in: Kerstin von Lingen (Hg.), Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945, Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis, Paderborn 2009, S. 170-188.
- 32 Vgl. Stark besuchte Generalversammlung, in: Grenz-Echo, 16.03.1959, S. 3.
- 33 Vgl. Ostbelgien-Ausschuss bestens informiert, in: Grenz-Echo, 21.02.1968, S. 3.
- 34 Vgl. Vorprojekte für die Statuten der Zwangssoldaten und Emigrierten fertiggestellt, in: Grenz-Echo, 20.12.1969, S. 3.
- 35 Zurzeit arbeitet beispielsweise Eva Maria Klos an der Universität Luxemburg an einem Dissertationsprojekt mit dem Arbeitstitel: „Die Zwangsrekrutierung im Zweiten Weltkrieg in den nationalen Erinnerungskulturen Luxemburgs, Frankreichs und Belgiens“.
- 36 Vgl. Quadflieg, „Zwangsrekrutiert“.
- 37 Vgl. hierzu und zum folgenden: Brüll/ Miessen, Gefallene, S. 190-196.
- 38 Vgl. Ein Stein zur Erinnerung. Für die Opfer des Nazismus aus dem Kanton Eupen – Man sprach von Verständigung statt von Rache, in: Grenz-Echo, 21.9.1970, S. 3.
- 39 Auch hier wäre noch Forschungsarbeit zu leisten. Es sei an die oben genannten Bestände des Staatsarchivs in Eupen erinnert.
- 40 Als Schlüsseldokument kann hier eine im Juni 1947 erschienener Leitartikel von Henri Michel im Grenz-Echo gelten: vgl. Zum Wochenende, 21.06.1947, S. 1. Michel attackierte einen Artikel des Holocaustüberlebenden und Journalisten Paul M. G. Lévy (1910-2002). Lévy hatte in einem Aufsatz betont, dass er keinen Unterschied zwischen Reichsdeutschen und ostbelgischen Wehrmachtssoldaten sehe und die „Alliierten völlig im Recht“ seien, Eupen-Malmedyer wie andere Gefangene auch zu behandeln.
- 41 Vgl. Grippe gab der Regierung neue Galgenfrist, in: Grenz-Echo, 19.12.1969, S. 1f. und Auf einen Blick: Komischer Christ, ebd., S. 1.
- 42 Zumal heute als gesichert gelten kann, dass zumindest die „neubelgischen“ Wehrpflichtigen sich in der Wehrmacht als Gruppe wohl kaum anders verhalten haben oder behandelt worden sind als „altrightsheds“ Soldaten, ganz im Unterschied zu den Luxemburgern beispielsweise. Vgl. Quadflieg, „Zwangssoldaten“, S. 157-160, so auch Brüll, «enrôlés de force».
- 43 Gesetzesvorschlag für die vollständige Gleichstellung der Zwangseingezogenen der Wehrmacht, in: Grenz-Echo, 2.11.1979, S. 3.
- 44 In Luxemburg kandidierte die durch ehemalige „Zwangsrekrutierte“ getragene Partei „Groupement Patriotique et Démocratique“ erfolgreich bei den Parlamentswahlen. Aus ihr ging die heutige Demokratische Partei hervor.
- 45 Vgl. Entschädigung für Zwangssoldaten ohne Gegenstimme, in: Grenz-Echo, 28.04.1989, S. 1.
- 46 Die Entschädigung belief sich auf 1.080 Franken pro Jahr vollständig abgeleisteten Wehrdienst.
- 47 Vgl. Für Zwangssoldaten gelten neue Antragsfristen, in: Grenz-Echo, 27.03.1999 und Zur neuen Frist für Statutaranträge der Zwangssoldaten, in: Grenz-Echo, 06.05.1999, Online-Archiv der Artikel seit 1996 unter www.grenzecho.net.

VERZERRENDE GESCHICHTSBILDER
UND FEHLENDES SELBSTBEWUSSTSEIN

„HILF DIR SELBST, SO HILFT DIR GOTT!“

von CHRISTOPH BRÜLL, FREDDY CREMER UND WERNER MIESSEN





Das unitaristische und zentralistische Belgien war in Brüssel oder Löwen schon in den 1960er Jahren nur noch ein Trugbild. Das Land war spürbar im Aufbruch. Doch diese seismographischen Wellen wurden in den Ostkantonen kaum registriert. Die innerbelgischen Autonomiediskussionen, auf die Ende der 1960er Jahre schließlich auch die Deutschsprachigen eine Antwort finden sollten, überwältigten diese traumatisierte Minderheit. Hat sie ihre Autonomie wirklich erkämpft oder ist diese das Nebenprodukt der sich stets verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Volksgruppen in Belgien? Welche Interessengruppen haben das demokratische Miteinander mit welchen Zielen bestimmt? Einsichten in einen komplexen Aspekt der politischen Geschichte Ostbelgiens.

Kapitel 1: Vom Engagement der wenigen

Am 12. März 1950 stimmten die Belgier über ihren König Leopold III. ab. Die erste und bislang einzige nationale Volksbefragung in der belgischen Geschichte sollte zeigen, wie die Belgier zur Rückkehr ihres Monarchen auf den Thron standen, nachdem dieser wegen seiner klaren Stellungnahmen für ein autoritäres Regime in Belgien und seines Verhaltens während der Besatzungszeit heftig kritisiert wurde. Das Parlament hatte die „Unmöglichkeit zu regieren“ konstatiert. Während Leopold im Exil verblieb, hatte sein Bruder Charles die Regentschaft übernommen. Am Tag der Entscheidung beantwortete eine Mehrheit von 57,86 Prozent der Belgier die gestellte Frage mit Ja. In der kollektiven Erinnerung der Belgier ist das Ergebnis der Volksbefragung jedoch als ein Votum „Flamen gegen Wallonen“ haften geblieben. Während die Bevölkerungsmehrheit im nördlichen Landesteil sich mit 72,2 Prozent deutlich für Leopold III. aussprach, lehnten 58 Prozent der Wallonen die Rückkehr des Königs ab. Das Resultat ist demnach oft als Ausdruck der Kluft zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gewertet worden, die die zentrifugale Entwicklung des belgischen Staates beschleunigt habe.

Jüngere Forschungen haben gezeigt, dass dies in der Nachkriegszeit auch schon vor der akuten Phase der „Königsfrage“ der Fall war¹. Überhaupt wirft eine subregionale Aufschlüsselung der Ergebnisse ein anderes Licht auf die Spaltung der belgischen Gesellschaft in Bezug auf ihre Haltung zu König und Königshaus. Ein gutes Beispiel hierfür war der Bezirk Verviers, dem die drei Kantone Eupen, Malmedy

und Sankt Vith angehörten. Eine deutliche Mehrheit – 59,62 Prozent oder 81.325 Personen – stimmten dort auf Bezirksebene für die Wiederübernahme der verfassungsmäßigen Rechte des Königs durch Leopold III.². Die Gegner erzielten 55.017 Stimmen (40,38 Prozent). In der traditionell sozialistisch geprägten Stadt Verviers und ihrem industriellen Umland kam es daraufhin zu Arbeitsniederlegungen und Streiks. Das Votum pro Leopold war zustande gekommen, weil in den drei weitgehend deutschsprachigen Kantonen über 80 Prozent der Stimmberchtigten für den König gestimmt hatten³. Diese Tatsache wurde denn auch von den Gegnern hervorgehoben, um zu betonen, dass das Ergebnis auf Bezirksebene nicht den Willen der französischsprachigen Bevölkerungsmehrheit widerspiegelt. Überraschend war dieser Ausgang jedoch für niemanden.

Die Presse hatte den Bezirk Verviers schon Wochen vor der Volksbefragung den „Royalisten“ zugeschlagen⁴. Auch die härtesten Gegner des Königs nahmen dies zur Kenntnis. Eine Stellungnahme des Präsidenten der Sozialistischen Partei (PSB) Max Buset in der Kammer am 27. Januar 1950 gab dem – zu diesem Zeitpunkt noch potentiellen – Votum der Bewohner der drei Kantone einen besonderen Anstrich:

„Sie [gemeint sind die Verteidiger des Königs, also hauptsächlich die Parlamentarier der CVP/PSC] werden ganz sicher – und das ist etwas, worum ich Sie nicht beneide – ein massiv günstiges Resultat in den ‚cantons rédimés‘ erzielen.“⁵

Wenn dieser Satz auch nur beiläufig fiel, noch dazu in einer ohnehin mit entschiedener Härte geführten Debatte, so sagt er doch etwas über die Brüsseler Wahrnehmung der drei Kantone an der deutsch-belgischen Grenze aus. Dabei ist das Abstimmungsverhalten der Bewohner des Gebiets, das in der belgischen Verwaltungssprache seit dem 18. Juli 1947 offiziell nur noch als „Ostkantone“ bezeichnet werden durfte⁶, durchaus erklärbar und lässt Schlüsse auf ihre politische und psychologische Situation fünf Jahre nach Kriegsende zu.

Wichtigster Erklärungsfaktor war die lange Tradition des politischen Katholizismus in den drei Kantonen, die noch auf die preußische Zeit zurückging und selbst die konfliktgeladene Zwischenkriegszeit überdauert hatte. Die Christlich-Soziale Partei war die „Partei der Ostkantone“, die bei den Parlaments-



Im Vorfeld der Volksbefragung vom 12. März 1950 fuhr das Grenz-Echo eine massive Unterstützungsaktion für die Rückkehr König Leopolds III.

wahlen von 1946 und 1949 über 80 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinte. Dieses Ergebnis konnte sie in der Folge auf diesem hohen Niveau halten, so dass noch 1961 71,7 Prozent der Wähler für die CSP stimmten.

Die ungelösten Nachkriegsprobleme, wie die Folgen der politischen Säuberung und der undefinierte Status der „Zwangssoldaten“, können als Hauptgründe für die danach stetig abnehmende Wählerzahl genannt werden. Die CSP stellte dennoch ununterbrochen deutschsprachige Abgeordnete in der Kammer – Mandatare, die also im zweisprachigen Bezirk Verviers gewählt wur-

Resultate bei den Kammerwahlen 1946-1971 in den Ostkantonen (in %)

Datum	CSP	SPB	PLP-PFF	KP	RW	CUW
1946	83,8	7,7	2,5	3,2		
1949	81,3	9,8	4,8	2,2		
1950	84,9	10,2	3,7	1,2		
1954	73,7	19,2	6,8	0,7		
1958	76,6	13,5	7,4	0,3		
1961	71,7	13,0	11,3	0,5		
1965	64,6	12,9	19,3	1,5		
1968	51,8	8,7	34,7	1,2	2,1	
1971	37,9	9,3	25,4	0,9	6,1	19,9

den: von 1946 bis 1960 den Kelmiser Bürgermeister Peter Kofferschläger und von 1961 bis 1981 dessen Nachfolger Willy Schyns.

Die Partei verfügte zudem mit der 1927 gegründeten Zeitung *Grenz-Echo* über ein mächtiges Sprachrohr. Ihr Direktor und Chefredakteur, der

Die Abgeordneten von der Göhl

Während fast vier Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die deutschsprachigen Belgier in der Brüsseler Kammer von zwei Abgeordneten vertreten, die manches gemeinsam hatten: Beide stammten aus einfachen Verhältnissen, beide kamen aus der Christlichen Gewerkschaft, beide gehörten der CSP an und beide waren außerdem Bürgermeister ihrer Heimatgemeinde Kelmis.



Peter Kofferschläger

Der gelernte Tischler Peter Kofferschläger (1910-1960), von 1939 bis 1940 und - nach seiner Rückkehr aus den KZ Oranienburg-Sachsenhausen und Neuengamme - von 1945 bis zu seinem Tode auch Bürgermeister von Kelmis, war Mitglied

der Kammer von 1946 bis 1960. Hier - mit demselben Eifer wie sein Parteikollege, der Eupener Arzt Dr. Joseph Baltus im Senat - trat er als entschiedener Verteidiger der Ostkantone auf und brandmarkte die dort herrschenden Missstände - insbesondere die ungerechte Härte der politischen „Säuberung“ und die Unterdrückung der deutschen Sprache.

Kofferschlägers Nachfolger, der ehemalige Bergmann Willy Schyns (1923-2001), gehörte der Kammer von 1961 bis 1981 an; Kelmiser Bürgermeister war er von 1965 bis 1985. Schwerpunkt seiner Tätigkeit als Abgeordneter in Bezug auf Ostbelgien waren soziale Fragen, worunter die Regelung der immer noch bestehenden „Kriegsschäden“ sowie die Verabschiedung des „Status der Zwangseingezogene“

nen zur Wehrmacht und der Resistenzler (sic)“. Zum Höhepunkt von Willy Schyns' politischer Laufbahn wurde im Januar 1973 seine Ernennung zum Staatssekretär „für die Ostkantone“. Allerdings währte seine Zeit als erstes deutschsprachiges Mitglied einer belgischen Regierung nur neun Monate: Als er am 23. Oktober 1973 in Eupen der Einsetzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft vorstand, musste er erfahren, dass in Brüssel das Kabinett umgebildet worden war und es sein Staatssekretariat nicht mehr gab.



Willy Schyns bei einem Besuch von König Baudouin an der Emmaburg in Hergenrath.



Der Alpdruck . . .

Zu den schrecklichsten Erlebnissen gehört es, wenn ein sonst robuster und vor nichts zurückschreckender Mensch nächtlicher Weise vom Alpdruck befallen wird. In dieser Art Traum erscheinen dem Träumenden die drohenden Gestalten derjenigen, die er im Laufe der Zeit angepflockt hat. Er träumt dann, daß diese ihm an die Kehle wollen. Was der Träumende in Wirklichkeit nur selten erleben würde (bei Boxveranstaltun-

gen könnte es gelegentlich Wirklichkeit werden, d. R.). In einem solchen Alpdrucktraum wirkt es sich desto schrecklicher aus. Um dem Alpdrückern ein Ende zu machen, genügt es, kalte Kompressen auf die Füße zu legen. Um es jedoch gänzlich zu vermeiden, muß der vom Alpdruck Befallene dafür Sorge tragen, daß er mit allen Mitmenschen in Frieden lebt.

Der Karikaturist Oswald Wetten mokiert sich über einen alpträumgeplagten Grenz-Echo-Direktor Henri Michel. Die Geister, die ihn plagen, sind der durchs Fenster hereinschwebende sozialistische Stadtverordnete Karl Weiss und Polizeikommissar Léon Van Zuyt. Michel droht außerdem vom Seil zu stürzen, das über ein brennendes Grenz-Echo gespannt wird. Seine Zeitung wird vom Volksfreund. Neue Tageszeitung verdrängt. Ihm zur Seite steht Otto Eugen Meyer („Rabelais“).

ehemalige KZ-Häftling Henri Michel, und ihr Parlamentsberichterstatter, der deutsch-jüdische Emigrant Kurt Grünebaum, waren in den deutschsprachigen Kantonen wichtige Informationsfilter. Das Belgienbild der federführenden Journalisten und die selektive Berichterstattung über die politischen Verhältnisse in Innerbelgien bestimmten über Jahrzehnte die Wahrnehmung des belgischen Staates durch die deutschsprachigen Belgier, indem sie beispielsweise ein hochgradig verzerrtes bzw. von Auslassungen geprägtes Bild des flämisch-wallonischen Konfliktes zeichneten. Zudem waren Michels Kommentare von stramm konservativen und antisozialistischen Positionen durchzogen, die

es – wie auch schon vor 1940 – jedem politisch engagierten Nicht-Katholiken versagten, für die Bevölkerung der Ostkantone zu sprechen.

Die Position der CSP spiegelte also den Mehrheitswillen der Bevölkerung wider. Dazu kam auch eine recht emotionale Bindung an das Königshaus Sachsen-Coburg und Gotha, mit dem man ja auch den katholischen Glauben teilte. Die monarchische Staatsform war seit Menschengedenken die einzige, die man im Gebiet von Eupen-Malmedy-Sankt Vith kannte. Tatsächlich waren die ersten Jahre unter französischer Herrschaft und die vierjährige Zugehörigkeit zum „Großdeutschen Reich“ Adolf Hitlers die einzi-

gen Ausnahmen. Allein deshalb lag wohl für die Ostbelgier eine weitere Erschütterung oder gar Abkehr von der dynastischen Herrschaftsform außerhalb ihres Vorstellungs- und Erwartungshorizonts. Hinzu kam eine Art Unreife, hatten die Ostbelgier doch bisher nur wenig Erfahrung mit demokratischen Formen der politischen Auseinandersetzung sammeln können.

Zu Leopold III. gab es darüber hinaus eine affektive Beziehung, die wohl hauptsächlich mit dessen Besuch in den Kantonen im Jahr 1938 zusammenhing. Man muss außerdem davon ausgehen, dass das Votum für den König die in den Augen der Bevölkerung damals einzige mögliche Loyalitätsbekundung für den belgischen Staat war. Pointiert gefragt: Wie hätte eine Bevölkerung, auf die man wegen ihres Verhaltens in den Kriegsjahren nur allzu oft mit dem Finger gezeigt hatte, selber ihren Finger auf eine Person richten sollen, die letztlich wegen eines ähnlichen „Vergehens“ Gegenstand einer Volksbefragung war? Insofern musste die Loyalitätsbekundung gegenüber dem Königshaus eben auch Bekenntnis zu Belgien sein – und dieses Erbe beeinflusste das Verhalten der Ostbelgier in der Folge nachhaltig.

Politisches Brachland

Politisch war der Osten Belgiens seit dem Kriegsende 1944/1945 weitgehend „Brachland“⁷. Die Verwerfungen nach vier Jahren nationalsozialistischer Herrschaft und den Zerstörungen der Ardennenoffensive waren nicht nur materieller, sie waren auch geistiger Art. Sie ließen eine misstrauische, unsichere und ängstliche Bevölkerung zurück. Zudem war ein erhebliches Maß an Trauerarbeit zu leisten: Trauer um Menschen. Rund sechzig Bürger wurden Opfer des nationalsozialistischen



Die zerstörte Hauptstraße in Sankt Vith (1945):
Sinnbild einer vom Krieg gezeichneten Gesellschaft

Lagerterrorts. Tausende Opfer waren unter den ostbelgischen Wehrmachtssoldaten zu beklagen. Es gab aber auch Trauer um Ideen, Ideale und Lebensentwürfe. Die von der Bevölkerung als ungerecht und unverhältnismäßig empfundenen Säuberungsmaßnahmen, die die Wiedereingliederung in das belgische Staatswesen, den dritten Staatenwechsel innerhalb eines Vierteljahrhunderts, begleitet hatten, führten zu einer „Unfähigkeit zu trauern“ und damit auch zur Verweigerung kritischer Selbsthinterfragung⁸. Zu politischem und gesellschaftlichem Engagement fand sich nur eine Minderheit bereit, deren Eintreten für das belgische Vaterland über alle Zweifel erhaben war. Die Folgen brachte die belgische Ausgabe der katholisch-progressiven Zeitschrift *Témoignage chrétien* 1949 auf den Punkt: „Die Kantone ziehen sich auf sich selbst zurück, leiden unter einem Minderwertigkeitskomplex.“⁹ Deutliches Symptom war der hohe Anteil von Stimmenthaltungen anlässlich der Parlamentswahlen, der die „Weißwähler“ zwischenzeitlich zur zweitgrößten „Partei“ werden ließ.

Eine gesellschaftliche Streitkultur, in der Meinungsfreiheit und das Eintreten für politische Grundüberzeugungen im Rahmen demokratischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse ihren Platz hätten finden können, war quasi inexistent. Zu viele Erfahrungen der jüngsten Vergan-

genheit bildeten eine Last, zu viele Meinungen und Überzeugungen waren nunmehr erschüttert oder sogar disqualifiziert. Beleg dafür waren die verordneten Geschichtsbilder, die die Zugehörigkeit des Gebiets zu Belgien auch um den Preis der Geschichtsklitterung festigen sollten. So wurden beispielsweise der Staatenwechsel von 1920 zur „Befreiung“ und die Parlamentswahlen vom 2. April 1939 zum „Ersatz für die Volksbefragung und zur Entscheidung für Belgien“¹⁰ umgedeutet.

Dahinter stand neben dem Grenz-Echo-Direktor Michel und dem fanatischen Eupener Amtsbürgermeister Hugo Zimmermann der beigeordnete Bezirkskommissar für Eupen-Malmedy-Sankt Vith, Henri Hoen. Als höchster Beamter vor Ort war er es, der nicht nur maßgeblich an der Umsetzung der Regierungspolitik in den Ostkantonen beteiligt war, sondern durch seine guten Verbindungen nach Brüssel zum Spiritus Rector der

Anteil der Stimmenthaltungen („Weißwähler“) bei den Parlamentswahlen 1950-1971

Datum	Wahl	Kanton Eupen	Kanton Malmedy	Kanton St. Vith	GESAMT
04.06.1950	Kammer (in %)	13,58	10,11	9,60	k.A.
	Senat (in %)	15,54	9,51	10,21	k.A.
11.04.1954	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
01.06.1958	Kammer	2008	1291	988	4287 (10,96 %)
	Senat	2525	1533	1309	5367 (13,68 %)
26.03.1961	Kammer	2036	1320	1081	4437 (11,27 %)
	Senat	2349	1564	1383	5296 (13,46 %)
23.05.1965	Kammer	2604	2087	1678	6369 (15,56 %)
	Senat	3331	2413	2161	7905 (19,34 %)
31.03.1968	Kammer	2070	1628	1303	5001 (12,46 %)
	Senat	2660	1595	1581	5836 (14,57 %)
07.11.1971	Kammer	2017	1866	1102	4985 (12,15 %)
	Senat	3861	2184	2435	8480 (20,68 %)

Kultur- und Unterrichtspolitik in den drei Kantonen wurde – mithin in jenen Politikbereichen, die für die angestrebte Assimilationspolitik unerlässlich waren.

Wie hoch der Druck durch diese Politik war, lässt sich an der Notwendig-

keit einer vehementen Verteidigung der deutschen Muttersprache im Unterrichtswesen ablesen, wie sie beispielsweise der Sankt Vither Bürgermeister Michael Freres im November 1950 auf einer CSP-Parteiversammlung vorbrachte:

Der Ehrenbürger

Als am 2. Juli 1951 im *Grenz-Echo* zu lesen war, dass der Eupener Stadtrat den „hochwohlgeborenen Herrn“ Bürgermeister Hugo Zimmermann (1892–1964) „für die hervorragenden, unschätzlichen Dienste, die er seit Jahren unserer Vaterstadt erweist, und insbesondere für seine zahlreichen, stets von Erfolg gekrönten Bemühungen um die Errichtung der Wesertalsperre“ zum Ehrenbürger ernannt hatte, muss manch Eupener Bürger diese Meldung wohl mit gemischten Gefühlen aufgenommen haben. Denn noch ein paar Jahre zuvor – während der politischen „Säuberung“ und der von Brüssel verordneten Assimilationspolitik – hatte Zimmermann sich mit Verlautba-

rungen und Maßnahmen hervorgetan, die ihm nicht gerade zur Ehre gereichten. So rief er öffentlich seine Mitbürger zur Denunziation der „Unbürgerlichen“ auf und forderte die massive Ansiedlung von Bevölkerung aus dem Landesinnern, um seiner Stadt endlich „einen vollkommen belgischen Charakter und belgisches Empfinden zu geben“.

Gewählt hatten die Eupener ihren Bürgermeister bis dahin noch nie. Hugo Zimmermann war 1928 von der belgischen Regierung als beamteter Bürgermeister eingesetzt worden. Erst bei den Stadtratswahlen 1958 stellte er sich – als Spitzenkandidat der CSP – erstmals zur Wahl und behielt sein Amt bis zu seinem Tod.



Hugo Zimmermann und Schöffe Dr. Hubert Miesen begrüßen Königin Fabiola bei ihrem ersten Besuch in Eupen im Mai 1961.

„Niemals soll uns unsere Muttersprache in Vergessenheit geraten. Deshalb muss vorerst die Lehrerschaft im Stande sein, dem deutschen Sprachunterricht gerecht zu werden. Hier ist die große Lücke, die unbedingt korrigiert werden muss.“¹¹

Hoens Dienststelle war außerdem für die Ausstellung der sogenannten Passierscheine zuständig, die es erlaubten, die belgisch-deutsche Grenze zu überschreiten. Statt mehrerer Zehntausend Passierscheine, wie noch in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, wurden zunächst nur noch wenige Hundert und später wenige Tausend solcher Dokumente ausgestellt. Vordergründig ging es bei dieser Maßnahme, die zwischen 1945 und 1956 Bestand hatte, um den Schutz vor den Deutschen; tatsächlich verband sich damit jedoch die effektivste Möglichkeit, die Bevölkerung „vor sich selbst zu schützen“ und ihre Orientierung nach dem Landesinneren zu erzwingen. Carlo Lejeune hat darauf hingewiesen, dass hier ein „gläserner Vorhang“ geschaffen worden war – schließlich ließen sich Radio und später Fernsehwellen nicht von einem Grenzposten aufhalten¹².

Die Sprache wiederfinden

Mut, die Missstände anzuprangern oder gar die Eigenheit der deutschsprachigen Gemeinden im belgischen Staat hervorzuheben, hatten nur wenige. Dazu gehörten der Parlamentarier Peter Kofferschläger, ein unermüdlicher und hartnäckiger Verteidiger seiner Region, der als ehemaliger KZ-Häftling und Kelmiser nicht unter einen Generalverdacht der Kollaboration gestellt werden konnte, und der Eupener Rechtsanwalt und Vorsitzende der CSP-Lokalsektion

Der Kommissar

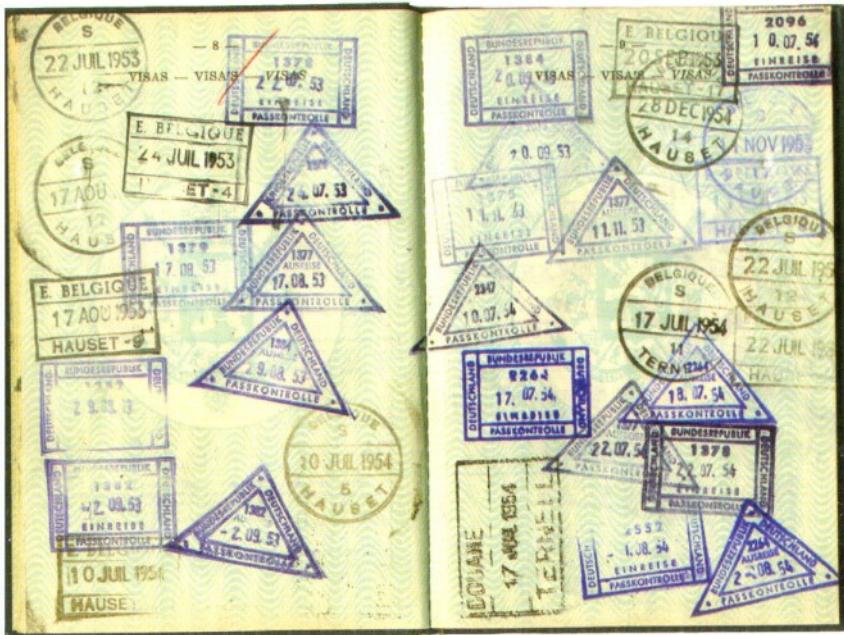
Henri Hoen (1909-1982) gilt vielen als die einflussreichste Persönlichkeit im Ostbelgien der drei ersten Nachkriegsjahrzehnte.



Henri Hoen (links)

Bei seiner Ernennung zum beigeeordneten Bezirkskommissar des Bezirks Verviers für Eupen-Malmedy-Sankt Vith – mit Sitz in Malmedy – im Januar 1945 hatte ihn die Brüsseler Regierung mit außergewöhnlich weit reichenden Befugnissen ausgestattet. Seine Hauptaufgabe bestand darin, in den Ostkantonen nicht nur die kriegsbedingten Schäden und verwaltungstechnischen sowie sozialen Probleme zu regeln, sondern auch für eine schnelle Wiedereingliederung der Bevölkerung in den belgischen Staat zu sorgen. So wurde er vor allem im Sankt Vither Land beim Wiederaufbau zur unumgänglichen Schlüsselfigur. Was die Wiedereingliederung der Deutschsprachigen betrifft, verfolgte er zu Beginn seiner Amtszeit konsequent die damalige Politik seiner vorgesetzten Behörde: Nach dem Grundsatz „Ein guter Belgier spricht Französisch“ war es sein Bestreben, die deutsche Sprache aus der Region zu verdrängen. Das beste Mittel dazu schien ihm die Französisierung der Jugend durch das Unterrichtswesen.

Henri Hoen, der von 1961 bis 1970 auch als Kommissar für den gesamten Bezirk Verviers zuständig war, beendete seine Beamtenlaufbahn im Dezember 1976.



Reisepass eines Eupener aus den 1950er Jahren. Die Stempel stehen für die Kontrollen, die bei jedem Übertritt der geschlossenen Grenze notwendig waren.

Dr. Léopold Nyssen. Es galt auch, innerparteiliche Überzeugungsarbeit zu leisten – vor Ort und in Brüssel. So forderte Nyssen auf dem Nationalkongress der CSP im Jahr 1949 einen Sitz im Parteivorstand und argumentierte explizit mit der Eigenheit seiner Heimat:

„Denn so begrenzt auch unser Gebiet und die Zahl seiner Bevölkerung

sind, so besitzen wir doch zahlreiche eigene Probleme, denen Rechnung getragen werden muss. [...] Die Ostkantone sind keine mit Luxemburg, den Ardennen oder anderen Gegenden vergleichbare Region, sondern bilden, obschon eine Minderheit, eine ethnographische und kulturelle Einheit, ebenso wie die Wallonen und Flamen.“



Der Eupener Jurist Léopold Nyssen (hier bei einer Ansprache) gehörte in den 1950er Jahren zu den Vordenkern innerhalb der CSP. Doch fanden seine Positionen innerhalb der stärksten Partei in Ostbelgien kaum Gehör.

Keine Entscheidung über die Ostkantone dürfe mehr „getroffen werden, ohne zuvor den Beauftragten und die politischen Instanzen dieser Kantone darüber befragt zu haben“¹³.

Einen Wandel brachten jedoch erst die frühen 1950er Jahre, nachdem die PSC-CVP das Scheitern der Säuberung in den Ostkantonen anerkannte. Zu sehr war diese von mangelnder Rechtsicherheit, Ungleichbehandlung und Prozedurfehlern geprägt gewesen¹⁴. Der besonderen Lage Eupen-Malmedy-Sankt Viths wurde schließlich mit der Schaffung einer parteiinternen Kommission Rechnung getragen. Diese forderte im Frühjahr 1951 die Beauftragung einer Person mit der Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung der Ostkantone. Dazu sollte im Kabinett des Premierministers ein sogenannter Attaché ernannt werden. Die Mitglieder der Kommission und insbesondere der Eupener CSP-Vorsitzende Léopold Nyssen, selbst Anwärter auf den Posten, kritisierten dabei vor allem die Rolle von Henri Hoen: „Es muss festgehalten werden [...], dass die Bevölkerung im Osten mehrheitlich CSP ist und dass der beigeordnete Bezirkskommissar ein Sozialist ist.“¹⁵ Nyssen machte sogar eine Agitation Hoens aus, die darauf abzielte, sich entweder selbst als Attaché ins Gespräch zu bringen oder die Überflüssigkeit der neuen Funktion zu demonstrieren¹⁶. Wesentlich gravierender war jedoch die offensichtliche Trägheit, mit der Premierminister Joseph Pholien (PSC) dem Ansinnen der CSP begegnete. Léopold Nyssen zog in einem bisher unbekannten Schreiben an die PSC-CVP-Spitze von April 1951 die Notbremse und gebrauchte drastische Worte, um die Notwendigkeit eines Attachés für die Ostkantone darzulegen:

„Ich verhehle nicht, dass die Haltung des Premierministers bezüglich der Kantone und auch des Wunschs [die Ernennung eines Attachés] enttäuschend war. Er wusste nichts darüber. Der Abgeordnete Kofferschläger war Zeuge und teilt diese Einschätzung. Wie er frage auch ich mich, ob wir uns noch unseren Wählern stellen können, die seit sieben Jahren dieselben überaus legitimen Forderungen erheben. Wir sind mit unseren Argumenten am Ende und wissen nicht, wie wir sie beruhigen können.“¹⁷

Unter Anspielung auf Henri Hoen kritisierte Nyssen, dass auch in der PSC-CVP einige Parlamentarier die Lösung für die Probleme der Ostkantone als Aufgabe der Verwaltung sehen würden:

„Ich habe es schon gesagt. Diese Beamten bieten keinerlei politische Gewähr. [...] Hatten sie nicht außerdem schon genügend Gelegenheit, die Probleme zu lösen? [...] Unsere Parlamentarier können die totale Unwissenheit der Behörden über die Verhältnisse in den Kantonen nur bestätigen.“

Das Ende des Schreibens bildet eine eindrückliche Warnung:

„Für uns ist die Zeit der Untersuchungen und der Gespräche vorüber. Wir wollen rasch wissen, woran wir uns halten sollen, da wir nicht weiter die Verantwortung für die derzeitige Situation in den Kantonen übernehmen wollen, die uns unabwendbar in die Situation der Vorkriegszeit führen wird.“

Die Warnung vor der Rückkehr zu den Zuständen der Zwischenkriegszeit gehörte seit 1944 zum rhetorischen Arsenal fast aller Politiker und Beamten, die sich mit den Ostkantonen befassten. Dahinter stand die in Brüssel von vielen geteilte Überzeugung, dass die Eingliederung Eupen-Malmedys zwischen 1920 und 1940 als ein Misserfolg zu betrachten sei und demnach die Fehler der Vergangenheit keinesfalls wiederholt werden dürften. Gerade Henri Hoen sah darin eine nationalpolitische Mission von entscheidender Bedeutung. Insofern kann die Benutzung des Arguments durch Nyssen durchaus auch taktischer Natur gewesen sein. Seine deutlichen Worte zeigten jedenfalls Wirkung: Am 15. Juni 1951 konnte das *Grenz-Echo* schließlich doch noch seine Ernennung zum Attaché verkünden und von einem „erfreulichen Beschluss“ sprechen¹⁸. In Eupen erhoffte man sich von dieser Personalentscheidung einen besseren Draht nach Brüssel, sollte der Attaché doch seine Arbeitszeit zwischen Brüssel und den Ostkantonen aufteilen. Nyssen selbst bestätigte diesen Vorzug in seinem ersten Halbjahresbericht, in dem er sich als „Vermittler“ zwischen Bürgern und Ministerialverwaltung bezeichnete¹⁹. Nyssen amtierte bis zu den Parlamentswahlen von 1954, nach denen sich die Christdemokraten in der Opposition wiederfanden. Die darauffolgende Koalition aus Sozialisten und Liberalen unter Achille Van Acker (PSB) benannte keinen Kabinettsmitarbeiter für die Ostkantone, belebte allerdings die interministeriellen Konferenzen wieder, in denen sich unter Federführung des Innenministeriums sämtliche mit der Problematik der Region befassten Ministerien versammelten.

Der „Schulkampf“ (1955-1958)

Am 26. März 1955 erlebte Brüssel eine der größten politischen Demonstrationen der Nachkriegszeit. Über hunderttausend Belgier zogen durch die Straßen der Hauptstadt und protestierten gegen die Unterrichtspolitik der sozialistisch-liberalen Regierung und ihres Unterrichtsministers Léo Collard.

Seit dem 19. Jahrhundert war die Finanzierung des Unterrichtswesens Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern der staatlichen Schulen und den Anhängern des konfessionell (zumeist katholisch) gebundenen Unterrichts. Die im August 1954 ins Amt gekommene Regierung beschloss einerseits, die Errichtung neuer staatlicher Schulen („Athenäen“) zu begünstigen, und andererseits, die Finanzierung der katholischen Schulen an strengere Bedingungen zu knüpfen.

Die christlich-soziale Opposition und die Vertreter der katholischen Schulen riefen daraufhin zu massivem Protest auf.



Der Direktor der Bischöflichen Schule

St. Vith, Jean Rentgens (hier im Gespräch mit Bischof Ludwig-Josef Kerkhofs), war in den Ostkantonen die treibende Kraft des Widerstandes gegen die Pläne von Unterrichtsminister Léo Collard.

Dieser erreichte auch die Ostkantone, wo die religiöse Einstellung der Bevölkerung schon Ende der 1940er Jahre zu Protesten gegen die Einrichtung eines Athenäums in Eupen geführt hatte. Unter Federführung der an der Bischöflichen Schule in Sankt Vith tätigen Priester und ihres Direktors Jean Rentgens wurden in fast allen Dörfern und Gemeinden Dutzende von „Informationsveranstaltungen“ organisiert, die von der Gendarmerie beobachtet und in Berichten an den Bezirkskommissar Henri Hoen dokumentiert wurden. Auch in Ostbelgien bildeten sich Ableger des „Comités zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten“, das die Gegner der Regierungspolitik gegründet hatten. So war es auch nicht verwunderlich, dass „hunderte Ostbelger“ am 26. März 1955 mit durch die Straßen Brüssels marschierten. Grenz-Echo-Direktor Henri Michel bemerkte: „Noch mehrere weitere hunderte Bewohner wären in Brüssel gleichfalls mit dabei gewesen, wenn ihnen die Linksregierung Van Acker nicht durch fast unglaublich anmutende Schikanen die Möglichkeit genommen hätte, in die Hauptstadt zu gelangen“ (Grenz-Echo, 28.3.1955).

Der „Schulkampf“ endete schließlich im Jahr 1958, als die drei großen Parteien sich im November 1958 auf den sogenannten „Schulpakt“ einigten. Dieser sah zur Wahrung des „Schulfriedens“ die freie Wahl der Schulen, die Garantie des Respektes der philosophischen Überzeugungen und die weitere Demokratisierung des Unterrichtswesens vor. Während staatliche Schulen überall dort eröffnet werden konnten, „wo sich die Notwendigkeit auftat“, übernahm der Staat einen Großteil der Finanzierung des konfessionell gebundenen Unterrichtswesens, vor

Das Land sagt „Nein“!

Am 26. März werden wir in Brüssel zu einer Menge von Männern und Frauen, um unseren Wunsch nach Gerechtigkeit, Gleichheit und Schaffnaden bekunden!

Die Regierung wird unsere Freiheiten nicht anstreben!

Alle nach Brüssel am 26. März!

allem die Bezahlung der Lehrergehälter. Zur Überwachung setzte man die sogenannte „Schulpaktkommission“ ein.



Einen lokalen Vorgeschmack auf den Schulkampf hatten in Eupen die Auseinandersetzungen um die Schaffung einer staatlichen Mittelschule - eines Athenäums - am Ende der 1940er Jahre gegeben. Grenz-Echo-Direktor Henri Michel verteidigte mit der ihm üblichen Verve das katholische und städtische Schulwesen in der Stadt gegen den „neutralen“ Neuankömmling. Als das Athenäum 1951 von der Hillstraße in einen Neubau am Lascheterweg umziehen sollte, ermahnte Michel Bürgermeister Zimmermann, „die Bevölkerung würde es kaum verstehen können, wenn die überwiegend aus Katholiken zusammengesetzte Stadtverwaltung irgendwelche Zugeständnisse oder Erleichterungen zugunsten des durch die Linke angestrebten Neubaus direkt oder indirekt einräumen würde“ (Grenz-Echo, 03.03.1951). Diese mentalen Gräben zeitigten in der Eupener Schullandschaft Langzeitfolgen.

Bestandsaufnahmen ein Jahrzehnt nach Kriegsende

Ein Vergleich von drei Bestandsaufnahmen zur politischen Lage in den Ostkantonen aus den Jahren 1951 und 1956 macht deutlich, wie sehr diese von den Nachkriegsproblemen beherrscht wurde. So sind beispielsweise die Inhaltsverzeichnisse eines Berichts von Léopold Nyssen für Premierminister Joseph Pholien von September 1951²⁰ und eines Referats von Innenminister Vermeylen von Februar 1956²¹ quasi identisch: Nachkriegssäuberungen, Zwangssoldatenproblematik, Diplomgleichstellungen mit Deutschland und Sprachenfragen in Unterrichtswesen und Justiz dominieren, gefolgt von sozialrechtlichen und allgemein ökonomischen Fragen. Bemerkenswert war ein recht lakonischer Abschnitt im Bericht des Ministers, der die Forderungen nach einem Sonderbezirk für die Ostkantone als bloße „Prestigefrage“ wertete²². Noch deutlicher war eine Interpellation des Abgeordneten Peter Kofferschläger an Innenminister Vermeylen im April 1956, der die gleichen Probleme ansprach und monieren musste, dass eigentlich Selbstverständliches eben nicht so selbstverständlich war: „Ich denke doch, dass in dieser Kammer niemand der deutschsprachigen Minderheit ihre Rechte, den Respekt vor ihrer Sprache und ihrer Kultur bestreiten wird.“²³ Der Kelmiser Bürgermeister forderte zudem vehement einen vereinfachten Zugang zu Gerichtsprozeduren in deutscher Sprache, da das in Verviers häufig praktizierte System mit Übersetzern die Rechte der Verteidigung einschränke²⁴. Turbulent wurde es in der Debatte kurzzeitig, als es um die deutsche Sprache in Verwaltung und Mittelschulen ging: „Ich behaupte nicht, dass es eines einsprachigen Systems bedarf, aber ich fordere den Vorrang des

Deutschen.“ Der sozialistische Lütticher Abgeordnete Simon Paque bemerkte daraufhin in einem Zwischenruf, dass es „vielleicht besser sei“, die Bewohner der Ostkantone „wieder nach Deutschland zu schicken“²⁵. Dem widersprachen die Abgeordneten der christdemokratischen Opposition entschieden, Kofferschläger selbst erachtete den Kommentar als keiner Antwort würdig²⁶. In seiner Interpellation wandte er sich ebenfalls dem leidigen Problem der geschlossenen Grenze zu und regte an, den Grenzübergang bald gegen bloße Vorlage des Ausweises zu ermöglichen und das System der Passierscheine abzuschaffen. Es gelte, von der „guten Atmosphäre“ zu profitieren, die das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland kennzeichne²⁷.

Tatsächlich brachte der deutsch-belgische Ausgleichsvertrag vom 24. September 1956 endgültige Klärung in den bilateralen Grenzfragen und erleichterte so die Entscheidung der belgischen Behörden, die Grenze zum Nachbarn wieder zu öffnen bzw. den Übertritt zu erleichtern²⁸. Überhaupt wird man die beiden 1956 erfolgten Bestandsaufnahmen in den Kontext der deutsch-belgischen Beziehungen einordnen können. Die im Frühjahr 1956 laufenden Verhandlungen rückten auch in Brüssel die Thematik der Ostkantone zumindest sporadisch wieder mehr in den Fokus des Interesses der verschiedenen Ministerien. Die Tatsache, dass die Bundesrepublik mit der Unterzeichnung des Vertrags offiziell auf alle Ansprüche auf das historische Eupen-Malmedy verzichtete, löste das Gebiet zumindest aus den (wenigen) diplomatischen Streiffragen zwischen beiden Ländern heraus²⁹. Mit den Worten eines Diplomaten aus dem Auswärtigen Amt: „Das Problem Eupen-Malmedy besteht nicht mehr.“³⁰

Welche institutionelle Zukunft?

Seit 1946 hatte Peter Kofferschläger die verschiedenen Regierungen immer wieder bezüglich der Ostkantone interpellierte. Seine Vorstellungen für die Zukunft der Region hatte er außerdem in zwei Stellungnahmen für das sogenannte „Harmel-Zentrum“ dargelegt, in denen er sich mit der kulturellen Situation im deutschsprachigen Landesteil und der Frage des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen auseinandersetzte. Im Dokument Nr. 39, das vermutlich um das Jahr 1950 entstand, heißt es:

„In der Praxis hat diese Minderheit große Schwierigkeiten [...]. Möchte Belgien die deutsche Kulturgemeinschaft durch ernsthafte Initiativen fördern oder muss man wünschen, dass diese Minderheit mit der Zeit von der flämischen oder wallonischen Gemeinschaft aufgesaugt wird? [...] Die Resultate am Ende der Schulstudien sind wirklich mangelhaft. Unsere Kinder kennen keine einzige Sprache und beherrschen den Unterrichtsstoff nicht. Wenn hier keine Abhilfe geschaffen wird, so laufen wir Gefahr, dass eine intellektuelle und kulturelle Dekadenz einsetzt. Die Unterrichtung der französischen Sprache wird durch alle Eltern gewünscht. [...] Muss man aber deshalb die deutsche Sprache aus unserem Primarschulunterricht streichen? [...] Die Aufrechterhaltung einer deutschen Kulturgemeinschaft in Belgien wird ausgesprochen schwierig, wenn [...] der Mittelschulunterricht und die Unterrichte bis zum Abitur in französischer Sprache erteilt werden. [...] Muss man sich mit Blick auf die nationale Politik darüber freuen und glauben, dass sich so eine vollständige Assimilation erreichen lässt?“³¹

Im Dokument Nr. 206 aus dem Jahr 1952 wurden die Schüsselargumente wiederholt³².

Die erste Eingabe an das „Harmel-Zentrum“ (Dokument Nr. 38, 1950) aus dem deutschsprachigen Landesteil stammte allerdings nicht von Politikern, sondern von sechs Priestern, darunter Peter Joppen, Paul Kettmus und Walter Schomus, später in einer Mischnung aus Scherz und Ehrfurcht als „Dreifaltigkeit“ tituliert³³. Ähnlich wie Kofferschläger plädierten auch sie für einen Primarschulunterricht in deutscher Sprache, „wobei gleichzeitig auch dort der Grundstein für die Erlernung der Fremdsprachen gelegt werden sollte, zumindest in den oberen Klassen“. Sie betonten, ihr Ziel sei es keineswegs, „prodeutschen Bestrebungen“ Vorschub zu leisten; sie stellten sich jedoch Fragen, ob man in Brüssel langfristig nicht eine Assimilation wie in den plattdeutschen Gemeinden um Arlon und Montzen – die sogenannte *Romanisation patriotique* – anstrebe:

„Warum soll man völlig nutzlos bei dieser Bevölkerungsgruppe das Gefühl wecken, dass sie Belgier zweiten oder dritten Ranges sind? Man muss im Gegensatz dazu alles dafür tun, damit das Bewusstsein unserer Bevölkerung verstärkt wird, dass sie in jeder Hinsicht als vollwertige Mitglieder des belgischen Staates angesehen und behandelt werden.“³⁴

Es gab also im christlichen Lager der (ost)belgischen Gesellschaft durchaus Stimmen, die deutliche Forderungen nach einem Platz für die Deutschsprachigen im belgischen Staatsgefüge artikulierten. Deutlich wurde dies im Februar 1958 anlässlich des ersten (!) Treffens der Gesamt-CSP der Ostkan-

tone in Büllingen. Nicht zufällig war es dort Léopold Nyssen, der das Hauptreferat übernommen hatte. Das *Grenz-Echo* veröffentlichte die daraus resultierenden einstimmig angenommenen Forderungen:

„Die CSP-Vertreter der Ostkantone wünschen: dass sämtliche Instanzen der Zentralverwaltung sich im Verkehr mit der deutschsprachigen Bevölkerung der deutschen Sprache bedienen; dass die für diese Gebiete und in diesen Gebieten angestellten Beamten der deutschen Sprache voll und ganz mächtig sind; [...] dass in den Vorbereitungs- und Elementarschulen bei der Erlernung der französischen Sprache stärker den pädagogischen Interessen Rechnung getragen wird, indem man diese Sprache [...] erst ab dem 3. oder 4. Schuljahr unterrichtet; dass in den Mittelschulen neben dem eigentlichen Deutschunterricht im Interesse des deutschen Wortschatzes und der praktischen Handhabung der Sprache, gleichfalls ein oder zwei Fächer in deutscher Sprache unterrichtet werden; [...] dass bei der Schaffung eines flämischen und wallonischen Kulturrates auch der deutschsprachigen Minderheit Rechnung getragen wird, indem man derselben ebenfalls eine gebührende Stellung einräumt.“³⁵

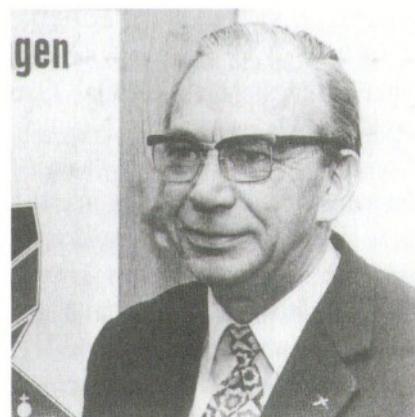
Im Schlussbericht des „Harmel-Zentrums“, der dem Parlament im April 1958 vorgelegt wurde, fanden sich derlei Forderungen allerdings nicht wieder. Im Gegen teil: Die enge Bindung Eupen-Malmedy-Sankt Viths an Verviers und Lüttich wurde besonders betont, und es wurde zur weiteren Verwendung des Französischen als Unterrichtssprache in der Mittelschule geraten. Es ist kein Zufall, dass sich genau zur selben Zeit in den deutschsprachigen Gemeinden Gruppierungen wie die



Walter Schomus (1913-1994)



Peter Joppen (1918-1986)



Paul Kettmus (1913-2005)

Es waren nicht nur Politiker, die sich mit Stellungnahmen an das „Harmel-Zentrum“ wandten, auch drei ostbelgische Geistliche griffen in diese Debatten ein – wohl auch, weil Priester weniger repressive Maßnahmen seitens der Behörden zu befürchten hatten.

„Vereinigung zu Schutz und Pflege der Muttersprache“, aus der später die „Arbeitsgemeinschaft Ostbelgien“ hervorging, bildeten. Ihre deutsch-kulturell-nationalistische Ausrichtung und ein unzeitgemäßer Sprachgebrauch verhinderten jedoch eine größere Resonanz³⁶.

Die Zeitschrift *Der Wegweiser*, das Organ dieser Gruppierung, wurde fast ausschließlich von Abonnenten außerhalb der Ostkantone, vor allem auch in Flandern, gelesen. Im Gegensatz zu der gescheiterten Tageszeitung *Neue Nachrichten* (1955-1958), hin-



Der *Wegweiser*, das Organ der „Vereinigung zu Schutz und Pflege der Muttersprache“, erschien in Eupen von 1959 bis 1989. Redakteur war der Eupener Heinz Schillings.

ter der dieselben Personen gestanden hatten, erhielt der *Wegweiser* regelmäßige finanzielle Unterstützung durch das Bundesministerium für

Gesamtdeutsche Fragen, dessen Motivation jedoch eher kultureller denn revisionistischer Natur gewesen sein dürfte³⁷.

Kapitel 2: Drei Sprachen – vier Sprachgebiete

Tatsächlich hatte die belgische Entwicklung zu dieser Zeit die Arbeiten des „Harmel-Zentrums“ längst überholt. Für die politischen Weichenstellungen der 1960er Jahre kam dem Dokument letztlich nur eine untergeordnete Rolle zu. Dies kam jedoch auch den Deutschsprachigen zugute. Grundlegend waren dabei die Festlegung der Sprachgrenze (1962) und die Sprachengesetze für das Unterrichtswesen und die Verwaltung (1963). Dies bedeutete die Schaffung eines deutschen Sprachgebiets mit Schutzmaßnahmen (im belgischen Wortschatz ist von „Spracherleichterungen“ oder „Fazilitäten“ die Rede) für die französischsprachige Minderheit in den damals 25 Gemeinden. Das Prinzip der Einsprachigkeit wurde in den Parlamentsdebatten nicht infrage gestellt. Zum Streitpunkt wurde vielmehr die Frage, ob die Schaffung des eigenen Sprachgebiets automatisch die Bildung eines eigenen Verwaltungs- und Wahlbezirks nach sich ziehen müsse. So forderte die CSP-Lokalsektion Eupen, die sich bisher nicht gerade

als Vorreiterin in Autonomiefragen erwiesen hatte – zumal sich der ehemalige Vorsitzende Léopold Nyssen aus vorwiegend privaten Gründen nicht mehr zu nationalen Fragen äußerte –, in einer Resolution vom 20. Februar 1962 einen eigenen Verwaltungsbezirk innerhalb des Wahlbezirks Verviers: „Nur so kann die deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft in unserem Lande eine unmissverständliche Anerkennung finden.“³⁸ Die Bürgermeister der drei Kantone – mit Ausnahme des Eupeners Hugo Zimmermann – lehnten diese Forderung jedoch ab. Im Oktober 1962 brachten Joseph Schmitz, Jurist und seit 1959 Sonderbeauftragter für die Ostkantone im Kabinett des Premierministers, und der Vize-Präsident der CSP-Verviers, Heinrich Cremer, in Brüssel weitere Anliegen vor. Neben dem Gebrauch der deutschen Sprache in Unterricht und Verwaltung, der ja dann auch ins Gesetz aufgenommen wurde, forderten sie einen „Kulturrat, vergleichbar mit den flämischen und wallonischen Ein-

richtungen“³⁹. Hier bestand also durchaus eine Kontinuität in den Forderungen führender CSP-Mitglieder.

Doch auch außerhalb der CSP – allerdings immer noch in der christlichen „Säule“ – wurden diesbezügliche Stimmen laut. So sandte die Altherrenschaft der Studentenverbindung Eumavia Lovaniensis, in der die Eupen-Malmedy-Sankt Vither Studenten an der Universität Löwen zusammengeschlossen waren, eine Entschließung an den Premierminister, den Innenminister, den Justizminister und die beiden Kulturminister. Darin wurde die Festlegung der Sprachgrenze begrüßt und gleichzeitig ein eigener Verwaltungs- und Gerichtsbezirk gefordert, als „eine einzigartige Gelegenheit [...], alle Deutschbelgier in ihrem Selbstvertrauen zu bestärken und endgültig an das belgische Vaterland zu binden“. Weiter forderte man den Vorrang der Muttersprache und eine eigene Ausbildungsstätte für Primarschullehrer („Normalschule“) für das deutschsprachige Gebiet⁴⁰. Die Eumavia war in den 1950er und 1960er



Die Karte zeigt die Sprachgebiete, wie sie sich aus den Gesetzen von 1962 ergab. Sie trägt der Möglichkeit Rechnung, die den französischsprachigen Nachbargemeinden des deutschen Sprachgebiets im Norden der Provinz Lüttich eingeräumt wurde, zu Gemeinden mit Spracherleichterungen für die dortigen deutschsprachigen Einwohner zu werden. Von dieser Möglichkeit haben die betreffenden Gemeinden jedoch nie Gebrauch gemacht.

Jahren privilegierter Ort für Diskussionen zur Lage in den Ostkantonen. Zu den regelmäßigen Gästen anlässlich von Debatten hatte vor seinem frühen Tod im Jahr 1960 auch Peter Kofferschläger gehört. Er war es gewesen, der in den 1950er Jahren vor „Eumaven“ die Bedrohung einer totalen Assimilation skizziert hatte und sie somit zu mehr Engagement für die „Heimat“ motivieren wollte⁴¹.

Die lautesten Stimmen in den Diskussionen um die Sprachgrenze und um die Schaffung eines eigenen Verwal-

tungsbezirks kamen jedoch von den Vertretern der wallonischen Nachbargemeinden – mithin den zehn altbelgischen Gemeinden, die 1940 ebenfalls vom „Großdeutschen Reich“ annexiert worden waren, obwohl sie nie zu Deutschland gehört hatten. Als Wortföhrerin gerierte sich die Gemeinde Welkenraedt, die von einer Annexion durch „Les Boches“ redete, was selbst Henri Michel im Grenz-Echo fragen ließ:

„Was haben Gestern und Vorgestern mit dem Heute zu tun? Wo sind

heute die ‚prussiens‘ und die [...] Nazis, die die Welkenraedter etwa in Braunhemden stecken und dieselben zur Teilnahme an Pflichtversammlungen zwingen möchten [...]“⁴²

Außerdem sei er zu der Schlussfolgerung gelangt, dass

„die Kenntnis einer zweiten Sprache für die Welkenraedter Jugend genauso nützlich und empfehlenswert ist wie für die Eupener Jugend [...] Denn sind es nicht gerade viele Welkenraedter

Eltern, die dies Tag für Tag unter Beweis stellen, indem sie ihre Kinder [...] ausgerechnet in die Eupener Mittelschulen schicken, weil ihnen besonders in diesen die volle Gewähr dafür gegeben ist, die ihnen offenbar in höchstem Maße fehlt: mehrere Sprachen zu erlernen“⁴³.

Die Last der Geschichte war hier jedoch größer als jedes Gegenargument: Die plattdeutschen Gemeinden wurden schließlich zu einsprachig französisch-sprachigen Gemeinden, ohne Spracherleichterungen für die dort lebenden Deutschsprachigen⁴⁴.

Last der Vergangenheit

Die Vergangenheit, die nicht vergangen war, war jedoch auch der

Hauptgrund dafür, dass im deutschen Sprachgebiet eine gemeinsame Vision zur politischen Zukunft nicht vorhanden war. Noch immer dominierten Sprachlosigkeit und diffuse Angstgefühle die gesellschaftlichen Debatten. Einen Vorgesmack hatte in den Jahren 1958/1959 die „Eupener Schöffenfrage“ gegeben, als die CSP anlässlich der Kommunalwahlen mit Hubert Mießen einen ehemaligen „Unbürgerlichen“ aufstellte und dieser mit über 1.200 Stimmen das beste Ergebnis erzielte. Nachdem er zunächst auf ein Schöffenamt verzichtet hatte, übernahm er im September 1959 ein solches Amt. Die Ereignisse am Tag der Eidesleistung verdeutlichten, wie schwer die „verdrängten Jahre“ wogen⁴⁵. Während die Befürworter der Ernennung die Eingliederung der ehemaligen „Unbürgerlichen“ als einen Erfolg „belgisch-nationaler Assimilierung“ der Ostkantone werteten und davor warnten, eine Ablehnung werde sicherlich zur Bildung einer pro-deutschen Partei führen, stellten die Gegner Mießens – unter Führung des Vorsitzenden der patriotischen Verbände und Stadtverordneten Joseph Bartholemy – dessen Wähler als Ewig-Gestrig dar:

„Wenn wir Dr. Mießen wählen, stärken wir die Gruppe von 1.200 Mann, von der wir wissen, dass sie schon wieder in Bonn waren und nichts hinzugelernt haben.“⁴⁶

Nichts zeigt besser, in welchem Spannungsfeld sich politische Aktivität in den Ostkantonen zu Beginn der 1960er Jahre bewegte. Zukunftsträchtige Politikgestaltung, die das Ende der Sprachlosigkeit zur Bedingung gehabt hätte, und eine mit ihrer (beschwiegenden) Vergangenheit unversöhnte Gesellschaft konnten nicht zusammenkommen.

Die Sprachgebiete als Keimzelle der „Autonomie“

Die Festlegung der Sprachgrenze (Gesetz vom 8. November 1962), die Annahme des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Sprachregelung im Unterrichtswesen und des Gesetzes über den Gebrauch der Sprachen in Verwaltungsangelegenheiten (2. August 1963) bildeten die Grundlage für die institutionelle Weiterentwicklung Belgiens im nun folgenden Jahrzehnt. Durch Königlichen Erlass vom 18. Juli 1966 wurden die Gesetze von 1932, 1962 und 1963 über den Gebrauch der Sprachen in Verwaltungsangelegenheiten koordiniert.



Ende Januar 1962: Protestaktionen in Welkenraedt gegen die mögliche Schaffung eines Bezirks Eupen. „Keine Annexion durch Eupen!“, „Keine Annexion an einen deutschen Bezirk!“, „Weg mit den Hitlernmethoden!“, stand auf den Transparenten



Die Karnevalisten schlachten die Uneinigkeit der CSP in der „Schöffenfrage“ aus.

„Vic“ steht für den Lokalvorsitzenden Dr. Viktor Nyssen – der aus dem Fenster schaut –, mit „Poldi“ ist Schöffe Dr. Léopold Nyssen gemeint, „Hubert“ steht für Dr. Hubert Mießen, dessen Wahl am Ursprung der „Schöffenfrage“ stand.

Abgesehen von der zweisprachigen Region der Hauptstadt Brüssel, legte dieses Gesetz die Existenz homogener sprachlicher Regionen fest, in denen die Behörden im Prinzip sowohl für ihren internen Betrieb als auch in ihren Beziehungen mit anderen Behörden und Privatpersonen ausschließlich die Sprache der Region verwenden. Das Prinzip der Einsprachigkeit wurde festgehalten⁴⁷.

Gemäß dem Territorialprinzip wurde auch für das Gebiet der heutigen neun deutschsprachigen Gemeinden das Prinzip der Einsprachigkeit in Verwaltung und Unterricht – mit besonderen Schutzmaßnahmen für die frankophone Minderheit – im Gesetz verankert. Hier galt fortan die Regel, dass keiner in eine örtliche Dienststelle ernannt oder in einem Amt befördert werden konnte, wenn er die Sprache des Gebiets nicht beherrschte. In den Gemeinden des

deutschen Sprachgebiets wurden die Mitteilungen, Nachrichten und Formulare, die für das Publikum bestimmt waren, in deutscher und in französischer Sprache angefertigt. Für die Dienststellen im deutschen Sprachgebiet galt, dass sie immer in der von der Privatperson benutzten Sprache zu antworten hatten, wenn diese sich in französischer Sprache an die Dienststelle richtete⁴⁸.

Mit der Einteilung Belgiens in vier Sprachgebiete wurde der Grundstein der Autonomie gelegt. Das nunmehr offiziell anerkannte deutsche Sprachgebiet glich jedoch während des folgenden Jahrzehntes einem Schiff mit vielen Kapitänen, die allesamt einen anderen Kurs steuern wollten. Die Ziel- und Orientierungslosigkeit der damaligen Zeit beschreibt der Eupener Arzt Viktor Nyssen in einer von der Vereinigung „Kunst und Bühne“ im

Jahre 1969 veröffentlichten Broschüre zur Kulturautonomie:

„Ja zur Kulturautonomie! Dies ist das Lösungswort, welches in den letzten Monaten Gemeinderäte und Stadtparlamente, Parteivorstände und Volksbildungswerke auf den Plan gerufen hat. Die Geister haben sich erhitzt, Bürgermeisterresolutionen gutgeheißen oder abgelehnt. Die Bürger, in ihrer übergroßen Mehrheit, stehen dem ganzen Fragenkomplex der Kulturautonomie skeptisch gegenüber. Der einfache Mann weiß nichts Rechtes anzufangen mit diesem undefinierbaren Begriff.“⁴⁹

Der Mangel an Kohärenz und überparteilichem Konsens verhinderte nicht nur die Schaffung eines Autonomiebewusstseins bei der breiten Bevölkerung, sondern erschütterte auch zeitweise das Vertrauen in die politischen Parteien. Die Lösung der Nachkriegsprobleme, die Forderung eines eigenen Verwaltungs- und Wahlbezirks für das deutsche Sprachgebiet, die gesicherte parlamentarische Vertretung der Deutschsprachigen in Kammer und Senat, der Respekt der Sprachengesetzgebung in der Verwaltung und im Unterrichtswesen und eine größere Selbständigkeit im wirtschaftlichen Bereich waren bereits damals mit der Kulturautonomie eng verflochtene Themen. Eine Art Vormärz, eine Zeit, in der sich ein Bewusstsein für die besondere Situation der Deutschsprachigen im Kontext des aufbrechenden belgischen Zentralstaates entwickelt hätte, hat es im deutschen Sprachgebiet nicht gegeben. Ebenso wenig hat es – zumindest vor der Einsetzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK) – eine alle Kräfte bündelnde Bewegung

gegeben, die mit der Flämischen oder mit der Wallonischen Bewegung vergleichbar gewesen wäre und die zielfestig auf eine weitestgehende Kulturautonomie für die deutsche Sprachgruppe Belgiens hingearbeitet hätte. Wenn das Jahrzehnt von 1963 bis 1973 manchmal verklärend als

eine Zeit des Aufbruchs⁵⁰ geschildert wird, ist dies wohl eher dem Wunschbild geschuldet, man habe die Autonomie erkämpft und diese sei keineswegs nur das Nebenprodukt einer sich stets verschärfenden Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Volksgruppen Belgiens gewesen. Der

feierlichen Einsetzung des RdK am 23. Oktober 1973 war ein bewegtes Jahrzehnt ostbelgischer Geschichte vorausgegangen. Doch nur vor dem Hintergrund der gesamtbelgischen Entwicklung wird die Analyse der kontrovers geführten Autonomiedebatte im deutschen Sprachgebiet verständlich.

Kapitel 3: *La Belgique de papa a vécu*⁵¹

Der ehemalige Premierminister Gaston Eyskens hat stets bestritten, der Autor dieses markigen Spruchs zu sein. Nichtsdestotrotz ist es einer jener Sätze, die repräsentativ für den Zeitgeist einer ganzen Epoche stehen. Vergleichbar mit dem berühmten „Sire, Sie regieren über zwei Völker. In Belgien gibt es Flamen und Wallonen; es gibt keine Belgier“ des sozialistischen Politikers Jules Destréé zwei Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

La Belgique de papa

Mit „Papas Belgien“ ist das ursprüngliche, zentralistische Belgien gemeint, das seit den 1970 eingeleiteten Verfassungsreformen einem föderalen Staat mit Gemeinschaften und Regionen Platz machen sollte. Im Norden des Landes wird damit auch die Zeit der belgischen Geschichte gemeint, in der das Französische vorherrschte und die Flamen sich als Bürger zweiter Klasse empfanden.

Der mittlerweile geflügelte Satz wird Premierminister Gaston Eyskens zugeschrieben. Er soll ihn am 18. Februar 1970 im Parlament nach seiner Erklärung zur ersten großen Staatsreform ausgesprochen haben.

Am Vorabend der ersten großen belgischen Staatsreform eröffnete Gaston Eyskens am 18. Februar 1970 seine für die Zukunft Belgiens so bedeutungsvolle Regierungsmitsellung mit der Feststellung:

„Der einheitliche Staat, wie ihn die Gesetze noch in seinem Aufbau und in seinem Funktionieren voraussetzen, ist durch die Tatsachen überholt. Die Gemeinschaften und die Regionen müssen ihren Platz im erneuer-

ten Aufbau des Staates erhalten, der der besonderen Lage des Landes besser angepasst sein muss. Diese erneuerten Strukturen müssen auf kulturellem Gebiet eine echte Autonomie der Kulturgemeinschaften gewährleisten, vorbehaltlich bestimmter Sektoren, die dem Gesetz überlassen bleiben.“⁵²

Die erste große Staatsreform war ein Wendepunkt in der Geschichte des belgischen Staates. Eine Anpassung der



Gaston Eyskens (1905-1988). Der Löwener Universitätsprofessor vertrat die CVP/PSC in Kammer und Senat und bekleidete zahlreiche Ministerämter. 1949 bis 1950, 1958 bis 1961 und 1968 bis 1972 war er Premierminister.

zum größten Teil aus dem 19. Jahrhundert stammenden Institutionen an die gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen des Landes war unerlässlich. Die kulturelle Verschiedenheit hatte im 20. Jahrhundert durch das Aufkommen regionaler Tendenzen die Reform der belgischen Staatsstruktur im föderalen Sinne unumgänglich gemacht. Der langjährige Minister Leo Tindemans (PSC-CVP) sagte, dass die politische Titanenaufgabe darin bestehe, „ein nach dem napoleonischen Modell zentralisiertes Staatssystem in eine regionale oder föderative Staatsstruktur umzuändern“⁵³.

Théo Lefèvre, der als Premierminister von 1961 bis 1965 einer Koalitionsregierung aus Christlich-Sozialen und Sozialisten vorstand, erklärte am 18. Dezember 1963, dass sich im Kräfteverhältnis zwischen dem Niederländisch sprechenden und dem Französisch sprechenden Teil der Bevölkerung eine Metamorphose vollzogen habe. Dies bedeutet aber nicht, dass

*„die Existenz des Landes in Gefahr ist. Gewiss nicht, wenn wir nicht um jeden Preis an allen Normen und allen Formen der Vergangenheit festhalten, wenn wir nicht bei einem Belgien der Belle Époque oder davor stehenbleiben, wenn wir, ohne in irgendeiner Weise unseren nationalen Stolz aufzugeben, der Realität ins Auge sehen“*⁵⁴.

Seit der Gründung des belgischen Staates war dessen Einheit durch sprachpolitische Konflikte bedroht. Die durch die große Staatsreform von 1968 bis 1971 eingeleitete Dezentralisierung war das Ende der langsam, von Lefèvre erwähnten Metamorphose.

1830 errichteten die Väter der Verfassung einen Zentralstaat, der unter dem Druck der auf sprachlich-kulturelle Eigenständigkeit drängenden *Vlaamse Beweging* und später des *Mouvement Wallon*, das die wirtschaftliche Selbstverwirklichung zum Hauptziel hatte, immer mehr in Bedrängnis geriet. Die Anerkennung des Niederländischen als offizielle Landessprache (1898), die unterschiedliche Haltung der Flamen und Wallonen in der Königsfrage (1950), die in den Jahren 1961 und 1962 vom *Vlaams Actiecomité voor Brussel en Taalgrens* organisierten Protestmärsche auf Brüssel und die Teilung der Universität Löwen in zwei Sprachsektionen waren nur einige Aspekte einer stets wachsenden Entfremdung zwischen Flamen und Wallonen. Als im Dezember 1963 fast 650.000 Wallonen in einer vom *Collège exécutif de Wallonie* initiierten Petition an den Senat die Föderalisierung Belgiens forderten, schien eine Anpassung der Staatsstrukturen an die neuen Gegebenheiten unumgänglich.

Bereits am 6. April 1962 hatte die Regierung Lefèvre-Spaak das Revisionsverfahren eröffnet und eine Arbeitsgruppe mit dem vorbereitenden Studium der verfassungsrechtlichen Probleme und der Vorbereitung der Erklärungen zur Verfassungsrevision beauftragt. Der 17-köpfigen Arbeitsgruppe, die vom Premierminister geleitet wurde, gehörten Minister und Parlamentarier der beiden Mehrheitsparteien an. Als vorrangige Ziele einer Verfassungsrevision definierte die Arbeitsgruppe die Harmonisierung der Beziehungen zwischen Flamen und Wallonen und die Modernisierung der politischen Institutionen. Der Bericht der Arbeitsgruppe wurde der Regierung am 24. Oktober 1963 übergeben und vierzehn Tage später mit

einem Begleitschreiben der Regierung an die Vorsitzenden der drei großen Parteien weitergeleitet. Auf Wunsch der Regierung Théo Lefèvre trat am 14. Januar 1964 eine aus Delegierten der drei großen Parteien bestehende Kommission über die Reform der Institutionen zusammen, die konkrete Vorschläge zur Verfassungsreform unterbreiten sollte. Nachdem die *Parti de la Liberté et du Progrès* (PLP) kurz vor Abschluss der Arbeiten die Kommission verließ, über sandten die Delegationen der Christlich-Sozialen und der Sozialistischen Partei am 26. Januar 1965 der Regierung die endgültigen Abschlussberichte ihrer Arbeiten. In den Schlussfolgerungen dieser Kommission wird erstmals die Notwendigkeit eigener Einrichtungen für das Gebiet deutscher Sprache erwähnt⁵⁵. Die Beschlüsse dieser sogenannten *Commission de la Table Ronde* wurden am 13. Februar 1965 von den Nationalkongressen der Christlich-Sozialen Partei und der Sozialistischen Partei mit großer Mehrheit angenommen. Théo Lefèvre kommentierte dies mit den Worten: „Jetzt können wir in neuen Begriffen an die Zukunft denken.“⁵⁶

Mit der Annahme der Änderungsvorschläge im Parlament und der Veröffentlichung der Erklärung zur Verfassungsreform im *Moniteur Belge* (17. April 1965) war die erste Phase der Verfassungsrevision abgeschlossen. Für das deutsche Sprachgebiet war – im Gegensatz zu den Kulturräten für die französische und für die flämische Gemeinschaft – lediglich eine durch Königlichen Erlass zu gründende kulturelle Institution vorgesehen⁵⁷.

Doch die Niederlage der Christlich-Sozialen und der Sozialistischen Partei bei den Parlamentswahlen im Mai



Der flämische Politiker Théo Lefèvre amtierte von 1951 bis 1961 als Präsident der CVP/PSC, von 1961 bis 1965 war er Premierminister.

1965 und der überraschende Erfolg der Liberalen Partei, die noch an der belgischen Einheitsstruktur festhielt, ermöglichen den konstituierenden Kammern keine Verfassungsänderung.

In seiner Regierungserklärung vom 29. Juli 1965 verteidigte der neue Premierminister Pierre Harmel die Notwendigkeit einer Reform der belgischen Staatsstrukturen.

„Es gibt keinen Anlass, sich vor den regionalen Ansprüchen zu ängstigen; im Gegenteil, sie sind im Sinne der Geschichte. Je mehr der Nationalismus der Staaten zurücktritt, je mehr jedes Land das Bedürfnis verspürt, sich in größere Zusammenhänge zu integrieren, umso mehr beobachtet man, als Kompensation, die Zunahme des Regionalismus, den der Unitarismus des 19. Jahrhundert erstikkt hatte. [...] Weit davon entfernt, eine Rückkehr des Partikularismus oder eine Bremse für die zahlreichen Anpassungen und Transformationen zu sein [...], stellt

der regionale und kulturelle Regionalismus die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Dienst des Menschen. Auf kulturellem Gebiet schlägt die Regierung also die effektive Realisierung der Kulturautonomie vor, gemäß den Vorschlägen des Drei-Parteien-Abkommens. Das Gleiche soll mit dessen Schlussfolgerungen auf dem Gebiet der administrativen Dezentralisierung und Dekonzentration geschehen. [...] Wir haben bereits gesagt, dass die Pluralität unserer Kulturen, die Diversität unserer Regionen kein Handicap, sondern ein nationaler Trumpf in Europa sind.“⁵⁸

Die Schlussfolgerungen der Drei-Parteien-Kommission flossen bereits in die Bildung der neuen Regierung ein. Die stets wachsende Forderung nach kultureller Eigenständigkeit mündete 1965 in die Schaffung eines französischen und eines niederländischen Kulturministeriums. Pierre Harmel begründete dieses Vorgehen in seiner Regierungserklärung mit dem Wunsch nach Entfaltung der kulturellen Autonomie⁵⁹.

Zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Gemeinschaften schlug Pierre Harmel in seiner Regierungserklärung die Schaffung der *Commission permanente pour l'amélioration des relations communautaires* vor. Allerdings bedurfte es eines ganzen Jahres, bis diese Ständige Kommission zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den belgischen Sprachgemeinschaften durch Gesetz vom 1. Juli 1966⁶⁰ ins Leben gerufen wurde. Am 20. Oktober 1966 berief Innenminister Vandepoorten die Ständige Kommission erstmals ein. Die Kommission wurde beauftragt, begründete Gesetzesvorlagen auszuarbeiten, die geeignet schienen,

die Beziehungen zwischen den Sprachgemeinschaften zu verbessern. Der Vorsitz wurde vom ehemaligen Minister Paul Meyers übernommen. Insgesamt 36 Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft gehörten der Kommission an. Ernannt wurden die Mitglieder auf Vorschlag der drei traditionellen Parteien.



Der Lütticher Jurist Pierre Harmel gehört zu den bekanntesten PSC-Politikern seiner Generation. Er amtierte u. a. von 1965 bis 1966 als Premierminister und von 1966 bis 1972 als Außenminister.

Die Deutschsprachigen werden angehört

Für die Untersuchung der kulturellen und wirtschaftlichen Probleme im deutschsprachigen Gebiet wurde ein Unterausschuss gegründet. Grundlage für die Arbeiten dieses Unterausschusses waren die Berichte von Dr. Joseph Schmitz, Berater für ostbelgische Probleme bei mehreren Premierministern, von Bezirkskommissar Hoen und des Abgeordneten Willy Schyns. Der Bericht von Dr. Schmitz stellt einleitend fest, dass das Leben nach dem Krieg

mit einer drakonischen Säuberung und dem Versuch einer „Französierung“ in Verwaltung, Unterrichtswesen und kulturellem Leben begann und „eine Atmosphäre der Verbitterung und Enttäuschung und ein Gefühl des Nichtvorhandenseins“⁶¹ schuf. Nur in der „Einleitung einer Amnestie für alle Ostbelgier, die in den Kriegsjahren lediglich eine passive Rolle gespielt und sich keiner kriminellen Vergehen schuldig gemacht haben“, sah er die Lösung für eine allgemeine Bereinigung aller Folgen der Nachkriegssäuberung⁶². Auf dem Gebiet des Unterrichtswesens forderte Dr. Schmitz „die deutsch-französische Zweisprachigkeit ein, wie sie bei uns praktiziert wird“; allerdings mahnte er zugleich „einen wirksamen Schutz der Muttersprache“ an⁶³. Zu den ersten Befragten des Meyers-Sonderausschusses gehörten ebenfalls Frau Irene Janetzky, Leiterin der deutschsprachigen Sendungen des Brüsseler Rundfunks, und Kulturinspektor Firmin Pauquet.

Ende Februar 1968 befasste sich der unter dem Vorsitz des Lütticher Senators Dr. Laurent tagende Sonderausschuss der Meyers-Vanderpoorten-Kommission für ostbelgische Fragen im beigeordneten Bezirkskommissariat von Malmedy mit den spezifischen Problemen der Ostkantone. Neben den Bürgermeistern von Sankt Vith und Eupen, Wilhelm Pip und Reiner Pankert, wurden Heinrich Cremer, Präsident des CSP-Bezirksverbandes, Vertreter der Industrie- und Handelskammer sowie Vertreter der Gewerkschaften CSC und FGTB gehört. Der Sankt Vither Bürgermeister Pip wies in seiner Stellungnahme ebenfalls auf die Notwendigkeit einer weitgehenden Amnestie hin.

„Die nach dem Kriege durchgeführte ‚Säuberung‘ habe einen Dauerzustand hervorgerufen. Besonders in dem stark durch den Krieg mitgenommenen Kanton St. Vith mache sich dies bei der Erledigung der Kriegsschäden, der Invalidenrenten usw. sehr nachteilig bemerkbar.“⁶⁴

Zudem brachte er das heikle Problem der Kriegsfreiwilligen vor. Pip gab zu bedenken, „dass diese Kriegsfreiwilligen damals 17- bis 20-Jährige waren, die man nicht ewig ächten sollte“⁶⁵. Nach Meinung des Staatsrechters Robert Senelle führten die Arbeiten dieses Unterausschusses zu der Feststellung, dass

„die Bevölkerung, die eine sehr enge Bindung zu Belgien aufweist, den Wunsch hat, dass die wichtigsten Gesetze mit großer praktischer Bedeutung offiziell in die deutsche Sprache übersetzt werden (Gemeindeverordnungen; Verordnungen, die das staatliche Unterstützungswesen betreffen; Straßenverkehrsvorschriften usw.). [...] Außerdem wäre es angebracht, gewisse Folgen der nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber Kollaborateuren getroffenen Maßnahmen zu beseitigen, da man die besondere Lage dieses Landesteils, der während des Krieges gewaltsam vom damaligen Reich annexiert wurde, mehr als bisher berücksichtigen sollte“⁶⁶.

Noch vor Abschluss der Bestandsaufnahme erfolgte die Auflösung der Kommission, da die christlich-soziale-liberale Koalitionsregierung unter Premierminister Paul Vanden Boeynants Anfang April 1968 an den Auseinandersetzungen um die Umsiedlung der französischsprachigen Abteilung

der im flämischen Gebiet gelegenen Universität Löwen zerbrach. Aus diesem Grunde konnte der endgültige Bericht der Meyers-Vanderpoorten-Kommission nicht fertiggestellt werden. Die konstituierende Arbeit der Kammern wurde dadurch erneut unterbrochen. Um den neuen Kammern die Fortsetzung der Verfassungsrevision zu ermöglichen, billigten die scheidenden Kammern durch Abstimmung erneut die Erklärung des Jahres 1965, die im Belgischen Staatsblatt vom 2. März 1968 veröffentlicht wurde.

Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen den zwei großen Sprachgruppen wandelte sich auch das Parteispektrum in Belgien. Innerhalb der 1945 neu entstandenen Christlich-Sozialen Partei war der Flamme Théo Lefèvre, auf dessen Initiative die Verfassungsrevision 1962 eingeleitet wurde, Hauptbefürworter der Dezentralisation und der kulturellen Autonomie. Nach der Wahlniederlage der Christlich-Sozialen Partei von 1965 und dem Streit um die Spaltung der Katholischen Universität Löwen kam es innerhalb der Partei zum offenen Konflikt zwischen den flämischen und wallonischen Sektionen. Als Reaktion auf das *Walen buiten* konstituierte sich 1968 die Parti Social-Chrétien (PSC) als autonome frankophone Partei. Von einander völlig unabhängige Parteien wurden PSC und *Christelijke Volkspartij* (CVP) ab 1972.

Im Gegensatz zum christlich-sozialen Lager, das vorrangig für die Kulturautonomie der Sprachgemeinschaften eintrat, forderte die Sozialistische Partei, die im wallonischen Landesteil die stärkste politische Kraft war, die wirtschaftliche Dezentralisierung. Erstmals 1967 traten die flämischen und



Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Katholische Universität in Löwen prägten immer wieder Demonstrationen das Stadtbild.

wallonischen Föderationen zu getrennten Kongressen zusammen; doch erst im Oktober 1978 spaltete sich die Belgische Sozialistische Partei in eine wallonische (*Parti Socialiste – PS*) und eine flämische Partei (*Socialistische Partij – SP*) auf.

Am längsten hielt die Liberale Partei, die sich ab 1961 die Partei für Freiheit und Fortschritt (*Parti de la Liberté et du Progrès – PLP*) nannte, an der zentralistischen Struktur des belgischen Staates fest. Nach dem Wahlerfolg von 1965 war diese Struktur auf dem Kongress von Lüttich im Januar 1966 erneut betont worden. Erst nach der ersten großen Verfassungsreform von 1970 spaltete sich 1972 die Partei in die frankophone *Parti Réformateur Libéral* (PRL) und die flämische *Partij voor Vrijheid en Vooruitgang* (PVV).

Diese Entwicklung innerhalb der traditionellen Parteien wurde durch die Wahlerfolge der rein sprachlich-regional ausgerichteten Parteien, die alle für

ein föderalistisches Belgien eintraten, beschleunigt. In Flandern entstand 1954 die Volksunie (VU), in Brüssel wurde 1964 der *Front Démocratique des Bruxellois Francophones* (FDF) gegründet und 1968 entstand kurz vor den nationalen Wahlen der *Rassemblement Wallon* (RW). FDF und RW bildeten für die Wahlen von 1968 ein Kartell.

Vor allem vor dem Hintergrund der Spaltung der Katholischen Universität Löwen erwies sich eine Restrukturierung des belgischen Staates als unumgänglich. Vorrangiges Ziel der nach den Wahlen von März 1968 gebildeten Regierung Eyskens-Merlot, die einer Koalition von Christlich-Sozialen (PSC-CVP) und Sozialisten vorstand, war die Durchführung der Verfassungsrevision. In seiner Regierungserklärung vom 25. Juni 1968 sagte Premierminister Gaston Eyskens:

„Belgien muss jedoch sowohl regionaler als auch europäischer werden. Regionaler, da der kulturelle und wirtschaftliche Regionalismus,

weit davon entfernt, dem Partikularismus der Vergangenheit anzugehören oder die Entwicklung zu größeren Zusammenschlüssen zu bremsen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Dienst des Menschen stellt. Auf kulturellem Gebiet schlägt die Regierung die effektive und vollständige Realisierung der Autonomie der beiden großen Gemeinschaften vor, ohne dabei die deutschsprachige Gemeinschaft zu vergessen [...]. Die Zukunft Belgiens ist in unseren Händen. Sie hängt weniger von den Vertragstexten ab als von dem Geist, der sie beseelt [...]. Ein Scheitern würde uns das Land nicht verzeihen. Es stünde vor unlösablen Problemen. Über alle Unstimmigkeiten hinaus, die uns in dieser Versammlung gegeneinander stellen, verpflichtet sich die Regierung, mit maximaler Kraft an der Erfüllung ihrer wesentlichen Aufgabe zu arbeiten: ein modernes Land zu bauen, das auf der Anerkennung der Gemeinschaften, die es bilden, beruht und das bereit ist, seinen Platz in Europa zu behaupten.“⁶⁷

In der folgenden Debatte ging der Abgeordnete Willy Schyns neben kulturellen, wirtschaftlichen und administrativen Fragen auf die immer noch ungelösten Nachkriegsprobleme in den Ostkantonen ein, die wie eine politische Hypothek auf den Schultern der deutschsprachigen Bevölkerung lastete.

„Nach diesen Fragen der Verwaltung und der Kulturautonomie möchte ich Ihnen von einem anderen, für diese Bevölkerung nicht minder wichtigen Problem sprechen, dem der Kriegsfolgen. Bei der Kommission für die Verbesserung der zwischengemeinschaftlichen Beziehungen gibt es eine

Unterkommission für das Gebiet deutscher Sprache. Alle von dieser Unterkommission gehörten Personen, der Bezirkskommissar, die Parlamentarier, Bürgermeister und andere Persönlichkeiten, haben in erster Linie auf eine gerechte und tragbare Lösung dieser Probleme gedrängt.“⁶⁸

Der Regierung Eyskens-Merlot gehörten erstmals auch zwei Minister für Gemeinschaftsbeziehungen an: der Sozialist Freddy Terwagne und der CVP-Minister Leo Tindemans, der in der Autonomiedebatte der Deutschsprachigen wiederholt eine entscheidende Rolle spielen sollte. Auch das Kulturministerium war doppelt besetzt: Für französische Kultur war der Vervierser Albert Parisis, mithin ein mit den Verhältnissen in den Ostkantonen vertrauter PSC-Politiker, zuständig.

Von der Unmöglichkeit eines (ostbelgischen) Konsenses

Als deutlich wurde, dass die für die Verfassungsrevision erforderliche Mehrheit im Parlament nicht vorhanden war, versuchte Premierminister Eyskens, die Besprechungen wieder in Gang zu bringen, indem er im September 1969 eine Arbeitsgruppe für die Verfassungsgebung – die in der Presse im Allgemeinen als „Gruppe der 28“ (*Groupe des 28*) bezeichnet wurde – ins Leben rief. Die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe bestand darin, die großen Linien der Verfassungsreform auszuarbeiten. Der Eyskens-Arbeitsgruppe gehörten Mitglieder aller im Parlament vertretenen Parteien an. Der Premierminister persönlich, unterstützt von den Ministern für Gemeinschaftsbeziehungen Tindemans und Terwagne, leitete die Sitzungen der Arbeitsgruppe. In insgesamt 27 Sitzungen zwischen

dem 24. September und dem 13. November 1969 wurden die Leitlinien der Verfassungsrevision ausgearbeitet. Es war eine halbamtliche Arbeitsgruppe, da sie weder durch ein Gesetz noch durch einen Königlichen Erlass gebildet wurde. Der abschließende Bericht wurde daher auch nicht in Form eines Parlamentsdokuments veröffentlicht.

Auch die ostbelgischen Parlamentarier, der Abgeordnete Willy Schyns und Senator Michel Louis, wurden von der Arbeitsgruppe gehört. Kulturpolitische Fragen schienen für den Abgeordneten Schyns nur eine zweitrangige Rolle zu spielen. Dies wurde besonders deutlich, als Schyns am 23. Oktober 1969 vor dem Eyskens-Ausschuss am Ende seiner Ausführungen erneut die Regelung der Kriegsfolgen im Gebiet deutscher Sprache voranstellte, weil „dieses Problem viel mehr eigentlich als die kulturpolitischen Fragen das Kernproblem unserer Kantone ist, von dessen Lösung es abhängt, ob man in der Gesamtbevölkerung die nötige Aufgeschlossenheit für die Mitarbeit an anderen Fragen findet“⁶⁹. Auf institutioneller Ebene hatte er zuvor die Ansicht vertreten, dass es einer „Verfassungsänderung weder für die Schaffung des Kulturrates noch für die Festlegung von dessen Kompetenz und Zusammensetzung“ bedürfe; „das alles lässt sich auf dem Gesetzeswege regeln. Wir bitten die Regierung, einen entsprechenden Gesetzestext vorzulegen“⁷⁰. Zudem sprach er sich für eine Ernenntung der Mitglieder des Kulturrates im Proporz zum Stimmenverhältnis der Parteien bei den jeweils letzten Parlamentswahlen aus.

Senator Louis dagegen forderte, dass Zusammensetzung und Kompetenz des Kulturrates für Ostbelgien in der

Der Senator

Der Tierarzt Dr. Michel Louis (1922-1990) – von 1965 bis 1976 auch als Schöffe bzw. Stadtratsmitglied in der Sankt Vither Lokalpolitik aktiv – hatte bei den Wahlen vom 31. März 1968 auf der Liste der liberalen PLP/PFF erfolglos für den Lütticher Provinzialrat kandidiert, zog aber dann überraschend über die Provinz in den Senat ein.

Im Senat forderte Dr. Louis für den künftigen „Kulturrat“ der Deutschsprachigen vehement die gleichen Rechte und Befugnisse wie jene für die beiden anderen Gemeinschaften. Auch gehörte er im Februar 1969 zu den Initiatoren der Eupener Bürgermeisterversammlung, wo seine Forderungen von fast allen Anwesenden übernommen wurden. Nach den Wahlen von November 1971 – Dr. Louis hatte sich um einen Sitz in der Kammer beworben – trennte er sich von der PFF. Offenbar nicht, weil er trotz ausgezeichneter Resultate sein Ziel verfehlt hatte, sondern wegen der mangelnden Unterstützung seiner Ideen durch die Liberalen. Am 27. Dezember 1971 gehörte er in Sankt Vith zu den Gründern der PDB und vertrat diese von 1973 bis 1977 im Rat der deutschen Kulturgemeinschaft.



Verfassung verankert werden müssten, wobei er sich auf Erklärungen von Premierminister Eyskens und Minister Tindemans, aber auch auf eine Resolution der ostbelgischen Bürgermeister berief⁷¹.

Anstelle eines gemeinsamen Standpunktes vertraten die beiden ostbelgischen Parlamentarier also völlig entgegengesetzte Positionen, was die Autoren der Verfassungsänderung vor fast unlösbare Probleme stellen musste. Durch dieses unkoordinierte Vorgehen der Parlamentarier wurden die lokalen politischen Grabenkämpfe in die Brüsseler Entscheidungszentralen hineingetragen. Die von Senator Louis geforderte „volle Autonomie“ scheiterte dann auch endgültig am 28. April 1970 am Votum der Senatskommission für die Verfassungsreform, die über die Artikel 59bis und 59ter beriet. Zwar wurde entschieden, dass die Mitglieder des Kulturrates in direkter Wahl bestimmt werden sollten, aber die Kompetenzen des deutschen Kulturrates sollten den Rahmen von Ausführungsbestimmungen nicht überschreiten. Der deutsche Kulturrat sollte somit keine normative Befugnis erhalten und sich weder mit Schulproblemen noch mit Fragen der Sprachenanwendung befassen dürfen.

Heinrich Toussaint, Chefredakteur des *Grenz-Echos*, kommentierte die Entscheidung der Senatskommission mit herablassender Süffisanz:

„Der am 12. Februar 1969 mit der von Senator Louis ausgearbeiteten Bürgermeisterresolution begonnene Höhenflug endete am 28. April 1970 an den Klippen der Verfassungskommission. Einstimmig lehnte sie die geforderten normativen Vollmachten ab, weil dem deutschen Kulturrat wesentliche

Voraussetzungen einer Versammlung fehlen, die in kulturellen Angelegenheiten durch Dekret in eigener Verantwortung entscheiden kann. Abgeordneter Schyns hatte es an jenem 12. Februar im Eupener Rathaus nüchtern in die damals von hochfliegenden Plänen angefeuerte Debatte geworfen: „Was Sie hier vorschlagen, nämlich Senatorenräte (die damals noch für die beiden anderen Sprachgemeinschaften vorgesehen waren, d. R.) und (deutschsprachigen) Kulturrat als ebenbürtige Gremien nebeneinanderzustellen, halte ich aufgrund meiner langjährigen parlamentarischen Erfahrung für undurchführbar“. Diese Vorhersage hat sich erfüllt. Obwohl das nie zu bezweifeln war, schmerzt es doch wie jede Zerstörung einer Illusion. Wir werden uns nun bemühen müssen, das Beste aus dem wenigen zu machen, was die Gesetzgeber einer kleinen Gemeinschaft von weniger als 70.000 Deutschsprachigen in einem 9-Millionen-Volk an „Autonomie“ zu geben bereit ist.“⁷²

Schyns insistierte unterdessen erneut auf die immer noch ausstehende Regelung der Kriegsfolgen. Im Dezember 1970 antwortete Gaston Eyskens:

„Wir alle, die wir seit langem in diesem Hause sitzen, müssen zugeben, dass wir durch Nachlässigkeit gesündigt haben. Wir hätten damals nach dem Kriege die Courage haben müssen, in den Ostkantonen ein Regime ähnlich dem in Luxemburg und in Elsass-Lothringen einzuführen. Viele Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten wären so vermieden worden. Aber das ist Vergangenheit, und wir müssen die Verantwortung für das übernehmen, was ist, und versuchen, die Probleme zu lösen.“⁷³

Nach Ende der Anhörungen hatte die Eyskens-Arbeitsgruppe unterdessen auf ihrer letzten Sitzung den Abschlussbericht gebilligt. Im Kapitel Kulturautonomie vermerkt dieser:

„1. Eine große Mehrheit sprach sich dafür aus, in der Verfassung die Existenz von drei kulturellen Gemeinschaften anzuerkennen, der französischen, niederländischen und deutschen [...]. 4. Es wurde die Ansicht vertreten, dass die Verfassung einen Kulturrat deutscher Sprache einführen soll, dessen Zusammensetzung und Zuständigkeit gesetzlich festgelegt werden soll. Einige Mitglieder waren der Ansicht, dass der deutschsprachige Kulturrat von der Bevölkerung gebildet werden müsste und dass er, wenn es möglich ist, die gleichen Kompetenzen wie die beiden anderen Räte haben sollte.“⁷⁴

Auf der Grundlage dieses Berichts beschloss die Regierung, einen Plan auszuarbeiten, der in der Sitzung vom 15. Februar 1970 durch den Ministerrat einstimmig angenommen wurde. Am 18. Februar 1970 konnte Premierminister Gaston Eyskens im Namen der Regierung dem Parlament zusammenhängende neue Vorschläge zur Verfassungsreform vorlegen. Wichtige Passagen dieser Erklärung betrafen die Kulturautonomie:

„Kulturelle Autonomie: 1. Belgien umfasst vier Sprachgebiete, das Gebiet der französischen Sprache, das Gebiet der niederländischen Sprache, das zweisprachige Gebiet der Hauptstadt Brüssel und das Gebiet der deutschen Sprache. Alle Gemeinden des Königreichs gehören zu einem dieser vier Gebiete. [...] 3. Belgien umfasst drei kulturelle Gemeinschaften, die französische,

niederländische und deutsche. [...] 5. Es wird ein deutschsprachiger Kulturrat geschaffen. Das Gesetz bestimmt seine Zusammensetzung und Kompetenzen.“⁷⁵

Die Regierung schlug vor, dass nur die wichtigsten Grundsätze in die Verfassung selbst aufgenommen werden sollten. Dem Parlament wurden diejenigen Artikel der Verfassung, die sich auf die Kulturgemeinschaften bezogen, vorgelegt. Im Laufe des Monats Juni nahm der Senat verschiedene Artikel an, aber in der Abgeordnetenkammer wurde Ende Juni, Anfang Juli das Quorum nicht erreicht. Erst nach den Kommunalwahlen vom 11. Oktober 1970 wurden geringfügige Änderungen an den vorgeschlagenen Texten angebracht. Im Laufe des Monats Dezember wurden die so lange umstrittenen Artikel in Kammer und Senat angenommen und am 31. Dezember 1970 im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht. Die verfassungsmäßige Grundlage zur Verwirklichung der Kulturreautonomie war damit vorhanden. In Artikel 3bis werden die vier Sprachgebiete festgelegt. Artikel 3ter stellt das Vorhanden-

sein von drei Kulturgemeinschaften – der französischen, der niederländischen und der deutschen – fest. In einem zweiten Absatz fügt der Artikel hinzu: „Jede Kulturgemeinschaft hat die Befugnisse, die ihr von der Verfassung oder den von ihr abgeleiteten Gesetzen zuerkannt werden.“ Damit wurden die Artikel 59bis und 59ter der Verfassung und die Gesetze, auf die in den Artikeln verwiesen wird, angekündigt. Artikel 59bis schuf die Grundlage für die Kulturräte der niederländischen und der französischen Kulturgemeinschaft und Art. 59ter bezog sich auf den Rat der deutschen Kulturgemeinschaft.

Der feste Wille der Regierung, die seit langem ausstehende Staatsreform zu Ende zu bringen, führte auch im deutschen Sprachgebiet, wo die schmerzlichen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit, des Naziregimes und der dem Zweiten Weltkrieg folgenden Säuberung eine weitgehende politische Passivität verursacht hatten, zu einer Wiederbelebung der politischen Diskussion, so dass Heinrich Toussaint, Chefredakteur des *Grenz-Echos*, in seinem Leitartikel vom 5. November 1970 den Ost-

belgien ein „viel wacheres politisches Bewusstsein“ als noch vor einigen Jahren bescheinigen konnte. Doch darf diese Feststellung nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im deutschen Sprachgebiet vor der Verabschiedung der ersten großen Staatsreform weder zwischen den Parteien noch zwischen den verschiedenen Interessenverbänden je einen sachlichen Dialog über die Stellung der deutschsprachigen Minderheit im zukünftigen föderalen Belgien gab. Misstrauen, Verleumdungen, Ehrverletzungen und die Gerüchteverbreitung gegen parteipolitische Gegner bestimmten in den 1960er Jahren und zu Beginn der 1970er Jahre den politischen Alltag und bildeten somit kein günstiges Klima für eine neue Identitätsbestimmung der kleinsten Sprachgruppe Belgiens. Obwohl Gaston Eyskens am 18. Februar 1970 in einer Mitteilung an das Parlament erklärte, der „Einheitsstaat mit seinen Strukturen und seiner Arbeitsweise ist durch die Ereignisse überholt“, zögerten die deutschsprachigen Vertreter der traditionellen Parteien, einen klaren und von allen getragenen Forderungskatalog in Brüssel vorzutragen.

Kapitel 4: Die CSP und ihre inneren Widersprüche

Lange Zeit war die Eupener Lokalsektion der CSP das Sprachrohr der deutschsprachigen CSP-Politiker⁷⁶. Hauptprotagonisten in der Eupener CSP waren Willy Schyns, Joseph Schmitz, Heinrich Cremer und der oft hinter den Kulissen agierende Eupener Arzt Viktor Nyssen. Willy Schyns, der als Nachfolger von Peter Kofferschläger die Ostkantone von 1961 bis 1981 in der Abgeordnetenkammer vertrat, hielt nicht viel von einem „ostbelgischen Bewusstsein“. Hubert

Jenniges glaubt, dass die hauptsächliche Stärke von Willy Schyns das *Grenz-Echo* war. Die Zeitung „deckte stets kritiklos seine parlamentarischen Initiativen“ und verhinderte damit „jede gesunde Korrektur im politischen Denken, und bekräftigte sicherlich auch die Meinung des Willy Schyns“⁷⁷.

Im Kontext eines aufkeimenden Autonomiebewusstseins hatten das *Grenz-Echo*, der Belgische Hör- und

Fernsehfunk (BHF) und ab 1965 die in der *Aachener Volkszeitung* (AVZ) veröffentlichte Ostbelgienseite einen entscheidenden Einfluss auf die Meinungsbildung. Nach der 1965 erfolgten Übernahme der *St. Vither Zeitung* war das *Grenz-Echo* jedoch die einzige Tageszeitung, die im deutschen Sprachgebiet verlegt wurde. Raymund Graf, der die *St. Vither Zeitung* geleitet hatte, wurde als stellvertretender Hauptschriftleiter vom *Grenz-Echo* übernommen.

„Es lebe Belgien!“

Mit diesem Ausruf schloss Henri Michel am 29. Oktober 1965 seinen letzten Leitartikel. Doch nicht nur belgischer Nationalismus hatte den Direktor und Chefredakteur der Zeitung *Grenz-Echo* während seiner journalistischen Tätigkeit gekennzeichnet. Ebenso markant war seine politische Linie: konsequent CSP. Wer anders dachte, wurde entweder ignoriert oder angefeindet. Für viel Diskussion sorgten stets Michels Wochenendkommentare, in denen er auch immer wieder vor persönlichen Angriffen nicht zurückschreckte.



Henri Michel (1900-1976).

Das *Grenz-Echo* war 1927 von Vierser katholischen Kreisen mit dem Ziel gegründet worden, die Integration der Ostkantone in den belgischen Staat zu fördern und der heimischen prodeutschen Presse entgegenzuwirken. Henri Michel – von seinen Gegnern „Spinne“ genannt – leitete die Zeitung seit Beginn.

Viele Leser in den Ostkantonen hatten nach der Verabschiedung von Direktor Henri Michel, der unliebsame Gegner bloßstellte und seine Zeitung ganz in den Dienst der CSP stellte, eine Öffnung der Zeitung, die sich im Untertitel stolz die „einzige Tageszeitung der belgischen Ostgebiete“ nannte, erwartet. Doch auch unter dem neuen Chefredakteur Heinrich Toussaint wurde der bisherige Kurs nicht verändert. Das *Grenz-Echo* blieb auch weiterhin das halbamtlche Organ der CSP. Der Direktorenwechsel wurde nicht genutzt, um mit „politischen Dogmen“ und selbst einengenden „kuriosen Schweigegeboten“⁷⁸ zu brechen. Besonders in Wahlkampfzeiten zeigte sich die Unversöhnlichkeit des neuen Chefredakteurs, der in seinem fast täglich erscheinenden Kommentar „Auf einen Blick“ die CSP-hörige Berichterstattung des Gründungsdirektors fortsetzte und die Standpunkte der PFF, der SPB und später der CUW und der PDB systematisch ignorierte oder in verzerrten Kommentaren wiedergab.

Eine Zeitung, die den Autonomiebefürwortern ein Forum bot, gab es erst seit 1965. Es muss ein bitteres Geburtstagsgeschenk für Henri Michel gewesen sein, als just an dessen 65. Geburtstag die *Aachener Volkszeitung* am 8. März 1965 zum ersten Mal mit einer Ostbelgien-Ausgabe erschien. Fortan bot sich dem ostbelgischen Leser eine Alternative zur Berichterstattung im *Grenz-Echo*.

Fast hätte die Aachener Initiative zu einem diplomatischen Eklat geführt, als das Organ der Sozialistischen Partei Belgiens *Le Peuple* im September 1965 über deutsche Propaganda in den Ostkantonen berichtete. Verlag und Redaktion der AVZ sahen sich zu einer

Richtigstellung veranlasst, in der sie klarstellten, dass man „keine belgisch-nationale oder belgisch-kommunale Politik“ betreiben wolle⁷⁹.

Willy Timmermann wechselte am 1. Oktober 1965 vom *Grenz-Echo* zur *Aachener Volkszeitung*, die in Eupen eine eigene Redaktion eröffnet hatte. Diesen beruflichen Wechsel begründete er rückblickend damit, dass ihm daran lag, in seinen „politischen Kommentaren und Berichten nicht die gleiche Meinung wie das *Grenz-Echo* zu vertreten“⁸⁰. Timmermann war keineswegs nur neutraler Chronist der Ereignisse, er wollte Impulse geben⁸¹. Diese engagierte Haltung führte dazu, dass er 1970

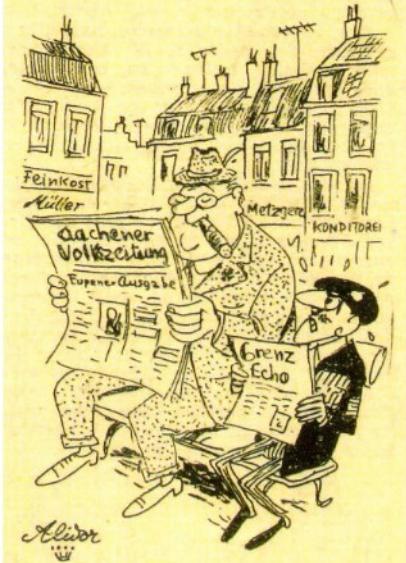
„auf Drängen von politischen Kreisen für vier Monate in Eupen, aus dem Verkehr gezogen“ [wurde], weil ich wohl zu freundlich zu Liberalen und zur Volksunie eingestellt war. [...] Eine überaus heilsame Zeit insofern, als ich dort ungestört über künftige Wege, Programme und Forderungen nachdenken konnte“⁸².

Ein erstes Zeichen der sich am politischen Horizont abzeichnenden Kulturautonomie war die Einsetzung des Beratenden Kulturausschusses der Sendungen in deutscher Sprache am 25. Januar 1961. Der dem Nationalinstitut des Belgischen Rundfunks (INR-NIR) angegliederte Dienst der Sendungen in deutscher Sprache, der von Irene Janetzky 1945 ins Leben gerufen wurde und dem sie bis 1974 als Dienstleiterin vorstand, stellte „die konkrete Ausprägung der Anerkennung der deutschen Sprache als Landessprache dar“⁸³. Die Sendezzeit des BHF wurde Anfang Oktober 1969 erhöht und der feste Mitarbeiterstab ausgebaut. Junge BHF-Journalis-

**MESSIEURS,
VOUS NE PASSEREZ PAS !**

Les visées de l'Aachener Volkszeitung sur la clientèle des régions d'Eupen et Malmédy ont provoqué une juste réaction des Belges dignes de ce nom. Ces Boches tout de même, indékrottables ! Verrait-on jamais les Français se livrer à de telles manœuvres impérialistes chez nous ? Quelle ne serait pas la réaction des Wallons si France-Soir concluait un accord avec un de leurs journaux — La Meuse, par exemple — pour franciser leur région ?

Le comble, c'est qu'il se trouve à présent des mauvais Belges pour insinuer que les protestations d'une partie de la presse de chez nous contre les projets de l'Aachener Volkszeitung de



publier une édition régionale et d'installer un bureau à Eupen à l'intention des cantons de l'Est sont téléguidées par M. Henri Michel, le très cocardier directeur du Grenz Echo, ancien président de l'A.G.P.B., lequel bénéficiait jusqu'à présent d'un monopole de fait chez nos compatriotes de langue allemande.

Si les intérêts de la Belgique et ceux de M. Michel coïncident, qu'y peut-il, ce vieux comitard ?

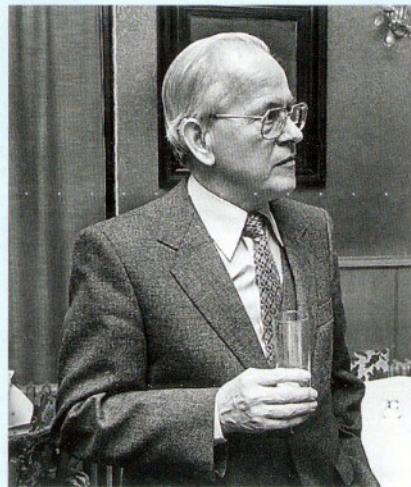
Die Schaffung einer Ostbelgien-Seite in der Aachener Volkszeitung sorgte in der belgischen Presse für einiges Unbehagen,

dem die Satire-Zeitschrift PAN hier in einer Karikatur Ausdruck verleiht.

ten – wie beispielsweise Hubert Jenniges, Peter Thomas und Horst Schröder – verfolgten intensiv die Diskussion über die Bestrebungen der Deutschsprachigen um kulturelle Autonomie und trugen somit entscheidend zur Bewusstseins-

„HT“ und „TIM“

Ab 1965 gaben in der geschriebenen Presse Ostbelgiens zwei Journalisten während zwei Jahrzehnten den Ton an: Heinrich Toussaint (1922-2002) und Willy Timmermann (1929-2010). Doch nicht immer spielten sie nach denselben Noten.



Heinrich Toussaint (HT), von 1965 bis 1985 Direktor und Chefredakteur des *Grenz-Echos*, hielt an der von seinem Vorgänger Henri Michel vorgegebenen Linie fest und vertrat – wenn auch moderater – die Politik der CSP. In der Debatte um die Autonomie der Deutschsprachigen verhielt er sich bisweilen zögernd und abwartend.

bildung der deutschsprachigen Bevölkerung bei. Dies zeigt sich exemplarisch daran, dass

„man es nach 50 Jahren Zugehörigkeit zu Belgien erstmals wagte, die Geschichte Ostbelgiens von 1918 bis in die damalige Gegenwart hinein aufzuzeigen. Für viele war das eine Offenbarung, was auch dazu führte, dass das Manuskript dieser Sendereihe in Tausenden von Exemplaren angefordert worden ist“⁸⁴.



Willy Timmermann (Tim) leitete von ihrem ersten bis letzten Erscheinen – von 1965 bis 1989 – die „Ostbelgien-Seiten“ der *Aachener Volkszeitung* und griff auch Dinge auf, die man im *Grenz-Echo* nicht veröffentlichte. Politisch stand er jenen Kräften nah, die sich anschickten, die langjährige Machtposition der Christlich-Sozialen zu erschüttern: 1968 der PFF, 1971 der „Christlich-Unabhängigen Wählergemeinschaft“ und später der PDB.

Dieser neue Geist stieß bei Mitgliedern des Beratenden Kulturausschusses, dem 1969 neben den CSP-Granden Dr. Joseph Schmitz, Präsident des Beratenden Kulturausschusses seit 1961, und Heinrich Cremer auch das Direktorengespann des *Grenz-Echos* – Heinrich Toussaint und Raymund Graf – an. Sie gehörten auf Kritik. So monierten Schmitz und Cremer auf der Sitzung des Beratenden Kulturausschusses von Oktober 1969 die fehlende Objektivität und die tendenziöse Berichterstattung mancher junger Journalisten.

Der Beobachter

Fast ein halbes Jahrhundert lang war der Romanist und Historiker Hubert Jenniges (1934-2012), der 1963 von der Bischoflichen Schule St. Vith in das Brüsseler Studio des Belgischen Rundfunks wechselte und dort zuletzt bis 1998 die Inlandsredaktion leitete, der wohl versierteste Beobachter der politischen Entwicklung in Ostbelgien. Seine stets um Objektivität bedachte, aber nicht selten von kritischem Kommentar begleitete Berichterstattung galt vielen als willkommene Ergänzung zu den bisweilen tendenziösen Informationen der Eupener geschriebenen Presse. Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren, während der

nicht immer für jeden durchschaubaren Debatten über die Autonomie der Deutschsprachigen, sorgten Jenniges' Rundfunkbeiträge für mehr Klarheit. Seine Beobachtungen aus dieser Zeit hat Hubert Jenniges 2001 in einem Buch festgehalten: „Hinter ostbelgischen Kulissen. Stationen auf dem Weg des deutschen Sprachgebiets in Belgien“. Gleichzeitig zu seiner Journalistentätigkeit profilierte sich Hubert Jenniges als Regionalhistoriker. Er initiierte den Geschichtsverein „Zwischen Venn und Schneifel“ (1965) und verfasste Artikel, Studien und Monographien zur Vergangenheit der belgischen Eifel.



Hubert Jenniges blättert in einer seiner unzähligen regionalgeschichtlichen Publikationen (links: der Sankt Vither Dechant Breuer, rechts: der ZVS-Vorsitzende Kurt Fagnoul).

„Herr Cremer erklärt, die Häufigkeit, mit der bestimmte Probleme, fast jeden Tag, behandelt werden, lässt vermuten, dass eine gewisse Politik dahintersteckt. Er kritisierte des Weiteren die, seines Erachtens nach, mangelhafte Objektivität einerseits und die tendenziöse Haltung andererseits.“⁸⁵

Die Stärke der CSP, die sich stolz die „Partei der Ostkantone“ nannte und seit 1946 ununterbrochen mindestens einen Vertreter im Nationalparlament hatte, war auch ihre Schwäche geworden. Als fast monolithischer Machtblock in den Ostkantonen stand sie ständig im Kreuzfeuer der Kritik. Zudem wurde die CSP durch innerparteiliche Krisen erschüttert.

Die Eupener Bürgermeisterfrage und ihre Folgen

Die Eupener Schöffenfrage hatte die Eupener CSP schon 1958/59 auf eine harte Probe gestellt. Die Bürgermeisterfrage im Jahr 1964/65 wurde zur echten Zerreißprobe. Der „Fall Mießen“ rief nicht nur den Unmut der Eupener Bevölkerung hervor, sondern die aus dieser Affäre resultierenden Ressentiments sollten über Jahrzehnte das politische Klima in Eupen und darüber hinaus im gesamten deutschen Sprachgebiet prägen⁸⁶. Nach dem Tod von Bürgermeister Zimmermann im April 1964 ernannte man angesichts des bevorstehenden Wahltermins keinen Nachfolger, sondern bestimmte den Ersten Schöffen Hubert Mießen am 8. April 1964 zum diensttuenden Bürgermeister. Obwohl sich die CSP bei den Kommunalwahlen vom 11. Oktober 1964 der Konkurrenz von zwei „Christlich-Unabhängigen“ Listen, die jeweils von Joseph Scheen und Paul Franck angeführt wurden, gegenüberstand, konnte sie mit ihrem Spitzenkandidaten Hubert Mießen einen unerwartet hohen Wahlsieg verbuchen. Die CSP erlangte zehn Mandate, die Sozialistische Partei zwei und nur die „Christlich-Unabhängige Volksliste“ konnte ihren Spitzenkandidaten Franck in den Stadtrat entsenden. Wie bereits sechs Jahre zuvor war Hubert Mießen, der diesmal Spitzenkandidat der CSP-Liste war und die Vorzugsstimmen von über 20 Prozent der Eupener Wähler erhielt, der Hauptgewinner der Wahl. Obwohl im Vorfeld – wahrscheinlich aus den Reihen der Verbände der Politischen Gefangenen – Stimmen gegen diesen Vorschlag laut wurden, wurde Hubert Mießen auf der ersten Sitzung des neu gewählten Stadtrates im Januar 1965 mit zwölf Stimmen zum Ersten Schöffen

der Stadt Eupen gewählt und von der CSP-Fraktion einstimmig als Bürgermeisterkandidat vorgeschlagen. Die endgültige Ernennung verzögerte sich jedoch und allmählich kursierten Gerüchte, dass der christlich-soziale Innenminister Gilson von einer Ernennung absehe. In Eupen verwies die CSP auf die regionale Bedeutung der Ernennung Mießens, die von einer Bevölkerungsmehrheit getragen und von der Nationalpartei unterstützt werde.

Mitten in die noch stets ungelöste Eupener Bürgermeisterfrage fielen die Parlaments- und Provinzialratswahlen vom 23. Mai 1965. Die Verluste der CSP und die Zunahme der „Weißwähler“ wurden von Henri Michel als Folge der ungelösten Bürgermeisterfrage ausgemacht⁸⁷. Alle Bemühungen wurden jedoch durch die Parlamentswahlen und die damit verbundene Regierungsbildung zunichtegemacht. Neuer Innenminister in der von Pierre Harmel angeführten Koalition aus Christlich-Sozialen und Sozialisten wurde der Sozialist Alfons Vranckx. Am 10. September 1965 teilte er dem Lütticher Provinzgouverneur mit, dass er „der Invorschlagbringung von Bürgermeister-Kandidaten, die Gegenstand einer entehrenden Verurteilung gebildet hätten, nicht stattgeben werde. [...] Es handelt sich im Gegenteil um Verurteilungen, die zweifelsohne für den Verurteilten einen Schandfleck bilden“. Nach Bekanntwerden der fragwürdigen „Schandfleck-Theorie“ schrieb Henri Michel:

„Der Großteil der Eupener Bevölkerung wird dies zutiefst bedauern und diese negative Entwicklung sehr zu Recht denjenigen Vereinzelten inner- und außerhalb Eupens nachtragen, die seit einem Jahr

SI - CUW - PDB

Der Kaufmann Reiner Pankert (1923-1988) wurde 1964 auf der CSP-Liste in den Eupener Stadtrat gewählt und nach den Turbulenzen der „Bürgermeisterfrage“ um Hubert Mießen – auf Vorschlag der Stadtratsmehrheit, aber gegen den Willen des CSP-Vorstands – im Januar 1966 zum Bürgermeister ernannt. Gemeinsam mit seinen Unterstützern aus der CSP ausgeschlossen, gründete er die „Stadtinteressen – SI“ und gewann bei den Wahlen 1970 zehn der fünfzehn Ratsätze. Nach den Wahlen 1976 verlor er sein Bürgermeisteramt und war bis zu seinem Tode Stadtverordneter in der Opposition.

Reiner Pankerts Schritt in die Regionalpolitik erfolgte 1969, als er am 12. Februar mit seinem Sankt Vither Amtskollegen Wilhelm Pip und dem PFF-Senator Dr. Michel Louis eine ostbelgische „Bürgermeistersversammlung“ organisierte, wo in einer Resolution die politische und kulturelle Gleichberechtigung der Deutschsprachigen gefordert wurde. Diese Forderung war dann auch Leitmotiv der von Reiner Pankert mitinitiierten „Christlich-Unabhängigen Wählergemeinschaft – CUW“, die im November 1971 zu den Parlamentswahlen antrat. Als kurz danach die Partei der deutschsprachigen Belgier (PDB) entstand, gehörte Reiner Pankert zu den Gründern. Von 1974 bis 1986 vertrat er die PDB im RdK bzw. RDG.



Zwei PDB-Gründer im Gespräch: Lorenz Paasch und Reiner Pankert

darauf hingearbeitet haben, dass die Ernennung nicht zustande komme.“⁸⁸

Im Gefolge dieser Nichternennung spaltete sich die Eupener Sektion der CSP, die bis dahin das Flaggschiff der Christlich-Sozialen Partei in den Ostkantonen war. Nachdem sich sechs Fraktionsmitglieder gegen einen recht-

lich nicht bindenden Beschluss von Lokalvorstand und Fraktion stellten, Kurt Ortmann als Bürgermeisterkandidaten vorzuschlagen, und stattdessen die Kandidatur von Reiner Pankert unterstützten, war der Bruch nicht mehr zu katten. Die Inlands presse berichtete in manchmal reißerischen Artikeln. Die Gazette de Liège schrieb beispielsweise:

„Aber wenn man weiß, was in den Kantonen passiert, muss man das Auseinanderfallen der Eupener CSP befürchten. Man befände sich dann, wie im Jahr 1937, einerseits mit den Pro-Belgiern und andererseits denen, die während des Krieges Freunde der Hitlériens waren. Man muss kein großer Politiker sein, um zu verstehen, dass man somit jenen Leuten ein Handlungsfeld öffnen würde, die noch nicht darauf verzichtet haben, Belgien diese Kantone zu entreißen.“⁸⁹

Als Reiner Pankert am 7. Januar 1966, fünfzehn Monate nach den Kommunalwahlen, vom Provinzgouverneur als neuer Bürgermeister vereidigt wurde, war der Bruch innerhalb der stärksten CSP-Fraktion der Ostkantone vollzogen. Die ursprünglich mit zehn Mandataren in den Stadtrat gewählte CSP befand sich in der Oppositionsrolle. Denn noch vor der Vereidigung Pankerts beschloss die Generalversammlung der CSP vom 26. November 1965 den Ausschluss der sechs „Abtrünnigen“ Krings, Peters, Mießen, Pankert, Willems und Wolter.

Diese Implosion der Eupener CSP wurde zum Fanal eines Zersetzungskurses innerhalb der CSP, der sich in den kommenden Jahren fortsetzen sollte. Gleichzeitig sah die CSP sich einer immer stärker werdenden Konkurrenz der PFF in den Ostkantonen ausgesetzt.

Die wirkliche Tragweite der Zäsur innerhalb der Eupener CSP wurde erst bei den folgenden Kommunalwahlen im Oktober 1970 deutlich. Die von der CSP abwertend bezeichnete „Rathauspartei“ trat unter dem Namen „Stadtinteressen – Liste Pankert“ zu

den Wahlen an. Sie stellte die Bedeutung der Parteien auf kommunaler Ebene grundsätzlich in Frage. Die programmatischen Aussagen „Der Bevölkerung gehört die Stadt, nicht einer Partei“ und „Auf Gemeindeebene sind die traditionellen Parteien überholt“ drückten diese Haltung exemplarisch aus.

Die CSP überließ nicht Fraktionsführer Ortmann den ersten Platz, sondern nominierte Heinrich Cremer, Präsident der Eupener Sektion und seit 1967 auch Bezirkspräsident der Vervierser CSP, für die Spitzenposition und signalisierte damit die überregionale Bedeutung der Kommunalwahlen. In einem Interview erklärte der Bürgermeisterkandidat Heinrich Cremer: „Der Ausgang der Wahlen sei aber auch deshalb von großer Bedeutung, weil seit einigen Monaten Extremisten die Loslösung der Ostkantone von Verviers und Lüttich forderten, was katastrophale Folgen haben würde.“⁹⁰ Der Spitzenkandidat der CSP erklärte die Gemeinderatswahlen zum Testfall; kommunalpolitische Fragen wurden dadurch von gemeinschaftspolitischen Fragen – besonders der Handhabung der Sprachgesetze im Unterrichtswesen – überschattet. Dies sollte für die Eupener CSP verheerende Folgen haben.

Forderung nach weitreichender Kulturautonomie, die Schaffung eines eigenen Wahl- und Verwaltungsbezirks und vor allem die Auseinandersetzung um den Gebrauch der deutschen Sprache im Unterricht beherrschten bald die politische Diskussion. Viktor Nyssen, ehemaliger Präsident der Eupener CSP-Lokalsektion, warf der Liste Pankert vor, vom „Deutschostbelgischen Hochschulbund“ manipuliert zu sein, und gab seiner Hoffnung Ausdruck,

dass seine „Anwesenheit auf der Liste der CSP mit dazu beiträgt, dieser Gruppe jeden Einfluss zu verwehren“⁹¹. In einer von allen 15 CSP-Kandidaten unterzeichneten Wahlanzeige wurde drei Tage vor dem Urnengang die Sprachenfrage zum vorrangigen Wahlkampfthema hochstilisiert:

„Dass für uns die Zweisprachigkeit lebensnotwendig ist, bestreitet keiner. Die Männer um Reiner Pankert haben hierzu nie öffentlich Stellung genommen und durch ihr Schweigen die übertriebenen und weithin unannehbaren Forderungen des Deutschostbelgischen Hochschulbundes unterstützt.“⁹²

Neben einer zu großen Nähe zum Hochschulbund warf Viktor Nyssen der Liste Pankert vor, eine sprachliche Situation heraufbeschwören zu wollen, die

„der von 1935-40 gleicht. Werden wir Eltern in naher Zukunft gezwungen sein, unsere Kinder nach Dolhain und Verviers in die Schule zu schicken, damit sie gründlich Französisch lernen? Wiederum müsste der einfache Bürger die Zeche zahlen. Unsere Kinder sind uns zu schade dazu. Wir wehren uns dagegen, dass die ausweglose Situation der Vorkriegszeit neue Opfer findet.“⁹³

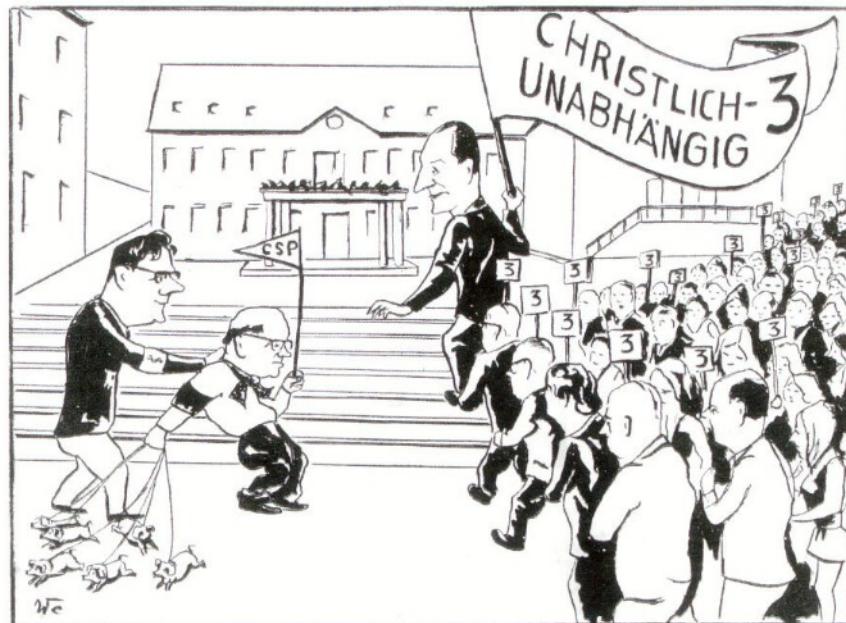
Auch das „Kontaktkomitee der Wehrmachtssoldatenverweigerer, Emigranten und Deportierten der Ostkantone“ warnte die Wähler in großformatigen Anzeigen vor Experimenten:

„Seid also wachsam und hütet Euch vor denen, die einflussreiche Nazis gewesen sind und Euch heute

,wieder‘ ihre Dienste anbieten! [...] Ihr wollt nicht, dass Eure Kinder eines Tages Sklaven dieser Einsprachigkeits-Fans werden. Sie selbst sorgen schon dafür, zwei- oder mehrsprachig zu sein. Ihr wollt vermeiden, dass Eure Kantone vom Bezirk Verviers und der Provinz Lüttich losgetrennt werden; ihr wollt Euch nicht mehr isolieren.“⁹⁴

Die Liste Pankert konterte, indem sie der CSP Panikmache, Machtstreben und Parteidiktatur vorwarf. Als Beweis galt ihr die im September bekannt gewordene Entlassung des Rundfunkjournalisten Horst Schröder, der wiederholt kritisch über Autonomie und sprachenpolitische Themen berichtet hatte. Der „Fall Schröder“ entwickelte sich im September 1970 zum Wahlkampfthema und Politikum. Die Wahlen endeten für die CSP in einem Debakel: Von insgesamt fünfzehn Sitzen erhielt sie nur drei. Kurt Ortmann löste Heinrich Cremer an der Spitze der Eupener CSP-Lokalsektion ab. Der unerwartet hohe Sieg einer parteiunabhängigen Liste sollte Signalwirkung für die kommenden Nationalwahlen im November 1971 haben. Der überraschende Wahlausgang, der im Voraus als Test bezeichnete wurde, beflügelte die Idee der Schaffung einer von übergeordneten Parteistrukturen unabhängigen Formation. Heinrich Toussaint verwarf vehement solche Überlegungen.

„Es sind politische Phantasten, Leute ohne jeden Sinn für Realitäten, oder aber – was noch schlimmer wäre – Leute, die gar nicht das Interesse unserer Gegend im Sinn haben, die nur zerstören wollen, um auf den Trümmern ihre eigenen Pläne zu verwirklichen.“⁹⁵



Die Karikatur von Oswald Wetten in der Wahlzeitung der Liste Pankert prognostiziert einen überragenden Wahlerfolg der Bürgermeisterliste und mokiert sich über den von Viktor Nyssen vorgeschobenen Heinrich Cremer. Der beim Bauernbund tätige CSP-Spitzenkandidat führt die sechs CSP-Abweichler im Eupener Stadtrat an der Leine.

Gleichzeitig forderte er eine „geläuterte CSP“, die einen deutschsprachigen Flügel innerhalb der CSP Verviers bilden solle und mit dieser in den allgemeinpolitischen Fragen zusammenarbeite⁹⁶.

Eine „geläuterte“ Partei und die „Weynand-Affäre“

Die CSP begann, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Der Aufbau einer rein deutschsprachigen Regionalgruppe innerhalb der Vervierser CSP schien unerlässlich. „Die Christlich-Soziale Partei suchte nach neuen Wegen. Ostbelgien glich Ende 1970 einer politischen Urlandschaft, wo ungestüm neue politische Kräfte nach vorne drängen“⁹⁷, notierte Hubert Jenniges. Auf der Delegiertenversammlung der CSP am 27. März 1971 wurde Albert Gehlen einstimmig zum Präsidenten der CSP des deutschsprachigen Gebiets gewählt.

Nach der Wahl appellierte der neu gewählte Präsident an die Einheit der Partei:

„Es liegt an uns allen, besonders aber an denjenigen, die ein politisches Mandat ausüben, dass die neue CSP nicht gleich wieder die ‚alte‘ wird. Damit das verhütet werde, appelliere ich an alle, die Schranken des Misstrauens untereinander abzubauen. Meinungsunterschiede sollen in aller Sachlichkeit und ohne Hintergedanken diskutiert werden. Und so will ich in meiner Eigenschaft als Präsident eine klare Sprache sprechen. Wir haben alle die Eigenständigkeit und Selbständigkeit für die Behandlung der uns eigenen Probleme gewollt. Diese Eigenständigkeit wurde uns durch die neue Verfassung zugesprochen, und wir wenden sie in der Struktur unserer Partei an. Wir werden uns nicht bevormunden lassen, weder von Flamen noch von Wallonen.“⁹⁸

Auf derselben Versammlung stellte Willy Schyns fest, dass die ungelösten Nachkriegsprobleme schwer auf den Schultern der CSP lasteten und dass man in keinen Wahlkampf mehr ziehen könne ohne die Regelung dieser Nachkriegsprobleme. Er sei bereit, „Konsequenzen, auch Nichtaufstellenlassen, bei der nächsten Wahl, zu ziehen, wenn die Nachkriegsprobleme nicht geregelt



Albert Gehlen wurde 1970 zum ersten Vorsitzenden der deutschsprachigen CSP gewählt. Es war der Beginn einer langen politischen Karriere auf Kommunal-, Gemeinschafts- und Nationalebene.

bis zu einem bestimmten Termin. Darauf gebe er sein Ehrenwort“⁹⁹. Parallel zum Aufbau eines eigenen deutschsprachigen CSP-Flügels wurden klare Autonomieforderungen, die von den bisher durch den Abgeordneten Schyns vorgebrachten zurückhaltenden Standpunkten deutlich abweichen, formuliert. Als ein „Beispiel für die Fähigkeit zur Selbstkritik und Kurskorrektur“ nannte Freddy Derwahl in der AVZ

„die für viele überraschende Entscheidung, den Kulturrat direkt durch die Bevölkerung wählen zu lassen. Hier

zeigte auch der in der Vergangenheit oft alleingelassene und folglich nicht immer glücklich waltende Abgeordnete Willy Schyns erfreuliche Flexibilität. Ältliche Dogmen konnten auch mit seiner Unterstützung umgestoßen werden. Was er nunmehr in Brüssel vertrat, war durch Vorstandsschlüsse gedeckt und durch eine Delegiertenversammlung ständig kontrollierbar“¹⁰⁰.

Doch parteiinterne Querelen und das Nord-Süd-Gefälle zwischen den neu gegründeten Eifel-Sektionen, die eine weitreichende Autonomie für das im Dezember in der Verfassung verankerte deutsche Sprachgebiet forderten, und den traditionsreichen Sektionen Eupen und Kelmis, das seit 1963 zum Gerichtskanton Eupen und zum deutschen Sprachgebiet gehörte, erschwerten die Einigung auf ein einheitliches, von der Parteibasis getragenes Programm im Bereich der Kulturautonomie.

Alle Erneuerungsversuche – manche sprachen sogar euphorisch von einem „Frühling der CSP“ – wurden gegen Ende des Jahres 1971 abrupt durch die sogenannte Affäre Weynand zunichtege macht. Diese politische Episode veränderte schlagartig die ostbelgische Parteienlandschaft und belastete über Wochen hinweg das Verhältnis zwischen dem wallonischen und dem flämischen Flügel der Christlich-Sozialen Partei. Auslöser des Skandals war die nicht erfolgte Kooptierung Johann Weynands in den Senat nach den Parlamentswahlen vom 7. November 1971, doch im Epizentrum der Affäre stand die alte Forderung nach einer gesicherten parlamentarischen Vertretung des deutschen Sprachgebiets und somit nach einem eigenen Wahlbezirk. Die Parole „Los von Lüttich!“ machte die Runde.

Bereits nach den Wahlen von 1968 waren Proteste laut geworden, als der Elsenborner Gemeindesekretär Johann Weynand, der als zweiter Kandidat auf der Vervierser Senatsliste der CSP über 12.000 Stimmen erhalten hatte, nicht in den Senat kooptiert wurde. Heinrich Cremer, Bezirkspräsident der Christlich-Sozialen Partei, hatte in einem kurz vor den Wahlen vom 31. März veröffentlichten Aufruf an die Bevölkerung die Wahl eines zweiten Heimatkandidaten in Aussicht gestellt¹⁰¹. Hef tig diskutierte man in Ostbelgien über die Notwendigkeit, die parlamentarische Vertretung der Ostbelgier auf dem Verfassungswege oder zumindest per Gesetz zu sichern. Weynand wurde stattdessen Beauftragter für ostbelgische Fragen im französischen Kulturministerium, dem der Vervierser Albert Parisis vorstand.

Zu einem politischen Eklat war es im Mai 1971 gekommen, als der Brüsseler FDF-Senator Bourgeois in einer Interpellation Minister Parisis aufforderte, Rechenschaft über die Anwesenheit Weynands in dessen Kabinett zu geben, da dieser

„während des Krieges 1940-1945 die Uniform der Nazi-Organisation SA getragen hat, sowie über die Erregung, ja Empörung, welche eine derartige Situation unter den Angehörigen der Armée secrète, den Deportierten und Wehrmachtsdienstverweigerern hervorgerufen hat“¹⁰².

Der Interpellant wollte den Nachweis erbringen, dass die Ostkantone Mittelpunkt einer breit angelegten Kampagne neonazistischer Kreise mit dem Ziel einer „Heim ins Reich“-Bewegung waren: „Nach Angaben der belgischen

Gerichtsbehörden befindet sich der Konfliktherd der neonazistischen Aktivität in St. Vith.¹⁰³ Die Rede des FDF-Senators löste in den Ostkantonen allgemeine Empörung aus. Noch vor Bekanntwerden des genauen Wortlauts der Interpellation protestierte der gerade gewählte Vorstand der neuen deutschsprachigen CSP vehement dagegen, dass

„unsere Vertreter, sei es im Parlament oder in den Kabinetts der Ministerien von ewig gestrigen Druckgruppen mit gemeinen Mitteln daran gehindert werden sollen, für die Interessen der ostbelgischen Bevölkerung voll und ganz einzutreten. Wir appellieren eindringlich an die Bevölkerung der Ostkantone, ihre freigewählten Vertreter bei dieser künstlich inszenierten politischen Hexenjagd zu unterstützen. Wir rechnen fest mit der Solidarität und Unterstützung der gesamten Regierung“¹⁰⁴.

Für die ostbelgische Bevölkerung war die Interpellation des Senators Bourgeois ein weiterer Beweis dafür, dass man in Brüsseler Kreisen immer noch nicht die Sonderlage der Ostkantone während der Kriegsjahre berücksichtigte.

Nach dem Sturz der Regierung Eyskens-Merlot wurden Neuwahlen für den 7. November 1971 anberaumt. Infolge der verfassungsmäßigen Anerkennung des deutschen Sprachgebiets drängte der Vorstand der deutschsprachigen CSP auf eine gesicherte Vertretung in den beiden Kammern¹⁰⁵. Trotz des hervorragenden Wahlergebnisses von 1968 wurde Weynand nicht für den ersten Platz auf die Senatsliste im Bezirk Verviers nominiert, obwohl die deutschsprachige CSP dies mit allem Nachdruck gefordert hatte. Er erhielt lediglich den zweiten Platz, ohne Erfolgsaussicht auf eine Direktwahl.

Weynand, der bei den Wahlen die Zahl seiner Vorzugsstimmen sogar auf fast 14.000 steigerte, konnte jedoch hoffen, für den der CSP zustehenden Provinzialsenatorenplatz bezeichnet zu werden. Doch der Bezirk Lüttich beanspruchte dieses Mandat, so dass anstatt Weynand der Lütticher Emile Henckaerts, der lediglich 3.155 Vorzugsstimmen erhalten hatte, von den CSP-Provinzialräten zum Senator bestimmt wurde. Nach diesem zweiten Misserfolg legte der Präsident der deutschsprachigen CSP, Albert Gehlen, bei den höheren Parteinstanzen Protest ein und warnte eindringlich vor den möglichen Folgen einer Nicht-Kooptierung Johann Weynands. Die Eupener Jung-CSP erklärte gar: „Wenn diese Partei nicht hören will, wird sie fühlen müssen.“

Letzte Möglichkeit für den Einzug Weynands in den Senat war die Kooptierung. Aber auch hier sollten die ostbelgischen Belange unberücksichtigt bleiben. Insgesamt konnten die Christlich-Sozialen acht Senatoren kooptieren, drei davon der wallonische Flügel. Weil mit nur einer zusätzlichen Stimme ein weiterer

Senator auf dieser Parteiliste kooptiert werden konnte, stellte man neun Kandidaten auf. Johann Weynand erhielt nach Anfang aussichtslos scheinenden Diskussionen den achten Platz. Maßgebliche Politiker hatten für seine Kandidatur zurücktreten müssen, u. a. weil das nationale Parteidirektorium der ostbelgischen CSP bereits vor den Wahlen zugesichert hatte, dass man eine Kooptierung Weynands als vorrangig betrachten werde, falls dieser trotz einer großen Zahl Vorzugsstimmen nicht direkt einen Senatssitz erlange.

Für die deutschsprachige CSP, die den Einzug ihres Kandidaten in den Senat bereits in großen Balken gefeiert hatte¹⁰⁶, endete die Kooptierung in einer Katastrophe. Die flämischen Senatoren hielten sich nicht an das Versprechen, Kopfstimme zu wählen, sondern sie stimmten mit Vorzugsstimme, und somit übertraf ihr Kandidat Van Waterschoot, der an neunter Stelle stand, Johann Weynand. Dadurch blieb diesem zum zweiten Mal der Einzug in den Senat verwehrt. Wochenlang beherrschte diese Wahlniederlage die



Die Parole „Los von Lüttich!“ steht für den Protest gegen die politische Abhängigkeit der deutschsprachigen Belgier von der Wallonie und fordert die Schaffung eines eigenen Wahlbezirks.

AN DIE EUPENER BEVÖLKERUNG

In den Jahrzehnten in denen Ihre Stadt zur Provinz Lüttich gehört, wird tagtäglich alles aufgeboten um Ihre Sprache und Kultur zu schänden und auszumerzen. Wir Flamen, die wir seit Jahrhunderten verbissen kämpfen um unser Sprachgebiet zu erhalten und um unsere rechtmäßigen Belange durchzusetzen, haben volles Verständnis für die Lage in der Sie sich befinden.

Wir haben um so mehr Verständnis dafür, weil wir Erfahrung haben in der systematischen Franzisierungspolitik, welche die Provinz Lüttich in der plattdeutschen Gegend und an der Vur (« Voer ») führt.

Wir werden die Vurdörfer nie aufgeben ; wir werden nie aufhören zu wiederholen, dass die plattdeutsche Gegend ein Gebiet ist mit einem Limburger Dialekt als Muttersprache.

Genauso weigern wir uns anzunehmen, dass Sie kulturell, sozial und ökonomisch minderwertig sein sollten.

Deshalb werden wir uns vollständig dafür einsetzen, dass nicht nur die Vurdörfer, sondern auch die plattdeutsche und hoch-deutsche Gegend — je nach Sprachgebrauch — in einem eigenen Arrondissement bei Limburg kommt.

30.Juni 1968.

Die Volksunie.

Die flämische Volksunie verteilte im Sommer 1968 Flugblätter zur Verteidigung der deutschen Sprache in Belgien, auf denen sie zur Schaffung eines eigenen deutschsprachigen Bezirks aufrief, der dann der Provinz Limburg zugeschlagen werden sollte.

Schlagzeilen. Während der wallonische und der flämische Flügel der CSP sich gegenseitig die Verantwortung für die Niederlage des ostbelgischen Kandidaten zuschoben, schienen diese Vorgänge

in Ostbelgien all denen Recht zu geben, die eine gesetzlich gesicherte Vertretung des deutschsprachigen Gebiets im Nationalparlament und mithin einen eigenen Wahlbezirk forderten.

In markigen Worten schrieb der Pressesprecher der deutschsprachigen CSP, Freddy Derwahl:

„Man hat uns in die hohle Hand gespuckt und daraus wäre die überfällige Konsequenz zu ziehen, dass man dort, wo gespuckt wird, nicht länger die Hand hinhalten sollte. Das heißt im Klartext: Endgültig Schluss mit den demütigen Rangeleien bei Listenaufstellungen, Schluss mit parteidisziplinierter Unterwürfigkeit. Unsere parlamentarische Vertretung schreit nach einer gesetzlich abgesicherten Garantie. Nur die Partei, die das möglich macht, gewinnt in Ostbelgien noch Wahlen.“¹⁰⁷

Den geharnischten Worten, die allerorten nach der nicht erfolgten Kooptierung zu hören waren, stand die Uneinigkeit der deutschsprachigen Parteien gegenüber, sich für einen eigenen Wahlbezirk einzusetzen. Karel Jansgers bemängelte in *Wij*, dem Presseorgan der Volksunie, das mangelnde Streben nach politischer Selbständigkeit:

„Nach einer solchen Unabhängigkeit strebt eigentlich niemand! [...] selbst die Deutschsprachigen nicht, da sie noch immer von der Angst befallen sind, in wallonischen Augen als ‚incivique‘, ‚boche‘, ‚germanophile‘ usw. (der Leser füllte selbst auf) zu gelten. Nur eine kleine Minderheit, die sich allerdings kaum bemerkbar machen kann und die Bannstrahlen des Grenz-Echo (der einzigen deutschbelgischen Tageszeitung) ertragen muss, hat den Mut, sich für die Notwendigkeit einer minimalen politischen Selbständigkeit einzusetzen.“¹⁰⁸

Kapitel 5: Frischer Wind durch die PFF

Bei den Parlamentswahlen im März 1968 wurde das politische Machtmonopol der CSP im deutschen Sprachgebiet erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg in Frage gestellt. Die PFF trat im deutschen Sprachgebiet mit dem Willen zur Erneuerung der politischen Kultur an. An dritter Stelle der Kammerliste kandidierte der Hauseiter Industrielle Gert Noël. Dr. Michel Louis, Zweiter Schöffe der Stadt Sankt Vith, kandidierte an vierter Stelle für den Provinzialrat in den Kantonen Malmedy und Sankt Vith. Das Wahlprogramm der CSP, die mit dem Adenauer-Slogan „Keine Experimente“ in den Wahlkampf gezogen war, wurde abfällig als „Abklatsch des Hoen-Rapports an die Meyers-Kommission“¹⁰⁹ abgetan. Der CSP warf man vor, die Menschen in den Ostkantonen zu bevormunden und die freie Meinungsausübung zu unterbinden.

„Diese unfreien Menschen, liebe Mitbürger, das sind diejenigen, die in den belgischen Ostkantonen keine eigne Meinung haben dürfen, weil sie nicht so denken wie die Partei, die seit Kriegsende hier tun und lassen konnte, was sie wollte.“¹¹⁰

Die PFF präsentierte sich als junge, dynamische Partei, die der freien Meinungsausübung ein Forum bieten und jeglicher Form der einseitigen Vereinnahmung des öffentlichen Rundfunks durch eine Partei entgegentreten wollte¹¹¹. Die Wähler wurden aufgefordert, sich „nicht weiter als williges Stimmvieh von einer Clique gebrauchen“ zu lassen, die

„indessen maßlose Verdummung, Intoleranz, Erpressung u. Unterdrückung aller ausübt, die anders

denken. Echten Christen muss dieses Gebaren widerlich sein. Ihr Platz ist deshalb ab sofort in der Partei für Freiheit und Fortschritt. Ostbelgier! Ihr werdet skrupellos und systematisch verdummt. Die mutigsten unter Euch werden mit unerträglichen Methoden fertiggemacht. Lasst Euch das nicht weiter gefallen. Brecht die Vorherrschaft und die Diktatur“¹¹².

Die PFF hoffte, einen großen Teil der Wähler zu gewinnen, die bis dahin „weiß“ gewählt hatten. In der Nr. 2 des

PFF-Kuriers veröffentlichte man das „Gelöbnis eines Weißwählers“.

„Trotzdem ich nur ein kleiner Mitläufer war, durfte ich 1946 nicht wählen. Deshalb hatte ich ‚ihnen‘ Rache geschworen, und als ‚sie‘ mich 1949 wieder großzügig wählen ließen, da habe ich aus Wut weiß gewählt. Genau wie Tausende andere in diesen Kantonen. Bei jeder Wahl dasselbe, immer weiß: 1950, 1954, 1958, 1961 und schließlich 1965. Meine ‚weiße‘

„I like Gert“

Eine Wahlkampagne, wie der Industrielle Gert Noël (1927-1998) sie 1968 bei den Parlamentswahlen für die liberale PFF führte, hatte Ostbelgien noch nicht erlebt: wochenlang blaue Autokolonnen, blau gekleidete Partei-Hostessen, tausende blaue Buttons mit „I like Gert“-Motiv. Manch einer glaubte sich in den USA.

Zwar verbuchte Gert Noël – der überraschend und mit dem Ziel angetreten war, die jahrzehntelange Vorherrschaft der CSP zu brechen – einen bemerkenswerten Stimmen-Erfolg, doch den angestrebten Einzug in die Kammer schaffte er nicht. Immerhin, so Noël später, habe er die politische Landschaft Ostbelgiens in Bewegung gebracht.



Gert Noëls Hostessen – oder die Amerikanisierung des Wahlkampfs in Ostbelgien

Partei war bis 1965 die zweitstärkste in den Ostkantonen. Für wen hätte ich auch wählen sollen. Vielleicht für die CSP? Ich könnte mich beherrschen! [...] Siebenmal habe ich ungültig gewählt, aber Donnerstag habe ich Gert Noël gehört. Und deshalb werde ich am 31. März zum ersten Mal gültig wählen – Für Gert Noël.“¹¹³

Der CSP warf man Untätigkeit bei der Lösung der Nachkriegsprobleme vor und, den politischen Gegner völlig grundlos als Nazi-Partei zu bezeichnen.

„Während jetzt in allen Variationen auf ‚Heimat‘ und ‚deutsch‘ gemacht wird, genierte sich CSP-Präsident Cremer nicht, im ferngesteuerten deutschsprachigen Rundfunk zu behaupten, eine neue politische Formation in Ostbelgien erinnere an die ‚Heimattreue Front‘. Wer in Brüssel so argumentiert, muss sich zuhause in Ostbelgien unmöglich machen. Denn mit anderen Worten meint er: Wer anders denkt als die zerstrittene, viergespaltene und gescheiterte CSP-Partei, ist ein Nazi.“¹¹⁴

Tatsächlich sank der Anteil der Weißwähler bei den Kammerwahlen von 16 Prozent (1965) auf 13 Prozent in Eupen und im Kanton Sankt Vith von 16 Prozent (1965) auf 12 Prozent; und bei den Senatswahlen im Kanton Eupen von etwa 20 Prozent (1965) auf 16,5 Prozent und im Kanton Sankt Vith von 21 Prozent (1965) auf 15 Prozent.

Neben der CSP waren auch das *Grenz-Echo*, das sich weigerte, Wahlwerbung der PFF zu veröffentlichen, und dessen Chefredakteur ins Kreuzfeuer der Kritik geraten.



An die Männer und Frauen

Die Partei für

Nachdem sich das *Grenz-Echo* weigerte, PFF-Werbung zu drucken, griff die Partei zur Selbshilfe: Der PFF-Kurier erschien vor allem in Wahlkampfzeiten.

„Wer jene Zeitung, die sich vermessent, die einzige der Ostkantone nennt, liest, stellt fest, dass sie zunehmend zu einem harmlosen Parteiblatt degeneriert. Wie muss es doch diesem Chefredakteur zumute sein, der sich immer mehr in den CSP-Jargon verstrickt, während sich draußen eine neue Elite sammelt und mit handfesten Argumenten opponiert.“¹¹⁵

Um der Monopolstellung des *Grenz-Echos* entgegenzuwirken, veröffentlichte die PFF im Vormonat des Urnengangs insgesamt acht Nummern des *PFF-Kuriers*, der den Umfang einer gewöhnlichen Wahlzeitung weit überschritt. Dem *Grenz-Echo* wurde die kritiklose Unterstützung, die die Tageszeitung seit Kriegsende der Christlich-Sozialen Partei besonders in Wahlkampfzeiten entgegenbrachte, zum Vorwurf gemacht. Der junge Journalist Freddy Derwahl beschrieb nochmals die großen Hoffnungen im Oktober 1965 auf eine neutralere und ausgewogene Berichterstattung, die mit dem Weggang von Henri Michel und der

Ernennung von Heinrich Toussaint zum neuen Direktor verbunden waren.

„Als vor einigen Jahren im Zeitungshaus auf dem Eupener Marktplatz ein neuer Chef zu schreiben begann, bedeutete das für viele Menschen in Ostbelgien die Hoffnung auf eine Wende, auf ein mehr an Freiheit, Redlichkeit und Toleranz. Vieles deutete darauf hin, dass sich diese Aussichten erfüllen würden. Der Wahlmonat März hat jedoch viele bitter enttäuscht. Nach der geschlagenen Schlacht will Heinrich Toussaint mit sich reden lassen. Ich fürchte, ihm wird keine andere Wahl bleiben.“¹¹⁶

In einer anderen Ausgabe des *PFF-Kuriers* stellte er fest, dass eine Tageszeitung, die „bedenkenlos in einer Monopolstellung agiert und taktiert“, eine „konkrete Gefahr für die Demokratie“¹¹⁷ darstelle.

Die Wahlen endeten mit einem fulminanten Sieg der PFF. Für die Kammer-

wahlen stieg der Stimmenanteil der PFF im Kanton Sankt Vith von 18 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen im Jahre 1965 auf über 42 Prozent; im Kanton Eupen von 11,5 Prozent (1965) auf fast 30 Prozent. Großer Verlierer war die CSP, die im Kanton Sankt Vith auf 51,6 Prozent (gegenüber 73,7 im Jahr 1965) und im Kanton Eupen auf 55,6 Prozent (gegenüber fast 70 Prozent im Jahr 1965) abfiel.

Weniger bedeutend war der Stimmenverlust der CSP auf der Senatsliste. Im Kanton Eupen sank der Stimmenanteil der CSP um nur 3 Prozent auf immerhin noch 60 Prozent der Stimmenanteile und im Kanton Sankt Vith von etwa 68 Prozent auf 54,7 Prozent. Großer Gewinner war auch bei den Senatswahlen die PFF, die in beiden Kantonen ihren Stimmenanteil verdoppeln konnte: in Sankt Vith auf 40,1 Prozent und im Kanton Eupen auf 27,5 Prozent. Der geringere Stimmenverlust für die CSP bei der Senatswahl ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass Johann Weynand an zweiter Stelle auf der Senatsliste der CSP kandidierte und die CSP dessen Direktwahl in den Senat in Aussicht gestellt hatte.

Neben der CSP war die Sozialistische Partei die große Verliererin der Wahlen in den Ostkantonen. Im Kanton Sankt Vith erreichte sie weder für die Kammer noch für die Senatswahlen die Vier-Prozent-Marke. Nachdem sie bei den Wahlen von 1954 mit 19,2 Prozent in den Ostkantonen ein Ergebnis erzielt hatte, das annähernd mit den Resultaten der Jahre 1925 bis 1940 vergleichbar gewesen war, erreichte sie in den 1960er Jahren zumeist nicht die 10-Prozent-Marke. Neben der Wählersoziologie – Arbeiter gab es in größerer Zahl nur in Eupen, Malmedy und Kelmis – mag dies

auch daran liegen, dass in den damaligen Debatten um die „Kulturotonomie“ die Stimme der Sozialisten nicht zu vernehmen war. Unter den ostbelgischen Parteivertretern fand sich niemand, der etwa die Ideen zum Platz der Deutschsprachigen in Belgien aufgriff, die Marc Somerhausen (1899-1992) in seiner Zeit als Abgeordneter (1925-1929) verteidigt hatte.

Mit der PFF war der CSP erstmals nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Ostkantonen ein ernstzunehmender Rivale erwachsen. Der große Erfolg der PFF bei den im März 1968 abgehaltenen Parlamentswahlen wurde durch die Wahl des Sankt Vithers Michel Louis, der über die Provinz in den Senat einzog, gekrönt. Aufsehen erregte er gleich zu Beginn seines Mandats, als er im Senat seinen Eid zuerst in deutscher Sprache und dann in Französisch leistete und somit „seit Kriegsende der erste Parlamentarier war, der den Eid in Brüssel in deutscher Sprache ablegte“¹¹⁸. Wie bereits gezeigt, forderte er im Gegensatz zu Willy Schyns einen vollwertigen und mit normativen Befugnissen ausgestatteten Kulturrat und die Direktwahl der Ratsmitglieder. Doch konnte Louis, der der Opposition angehörte, sich mit seinen Vorschlägen im Senat nicht durchsetzen. Auch fehlte ihm der Rückhalt seiner Partei, die noch als nationale Partei zu den Wahlen von 1968 getreten war und einen unitarischen Kurs verfolgte, wie es der Landespräsident der PLP, Omer Vanaudenhove, in einer Wahlzeitung der PFF ausdrückte:

„In wenigen Monaten wird der 50. Geburtstag Eurer Zugehörigkeit zu Belgien gefeiert. Dieser festliche Augenblick wird zusammenfallen mit der erneuerten Einheit Belgiens, denn

wir, die tatkräftige, dynamische PFF, werden niemals zulassen, dass das Gefüge unseres Staates durch verantwortungslose Hasardeure gefährdet wird.“¹¹⁹

Vanaudenhove glaubte, dass Belgien nur in der Einheit groß und stark sein könne und erteilte einer föderalistischen Staatsstruktur eine klare Absage:

„Ist ein Föderalismus möglich? Nein. Ein Beispiel: Wie könnte ein kollektivistisch regierter, wallonischer Staat mit einem flämischen Staat zusammenarbeiten, der eine völlig verschiedene wirtschaftliche Regierungsgrundlage hat? Wird es ein Föderalismus zu zweien? Zu dreien? Oder zu vier? Wie sollen die Grenzen gezogen werden? Überall auf der Welt bedeutet Föderalismus den Zusammenschluss mehrerer, getrennter Staaten. Für Belgien aber würde der Föderalismus die Zerstückelung eines einzigen und geeinten Staates bedeuten. Keine Partei vermochte bis heute eine klare und genaue Definition des Föderalismus zu geben. Weshalb? Weil der Föderalismus für uns eine Unmöglichkeit ist.“¹²⁰

Entschieden sprachen die Kandidaten der PFF-Liste sich dafür aus, mitzuhelfen, auf

„Landesebene den Föderalismus und den Separatismus zu verhindern und auf lokaler Ebene mitzuhelfen, Ostbelgien zu einem wirtschaftlich, kulturell und sozial integrierten und lebensfähigen Bestandteil des Königreiches Belgien zu machen“¹²¹.

Diese Aussagen lassen erahnen, dass Michel Louis, der nach seinem großen Wahlerfolg über die Provinz in den Senat gewählt wurde und mit seinen



Wahlwerbung der PFF-PLP 1971 – eine Warnung vor dem Föderalismus

Forderungen einer maximalen Autonomie für das deutsche Sprachgebiet einen anderen Kurs verfolgte, auch innerhalb der nationalen Instanzen seiner Partei anecken musste. Bei den Wahlen vom 7. November 1971 trat Louis auf Platz zwei der Kammerliste im Bezirk an – wurde jedoch nicht gewählt. Eine der zentralen Forderungen im Wahlprogramm Louis' war die Gleichberechtigung der deutschen Sprachgruppe in Belgien. Die maßgeblich von Louis beeinflussten Bürgermeisterversammlungen von Eupen (12. Februar 1969) und von Rocherath (11. September 1971) und die zaghafte Haltung der CSP in Fragen der Kulturreautonomie wurden in allen PFF-Wahlzeitungen aufgegriffen.

Eine Alternative: die Bürgermeisterresolutionen

Die deutschsprachigen Bürgermeister nahmen 1969 und 1971 Stellung zu den geplanten Verfassungsrevisionen. Diese Stellungnahmen gelten als wichtigste Interventionen aus der Region. Da die politischen Parteien nicht in der Lage schienen, ein gemeinsames Autonomiekonzept zu entwerfen, beanspruchten die Bürgermeister das Vertretungsrecht

für die Belange der deutschsprachigen Gemeinschaft. In einem Rundschreiben vom 28. Januar 1969 an die Bürgermeister der deutschsprachigen Gemeinden wies Senator Louis auf den Stand der Diskussionen in der für die Verfassungsrevision zuständigen Senatskommission über die kulturelle Selbständigkeit der verschiedenen Sprachgemeinschaften unseres Landes hin. Er bat die Bürgermeister um eine Stellungnahme bezüglich der Kulturreautonomie des deutschen Sprachgebiets und fragte, ob diese Kulturreautonomie für das deutsche Sprachgebiet „auch in der Verfassung unseres Landes verankert werden muss, so wie es für das flämische und wallonische Sprachengebiet vorgesehen ist“¹²². Er verwies auf die große Verantwortung der Gemeinderäte, Schöffen, Bürgermeister und Parlamentarier. „Aus all diesem geht hervor, dass es sich hier keineswegs um extremistische Ansprüche oder Forderungen von Sonderrechten handelt, sondern einzig und allein um Gleichberechtigung.“

Auf Einladung der Bürgermeister Reiner Pankert und Wilhelm Pip fand daraufhin am 12. Februar 1969 in Eupen eine Bürgermeisterversammlung statt, an der neben Louis auch Bezirkskommis-

sar Hoen und der Bürgermeister-Abgeordnete Schyns teilnahmen. In einer Resolution erhoben 20 der 22 anwesenden Bürgermeister den „Anspruch auf Kulturreautonomie für die Gemeinschaft deutscher Sprache in demselben Maße, wie diese für die beiden großen Gemeinschaften unseres Landes vorgeschlagen ist“ und ersuchten die Parlamentarier des deutschsprachigen Raumes, sich „voll und ganz für die Erlangung der Kulturreautonomie der Gemeinschaft deutscher Sprache einzusetzen“¹²³. Sie forderten die Schaffung eines mit normativen Befugnissen ausgestatteten Kulturrates, dem ausschließlich gewählte Mitglieder der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe angehören sollten. Auf dieser Versammlung machte der Sankt Vither Bürgermeister Pip sogar den Vorschlag, bei einer weiteren Zusammenkunft die Frage der gesetzlich gesicherten parlamentarischen Vertretung der Deutschsprachigen zu erörtern.

Willy Schyns enthielt sich der Stimme, da er in der Direktwahl der Ratsmitglieder den möglichen Anlass zum Wiederaufbrechen alter Ressentiments und die Gefahr einer möglichen Spaltung der Bevölkerung – ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit – in zwei politi-

sche Lager, „pro-deutsch“ und „pro-belgisch“, sah. Den PFF-Senator Louis, den Initiator der Bürgermeisterversammlung, bezichtigte Schyns der Demagogie. Es sei Augenwischerei, der Bevölkerung die Direktwahl der Ratsmitglieder in Aussicht zu stellen. Über Wochen beherrschte die Bürgermeisterresolution die öffentliche Diskussion, die innerhalb der größten ostbelgischen Partei einen erheblichen Dissens deutlich werden ließ.

ben zu erfüllen hat und dass aus diesem Grunde in das zu schaffende Gremium in erster Linie Träger politischer Verantwortung ernannt werden müssen“¹²⁴. Die Ablehnung der Direktwahl der Mitglieder des zukünftigen Kulturrates wurde ein Jahr später vom selben Gremium bekräftigt¹²⁵.

Gegen die Resolution der Bürgermeister über die Forderung nach kultureller Gleichberechtigung des deutsch-

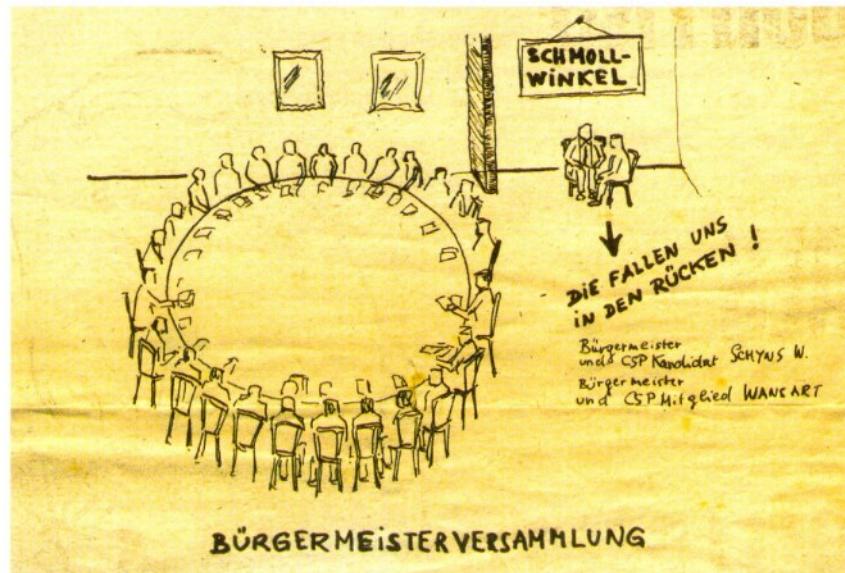
ins Reich“-Politik¹²⁸ erkannte, zeigt das tief verwurzelte Misstrauen gegenüber berechtigten Autonomieforderungen und das Festhalten an antiquierten politischen Vorstellungen.

Im Sankt Vither Raum wurde die Resolution allgemein gutgeheißen und auf einer gemeinsamen Versammlung der kurz zuvor gegründeten CSP-Lokalsektionen Büllingen, Crombach, Meyerode und Sankt Vith vom 17. März 1969 noch erweitert:

„Wir fordern einen eigenen Wahlbezirk und die Umänderung des Wahlgesetzes, damit die deutschsprachige Bevölkerung in Kammer und Senat ihre deutschsprachigen Vertreter mit Gewissheit erhält. Es gibt für die deutschsprachige Bevölkerung auf politischer Ebene keine Gleichberechtigung mit den anderen Volksgruppen, solange diese Forderung nicht verwirklicht ist.“¹²⁹

Ein Teil der frankophonen Presse verwies auf die unvorhersehbaren Folgen dieser Forderungen:

„Die St. Vither CSP geht weiter und gefährlich weiter. Um die garantierte Vertretung zu sichern, fordert sie einen eigenen Wahlbezirk. Das ist ein Spiel mit dem Feuer. Wird ein eigener deutschsprachiger Bezirk nicht die Beute der deutschen Irredentisten, die obendrein von flämischen Agitatoren aufgehetzt werden? Die Ostkantone beziehen sich, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, auf den Bezirk Verviers und die Provinz Lüttich. Wir haben es von ihnen selbst aus dem Mund ihrer qualifizierten Vertreter gehört. [...] Kurz gesagt, hier herrscht Konfusion.“¹³⁰



Die Bürgermeisterversammlung in der Karikatur. Es konnte keine Einstimmigkeit erzielt werden, da die CSP-Bürgermeister Willy Schyns (Kelmis) und Josef Wansart (Recht) sich gegen die von ihren Kollegen vorgebrachten Forderungen wandten.

Die Eupener CSP stellte sich gegen die Forderungen der Bürgermeister. Die Generalversammlung der CSP-Sektion Eupen verabschiedete am 10. Januar 1969 eine Resolution, in der „erneut die Zugehörigkeit der Ostkantone und des deutschsprachigen Gebietes zum Bezirk Verviers und zur Provinz Lüttich“ und „die Zugehörigkeit der Ostkantone auf wirtschaftlichem Gebiet zur Wallonie und im besonderen zur Provinz“ betont wurden. Ferner erklärte die Generalversammlung, dass der Kulturrat „kulturpolitische Aufga-

sprachigen Gebiets sprach sich auch eine Mehrheit der Mitglieder des Eupener Stadtrates (CSP, Sozialisten und der Abgeordnete Franck) aus, weil sie die „Kulturautonomie als die Einführung der Einsprachigkeit (deutsch)“¹²⁶ ansah. Damit versetzte sie, wie AVZ-Redakteur Willy Timmermann schrieb, „dem Großteil der Bevölkerung eine kulturelle ‚Ohrfeige‘“¹²⁷. Dass der sozialistische Stadtverordnete August Pitsch die Resolution als einen Appell zur Einsprachigkeit missdeutete und darin sogar ein Zeichen einer „Heim



Hubert Miesen, August Pitsch und Reiner Pankert anlässlich der Verleihung des „Sozial-Ehrenzeichens 1. Klasse“ an Pitsch im Jahr 1970.

Anfang Dezember 1970 beschlossen die in Raeren versammelten Bürgermeister der deutschsprachigen Gemeinden, dass sich die Bürgermeisterkonferenz in Zukunft noch verstärkter für die politischen Belange in den Ostkantone einzusetzen habe¹³¹. Die Bürgermeistersammlung verstand sich als einzige repräsentative Vertretung der Ostkantone, die das von den politischen Parteien nach den Kommunalwahlen von 1970 hinterlassene politische Vakuum auszufüllen gedachte. Am 11. September 1971, neun Monate nach Veröffentlichung der Verfassungsänderung, in der die Forderungen der ersten Bürgermeisterresolution unberücksichtigt blieben, griffen 19 Bürgermeister in Rocherath die Thematik der Kulturautonomie erneut auf. Johann Huppertz, neu gewählter Bürgermeister der Stadt Sankt Vith, und Reiner Pankert waren die Initiatoren dieser Versammlung. In einem Referat über die Stellung des deutschen Sprachgebiets im Belgien von morgen erläuterte Huppertz das Vorgehen der Bürgermeister.

„Die Bevölkerung hat uns ein Mandat erteilt. Mehr als den zerstrittenen politischen Parteien, mehr als Vereinigungen und Vereinen. Unsere Ehre steht auf dem Spiel. Brüssel, die Regierung, das Parlament haben gute Entscheidungen getroffen. Wir müssen – als einzige offiziöse, aber echte Gebietsvertretung – unser Ansehen als demokratische Einrichtung wahren. Wir sind in dem Sinne überparteilich und unserer Gemeinschaft allein verpflichtet. Wir haben die Pflicht und das Vorrecht zu handeln.“¹³²

Weiter führte Huppertz aus, dass es

„großenteils unsere Schuld [ist], wenn wir bisher so wenig eigene Rechte ausüben. Gewiss sind wir zeitweilig sehr in Not gewesen, ohne Selbstbewusstsein, ohne Wissen um die Zukunft, besonders in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Wir waren jahrelang untätig und unschlüssig. Uns genügte es,

anständige, arbeitsame und gewissenhafte Belgier zu sein. Nunmehr hat aber der Staat das Recht, mehr von uns zu fordern: dass wir als von ihm anerkannte und gewünschte dritte Volksgruppe unseren Selbstbehauptungswillen endlich unter Beweis stellen“¹³³.

Zur Debatte standen die Projekte der Minister für Gemeinschaftsfragen bezüglich der Verwirklichung des in der Verfassung vorgesehenen Kulturrates. Das Projekt Tindemans sah eine Föderation der 25 deutschsprachigen Gemeinden als Grundlage eines zu schaffenden Kulturrates vor, dessen Mitglieder durch Wahlen bestimmt würden. Dagegen ging der Plan Dehousse von einer Benennung der Ratsmitglieder durch die Abgeordneten aus. Auf der Versammlung in Rocherath votierten die Bürgermeister für den Tindemans-Plan und bekräftigten ihre Forderung nach einem Kulturrat, der den Senatorenräten der beiden anderen Gemeinschaften gleichgestellt sei. In einem Brief an die Regierung forderten die Bürgermeister den Premierminister und alle Minister auf, „uns über alle Projekte, die unseren zukünftigen Status betreffen, zu unterrichten und diese gegebenenfalls mit uns zu beraten. Bis zum Inkrafttreten des neuen Status betrachten wir uns als einzige legitimierte Vertreter des deutschen Sprachgebiets“¹³⁴.

Diese Forderungen, die auch im deutschen Sprachgebiet – besonders innerhalb der Christlich-Sozialen Partei – auf Kritik stießen, spiegelten nicht nur das wachsende Selbstbewusstsein der Gemeindeverantwortlichen, sondern auch das tiefe Misstrauen wider, das den politischen Parteien entgegenschlug.

Druckgruppen nutzen die wiedergefundene Sprache

Außerhalb der Parteien griffen zahlreiche Gruppierungen, wie z. B. die Studentenvereinigungen Eumavia und Paludia, Kriegsteilnehmerverbände und Gewerkschaften, sporadisch in die Autonomiedebatte ein.

Durch die sich in den 1960er Jahren in der Universitätsstadt Löwen entladenden Spannungen zwischen Flamen und Wallonen wurden die deutschsprachigen Studenten aus den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith, die der Studentenvereinigung Eumavia Lovaniensis angehörten, unweigerlich mit der innenpolitischen Neuorientierung des belgischen Staates konfrontiert. Der Soziologe Bernhard Kirlf stellt fest, dass die deutschsprachigen Studenten beim Versuch einer Positionierung zwischen flämischen und wallonischen Standpunkten alle in einem Dilemma standen und bemüht waren, die Neutralität zu wahren¹³⁵. Obwohl in Artikel 14 der Statuten der Studentenverbindung Eumavia festgeschrieben stand, dass jede politische Tätigkeit der Eumavia fernliege, stellte der Senior der Eumavia Dr. Hans Müllender 1974 fest, dass die Altherrenschaft genau wie die Aktivitas eine Rolle in der Gesellschaft zu spielen habe:

„Wir haben keine Bierdeckel als Scheuklappen, Kneipgesang verschließt unsere Ohren nicht vor dem, was uns geschieht. Wir sind der Auffassung, dass die Verbindung und besonders die Altherrenschaft in unserer Gegend [...] das gesellschaftliche und politische Geschehen beobachten und aktiv durchdringen muss.“¹³⁶

Im Jahre 1971 veranstaltete die Eumavia zwei bedeutende Informations-

veranstaltungen, die das politische Leben in den Ostkantonen nachhaltig beeinflussen sollten. Am 19. Juni 1971 war Silvius Magnago, seit 1957 Obmann der Südtiroler Volkspartei (SVP) und von 1960 bis 1989 Landeshauptmann von Südtirol, einer Einladung der Altherrenschaft der Eumavia gefolgt. Es war Magnagos maßgebliches Verdienst, dass die SVP in Südtirol von Maximalforderungen abwich und einen Kurs festlegte, der eine politisch realistische Autonomie für das mehr-

mendes Bekenntnis zur Autonomie und zur Gleichberechtigung aller minderheitlichen Sprachgruppen in Europa.“¹³⁷

Ein zweiter politischer Coup gelang der Löwener Studentenverbindung am 26. Oktober 1971, als Leo Tindemans, der flämische Minister für Gemeinschaftsbeziehungen, auf Einladung der Eumavia an einem Diskussionsabend im Eupener Hotel Boston teilnahm. Dr. Norbert Scholzen, Senior der Eumavia,



Silvius Magnago anlässlich der Verleihung des Robert-Schuman-Preises in Straßburg im Januar 1971

heitlich deutschsprachige Südtirol zum Ziel hatte. Ende November 1969 waren die insgesamt 137 Schutzbestimmungen des Autonomiestatuts auf der Landesversammlung der SVP in Meran mit einer hauchdünnen Mehrheit angenommen worden. Der Sankt Vither Vortrag des Landeshauptmanns begeisterte die überwiegend junge Zuhörerschaft. Noch Jahre danach erinnert sich Hubert Jenniges euphorisch an diese Veranstaltung: „Es war ein flam-

erklärte einleitend, dass einer der Beweggründe der Eumavia für diese Einladung „die erschreckende Tatsache war, dass unsere Bevölkerung in ganz und gar undemokratischer Weise nicht über das große Werk der Verfassungsreform unterrichtet wurde“¹³⁸. Am Ende seines Referats vor etwa 450 Zuhörern zum Thema „Ein Rat für die deutsche Kulturgemeinschaft“ appellierte Tindemans an die Geschlossenheit der Deutschsprachigen:

„Hilf dir selbst ...“

Der renommierte flämische Christdemokrat Leo Tindemans (CVP) (* 1922), von 1974 bis 1978 belgischer Premier, trat in der Debatte um die Autonomie des deutschen Sprachgebiets vor allem während seiner Zeit als Minister für Institutionelle Reformen (1968-1972) in Erscheinung. Sein Konzept, die Mitglieder des zu schaffenden „Kulturrates“ per Direktwahl über eine – wie von der Mehrheit der ostbelgischen Bürgermeister geforderte – Föderation der 25 deutschsprachigen Gemeinden zu bestimmen, wurde jedoch, insbesondere von der CSP und den Sozialisten, abgelehnt. Spektakulärer Höhepunkt des Bemühens Leo Tindemans' um Ostbelgien war sein Auftritt in Eupen am 26. Oktober 1971, wo er die Deutschsprachigen zu Einigkeit und mehr Selbstbewusstsein aufrief: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!“



Leo Tindemans bei seinem berühmt gewordenen Auftritt in Eupen am 26. Oktober 1971.

„Ich bin fest überzeugt, dass mit der Schaffung der Kulturautonomie und dank der durch Verfassung und Gesetz gebotenen Möglichkeiten zur Dezentralisierung auch für Ihre Gegend eine neue Epoche begonnen hat. Sie werden sich an das Sprichwort erinnern, das schon bei unseren Vorfahren galt: ‚Hilf dir selbst, so hilft dir Gott‘, – was nicht ausschließt, dass auch ich Ihnen im Rahmen des Möglichen helfen möchte. So darf ich Ihnen zum Schluss den Rat geben, die größtmögliche Einigkeit zu wahren. [...] Eine deutsche Kulturgemeinschaft mit der größtmöglichen Einigkeit wird sicher in den kommenden Jahren einen besseren Platz unter der nationalen Sonne erobern.“¹³⁹

Die „Arbeitsgemeinschaft Ostbelgien“, die aus der 1957 gegründeten „Vereinigung zu Schutz und Pflege der Muttersprache“ hervorgegangen war, versuchte, durch ihre Stellungnahmen auf die Parteien einzuwirken. Die Gründung der Vereinigung, die 1959 der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) beitrat, erregte die Aufmerksamkeit der Inlands presse. *Le Soir* berichtete über „die Wiedergeburt einer deutschen Bewegung in Eupen. Die meisten ihrer Initiatoren sind ehemalige Nazis“. Der Autor bezeichnete die Vereinigung als Nachfolgeorganisation der Heimat treuen Front und forderte die belgische Regierung zu drakonischen Maßnahmen auf:

„Die Aktivitäten dieses Komitees werden von den Eupenern heftig kritisiert; sie sehen darin die Wiedergeburt einer separatistischen Bewegung, die ihnen nur neuen Ärger einbringen wird. Tatsächlich nutzt

die Eupener Jugend mehr und mehr die französische Sprache, was von den Verteidigern der Muttersprache [in Deutsch im Text, A.d.V.] heftig beanstandet wird. Man wüsste gerne, ob die Staatssicherheit, die B.S.R. und die anderen Ermittlungsdienste in den Ostkantonen über diese Machenschaften informiert sind und welche die ins Auge gefassten Maßnahmen sind.“¹⁴⁰

Obwohl der Sprachenstreit zwischen Flamen und Wallonen gegen Ende der 1950er Jahre kämpferische Züge annahm, stieß die Gründung einer Vereinigung, die sich den Erhalt der deutschen Muttersprache zum Ziel gesetzt hatte, auf tiefstes Misstrauen. 1968 griff die Arbeitsgemeinschaft aktiv in den Wahlkampf ein, als sie mit einer Anzeigenkampagne auftrat, in der sie von allen politischen Parteien die Verwirklichung eines eigenen Wahlbezirks, einer gesicherten parlamentarischen Vertretung (zwei Abgeordnete und ein Senator) und einer „auf allen Lebensgebieten wirksame Sprach- und Kulturautonomie“¹⁴¹ forderte. Ähnliche Ideen vertrat der Anfang 1970 gegründete Deutschostbelgische Hochschulbund, der sich als Zusammenschluss kulturell verantwortungsbewusster Bürger jeden Standes verstand. Einzige Voraussetzung zur Mitgliedschaft war

„das aufgeschlossene Eintreten für Wahrung und Entfaltung der angestammten Kultur in Deutsch ostbelgien. Von der Mitgliedschaft ausgeschlossen ist, wer an der Überfremdung bewusst mitarbeitet und dadurch die zwangsläufige Vernichtung des eigenen Volkstums begünstigt“.

Als wichtigstes politisches Ziel er strebte der Bund

„die Eigenständigkeit des hochdeutschen Gebietes als eines ebenbürtigen Partners Flanderns und Walloniens, die vollberechtigte Gleichstellung der Bewohner und ihrer Sprache sowie die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft. Auch will er echte Bildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich für alle Schichten, insbesondere für die weniger begünstigten. Vor allem verlangt er ein pädagogisch angepasstes Schul- und Fortbildungswesen sowie eine angemessene Regelung auf dem sprachlichen Sektor. In Anbetracht der naturgegebenen Gefährdung unserer Volksgruppe, u. a. wegen ihrer zahlenmäßigen Begrenztheit, verpflichtet er seine Mitglieder zu verantwortungsbewusstem Eintreten für die Gemeinschaft“¹⁴².

Einige belgische Zeitungen reagierten auch hier empfindlich auf diese Forderungen und schrieben über „separatistische Umtriebe in den Ostkantonen“. Auch in den Ostkantonen selbst erregte der Hochschulbund bei vielen Politikern Misstrauen. In einem Schreiben an die Bürgermeister des deutschen Sprachraums charakterisierte der Kelmiser Bürgermeister Willy Schyns den Hochschulbund als eine Gruppe, die aus „unserer Gegend eine Art ‘No-Man’s-Land’ machen möchte, um dasselbe nachher bequemer von Belgien trennen zu können“¹⁴³, womit indirekt der Hochschulbund als Fortsetzung der Heimattreuen Front und als „Heim ins Reich“-Bewegung dargestellt wurde.

Diese Episode zeigt beispielsweise, wie gering das Autonomiebewusstsein bei vielen Politikern zu Beginn der 1970er Jahre war. Was in der Wallonie und in Flandern seit Jahrzehnten öffentlich diskutiert wurde, war in Ostbelgien noch immer tabu oder weckte zumindest tiefes Misstrauen. Anlässlich der fehlenden Gesprächsbereitschaft schrieb Freddy Derwahl am 8. Juli 1970 in der Aachener Volkszeitung: „Es gibt zu viele Gräben im ostbelgischen Raum.“¹⁴⁴ Besonders die Forderung des Hochschulbundes nach einer stärkeren Berücksichtigung der deutschen Sprache im Unterrichtswesen, das in der Nachkriegszeit ein wesentlicher Pfeiler der angestrebten Assimilation der ostbelgischen Bevölkerung sein sollte, eckte an.

In gewisser Weise übernahm der Deutschostbelgische Hochschulbund die Forderungen, die im Februar 1968 in einer von Lehrern der Bischoflichen Schule St. Vith veröffentlichten Untersuchung über das Unterrichtswesen im deutschsprachigen Gebiet aufgestellt worden waren. Einleitend stellten die Autoren dieser Untersuchung fest, dass

„die Zeit der Patentlösungen, der Politik der vollendeten Tatsachen, der Bestimmungen in kleinen vertraulichen Kreisen und mit einigen Auserwählten endgültig verstrichen ist; dass die Kulturpolitik zugunsten der deutschsprachigen Gegend die Summe der offenen Diskussion zwischen all denjenigen sein muss, welche die Entfaltung der deutschen Sprache und Kultur ehrlich wollen. [...] In einem ersten Teil möchte [die Untersuchung] zeigen, dass sich schwer-

wiegende Probleme im Unterricht des deutschsprachigen Raumes stellen und dass diese Probleme nach einer eigenen Lösung verlangen, nach einer Lösung, die der Eigenart der Gegend Rechnung trägt, ohne dabei die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen zu übersehen, die durch die geographische Lage bedingt sind. In einem zweiten Teil hofft sie die Frage nach dem Unterricht der zweiten Sprache in einer selbständigen und angepassten Weise zu erörtern. Sie möchte ferner auf Lücken in der Sprachgesetzgebung zugunsten des Studiums der französischen Sprache hinweisen“¹⁴⁵.

Als Gegenpol entstand die „Interessengemeinschaft für Sprachenfragen“/ „Interessengemeinschaft zur Förderung der Zweisprachigkeit“. Auch auf dieser Ebene gab es keine Dialogbereitschaft. Die Auseinandersetzung beschränkte sich darauf, den vermeintlichen Gegnern unlautere Intentionen zu unterstellen und litaneiartig altbekannte Vorurteile zu wiederholen.

In den Jahren 1968 bis 1969 griff die deutschsprachige Gruppe der belgischen Sektion des „Europäischen Erzieherbundes“ (EEB) wiederholt in die Autonomiedebatte ein. Anlässlich eines internationalen Kongresses am 18. und 19. Mai 1968 in Sankt Vith wurde die Gründung einer deutschen Sprachgruppe innerhalb der EEB-Landeszentrale beschlossen. Der Raerener Lehrer Michel Kohnemann referierte anlässlich dieser Tagung über die Mittlerrolle von „Deutsch-Ostbelgien im Europa von morgen“. Er betonte das mangelnde Selbstbewusstsein der Deutschsprachigen:

Politik und Sprache

Von den 1950er Jahren bis in die 1970er Jahre gehörte der Mediziner Dr. Viktor Nyssen (1910-2005) – wenn auch meistens im Hintergrund tätig – zu den maßgeblichen Akteuren der Eupener CSP.

Nur ein einziges Mal, bei den Stadtratswahlen 1970, als seine Partei die „Sprachenfrage“ zu ihrem Hauptthema machte, stellte er sich zur Wahl.



Sprache und Kultur waren Dr. Nyssen seit jeher ein Anliegen gewesen: 1956 gründete er gemeinsam mit einigen Deutschlehrern die Eupener Kulturreeinigung „Kunst & Bühne“, eine Zeit lang war er Mitglied der „Sprachkontrollkommission“ in Brüssel und 1972 wurde er Vorsitzender der regionalen „Interessengemeinschaft zur Förderung der Zweisprachigkeit“, einer Druckgruppe, die sich in der damaligen Debatte um die Stellung von Deutsch und Französisch im ostbelgischen Unterrichtswesen als Gegen gewicht zu den Forderungen des „Deutschostbelgischen Hochschul bundes“ verstand.

„Ich stelle nun die Frage: Wissen wir denn, worin diese Mittlerrolle besteht? Wissen wir überhaupt, wer und was wir sind? Was wir wollen? Was wir wollen können? Wollen müssen? [...] Wir sollten wissen – wir wissen es nämlich nicht –, dass wir eine sprachlich-kulturelle Sonderstellung innerhalb der belgischen Völkergemeinschaft einnehmen. Dieses Bewusstsein ist dringender denn je. Schon wird in Regierungserklärungen offen von einer völligen Trennung der kulturellen Instanzen auf höchster Ebene gesprochen. Auch die innere Verwaltung soll ausschließlich Leuten aus dem eigenen Kulturbereich anvertraut werden. Diese föderalistischen Tendenzen in der politischen Entwicklung unseres Landes können uns zwingen, uns über kurz oder lang zu entscheiden. Was geschieht dann mit uns? Die dringende Notwendigkeit einer Antwort auf diese Frage ist ein Beweis für meine prinzipielle Bemerkung: Wir müssen wissen, wer wir sind, wo wir stehen, welchen Namen wir in diesem Europa von morgen haben.“¹⁴⁶

Nachdem der Nationalkongress des EEB die Gleichstellung der deutschen Sprachgruppe einstimmig verabschiedet hatte, wurde auf der Generalversammlung vom 12. Oktober 1968 in Sankt Vith Dr. Michel Kohnemann zum Vorsitzenden und Albert Gehlen zum Schriftführer der deutschsprachigen Gruppe gewählt. Noch am selben Abend wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Mitglieder der neuen Sektion Stellung zur „kulturellen Autonomie Deutschostbelgiens“ bezogen, „weil kulturelle Autonomie unserer Ansicht nach das Mitspracherecht aller kulturtragen den Vereinigungen und insbesondere der

deutschsprachigen Lehrerschaft voraus setzt“. Um eine „kulturpolitische Bevormundung“ auszuschließen, stellte man die Forderung, dass bei der Schaffung eines „Kulturrates für Deutschostbelgien“ sowohl die deutschsprachigen Lehrer als auch die kulturtragenden Vereinigungen beteiligt werden müssten¹⁴⁷.

Doch schon auf der Gründungstagung konstatierte der AVZ-Redakteur Willy Timmermann ein Ungleichgewicht, da nur wenige Lehrer aus dem Kanton Eupen der Tagung beiwohnten:

„Wieder einmal hatte die Politik ihre Finger im Spiel gehabt, wieder einmal waren Gerüchte über etwas angeblich ‚Deutsches‘ in Umlauf gebracht worden. [...] Die St. Vither Tagung war einer der vielen Impulse, die seit Monaten von dort ausgehen. [...] Möge dieser frische, gesunde, selbstbewusste, auf die Zukunft ausgerichtete Geist auch die Zögern den überzeugen, auf dass sie ihre Angst vor einem gewissen ‚Establishment‘ ablegen, das Dürre, Hohle und Hinterhältige hinwegfegen. Denn, trotz aller dunkler Machenschaften wird doch das Licht, der gute Geist siegen. Und das sind die Impulse aus St. Vith.“¹⁴⁸

Auf der konstituierenden Versammlung in Sankt Vith vom 12. Oktober 1968 verabschiedete die deutschsprachige Gruppe eine Resolution zur „kulturellen Autonomie Deutschostbelgiens“, in der u. a. für den Kulturrat das Recht gefordert wurde, „für das Unterrichtswesen im deutschbelgischen Raum verbindliche Richtlinien auszuarbeiten: das setzt die Schaffung einer Schulkommission innerhalb des Kulturrates voraus“. Noch vor dem „Zustande-

kommen der kulturellen Autonomie“ sollte die „sofortige Anwendung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen für den Gebrauch der deutschen Sprache im Unterricht

in allen Schulen Deutschostbelgiens“ und die Einsetzung „eines Ausschusses zur Prüfung der gründlichen Deutschkenntnisse der in Frage kommenden Lehrer“ im höheren

Schulwesen erfolgen¹⁴⁹. Die Resolution war vom neu gewählten Vorstand, dem Vorsitzenden Michel Kohnemann und dem Schriftführer Albert Gehlen, unterzeichnet.

Kapitel 6: Neue Regionalparteien

Zu den Parlamentswahlen vom November 1971 trat eine völlig neue Gruppierung an, die sich als eine von wirtschaftlichen und ideologischen Zwängen unabhängige Wählergemeinschaft verstand: die Christlich-Unabhängige Wählergemeinschaft (CUW). Dies in bewusstem Gegensatz zu den anderen Parteien, die ihre Anweisungen aus den Vervierser Parteizentralen empfingen. Direkter Anlass für diese „Parteineugründung“ war die Weigerung der Vervierser CSP, Johann Weynand für den ersten Platz auf der Senatsliste zu nominieren.

Doch die wirklichen Motive lagen tiefer. Die zahlreichen ungelösten Nachkriegsprobleme im deutschen Sprachgebiet, die sich allmählich verwirklichende Föderalisierung Belgiens, das wachsende politische Engagement der deutschsprachigen Bürgermeister für eine wirkliche Kulturautonomie und nicht zuletzt der Bruch von 1965 innerhalb der Eupener CSP und das schlechte Abschneiden der Christlich-Sozialen Partei bei den Kommunalwahlen von 1970 bildeten den politischen Hintergrund, der zur Aufstellung einer rein deutschsprachigen Liste ohne Bindung an die Nationalparteien führte. „Gründungsvater“ der CUW war der Eupener Bürgermeister Reiner Pankert, der bereits bei den vorausgegangenen Kommunalwahlen einen überragenden Erfolg errungen hatte. Der enge Bezug dieser Formation

zur kommunalen Ebene wird schon bei oberflächlicher Analyse der CUW-Kandidatenliste offenbar. Auf der Kammerliste, die von Reiner Pankert angeführt wurde, kandidierten mit Friedrich Heinen, Joseph Königs und Paul Giebels die Bürgermeister der Gemeinden Schönberg, Rocherath und Meyerode. Fünfter Kandidat war der Eupener Stadtverordnete Willy Dürnholz. Die Gründung der CUW kann daher als Versuch angesehen werden, den Bürgermeistersversammlungen ein ständiges parteipolitisch organisiertes Sprachrohr zu geben. Dies bestätigt auch die Übernahme wichtiger Aspekte der Bürgermeisterresolutionen in das Programm der Wählergemeinschaft. Wie Leo Tindemans in seinem Eupener Vortrag sah auch die CUW, die nach ihrem Selbstverständnis die einzige echte Vertretung des deutschen Sprachgebiets darstellte, die Gefahr einer Zersplitterung der politischen Kräfte. Die CUW wolle endlich die Menschen dieses Gebietes vereinen. In einem Infoblatt führte sie aus:

„Bisher haben die Parteien dazu die Chance gehabt: Sie haben sie verpasst, denn sie haben alles für ihr eigenes Interesse geopfert. Immer wieder waren wir die Ausgebeuteten, vor den Wahlen die eifrig Umworbenen, letzten Endes aber nur Stimmvieh. [...] Minister Tindemans, der vorigen Dienstag in Eupen sprach, hat erkannt, was hier nötig ist. Wir

stimmen mit ihm überein, denn unser Gebiet ist zu klein, um uneins zu sein. Zerrissenheit schwächt uns nur“¹⁵⁰.

Kurz vor dem Urnengang erging in Form eines Wahlzettels von Mitgliedern der CSP und der PFF ein „Aufruf an die Bevölkerung“. Es war ein Appell an

„alle guten Kräfte, die sich heute auf verschiedenen Listen den Wählern präsentieren, in Zukunft gemeinsam vorgehen zu müssen. Nur zusammen sind wir stark (laut CSP). In welcher Form, unter welchem Namen können wir zu dieser Einheit finden? Die Umstände lehren uns, dass diese Einheit weder durch die CSP, noch durch die PFF erreicht werden kann“.¹⁵¹

Diese Stellungnahme war aber auch der Ausdruck der Enttäuschung über den gescheiterten Versuch, eine neue und eigenständige CSP deutscher Sprache zu gründen, „obwohl es einen deutschsprachigen Flügel innerhalb der Vervierser PSC gibt“. Dass Johann Weynand von den Vervierser Parteinstanzen trotz der geschlossenen Forderung des gesamten Vorstandes des deutschsprachigen CSP-Flügels die erste Stelle auf der Senatsliste verwehrt wurde, war das sichtbare Zeichen dieser nicht erfolgten Emanzipation der ostbelgischen CSP. Die Autoren der

WIR FÜRCHTEN IHN NICHT MEHR



Man drohte mit "IHM" um uns **EINZUSCHÜCHTERN** und jedes Streben nach **Selbstbestimmung zu UNTERDRÜCKEN**. Aber "ER" war nicht "LANG" nug um unsere berechtigten Forderungen zu erfüllen.

"**DER LANGE ARM**"

DESHALB CUW LISTE 9

Wahlplakat der CUW (1971) mit einer Anspielung auf den „langen Arm“, dessen sich die traditionellen Parteien ob ihrer Verbindungen nach Brüssel rühmten.

Stellungnahme schlussfolgerten, dass über die traditionellen Parteien – CSP, PFF und SPB – eine Einheit in diesem Gebiet nicht möglich sei und dass, selbst im Falle der Wahl eines ostbelgischen Kandidaten, die Abhängigkeit von den Vervierser Parteizentralen bestehen bleibe. Als Lösung sahen die Autoren „in einer Formation wie der CUW eine Chance, alle ehrlichen und unserer Gegend tatsächlich wohlwollenden Kräfte unseres Gebietes zusammenzuführen¹⁵²“.

Das Wahlprogramm der CUW war ausschließlich auf die Belange der deutschsprachigen Bürger ausgerichtet. Die Schaffung eines eigenen Wahlbezirks und die gesetzlich gesicherte Vertretung der Deutschsprachigen in Kammer und Senat, die Neuauftteilung der Wahldistrikte für den Provinzialrat, die Ernennung eines deutschsprachi-

gen Staatssekretärs, der ausschließlich für die Probleme des deutschen Sprachgebiets zuständig sein sollte, und die Forderung, dass bei Gesetzesvorschlägen „unser Gebiet“ betreffend die zuständigen Parlamentarier und Bürgermeister gehört werden sollten, waren die wichtigsten politischen Forderungen. Dies war eine unmissverständliche Sprache. Mit den Wahlslogans „Nicht länger fünftes Rad am Wagen!“ und „Kein Stimmvieh für altbelgische Kandidaten!“¹⁵³ präsentierte sich die neue Formation als Sammelbecken allerjenigen, die von den sogenannten traditionellen Parteien enttäuscht waren, und steuerte – ähnlich wie die *Volksunie* und das *Rassemblement Wallon* – einen betont föderalistischen Kurs. Diese für damalige Verhältnisse radikalen Forderungen mussten anecken, so dass es nicht verwunderlich ist, dass – wie es in einer Mitteilung der

CUW hieß – „alle Mittel unfairer – offener und versteckter – Propaganda dazu eingesetzt [wurden], die loyale Haltung der Kandidaten der CUW in Zweifel zu ziehen. Es wurde behauptet, die CUW sei eine „Heim ins Reich“-Bewegung¹⁵⁴.“

Die CSP musste nach 1968 auch bei den Wahlen vom 7. November 1971 wiederum hohe Stimmenverluste hinnehmen; zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg sank ihr Stimmenanteil bei den Nationalwahlen deutlich unter 50 Prozent. Zwar erhielt die CUW auf Anhieb 20 Prozent der gültigen Stimmen, und im Kanton Eupen lag ihr Stimmenanteil sogar bei fast 30 Prozent, dennoch blieb der Anteil der Weißwähler unerwartet hoch. Bei der Senatswahl hatte die CUW die Kandidatur von Johann Weynand nicht blockieren wollen und auf eine eigene

Liste verzichtet. Weynands Nichteintrag in das Hohe Haus sorgte dann für eine neue politische Gemengelage, aus der letztlich eine neue Partei hervorging.

Die Gründung der „Partei der deutschsprachigen Belgier“

Um eine Zersplitterung der politischen Kräfte zu verhindern, schlug die CUW Ende November 1971 der deutschsprachigen CSP vor, aus der Fusion beider Parteien eine selbständige „Christliche Partei Ostbelgiens“ zu bilden, die als vollberechtigte Gruppe neben dem flämischen und dem wallonischen Flügel der Christlich-Sozialen Partei stehen sollte. Da diese Demarche unbeantwortet blieb – die CSP hoffte immer noch auf die Kooptierung Weynands – erklärten die CSP-Vorstandsmitglieder Wilhelm Pip und Ernst von Frühbuss in einem offenen Brief ihren Rücktritt aus der CSP, in deren Handlungsfähigkeit zum Wohle der deutschsprachigen Bevölkerung sie kein Vertrauen mehr hatten und weil sie glaubten, dass die „Mehrheit der augenblicklichen CSP-Führung im Augenblick an einem Zusammenschluss der christlichen Kräfte unserer Heimat nicht sonderlich interessiert“ [schein- ne]¹⁵⁵. Eine Woche später bot Michel Louis in einem Schreiben an den Landesvorsitzenden der PFF seinen Rücktritt als Mitglied des ständigen Parteiausschusses und als Mitglied der PFF an¹⁵⁶. Es waren Michel Louis, Reiner Pankert und Wilhelm Pip, die in einem Schreiben vom 21. Dezember 1971 zu einer Versammlung in das Sankt Vither Hotel Pip-Margraff einluden, auf deren Tagesordnung die Beurteilung der politischen Entwicklung in diesem Gebiet, die Gründung einer neuen Partei und die Wahl eines Vorstandes standen¹⁵⁷. Am 27. Dezember 1971 wurde in Sankt

Vith die CUW aufgelöst und die „Partei der deutschsprachigen Belgier“ aus der Taufe gehoben. Aus der Grundsatzerklärung vom selben Tage wird die föderalistische Zielsetzung der Partei klar ersichtlich:

„Die PDB setzt sich die tatsächliche

Gleichberechtigung unserer Gemeinschaft auf politischer, sozialer, wirtschaftlicher, administrativer und kultureller Ebene zum Ziel. Sie fordert daher unmittelbar und vorrangig:

Eine gesetzlich garantierte parlamentarische und proviniale Vertretung, und zwar zwei Abgeordnete, einen Senator und fünf Provinzialräte. Dies ist nur denkbar, wenn ein Wahlbezirk für dieses Gebiet geschaffen wird.

Eine regionale wirtschaftliche Entwicklungsgesellschaft, die dank der ihr zustehenden Gelder und Mittel den Arbeitnehmern die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze garantiert und für die Arbeitgeber, Mittelständler und Landwirte die wirtschaftliche Entwicklung denkbar günstig beeinflusst.

Die sofortige und endgültige Regelung aller Nachkriegsprobleme.

Die sofortige Bildung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft, der durch die Bevölkerung gewählt werden und entscheidende, reglementierende und beratende Befugnisse haben muss.“¹⁵⁸

In den provisorischen Vorstand der neuen Partei, die Heinrich Toussaint in seinem Leitartikel des folgenden Tages disqualifizierend als einen „Zusammenschluss derjenigen, die aus irgend einem Grunde ihre politische Wirksamkeit nicht im Rahmen einer

bestehenden Partei entfalten wollten“ und als ein „Sammelbecken der Unzufriedenen aller Seiten und der zu kurz Gekommenen“¹⁵⁹ bezeichnete, wurden Eugen Krings, Klaus Baltus, Michel Kohnemann, Ernst von Frühbuss, Michel Louis, Wilhelm Pip und Lorenz Paasch gewählt.

Nach der nichterfolgten Kooptierung von Johann Weynand und der Gründung einer deutschsprachigen Regionalpartei richtete sich das Interesse der Landespresso erneut auf die Ostkantone. Sichtbarster Ausdruck dieser Aufmerksamkeit war, dass das belgische Fernsehen am 30. Januar 1972 in der Sendung *Faire le point* mit Willy Schyns, Michel Kohnemann, Kurt Grünebaum, Michel Louis und dem Vervierser PFF-Abgeordneten André Damseaux über Fragen der deutschsprachigen Minderheit diskutierte.

Nach dreimonatiger Vorarbeit wurden am 17. März 1972 auf dem ersten Kongress der PDB, der im Eupener Kolpinghaus stattfand, die Statuten und das Programm der neuen Partei verabschiedet. Im Vorwort wurde das Selbstverständnis der Partei dargelegt.

„Die PDB ist gegründet worden als politische Partei innerhalb des deutschen Sprachgebiets Belgiens und bezeichnet, eine Sammelbewegung zu werden für alle jene, denen das politische, administrative, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl der Bewohner dieses Gebietes am Herzen liegt. [...] Es genügt nicht, dass der Gesetzgeber in der neuen Verfassung die deutsche Sprachgemeinschaft anerkennt, er muss ihr auch die Strukturen zur Verwirklichung der Regionalisierung beschaffen. Um vollwertiger Partner zu sein, ist es unbedingt



Provisorischer Vorstand der am 27. Dezember 1971 in Sankt Vith gegründeten PDB: (v.l.n.r.) Eugen Krings, Klaus Baltus, Wilhelm Pip, Ernst von Frühbuss, Michel Kohnemann, Lorenz Paasch und Michel Louis.

erforderlich, dass das deutsche Sprachgebiet einheitliche Strukturen erhält. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, können wir sagen, dass wir gleichberechtigte Partner wie unsere wallonischen und flämischen Mitbürger sind. Nach Ansicht der PDB ist der Rat der Deutschen Kulturgemeinschaft das geeignete Gremium zur Verwirklichung der Regionalisierung in den verschiedenen von der Verfassung vorgesehenen Bereichen. Die Entscheidung über die Verwirklichung dieser Regionalisierung darf nicht gegen den Willen der eigenen Gemeinschaft getroffen werden.“¹⁶⁰

In diesem Programm wurde neben einer gesicherten parlamentarischen Vertretung auch das Recht der deutschen Kulturgemeinschaft eingefordert, in der Regierung durch einen Staatssekretär vertreten zu sein. Dieser Staatssekretär müsse „Deutschsprachiger sein und im deutschen Sprachgebiet wohnen“, dürfe „nicht dem politischen Tauziehen auf nationaler Ebene ausgesetzt sein“ und müsse innerhalb des eigenen Wahlbezirks, den die PDB forderte, von der Gruppe vorgeschlagen werden, die bei den Parlamentswahlen die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen konnte¹⁶¹.

Zwei Wochen später wurde das PDB-Parteiprogramm von Klaus Baltus, Vorsitzender, Michel Louis, Vize-Vorsitzender, Michel Kohnemann und Lorenz Paasch, Sprecher der PDB, im Brüsseler Pressehaus vorgestellt. Im Gegensatz zu den meisten Tageszeitungen des französischen Landesteils schrieb Manu Ruy in einem Leitartikel von *De Standaard* einen ausführlichen Kommentar:

„Von wallonischer Seite würde man zu Unrecht in dieser Aktion ein Vorgehen gegen die Wallonie oder das Französische vermuten. Von flämischer Seite hätte man Unrecht, die Deutschsprachigen in einer Konfrontation der Gemeinschaften auszuspielen. Im friedlichen Osten unseres Landes leben Menschen, die nur sie selbst sein wollen und die nicht mehr immer wieder Richtlinien unterworfen werden wollen, Befehlen, der Gleichgültigkeit oder auch der Widerwilligkeit von Personen, die ihre Sprache nicht sprechen, ihre Bedürfnisse und ihre Mentalität nicht kennen. Es wird Zeit, dass man dem deutschsprachigen Gebiet selbst das Wort überlässt.“¹⁶²

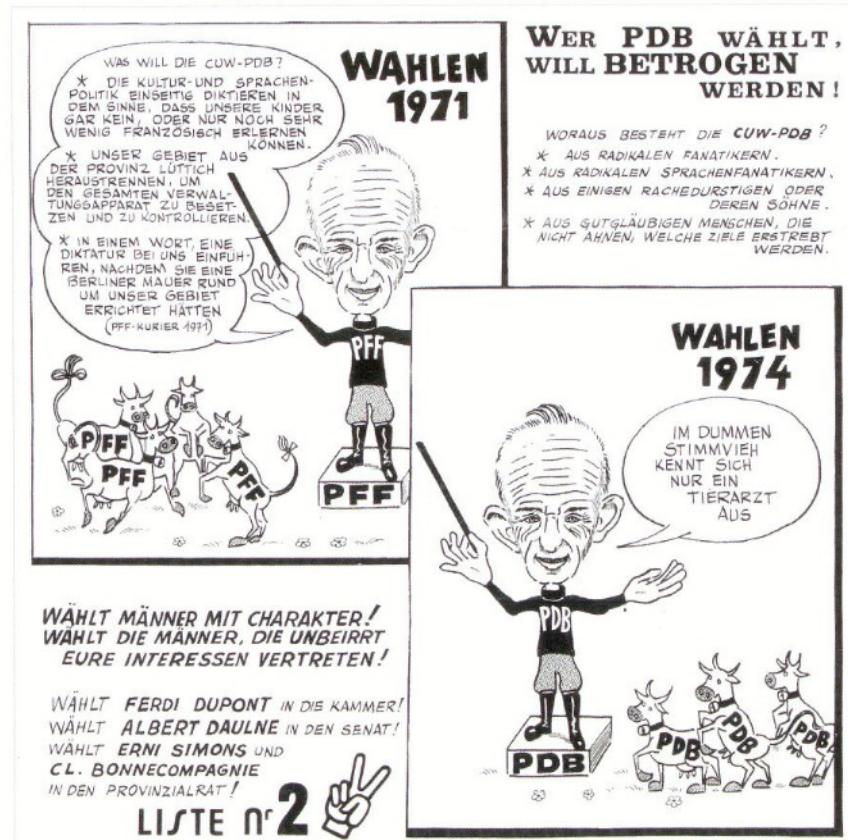
Als sich die PDB 1974 zum ersten Mal an Parlamentswahlen beteiligte, konnte sie etwa 25 Prozent der gültigen Wählerstimmen für sich verbuchen und wurde damit zur zweitstärksten Partei im deutschen Sprachgebiet. Aber auch die CSP verzeichnete erstmals seit 1958 wieder einen Stimmenzuwachs. Diesen Trend bestätigten die ersten Wahlen zum Rat der deutschen Kulturgemeinschaft, als die CSP und die PDB jeweils 12 und 6 Mandate von insgesamt 25 erlangten. Nach dieser Neugründung wurde das öffentliche Leben über Jahre hinweg von einer Fehde zwischen den traditionellen Parteien und der PDB bestimmt. Unzählige Leserzuschriften zeugen von diesem sterilen Grabenkrieg, in dem sich die Fronten immer mehr verhärteten und einen überparteilichen Dialog schier unmöglich machten. Statt des fairen politischen Dialogs beherrschten Klischees und alte, überwunden geglaubte Feindbilder die Auseinandersetzungen, die das politische Klima in den Ostkantone völlig vergifteten. Dies zeigte sich bereits in aller Deutlichkeit, als Freddy Derwahl zwei Tage nach der Parteigründung schrieb:

„Was die Grundsatzklärung der frischlackierten PDB betrifft, so sollten es sich die Gegner der in St. Vith geborenen Formation nicht leicht machen und ihr pauschal ‚Heim-ins-Reich‘-Tendenzen andichten. So einfach liegen die Dinge nicht. Was hier nachvollzogen wurde, ist eine direkte Anlehnung an sowohl in Flandern wie auch in Wallonien bestehende Volksbewegungen. Man wird sie kritisch im Auge behalten müssen, vorweg verketzern sollte man sie nicht.“¹⁶³

Doch existierte in der neugegründeten Partei eine gewisse Selbstüberschätzung, die dazu führte, dass es in der Auseinandersetzung um die politische „Führungsrolle“ im deutschsprachigen Gebiet nicht zu einem wirklich konstruktiven Dialog kam. An der folgenden Leserzuschrift des PDB-Sekretärs Bruno Kartheuser im Dezember 1973 lässt sich diese Haltung exemplarisch darstellen:

„Ist es denn nicht Kopflosigkeit und gleichzeitig eine unverschämte Anmaßung, wenn diese Partei (die CSP) nun plötzlich laut aufschreit, der Staat sei in Gefahr, nur weil eine andere Partei ein klares Programm entworfen hat, um die Probleme, die die CSP bewusst verschleppt hat, nun endlich zu lösen! – Ist der Staat in Gefahr, bloß weil die 26-jährige Herrschaft dieser Partei in unserem Gebiet endlich ihrem seligen Ende naht. Der Staat und die CSP sind doch gottseidank zweierlei. Sollte nun aber der Fortbestand des Staates tatsächlich durch die Tätigkeit der PDB gefährdet sein, dann, verehrte Vorstands- und Fraktionsmitglieder der CSP, dann gibt es nur noch eines: Rufen sie den Notstand aus, bilden Sie eine christlich-soziale Militärjunta, nehmen Sie die politischen Gegner in Haft oder verweisen Sie sie des Landes, [...] tun Sie das alles, wenn Sie konsequent sein wollen und wenn Sie wirklich glauben, der Staat sei in Gefahr, bloß weil Bürger sich zu Wort melden, Missstände aufdecken und echte Demokratie anstatt einer Parteidiktatur fordern!“¹⁶⁴

Heinrich Toussaint, Chefredakteur des Grenz-Echos, schilderte die Gefühlslage treffend, als er schrieb:



Die Gründung der PDB konnte nicht zu einer Versachlichung der politischen Auseinandersetzung im deutschsprachigen Belgien führen, wie dieses Wahlplakat der Sozialistischen Partei aus dem Jahr 1974 belegt.

„Das Land ist dabei, die Ostkantone zu entdecken. Es hat nur fünfzig Jahre gedauert, bis man feststellte, dass ‚ces braves gens là-bas‘ eigene Ideen über sich selbst haben und ernstgenommen zu werden wünschen. Genau so lang, wie wir brauchten, um die bedeutsame Feststellung zu machen, dass man, um ein guter Belgier zu sein, nicht unbedingt zu allem Ja und Amen sagen muss, was ‚von oben‘ kommt. Es braucht nur einer den Mund aufzutun und das Wort ‚deutsch‘ rutscht ihm in irgendeiner Verbindung heraus, gleich seien neunmal kluge Superpatrioten darin ‚Heim ins Reich‘-Bestrebungen, von denen sie annehmen, sie würden hier bei jeder

Gelegenheit aufflammen wie glühende Holzkohle unter der Asche bei einem kleinen Windstoß. Wäre es wirklich so, würde jede Mühe, es zu unterdrücken, vergebens sein. Es würden sich längst professionelle Volkstumskämpfer aus Innsbruck oder anderswo der unterdrückten Deutschen in Belgien angenommen haben.“¹⁶⁵

Im Gegensatz zu den traditionellen Parteien forderte die PDB die größtmögliche kulturelle, wirtschaftliche und politische Eigenständigkeit für das deutsche Sprachgebiet. Seitdem war die politische Diskussion um eine Erweiterung der Autonomie ein ständiges Tauziehen zwischen den maximalen Forde-

rungen der PDB, die sich als „treibende Kraft“ verstand, und einer von den traditionellen Parteien befürworteten „Politik der kleinen Schritte“.

Obwohl eine Versachlichung der politischen Auseinandersetzung nicht erreicht wurde, hatte die Gründung einer Regionalpartei doch einen unmittelbaren positiven Doppeleffekt. Zum einen verlagerte sich die Diskussion über die Stellung des deutschen Sprachgebiets von den Druck- und Interessengruppen wieder verstärkt auf die Ebene der politischen Parteien, und zum anderen waren die traditionellen Parteien gezwungen, sich unter dem Druck einer autonomiebewussten Regionalpartei tatkräftiger als bisher für die Autonomie der Deutschsprachigen einzusetzen. Dieser äußere Druck führte auch zu einem Wiedererstarken der CSP, die ihre inneren Querelen und ihre zögerliche Haltung in Autonomiefragen überwand, was sich exemplarisch im Eintreten des Anfang 1973 ernannten Staatssekretärs Schyns für eine Direktwahl des RdK äußerte. Eine Idee, die er kurz vorher noch vehement abgelehnt hatte. Die CSP dokumentierte Stärke, indem sie immer wieder auf ihre guten Kontakte zur flämischen CVP und zur wallonischen PSC hinwies. Anfang April 1972 besuchten der neu gewähl-



Beratungen der drei CSP-Sprachflügel in der Brüsseler Parteizentrale (1972): (v.r.n.l.) Albert Gehlen (CSP-Präsident), Johann Weynand (Sonderbeauftragter beim Premierminister), Charles-Ferdinand Nothomb (PSC-Präsident), Jos Chabert (CVP, Minister), Wilfried Martens (CVP-Präsident), Willy Schyns (CSP, Abgeordneter), Freddy Derwahl (CSP, Kabinettsattaché), André Dieudonné (PSC, Berater), Albert Parisis (PSC, Minister).

te PSC-Präsident Charles-Ferdinand Nothomb und Anfang September 1972 CVP-Präsident Wilfried Martens die deutschsprachige Schwesterpartei. Und Ende Mai 1972 trafen erstmals in der Geschichte der Christlich-Sozialen Partei in Brüssel Delegationen der drei Sprachflügel zu Beratungen über ostbelgische Fragen zusammen. Die Kontakte zu den großen Schwesterparteien – der berühmte „lange Arm“ – wurde als der große Trumpf der CSP

gewertet¹⁶⁶. Als am 6. Juni 1973 in Elsenborn der Verband der deutschsprachigen CSP-Provinz- und Gemeindemandatare gegründet wurde, belegte dies nicht nur den Willen der strukturierten Zusammenarbeit der deutschsprachigen CSP-Mandatare, sondern auch das Ende der Ära der Bürgermeisterresolutionen. Die Parteien – allen voran die CSP und die PDB – hatten das Heft des politischen Handelns wieder übernommen.

Kapitel 7: Die Einsetzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft

Der im Rahmen der Verfassungsrevision verabschiedete Artikel 59ter bezog sich direkt auf die neu geschaffene deutsche Kulturgemeinschaft: „Es gibt einen Rat der deutschen Kulturgemeinschaft. Das Gesetz bestimmt seine Zusammensetzung und Zuständigkeit.“ Mit dieser lapidaren Formulierung wurde dem Gesetzgeber die Aufgabe übertragen, in noch zu schaffenden Ausführungsge setzen die Zusammensetzung und die Kompetenzen des Rates zu bestimmen. Obwohl Gaston Eyskens in der Regierungserklärung vom 25. Januar 1972 ankündigte, dass die Regierung zur Ausführung von Artikel 59ter „unverzüglich“ ein Gesetzesprojekt hinsichtlich der Zusammensetzung und der Kompetenzen des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft hinterlegen würde¹⁶⁷, dauerte es fast noch zwei Jahre, ehe der RdK am 23. Oktober 1973 feierlich eingesetzt wurde. Mit der Durchführung der Bestimmungen der Verfassung wurde der Kelmiser Bürgermeister und Abgeordnete Willy Schyns, der von Januar 1973 bis zum 23. Oktober 1973 der Regierung Leburton-Tindemans als Staatssekretär für die Ostkantone und für den Tourismus angehörte, betraut. Sein Auftrag lautete, dem Parlament schnellstmöglich ein Gesetz zur Errichtung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft vorzulegen.

Für viele wirkte dies kurios, da Willy Schyns sich jahrelang gegen eine Direktwahl der Ratsmitglieder ausgesprochen hatte und erst unter dem Druck der eigenen Partei seine Position revidierte. Da die Vorarbeiten aber bereits weit fortgeschritten waren, kam der Gesetzentwurf rasch zustande, an dem neben Schyns

auch Vizepremier Leo Tindemans als Koordinator und die beiden Staatssekretäre Louis Olivier (PLP) und Jef Ramaekers (SP) mitwirkten. Kammer und Senat nahmen den Text mit großer Mehrheit an. Am 20. Juli 1973 unterzeichnete der König das Gesetz. Drei Monate später, am 23. Oktober 1973, setzte Willy Schyns in Eupen den Rat ein. Allerdings fand genau an diesem Tag in Brüssel eine Regierungsumbildung statt, bei der Schyns nicht mehr zum Zuge kam. Zuständig für die Ostkantone war fortan der christlich-soziale Politiker Charles Hanin, Minister für Wissenschaft, die Ostkantone und den Tourismus. Die Entscheidung stieß nicht nur im deutschen Sprachgebiet auf Unverständnis und Empörung, auch der Lütticher Regionalsender der RTB sprach vom „größten Fehler, der seit dem Krieg in der ostbelgischen Politik gemacht“ wurde¹⁶⁸. Es war aber Willy Schyns selber, der am Tag der Einsetzung des RdK – was auch gleichzeitig seine letzte Amtshandlung als Staatssekretär war – von überreichten Aktionen oder gar Protesten abriet:

„Wir haben in der Vergangenheit als Deutschbelgier alles getan und werden in Zukunft alles tun, um als Deutschbelgier im Vaterland Belgien zu leben und anerkannt zu werden. Aus dieser Sicht ist es im Augenblick nicht angebracht, zu politischen Aktionen zu schreiten. Wir sind nun wer, wir sind da, und man soll uns gerecht werden.“¹⁶⁹

Das Gesetz vom 10. Juli 1973 bestimmte die Zusammensetzung und die Zuständigkeit des Rates der deut-

schen Kulturgemeinschaft¹⁷⁰. Eine eigene Exekutive sah das Gesetz nicht vor. Die exekutive Gewalt des RdK wurde von einem oder von mehreren Mitgliedern der nationalen Regierung ausgeübt. Im Gegensatz zu den beiden anderen Kulturräten hatte der RdK keine Dekretbefugnis, sondern im Wesentlichen nur eine beratende Befugnis, eine Verordnungsbefugnis und die Befugnis, Stellungnahmen abzugeben. Über die Auslegung von Artikel 59ter entstand in den Vorbereitungsarbeiten zum Gesetz vom 10. Juli 1973 eine heftige Kontroverse, die auch nach der Verabschiedung des Gesetzes weiter andauerte. Es wurde moniert, dass man nicht alle Möglichkeiten von Artikel 59ter ausgeschöpft habe, um dem RdK – wie den beiden anderen Räten – die Dekretbefugnis zu verleihen. Das Gesetz bestimmte, dass die 25 Mitglieder des RdK aus direkten Wahlen hervorgingen. Die ersten Wahlen zum RdK fanden am 10. März 1974 statt. Die im Wahlbezirk Verviers gewählten Abgeordneten und Senatoren, die ihren Wohnsitz in einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets und ihren Eid in deutscher Sprache geleistet hatten, nahmen mit beratender Stimme an den Ratssitzungen teil. Zu den beratenden Mandatären gehörten auch die vom Provinzialrat von Lüttich gewählten und die kooptierten Senatoren sowie die Provinzialratsmitglieder, vorausgesetzt, dass sie die Wohnortsbedingungen erfüllten und ihren Eid auf die Verfassung in deutscher Sprache geleistet hatten. In der Übergangsphase von Oktober 1973 bis März 1974 wurde ein vorläufiges



Am 23. Oktober 1973 setzte Staatssekretär Willy Schyns (rechts) den ersten Rat der deutschen Kulturgemeinschaft ein. Der erste Präsident wurde Johann Weynand (links).

Verfahren festgelegt. Die Bezeichnung der ersten RdK-Mitglieder erfolgte durch die Gruppe der effektiven Kandidaten und Ersatzkandidaten, die am Tage der Parlaments- und Provinzwahlen vom 7. November 1971 im Gebiet deutscher Sprache wohnten und die bei diesen Wahlen unter derselben Listennummer vorgeschlagen worden waren - entweder für die Kammer und für den Senat im Wahlbezirk Verviers oder für den Provinzialrat von Lüttich in den Wahlbezirken Dison und Spa¹⁷¹. Auch in dieser Frage hatte es zwischen den drei traditionellen Parteien (CSP, PFF und SPB) und der PDB kontroverse Auseinandersetzungen gegeben.

Für die CSP wurden dreizehn, für die PFF sechs, für die SPB drei und für die CUW drei Mitglieder für die konstituierende Sitzung des RdK vom 23. Oktober 1973 benannt. Mit 21 von insgesamt 25 Stimmen wurde der Elsenborner Johann Weynand, der seit 1968 Kabinettsattaché im Kulturministerium, Berater des Erstministers und Kabinettschef im Staatssekretariat für die Ostkantone war, gewählt. Auf dem der Ratseinsetzung folgenden Festakt in der Aula des Collège Patronné sprach Willy Schyns von einem „historischen Tag“, einem „Tag der Hoffnung und der Zuversicht“¹⁷². In seiner kurzen Ansprache bezeichnete Johann Weynand den

RdK als ein „wichtiges Organ der neuen Verfassung, das es jetzt mit Ernst, Aufgeschlossenheit und Selbstbewusstsein zu erfüllen“ gelte¹⁷³. Weynand waren vermutlich die harten politischen Auseinandersetzungen, die der Einsetzung des Rates vorausgegangen waren, noch in Erinnerung, als er in seiner Ansprache eine demokratische Streitkultur anmahnte:

„Die Erwartungen, die wir alle in diesen Rat setzen, werden auch davon abhängig sein, dass hier ein Stil und eine Zusammenarbeit wachsen, die zwar die fruchtbare Kontroverse nicht ausschließen,

aber stets die Verpflichtung zur demokratischen Fairness zum obersten Gebot machen.“¹⁷⁴

In seiner abendlichen Tischrede im Eupener Hotel Bosten erwähnte er dann nochmals die schwierigen Debatten, die der Einsetzung des RdK vorausgegangen waren.

„Das sollte uns nicht daran hindern, in diesem schwierigen Vaterland unser Mitspracherecht anzumelden. Man solle den Rat nicht als ein Mittel sehen, neue Konfliktfälle zu schaffen oder Unruhe zu stiften. Er solle vielmehr dazu dienen, Ostbelgien mit neuem Leben zu erfüllen und den Kontakt sowie den fruchtbaren Austausch mit Wallonen und Flamen zu pflegen.“¹⁷⁵

Der RdK verfügte anfangs nur über einen bescheidenen Haushalt. Im Jahr 1973 standen ihm umgerechnet 314.000 Euro und im Jahr 1974 rund 598.000 Euro zur Verfügung¹⁷⁶. Zudem hatte er nur eine beratende Funktion. Seine Einsetzung erregte vielleicht deshalb kein allzu großes Aufsehen bei der deutschsprachigen Bevölkerung. Dennoch erscheint dieses Datum im geschichtlichen Rückblick als ein Meilenstein der jüngeren Regionalgeschichte. Von großer Tragweite war vor allem die Tatsache, dass erstmals ein von allen politischen Verantwortlichen anerkanntes Forum für die politische Auseinandersetzung existierte. Endlich war eine Bündelung der Kräfte – zumindest theoretisch – möglich, so dass die deutsche Sprachgruppe sich in den Brüsseler Entscheidungszentralen mit einer Stimme zu Wort melden konnte. Der RdK wurde zur Autonomieschmiede.



Johann Weynand leistet den Eid als erster Präsident der neuen parlamentarischen Versammlung der deutschen Kulturgemeinschaft.



Das Namensschild am Ratsgebäude, Kaperberg 8, in Eupen

Kapitel 8: Thesen zur politischen Kultur

Lässt er das für die Autonomie der Deutschsprachigen so entscheidende Jahrzehnt von der Festlegung der Sprachgrenze bis zur Einsetzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft Revue passieren, drängen sich dem Beobachter mehrere Schlussfolgerungen auf. Die aufgewühlten Diskussionen Anfang der 1970er Jahre über die anstehende Staatsreform und über den Platz der Deutschsprachigen im föderalen Belgien ließen ein für die Ostkantone wichtiges Jubiläum fast in Vergessenheit geraten: die fünfzigjährige Zugehörigkeit der Ostkantone zum Königreich Belgien aufgrund des Völkerratsbeschlusses vom 20. September 1920.

Zu diesem Anlass widmete Pierre Clerdent, Gouverneur der Provinz Lüttich von 1953 bis 1971, die Eröffnungsrede der ordentlichen Sitzung des Provinzialrates vom 1. Oktober 1969 den Ostkantonen. Fünfzig Jahre seien es her, dass

„die Ostkantone nach einer hundertjährigen preußischen Verwaltung zum Landesgebiet zurückgekehrt sind. Im Jahre 1970 wird die goldene Hochzeit zwischen der Provinz Lüttich und diesem Gebiete von Eupen-Malmedy-Sankt-Vith gefeiert, welches integraler Bestandteil der Provinz ist“¹⁷⁷.

In einem historischen Rückblick sprach der Gouverneur von der Wiedergutmachung einer „historischen Ungerechtigkeit“¹⁷⁸, die ein Jahrhundert zuvor durch den Wiener Kongress begangen wurde; von einem „Wiederfinden“¹⁷⁹ der Ostkantone und von

einer „Schicksalsgemeinschaft, die die Gebiete von Eupen, Malmedy und Sankt Vith mit dem Leben unserer Provinz zusammenschweißt“¹⁸⁰. Nach einem „Jahrhundert der Trennung“ habe „Belgien schnell die Geister und die Herzen zurückerobert; den besten Beweis dafür finden wir in der unverbrüchlichen Treue gegenüber unserer Dynastie“¹⁸¹. Die Rede des Provinzgouverneurs kolportierte das Klischee der königstreuen Ostbelgier, die die Wirkungen von zwei Weltkriegen endgültig in die belgische Schicksalsgemeinschaft zurückgeführt hätten. Es ist nur folgerichtig, dass der Gouverneur nach dieser verzerrenden Darstellung ostbelgischer Vergangenheit schlussfolgerte, dass die deutschsprachige Gemeinschaft wünsche,

„sich durch einen möglichst repräsentativen Rat Gehör zu verschaffen, der den Gesetzgeber auf kulturellem Gebiet, gemäß den Gesetzen einer gesunden Demokratie, über die Wünsche der Bevölkerung in Kenntnis setzen könnte“¹⁸².

Wie weit diese minimalen Vorstellungen über die zukünftige Kulturautonomie der Deutschsprachigen von deren eigenen Forderungen abwichen, zeigte sich in aller Deutlichkeit, als in einer am 29. April 1970 von der Tageszeitung *La Libre Belgique* veröffentlichten Sonderausgabe mit dem Titel „Die Ostkantone 50 Jahre nach Versailles“ deutschsprachige Politiker neben einer vollwertigen Kulturautonomie auch für einen eigenen Verwaltungs- und Wahlbezirk, für eine gesicherte parlamentarische Vertretung und für die Lösung aller Nachkriegsprobleme eintra-

ten¹⁸³. Die in der Rede des Lütticher Provinzgouverneurs in exemplarischer Weise dargelegte verzerrende Lesart ostbelgischer Vergangenheit erweckte bei vielen deutschsprachigen Belgiern den Eindruck, als sei die nach einem halben Jahrhundert erfolgte Integration in den belgischen Staat nicht mit der Forderung nach Kulturautonomie zu vereinbaren. Dies hatte zur Folge, dass Autonomieforderungen lange das Odium des Separatismus anhaftete. Hätte man Mitte der 1960er Jahre im deutschsprachigen Belgien per Meinungsumfrage ein Unwort des Jahres gesucht, so hätte „Autonomie“ sicher einen der vorderen Plätze belegt. Es war der aus der Zeit der Säuberung verinnerlichte vorauselende Gehorsam, der viele davor zurückschrecken ließ, konsequent und mit dem nötigen Selbstbewusstsein die berechtigten politischen Forderungen der Deutschsprachigen in den übergeordneten Parteiinstanzen und in Kammer und Senat vorzubringen. „Autonomie“ war lange ein Fremdwort und bahnte sich nur zögerlich einen Weg in das politische Bewusstsein der Deutschsprachigen. Noch lange nach der Einsetzung des Rates sollte dies eine Konstante ostbelgischer Politik bleiben.

Eine von allen Gesellschaftsschichten getragene und von übergeordneten Instanzen unabhängige Partei, die die Autonomieansprüche der Deutschsprachigen mit einer Stimme in der Abgeordnetenkammer und im Senat vorgestellt hätte, hat es nicht gegeben. Nicht nur in den Jahren, die der ersten Verfassungsreform vorausgingen, sondern auch noch nach der Verabschiedung derselben im Dezember

1970 gab es keinen parteiübergreifenden Konsens über die konkrete Gestaltung der Kulturautonomie im deutschen Sprachgebiet. Schlimmer noch, in einem Klima der gegenseitigen Verdächtigungen gab es nicht einmal einen parteiübergreifenden Dialog.

Heinrich Toussaint beschreibt die vollkommene Orientierungs- und Perspektivlosigkeit der ostbelgischen Politik im Herbst 1971:

„Über alle den Kulturrat betreffenden Fragen herrscht in Ostbelgien totale Uneinigkeit. Man ist, scheint es, über das Stadium der Stammstischdiskussionen noch nicht hinaus. Dabei wäre ein gemeinsames Vorgehen aller ostbelgischen Kreise, von denen anzunehmen ist, dass sie den Lauf der Dinge beeinflussen können, gerade jetzt von größtem Wert, wenn man eine echte Lösung im Sinne unserer Sprachgruppe anstrebt. Ein gemeinsamer ‚ostbelgischer Wunschkzettel‘ würde, glauben wir, in Brüssel mit Erleichterung begrüßt. [...] Gibt es denn nicht die Persönlichkeit unter uns, die genügend Vertrauen auf allen Seiten hat, dass sie es fertigbringt, zum ‚ostbelgischen Gipfel‘ aufzurufen?“¹⁸⁴

Die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete Christlich-Soziale Partei, die bis Ende der 1960er Jahre fast 70 Prozent der Wählerstimmen erhielt, hätte ähnlich der Südtiroler Volkspartei, die im gleichen Zeitraum das Autonomiestatut für Südtirol erstritt, das politische Sammelbecken aller Autonomiebefürworter werden können. Doch der ostbelgischen CSP fehlte es sowohl an innerparteilicher Einheit als auch an einer charismatischen Führungsper-

sönlichkeit, wie es Silvius Magnago für Südtirol gewesen war.

Zudem existierte innerhalb der CSP eine Nord-Süd-Zäsur. Während die Süd-Sektionen weitgehende Autonomie forderten, hielten die Eupener und Kelmiser Sektionen an minimalen Autonomieforderungen fest. Die CSP glich einem Januskopf. Es war dieser zögerliche und lavierende Kurs, der viele Mitglieder der CSP entfremdete. Erst nach der Bildung der CUW und der PDB entschloss sich auch die CSP zu einem resoluteren Kurs in Autonomiefragen.

Fragen der Kulturautonomie wurden vom Abgeordneten Schyns, der von 1960 bis 1981 der ostbelgische Vertreter in der Abgeordnetenkammer war, stets mit den ungelösten Nachkriegsproblemen in Verbindung gebracht. Er betrachtete die Lösung der Nachkriegsprobleme als vorrangig vor Autonomiefragen und als Vorbedingung für die Schaffung einer echten Kulturautonomie. Durch diese Gewichtung der politischen Themen wurden die Verhandlungen über die zukünftige Autonomie der Deutschsprachigen zusätzlich erschwert.

Die CSP-Granden Willy Schyns, Heinrich Cremer, Joseph Schmitz und Johann Weynand waren zu sehr in PSC-Parteistrukturen eingebunden, als dass sie selbstbewusst zum Sprachrohr der legitimen Autonomieforderungen der Deutschsprachigen wurden. Obwohl sie die sich stets verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen Flamen und Wallonen hautnah miterlebten, hatten sie nicht erkannt, dass es von größter Wichtigkeit für die Zukunft der Deutschsprachigen war, deren Ansprüche in den Verhandlungen

über den Aufbau eines föderalen Belgien mit Überzeugung und Nachdruck vorzubringen. Für sie hatten Autonomieforderungen stets das Odium des Suspekten, des Staatszersetzenden und des Separatismus. Es fehlte ihnen an politischen Visionen. Eine Erklärung für diese zögerliche Haltung mag darin zu finden sein, dass der Bezugs- oder Orientierungspunkt ihres politischen Handelns der Meinungskampf der Zwischenkriegszeit war. Sie befürchteten – und dies in totaler Verkennung sowohl der innenpolitischen Entwicklung Belgien als auch der politischen Lage in den Ostkantonen – die Wiederauflage einer Auseinandersetzung zwischen zwei verfeindeten politischen Lagern.

Konfrontation statt Konsens

Einen offenen Dialog über die Position der Deutschsprachigen im zukünftigen Föderalstaat Belgien hat es im Untersuchungszeitraum nie gegeben. Misstrauen, gegenseitige Beschuldigungen und hältlose Vergleiche mit der Zwischenkriegszeit bestimmten die politische Debatte und führten letztlich nur dazu, den politischen Gegner mundtot machen zu wollen. Einem offenen Dialog über die Zukunft der Deutschsprachigen im sich abzeichnenden belgischen Föderalstaat wurde somit der Boden entzogen. Anstelle von Konsens herrschte Konfrontation. Dies war auch noch nach der Einsetzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft ein wesentliches Merkmal der politischen Auseinandersetzung im deutschen Sprachgebiet.

Es war aber gerade die Verweigerung dieser breit angelegten Debatte über Kulturautonomie, die erst zu einer Polarisierung der Meinungen führte.

Diese Uneinigkeit zeigte sich exemplarisch an den entgegengesetzten Forderungen, die vom Abgeordneten Schyns und von Senator Louis in der entscheidenden Phase der Autonomiedebatte in den Jahren 1968 bis 1971 in Kammer und Senat vorgebracht wurden. Anstatt in beiden Kammern eine gemeinsame politische Linie zu vertreten, führten sie der belgischen Öffentlichkeit vor Augen, dass die Kulturautonomie in den Ostkantonen zum politischen Zankapfel mutiert war. Auch die verschiedenen Interessenverbände hatten sich in politische Scharmütel verstrickt. Der Deutschostbelgische Hochschulbund und die Interessengemeinschaft für Sprachenfragen vertraten diametral entgegensezte Standpunkte. Ein Echo dieser Interessenkonflikte fand sich in der ostbelgischen Presselandschaft. AVZ-Redakteur Willy Timmermann und der BHF-Journalist Hubert Jenniges vertraten im Gegensatz zum Grenz-Echo-Chefredakteur Heinrich Toussaint die Forderungen nach einer weitreichenden Autonomie.

Über viele Jahre wurde die Autonomiedebatte zu sehr auf die Sprachen-

frage reduziert. In der Schülerzeitschrift *Wir schnüffeln*, der ersten Gemeinschaftsausgabe der Schülerzeitschriften *Schnüffler* (Bischöfliche Schule St.Vith) und *Wir* (Collège Patronné Eupen und Heidberg-Institut Eupen), kritisierte Chefredakteur Martin Orban die nicht enden wollende und meist unsachliche geführte Diskussion über den Stellenwert der deutschen und der französischen Sprache im Unterrichtswesen.

„Ein Thema wird ganz bestimmt vermisst werden: Die Sprachenfrage im Unterrichtswesen haben wir allerdings mit Absicht unter den Tisch fallen lassen. Wir wollen hiermit beweisen, dass es auch ohne weiteres möglich ist, in unserer Heimat sich mit wichtigeren und ernsteren Problemen auseinanderzusetzen, ohne die Sprachenfrage ins Spiel zu bringen. Wir hätten allerdings auch keine neuen Argumente zu bringen. Für die Schüler des deutschsprachigen Gebietes ist nämlich klar: Wir wollen so gut wie möglich die französische Sprache erlernen, ohne der Muttersprache den Vorrang zu nehmen. Auch möchten wir ohne zusätzliche

Anstrengungen unser Fachwissen so gut wie unsere Kollegen aus der Wallonie und Flandern beherrschen. Über das ‚wie‘ sollen kompetente Pädagogen und Sprachwissenschaftler beraten, die fähig sind, unvoreingenommen mit wissenschaftlichen Argumenten, und nicht mit ‚Französing‘ und ‚Heim ins Reich‘ nach einer Lösung zu suchen.“¹⁸⁵

Die Anwendung der Sprachengesetzgebung im Unterrichtswesen und der Stellenwert der Muttersprache und der Fremdsprache Französisch nahmen nicht nur einen breiten Platz in der öffentlichen Diskussion ein, sondern bestimmten maßgeblich auch die inhaltliche Positionierung der Parteien in Wahlkampfzeiten. Dass die Festlegung der Sprachgrenzen und der Sprachgebiete und die Verabschiedung der Gesetze über den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen und in der Verwaltung nicht der Schlusspunkt einer kulturpolitischen Entwicklung, sondern die Basis für eine weitreichende Reform des belgischen Staatsgefüges waren, wurde von vielen ostbelgischen Politikern nicht verstanden.

Endnoten

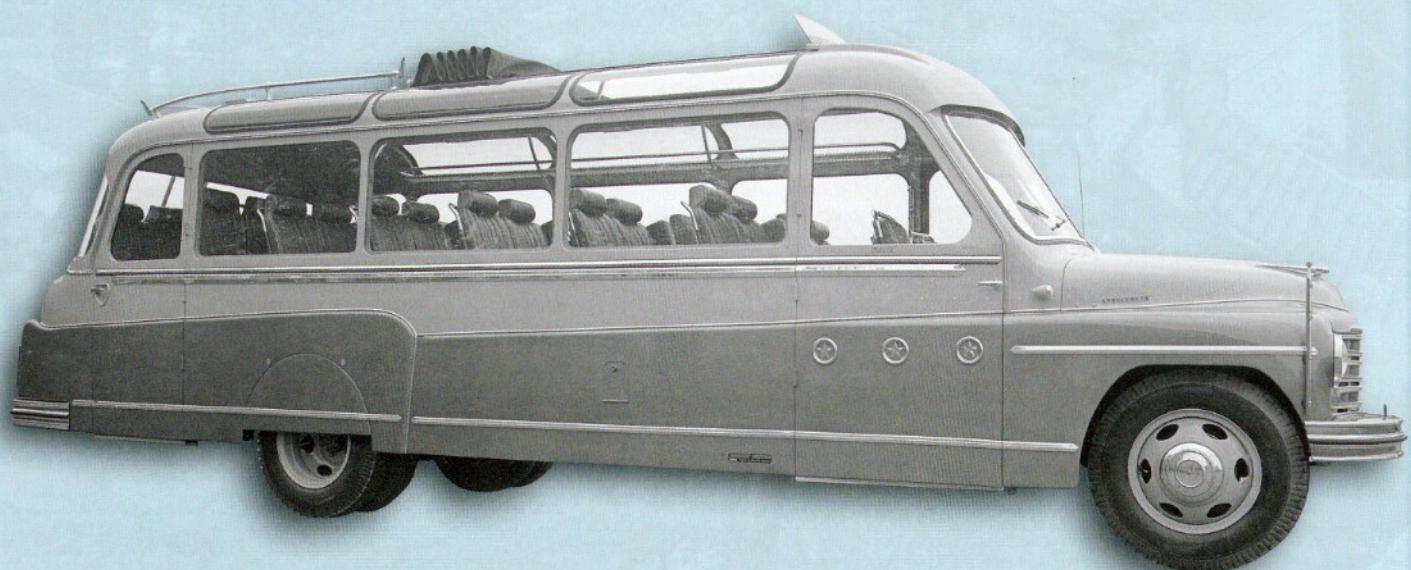
- 1 Martin Conway, *The sorrows of Belgium. Liberation and Political Reconstruction 1944-1947*, Oxford 2012.
- 2 Das Folgende bei Cynthia Lemaire, *La question royale dans les cantons de l'Est 1945-1950, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte*, Universität Lüttich, 2004, S. 82ff.
- 3 Die genauen Ergebnisse auf Kantonalebene sind nicht mitgeteilt worden. Die zeitgenössischen Presseberichte schließen auf ein Resultat von 80 bis 90 Prozent durch einen Abgleich mit den Ergebnissen der französischsprachigen Kantone auf Ebene des Bezirks Verviers. S. Lemaire, *Question*, S. 82ff.
- 4 *La Libre Belgique*, 5.2.1950, S. 1 (zitiert nach Lemaire, *Question*, S. 82).
- 5 *Annales Parlementaires Chambre*, 27.1.1950, S. 7.
- 6 Carlo Lejeune, *Die Säuberung*, Bd. 2: *Hysterie, Wiedereingliederung, Assimilierung (1945-1952)*, Büllingen 2007, S. 223.
- 7 Der Ausdruck bei Hubert Jenniges, *Hinter ostbelgischen Kulissen. Stationen auf dem Weg zur Autonomie des deutschen Sprachgebiets in Belgien (1968-1972)*, Eupen 2001, S. 36.
- 8 So Freddy Cremer im Anschluss an Alexander und Margarete Mitscherlich (1967). S. Freddy Cremer, *Eine Hypothese: Keine moralische Verpflichtung einer Selbsthinterfragung*, in: Carlo Lejeune und Klaus-Dieter Klauser, *Die Säuberung*, Bd. 3: *Verdrängte Erinnerungen - 340 Zeitzeugen berichten*, Büllingen 2008, S. 330.
- 9 *Témoignage chrétien*, 23.9.1949 (zitiert nach: Pierre Maxence, *Les atouts gaspillés ou le drame des cantons de l'Est, [Saint-Nicolas] [1951]*, S. 64).
- 10 Freddy Cremer, „Verschlussache Geschichte“. Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit, in: ders., Andreas Fickers und Carlo Lejeune, *Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert*, Büllingen 2001, S. 9-26; ders., *Der 20. September 1920 in Geschichte und Erinnerung der deutschsprachigen Belgier*, in: Christoph Brüll (Hrsg.), *ZOOM 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles*, Eupen 2012, S. 125-144; Andreas Fickers, *Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert*, in: *zeitenblicke* 3 (2004), Nr. 1, URL: <http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/fickers/index.html> (letzter Abruf 29.1.2013).
- 11 Grenz-Echo, 29.11.1950, S. 4.
- 12 Carlo Lejeune, *Die Säuberung*, Bd. 2, S. 230-231.
- 13 Grenz-Echo, 29.11.1949, S. 3. Siehe auch Freddy Cremer, *Annexion, Assimilation, Autonomie. Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft*, in: I&M, 1994, Nr. 4, S. 4-15, hier S. 6-7.
- 14 Ebd., S. 239-240.
- 15 Ebd., S. 240.
- 16 Privatarchiv Werner Mießen, Léopold Nyssen an Marcel Drion, attaché au cabinet du ministre de l'instruction, 26.4.1951.
- 17 Privatarchiv Werner Mießen, 29.4.1951, Léopold Nyssen an Robert Litt, Präsident der PSC des Bezirks Verviers, 29.4.1951 [Kopien an den Nationalpräsidenten der PSC-CVP, an den Präsidenten des wallonischen Flügels der PSC und an alle PSC-Parlamentarier des Bezirks Verviers]. Dort auch die folgenden Zitate.
- 18 Grenz-Echo, 16.6.1951, S. 1.
- 19 Privatarchiv Werner Mießen, Vermerk von Léopold Nyssen, 16.1.1952.
- 20 Privatarchiv Werner Mießen, *Conclusions du rapport présenté le 15 septembre à M. le Premier ministre Pholien*, 15.9.1951.
- 21 Ministerratsprotokolle, 10.2.1956, S. 10-19 (abrufbar auf http://extranet.arch.be/lang_pvminister.html, letzter Abruf 15.2.2013).
- 22 Ebd.
- 23 *Annales Parlementaires Chambre*, 24.2.1956, S. 8-17, hier S. 9.
- 24 Ebd., S. 11.
- 25 Ebd., S. 10.
- 26 Siehe auch die damalige Berichterstattung im Grenz-Echo durch Kurt Grünebaum (25.4.1956, S. 1 und 5) und Henri Michel (28.4.1956, S. 1).
- 27 *Annales Parlementaires Chambre*, 24.4.1956, S. 12.
- 28 Siehe dazu Jenny Pleinen, *Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2012, S. 58-59.
- 29 Zum deutsch-belgischen Ausgleichsvertrag siehe Christoph Brüll, *Belgien im Nachkriegsdeutschland. Besatzung, Annäherung, Ausgleich 1944-1958*, Essen 2009, S. 343-380.
- 30 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin), B 24, Bd. 410, Bl. 16, Auswärtiges Amt an Bundespräsidialamt, 9.8.1960.
- 31 Zitiert nach Lejeune, *Säuberung*, Bd. 2, S. 244.
- 32 Freddy Cremer, *Annexion, Assimilation, Autonomie. Zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft*, in: I&M, 1994, Nr. 4, S. 4-15, hier S. 6-7.
- 33 Jenniges, Kulissen, S. 72-78.
- 34 Zitiert nach Lejeune, *Säuberung*, Bd. 2, S. 243-244. Siehe auch Cremer, *Annexion*, 4, S. 7.
- 35 Grenz-Echo, 3.2.1958, S. 3-4. Siehe auch Lejeune, *Säuberung*, Bd. 2, S. 240; Cremer, *Annexion*, 2, S. 6.
- 36 Cremer, *Annexion*, 4, S. 8; Jenniges, Kulissen, S. 62-64; Bärbel Cremer, *Protestations des germanophones belges contre la politique belge de l'après-guerre, 1949-1963: une étude de cas*, unveröffentlichte Lizenzarbeit in Geschichte, Katholische Universität Louvain-la-Neuve, 2007.
- 37 Christoph Brüll, *Vom Reichsbeauftragten für Eupen-Malmedy zum Staatssekretär der Regierung Adenauer: Franz Thedieck (1900-1995)*, in: ders., Peter M. Quadflieg und Els Herrebout (Hrsg.), *Eine ostbelgische „Stunde Null“. Eliten aus Eupen und Malmedy vor und nach 1944*, Brüssel 2013, S. 87-105. Hier ist durchaus eine unterschiedliche Linie zwischen Auswärtigem Amt und Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen auszumachen. Letzteres verfügte aufgrund der früheren Tätigkeit seines Staatssekretärs Franz Thedieck über Kontakte zu einigen kulturpolitischen Aktivisten in den deutschsprachigen Gemeinden.
- 38 Grenz-Echo, 21.2.1962, S. 3.
- 39 Zitiert nach Lejeune, *Säuberung*, Bd. 2, S. 241.
- 40 Privatarchiv Werner Mießen, *Entschließung der Altherrenschaft der Eumavia [gez. Dr. Richard Pankert, Präsident]*, 31.3.1962.
- 41 Carlo Lejeune, *Oh, alte Burschenherrlichkeit ... Eumavia Lovaniensis, eine Studentenvereinigung als Spiegel der ostbelgischen Geschichte*, Büllingen 1989, S. 40-42.
- 42 Grenz-Echo, 2.2.1962, S. 1.
- 43 Ebd.
- 44 Jenniges, Kulissen, S. 55-57.
- 45 Cremer, *Annexion*, 4, S. 9-10. Dort auch die folgenden Zitate. Siehe auch Werner Mießen, Hubert Mießen – eine ostbelgische Biographie im 20. Jahrhundert, in: Brüll, *ZOOM*, S. 163-190, hier S. 181-185.
- 46 Grenz-Echo, 13.10.1959, S. 4.
- 47 Robert Senelle, *Die Revision der Verfassung des Königreichs Belgien 1967-1970. Informationsbericht des Belgischen Außenministeriums*.

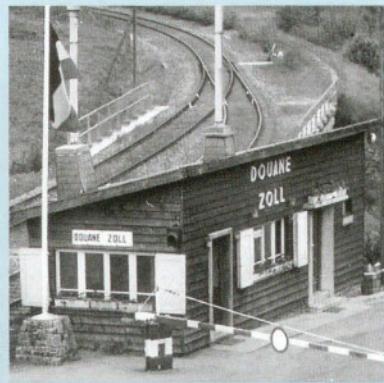
- Informationsbericht Nr. 59, November 1970, S. 23
- 48 Ders., Die Reform des belgischen Staates. Band IV. Informationsbericht des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit. Sammlung „Ideen und Studien“, Nr. 123, 1987, S. 12.
- 49 Victor Nyssen, Ja zur Kulturautonomie, in: Kunst und Bühne (Hrsg.), Zum Thema Kulturautonomie, [Eupen] [1969], S. 17.
- 50 Hubert Jenniges, Die Anfangsjahre des aktuellen Zeitmagazins, in: 18.00 Uhr. Hier ist der Belgische Rundfunk... 20 Jahre BRF-AKTUELL, Eupen 1990, S. 26.
- 51 Angebliche Aussage von Premierminister Gaston Eyskens; siehe dazu André Méan, La Belgique de papa. 1970, le commencement de la fin, Brüssel 1989, S. 11-16.
- 52 Zitiert nach Senelle, Revision, S. 121-122. Siehe auch Xavier Mabille, La Belgique depuis la Seconde guerre mondiale, Brüssel 2003, S. 127.
- 53 Senelle, Reform, S. 5.
- 54 Zitiert nach Senelle, Revision, S. 19.
- 55 Jacques Brassinne und Yves Kreins, Die Staatsreform und die Deutschsprachige Gemeinschaft, in: Courrier hebdomadaire du CRISP, Nr. 1028-1029, 10.2.1984, S. 2.
- 56 Senelle, Revision, S. 47.
- 57 Ebd., S. 96.
- 58 Annales Parlementaires Chambre, 29.7.1965, S. 4-5.
- 59 Ebd.
- 60 Moniteur belge, 5.7.1966, S. 6944.
- 61 Grenz-Echo, 9.2.1968, S. 1-2.
- 62 Ebd.
- 63 Ebd.
- 64 Grenz-Echo, 17.2.1968, S. 1 und 3.
- 65 Ebd.
- 66 Senelle, Revision, S. 105-106.
- 67 Annales Parlementaires Chambre, 28.6.1968, S. 4-5.
- 68 Grenz-Echo, 28.6.1968, S. 1-2. Siehe auch Annales Parlementaires Chambre, 27.6.1968, S. 55.
- 69 Grenz-Echo, 25.10.1969, S. 3 und 6.
- 70 Ebd.
- 71 Grenz-Echo, 24.10.1969, S. 1 und 5.
- 72 Grenz-Echo, 29.4.1970, S. 1.
- 73 Grenz-Echo, 3.12.1970, S. 3.
- 74 Senelle, Revision, S. 112-114.
- 75 Ebd., S. 122-123.
- 76 Jenniges, Kulissen, S. 45.
- 77 Ebd., S. 47.
- 78 Freddy Derwahl, Die Agentur Tim. Erinnerungen an die Ostbelgien-Ausgabe der Aachener Volkszeitung 1965-1991, in: Heinz Warny (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien, Eupen 2007, S. 260.
- 79 Aachener Volkszeitung, 9.9.1965, S. 9.
- 80 Willy Timmermann, Medien und Verbände als Instrument für die Durchsetzung von Kulturforderungen, in: Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Hrsg.), Zwanzig Jahre Kulturautonomie - Hat sich der Weg gelohnt? Tagungsbericht der Tagung vom 29. Oktober 1993 im Rathaus St. Vith, Eupen 1994, S. 24.
- 81 Jenniges, Kulissen, S. 67.
- 82 Timmermann, Medien, S. 25.
- 83 Belgischer Rundfunk 1945-2005. 60 Jahre ostbelgische Zeitgeschichte, Eupen 2006, S. 80.
- 84 Peter Thomas, in: Ebd., S. 289.
- 85 Privatarchiv Freddy Cremer, Protokoll der 43. Sitzung des Beratenden Kulturausschusses für die Sendungen in deutscher Sprache des Belgischen Hör- und Fernsehfunks, 23. Oktober 1969, S. 9-11.
- 86 Zur Eupener Bürgermeisterfrage siehe Werner Mießen, Hubert Mießen - eine ostbelgische Biographie im 20. Jahrhundert, in: Brüll, ZOOM 1920-2010, S. 163-190, hier S. 186-190; Cremer, Annexion, 3, S. 10-11.
- 87 Grenz-Echo, 13.10.1965, S. 1-2.
- 88 Ebd.
- 89 Gazette de Liège, 10.-11.11.1965.
- 90 Aachener Volkszeitung, 30.6.1970, S. 10.
- 91 Grenz-Echo, 2.10.1970, S. 5; 8.10.1970, S. 6.
- 92 Grenz-Echo, 9.10.1970, S. 3.
- 93 Grenz-Echo, 8.10.1970, S. 6.
- 94 Der Wochenspiegel, 1970, Nr. 40.
- 95 Grenz-Echo, 23.10.1970, S. 1-2.
- 96 Ebd.
- 97 Hubert Jenniges, Auf dem Wege zur Selbsterfahrung, BHF. Sendungen in deutscher Sprache. Sendung vom 28. Oktober 1972, Ms., S. 18.
- 98 Privatarchiv Freddy Cremer, Protokoll der Delegiertenversammlung der CSP, am 27.3.1971.
- 99 Ebd.
- 100 Aachener Volkszeitung, 11.12.1971, S. 14.
- 101 Privatarchiv Freddy Cremer, Wurfzettel der CSP-Liste 6.
- 102 Annales Parlementaires Sénat, 13.5.1971, S. 1578-1583.
- 103 Ebd., S. 1580.
- 104 Aachener Volkszeitung, 5.5.1971, S. 15.
- 105 Aachener Volkszeitung, 9.10.1971, S. 15.
- 106 Grenz-Echo, 25.11.1971, S. 1.
- 107 Aachener Volkszeitung, 6.12.1971, S. 14.
- 108 Wij, 11.12.1971.
- 109 PFF-Kurier. Die Wahlzeitung der Partei für Freiheit und Fortschritt, Nr. 3, März 1968, S. 2.
- 110 Ebd., Nr. 1, März 1968, S. 1.
- 111 Ebd., S. 6.
- 112 Ebd.

- 113 PFF-Kurier, Nr. 8, März 1968, S. 6.
- 114 PFF-Kurier, Nr. 4, März 1968, S. 4.
- 115 Ebd.
- 116 Ebd., S. 7.
- 117 PFF-Kurier, Nr. 6, März 1968, S. 2.
- 118 PFF-Kurier, Nr. 2, Oktober 1971, S. 1.
- 119 PFF-Kurier, Nr. 5, März 1968, S. 3.
- 120 Privatarchiv Freddy Cremer, Dies ist unser Land!, Wahlbroschüre der PFF, 1968.
- 121 PFF-Kurier, Nr. 8, März 1968, S. 3.
- 122 Privatarchiv Freddy Cremer, Schreiben von Senator Louis an die Bürgermeister, 28.1.1969. Dort auch das folgende Zitat.
- 123 Aachener Volkszeitung, 14.2.1969, S. 12.
- 124 Grenz-Echo, 13.1.1969, S. 3.
- 125 Aachener Volkszeitung, 17.3.1970, S. 13.
- 126 Aachener Volkszeitung, 31.3.1969, S. 17.
- 127 Ebd.
- 128 Grenz-Echo, 1.4.1969, S. 1-2.
- 129 Grenz-Echo, 19.3.1969, S. 1-2.
- 130 Le Courier de Verviers, 20.3.1969.
- 131 Grenz-Echo, 4.12.1970, S. 3.
- 132 Aachener Volkszeitung, 16.9.1971, S. 14.
- 133 Ebd.
- 134 Ebd., S. 13.
- 135 Bernhard Kirlfel, Studenten in Löwen. Flamen, Deutschbelgier, Wallonen. Die Löwener Studenten aus den deutschsprachigen Gemeinden der belgischen Ostkantone Eupen-Malmedy-St. Vith im akademischen Jahr 1965/66. Eine teilnehmende Beobachtung, [Roth/Kr. Prüm] 1967, S. 41 und 48.
- 136 H. Müllender, Die Eumavia aus der Sicht der alten Herren, in: Jugend - Studium - Gesellschaft. Broschüre zum Nachdenken. Eumavia 1973-1974, Löwen [1974], S. 14.
- 137 Jenniges, Kulissen, S. 120.
- 138 Aachener Volkszeitung, 28.10.1971, S. 14.
- 139 Ebd.
- 140 Le Soir, 21.10.1959, zitiert nach: L'Indépendant, 15.5.1961.
- 141 Der Wochenspiegel, 28.3.1968, Nr. 12, S. 6.
- 142 Privatarchiv Freddy Cremer, Satzung des Deutschsprachigen Hochschulbundes, 10.3.1970.
- 143 Grenz-Echo, 27.6.1970, S. 3.
- 144 Aachener Volkszeitung, 8.7.1970, S. 11.
- 145 Das Unterrichtswesen im deutschsprachigen Gebiet, [Sankt Vith] [1968], S. 1-2.
- 146 Aachener Volkszeitung, 21.5.1969, S. 10.
- 147 Grenz-Echo, 16.10.1968, S. 4.
- 148 Aachener Volkszeitung, 20.5.1968, S. 14.
- 149 Grenz-Echo, 16.10.1968, S. 4.
- 150 Die Neun. Informationsblatt Nr. 2, S. 1.
- 151 Privatarchiv Freddy Cremer, Stellungnahme. Aufruf an die Bevölkerung. Verantwortlicher Herausgeber: Lorenz Paasch.
- 152 Ebd.
- 153 Ebd.
- 154 Grenz-Echo, 20.11.1971, S. 5.
- 155 Aachener Volkszeitung, 11.12.1971, S. 14.
- 156 Grenz-Echo, 18.12.1971, S. 3.
- 157 Privatarchiv Freddy Cremer, Schreiben von Michel Louis, Reiner Pankert und Wilhelm Pip, 21.12.1971.
- 158 Privatarchiv Freddy Cremer, Grundsatzerklärung der PDB, 17.12.1971.
- 159 Grenz-Echo, 28.12.1971, S. 1.
- 160 Partei der Deutschsprachigen Belgier PDB. Parteiprogramm, Vorwort, 1972.
- 161 Partei der Deutschsprachigen Belgier PDB. Parteiprogramm, I. Politische Forderungen der PDB, Punkt 4.
- 162 Grenz-Echo, 31.3.1972, S. 2.
- 163 Aachener Volkszeitung, 29.12.1971, S. 15.
- 164 Aachener Volkszeitung, 28.12.1973, S. 14.
- 165 Grenz-Echo, 31.12.1971, S. 1-2.
- 166 Grenz-Echo, 6.6.1973, S. 9.
- 167 Annales Parlementaires Chambre, 25.1.1972, S. 34.
- 168 Aachener Volkszeitung, 25.10.1971, S. 13.
- 169 Ebd., S. 14.
- 170 Moniteur belge, 14.7.1973.
- 171 Brassinne und Kreins, Staatsreform, S. 10.
- 172 Aachener Volkszeitung, 25.10.1971, S. 13.
- 173 Rat der deutschen Kulturgemeinschaft, Protokoll der Plenarsitzung vom 23. Oktober 1973, S. 14.
- 174 Ebd., S. 15.
- 175 Aachener Volkszeitung, 25.10.1971, S. 14.
- 176 Angaben des Parlaments der DG, März 2013.
- 177 Pierre Clerdent: Die Ostkantone. Ordentliche Sitzung des Provinzialrates vom Oktober 1969. Eröffnungsrede gehalten am 1. Oktober 1969, Lüttich 1969, S. 4.
- 178 Ebd., S. 4.
- 179 Ebd., S. 5.
- 180 Ebd., S. 5.
- 181 Ebd., S. 45.
- 182 Ebd., S. 43.
- 183 La Libre Belgique. Les cantons de l'Est 50 ans après Versailles. Édition spéciale. Extrait du journal du 29 avril 1970.
- 184 Grenz-Echo, 11.9.1971, S. 1-2. Denselben Appell wiederholte Toussaint sechs Wochen später; siehe ebd., 27.10.1971, S. 2.
- 185 Wir schnüffeln. Cooperation WIR Eupen - SCHNÜFFLER, [Eupen und Sankt Vith] [1972], S. 1.

BELGIEN- UND EUROPABILDER ALS
ZEUGNISSE VON VORSTELLUNGEN UND ERFAHRUNGEN
HINEINWACHSEN IN NEUE (LEBENS-)WELTEN

von CARLO LEJEUNE



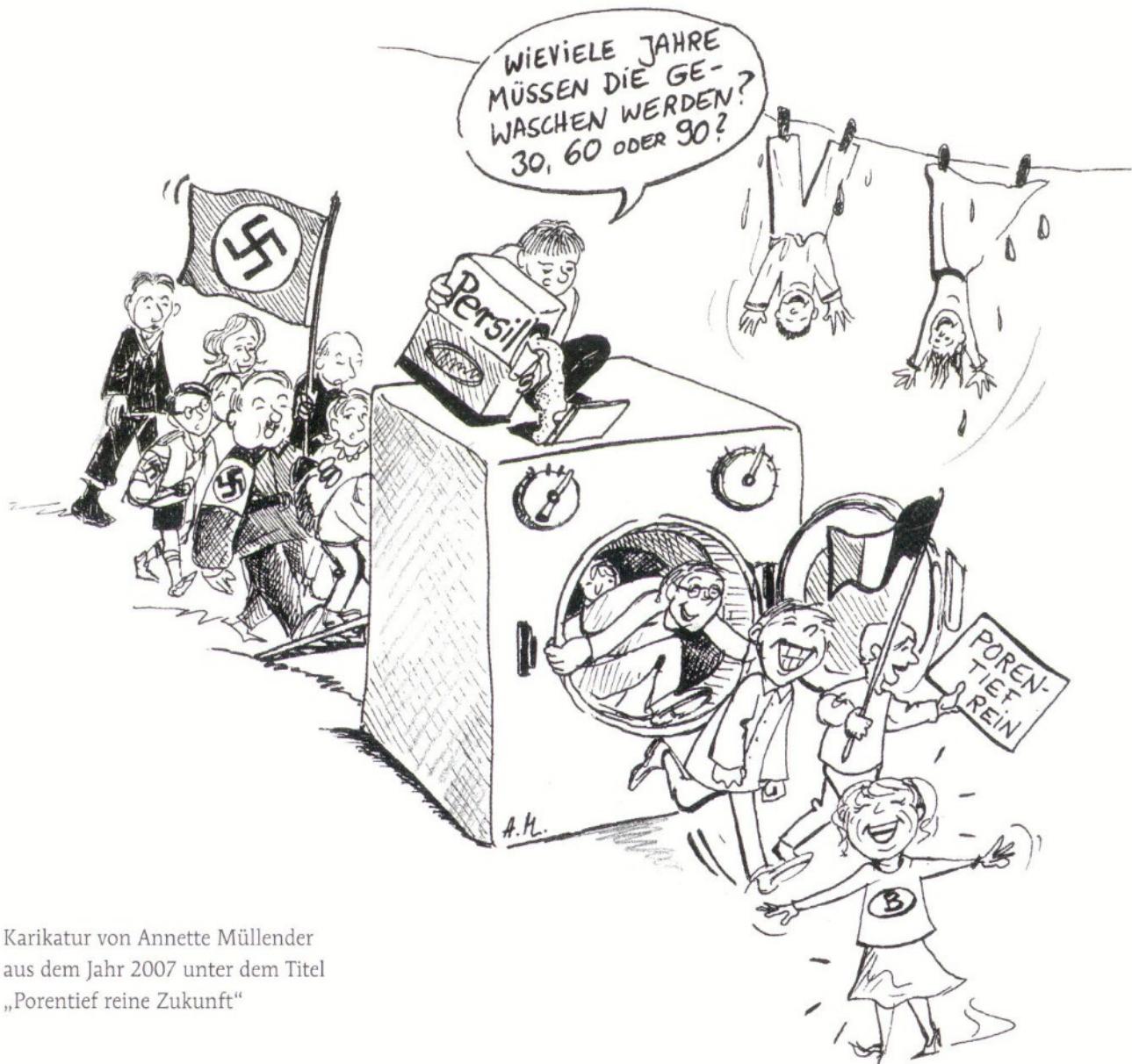


Ein guter Belgier – das sollte jeder Einwohner zwischen Kelmis und Ouren nach 1945 werden. Doch was war damals ein Belgier? War er nur patriotisch, französischsprachig und deutschfeindlich, wie der Eupener Bürgermeister Zimmermann immer wieder suggerierte? Wie und wo konnten die Bürger der Ostkantone nach 1945 und vor den Anfängen der Autonomie „die Belgier“ überhaupt wahrnehmen? Welches Belgien war in diesem heterogenen Land im Aufbruch überhaupt greifbar für die Bürger im damaligen Kontext? Ein Anriss zur politischen Mentalitätsgeschichte¹ über heute noch nachweisbare Belgien- und Europabilde, die Eindrücke von kleinen Lebenswelten im großen Wandel vermitteln.

Es war politische Propaganda: „Lassen auch wir daher nunmehr alle an erster Stelle unser Vaterland lieben, wahrhaft lieben, aus ganzem Herzen, aus voller Seele, in Worten und auch in Taten.“² Mit diesen Worten beschwore der beigeordnete Bezirkskommissar Henri Hoen 1945 eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, die die Einwohner der Ostkantone zu leisten hätten. Doch die Adressaten des Aufrufs in den Ostkantonen waren zum

Großteil geistig heimatlos. Die Grundlagen, um einen Anker in einer anderen Sprache, in einer anderen Kultur zu finden, waren nicht gegeben, Kenntnisse über Sozialisationsbedingungen, Denkweisen und Lebenswelten der wallonischen, der brüsseler oder der flämischen Mitbürger im wenig bekannten Vaterland Belgien kaum vorhanden. Gleichzeitig demonstrierte dieses Vaterland nach 1945 mit unerbittlicher Härte, dass es nicht bereit

war, die erlebten Realitäten der Bürger in den Ostkantonen anzuerkennen. Fremde Welten trafen aufeinander, Welten, die auf fiktiven Vorstellungen des anderen, aber nicht auf realistischen und belastbaren Bildern basierten, Welten ohne Klarheit für den jeweiligen anderen. So entsteht das Gefühl von Fremde. Es galt, Angst zu überwinden und sich Fremdes vertraut zu machen, statt in Vorurteilen zu verharren. Ein langer Weg – bis heute.



Karikatur von Annette Müllender aus dem Jahr 2007 unter dem Titel „Porentief reine Zukunft“

Traumata treffen auf Traumata

„Das erste Wort, was ich gelernt habe – und da bin ich mir sehr schnell einer eigenen Identität bewusst geworden –, das war ‚sale boche‘. Das war eine unheimliche Stimulanz, um aktiv zu sein und was zu tun.“

*Peter Thomas,
Eupen (*1942)*

„In den 1950er Jahren wollten viele Belgier uns nicht, da wir ja nur ‚angenommen‘ seien und nicht zu ihrem Land gehören.“

*Theresia Lemaire,
Herbesthal (*1941)*

„Nach der als Kind erlebten Verherrlichung und dem folgenden Untergang des Dritten Reiches war bei mir die Begeisterung für egal

welches Vaterland gebrochen.“

*Rudi Lejeune,
Hünningen (*1934)*

„Sale boche“, dieses Wort, mit dem viele Deutschsprachige über Jahrzehnte bei Begegnungen mit ihren frankophonen Landsleuten immer wieder konfrontiert wurden, fasst zwei Traumata zusammen, die sich in der Geschichte der deutschsprachigen (Neu-)Belgier und der Flamen und Wallonen (fast) nie dialogisch begegnet sind.

Auf der einen Seite stand das belgische Trauma des „Großen Krieges“, des Ersten Weltkrieges, das durch die Verletzung der Neutralität, die Francs-tireurs-Psychose, die Flamenpolitik und die starken Verwüstungen des Landes vor allem im frankophonen, aber auch im flämischen Belgien tiefe Spuren von Demütigung und auch Hass hinter-

lassen hatte. Das Bild Deutschlands und der Deutschen wurde dadurch nachhaltig beschädigt. Dieses belgische Trauma ist in den Ostkantonen als Teil der belgischen Geschichte und des kollektiven Bewusstseins der Belgier in seiner schicksalhaften Verknüpfung mit dem Los der Deutschsprachigen kaum wahrgenommen worden.

Auf der anderen Seite stand das Trauma der Eupen-Malmedyer, die sich durch die Volksbefragung von 1920 betrogen und in ein ihnen fremdes Land verbannt gefühlt hatten. Die Spannungen der 1930er Jahre, der Einmarsch 1940, die Angliederung, das Mitläufertum und die Mittäterschaft zur Zeit der Annexion und die anschließende Säuberung potenzierten die Verletzung der seelisch-psychischen Integrität der deutschsprachigen Belgier. Auch dieses Trauma ist im frankophonen und



Hünningen (Büllingen), 1956: Gedenkfeier am Kriegerdenkmal am 11. November. Die Weltkriege mit den dazugehörigen Vaterlandswechseln waren in der Erinnerung der Deutschsprachigen die großen Traumata.

niederländischsprachigen Belgien bis heute nie oder nur kaum erkannt und reflektiert worden. Belgien war und ist eine Gemeinschaft von drei Volksgruppen, die weder über historisch belastbare Bilder der anderen Volksgruppe verfügt(t)en noch untereinander darüber in Dialog traten oder treten. Wo kann da Vaterland stattfinden?

„Alles war fremd und ich verstand nichts.“³

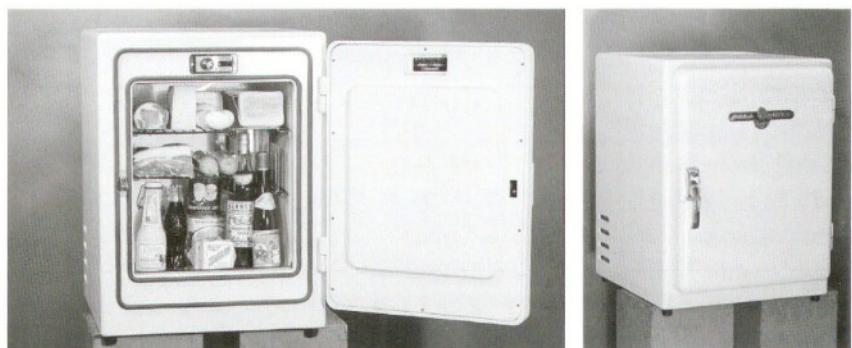
*Brigitte Jodocy-Lampertz,
Lommersweiler (*1928)*

„Sämtliche offiziellen Mitteilungen, Briefe usw. und Paketbeilagen wurden uns in französischer oder niederländischer Sprache übermittelt. Ab 1965 erlebten wir eine sprachliche Vereinfachung.“

*Karl Sarlette,
Weywertz (*1932)*

„Es wurde mehr und mehr Französisch gesprochen und wir hatten die liebe Not, weil wir nicht gut Französisch konnten.“

*Helga Hoven,
Astenet (*1942)*



Eupen, 1951: Kühlschränke – wie hier im Schaufenster der Firma Niederau in Eupen – waren Anfang der 1950er Jahre noch für viele Deutschsprachige Luxus. Auch die Austauschmöglichkeiten mit den Nachbarn sollten für die heutige DG vor dem Hintergrund einer relativen Armut gesehen werden.

„De Jong moss d' Sproch liere“, so hieß es in der Eifel. „D' Sproch“ sollte die Sprache der Belgier sein, das Französische. Nur wer diese Sprache erlernte, der konnte berufliche Chancen oder sogar Karrieremöglichkeiten haben – das war allen Zeitzeugen klar. Knechte und Mägde wurden in dieses frankophone Umfeld oft ohne jegliche Fremdsprachenkenntnis hineinkatapultiert, in Primarschulen wurde die „Sprache“ oft hineingeprägt, Verwaltungsbeamte zwangen sie den Deutschsprachigen auf. Die fremde Sprache verhinderte Bildungschancen für viele hunderte Jugendliche pro Jahrgang bis in die 1960er Jahre und machte Angst. Erst

ab den 1970er Jahren konnte sie langsam in einem angemessenen Rahmen zur zweitsprachlichen Normalität werden.

„Selbst als Autobesitzerin fuhr ich um 1960 nicht weit. Ich habe keinen Eindruck des belgischen Inlandes gewonnen.“

*Nora Packes, Eupen (*1937)*

„Von Europa konnte ich mir kein Bild machen, da ich in einem kleinen Dorf lebte, wo wir keine Möglichkeit hatten, irgendwo hinzugehen.“

*Hedwig Theis,
Herresbach (*1936)*



Reisen mit dem Bus war außergewöhnlich und immer ein Blick „in die Welt“.

Das Erlebnis von Fremdbildern vollzog sich bis in die 1970er Jahre vor dem Hintergrund einer relativen Armut. Ein bedeutender Teil der Deutschsprachigen war ausgeschlossen: von Bildung (durch die weitgehende Französisierung der Sekundarschulen) und Karriere (durch fehlende schulische Abschlüsse), von Kultur (Kulturarbeit in der Muttersprache wurde vor Ort kaum gefördert) und Mobilität (durch geringeren Wohlstand, eine verzögerte Mobilisierung und eine schlechte Infrastruktur). Dies erklärt auch, warum der Gegensatz zwischen Stadt und Land für heutige Verhältnisse unverständlich tiefgreifend erlebt wurde. „Es war mir komisch zumute. Ich war noch nie von zu Hause weg gewesen, nirgendwohin in Ferien oder sonst irgendwohin gefahren. Auf einmal ging es mit mir in die Welt“⁴, berichtete beispielsweise Barbara Thelen-Meier (*1921) von ihrer Zeit als Magd in der Wallonie.

Das aktive Beschweigen des neuen Vaterlandes

„Meine Eltern sind im Krieg gestorben. Es gab keine Hilfe von Belgien, wir mussten schauen, dass wir selber fertig wurden. Wir waren sechs Geschwister.“

Regina Aldag,
Eupen (*1931)

„Da wir erst nach drei Jahren erfuhren, dass mein Vater im Krieg gefallen war, erhielten wir erst dann Waisenrente. Bis dahin mussten wir unter schwierigen Umständen leben.“
Netta Bodeux,
Weywertz (*1938)

Jedes Schicksal nach 1945 wurde subjektiv und persönlich erlebt. Jeder Bürger erlebte etwas anderes. Immer aber

verfestigten sich hinter diesen Erfahrungen auch Bilder jenes Landes, das den Anspruch auf die Rolle des Vaterlandes erhob. „Mein erstes patriotisches Gefühl war die Gefangenschaft in Belgien nach dem Krieg“, fasste Nikla Giebels (*1921) seine Grunderfahrung zusammen. Die Demütigungen in Internierungslagern, im Gefängnis und vor Gericht prägten für andere Bürger und Familien Belgienbilder in dieser Zeit der Säuberung, die als Unrecht empfunden wurde. Selbst jene Bürger, die in diesem Belgien bereits ihr Vaterland gefunden hatten, zweifelten in jenen Jahren an diesem jungen Vaterland.

„Nach 1945 kamen dann die alten Spannungen auf, die aber nie ausgesprochen wurden“, erinnerte sich der ehemalige Kulturhauptinspektor Firmin Pauquet (*1928). Dieses Beschweigen, gepaart mit den Umerziehungsmaßnahmen, die der Bezirkskommissar Hoen als „Restauration“ bezeichnete, und der eigenen Positionierung zu den alten Meinungsgruppen führte in dieser Minderheit zu einer kollektiven Depression. Nur eine Minderheit der Familien versuchte, einen Ausweg durch ein therapeutisches Reden im familiären Kreis zu finden.

„Es waren schlimme Zeiten. Ich war im Konzentrationslager. Das kann man nicht beschreiben, nur erleben.“
Anonymer Zeitzeuge, (*1903)

„Wenn man so was erlebt hat, kann man nicht stolz auf Belgien sein, das kann man nicht vergessen.“
Anonymer Zeitzeuge (*1926)

„Die besten Probelgier gab es sowieso immer erst nach dem Krieg.“⁵
Anonymer Zeitzeuge (*1932)

„Wer während dem Zweiten Weltkrieg nach Altbelgien geflohen war, kam zurück und machte Belgien bekannt.“
Wilhelm Pip, Sankt Vith (*1923)

„Aber hier benehmen sich sowohl Eltern als auch Schüler wie Schafe, die an Schikanen und Kränkungen gewöhnt sind und voller Resignation immer wieder das harte und willkürliche Gesetz des Stärkeren ertragen“⁶, analysierte Albert Pastoret, der (wallonische) Direktor des Königlichen Athénäums Sankt Vith 1959. „Ich habe immer wieder gehört, man engagiert sich nicht einmal im Kindheit-Jesu-Verein [...]. Das war ja eine sehr



Der Wiederaufbau band vor allem in der Eifel die Kraft und Gedanken der Menschen. Über Aufbauhilfen und Aufbauhindernisse formten sich auch Bilder über das Vaterland Belgien.

undemokratische Haltung“, brachte Peter Thomas die geistige Verfasstheit der damaligen Gesellschaft auf den Punkt. Einen Ausweg bot für viele die Selbstsicht als Opfer der Geschichte, als Opfer der Nazis, als Opfer des Krieges und als Opfer der Säuberung.

Das Belgienbild wurde jedoch nicht nur durch die Säuberungsmaßnahmen bestimmt, sondern in der Eifel auch durch die Art und Weise der staatlichen Kriegsschädenregelung. Sie entschied unmittelbar über die materielle Not der Betroffenen – und für viele nach einer nur schwer nachvollziehbaren Prozedur. Einen deutlichen Kontrapunkt setzten viele Belgier oder manche belgische Gemeinde über Patenschaften und darüber erfolgende Hilfslieferungen in die zerstörte Eifel. Manches eifeler Kind erlebte als Flüchtlingskind Belgien im konkreten Alltag – aus der Ausnahmeperspektive des Heimatlosen – während Wochen oder in Gastfamilien sogar während Monaten. In dieser politischen Heimatlosigkeit wurde König Leopold III. (in der Tradition eines untertänigen, unmündigen Volkes, das nach einem starken Leitbild sucht, das es führt) zum nationalistischen Fixpunkt erhoben. Er erschien der Mehrheit als schicksalsverwandtes Opfer einer übertriebenen Säuberung des belgischen Staates. Mit der Königsfrage oder der Schulfrage wurden die mehrheitlich katholisch, konservativ und königstreuen Deutschsprachigen nicht nur von den belgischen Spannungen zwischen Flamen und Wallonen einerseits, Katholiken und Sozialisten/Liberalen andererseits spürbar betroffen, sondern fanden erstmals über Großkundgebungen eine eigene Stimme im öffentlichen Raum. Diese erste politische Partizipation war auch der erste Schritt zu einer gelunge-

nen Integration in die Realitäten des belgischen Staates.

Erfahrungen des Staates vor Ort

„Es gab eine Unschuld der Kindheit, wir glaubten an eine Obrigkeit in einem wohlgeordneten Leben. Selbst bis zum Abitur wusste ich nichts über Belgien und seinen Staatsaufbau. Selbst an der Uni habe ich nichts darüber erfahren.“

*Albert Gehlen, Breitfeld (*1940)*

„Ich habe Belgien Anfang der 1950er Jahre als kulturloses Land empfunden. Das entsprach nicht der Realität. Natürlich gab es die flämische und die französisch-walloni sche Kultur. Aber ich konnte als Jugendlicher nur dieses Hybridgebilde, diesen Mischmasch wahrnehmen. Meine Mitschüler, meine Mitstudenten und ich waren germanophil eingestellt, das bewirkte eine Absetzung von den Wallonen und den Flamen.“

*Jean Firges,
Gräfenhausen,
in Sankt Vith aufgewachsen
(*1934)*

„Nous sommes quand même en Belgique.“ Mit diesem Satz verdeutlichten manche wallonische Beamten ihre Sicht auf jene Minderheit, deren Sprache ihr eigenes Trauma von Überfall und Krieg immer wieder reaktiviert und auf das sie lediglich mit dem bewussten und ausschließlichen Ge brauch der französischen Sprache zu reagieren wussten. Manch andere waren taktvoll, tolerant und demütig. Die Erinnerung an diese ist eher blass.

Wichtigste Repräsentanten für die nachwachsende Generation waren die

Lehrer. „Unser Lehrer war ein Deutschenhasser“, fasste Walter Eicher seine Erinnerungen an die Volksschule zusammen. Ähnliche Erfahrungen machten viele, die nach Anknüpfungspunkten für ihre Identität suchten. Wichtige Repräsentanten des belgischen Staates waren die aus der Provinz Luxemburg stammenden Lehrer, die „national zuverlässig“ jenen Patriotismus oft sehr emotional verbreiteten, der die Kinder an „ihr“ Vaterland heranführen sollte. „Ich meinte, das ganz Mittelalter habe nur aus Gottfried von Bouillon bestanden“, erinnerte sich beispielsweise Engelbert Cremer. Mit welchem Sendungsbewusstsein manche ihr Amt nach dem Krieg antraten, verdeutlicht folgende Aussage: „Aber auf moralischer Ebene waren sie verkommen. Die Kinder waren wirkliche kleine Nazis geworden“⁷, so Generalinspektor Louis Andrianne noch 1990 über die deutschsprachigen Schulkinder in der Nachkriegszeit, die er in der Volksschule Steffenshausen betreuen sollte. Viele Zeitzeugen verweisen auch auf jene oft unmenschlichen Prügelstrafen, mit denen bis Ende der 1940er Jahre der Gebrauch der deutschen Sprache auf dem Schulhof brachial unterdrückt werden sollte – eine Vorgehensweise, die wohl auch die Folge einer durch die Kriegserfahrung brutalisierten Pädagogik war.

„Uns wurde richtig systematisch der Patriotismus eingegeben. Das geschah nicht nur durch Geschichten im Geschichtsunterricht, die natürlich einseitig positiv waren, sondern auch im Musikunterricht [...]. Wir bekamen von klein auf einen Stempel aufgedrückt, der uns klarmachte, dass wir Belgier waren. [...] Wir wurden in der Volksschule auf deutsch unterrichtet, aber die Inhalte

waren alle auf Belgien ausgerichtet. [...] Da wurden systematisch alle Probleme und Konflikte ausgespart.“
Marcel Bauer,
Eupen (*1946)

„Im Geschichts- und Erdkundeunterricht der Grundschule lernten wir unser Land kennen und – wie ich finde – auch lieben.“
Hildegard Henkes,
Neidlingen (*1958)

Der Geschichtsunterricht war wohl das wichtigste „staatstragende“ Fach, in dem die Indoktrination eines frankophon-belgischen Nationalismus stattfand. Bis in die 1970er Jahre waren Orientierungskompetenz und Denkfähigkeit als Unterrichtsziele kaum präsent. In allen Schulformen hörte die Geschichte mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges auf. „Da hat sich keiner die Finger dran verbrannt“, erläuterte Peter Thomas. In Erdkunde vermittelten die Lehrpersonen Wissen über ein Land, das viele von ihnen selber kaum besucht hatten. Je stärker aber junge Deutschsprachige die Ausbildung in den Schulen übernahmen, desto stärker wurden diesem übersteigerten Patriotismus die Grundlagen entzogen und wurden Räume für ein unverkrampfteres Verhältnis zum gefühlten langsam wachsenden Vaterland Belgien möglich.

„Bis in die 1960er Jahre standen fast an jeder Straßenecke französischsprachige Zollbeamte, die sich [...] einen Spaß daraus machten, die Bevölkerung zu verunsichern, indem sie Befehle erteilten, die niemand verstand, um anschließend hämisch zu lachen.“

Bernard Röhl,
Hünningen (*1943)

„Europa habe ich erfahren, als das Einkaufen in Aachen einfacher wurde und wir den Zoll nicht so fürchten mussten.“
Ursula Miessen,
Kettenis (*1939)

„Wir hatten viele Verwandte in Deutschland. Fuhren wir mit einem Bus nach Deutschland zu einer Beerdigung, so kam es oft vor, dass wir zu spät kamen, weil wir an der Grenze zu lange aufgehalten wurden.“
Hildegard Henkes,
Neidlingen (*1958)

Wo erlebten die deutschsprachigen Belgier Belgien vor Ort? Einige Beispiele:

- Als wichtige Repräsentanten erwiesen sich die vielen frankophonen Zoll- oder Postbeamten. Bis zum Inkrafttreten der Sprachengesetze konnten sie „ihre“ Sprache als „ihre“ Landessprache ohne Rücksicht auf die Sprachenkenntnis „ihrer Kunden“

benutzen. Nach 1962 galt in Belgien eine neue Realität. Klare Sprachengrenzen trennten den Nationalitätenstaat in Sprachgemeinschaften auf. Jeder Bürger hatte nun ein Recht auf den Gebrauch seiner Muttersprache in seiner Sprachregion.

- Bis in die 1960er Jahre konnten Zöllner zudem das politische Ziel von Bezirkskommissar Hoen umsetzen und die Deutschsprachigen durch eine möglichst hohe Undurchlässigkeit der deutsch-belgischen Grenze nach Innerbelgien orientieren. Doch hier waren die einheimischen Zöllner oft die „preußischsten“ Beamten. Schikanen und Demütigungen blieben auch hier in den Erinnerungen präsenter als jene menschlichen, umgänglichen Beamten, die ihren Job mit Augenmaß ausführten. Wie ein gläserner Vorhang wirkte die Grenze bis Ende der 1950er Jahre. Eine Grenze, die physische Kontakte (mit Ausnahme des Schmuggels) erheblich erschwerte, durch Radio und vor



Lichtenbusch, Ende der 1960er Jahre: Grenze, Zoll und Zöllner prägten stark das Belgienbild bei den deutschsprachigen Belgieren.



Herbesthal, 1954: Manche Ostbelgier lernten Belgien und Belgier über Jugendgruppen (wie die Pfadfinder u.a.) kennen. Hier die Pfarrjugendorganisation aus Henri-Chapelle.

allem seit 1952 durch das langsam aufkommende Fernsehen aber Alltag und Leben der Bundesrepublik in die Wohnzimmer der Deutschsprachigen projizierte. Vor allem das Fernsehen trug erheblich dazu bei, dass die deutschsprachigen Belgier sehr intensiv das Erleben, Denken und Wahrnehmen der jungen Bundesrepublik und des deutschen Kulturaumes aufnehmen konnten. Sie machen bis heute in diesem Kulturaum die grundlegenden Erfahrungen für Hineinwachsen in die Gesellschaft.

- Die Waffenstillstandsfeiern zum Ersten und Zweiten Weltkrieg, bei denen die Bewohner der Ostkantone jeweils auf der Seite des Feindes gekämpft hatten, waren Anlass für unendlich viele Reden, die im Sinne eines übersteigerten Patriotismus Geschichtsklitterung als Hauptmotiv hatten und so ein völlig verzerrtes Belgienbild wiedergaben. Selbst in den 1970er Jahren war hier noch keine Veränderung zu registrieren.

- Belgienbilder wurden in der Region aber auch über Vereine verbreitet. Ein Beispiel: Die Pfadfinder galten als royalistisch, belgisch-patriotisch und in der frankophonen Bourgeoisie verwurzelt. „Das war normal und wurde nicht hinterfragt“, erinnert sich Werner Mießen (*1945). Gleichzeitig transportierten auch sie Belgienbilder oder eröffneten sogar Welten, wenn deutschsprachige Pfadfinder als Dolmetscher zwischen deutschen und belgischen oder französischen Pfadfindern vermittelten durften.

- Immer wieder erzählten Zeitzeugen wie Marcel Bauer aber auch: „Wir hatten in den Ostkantonen keinerlei Kontakt mit Flandern und seinen Einwohnern.“

„Ich habe Ostbelgien und Belgien als eng und kleinkariert erlebt mit einer übermächtigen Bevormundung durch die katholische Kirche.“

*Jean Firges,
Gräfenhausen,
in Sankt Vith aufgewachsen (*1934)*

Die Deutschsprachigen erlebten vor Ort ein Vaterland Belgien, das nicht nur wallonisch-frankophon geprägt war, sondern seiner Minderheit keinerlei Selbstwirksamkeit zugestand. Erst die Anerkennung der Minderheiten-sprache 1962 und die Anfänge von politischer Mitsprache und Autonomiediskussion, gepaart mit einem sich langsam ausbildenden pluralistischen Denken in den 1960er Jahren brachen Räume für erste Ansätze gelungener, auf Freiheit basierender Integration auf.

Belgien konkret erfahren

„Als ich zum ersten Mal 1968 in Lüttich am Bahnhof ankam, da stieg eine ganze Reisegruppe von Brüsselern auf dem gegenüberliegenden Bahnsteig aus dem Zug. Die begrüßten alle, denen sie begegneten, mit den Worten: Ohé, la province.“
Engelbert Cremer,
Medell (*1950)

Belgien hatte viele Gesichter. Die Deutschsprachigen erlebten dieses Land außerhalb ihrer Heimat aber fast automatisch aus einer wallonisch-frankophonen Perspektive, die die flämische Realität und die damit verbundenen Probleme weitgehend überdeckte und als Erfahrung kaum zuließ.

„Das Ausfahren des Mistes erledigten Arbeiter aus den Gruben oder Arbeitslose [...]. Meist waren es Flamen.“⁸
Peter Herbrand,
Nidrum (*1927)

„In der Primarschule sind wir ans Meer gefahren. Ich habe damals nicht wahrgenommen, dass ich in

Flandern war. Es hieß auch an der Küste: „On est quand même en Belgique.“

*Albert Gehlen,
Breitfeld (*1940)*

„Ich hatte als junger Mensch nicht das Bewusstsein, dass Niederländisch eine Kultursprache war.

Die Sprache kam mir vor wie unser Dialekt.“

*Engelbert Cremer,
Medell (*1950)*

Ein nicht unbedeutender Anteil junger Ostbelgier besuchte in den 1950er Jahren eine wallonische oder flämische Sekundarschule. Hatte dies einen Einfluss auf ihr Belgienbild? „Uns fehlte das Vaterland, das war eine Lücke“, erläuterte Martin Fickers (*1938), der in Overijse spürte, „dass die Flamen anders gepolt sind. In Overijse habe ich die flämische Frage hautnah erlebt. Wir erlebten, wie die Flamen katholisch und dumm gehalten werden sollten. Ich habe den Geist der Selbständigkeit und des Nicht-unterdrückt-Werdens mitbekommen.“



Löwen, 1951: Das Stiftungsfest der Eumavia in Anwesenheit des Rektors. Löwen war der Ort, wo die deutschsprachigen Belgier die belgische Wirklichkeit am intensivsten erleben konnten.

Albert Gehlen, Absolvent des Collège von Gentinnes, glaubt, dass nicht nur der flämisch-wallonische, sondern auch der katholisch-freigeistige Gegensatz prägend für die Schulerfahrungen waren. „Ein Schulbesuch in Overijse wäre für mich aber ein ganz anderer Weg gewesen“, schlussfolgerte er rückblickend.

Ähnliche Erfahrungen machten wohl auch die Studenten, die vor allem in den 1960er Jahren in Lüttich ein eher linkes, französisch-orientiertes Milieu erlebten, in Löwen hingegen mit der wallonisch-flämischen Realität direkt konfrontiert wurden, die manche als „coole Zuschauer“ (Werner Mießen) erlebten, andere als Fingerzeig, dass „nichts bleiben wird, wie es ist“ (Peter Thomas). Während in der Eumavia, der Studentenverbindung der Deutschsprachigen in Löwen, Autonomiefragen heiß diskutiert wurden, war dieses Thema Ende der 1960er Jahre in der Paludia, dem Gegenstück in Lüttich, „ein rotes Tuch“, so Engelbert Cremer.

Schon in den 1960er Jahren wagten dann vermehrt Studenten, sich an einer deutschen Universität einzuschreiben und dort das Erwachsenwerden zu lernen. Mancher deutschsprachige Belgier empfand diese Entscheidung bis in die 1980er Jahre als anrüchig und dem Vaterlandsverrat nahe, in manchen Sekundarschulen wurden Schüler, die mit diesem Gedanken spielten, massiv unter Druck gesetzt.

„Papa hatte wenig Vertrauen in die Menschen der Großstadt. Selbst unser Pfarrer meinte eines Tages, als ich in Urlaub war: ‚Lüttich ist eine schlechte Stadt!‘ [...] Nun saß ich da – auf mich allein gestellt, ohne die Sprache zu kennen.“¹⁰

*Leonie Nober-Plattes,
Weckerath (*1942)*

„Lüttich war für mich die Fremde.“¹⁰
*Luzia Schwall-Toussaint,
Raeren (*1915)*

„Ins Kino bin ich nie gegangen, auch eine Wirtschaft habe ich nie betreten. Selbst Schaufenster ablaufen kam mir nicht in den Sinn, höchstens wenn ich zur Bushaltestelle ging – ich musste bis zur letzten Minute arbeiten.“¹¹

*Johanna Reul-Emontsgast,
Kettenis (*1927)*

Noch krasser erlebten die 14-jährigen Jungen und Mädchen diesen Bruch, die als Knecht oder Magd in eine für sie völlig fremde Welt katapultiert wurden, die sprachlich, kulturell und weltanschaulich kaum Anknüpfungspunkte an die Heimat bot und für die Mädchen zudem einen Gegensatz von Stadt und Land erlebbar machte, der damals als Kulturbruch empfunden wurde.



Eupen, Militärkaserne Bellmerin, 1949: Nur wenige Ostbelgier leisteten ihren Militärdienst in Eupen ab. Die Erfahrungen als Soldat prägten viele junge Männer und ihr Bild von Staat, Flamen und Wallonen.

Das rückständige Ostbelgien war auch deutlich weniger mobil als andere Regionen des Landes. Nur ein kleiner Teil der Gesellschaft verfügte über ein Motorrad oder gar ein Auto. Noch 1968 benötigte Hans-Georg Reinertz für die Fahrt von Eupen nach Lüttich inklusive Fußweg rund zwei Stunden. Deshalb war die Weltausstellung von 1958 für mehrere hundert Deutschsprachige die erste Gelegenheit, „Innerbelgien“ zu bereisen und Brüssel erstmals zu besuchen. Vereinsausflüge im Autobus führten häufig an Rhein und Mosel. Manchmal war Brüssel das Ziel, selten die Wallonie. Von Flandern fühlten sich die Deutschsprachigen wegen der Sprache und der Entfernung wie durch einen unsichtbaren Vorhang abgeschnitten.

„Ungewandte, oft hilflose junge Männer wurden gequält und bis zur Erniedrigung drangsaliert. Ich bin ein Esel‘, so schallte es oft über den ganzen Kasernenhof.“¹²

Rudi Lejeune,
Hünningen (*1934)

„[Die Offiziere] schwanken zwischen Verständnis für die Vergangenheit dieses Landstriches, teilnehmender Sympathie für seine Bewohner, aber auch offen bekundeter Antipathie, Gleichgültigkeit, ja Respektlosigkeit.“¹³
Hubert Jenniges,
Kraainem (1934-2012)

Jeder junge Mann leistete seinen Wehrdienst ab. Diese biografisch wichtige Erfahrung der Loslösung war in den deutschsprachigen Gemeinden zusätzlich mit der Konfrontation mit deutschsprachigen, frankophonen oder später flämischen Offizieren und weiteren Belgiererfahrungen verbunden. Die Erfahrungen waren oft zwiespältig.

Doch auch die Medien vermittelten ein gefiltertes Bild. Ein Beispiel: „Die eigene Vision einer ostbelgischen Identität bestand überhaupt nicht 1969 beim BRF. Es gab keine eigenen Quellen – mit Ausnahme dessen, was Korrespondenten dorthin mitbrachten. Wir hatten

nur die Texte der RTB als Durchschlagskopie“, erläuterte Peter Thomas die damals unbefriedigende Situation des noch sehr kleinen Regionalsenders.

Europa ist fast die ganze Welt

Wie weit die heute neun deutschsprachigen Gemeinden noch vom Zentrum unseres Kontinents in seinen Gegensätzen arm/reich, Stadt/Land, Metropole/Randregion, Avantgarde/Konservatismus oder fortschrittlich/rückständig entfernt und Region am Rande von Entwicklung und Fortschritt waren, zeigt sich in den europäischen Erinnerungs- und Erlebniswelten der deutschsprachigen Belgier.

„Ich hatte kein Bild von Europa.“
Christoph Schröder,
Iveldingen (*1935)

„Ich kann mich nicht erinnern, dass Europa irgendeine Rolle in meinem Leben gespielt hätte.“
Leonard Hockertz,
Sankt Vith (*1930)

„An Europa habe ich nie gedacht.“
Hans-Georg Reinertz, Eupen
(*1952)

Auch diese Erfahrungen erfolgten vor dem Hintergrund einer relativen Armut, die vor allem Mobilität verhinderte. „Ich bin in meinem 20. Lebensjahr zum ersten Mal nach Deutschland gefahren“, erläuterte Engelbert Cremer (*1950). Und dennoch spürten viele: „Die Grenze war unnatürlich, da sie Familien auseinandergerissen hat. So ist das Bewusstsein gewachsen, dass Europa die Möglichkeit ist, über diese Konflikte hinwegzukommen. Das war



Kalterherberg, 1961: Für viele deutschsprachige Belgier war die Heimat die Lebenswelt. Blicke nach Europa wurde schon nach wenigen Kilometer durch meist geschlossene Schlagbäume verhindert.

eine große Motivation in der Grenzregion“, erläuterte Peter Thomas seine Grenzerfahrung als gebürtiger Krewnikler. Doch Europa war von Anfang an eine Bewegung von Eliten. Die Artikulation zur Basis fehlte. „Europa war etwas Schulisches, Abstraktes. Wir lernten über die europäische Einigung wie über die Schlacht der goldenen Sporen“, erinnerte sich Werner Mießen.

Die Idee der europäischen Einigung war unmittelbar mit einem Kontakt zum ersten Nachbarn, der Bundesrepublik Deutschland, verbunden. Behinderte dies eine Europäisierung dieser Grenzregion? Brach durch den Kontakt von Ostbelgieren mit Deutschen unmittelbar die wallonische und

auch (in gewissen Kreisen) ostbelgische Urangst auf, die dazu führte, den aktiven Grenzgänger und sprachpolitischen Gegner als Faschisten zu diffamieren, um sich so keine unbequemen Gedanken machen zu müssen? Erfolgte hier nicht eine von vielen politischen Instrumentalisierungen, die von jenen krankhaften Vorstellungen und tiefen Ängsten vor einer möglichen Autonomie in den 1950er und 1960er Jahren herrührte? Wie und wo war dieses Europa im Alltag für den Normalbürger überhaupt greifbar? Einige Beispiele:

- In der unmittelbaren Nachkriegszeit, aber auch in den 1950er Jahren waren Flüchtlingskinder in den Ostkanonen zu Gast, die andere Regionen

Europas in den Gastfamilien bewusst machten.

- Pilgerfahrten nach Heimbach, Kevelaer, Echternach u. a. waren ebenfalls kleine Tore in die Großregion. Wenige Jugendliche konnten über Jugendgruppen Frankreich, Deutschland, Luxemburg besuchen und mitunter ihre deutschen und französischen Sprachkenntnisse als Mittler austesten.
- Die Romfahrt der KLJ 1958 war eine wichtige Welterfahrung vieler ostbelgischer Jugendlichen, der sich weitere anschlossen.
- An den Sekundarschulen begann Mitte der 1960er Jahre das Zeitalter der Abifahrten. Die Maria-Goretti-Schule in Sankt Vith fuhr beispielsweise auf der ersten Studienfahrt 1968 nach Paris und 1969 nach London.
- Vor allem die Eumavia in Löwen lebte zahlreiche Kontakte nach Europa. „Ich habe Europa als einzige Alternative für uns Deutschsprachige gesehen, da die Flamen und Wallonen viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt waren“, erinnerte sich Martin Fickers.
- „Mitte der 60er Jahre fuhr unsere Familie mit Camping-Anhänger nach Südtirol, Deutschland oder Frankreich. Das war noch außergewöhnlich und ein Blick auf Europa“, erinnerte sich Nikla Giebels an weitere mögliche Berührungspunkte zu den europäischen Nachbarn, die – je nach Wohlstand – seit Ende der 1950er Jahre langsam möglich wurden.

Diese Eindrücke waren aber nichts mehr als kurze Augenblicke – ohne Risiko, oft ohne Nachhaltigkeit.



Rom, 1958: Die KLJ-Fahrt nach Rom war für viele teilnehmende Jugendliche eine gefühlte „Weltreise“ und ein außergewöhnliches Lebensereignis.

„Im Sommer 1951 habe ich am großen Europäischen Jugendlager auf der Loreley teilgenommen. Diese Europa-Idee hat mich immer fasziniert und dieses Lager war für mich eine Offenbarung. Ich war alleine mit dem Fahrrad dorthin gefahren, da ich ein Abenteurer war, der unternehmen wollte, was zu unternehmen war. Ich durfte in der Schule darüber in einem Vortrag berichten. Meine Mitschüler konnte ich aber nicht begeistern.“

Jean Firges, Gräfenhausen, in Sankt Vith aufgewachsen
(*1934)

*„Was heute so selbstverständlich klingt, war zu Beginn der 2. Hälfte unseres Jahrhunderts noch heikle und unpopuläre Missionierungsarbeit, namentlich für unsere belgischen Freunde. Das Wort Aussöhnung hörte man noch nicht gerne. Allzu offen deutschfreundliche Gefühle zu bekunden war sogar mit persönlichem Risiko verbunden.“*¹⁴

Zu tief lastete bei den Offiziellen der Schuldvorwurf, dass dreimal [sic] innerhalb 100 Jahren von deutschem Boden aus der Krieg ins Land getragen wurde. Zu unnachgiebig übten die Kräfte der Resistance Druck auf jene aus, die dem zögerlichen staatlichen Annäherungsprozess mit versöhnlichen Einzelaktionen vorausseilen wollten. [...]

*Aus dieser leidvollen Vergangenheit und der Not der Nachkriegsjahre wurde die Grenzlandbewegung geboren, just zu einer Zeit, als diplomatische Kontakte zwischen Belgien und Deutschland noch unter einem Spannungsverhältnis litten. Es bleibt das historische Verdienst jener Männer und Frauen der 50er und 60er Jahre, dass sie Barrieren geräumt und Brücken geschlagen haben, über die sich die Freundschaft viele tausend Mal ausstrecken konnte.“*¹⁴

Jakob Schmitt,
Hellenthal (1919-2007)

Echte Pionierarbeit war das „Europa-Dorf“ in Udenbreth, bei dem am 14. Juni 1953 4.000 Belgier und Deutsche zusammenkamen und „ein Handreichen hinüber und herüber zum Zeichen des Verständnisses“ gaben, so dass „für ein paar Stunden nur der Traum einmal Leben wurde“, wie der Kölner Stadtanzeiger schrieb. „Trotz der beiden Weltkriege drohe heute wieder eine Gefahr, die den Zusammenschluss aller Länder und die europäische Verteidigungsgemeinschaft zu einer Pflicht für alle mache“, äußerte sich der Abgeordnete Peter Kofferschläger im Gegensatz dazu im Grenz-Echo¹⁵ äußerst zurückhaltend.

Die Grenzlandtreffen zwischen Hellenthal und Büllingen waren die einzige beständige Pionierarbeit für eine grenzüberschreitende Versöhnung, die an der deutsch-belgischen Grenze als erfolgreiche Basisarbeit nachweisbar ist.

Über den Europäischen Erzieherbund erlebte Albert Gehlen in den 1960er Jahren, „dass wir Brücke zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich“ sein können, was sein Engagement in der Europäischen Vereinigung für Eifel und Ardennen motivierte, die sich 1955 gründete, aber erst in den 1960er Jahren an überregionaler Bedeutung gewann. Sie konnte sich aber in der heutigen DG nie als Basisbewegung etablieren.

Europa wuchs aber auf vielen Ebenen. Erinnert sei beispielhaft an jene Berufsgruppe, die damals noch einen Job mit Abenteuerhauch ausübte, der die Europaentdeckung mit dem Begriff des „Fernfahrers“ gleich im Namen trug.

Ein langer Weg in die Welt(en)

In diesem Prozess der Fremd- und Eigenwahrnehmung war das Jahr 1973



Hellenthal, 6. August 1972: Die Grenzlandtreffen zwischen den Gemeinden Hellenthal, Rocherath und Büllingen waren bis heute wenig beachtete Pionierleistungen im grenzüberschreitenden Miteinander.

keine Zäsur. Es lag aber in einem Jahrzehnt, in dem die deutschsprachigen Belgier Räume für ihr Leben in jenem europäisierten und sich schnell wandelnden Vaterland Belgien gefunden hatten, die sich ganz langsam von jenen tiefen Verletzungen und Traumata

der Vergangenheit lösen konnten. In diesen Räumen konnten immer unverkrampfter Belgien- und Europabilder entdeckt und verinnerlicht werden. Noch war das Kennenlernen nicht mehr als das neugierige Bestaunen des Fremden. Der Weg zum Dialog mit

den Wallonen und Flamen einerseits, zu den deutschen, luxemburgischen, niederländischen oder europäischen Nachbarn andererseits war aber noch weit.

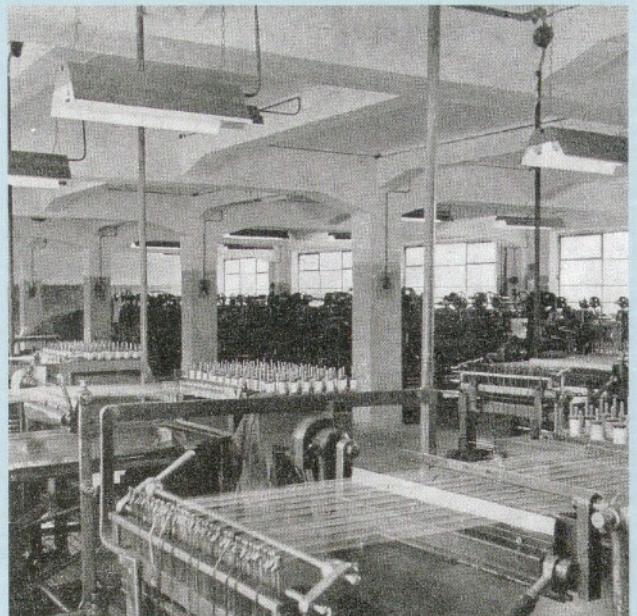
Die erste Priorität der Bürger – vor allem in der zerstörten Eifel – war, eine materielle Basis vor Ort zu schaffen. Es ging zuerst um die Erde, auf der sich aber eine Gesellschaft in einem tiefen Umbruch befand. Die Luft für einen freien Austausch von Gedanken, Erfahrungen und Traumata war noch nicht da. Die Entdeckung des Selbst als Minderheit verlief oft über einseitige Abgrenzung oder unmittelbare Anpassung. Die Annahme seiner selbst als Minderheit mit eigener Sprache und Geschichte und das Aushalten des anderen in seinen Besonderheiten war eine Herausforderung, die erst in den folgenden Jahrzehnten erfolgreich angenommen werden konnte. Die Seele der Deutschsprachigen war auch in den 1960er Jahren noch ein bisschen in diesen Welten verloren...

Endnoten

- Der Artikel basiert auf subjektiven Erinnerungen an positive und negative Belgien- und Europabilder von rund 60 Zeitzeugen, die diese teils schriftlich oder in direkten Gesprächen mitgeteilt haben. Nach dem imagologischen Ansatz wurden diese erfahrungsgeschichtlichen Zeugnisse hier zusammengestellt und vom Autor kommentiert.
- Bezirkskommissariat Malmedy, 00107B, Ansprache zum 11.11.1945, H. Hoen in Eupen.
- In: Reiner Mathieu, In Stellung. Einblicke in das Leben ostbelgischer Dienstmädchen im 20. Jahrhundert, Eupen 2007, S. 87.
- Barbara Thelen-Meier, Manderfeld, in: Reiner Mathieu, In Stellung, S. 209.
- Die Zitate sind ausgewählt aus: Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 3, Büllingen 2008, S. 313-316.
- Carlo Lejeune, Schule der begrenzten Unmöglichkeiten, 50 Jahre Königliches Athenäum St. Vith, Sankt Vith 1998, S. 51.
- L'Éducateur, 17.6.1990, Nr. 13, S. 12. Interview mit Louis Andrianne im Jahr 1990, der in den Nachkriegsjahren Lehrer in Steffeshausen war und seine Karriere als Generalinspektor beendete.
- In: Reiner Mathieu, Knechte. Einblicke in den Alltag ostbelgischer Jungmänner im 20. Jahrhundert, Eupen 2010, S. 73.
- In: Reiner Mathieu, In Stellung, S. 147.
- Ebd., S. 190.
- Ebd., S. 177.
- Zitiert in: Rudi Lejeune, Die belgische Armee und die Deutschsprachigen nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir brauchen deutschsprachige Offiziere, in: Zwischen Venn und Schneifel (ZVS), 6/2003, S. 116-117.
- Hubert Jenniges, Die belgische Wehrdienstpolitik für die deutschsprachigen Rekruten in den ersten Nachkriegsjahren, in: ZVS, 8/2003, S. 157-158.
- 30 Jahre Grenzlandtreffen. Hellenthal-Büllingen, Sonntag, 4. Juni 1989, S. 15.
- Grenz-Echo, 15.6.1953, S. 3.

REGIONALE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG
IM EUROPÄISCHEN RAHMEN
ÜBERGANG, ANPASSUNG, BOOM

von PETER M. QUADFLIEG





Das Wirtschaftsleben in der ostbelgischen Grenzregion nach 1945 stand bisher kaum im Fokus der Historiker. Einige Trends scheinen offensichtlich: Unterschiede in den wirtschaftlichen Strukturen zwischen den nördlichen Gemeinden um Eupen und den südlichen Eifelgemeinden vertieften sich. Alte Branchen, wie die Textilindustrie verschwanden, neue Branchen blüten auf. Die Landwirtschaft veränderte sich radikal. Doch welche globalen, kontinentalen und nationalen Trends (wie die Bevölkerungsentwicklung, die Migration, die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors, die Mechanisierung der Produktion oder die Automobilisierung) wirkten auf die Region ein? Wo erwies sie sich als anpassungsfähig? Wo als anpassungsträge? Gab es spezifisch regionale Muster in der Wirtschaftsentwicklung? Eine Annäherung.

Dieser Blick auf die ostbelgische Wirtschaft nach 1945, ein bisher erst unzureichend erforschter Prozess¹, orientiert sich an den drei großen Phasen der belgischen Wirtschaftsentwicklung: Auf die Nachkriegszeit (1944-1951), die im deutschsprachigen Belgien durch die Annexion während des Krieges naturgemäß anders verlief und langfristigere Auswirkungen hatte als im übrigen Belgien, folgten die „silbernen 1950er Jahre“ (1952-1959). In dieser Zeit schwenkte die ostbelgische Entwicklung wieder auf den gesamtbelgischen Pfad ein, den sie in der Zwischenkriegszeit in einem mühsamen Anpassungsprozess erstmals beschritten und 1940 erzwungenermaßen verlassen hatte.

Die dritte Phase (1960-1973) ging in die belgische Wirtschaftsgeschichte als

die „goldenen 1960er Jahre“ ein, die weitreichende Veränderungen der Lebensgewohnheiten und Wirtschaftsaktivitäten mit sich brachten. Beendet wurde diese Boomzeit erst durch den Schock der ersten Ölpreiskrise, die zeitlich mit der ersten Sitzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft im Herbst 1973 zusammenfiel. Das Jahr 1973 bietet sich daher als Epochenende für eine Wirtschaftsgeschichte des deutschsprachigen Belgiens an.

Entlang dieser chronologischen Achse soll die Entwicklung in der Landwirtschaft, der Industrie und des Mittelstandes untersucht werden. Geographisch gilt unser Augenmerk den nördlichen Gemeinden des Eupener Landes sowie den Eifelgemeinden, die jedoch wegen der zahlreichen Verbindungen auch vor dem Hintergrund des

wallonischen Gebiets um die Stadt Malmedy untersucht werden sollen. Auch das zum Kanton Aubel gehörende Kelmis wird thematisiert, wo dies möglich ist. Problematisch wird dieser geographische Fokus durch die Verschiebung von Gemeinden zwischen den Kantonen durch die Sprachgesetze von 1961. Aus diesem Grund lassen sich statistische Angaben vor und nach den Sprachgesetzen nur durch Umrechnungen miteinander vergleichen. Wir haben uns bemüht, an den entsprechenden Stellen auf diese Probleme hinzuweisen². Auch auf die Entwicklung einzelner Unternehmen wird beispielhaft eingegangen. Selbstverständlich kann dieser Text nur ein Abriss der wichtigsten Entwicklungen sein. Die regionale ostbelgische Wirtschaftsgeschichte bietet eine Vielzahl von spannenden weitergehenden Fragestellungen³.

Kapitel 1: Belgiens Wirtschaft zwischen „Miracle Belge“, „Silver Fifties“ und „Golden Sixties“

Unmittelbar nach dem Ende der deutschen Besatzung erlebte das befreite Belgien einen rapiden wirtschaftlichen Aufschwung. Auf eine kurze Stockung 1949 folgten zwei weitere Boomjahre 1950/51. Nach 1952 ging die belgische Wirtschaft dann in eine Phase kontinuierlichen, aber geringeren Wachstums über. In die belgische Wirtschaftsgeschichte ist die erste Prosperitätsphase der Nachkriegszeit

als „Miracle Belge“ – als „belgisches Wunder“ – eingegangen.

Das „belgische Wunder“

Der Begriff lässt an das „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik denken, das jedoch erst ab 1952 einsetzte, also zu einer Zeit, als das „Miracle Belge“ bereits sein Ende fand. So wundert es nicht, dass Ende der 1940er

Jahre die deutschen Nachbarn mit Staunen und Bewunderung auf den kleinen belgischen Nachbarn schauten.

Ein wichtiger Grund für den Nachkriegsboom in Belgien war die relativ geringe Zerstörung des belgischen Industriepotentials: Beispielsweise war der wichtige Hochseehafen von Antwerpen nahezu unbeschädigt geblieben.

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ schrieb 1947 über das „Miracle Belge“:

Das belgische Wirtschaftswunder

Belgien nimmt, was das Tempo der Nachkriegserholung anbelangt, unter den befreiten Ländern eine Sonderstellung ein, [...] in der kurzen Zeit von zwei Jahren [hat Belgien], den Lebensstandard der Vorkriegszeit wieder erreicht [...].

[...] Die Schaufenster Brüssels und der Provinzstädte zeigen alles, was verwöhnter Geschmack und berechtigtes Bedürfnis nur wünschen können. – Von den einfachsten bis zu den elegantesten Kleidern, den schönsten und bequemsten Möbeln, den nahrhaftesten Lebensmitteln und erlesenen Delikatessen kann man alles in den Geschäften finden und ohne jede Beschränkung in beliebiger Menge kaufen. Die Straßen der Geschäftsviertel Brüssels sind von ausländischen Besuchern überlaufen, die in diesem „Warenhaus“ Westeuropas sich all das beschaffen, was die Schau-

fenster ihrer Heimatstädte Paris oder London nur zur Schau stellen. [...]

Schon bald nach Kriegsende wurden die meisten Wirtschaftsrestriktionen beseitigt und wurde die Privatwirtschaft von den bürokratischen Fesseln befreit. Bereits Anfang dieses Jahres [1947] war die freie Einfuhr für mehr als die Hälfte der Auslandsbezüge wiederhergestellt, und seitdem hat sich die Liste dieser Waren ständig vergrößert; neuerdings dürfen auch Kraftwagen frei eingeführt werden. Den bisherigen Schlussstein dieser Entwicklung bildet die Aufhebung der Preiskontrolle. [...]

Damit ist die dreifache Sonderstellung Belgiens [...] hinlänglich gekennzeichnet, und es gilt nun, zu zeigen, welche besonderen Umstände hierfür maßgebend sind. [...] Belgisch-Kongo [blieb] vom Kriege verschont. Diese reiche Kolonie ist heute zu einem wich-

tigen Lieferanten für zahlreiche Rohstoffe geworden, die unter anderem auch nach Amerika exportiert werden. Aus dieser Ausfuhr stammen die Dollarbeträge, mit denen Belgien Transitzwaren [...] einkaufen kann. Hinzu kommt die besondere Position, die Belgien als Nachschubbasis der alliierten Armeen in den letzten Kriegsmonaten einnehmen konnte. Es konnte dadurch [...] als Gegenleistung für die Versorgung der anglo-amerikanischen Truppen bedeutende Dollarguthaben ansammeln und Forderungen erwerben. Die belgischen Fabriken verarbeiteten die gelieferten Rohstoffe und brauchten bei Kriegsende die erteilten Aufträge nicht auszuführen, so daß das Land nach dem Waffenstillstand beträchtliche Mengen von Rohstoffen besaß. Damit war die günstige Ausgangsposition für die überraschend schnelle Wirtschaftserholung gegeben. [...]

Auch die belgischen Steinkohlebergwerke konnten ihre Produktion unmittelbar nach der Befreiung wieder aufnehmen. Mit der Befreiung 1944 explodierte die Nachfrage nach Produkten der belgischen Industrie. Während die alliierten Truppen zunächst mit Gütern versorgt werden mussten, schuf der Aufbau des kriegsgezeichneten Europas bald eine hohe Nachfrage nach belgischen Industrieprodukten⁴. So betrug zum Beispiel der Außenhandelsüberschuss der Zollunion Belgien-Luxemburg gegenüber den USA 1947 138 Prozent, während Frankreich ein Defizit von 47 Prozent und die Niederlande gar ein Defizit von 130 Prozent aufwies⁵.

Das Königreich Belgien konnte auch deshalb den alliierten Bedarf besser als andere Industrienationen bedienen, weil es durch eine Währungsreform im Oktober 1944 schneller als andere Staaten seine Finanzen konsolidiert hatte. Eine drohende Inflation, wie nach dem Ersten Weltkrieg, wurde so verhindert. Der Franken wurde Teil des internationalen Währungssystems von Bretton Woods und blieb stabil bis 1973, als dieses System starrer Wechselkurse infolge der ersten Ölpreiskrise und des Vietnamkrieges zusammenbrach. Die Währungsreform und die deflationistische Politik der belgischen Regierung hatten bis 1959 überdurchschnittlich stabile Preise zur Folge⁶.

Infolge dieser konsequenteren Währungspolitik konnten Bewirtschaftungsmaßnahmen und die Rationierung von Lebensmitteln bereits in den ersten Nachkriegsjahren abgebaut und bis 1948 vollständig aufgegeben werden.

Hinzu kam, dass Belgien insbesondere durch den Export von Uran aus dem

Kongo durch die zur *Société générale de Belgique* gehörende *Union Minière du Haut Katanga* und durch die Bereitstel-

lung der Hafenkapazitäten von Antwerpen für die Westalliierten erhebliche Staatseinnahmen generierte.

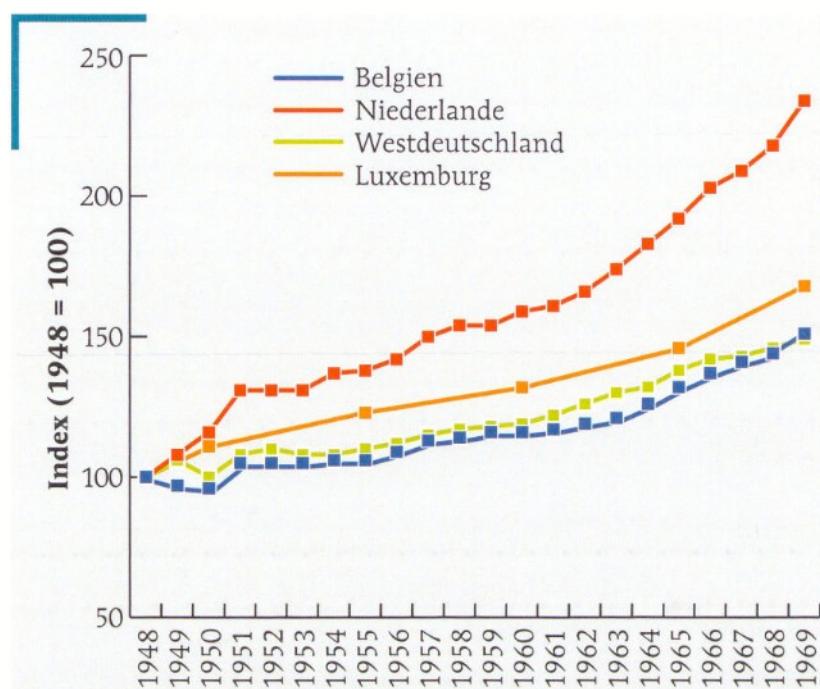


Diagramm 1: Gesamtbelgische Preisentwicklung (Lebenshaltungskosten) 1948 bis 1969, Index (1948 = 100) mit der Entwicklung in den Niederlanden, Luxemburg und in der Bundesrepublik Deutschland als Vergleichswert

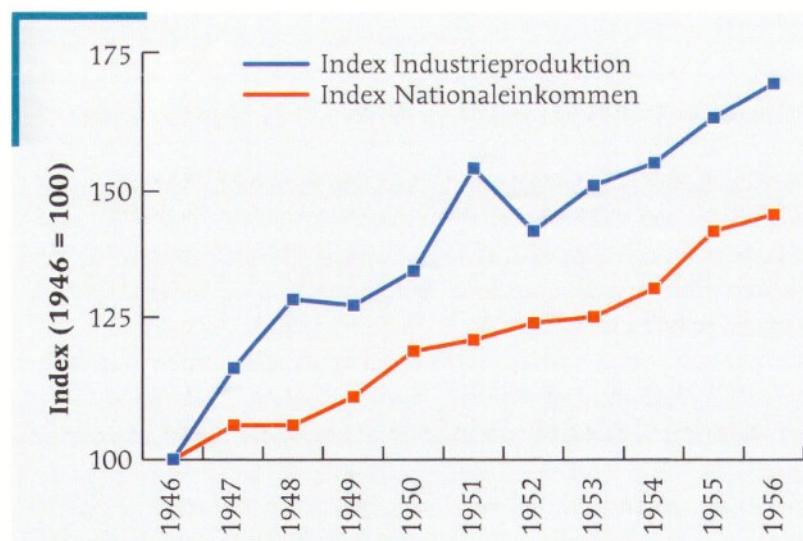
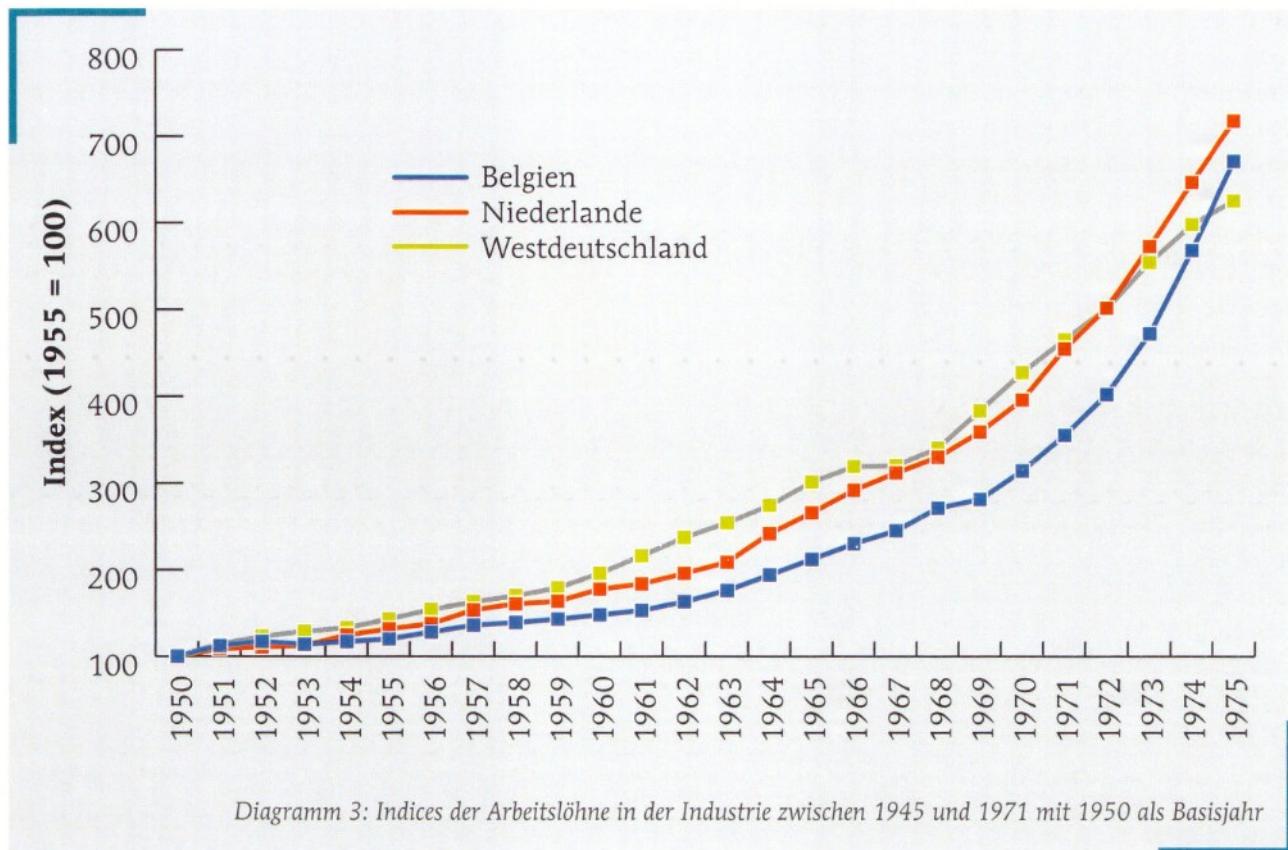


Diagramm 2: Indices der Industrieproduktion und des Nationaleinkommens in Belgien (1946-1956) mit 1946 als Basisjahr



Auf diese Weise konnte das Königreich bereits 1948 ein Zahlungsbilanzgleichgewicht erreichen⁷.

Als erstes der vom Zweiten Weltkrieg betroffenen Länder erreichte Belgien Ende 1947 wieder den Stand seiner Vorkriegsindustrieproduktion – nach 1950 wurde auch das Niveau von 1929 wieder erreicht. Die Weltwirtschaftskrise, die sich auch in Belgien verheerend ausgewirkt hatte, war nun endgültig überwunden⁸.

Entsprechend herrschte nach dem Zweiten Weltkrieg Vollbeschäftigung in Belgien. Im Bergbau trat sogar ein beachtlicher Mangel an Arbeitskräften auf, sodass zunächst deutsche Kriegsgefangene und ab 1946 italienische Gastarbeiter eingesetzt wurden⁹. Die Kohleversorgung, die in der unmittel-

baren Nachkriegszeit ein Hauptproblem gewesen war, konnte mittels dieser Maßnahmen unter Kontrolle gebracht werden.

Die Zeit des „Miracle Belge“ war durch sozialen Frieden gekennzeichnet. Die belgische Regierung hatte unmittelbar nach der Befreiung ein umfassendes Sozialversicherungspaket verabschiedet, welches 1948 durch ergänzende soziale Maßnahmen abgesichert wurde¹⁰. Außerdem stiegen die Löhne während des Wirtschaftsbooms stark an:

„Die Regierung [setzte] unter dem Druck der Gewerkschaften eine Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten durch. Neue Gesetze und Tarifverträge, ausgehandelt

durch paritätische Ausschüsse, sorgten dafür, dass die belgischen Löhne, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, sehr hoch waren.“¹¹

Die „silbernen 1950er Jahre“

Anfang der 1950er Jahre fand das „Miracle Belge“ jedoch sein Ende. Vor allem die Bundesrepublik, die nun 1953 ihr „Wirtschaftswunder“ erlebte, überflügelte den kleinen Nachbarn. Die belgische Wirtschaft entwickelte sich zwar nach wie vor positiv, allerdings sank die Geschwindigkeit des Wachstums nun deutlich, wie das Diagramm 5 zeigt.

Noch deutlicher wird das Zurückfallen Belgiens bei einem Blick auf die

durchschnittlichen Wachstumsraten der Industrieproduktion. Wie das Diagramm 4 zeigt, lag Belgien zu Beginn der 1950er Jahre hierbei schon deutlich hinter den Zahlen seiner Nachbarn zurück. Diese Entwicklung setzte sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre fort. Erst in den 1960er Jahren konnte das Königreich wieder zum westeuropäischen Durchschnitt aufschließen.

Das Abflauen der Konjunktur zum Ende der 1940er Jahre hatte mehrere Gründe. Zum einen profitierte das Königreich auf Grund seiner überdurchschnittlichen ökonomischen Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahren weniger von den Hilfen des durch die USA aufgelegten „European Recovery Program“: Nach Belgien und Luxemburg flossen insgesamt zwischen April 1948 und Dezember 1952 „nur“ 559,3 Millionen US-Dollar aus dem „Marshallplan“. Die bevölkerungsmäßig etwa gleich großen Niederlande (1949: 10 Millionen Einwohner; Belgien: 8,6 Millionen) erhielten hingegen rund 977 Millionen¹².

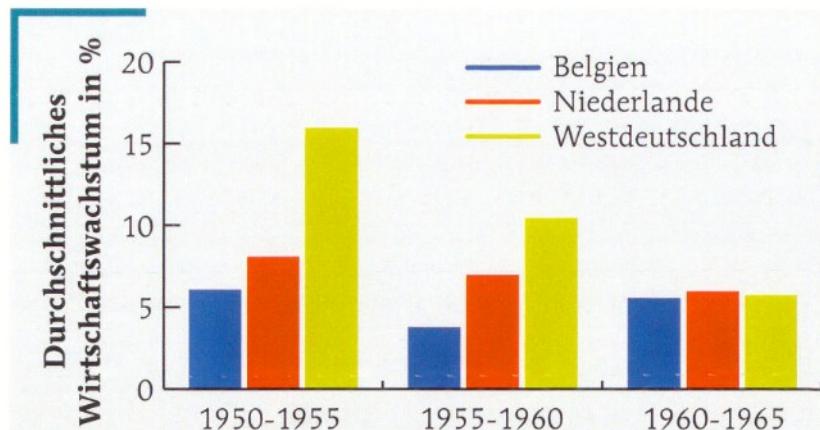


Diagramm 4: Durchschnittliche Wachstumsraten des Industrieproduktionsindex für Belgien, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1950 und 1965 in Prozent

Zudem bauten die Nachbarländer Belgiens ihre Produktionskapazitäten in den Nachkriegsjahren neu auf, nicht nur mit Mitteln des „European Recovery Program“, sondern auch mit belgischen Krediten. Besonders das Wiedererstarke der westdeutschen Produktions-

kapazitäten Ende der 1940er Jahre gefährdete den belgischen Boom.

Schließlich setzte im September 1949 eine Abwertung des britischen Pfund im Verhältnis zum US-Dollar eine europaweite Abwertungswelle in Gang.

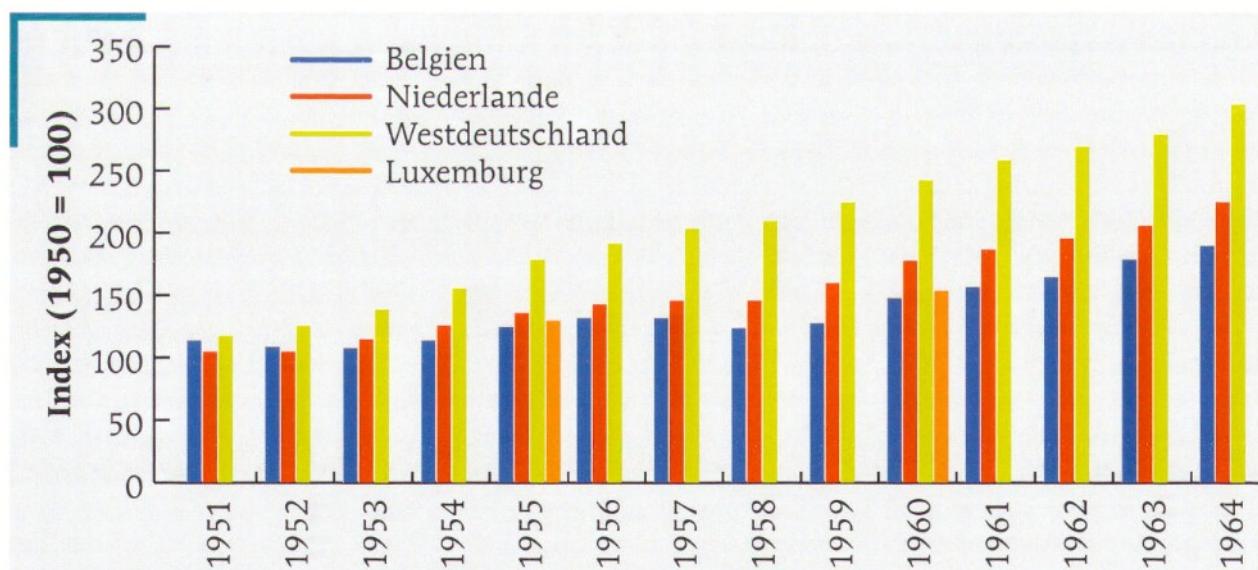


Diagramm 5: Entwicklung der Industrieproduktion in Belgien 1950 bis 1965, Index mit 1950 als Basisjahr und der Entwicklung in den Niederlanden, in Luxemburg und in der Bundesrepublik Deutschland als Vergleichswert



Ende der 1940er Jahre läuft die Marshallplan-Hilfe auch in Westdeutschland an. Hier in Recklinghausen im Ruhrgebiet.

Die verschiedenen europäischen Länder versuchten auf diese Weise, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und damit ihre Exporte zu erhöhen. Im Vergleich zu seinen Nachbarländern reagierte Belgien nur moderat auf die britische Abwertung. Die Niederlande werteten den Gulden stark ab. Westdeutschland und Frankreich folgten. Die belgische Regierung beschloss jedoch, den Wechselkurs des Franken zum Dollar nur etwa halb so stark wie die Nachbarländer zu senken. Dadurch wollte die Regierung die Inflation im Inland beschränken und

stabile Verbraucherpreise garantieren. Sie nahm aber in Kauf, dass sich belgische Produkte zu englischen, französischen, deutschen oder niederländischen relativ deutlich verteuerten. Gleichzeitig zeigten sich auf dem belgischen Binnenmarkt Sättigungstendenzen – der Konsumrausch der Belgier nach den Entbehrungen des Krieges war vorbei. Das Zusammenspiel dieser Einzelaspekte würgte die Konjunktur schließlich ab¹³.

Die Vorteile, mit denen Belgien in die Nachkriegszeit gestartet war, ent-

wickelten sich nun zu Nachteilen. Der starke Franken führte zu hohen Zinsen und entsprechend sank das Investitionsniveau. Dies wiederum führte zu einer zunehmenden Überalterung des Anlagekapitals in der belgischen Industrie. Und damit schloss sich der Kreis beim Umschlagen der einstigen Nachkriegsvorteile in Nachteile: Die geringe Zerstörungsquote, die Belgien einen glänzenden Start in die Nachkriegszeit ermöglicht hat, war nun verantwortlich für veraltete Industriestrukturen und einen erheblichen Investitionsrückstau, der wiederum die Konkurrenzfähigkeit, etwa zur deutschen oder niederländischen Industrie, reduzierte. Hinzu kamen innenpolitische Probleme – insbesondere die „Königsfrage“ und die „Schulfrage“ –, die Belgien lähmten. Außenpolitisch geriet das Königreich durch die Krise im Kongo zunehmend unter Druck. So folgten zwischen 1950 und 1960 nicht weniger als sieben belgische Regierungen einander im Amt¹⁴.

Zusätzlich musste der Staat den beschleunigten sektoralen Strukturwandel in beiden großen Landesteilen überstehen. Litt der flämische Norden unter dem endgültigen Niedergang der Landwirtschaft als Beschäftigungsträger – 1947 waren noch 425.000 Belgier in der Landwirtschaft¹⁵ beschäftigt gewesen, 1961 waren es nur noch 254.000 –, so brachte der Niedergang des Steinkohlebergbaus den wallonischen Süden in Bedrängnis. Der Bergbau, in dem 1947 noch 191.000 Menschen beschäftigt waren, hielt 1961 nur noch 110.000 Menschen in Arbeit. Als Folge dieser beiden Entwicklungen stieg bereits 1949 die Arbeitslosenquote in Belgien deutlich an und blieb in den folgenden Jahren bis 1954 bei Werten um 8,5 Prozent verhältnismäßig hoch,

wie die Diagramm 6 zeigt, obwohl sich die exportorientierte Industrie durch den 1950 einsetzenden Koreaboom deutlich erholen konnte.

Insgesamt blieben die 1950er Jahre so durch ein Auf und Ab der Konjunk-

tur bestimmt. Im Jahr 1952 erlebte die belgische Wirtschaft erstmals seit dem Krieg eine Rezession, der nach einer relativen Erholung im Jahr 1958 eine zweite folgte. Der belgische Staat begann dieser Entwicklung mit protektionistischer Politik und staatlich

gestützten Investitionsprogrammen, die sich ihrerseits auf das Haushaltsdefizit auswirkten¹⁶. Das Diagramm 7 verdeutlicht diesen Konjunkturverlauf.

Das Jahr 1958, in dem in Brüssel die erste Weltausstellung nach dem Zweiten

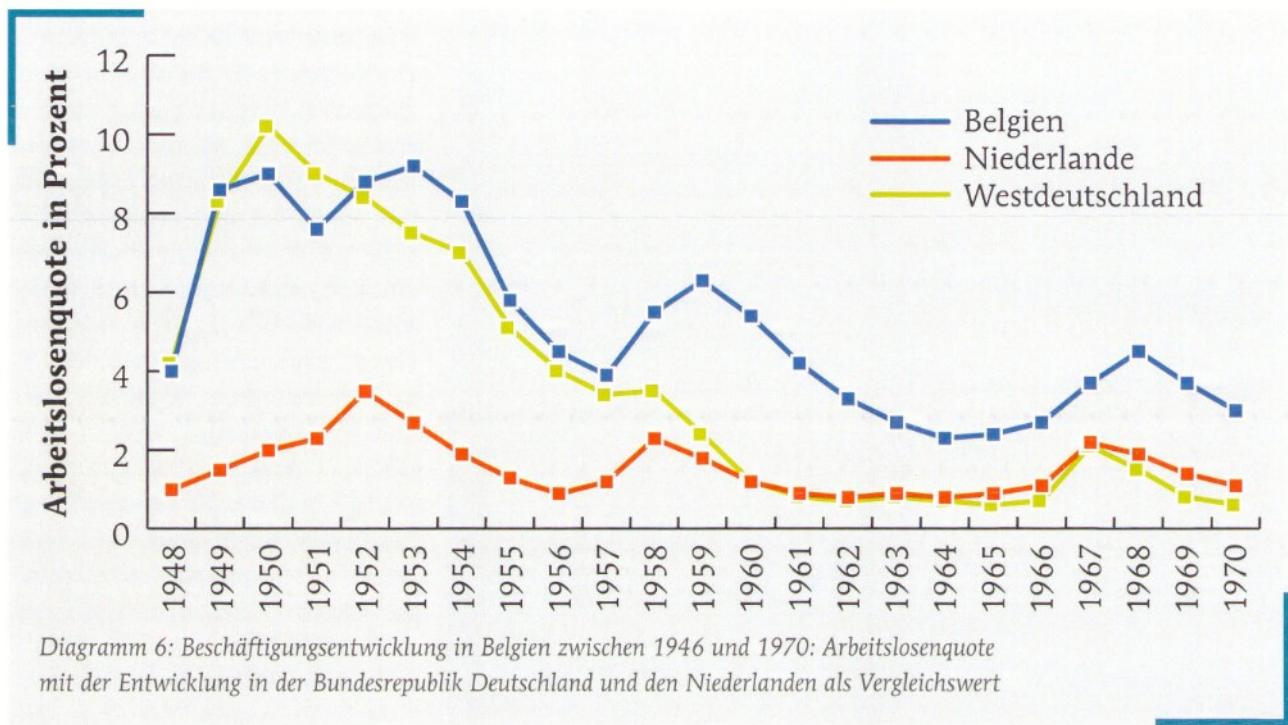


Diagramm 6: Beschäftigungsentwicklung in Belgien zwischen 1946 und 1970: Arbeitslosenquote mit der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden als Vergleichswert

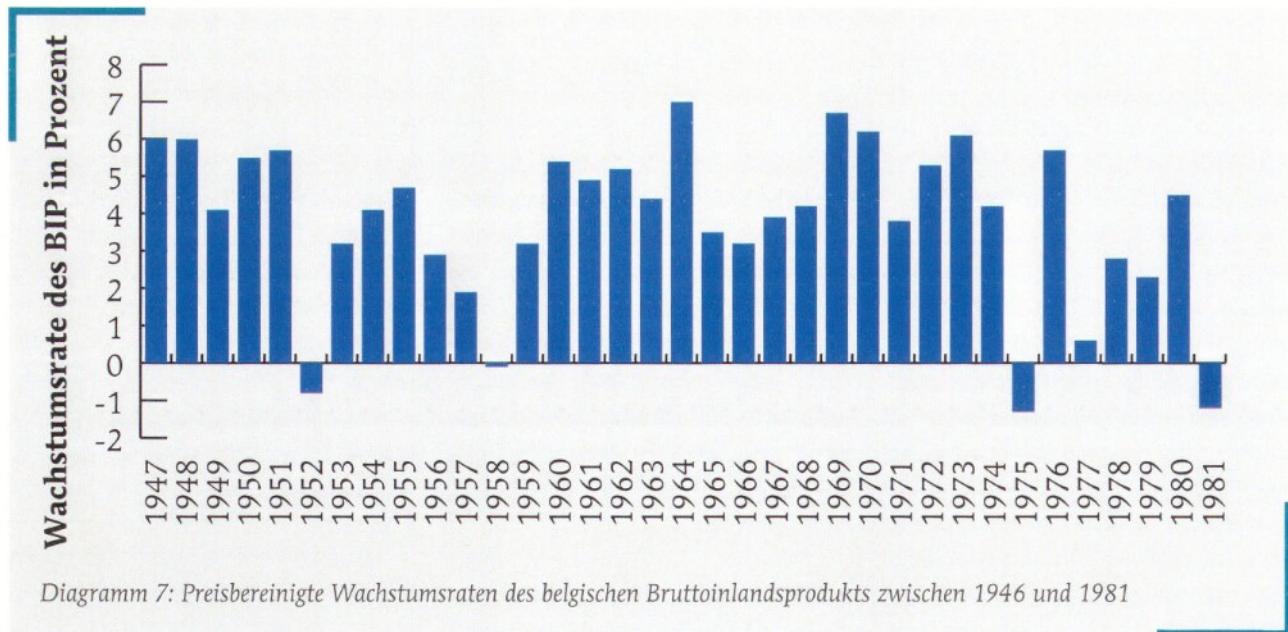


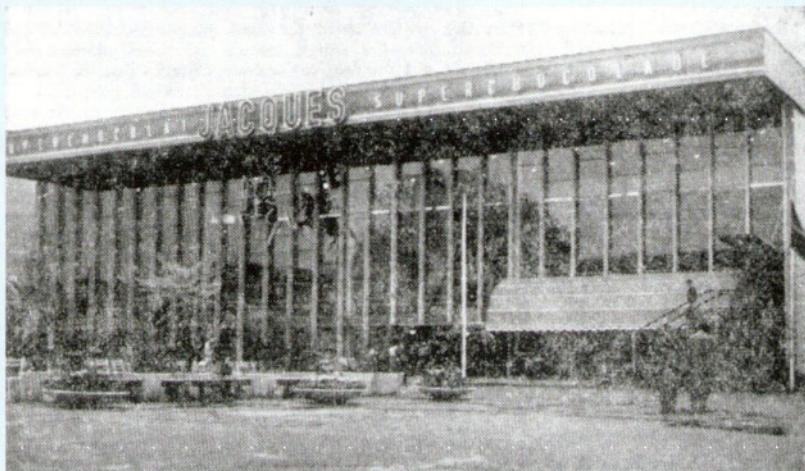
Diagramm 7: Preisbereinigte Wachstumsraten des belgischen Bruttoinlandsprodukts zwischen 1946 und 1981

Die Weltausstellung 1958

Zwischen dem 17. April und dem 19. Oktober 1958 zog es nicht weniger als 41 Millionen Besucher zur ersten World's Fair nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Zeichen des von André Waterkeyn konstruierten Atomiums stellten sich nicht nur 48 Nationen und zahlreiche Organisationen der Welt vor, sondern auch rund 30 belgi-

sche und internationale Firmen. Unter ihnen befand sich neben Weltkonzerne wie *Pan American Airlines*, *der Bell Telephone Company*, *Kodak*, *IBM* und *Philips* auch die *Chocolaterie Jacques*, die zu einem Symbol für den wirtschaftlichen Aufschwung in den Ostkantonen in den 1960er Jahren werden sollte. Präsentierte die Weltausstellung

einerseits erstmalig die Atomkraft und die Raumfahrt als Zukunftstechnologien, zeigte sie andererseits potentiellen Investoren aus der ganzen Welt das Königreich Belgien als weltoffenes und zukunftsorientiertes Land. Und tatsächlich stiegen die ausländischen Investitionen in Belgien in den 1960er Jahren sprunghaft an.



Der Pavillon von Jacques auf der Expo '58



Expo 1958 Atomium

Weltkrieg stattfand, markierte den Wendepunkt hin zu einer deutlich besseren wirtschaftlichen Entwicklung.

Ab 1959 beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum, und auch die Arbeitslosenzahlen fielen wieder deutlich. Besonders die bis dahin hohe Arbeitslosigkeit in Flandern wurde Ende der 1950er Jahre durch Industrieinvestitionen nach unten gedrückt: Neue verarbeitenden Betriebe nahmen die durch die Industrialisierung der Landwirtschaft arbeitslos gewordenen Personen auf¹⁷.

In der Retrospektive erscheint die Expo 1958 in Brüssel als Initialzündung

für diesen zweiten Nachkriegsboom. Aus der Eupener Region war übrigens die *Chocolaterie Jacques*, Symbol des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Ostkantonen in der Nachkriegszeit, mit einem eigenen Pavillon vertreten¹⁸.

Belgien und die „Golden Sechziger“

Trotz der innenpolitischen Dauerspannung und der Dekolonisation des Kongo konnte Belgien in den 1960er und frühen 1970er Jahren in seinem Wirtschaftswachstum wieder zu den anderen westeuropäischen Volkswirtschaften aufschließen und diese sogar überhölen. Das Wort von den „Golden Sixties“

in Abgrenzung zu den „Silver Fifties“ machte die Runde. Das belgische Bruttoinlandsprodukt wies in der Dekade zwischen 1960 und 1970 ein durchschnittliches jährliches Wachstum von rund fünf Prozent auf und lag damit deutlich über dem westeuropäischen Durchschnitt von 4,3 Prozent¹⁹. Der Index der belgischen Industrieproduktion verdoppelte sich in diesem Jahrzehnt und stieg damit sogar relativ stärker an als in Westdeutschland, das gerade sein „Wirtschaftswunder“ erlebte²⁰. Das Königreich entwickelte sich zum „Champion de la Croissance“²¹.

Diese Wiederbelebung verdankte die belgische Wirtschaft unter anderem

	1950-1960		1960-1970	
	absolut	pro Kopf	absolut	pro Kopf
Belgien	3,0	2,4	4,9	4,4
Niederlande	4,6	3,3	4,9	3,6
Bundesrepublik	8,2	7,1	4,3	3,5
Westeuropa	4,7	3,9	4,3	3,5

Tabelle 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts absolut und pro Kopf zwischen 1950 und 1970 mit der Entwicklung der Niederlande und Westdeutschlands als Vergleichswert

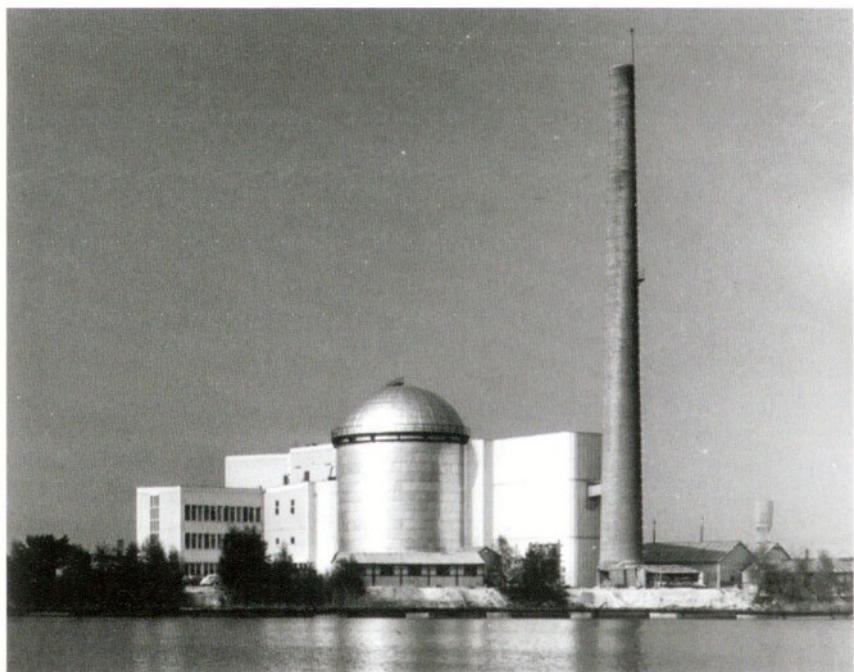
einer geänderten Wirtschaftspolitik. Die Regierungen der 1960er Jahre kehrten von der Preisstabilitätspolitik ihrer Vorgänger ab und erließen Wachstumsprogramme, um Investoren ins Land zu holen. Mit niedrigen Zinsen, Steuern und Abgaben lockte der belgische Staat ausländisches, vor allem amerikanisches Kapital an. Belgien konnte zudem potentiellen Investoren eine zentrale Lage im zunehmend integrierten westeuropäischen Markt, eine modernisierte Infrastruktur durch die Erweiterung der Hochseehäfen und den Autobahnbau sowie einen ausreichenden Pool an qualifizierten Arbeitskräften bieten. Schließlich subventionierte der belgische Staat Neuansiedlungen durch direkte Zahlungen und die großzügige Erteilung von Staatsaufträgen, etwa bei der Telekommunikationsinfrastruktur²².

Die Folge war, dass zwischen 1959 und 1969 ca. 113 Milliarden Franken ausländisches Kapital in Form von Investitionen nach Belgien floss – davon ca. 55 Prozent amerikanischen Ursprungs. Beispielsweise eröffnete Ford 1964 eine Produktionsstätte in Genk, während General Motors neue Kapazitäten durch ein 1967 eingeweihtes Opel-Werk in Antwerpen schuf. Der niederländische Elektrotechnikkonzern Philips erweiterte seine Fabrik in Löwen und baute neue Produktionsstandorte in Hasselt und Turnhout.

Diese bei weitem nicht erschöpfende Auflistung verdeutlicht die Strukturveränderungen in der belgischen Wirtschaft während der „Golden Sixties“. Neue Branchen, wie die Automobilproduktion, die Petrochemie, der Anlagen- und Maschinenbau und die Elektrotechnik, blühten auf²³.

Der Strukturwandel zeigte jedoch bis 1973 auch seine Schattenseiten: Insbesondere die Schwer- und die Textil-

industrie befanden sich im Niedergang. So etwa die wallonische Montanbranche, die im Verlauf der 1960er Jahre ausblutete. Auch Teile der flämischen Textilindustrie konnten nur durch Modernisierung und Spezialisierung überleben. Gründe für diesen Abstieg der alten Wachstumsbranchen war paradoxerweise ebenfalls die Europäisierung der Wirtschaft seit dem Ende der 1950er Jahre. Vor dem Hintergrund der sich durchsetzenden Zollfreiheit barg die günstige verkehrspolitische Lage Belgiens, die es ermöglichte, den entstehenden europäischen Binnenmarkt zu beliefern, Investitionsanreize für neue Branchen. Andererseits verlor die belgische Steinkohle auf dem durch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl entstandenen gemeinsamen Markt für Montanprodukte rasant ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die in der Wallonie und in Limburg gewonnene Steinkohle konnte im Wettbewerb mit



Das erste kommerzielle Kernkraftwerk Belgiens: der „Belgian Reactor 3“ in Mol/Provinz Antwerpen

der Konkurrenz, etwa aus dem Ruhrgebiet oder dem Saarland, nicht bestehen. Zudem schickten sich neue Energieträger, vor allem Erdöl und niederländisches Erdgas sowie in den 1970er Jahren nach dem Ölpreisschock auch die Kernenergie, an, die Kohle als Primärenergieträger zu verdrängen²⁴.

Diese Branchenentwicklungen hatten schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaftsgeographie des Landes: Investitionen flossen in die neuen lukrativen Industriezweige, die primär in Flandern angesiedelt waren. Die Nähe zu den großen Häfen Antwerpen und Zeebrügge waren dabei von entscheidendem Vorteil. Hinzu kamen die auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit der 1950er Jahre niedrigeren Personalkosten im bisher industriell vernachlässigten Landesteil. Die Verschiebung der Investitionsschwerpunkte führte dazu, dass Flandern auf- und die Wallonie überholen konnte, wie Tabelle 2 verdeutlicht.

Provinz	Anteil in Prozent
Antwerpen	30,9
Westflandern	2,6
Ostflandern	9,1
Limburg	13,8
Summe Flandern:	56,4
Hennegau	15,1
Namur	9,4
Lüttich	1,0
Luxemburg	1,9
Summe Wallonie:	27,4
Brabant	16,2
Summe Königreich:	100,0

Tabelle 2: Verteilung der ausländischen Investitionen in Belgien zwischen 1959 und 1973 in Prozent nach Provinzen

Hatte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 1958 im südlichen Landesteil noch rund 10 Prozent über demjenigen Flanderns gelegen, erreichte der Norden 1966 erstmalig eine Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung, die über derjenigen im frankophonen Landesteil lag. Der vormals durch den früh industrialisierten Süden dominierte

und agrarisch geprägte Norden übernahm nun die Rolle des Wachstums-motors.

In der Wallonie hingegen wurden Mitte der 1960er Jahre die Strukturdefizite durch die einseitige Konzentration auf die schwerindustrielle Montanwirtschaft immer deutlicher.

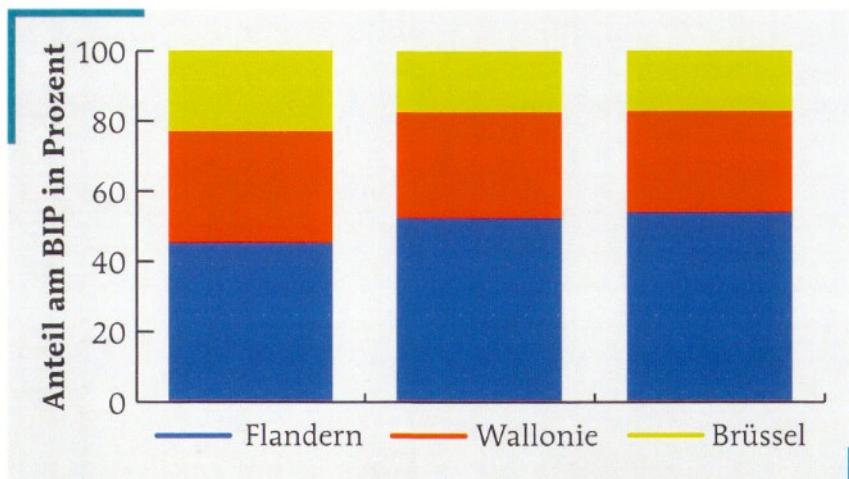
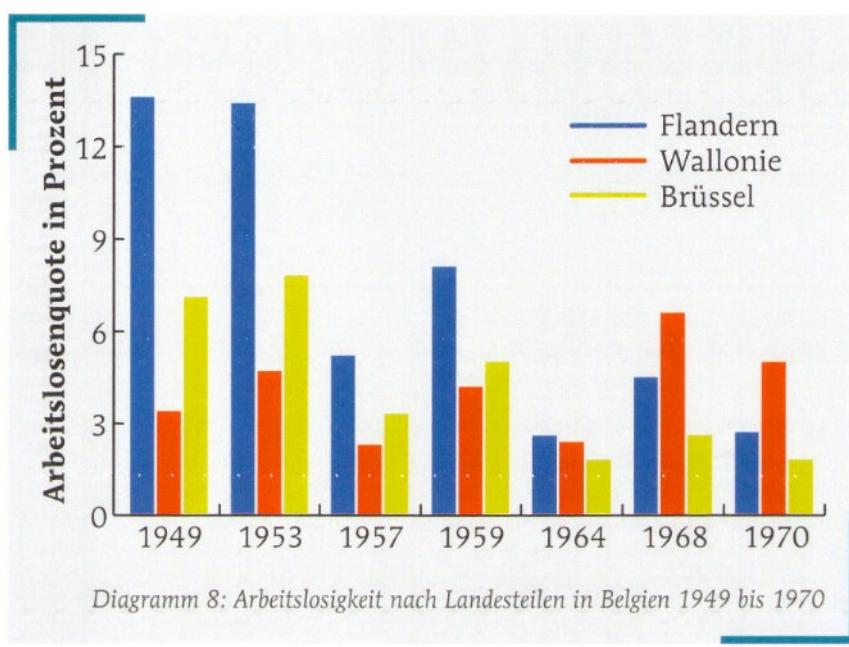


Diagramm 9: Anteil an der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts nach Landesteilen in Belgien 1960, 1966, 1970

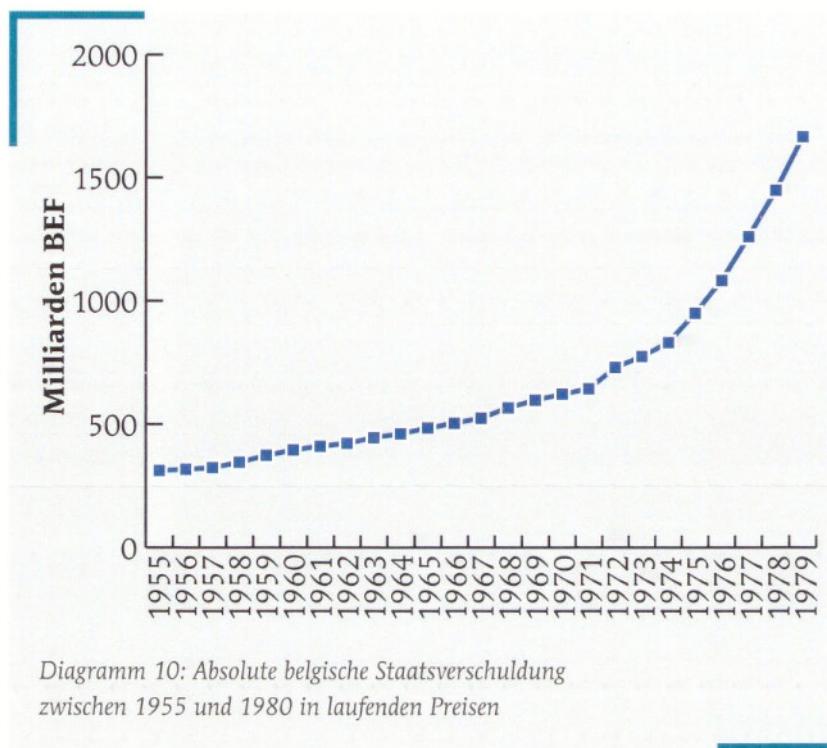


Diagramm 10: Absolute belgische Staatsverschuldung zwischen 1955 und 1980 in laufenden Preisen

verkehrspolitische Lage und die niedrigeren Personalkosten den Ausschlag für Flandern und gegen die Wallonie gegeben²⁵. Diese Entwicklungen schlügen sich selbstverständlich auch auf dem belgischen Arbeitsmarkt nieder.

Um die ausländische Investitionstätigkeit weiter zu fördern, hielt der belgische Staat die Steuern für Unternehmen im weiteren Verlauf der 1960er niedrig. Die Staatsausgaben, insbesondere für den südlichen Landesteil, stiegen hingegen kontinuierlich, weil die Regierungen versuchten, den dortigen Industriestandort durch Subvention für die wallonische Montanindustrie entgegen dem marktwirtschaftlichen Trend zu erhalten. Diese auf Wirtschaftswachstum zielende, defizitäre Politik musste zwangsläufig das bisher geltende Credo der Preisstabilität und der strengen Inflationskontrolle hinter sich lassen: War der Preisindex in Belgien zwischen 1953 und 1960 lediglich um ein Prozent gestiegen und damit nur ca. ein Viertel so stark wie im benachbarten Deutschland, lag die Teuerungsrate zwischen 1960 und 1970 bei ca. 25 Prozent im Vergleich zu etwa neun Prozent in der BRD.

Im Jahr 1965 kündigte die Regierung an, sechs unrentable Steinkohlebergwerke zu schließen, davon fünf in der Wallonie. So verlor der südliche Landesteil bis 1966 durch das „Zechensterben“ noch einmal rund 65.000 Arbeitsplätze. Selbst Neuinvestitionen in der

Montanindustrie kamen in den 1960er Jahren nicht mehr allein der Wallonie zugute. So errichteten etwa Cockerill und ARBED 1962 in Zelzate bei Gent ein neues Stahlwerk, das unter anderem als Zulieferer für den Schiffsbau diente. Wiederum hatten die günstige

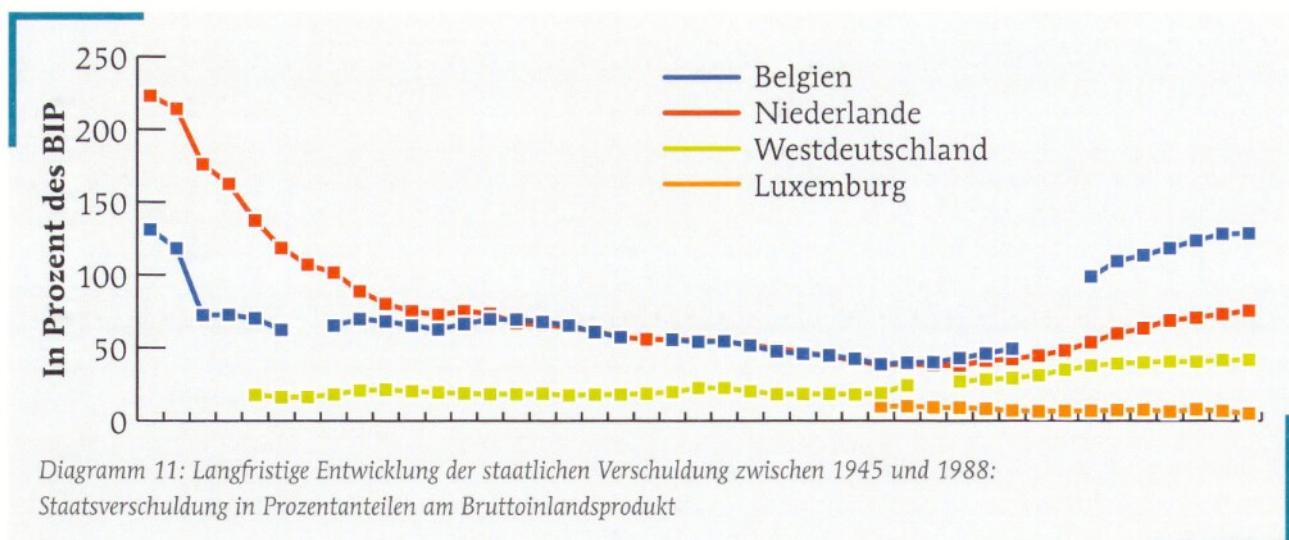


Diagramm 11: Langfristige Entwicklung der staatlichen Verschuldung zwischen 1945 und 1988: Staatsverschuldung in Prozentanteilen am Bruttoinlandsprodukt

Entsprechend stieg auch die Staatsverschuldung Belgiens im Verlauf der 1960er Jahre weiter an, was den damaligen Premierminister Pierre Harmel 1965 zu der Aussage veranlasste, der Staatshaushalt gleiche einem „herrenlosen Zug im dichten Nebel“²⁶. Zum Jahresende 1970 erreichte das Staatsdefizit 620 Milliarden Franken bei einem Brutto-sozialprodukt von ca. 1,2 Billionen Franken. Damit entsprach die Verschuldung des belgischen Staates in etwa derjenigen der viel größeren Bundesrepublik²⁷.

Einflussreiche Gewerkschaften, die infolge des Sprachenstreits gelähmte Politik und nicht zuletzt die positive Konjunkturentwicklung verhinderten eine Senkung der Staatsausgaben für das bereits in den 1950er Jahren massiv ausgebauten Sozialwesen und die Subventionspolitik. Die Zeche für diese wenig nachhaltige „deficit-spending“-Politik des belgischen Staates wurde erst nach 1973 und der neuerlichen, durch den Ölpreisschock hervorgerufenen Wirtschaftskrise fällig²⁸. Das über-

ragende Wachstum der belgischen Volkswirtschaft in den 1960er Jahren schien das Problem steigender Staatsverschuldung und anziehender Preise beherrschbar zu machen, denn noch stieg das Bruttoinlandsprodukt schneller als die Staatsschulden, was auch Diagramm 11 zeigt.

Die belgische Bevölkerung profitierte am Aufschwung der 1960er Jahre durch stetig steigende Löhne im Angesicht der zunehmenden Arbeitskräfteknappheit. Die Arbeitslosigkeit fiel zu Beginn dieses Jahrzehnts und blieb bis in die frühen 1970er Jahre extrem niedrig. Hatte sie nach dem Ende des „Miracle Belge“ 1950 im Landesdurchschnitt bei neun Prozent und Mitte der 1950er Jahre bei 5,8 Prozent gelegen, erreichte sie 1963 erstmals einen Wert von unter drei Prozent. Dieser Zustand der Vollbeschäftigung blieb auch in den kommenden Jahren bis 1973 erhalten. Das Jahr 1968 weist mit einem zeitweisen Anstieg der landesweiten Arbeitslosenquote auf 4,5 Prozent nur

einen vorübergehenden negativen Höhepunkt auf – ausgelöst durch eine kurze, europaweite Konjunkturflaute und verschärft durch die politisch angespannte Lage im Inland während der „Löwen-Krise“²⁹.

Insgesamt waren die 1960er Jahre in Belgien also durch überdurchschnittliches Wachstum, niedrige Arbeitslosigkeit, steigende Staatsschulden und einen sektoralen wie geographischen Strukturwandel geprägt, der zu harten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führte. Die 1970er Jahre waren dann gekennzeichnet durch die beiden Ölpreiskrisen 1973/74 und 1979/80, den Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods und den sich beschleunigenden Strukturwandel³⁰.

Mit diesem Zwischenfazit blicken wir in den folgenden beiden Kapiteln auf Ostbelgien und zeigen, wie sich die allgemeinen Trends in der belgischen Wirtschaftsentwicklung in der Region niederschlugen.

Kapitel 2: Die ostbelgische Landwirtschaft zwischen 1945 und 1973. Der Auftakt zum großen Hofsterben

Während die belgische Wirtschaft unmittelbar nach der Befreiung auf Hochtouren lief, sah die Situation in den wiedereingegliederten Gebieten von Eupen-Malmedy anders aus. Nicht Rekordnachfrage, sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Löhne bestimmten hier wie im übrigen Land das Bild, sondern gravierende Anpassungsschwierigkeiten. Diese resultierten aus der unterschiedlichen Situation während des Zweiten Weltkrieges: Das belgische Binnenland war „nur“ besetzt

gewesen, die beiden Kreise Eupen und Malmedy hingegen waren durch die völkerrechtswidrige Annexion vom 18. Mai 1940 integraler Bestandteil des „großdeutschen Wirtschaftsraums“ geworden. Diesen Unterschied berücksichtigte der belgische Staat bei seiner Wiedereingliederungspolitik zunächst nicht, was sich insbesondere bei den politischen Säuberungen niederschlug, die sich auch auf die Wirtschaft auswirkten. Der für die Verwaltung des Gebiets zuständige Beigeordnete

Bezirkskommissar Henri Hoen nannte in seinem Jahresbericht 1946 die politischen Säuberungen in den Unternehmen, die schlechte Infrastruktur und die Kriegszerstörungen als vordringliche regionale Probleme bei der Wiederbelebung der Wirtschaft³¹.

Wiederaufbau und gemeinsamer Neuanfang

Die drei Ostkantone – Eupen, Malmedy und St.Vith – waren seit jeher



„Befreiung“ in den Ostkantonen: Siegesfeiern am 10. Mai 1945 in Eupen

landwirtschaftlich geprägt. Bereits in der Zwischenkriegszeit hatten sich die Bauern in den Ostkantonen auf Viehzucht spezialisiert. Andere Zweige der Landwirtschaft spielten im Kanton Eupen keine und in den südlichen Kantonen eine stark untergeordnete Rolle³².

Während vor allem in Eupen und in geringerem Maße auch in Malmedy industrielle Fertigungsbetriebe, Handwerk und Dienstleistungen Beschäftigungsalternativen boten, bildete im Kanton St.Vith mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes die Land- und Forstwirtschaft die einzige Möglichkeit zum Broterwerb vor Ort³³. Die Daten des Landwirtschaftsensus von 1950 zeigen, dass nicht weniger als 53 Prozent der Fläche des Kantons St.Vith, 39 Prozent des Kantons Eupen und 33 Prozent des Kantons Malmedy direkte landwirtschaftliche Nutzfläche waren, hinzu kamen die Flächen für Bauernhöfe, Ställe, Wege usw.³⁴

An dieser grundsätzlichen landwirtschaftlichen Prägung hatte die deutsche Besetzung nichts geändert. Allerdings hatten die deutschen Leitungsstellen versucht, in die innere Struktur der Landwirtschaft einzudringen. Nach der Annexion im Mai 1940 übernahmen rasch NS-Organisationen, vor allem der soge-

nannte Reichsnährstand, die Kontrolle über das soziale Leben im ländlichen Raum³⁵. Dieser organisierte fortan die landwirtschaftliche Produktion, geleitet durch ideologische Motive und wirtschaftliche Notwendigkeiten infolge der Autarkie- und Kriegspolitik des „Dritten Reiches“. Die Landwirte in Eupen-Malmedy sollten sich im Sinne der „Blut- und Boden-Ideologie“ der National-



Während der Annexion wurden Dienststellen des Reichsnährstandes in „Eupen-Malmedy“ errichtet. Vor Ort agierten die „Ortsbauernführer“.



Ostbelgien 1945 – Blick auf das vollständig zerstörte St. Vith



Die Milchviehhaltung prägte die ostbelgische Landwirtschaft vor und nach dem Krieg.

sozialisten³⁶ beim Absatz und bei der eigenen Versorgung, insbesondere mit Futtermitteln für die Milchkühe, auf den regionalen Markt konzentrieren.

Ihr Kraftfutter³⁷ hatten die ostbelgischen Bauern bis 1940 über ihre produktionsgenossenschaftlichen Strukturen in Form von Importen aus der belgischen Kongo-Kolonie bezogen. Da diese Möglichkeit mit der Besatzung 1940 entfiel, wurde während des Krieges versucht, die Futtermittelgewinnung

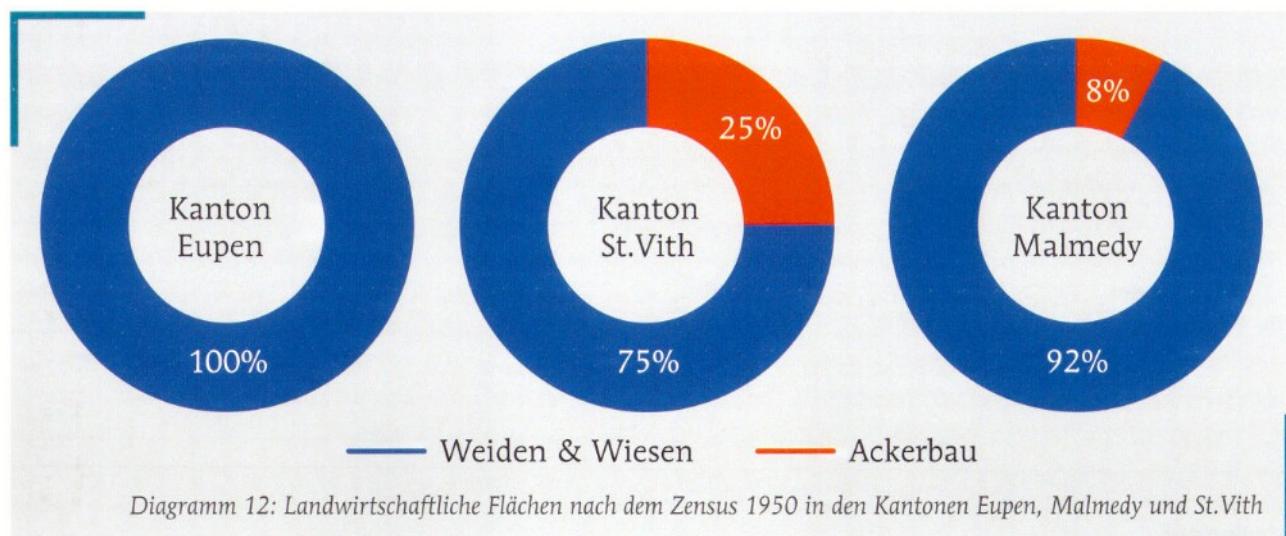
zu regionalisieren. Durch den Aufbau von Futtersilos sowie die Ausweitung der für die Futtermittelgewinnung bestellten Nutzfläche sollten diese Ziele erreicht werden. Um die Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten, wurde zudem der Anbau von Kartoffeln und Gemüse gefordert³⁸.

Langfristige Folgen hatte diese Politik nicht. Die ostbelgischen Bauern blieben bei ihrer Konzentration auf die Milch-

wirtschaft. Als der belgische Staat 1950 die landwirtschaftlichen Nutzflächen er hob, stellte er im Kanton Eupen weniger als sieben Hektar Ackerland und im Kanton St.Vith nur 4.936 Hektar Ackerland fest. In Eupen spielte die Feldbestellung also trotz der zwischenzeitlichen deutschen Förderungspolitik überhaupt keine Rolle; in der Eifel war ihre Bedeutung mit einem Anteil von 25 Prozent an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche untergeordnet.

Auch auf die Anzahl der Bauernhöfe hatte der Krieg mittelfristig fast keinen Einfluss. Gab es 1942 1.120 Bauernhöfe im Eupener Land, war die Anzahl 1948 mit 1.100 Betrieben nahezu unverändert³⁹.

Nach der Befreiung Ostbelgiens, die sich im Süden durch die im Dezember 1944 hereinbrechende Ardennenoffensive noch einmal verschob, verschwanden der „Reichsnährstand“, und die ideologische „Schollenpolitik“ fand ihr Ende. Nun etablierte sich eine neue Form der bäuerlichen Selbstverwaltung, die an die Vorkriegsstrukturen anschloss, aber auch einen



entscheidenden Bruch vollzog. In der Vorkriegszeit hatten sich die Landwirte in jeweils einem Landwirtschaftlichen Kreisverband in Eupen und Malmedy organisiert. Mit dem im flämischen Landesteil beheimateten *Boerenbond* (Bauernbund) hatten zunächst beide Verbände zusammengearbeitet. Während der nördliche Verband unter Führung des Eupener Bürgermeisters Hugo Zimmermann probelgisch loyal zum *Boerenbond* standen hatte, war der Malmedyer Kreisverband als prodeutsch im Januar 1927 aus der flämischen Dachorganisation ausgetreten, hatte sich dem *Rheinischen Bauernbund* angeschlossen und war von deutschen Regierungsstellen kofinanziert worden. Unterdessen waren probelgische Gegenorganisationen in Form von sogenannten Bauerngilden des *Boerenbond* in den Dörfern des Südens entstanden. Die typische politische Konfrontation zwischen „Prodeutschen“ und „Probelgiern“ hatte sich also auch in der Landwirtschaftsorganisation widergespiegelt⁴⁰. Die NS-Landwirtschaftspolitik hatte diesen Parallelstrukturen mit der „Gleichschaltung“ im „Reichsnährstand“ ein Ende gemacht.

Die Kraft des *Boerenbond*

Nach der Befreiung stellte der *Boerenbond* Bedingungen, als er Ende 1944 vor allem durch Zimmermann und den ehemaligen Leiter der Ankaufabteilung des Bundes im Eupener Land Hubert Corman(n)⁴¹ zur Rückkehr in das Gebiet aufgefordert wurde. Insbesondere wollte man ein politisch motiviertes Schisma, wie es in der Zwischenkriegszeit geherrscht hatte, verhindern. Aus diesem Grund sollte es keine rein deutschsprachigen Zwischenstrukturen wie die alten Kreisverbände mehr geben. Stattdessen

wurde die Durchsetzung der flämischen Organisationsform mit Einzelmitgliedschaften der Landwirte in örtlichen Gilden verlangt. Ab September 1945 wurden die ersten dieser parallel zu den katholischen Pfarrstrukturen eingerichteten Gilden im Eupener Land gegründet. Bis Februar 1946 war der Gründungsprozess in den zehn Pfarreien abgeschlossen. Leitungsfunktionen als Vorsitzende übernahmen vor allem die ehemaligen Funktionäre des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes⁴².

In den südlichen Gebieten verlief der Aufbau schleppender. Die größeren Spannungen zwischen prodeutschen und probelgischen Verbänden in der Vorkriegszeit sowie die Kriegszerstörungen durch die Ardennenoffensive spielten hierbei eine Rolle. Allerdings wurden auch im Süden die ersten 14 Gilden bereits 1946 gegründet. Mit der Gründung eines eigenständigen Bezirksverbandes im April 1949, der die Gilden des gesamten Gebiets zusammenschloss, entstand schließlich doch ein regionaler Zusammenschluss der deutschsprachigen Bauern, dem jedoch auch frankophone Landwirte aus dem Malmedyer Raum angehörten. Erster Bezirksvorsitzender wurde Hubert Corman, der bis 1965 im Amt blieb⁴³. Am 28. April 1946 erschien mit der Zeitschrift „Der Bauer“ auch die erste Nachkriegsausgabe des deutschsprachigen Mitteilungsorgans des *Boerenbond*⁴⁴.

Mit der Etablierung von Raiffeisenkassen im Oktober 1946 in Eupen und am 14. September 1947 in Bütgenbach konstituierten sich Strukturen zur Abwicklung von Krediten, Girogeschäften und Spareinlagen neu, die in der Vorkriegszeit mit genossenschaftlichen

„Der Bauer“

„Der Bauer“ – die Zeitschrift des belgischen Bauernbunds erscheint ab April 1946 wieder. Im Geleitwort wird der Schlußstrich mit der Vergangenheit beschworen.

Zum Geleit

Durch die plötzlichen Kriegereignisse des 10. Mai 1940 mußte unsere Zeitung „Der Bauer“, welche bis dahin auf ein 17jähriges Bestehen zurückblicken konnte, leider das Erscheinen und dazu die gesamte Organisation ihre Tätigkeit in den vom Feinde annexierten Gebieten einstellen, wobei wir nicht einmal die Möglichkeit hatten, von unseren treuen Mitgliedern Abschied zu nehmen.

Schwere Jahren liegen hinter uns, und viel Leid und Tribulal hat dieser unglückliche Krieg über unsre Bauernfamilie und über unsre engere Heimat gebracht.

Durch das vom Feinde angewandte Sonderregime, ein Regime der Tyrannie und Gewalttherrschaft, wurde vieles zerstört.

Der nunmehr beginnende Wiederaufbau und die erneute Anpassung an unser belgisches Verwaltungssystem, sowie die Wiedereingliederung in den belgischen Wirtschaftskörper, vollzieht sich nicht ohne daß dabei, auch heute noch, manche Schwierigkeiten zu überwinden sowie auch manche Probleme sozialer, militärischer und wirtschaftlicher Art zu lösen sind.

Wenn wir uns nun heute unseren ehemaligen Freunden und Mitgliedern erneut vorstellen, so tun wir dies mit dem Vertrauen auf eine bessere Zukunft wofür wir mit dem besten Bestreben, Schulter an Schulter aufrichtig und treu, zusammen arbeiten wollen, da die Zeitung an erster Stelle dazu bestimmt ist das Organ der Organisation und das Bindeglied zwischen Mitgliedern und der Zentralverwaltung zu sein.

Spar- und Darlehnskassen Vorbilder hatten. Dabei gelang es den ostbelgischen Verantwortlichen, vor allem Hubert Corman, die Zentralkasse des *Boerenbond* als Dachorganisation davon zu überzeugen, auf die Fixierung von Pfarren als Gebietseinteilung für die einzelnen Kassen zu verzichten und so mit der Raiffeisenkasse Eupen eine informelle Nachfolgeorganisation der Kreissparkasse zu schaffen. Beachtenswert ist zudem, dass diese erste regionale Raiffeisenkasse des *Boerenbond* mit ihrer Gründung die Funktion einer Buchgeld-Clearingstelle übernahm, die zentrale Geschäfte zwischen den Landwirten und den verschiedenen Genossenschaften, etwa der Molkerei Walhorn, durchführte. Dadurch konnte sie die Bedeutung einer „Zentralbank der Landwirtschaft“ im Eupener Land gewinnen.

In der Eifel, wo der Kreditbedarf infolge der Ardennenoffensive sehr hoch war, wurde die Gründung von Raiffeisenkassen ebenfalls forciert. Bis 1951 entstanden zehn solcher Kassen, in den Folgejahren sechs weitere. Erst in den 1970er Jahren wurden diese kleineren Spar- und Kreditanstalten nach dem Vorbild der Eupener Regionalkasse zu weniger, dafür größeren Kassen zusammengelegt, wie auch im übrigen Einzugsgebiet des Boerenbond. Die Eupener Organisation hatte also durchaus Vorbildcharakter für das gesamte Land, wenn auch mit 30-jähriger Verzögerung⁴⁵.

Neben der finanziellen Selbstverwaltung kamen auch der gemeinsame Warenbezug, insbesondere für Futtermittel und Kunstdünger, sowie ein genossenschaftliches Versicherungssystem, Beratungsleistungen für die Mitglieder, etwa zu Fragen der Sozialversicherung, und ein technischer Dienst in den Jahren nach dem Krieg in den Ostkantonen zum Aufbau⁴⁶. Dem Bauernbund kam neben diesen Dienstleistungsfunktionen auch eine große gesellschaftliche Bedeutung zu, die auch auf seiner Verknüpfung von landwirtschaftlicher Organisation und katholischer Kirche beruhte. Vereine wie die Landfrauen ab 1952 und die Katholische Landjugend ab 1954 boten als Unterorganisationen des *Boerenbond* Veranstaltungen zur Freizeitgestaltung an. Die zunächst ab 1948 jährlich, dann ab 1951 zweijährlich stattfindenden Generalversammlungen des Bezirksbundes waren gesellschaftliche Großereignisse der Nachkriegszeit, die unter Anwesenheit zahlreicher geistlicher und weltlicher Würdenträger durchgeführt wurden⁴⁷.

Darüber hinaus begann der Verband, regionale Schulungen, Ausstellungen,

Der Boerenbond konstituiert sich nach dem Zweiten Weltkrieg: Schlagzeile des Grenz-Echos

Leistungsschauen, Fortbildungen und Informationsabende zu organisieren. Auch so ist zu erklären, dass nicht nur die Anzahl der Gilden, sondern auch die Zahl der Mitglieder kontinuierlich stieg. Im Jahr 1950 gab es erstmals mehr als 2.000 Mitglieder. Die Gesamtzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten betrug zu diesem Zeitpunkt etwa 15.000 Personen, gleichzeitig wurden jedoch nur rund 6.100 Höfe gezählt. Da die Bauergilde primär die Hofleiter ansprach, ergab sich bereits zu diesem Zeitpunkt ein Organisationsgrad von rund 30 Prozent⁴⁸. Bis 1955 erhöhte sich die Mitgliederzahl noch einmal deutlich auf über 2.800⁴⁹. Der Organisationsgrad stieg nun auf über 50 Prozent an.

Auch die beiden wichtigsten ange- schlossenen Verbände, der Landfrauen- verband und die Katholische Land- jugend (KLJ), konnten erhebliche Mitgliederzahlen aufweisen. Zusam- men hatten sie Ende der 1950er Jahre rund 1.200 Personen in ihren Reihen. Insgesamt war zu dieser Zeit rund jeder elfte Ostbelgier Mitglied im Bauern- bund oder einer seiner Unterorganisa- tionen.

In den 1950er Jahren wurde der Bauernbund so die dominierende gesellschaftliche Institution auf dem Land. Dabei war er, was seine gesellschaftspolitische Ausrichtung anbelangt, sehr eng an die katholische

Die Generalversammlungen der Bauerngilden in den Ostkantonen waren Großereignisse der 1950er und 1960er Jahre.

Kirche gebunden. Der Bauernbundsvorsitzende Hubert Corman betonte beispielsweise in einer Ansprache während der Generalversammlung 1957 in Eupen:

„Unsere ganze Aktion muss [...] durch ein religiöses und moralisches Ideal beseelt sein. Wir können also die Wichtigkeit der religiösen Ansprachen unserer Präsidenten auf Vorstandssitzungen und Generalversammlungen der Bauerngilden, auf den Bezirksversammlungen, Studentagen usw. nicht schnell überschätzen.“⁵¹

Einfluss auf das Alltagsleben nahm der Bund durch eine Vielzahl von Aktivitäten. Neben Studien- und Gesellschaftsfahrten – beispielsweise reisten 280 Mitglieder des ostbelgischen Bauernbundes zur Weltausstellung 1958 nach Brüssel – bot der Bund religiöse Pilgerfahrten an, versorgte seine Mitglieder mit den Magazinen „Der Bauer“, „Daheim“ (Landfrauen) und „Die Brücke“ (KLJ) und



*Die rasche Erholung der Landwirtschaft ist auch in der Eifel zu spüren:
Viehmarkt in Amel (undatiert)*

veranstaltete Vorträge und Filmvorführungen. Schließlich hatte er einen maßgeblichen Einfluss auf die Aus- und Weiterbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses. So bestand eine enge Verbindung zur landwirtschaftlichen Abteilung der Bischöflichen Schule in St.Vith und zu den Winterschulen für Land-

wirte, die in Eupen und St.Vith eingerichtet worden waren⁵².

In den Wirren der politischen Säuberung

Neben dem (Wieder-)Aufbau der bäuerlichen Selbstverwaltung prägten die politischen Säuberungen und die Abrechnungsprozesse mit den alten Strukturen des Reichsnährstandes und des Malmedyer Kreisverbandes die ersten Nachkriegsjahre. Zahlreiche politische Prozesse vor den Militärgerichten in Eupen und Malmedy trafen Landwirte wegen ihrer früheren Funktion im Reichsnährstand oder in anderen NS-Organisationen. So wurde im Januar 1947 ein großer Prozess gegen drei ehemalige Führungskader des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Malmedy eröffnet, die auch nach der Annexion leitende Stellungen, etwa als Ortsbauernführer und Amtsburgermeister, bekleidet hatten⁵³.

Ab Februar 1947 wurde auch vor dem Militärgericht in Eupen Protagonisten

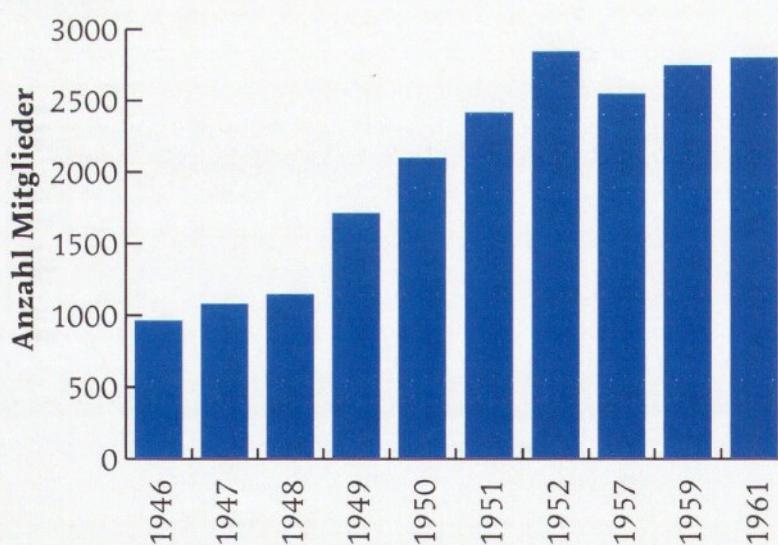


Diagramm 13: Mitgliederzahlen des Bauernbundes in Ostbelgien⁵⁰

Die Malmedyer Ex-Bauernschaftsführer vor dem Kriegsgericht

Die ungelöste Frage der Einziehung zur Wehrmacht im Mittelpunkt

Im Anfang war der LVM

Nach den zahlreichen Prozeßverhandlungen gegen alle möglichen kleinen und großen gewesenen „heimatfreuen“ Führer und Mithelfer der nationalsozialistischen Annexion unserer Heimatgebiete und des derselben aus erwachsenen geistigen und materiellen Unheils standen am vorigen Freitag drei der namhaftesten Männer des Landwirtschaftlichen Verbands Mähmeda vor dem Richter

Die ungelöste Frage der Einziehung zur Wehrmacht im Mittelpunkt

Die Angeklagten

ist bei jeder bedeutenden Verhandlung gegen frühere „heimatvertriebene“ Führer aufgeworfen wird. Bis jetzt hat noch keiner denselben die Verantwortung dafür übernommen wollen. Auch die angeklagten überzeugen nicht, die zum Schluß selbst so weit gingen, zu behaupten, daß man belästigte Landwirte nicht eingezogen habe, da sie ja doch **Heinrich Hilgers, Witzfeld, gehörte zu den Gründern der H.P. seine Heimat „Vorlage“, nach der Annexion wurde er Parteimitglied, Zellenleiter und Politischer Leiter. Schon im Juni 1940 wurde er zum Ortsbündesführer ernannt, über welche Tätigkeit sich der Angeklagte in allen möglichen Widerprüche verwickelt. Sichtlich peinlich sind ihm die durch den Vorsitzenden gestellten Fragen nach der Bewertung der Funktion des „Vorlagen“ und der „Vorlagen“**

Schlagzeilen zu den „Säuberungsprozessen“ gegen die Funktionäre des Landwirtschaftlichen (Kreis-)Verbandes Malmedy

des NS-Landwirtschaftsverbandes bzw. „prodeutschen“ Landwirten der Prozess gemacht. Angeklagt waren beispielsweise die Ortsbauernführer von Hause, Walhorn und Baelen, der stellvertretende Kreisbauernführer von Eupen sowie ein Reichsnährstandsfunktionär auf Kreisebene⁵⁴. Die durch das Militärgericht verhängten Strafen waren drakonisch. So erhielt der ehemalige Bauernführer von Hause eine Haftstrafe von fünf Jahren und eine Geldstrafe über 150.000 Franken⁵⁵. Der ehemalige stellv. Kreisbauernführer wurde zu einer Haftstrafe von sieben Jahren und einer Geldstrafe über 25.000 Franken verurteilt⁵⁶.

Bei der Betrachtung dieser Prozesse fällt auf, dass sie insbesondere führende Funktionäre aus der Zwischenkriegszeit betrafen. Insgesamt hatte es während der Annexionszeit jedoch 93 Ortsbauernschaften gegeben⁵⁷. Wie viele ehemalige Ortsbauernführer das Gebiet vor der Befreiung verließen, ist ebenso wenig bekannt wie die Anzahl derjenigen Ortsbauernführer, die verhaftet und bestraft wurden. Sicher ist jedoch, dass auch im Bereich der Landwirtschaft die juristische Verfolgung, das Strafmaß und auch die Sequestrierung von Besitz in vielen Fällen dem Zufall bzw. Denunziationsnetzwerken

überlassen blieben. In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass zentrale Führungsfiguren des Reichsnährstandes auf Kreisebene aus dem „Altreich“ entsandt worden und 1944/45 geflüchtet waren. Daher waren sie für die belgische Justiz nach der Befreiung nicht greifbar⁵⁸.

Die Prozessberichte im Grenz-Echo zeigen auch, dass die Tätigkeit im landwirtschaftlichen Bereich - also die eigentliche wirtschaftliche Tätigkeit der Bauern - bei den Anklagen nur eine untergeordnete Rolle spielte. Zwar wurden auch Bereicherungen als Amtsmissbrauch erwähnt, Kern der Anklage und der Berichterstattung blieb aber die politische Tätigkeit vor 1940 und während der Annexionszeit⁵⁹. Bei der Reetablierung des *Boerenbond* spielten die Prozesse der „Säuberung“ scheinbar keine entscheidende Rolle. In der Selbstdarstellung des Verbandes heißt es:

„Auch heute noch rechnen es viele deutschsprachige Belgier dem Bauernbund hoch an, dass er niemanden nach ‚Schuld‘ oder ‚Unschuld‘, nach ‚Vergangenheit‘ oder politischer Einstellung beurteilte, sondern unterschiedslos jeden einlud, an der Gestaltung einer

besseren Zukunft mitzuwirken. Diese Haltung trug sicherlich auch dazu bei, dass sich die Organisation jetzt sehr schnell entwickelte und überall neue Bauerngilden, Ankaufabteilungen und Raiffeisenkassen entstanden.“⁶⁰

Diese idealisierte Darstellung geht über die weitreichenden und tief sitzen- den Konflikte der Nachkriegszeit hinweg, die sich auf die unterschiedlichen familiären Schicksale vor 1945 in den zum Teil sehr kleinen, bäuerlich geprägten Ortschaften bezogen⁶¹. Vorwürfe und Gerüchte haben gerade im ländlichen Raum noch jahrzehntelang das gesellschaftliche Klima belastet. Dennoch ist die integrierende Wirkung des Bauernbundes, der seine Heimat im von der „Säuberung“ ebenfalls hart getroffenen Flandern hatte, nicht zu unterschätzen.

Eupen produktiver als die Eifel

Jenseits dieser institutionellen Wiederbelebung, die mit dem konsequenten Anschluss an eine belgische, wenngleich flämisch-regionale Dachorganisation einherging, waren die Entwicklungen des Landwirtschaftssektors in den ersten Nachkriegsjahren divergierend. So lag die Nachfrage nach Dünger und Futter, die über das Eupener Büro des Bauernbundes abgewickelt wurde, 1946/47 nur bei 1.190 Tonnen, während sie in der Vorkriegszeit in Spitzenjahren noch bei 13.000 Tonnen pro Jahr gelegen hatte. Diese Zahlen wurden erst wieder 1953/54 erreicht. Ursachen hierfür waren die anfängliche Rationierung von Futtermitteln sowie ein im Krieg und in den ersten Nachkriegsjahren zurückgegangener Viehbestand. So war die Anzahl der gehaltenen Pferde in Malmedy-St.-Vith

zwischen 1936 und 1946 von 2.924 auf 1.870, also um 37 Prozent, gesunken. Der Milchkuhbestand im gesamten Gebiet sank zwischen 1940 und 1946 von 30.600 um etwa zehn Prozent auf 27.522⁶². Mit dem Aufbau des *Boerenbond* und seiner Krediteinrichtungen endete diese Entwicklung.

Entsprechend waren die durch den Bund zur Verfügung gestellten Kreditsummen im Jahr 1947 besonders hoch⁶³. Allerdings stieg damit auch der Schuldenstand vieler Betriebe, die nun auf Kredit ihre Viehbestände ergänzten und im Süden ihre zerstörten Höfe wiederaufbauten. Der vergleichsweise langsame und komplizierte Prozess bei der Beantragung von staatlichen Entschädigungen für Kriegszerstörungen, erschwert durch die Folgen der „Säuberungen“, war ein dominierendes Problem der späten 1940er Jahre. In einem Appell des Bauernbundvorsitzenden Corman aus dem Jahr 1950 hieß es dazu:

„Die Generalversammlung der beim belgischen Boerenbond angeschlossenen Bauerngilden [...] erhebt bittere Klage über die schleppende Regelung der Kriegsschädenfrage, die bis zur Stunde noch keine Aussicht auf eine endgültige Lösung erkennen lässt. [...] In Anbetracht dessen, dass die Bevölkerung dieser Gebiete unverdrossen an die erneute Urbarmachung ihrer von den Bomben und Granaten aufgewühlten Böden herangegangen ist, ihre Viehbestände aufgefüllt und das Baumaterial mit geliehenen Geldern erstanden hat und sich dadurch eine schwere, erdrückende Schuldenlast aufbürden musste, [...] beschließt die Versammlung einen dringenden Appell an Eure Exzellenz [den Wiederaufbauminister]



Die Kriegszerstörung betraf auch die landwirtschaftliche Infrastruktur: Blick auf die zerstörte Molkerei in Büllingen 1945

und die Regierung zwecks sofortiger Auszahlung der Kriegsschäden an die Bevölkerung [...].“⁶⁴

Die Umstellung auf den belgischen Markt scheint hingegen keine unüberwindbaren Probleme für die Landwirtschaft geschaffen zu haben. Die nach wie vor lokal-regionale Ausrichtung der Produzenten, die rasche belgische Währungsreform und die zunehmende Liberalisierung des belgischen Marktes in den 1940er Jahren haben dazu beigetragen, Absatzeinbußen durch die Grenzschließung nach Deutschland zu verkraften. Zudem ergab sich für die Landwirte die zwar illegale, aber lukrative Möglichkeit, am florierenden Schmuggel auf den Schwarzmarkt in Deutschland zu profitieren. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich solche Zuverdienste nicht quantifizieren lassen. Die Berichte des Grenz-Echos zum Thema Schmuggel und andere Arbeiten haben jedoch gezeigt, dass dieser

inoffizielle Wirtschaftszweig nicht zu vernachlässigen war⁶⁵.

Bis 1950 konnten die kriegsbedingten Viehverluste dank hoher Nachfrage und rascher Reorganisation von Kreditwesen und Warenbezug wieder ausgeglichen und Kriegszerstörungen beseitigt werden. Henri Hoen unterstellte hierbei sogar einen Modernisierungsschub durch die Kriegszerstörungen, die zum Aufbau moderner Anlagen in der Eifel führten:

„Der Krieg hat Verwüstungen verursacht, aber die Landwirtschaft hat bis zu einem gewissen Grad davon indirekt profitiert. Viele Gehöfte, die heute nicht mehr zeitgemäß sind, wurden in rationelle moderne Gebäude umgewandelt, nicht selten unter Anwendung der Leitlinien des Landwirtschaftsministeriums.“⁶⁶

Während der Absatz von landwirtschaftlichen Produkten nach der Freigabe der Bewirtschaftung in der Zeit des „Belgischen Wirtschaftswunders“ kein Problem war, kritisierten die belgischen Bauern um 1950 eine niedrige Rentabilität ihrer Betriebe und fürchteten die Konkurrenz niederländischer Produkte durch Benelux⁶⁷. Zudem ergaben sich zwei weitere regionale Startschwierigkeiten für die Landwirtschaft.

Geschlossene Grenzen

Als erstes Problem nannte Hoen immer wieder die geschlossenen Grenzen nach Deutschland. Landwirte konnten deswegen ihre Besitzungen, vor allem Waldstücke für die Forstwirtschaft, jenseits der Grenze nur unter größeren bürokratischen Belastungen bearbeiten. Noch 1947 war jeder Grenzverkehr strikt untersagt. Militärpassierscheine mussten über ein kompliziertes Verfahren einzeln beantragt werden⁶⁸. Hoen hatte über die Gemeinden Ende 1946 eine Liste erstellen lassen, die Landwirte mit Besitzungen im Ausland erfasste. Betroffen waren über 600 Personen. Der Bezirkskommissar versuchte, eine generelle Lösung des Problems bei den Behörden in Brüssel herbeizuführen, etwa durch die Bereitstellung von Sonderpassierscheinen für Landwirte⁶⁹.

In den folgenden Jahren kam es durch Verträge zwischen Belgien und den britischen bzw. französischen Besetzungsbehörden in Deutschland zu Vereinfachungen. So wurde es nun möglich, ein Jahr gültige Grenzpassiererlaubnisse zu beantragen. Die Zahl der ausgegebenen Passierscheine nahm stetig zu. Indessen wurde das Grundproblem der geschlossenen Grenzen erst mehrere Jahre später gelöst. Im Sommer 1951 wurde ein belgisch-deutsches



Der Schmuggel gehörte im belgisch-deutschen Grenzland nach dem Krieg zur Tagesordnung: Festgenommene Schmuggler in Elsenborn 1946

Abkommen über den „kleinen Grenzverkehr“ von Arbeitskräften geschlossen⁷⁰. Parallel hierzu wurde ein Gesetz

zur Liquidierung der Sequesterverwaltung erlassen. Obwohl es nicht in jedem Fall zu einer endgültigen Regelung der



Von der Grenzschließung war vor allem die Holzwirtschaft beiderseits der Grenzen betroffen: Holzarbeiter in Büllingen

Ansprüche führte, ließ es grundsätzlich Bewegung in diese Frage kommen. So traten beide Probleme, Sequesterverwaltung und Grenzverkehr, die natürlich auch deutsche Bauern auf der anderen Seite der Grenze betrafen, zunehmend in den Hintergrund⁷¹.

Molkereien braucht die Milch

Das zweite, noch drängendere Hauptproblem betraf die Weiterverarbeitung der Milchprodukte. Durch die Konzentration auf Milchwirtschaft waren die Landwirte des Gebiets von leistungsfähigen Molkereien abhängig, zumal sie Abgabekoten zu erfüllen hatten. Im Eupener Land konnte die Molkerei Walhorn unmittelbar nach dem Krieg ihre Produktion wieder aufnehmen. Die Betriebsanlage war vor und während des Krieges sogar modernisiert und erweitert worden.

Das Grenz-Echo bezeichnete sie 1947 zu Recht als „ultramodern“⁷². Dass die zweite größere Molkerei des nördlichen Kantons, die 1943 in Eupen-Nispert ihren Betrieb aufgenommen hatte, unter Sequesterverwaltung stand, war durch die Walhorner Kapazitäten vernachlässigbar⁷³. Entsprechend entwickelte sich Walhorn in der Nachkriegszeit zum einzigen bedeutenden Molkereistandort im Eupener Land, die Molkerei in Nispert wurde unter staatlicher Kontrolle mit der Walhorner Molkerei fusioniert.

Im Süden hingegen war die heterogenere Molkereiinfrastruktur nach dem Krieg zusammengebrochen. Die Bauern waren daher dazu übergegangen, ihre Milch in Heimarbeit zu verarbeiten, zum Teil unter primitivsten Bedingungen. Dies führte zwangsläufig zu Qualitätsmängeln, Hygieneproblemen und



Die Eupener Genossenschaftsmolkerei (1948)

Produktionsausfällen. Kleinere Molkereistellen, die nach und nach wieder ihren Betrieb aufnahmen, etwa in Bürgenbach und Amel, konnten diese Probleme nur beschränkt lösen; die beiden größeren Molkereien von Malmedy und Büllingen waren unter Sequester-

verwaltung gestellt worden. Zudem hatten nahezu alle Führungspersonen der Büllinger Molkerei während der „Säuberungen“ ihre bürgerlichen Rechte verloren, da die Molkerei mit dem „prodeutschen“ Landwirtschaftlichen Kreisverband verwoben gewesen war.



Landbewirtschaftung in der Eifel mit einfachsten Mitteln:
Milchtransport mit Hundekarren (undatiert)

Komplexe, genossenschaftlich organisierte Besitzverhältnisse wirkten sich ebenfalls negativ aus. Trotz höchster ökonomischer Bedeutung verzögerten sich folglich die Freigaben der Molkereien und damit ihre Produktionsaufnahme⁷⁴.

Als Reaktion auf diese Situation übernahm zunächst der belgische Staat die Molkereien in Eupen-Nispert und Malmedy. Die Betriebe wurden requirierte und unter Verwaltung des *Office Commercial du Ravitaillement et de l'Alimentation* (OCRA) gestellt⁷⁵. Anfang 1948 kündigte Henri Hoen in seinem Jahresbericht an, dass der Staat auch in St. Vith eine von den Kommunen getragene, als *Intercommunale Coopérative* zu betreibende Molkerei errichten wollte und in selber Form die Molkerei in Büllingen zu übernehmen beabsichtigte⁷⁶. Auf Grund der „pro-deutschen“ Vergangenheit dieser Einrichtung war die Frage ihrer Wiedereröffnung in der Nachkriegszeit ein Politikum⁷⁷, wie Hoen betonte:

„Wie auch immer, [neue] Milchverarbeitungszentren [...] führen zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in den Ostkantonen, die so hart vom Krieg betroffen waren. Wenn diese Projekte erfolgreich durchgeführt werden, stabilisieren sie die Assimilationspolitik in den Ostkantonen.“⁷⁸

Doch die Bürokratie der Sequesterverwaltung hemmte die Entwicklung in der Eifel weiter. Zwar gründeten neun Kommunen im Juni 1949 die geplante *Société Coopérative Intercommunale*, jedoch einige man sich zunächst darauf, in St. Vith keine neue Molkerei zu bauen, sondern sich auf die Wiedereröffnung der Büllinger Anlage zu konzentrieren. Tatsächlich wäre eine

Neukonstruktion im Angesicht der nahezu unbeschädigten, modernen Anlage in Büllingen paradox gewesen. Doch ihre Freigabe zog sich weiter hin, sodass die Produktion erst im März 1950 beginnen konnte⁷⁹.

Für die französischsprachigen Gemeinden wurde in Malmedy ebenfalls eine durch die Gemeinden betriebene Kooperative – die *Laiterie Intercommunale du Pays de Malmedy*⁸⁰ – neu gegründet, die eine neue Molkerei auf der „grünen Wiese“ baute⁸¹. Am 4. Juli 1953 konnte die Anlage in Anwesenheit des belgischen Innenministers ihren Betrieb aufnehmen⁸². Damit war auch im Süden die Produktionsinfrastruktur für die Milchwirtschaft wiederhergestellt.

Die Entwicklung der Produktionszahlen der Molkereien zeigen Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre einen deutlichen Aufwärtstrend im landwirtschaftlichen Sektor. Die Molkerei in Walhorn nahm 1950 die Rohmilch und Vorprodukte von 14.000 Kühen ab und produzierte daraus über 4.000 Tonnen Rahm, 271 Tonnen Butter sowie 1,5 Millionen Liter Milch. Zwei Jahre später waren die Produktionszahlen bereits auf 4.500 Tonnen Rahm, 1.500 Tonnen Butter und 3,7 Millionen Liter Milch gestiegen⁸³.

Henri Hoen resümierte zur Situation der Landwirtschaft in den Jahren 1945 bis 1955:

„Zusammenfassend stellen wir fest, dass die Viehzucht [...] der Eckpfeiler der Landwirtschaft der drei Kantone ist. Der Wert ihrer Produktion erreicht eine halbe Milliarde Franken [jährlich]. Die Viehzucht ist von besonderem wirtschaftlichen Interesse,

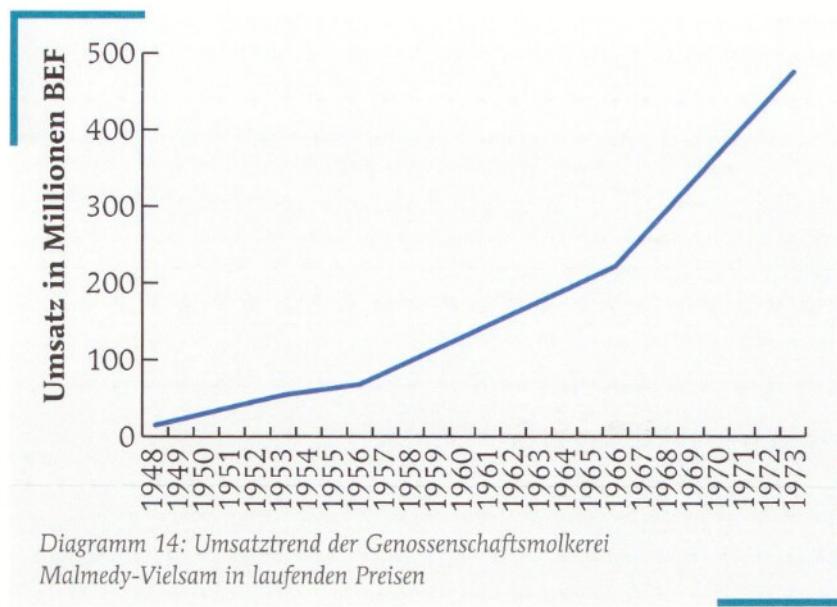
da sie den Bodenverhältnissen entspricht, überwiegend durch familiengebundene Arbeitskraft auskommt, nur sehr wenig Importe benötigt und gleichzeitig intensive Exporte in die Verbrauchszentren des Landes ermöglicht.“⁸⁴

Starke und leistungsfähige Institutionen, eine konsequente Spezialisierung auf die Milchviehhaltung und der, wenn auch schleppend verlaufene Aufbau der notwendigen modernen Weiterverarbeitungsinfrastruktur ermöglichte es der Landwirtschaft bis Anfang der 1950er Jahre, auf einen stabilen Wachstumspfad einzuschwenken und die schwierigen Jahre der Kriegszeit hinter sich zu lassen.

Modernisierungsschübe steigern Leistung

Im weiteren Verlauf der 1950er und insbesondere der 1960er Jahre waren in der ostbelgischen Landwirtschaft klare Trends auszumachen. Das seit Ende der 1940er Jahre herrschende steile Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion weiter fort. Vor allem die Zahlen der jährlich in den Molkereien verarbeiteten Milchmengen stiegen weiter und die Produktionszahlen zogen kontinuierlich an, wie der Umsatztrend der *Laiterie du pays de Malmedy-Vielsam* exemplarisch zeigt. (Diagramm 14)

Die Ursachen für dieses beachtenswerte Wachstum, speziell in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, liegen auf der Hand. Die Anzahl der Milchkühe in der Region stieg kontinuierlich an. Hatten die ostbelgischen Bauern 1948 noch rund 34.400 Kühe gehalten, waren es 1959 bereits 40.400, also rund 17 Prozent mehr. In den süd-



lichen Kantonen betrug der Zuwachs sogar 43 Prozent⁸⁵. Das Diagramm 15 fasst die Entwicklung des Milchkuhbestandes zusammen.

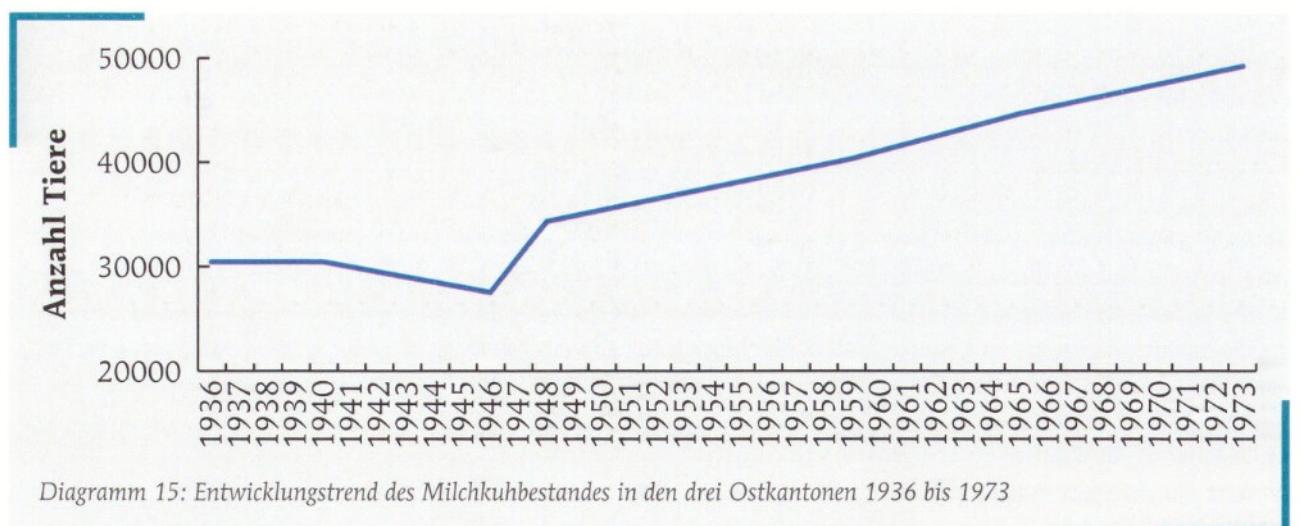
Eng mit dieser Entwicklung verbunden ist auch die Anpassung der Landwirtschaft im Süden an die Strukturen im Norden, was die einseitige Ausrichtung auf die Milchwirtschaft betrifft. Der Anteil der Ackerbaufläche in den südlichen Kantonen nahm bis 1959 auf rund elf Prozent⁸⁶ und bis Mitte der

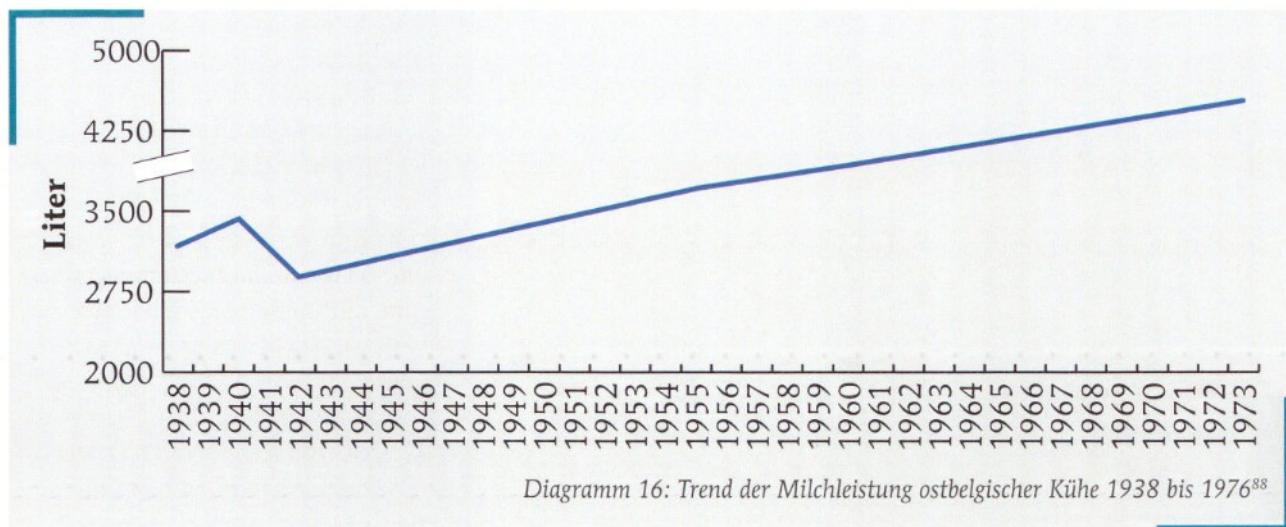
1960er Jahre auf nur acht Prozent⁸⁷ der landwirtschaftlichen Nutzfläche ab. Gleichzeitig nahm die Milchleistung der einzelnen Kühe deutlich zu, da die Tiere hochwertiger gefüttert wurden und sich zudem die tierärztliche Versorgung verbesserte. Einen großen Einfluss hatte in diesem Zusammenhang auch der Wiederaufbau des Zuchtwesens Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre.

Diese deutlichen Leistungssteigerungen gingen einher mit dem Verschwin-

den kleinerer und damit wenig rationaler Betriebe. Die Anzahl der Höfe im Eupener Raum nahm bereits in den 1950er Jahren deutlich ab: Gab es 1950 im Norden noch 1.002 Höfe mit einer Fläche von über einem Hektar, waren es 1959 nur noch 861 – ein Rückgang um 15 Prozent. Im Süden fiel der Rückgang mit drei Prozent moderater aus. Einmal mehr vollzogen sich Veränderungen in der Eifel und den Ardennen langsamer als im Eupener Land⁸⁹. Besonders dramatisch war der Rückgang der sehr kleinen Höfe mit einer Fläche von unter einem Hektar. Hatte es in Eupen im Jahr 1950 noch 907 solcher vornehmlich auf die Selbstversorgung zielenden Kleinstbetriebe gegeben, sank ihre Zahl 1959 um 88 Prozent auf 114. Auch in den beiden südlichen Kantonen sank die Anzahl dieser Kleinstbetriebe um mehr als 80 Prozent von 760 auf 151⁹⁰.

Dieses Aussterben der Selbstversorgungshöfe führte bereits in den 1950er Jahren zu einer Verschiebung der relativen Größenstrukturen in der ostbelgischen Landwirtschaft. Dies zeigt das Diagramm 17, nach Kantonen getrennt, deutlich auf.





Während das Segment der kleineren Höfe zwischen einem und fünf Hektar in allen drei Kantonen deutlich abnahm – vor allem im Eupener Raum –, zeigte sich das mittlere Hofgrößensegment zwischen fünf und zehn Hektar stabiler. Ebenso die kleine Gruppe der Betriebe mit einer Fläche von mehr als 20 Hektar, deren Gesamtzahl, möglicherweise wegen Realteilungen, sogar geringfügig abnahm. Relative Zuwächse gab es hingegen bei größeren Betrieben mit einer Fläche zwischen zehn und 20 Hektar. Interessanterweise war dies genau die Hofgröße, die Henri Hoen Mitte der 1960er Jahre als die zukunftsträchtigste ansah. Sie entsprach der Haltung von etwa 30 Kühen⁹².

Das große Hofsterben

In den 1960er und 1970er Jahren setzte sich dieser Strukturwandel fort und beschleunigte sich vor allem in den südlichen Kantonen. Zwischen 1959 und 1972 wurden knapp die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in der belgischen Eifel und den zur Region gehörenden Ardennengemeinden aufgegeben.

Insgesamt lässt sich bereits in den 1950er Jahren feststellen, dass immer weniger, dafür jedoch durchschnittlich größere Betriebe mit immer mehr und leistungsstärkeren Tieren pro Hof immer größere Mengen landwirtschaftlicher Produkte herstellten. Kleine Betriebe verschwanden zunehmend, als Standardbetrieb setzten sich Höfe mit einer Fläche zwischen fünf und 20 Hektar durch.

Die aus der gewachsenen Anzahl gehaltener Kühe resultierenden Produk-

tionssteigerungen, kombiniert mit stabilen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und einem Absinken der Entstehungskosten, ließen die Rentabilität der Landwirtschaft durchweg steigen⁹³. Natürlich profitierten hiervon größere Betriebe überdurchschnittlich. Ein weiterer Trend in der Landwirtschaft war zunehmende Professionalisierung und Technisierung, die ihrerseits für die Rationalisierungserfolge verantwortlich war. Bereits 1951 stellte das Grenz-Echo zur Landwirtschaft in der Eifel fest:



Die Milchwirtschaft entwickelt sich in den 1960er Jahren endgültig zur „Monokultur“ ostbelgischer Bauern.

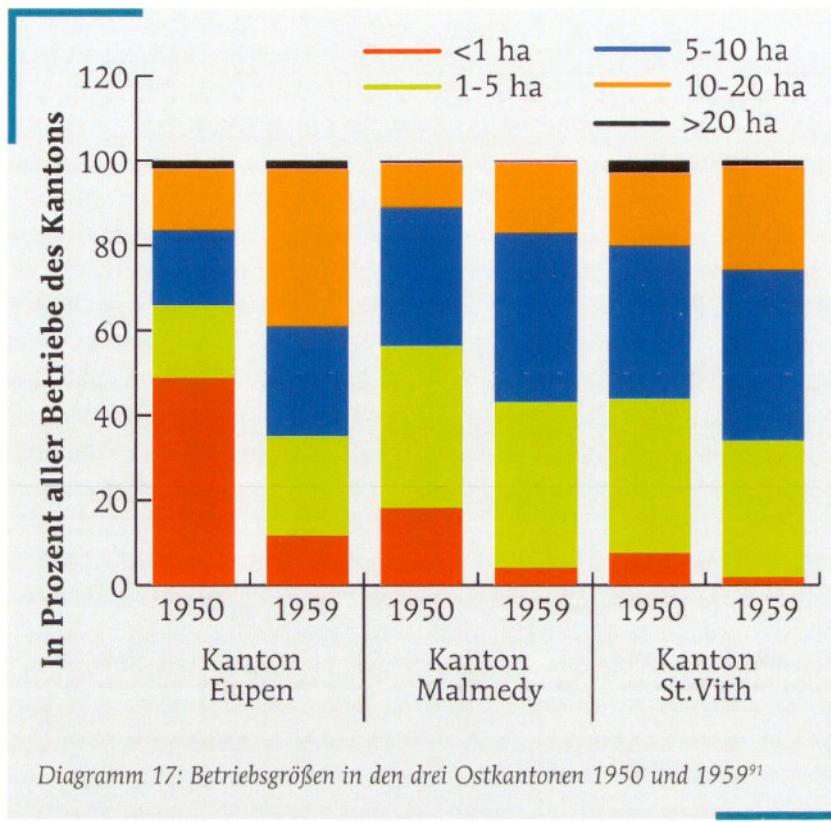


Diagramm 17: Betriebsgrößen in den drei Ostkantone 1950 und 1959⁹¹

„Dieser Bezirk hat sich, [...] unter Anregung und Förderung der jeweiligen Behörde sowie führender Landwirte durch Selbsthilfemaßnahmen (Anlage und sachgemäße Bewirtschaftung von Weiden und Wiesen, Verstärkung der Rindviehhaltung, Organisation des Absatzes), durch persönliche Genügsamkeit und Zähigkeit seiner Bewohner aus sehr bescheidenen Verhältnissen durch viele Schwierigkeiten hindurch zu einem gesunden Wohlstand entwickelt. Ein von Natur aus magerer Boden kam heutzutage bei naturgemäßer Bearbeitung und Pflege unter Berücksichtigung der tierzüchterischen Möglichkeiten zahlreiche Bewohner wohl ernähren.“⁹⁴

Auch Henri Hoen sprach sich öffentlich für die weitere Technisierung aus. Im Jahr 1955 sagte er auf einer Wanderausstellung der Herdbuchvereine in der Eifel:

rationellere Verbesserung der Landwirtschaft herbeigeführt wurde.“⁹⁵

Obwohl bereits in den 1950er Jahren der Maschineneinsatz gesteigert wurde, brachten vor allem die 1960er Jahre den Durchbruch für moderne Produktionsmethoden in der Landwirtschaft. Im Jahr 1966 schrieb das Grenz-Echo auf seiner Sonderseite „Der praktische Landwirt“:

„Es ist ein Zeichen der Zeit, dass [...] unsere landwirtschaftliche Jugend die Maschine bewundert. Maschinen helfen menschliche Arbeit erleichtern, gewisse ehemalige mühselige, schmutzige und ungesunde Arbeiten werden heutzutage schnell abgewickelt, wobei der Landwirt eher eine Aufseheraufgabe übernimmt. [...] [Die Jugend fühlt], dass die Maschine den Landwirt von der mühseligen, eintönigen Arbeit befreit. Für unsere [landwirtschaftliche] Jugend ist die Maschine das Symbol einer besseren Zukunft.“⁹⁶

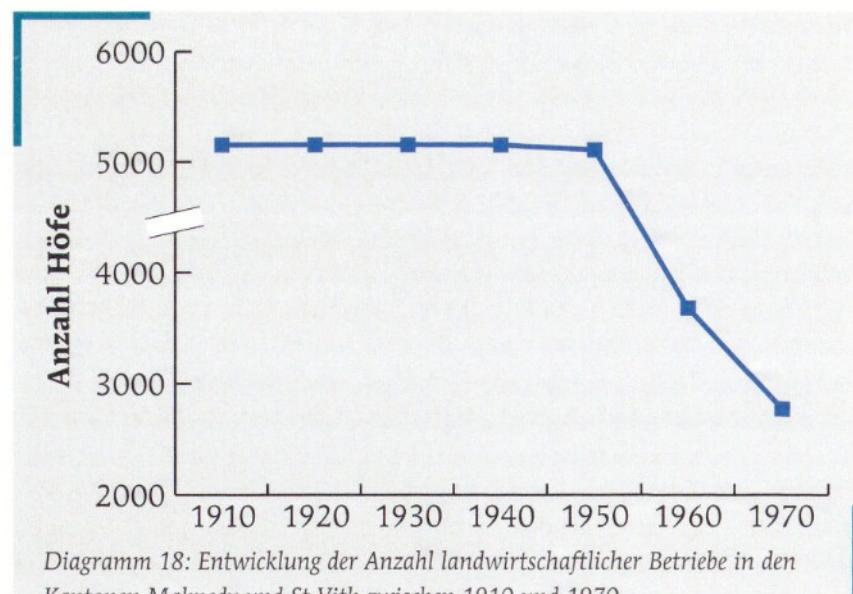
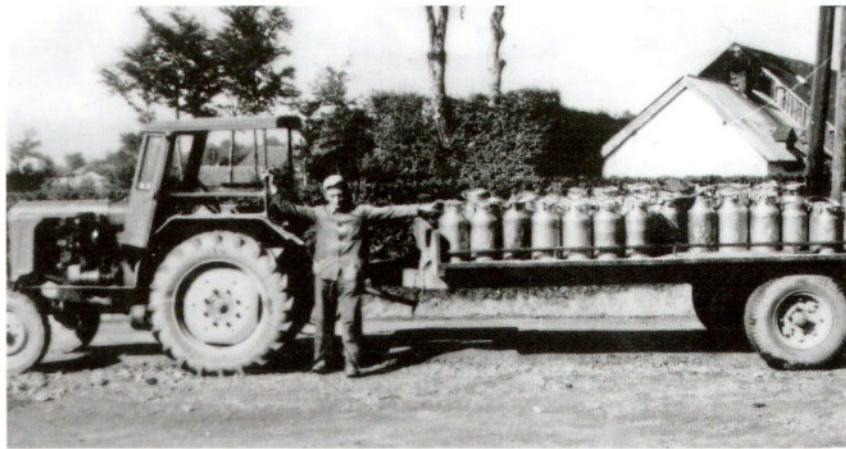


Diagramm 18: Entwicklung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in den Kantonen Malmedy und St. Vith zwischen 1910 und 1970



Neben dem „Hofsterben“ prägt die Technisierung die Landwirtschaft in den späten 1950er und 1960er Jahren: Milchtransport mit Traktor in Büllingen

Wirkt dieser Fortschritts- und Technikglaube heute auch etwas befremdlich und vernachlässigt er die hohen Investitionskosten, die die Mechanisierung der Landwirtschaft den Bauern abverlangte, so zeigen die Zahlen dennoch, wie sich der ostbelgische Primärsektor in den 1960er Jahren radikal modernisierte. Im Jahr 1969 wurden im Kanton St. Vith bereits 2.210 Traktoren gezählt, sodass statistisch nahezu jeder Hof über einen Traktor verfügte⁹⁷. Mitte der 1950er Jahre hatten erst 19,3 Prozent der Höfe in Ostbelgien über motorisierte Transportmöglichkeiten verfügt⁹⁸. Zudem besaßen die 1.900 Bauernhöfe der Eifel 1969 rund 1.100 Streuer für Kunstdünger⁹⁹.

Peter Gierretz, Lehrer aus Ober-Emmels, beschrieb 1967 die Auswirkung der Mechanisierung, die er mit der Elektrifizierung der Eifeldörfer in den 1930er Jahren verglich, wie folgt:

„Jetzt wird fast alles durch Maschinen besorgt. Jedes Haus hat seinen Traktor mit Mähbalken. [...] Ackerpferde und Spannochsen gibt es nicht mehr. Die Sense wird nur noch

gebraucht, um in den Ecken [...] einige Quadratmeter zu mähen, die die Maschine nicht erreichen kann.“¹⁰⁰

Hofsterben und Modernisierung gingen also Hand in Hand. Durch den vermehrten Maschineneinsatz wurden größere Höfe rentabler, kleine Betriebe, für die sich die Anschaffung teurer Maschinen nicht lohnte oder deren Betreiber sich die Investitionen nicht leisten konnten oder wollten, verschwanden zusehends. Dieser Trend zu Rationalisierung und Mechanisierung wurde durch die Tatsache verstärkt, dass sich die EWG-Staaten bereits 1958 auf der Konferenz von Stresa auf eine gemeinsame Agrarpolitik geeinigt hatten, deren Umsetzung ab 1962 begann. Europäisch koordinierte Agrarsubventionen und Mindestpreise bestimmten fortan die europäische Landwirtschaft, die sich Ende der 1960er Jahre zum Ziel setzte, die Landwirtschaft scharf zu rationalisieren und so einerseits den Anteil der im Agrarsektor Beschäftigten deutlich zu reduzieren und andererseits den Ausstoß an Lebensmitteln durch die einseitige Förderung großer, moder-

ner Höfe zu steigern¹⁰¹. Ganz im Geist dieser Entwicklung schrieb das Grenz-Echo im November 1967:

„In der nun angebrochenen hektischen Zeit, in der sogenannten ‚pluralistischen Gesellschaft‘ [...] nützt kein Wehklagen über sinkende Rentabilität oder steigende Preise, nur durch fundierte fachliche Ausbildung und Rationalisierung der betrieblichen Struktur wird der künftige EWG-Landwirt auch seinen Platz an der Sonne des Wirtschaftswunders ergattern können.“¹⁰²

In derselben Ausgabe bewarb eine Anzeige den Einsatz moderner Maschinen, wie Kreismäher, neuartige Heumaschinen, Sternradrechen, Feldhäcksler und Hochdruckpressen, sowie die Umstellung der Ställe auf Gitterrostanlagen zur zielfreien Gülleabführung, wenngleich dies weitere Investitionen, wie die Anschaffung eines Güllefasses, bedeutete¹⁰³. In einem anderen Bericht von 1966 wurde für die Anschaffung von Silos mit den Worten geworben:

„Die Füllung erfolgt mit Gebläse und Förderband. Steht außerdem noch ein Feldhäcksler zur Verfügung, so ist die ganze Futterkette von der Werbung bis zur Entnahme mechanisierbar – eine ideale Lösung für den Ein-Mann-Betrieb.“¹⁰⁴

Parallel zu den Höfen wurden die Großmolkereien ständig erweitert und modernisiert, wie ein Blick auf die Chronologie der *Laiterie de Malmedy* in den 1960er Jahren zeigt: Anbau eines neuen Produktionsflügels (1960), Übernahme der Kundschaft der Kooperative von Stavelot (1962), Übernahme der Molkerei Ligneuville (1963), Dauerbetrieb in



Moderne Verarbeitungsbetriebe in der Milchwirtschaft: die Molkerei in St. Vith

Tag- und Nachschichten (1963), Modernisierungen im Wert von 10 Millionen Franken (1965), Übernahme der Molkerei von Francorchamps (1967)¹⁰⁵.

Am Ende unseres Beobachtungszeitraums stellte Henri Hoen mit Blick auf den technologischen Wandel in der Landwirtschaft fest:

„Der unschätzbarer Einsatz von Technikern – Agraringenieuren und Zuchtspezialisten – half beim Aufbau der Betriebe im armen Süden und sicherte so den Fortschritt einer modernen ländlichen Wirtschaft. Die Umwandlung der Landwirtschaft [...] wird zu einem großen

Teil durch die Entwicklung ihrer Molkereien bestimmt, die durch die Abnahme der Rohprodukte Garanten für den Erfolg einer Modernisierung der Landwirtschaft durch neue Investitionen sind.“¹⁰⁶

Durch moderne Produktionsmethoden, Maschineneinsatz, Zuchterfolge¹⁰⁷ und Rationalisierung steigerte die ostbelgische Landwirtschaft in den dreißig Jahren nach dem Krieg ihre Produktion erheblich, die relativen Kosten und damit die Erzeugerpreise fielen. Gleichzeitig reduzierte sich die Anzahl der Höfe erheblich, während immer mehr Tiere für die nun als Monokultur dominierende Milchwirtschaft gehalten wurden.

Ein neues Gesicht

Anfang der 1970er Jahre hatte die Landwirtschaft so ein neues Gesicht bekommen. Auch in der agrarisch geprägten Landbevölkerung kamen nun gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Gang, nicht zuletzt im institutionellen Bereich. So wurden 1969 die Jungen- und Mädchengruppen der KLJ zusammengelegt und die Statuten der Bauerngilden 1971 erneuert. Sie sahen nun ein größeres Mitspracherecht der Basis ebenso vor wie eine territoriale Neugliederung. Der ehemalige Bezug zu den Pfarren wurde aufgehoben und größere, an den Gemeinden orientierte Einheiten wurden geschaffen¹⁰⁸.

Auch die vom Bauernbund und den Gilden durchgeführten Schulungen, Vorträge und Reisen veränderten sich. Nicht mehr nur fachspezifische und katholische Inhalte wurden transportiert. Vielmehr fanden nun auch Veranstaltungen zu Themen wie

„lokale, nationale und internationale Politik, Kindererziehung, sexuelle Aufklärung, Beziehungs- und Familienfragen [...], Emanzipation, [...], Körperpflege [und] Umweltprobleme“¹⁰⁹ statt.

Die neuen gesellschaftlichen Vorstellungen fanden auch in der Betriebsorganisation ihren Niederschlag. Dauerhafte Lohnarbeit blieb in der Landwirtschaft der Ostkantone, wie bereits in den Jahrzehnten zuvor, eine zu vernachlässigende Größe¹¹⁰. Dennoch wurden die Vorteile von Lohnmaschineneinsatz regelmäßig beworben, da so die Investitionssummen für Maschinen begrenzt werden konnten. Ab Mitte der 1960er Jahre setzte sich



Trotz aller Modernisierungen spielen Traditionen weiter eine feste Rolle: Volksfest zur Herdbuchwanderausstellung 1974 in Büllingen

zudem ein aus dem flämischen Landesteil übernommenes Hilfssystem für Landwirte durch, die kurzzeitig Unterstützung bei der Betriebsführung benötigten. Durch die vom Bauernbund organisierten Vereinigungen für gegenseitige Betriebshilfe stellten Landwirte sich in Notfällen gegenseitig Arbeitskraft und Maschinen zur Verfügung. Ab 1967 entstanden in allen Gemeinden des deutschsprachigen Gebiets solche Vereinigungen. Nach einem ähnlich organisierten System konnten fachkundige landwirtschaftliche Helfer ab 1974 gegen Entgelt kurzfristig angeworben werden, wenn nun Landwirte – wie andere Beschäftigte auch – in Urlaub fahren wollten oder in Belastungsspitzen Unterstützung benötigten¹¹¹.

Das allgemein positive Bild des rasanten Produktions- und Produktivitätsan-

stieges in der Landwirtschaft wurde jedoch durch einen entscheidenden Faktor relativiert. Infolge der dargestellten Entwicklungen gab die Landwirtschaft immer weniger Personen Beschäftigung, denn deutlich weniger Menschen waren in der Lage, auf deutlich weniger, dafür größeren Höfen deutlich mehr Tiere zu halten und mehr Milch zu produzieren¹¹².

1961 waren im Kanton St. Vith noch rund 4.000 Personen hauptberuflich in der Landwirtschaft beschäftigt gewesen. Acht Jahre später war diese Zahl um 30 Prozent auf nur noch 2.800 Personen zurückgegangen. Besonders stark rückläufig waren die Zahlen bei den sogenannten mithelfenden Familienangehörigen. Ihre Zahl reduzierte sich bei den Männern um 53 Prozent und bei den Frauen sogar um 61 Prozent im selben Zeitraum¹¹³.

Die Modernisierungsprozesse in der Landwirtschaft führten dazu, dass ein Teil der Söhne und Töchter als Hilfskräfte auf dem elterlichen Hof entbehrlich wurden. Gleichzeitig sahen viele junge Menschen in der Landwirtschaft nicht länger ihre Zukunft und orientierten sich stattdessen in die gut bezahlte und mit regelmäßigen Arbeitszeiten lockende Industrie. Ebendiese war jedoch vor Ort nur in beschränktem Maße vorhanden, was zu einem Bevölkerungsrückgang bzw. zum einem Anstieg des Pendlerums führte.

Die hier angerissenen Veränderungsprozesse kamen mit dem Ende unserer Untersuchungsperiode nicht zum Abschluss. Die Grundtrends: Technisierung, Steigerung der Kapitalintensität, Spezialisierung, Sterben kleinerer Höfe und Absinken der Beschäftigungszahl setzten sich auch in

den kommenden Jahrzehnten fort. Mitte der 1960er prognostizierte Henri Hoen – die „Industrialisierung“ der Landwirtschaft unkritisch bejahend –, dass bei einer effizienten Hofgröße von 15 bis 20 Hektar mit ca. 30 bis 35 gehaltenen Milchkühen die Anzahl der Höfe im Eupener Land auf rund

400 sinken würde; für die südlichen Kantone sagte er etwa 1.200 Betriebe voraus. Für beide Gebiete bedeutete dies einen zu erwartenden Rückgang von nochmals ca. 50 Prozent¹¹⁴. Die wirkliche Entwicklung verlief noch viel schärfer: Heute ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe auf 136

für die Gemeinden des Kantons Eupen inklusive Kelmis und 686 für das Gebiet der beiden Kantone Malmedy und St.Vith gesunken, also auf weniger als 50 Prozent der von Hoen 1965 prognostizierten Zahlen, wobei jeder Hof durchschnittlich 42 Milchkühe hat¹¹⁵.

Kapitel 3: Von alten und neuen Wirtschaftsstrukturen in Industrie und Mittelstand

Wechseln wir nun die Perspektive und beschäftigen uns mit der Industrie und dem Dienstleistungsbereich.

Die Startbedingungen für Industrie und den Mittelstand waren nach der Befreiung durch die Alliierten im September 1944 durchwachsen. Auf der einen Seite war die Eupener und Malmedyer Industrie von Kriegszerstörungen weitgehend verschont geblieben. Besatzung und Befreiung im Herbst 1944 hatten sich ohne größere Kampfhandlungen abgespielt. Damit hatten die nun wieder

ostbelgischen Betriebe einen Vorteil insbesondere zur benachbarten Aachener oder Dürener Industrie, die durch Luftangriffe und Gefechte bei den sogenannten Endkämpfen schwere Zerstörungen hinnehmen musste.

Folgen der Ardennenoffensive und der Befreiung

Diese Situation relativierte sich für die südlichen Kantone St.Vith und Malmedy insofern, als die Ardennenoffensive am 16. Dezember 1944 los-

brach und zu massiven Zerstörungen vor allem in der Stadt St.Vith, aber auch in Malmedy führte. Während St.Vith zu über 90 Prozent zerstört wurde, waren in Malmedy ca. 30 Prozent der Bebauung beschädigt. Der Kanton Eupen und damit auch die in der Stadt Eupen angesiedelte Industrie blieben hingegen von der Ardennenoffensive verschont¹¹⁶.

Die wirtschaftlichen Folgen dieser späten Kampfhandlungen in der Region waren zwiespältig. Die Zerstörung und der Verzicht auf einen Wiederaufbau¹¹⁷ der Eisenbahninfrastruktur in der Eifel zementierte die industrielle Rückständigkeit des Kantons St.Vith. Henri Hoen notierte in seinem Bericht von 1946 über das Industriepotential in Ostbelgien: „Canton de St.Vith: Néant.“¹¹⁸ Die einzige größere Industrieanlage der Stadt, ein Eisenbahn-ausbesserungswerk, war der Ardennenoffensive zum Opfer gefallen.

Bis in die 1950er Jahre sollte St.Vith über keinerlei größere industrielle Betriebe verfügen, sieht man von einigen Sägewerken und den bereits im Abschnitt über die Landwirtschaft erwähnten Molkereien ab.



Alliierte Parade zum Kriegsende am 10. Mai 1945 in Eupen



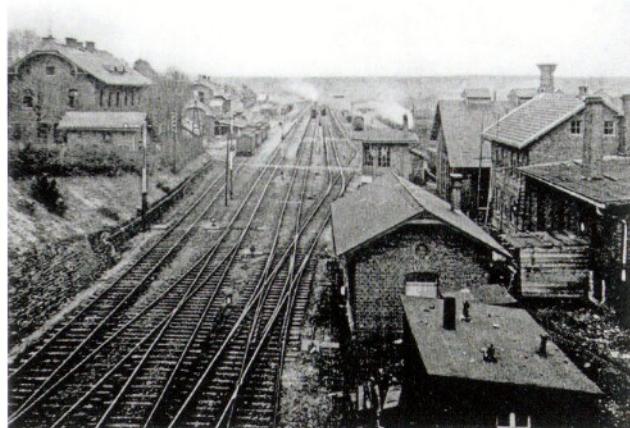
Blick auf das zerstörte Malmedy 1945

Andererseits führten die Zerstörungen durch die Ardennenoffensive zur Nachfrage nach Baumaterial und Möbeln, von denen nicht nur die lokalen Bauunternehmen und Handwerker, sondern auch die Holzindustrie in den beiden Kantonen Malmedy und St. Vith profitierte. In jedem Fall verzögerte die Ardennenoffensive die Produktionsaufnahme der Malmedyer Industrie im Vergleich zum Rest des Landes.

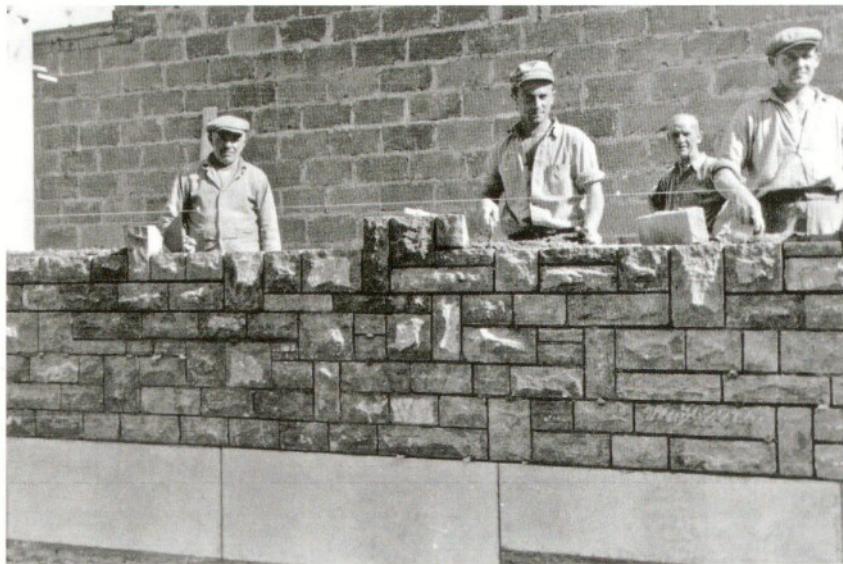
Als die amerikanischen Truppen Anfang September 1944 in den Eupener Raum vordrangen, arbeitete die dortige Industrie noch. Allerdings produzierten die Fabriken im Vergleich zur Hochkonjunktur nach der Annexion durch Hitler-Deutschland zwischen 1940 und 1943 in sehr bescheidenem Ausmaß. Das letzte Kriegsjahr 1944 hatte nicht nur erneute Einberufungen zur Wehrmacht und damit eine Reduzierung des Personals mit sich gebracht, auch waren

- nachdem die deutsche Kriegswirtschaft 1943 ihren Höhepunkt erreicht hatte - durch Engpässe bei der Rohmaterialien- und Vorproduktversorgung sowie die eingeschränkten Transportmöglichkeiten die Produktionszahlen auch in Eupen und Malmedy abgesackt. Gleichwohl wäre die Industrie in Eupen-Malmedy in der Lage gewesen, die Produktion nach der Eroberung durch alliierte Truppen schnell wieder aufzunehmen. Doch die Region geriet nun in den Strudel der Befreiungswirren.

Die amerikanische Armee besetzte Werkshallen und Fabriken, um sie als Unterkünfte und Depots zu nutzen. Zum Teil wurde die vorhandene industrielle und handwerkliche Infrastruktur vor Ort zu ihrem eigenen Gebrauch aktiviert: Die Eupener Mercedes-Benz-Niederlassung und Automobilgarage Karlscheuer beispielsweise wurde sofort in die Instandsetzung amerikanischer Militärfahrzeuge eingebunden wie bereits vier Jahre zuvor durch die Wehrmacht¹¹⁹. Die Eupener Brauerei begann ihre Produktion erst wieder, als amerikanische Truppen dafür gesorgt hatten, dass sie mit ausreichend Rohmaterialien versorgt wurde¹²⁰.



Eisenbahnanlagen in St. Vith vor und nach der Zerstörung durch die Ardennenoffensive 1944/45



Wiederaufbau als Beschäftigungsprogramm hier in St. Vith (späte 1940er Jahre)



Die Produktion in Eupen läuft nach dem Krieg oft verspätet wieder an, beispielsweise bei der Eupener Brauerei (Bild aus einer Anzeige von 1954).

Säuberung und Sequester

Im Rücken der amerikanischen Armee erreichte die belgische Armee *Blanche* die Region. Vor den wilden Verhaftungen und Requirierungen dieser unorganisierten paramilitärischen Organisation waren auch die Unternehmen und Unternehmer nicht sicher.

Zahlreiche Mittelständler waren darüber hinaus von den nun anrollenden Maßnahmen der politischen Säuberungen betroffen.

Im Oktober 1945 wurden beispielsweise ca. dreißig mittelständische Betriebe in Eupen durch Polizeiverordnungen geschlossen. Hierzu gehörten

acht Wirtschaften bzw. Hotels, die in der Zeit vor der Befreiung als Versammlungsorte für NS-Veranstaltungen eine Rolle gespielt hatten¹²¹. Die übrigen Schließungen betrafen die unterschiedlichsten Kleinbetriebe; von Metzgereien über Bäckereien bis hin zu Friseurläden und Schustern. Ihre Besitzer hatten sich auf die eine oder andere Weise während der NS-Zeit exponiert, beispielsweise indem sie wichtige Posten in den verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen eingenommen hatten¹²².

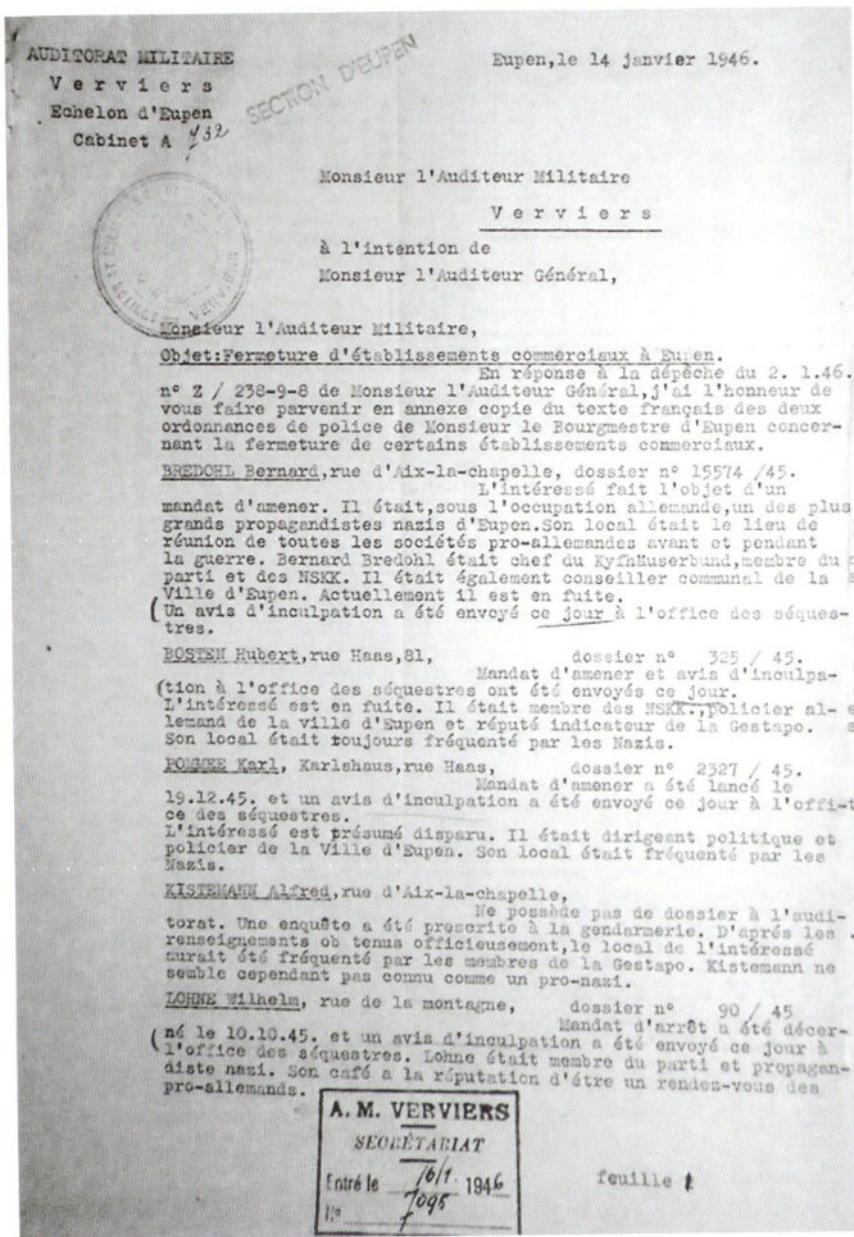
So hieß es in den Berichten des Militärstaatsanwalts in Verviers über einen Hotelier:

„[...] unter der deutschen Besatzung war er einer der wichtigsten Nazi-propagandisten. Sein Lokal vor und während des Krieges Versammlungsort für alle prodeutschen Vereinigungen.“¹²³

Über einen Schuster aus Eupen hieß es: „Er ist der Spionage angeklagt [und] war Mitglied der Partei.“¹²⁴

Den Geschäftsleuten wurden also nicht primär wirtschaftliche Vergehen vorgeworfen, sondern ähnlich wie den Landwirten ihre politische Einstellung in der Vorkriegs- und Kriegszeit. Den meisten Betroffenen wurde noch 1945/1946 der Prozess vor dem Militärgericht in Verviers gemacht. Fixpunkt der Anklagen war stets die politische Einstellung. Die Urteile reichten von Geld- bis zu mehrjährigen Gefängnisstrafen, zudem wurde ihr Besitz unter Sequesterverwaltung gestellt.

Allerdings kam es vereinzelt auch zu Freisprüchen, wenn die Angeklagten



Beispiel für im Zuge der Säuberung geschlossene Geschäfte¹²⁵

Leumundszeugnisse vorweisen konnten. So vermerkt ein Bericht des Militärsinistrituts Trousse von Januar 1946 über einen Bauunternehmer von der Eupener Hookstraße, dessen Betrieb im Oktober 1945 geschlossen worden war: „Der Besagte befindet sich in Freiheit. Vor dem Krieg war er wegen seiner pro-belgischen Gesinnung bekannt.“¹²⁶

Neben den Säuberungen, Geschäftsschließungen aus politischen Gründen und Zwangsmaßnahmen durch die alliierten Truppen bzw. die armée blanche erschwerten die unzureichende Versorgung mit Kohle und Elektrizität, Schäden an der Infrastruktur, vor allem im Süden des Gebiets, und das zusammengebrochene Telefonsystem die Arbeitsaufnahme in den ersten Wochen

und Monaten nach dem Krieg. Besonders aber die unsichere politische Lage und die unklaren Verhältnisse bei der Strafverfolgung waren Hemmschuh für den Neuanfang im Wirtschaftsleben.

Ab Ende 1946 konzentrierte sich die belgische Justiz im Bereich der Wirtschaftskollaboration auf größere Industriebetriebe. Es hatte sich gezeigt, dass die im Mai 1945 in einem Dekret des Prinzregenten formulierten strengen Kriterien zur Verfolgung von Wirtschaftskollaboration während des Krieges auf das ostbelgische Gebiet nicht anwendbar waren. Das Dekret war darauf gerichtet, jede belgische Firma, die direkt oder auch indirekt für die deutsche Kriegswirtschaft gearbeitete hatte, streng zu bestrafen. Eupen-Malmedy war jedoch zwischen 1940 und 1944 nicht nur wie das übrige Land besetzt, sondern als deutsches Territorium direkt in die Lenkungswirtschaft des nationalsozialistischen Staates eingebunden gewesen. Spätestens seit 1942 hatten alle deutschen Industriebetriebe unter vollständiger Kontrolle durch die zuständigen Rüstungsbehörden gestanden. Betriebe, die nicht als kriegswichtig angesehen wurden, erhielten zu dieser Zeit weder Arbeitskräfte noch Rohstoffe oder Vorprodukte. Sämtliche Betriebe in Eupen-Malmedy, die 1942 noch produzierten, dienten also entweder der Rüstung oder der übrigen Kriegswirtschaft und wären nach den im Dekret formulierten Kriterien zu verurteilen gewesen¹²⁷.

Entsprechend warnten sowohl die verantwortlichen Stadtpolitiker als auch der beigeordnete Bezirkskommissar und die Industrie- und Handelskammer in Eupen vor einem Zusammenbruch der ostbelgischen Wirtschaft. Dieses Argument

Vor dem Lütticher Kriegsgericht

Die Kabelwerke A. G. unter der Anklage der wirtschaftlichen Mitarbeit

Das Grenz-Echo berichtet über die Prozesse wegen „Wirtschaftlicher Mitarbeit“.

konnte die Militärgerichtsbarkeit schließlich überzeugen, und im Oktober 1946 änderte die Militärjustiz in Bezug auf die Ostkantone ihre Doktrin in der Verfolgung von Wirtschaftsvergehen:

„Wir müssen dem Umstand der deutsche Annexion und Integration der Eupener Industrie in das Wirtschaftssystem des Reiches Rechnung tragen. Daher konzentrieren sich die Verfolgungen auf wenige sehr wichtige Firmen – fünf maximal – die bereits vor dem Krieg als Festungen des Irredentismus bekannt waren.“¹²⁸

Wie bereits bei den Mittelständlern im Jahr zuvor setzte die Justiz vor allem politische Maßstäbe bei der Verfolgung wirtschaftlicher Vergehen an und entschied sich, einige wenige „Leuchtturmprozesse“ gegen besonders exponierte Unternehmen durchzuführen, die übrigen Industriebetriebe jedoch fortan in Ruhe zu lassen.

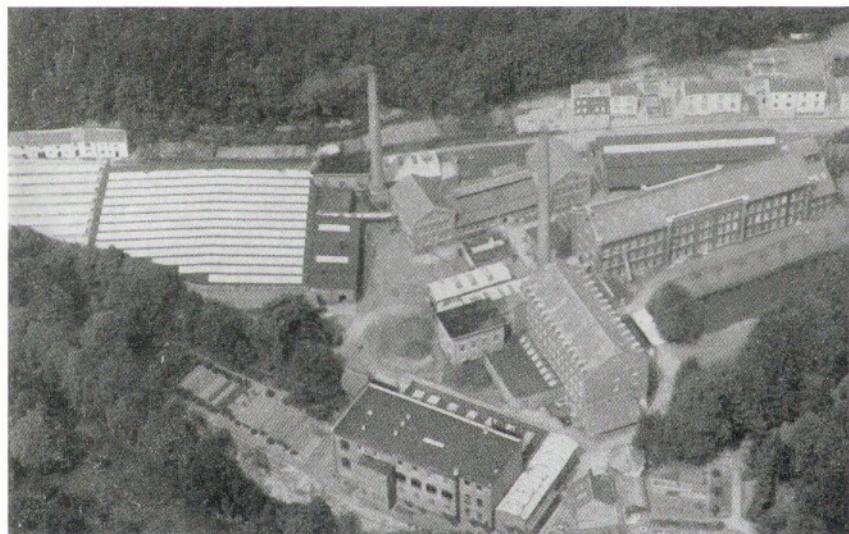
Schauprozesse oder nachvollziehbare Rechtsprechung?

Die Justiz wählte Ende 1946 fünf Unternehmen aus, deren Führungspersonal tatsächlich die „Heimattreue Bewegung“ in der Zwischenkriegszeit unterstützt oder sich in nationalsozialistischen oder staatlichen Institutionen während der Annexion besonders exponiert hatte. Angeklagt wurden drei alteingesessene Eupener Unternehmen, nämlich die Kabelwerke, die Wilhelm Peters & Co. AG sowie die

ebenfalls in den Händen der Familie Peters befindlichen Kammgarnwerke Eupen¹²⁹. Untersuchungen, die gegen andere Firmen und Unternehmer eingeleitet worden waren, wurden hingegen eingestellt.

Die Gründe, warum man sich ausgerechnet für diese Firmen entschied, liegen auf der Hand: Die Kabelwerke waren im Krieg mit Abstand der größte Arbeitgeber in der Region gewesen, auch hatten verschiedene NS-Veranstaltungen in den Werken stattgefunden.

Die Firmengruppe Peters hatte als einzige Firma in den Ostkantonen Kriegsgerät im engeren Sinne hergestellt, nämlich Tellerminen, deren Endmontage im Auftrag der Aachener Firma Talbot in den Kammgarnwerken durchgeführt worden war. Hinzu kam die Uniformproduktion für die deutsche Wehrmacht, zum Teil bereits vor dem Krieg. In allen drei Fällen ergingen Urteile in Form von Freiheitsstrafen gegen die angeklagten Besitzer bzw. Geschäftsführer und Direktoren und in Form von erheblichen Strafzahlungen und Kriegsgewinnsteuern. Zwei weitere Prozesse richteten sich gegen Neugründungen aus der Kriegszeit, nämlich die Firma Eupener Schalterbau A.G. und die Bauunternehmung Heinrich Wirtz & Co. in Kettenis. Diese beiden Prozesse endeten jedoch mit Freisprüchen¹³⁰.



Luftaufnahme des Werks der Tuchfabrik Wilhelm Peters & Co. im Langestal (ca. 1954)

Erster Betriebsappell der Deutschen Arbeitsfront im Kabelwerk

Reichstreuhänder der Arbeit Binz sprach zu den schaffenden Menschen

Bericht aus den „Eupener Nachrichten“ über eine NS-Veranstaltung im Kabelwerk im Mai 1940

Die Säuberungen und die eng mit den Prozessen zusammenstehende Sequesterverwaltung blieben bis Anfang der 1950er Jahre ein dominierendes Thema für die Wirtschaft. Die Industrie verwies in den Revisionsversuchen der verurteilten Firmen vor Gericht – die in der Regel scheiterten – und in Einsprüchen gegen Sequesterverwaltung und Kriegsgewinnsteuern immer wieder auf die vermeintliche Zwangslage, die von 1940 bis 1944 geherrscht habe. Im IHK-Bericht 1949 heißt es hierzu:

„Die Herren wiesen nochmals darauf hin, dass es den Industriellen im übrigen Teil des Landes immer freigestanden habe, als „Belgier“ für die Deutschen zu arbeiten oder nicht, dass es aber den hiesigen Industriellen, welche Hitlerdeutschland, wenn auch zu Unrecht, wieder zu Deutschen gemacht hat, nicht möglich war, sich den Anordnungen der Annexionsmacht zu widersetzen, ohne [...] bestraft zu werden [...]. Es wurde ferner noch darauf hingewiesen, dass die Voruntersuchungen seitens der Kriegsauditorate teilweise son [sic!] einseitig gemacht wurden, dass man [...] nur nach Belastungsmaterial gesucht und von dem Entlastungsmaterial überhaupt keine Notiz genommen habe.“¹³¹

Diese Argumente brachten die betroffenen Industriellen nicht nur gegenüber der lokalen, sondern auch gegenüber der nationalen Politik zum Ausdruck, vor allem durch die IHK, wo die betroffenen Firmen und Familien personell exponiert vertreten waren. Als Bindeglied nach Brüssel spielten CSP-Senator Joseph Baltus und der CSP-Kammerabgeordnete Peter Kofferschläger aus Kelmis eine wichtige Rolle. Schließlich wurden die Strafen wegen



Setzen sich für die verurteilten Betriebe in Brüssel ein:
Senator Joseph Baltus (CSP) und Abgeordneter Peter Kofferschläger (CSP)

„wirtschaftlicher Mitarbeit“ nicht in Form von Revisionen, wohl aber in Form von prinzregentlichen bzw. königlichen Gnadenerlassen drastisch reduziert¹³².

Auch in Bezug auf die Sequesterverwaltung in der Industrie engagierten sich die Abgeordneten aus Ostbelgien in Brüssel. Bis 1953 konnten die meisten Sequesterverwaltungen über Industriebetriebe aufgehoben werden, nachdem mehrere Sequestergesetze (das erste 1951) in Kraft getreten waren. Durch die Rückerlangung der Bürgerlichen Rechte war es zudem Selbstständigen wieder möglich, ihre Geschäfte persönlich zu führen.

Eine abschließende Bewertung der politischen Säuberungen im Bereich der Industrie muss differenziert ausfallen. Die Vorwürfe, die von Seiten der ostbelgischen Industrie formuliert wurden, trafen insofern zu, als der belgische Staat zunächst tatsächlich jede Anerkennung der ostbelgischen Sonder-

situation während des Krieges ausklammerte. Nachdem er diese dann ab 1946 zunehmend berücksichtigte, entschied sich die Militärgerichtsbarkeit nicht dazu, differenzierte Kategorien zur Entnazifizierung in der ostbelgischen Industrie zu entwickeln, sondern führte Verfahren durch, die den Charakter von politischen Schauprozessen hatten. Dies musste dazu führen, dass sich die betroffenen Unternehmer als Opfer einer politischen Justiz sahen. Die Tatsache, dass Unternehmen aus Innerbelgien versuchten, die angespannte Situation zu nutzen, um Einfluss auf ihre Eupener Konkurrenz zu bekommen, hat sicherlich zur Empörung beigetragen. Solche Versuche erfolgten entweder über die aus rechtlichen Gründen einzusetzenden belgischen Verwalter der Betriebe, wie im Fall Peters, oder – ganz offen – durch Übernahmeangebote aus Innerbelgien, wie im Fall der Kabelwerke¹³³.

Auf der anderen Seite erlebte die Eupener Industrie während der deut-

schen Annexionszeit einen Boom. Weder vor noch nach dem Krieg wurde je wieder eine so hohe Auslastung der Industriebetriebe in Ostbelgien erreicht. Die Unternehmen produzierten auf Hochtouren, die Arbeitslosigkeit verschwand und auf dem Höhepunkt der Rüstungskonjunktur arbeiteten in der Eupener Industrie 5.000 Industriearbeiter, etwa 60 Prozent mehr als noch 1938¹³⁴. Ähnlich sah die Situation

Außerdem muss festgehalten werden, dass die Nachkriegssäuberungen und die Sequesterverwaltung besonders kleinere, mittelständische Unternehmen hart traf. Manch ein ehemaliger Funktionär der Heimattreuen Front, der NSDAP oder ihrer Unterorganisationen musste nun für seine politische Begeisterung oder seinen Opportunismus im Mai 1940 auch mit seiner beruflichen Existenz bezahlen, wobei

des „Miracle Belge“ eine allgemeine Wiederbelebung der Industrie in den Ostkantonen ein. Zum Ende des Jahres produzierten die beiden großen Papierfabriken Steinbach und *Pont de Warche* in Malmedy wieder mit insgesamt 638 Belegschaftsmitgliedern, was dem Wert auf dem Höhepunkt der deutschen Kriegswirtschaft entsprach. Bei den Gerbereien, dem zweiten wichtigen Wirtschaftszweig des südlichen Kantons, waren 1945 wieder 202 Personen beschäftigt, im Vergleich zu 375 Mitarbeitern in der Kriegszeit¹³⁵.



Trotz der „Säuberungen“ und anderer Nachkriegsprobleme setzt 1945/46 ein Aufschwung in den industriellen Zentren ein, besonders in Eupen.

in Malmedy aus, auch hier profitierten die Industrieunternehmen von den staatlichen bzw. staatlich gelenkten Aufträgen des „Dritten Reiches“, und die Unternehmen in Eupen-Malmedy erwirtschafteten satte Kriegsgewinne durch Rüstungs- oder sonstige kriegswichtige Güter. Die Industrie des Gebiets hatte also am Krieg des nationalsozialistischen Deutschlands profitiert. Nur wenige Unternehmer zogen sich auf Grund ihrer probelgischen Einstellung aus dem Gebiet zurück, dies war etwa bei der *Chocolaterie Jacques* in Eupen und bei der *Papeterie Steinbach* in Malmedy der Fall.

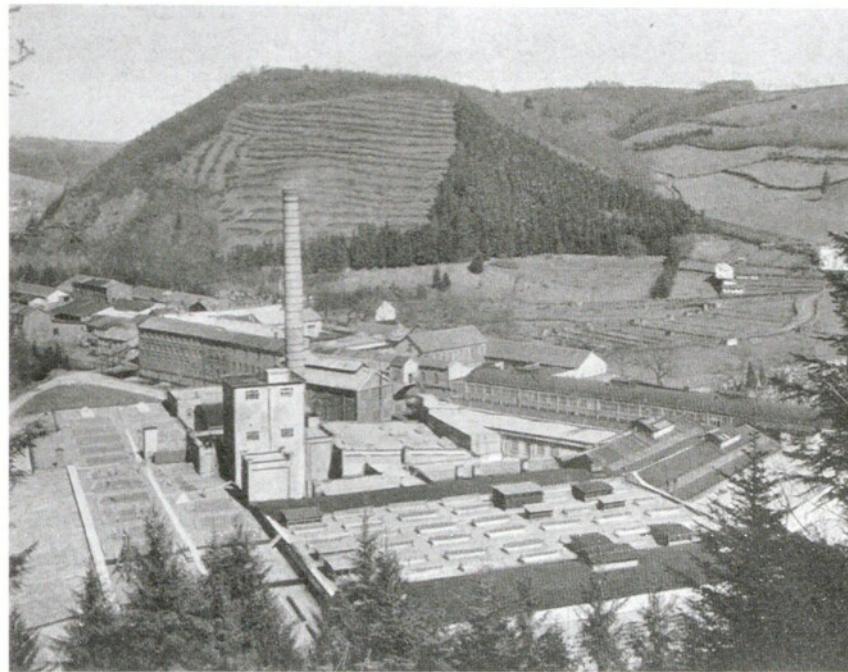
mancher auch Opfer von Falschaussagen und Denunziationen wurde. Letztendlich haben die politischen Prozesse und die Sequesterverwaltung die ostbelgische Wirtschaft geschwächt, jedoch nicht nachhaltig destabilisiert. Innerhalb der weiteren Problemfaktoren, die die Nachkriegswirtschaft belasteten, nahmen sie jedoch eine wichtige Stellung ein.

Wiederbelebung im Windschatten des „Miracle Belge“

Trotz der politischen Säuberungen stellte sich Mitte 1945 im Angesicht

In Eupen war die Situation dagegen deutlich angespannter. Von den 42 wichtigsten Unternehmen des Kantons und denjenigen in Kelmis hatten nur sechs ihren Betrieb zumindest insofern wieder aufnehmen können, als sie eine größere Zahl Arbeiter und Angestellte beschäftigten, darunter die *Kabel- und Gummiwerke*, die *Kammgarnwerke*, die Firma *Peters & Co.* und die *Eupener Textilwerke* als die wichtigsten Unternehmen. Henri Hoen zählte 1945 im Kanton Eupen und in Kelmis insgesamt rund 1.200 in der Industrie beschäftigte Personen, im Vergleich zu 3.000 vor dem Krieg¹³⁶.

Entsprechend war der Eupener Arbeitsmarkt in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus dem Gleichgewicht, und das gleich in mehrfacher Hinsicht. Einerseits fehlten den Unternehmen Fachkräfte, da zahlreiche deutsche Angestellte, die vor 1940 nicht die belgische Staatsbürgerschaft besessen hatten, vor dem Einmarsch der Amerikaner in das „Altreich“ geflohen waren. Ihre Zahl war nach der Annexion auf Grund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und der Notwendigkeit, geflohene altbelgische Spezialisten zu ersetzen, erheblich gestiegen. Der Gesamtumfang dieses Exodus ist nicht zu



Wichtigster Arbeitgeber in Malmedy: die Papierfabrik Steinbach (hier ca. 1954)

bestimmen. Durch die Einberufung zur Wehrmacht und durch Kriegsgefangenschaft fehlten zusätzliche Fachkräfte. Schließlich waren viele Personen im Rahmen der „Säuberungen“ interniert oder auf Grund fehlender „Bürgerlichkeitsbescheinigungen“ nicht in der Lage, auf ihre Arbeitsstellen zurückzukehren.

Andererseits verzögerten die Prozesse, die anderen Säuberungsmaß-

nahmen und die bereits angedeuteten Probleme bei der Versorgung mit Vorräten und Kraftstoffen die Arbeitsaufnahme, sodass viele Angestellte und Arbeiter vor verschlossenen Werkstoren standen. Henri Hoen fasst diese Situation Ende 1945 wie folgt zusammen:

„Die Wiederbelebung der Wirtschaft in den Ostkantonen ist durch spezielle regionale Gründe gebremst

Etablissement Delhaize Frères et Cie. „LE LION“

Prochainement réouverture de notre
succursale

Rue de l'Eglise, 18

Notre honorable clientèle est priée, de se faire inscrire pour la période Septembre
Oktobre avant le 1er Septembre.

Delhaize Frères und Cie. „DER LÖWE“

Demnächst Wiedereröffnung unserer
Zweigstelle

Kirchstrasse 18

Unsere geehrte Kundschaft wird gebeten, sich für die Periode September-Oktobre
vor dem 1. September einzutragen zu lassen.

Normalisierung 1945: Die Geschäfte öffnen wieder.

worden, insbesondere durch die politischen Säuberungen in den Direktionen bestimmter Betriebe, durch die erlittenen Kriegszerstörungen und durch das Fehlen von Transportmöglichkeiten.“¹³⁷

Durch die veränderte Säuberungspolitik, die Rückkehr der Kriegsgefangenen und die zunehmende allgemeine Stabilisierung trat dann zum Jahreswechsel 1945/46 ein Umschwung ein. Immer mehr Betriebe und Geschäfte nahmen ihre Arbeit wieder auf, und die Arbeitslosenzahlen gingen deutlich zurück.

Im April 1946 lagen sie bereits unter denen von 1937 und waren damit die niedrigsten seit 1931 in Friedenszeiten. Einzig die nach wie vor gestörte Versorgung mit Kohle, ein Problem welches in ganz Belgien herrschte, hatte noch eine gewisse Zeit Bedeutung.

Die organisatorisch-institutionellen Anpassungen von Industrie und Mittelstand an das ökonomische Regime in Belgien wurden recht schnell vollzogen. Noch 1944 wurde im Zuge der allgemeinen Währungsreform die belgische Währung wieder eingeführt.

Die nach 1940 in deutsches Recht überführten Unternehmen kehrten zu ihrer belgischen Organisationsform, in der Regel der Société Anonyme, zurück. Die Versorgung mit Krediten und sonstigen Finanzdienstleistungen übernahmen die belgischen Geschäftsbanken, die nun in die Region zurückkehrten, nachdem sie sie 1940 verlassen hatten.

Im zweiten Nachkriegsjahr 1946 konnte Hoen für den Kanton Eupen bereits 3.100 in der Industrie beschäftigte Personen zählen, in Malmedy



Abgestempelte Reichsmarkscheine im Zuge der Währungsreform 1944

waren es 1.600, die jeweiligen Vorkriegswerte waren damit in beiden Kantonen erreicht¹³⁸. Allerdings verkannte diese Einschätzung, dass in der deutschen Annexionszeit die Industrie deutlich besser ausgelastet gewesen war, im Kanton Eupen lag die Beschäftigung immer noch 40 Prozent unter denjenigen im Krieg.

Stabilisierung und Neubeginn

Gleichwohl zeigen die Zahlen, dass die Industrie in Eupen und Malmedy mit rund eineinhalbjähriger Verzögerung nun ebenfalls zumindest partiell am „Miracle Belge“ partizipieren konnte, wenn auch die Situation in einzelnen Unternehmen sehr unterschiedlich war und blieb. Während die Papierindustrie und die metallverarbeitende Industrie sowie die Bauwirtschaft und der Maschinenbau bereits 1946/47 wieder ihre Vorkriegsproduktionszahlen erreichten, war es vor allem die Textilindustrie, die sich – einmal mehr von ihren traditionellen deutschen Absatzgebieten abgeschnitten – auf dem belgischen Markt schwertat.

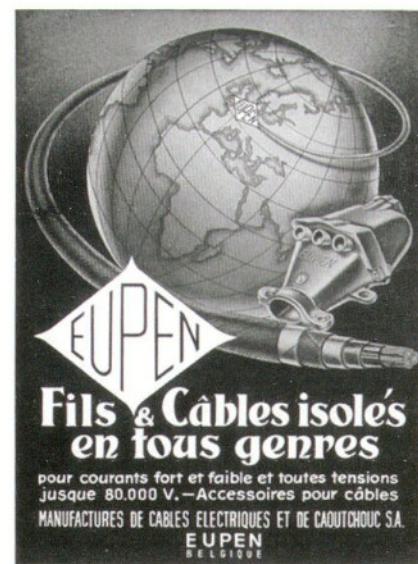
In den folgenden Jahren bis zum Ende der Dekade verbesserten sich die generellen Rahmenbedingungen für

die Industrie. Der Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften in der Eifel sorgte für Nachfrage in der Bauindustrie und im metallverarbeitenden Sektor, die Probleme bei der Belieferung mit Rohmaterialien wurden überwunden¹³⁹.

Die weitere Normalisierung nahm ihren Lauf. Hoen beschrieb Anfang der 1950er Jahre die allgemeine Lage der Industrie zunehmend als zufriedenstellend, insbesondere war die Arbeitslosigkeit weiter gesunken, wenn auch die

einzelnen Branchen ihre jeweiligen Probleme aufwiesen. Während die Lebensmittelindustrie und die Möbelherstellung eine mehr als zufriedenstellende Auftragslage verbuchen konnten – hier kamen typische Nachholeffekte aus der Kriegszeit zum Tragen –, hatten Textilindustrie und Gerbereien nach wie vor mit fehlenden Vorprodukten zu kämpfen, die Kabelindustrie machte sich über starke ausländische Konkurrenz Sorgen¹⁴⁰.

Probleme, die die belgische Wirtschaft Ende der 1940er Jahre trafen, schlugen auch auf die Ostkantone durch. So klagten die Eupener Firmen gegenüber Hoen über das Devisenproblem infolge der relativen Aufwertung des Franken, die belgische Waren auf dem Weltmarkt verteuerten bzw. wegen Valutamangel bei den Kunden im Ausland ganz unerschwinglich machte. Auch die steigenden Löhne und Sozialabgaben in Belgien wurden von der Unternehmerschaft beklagt. Stabilisierend wirkten sich hingegen die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 und der langsam



Erfolgreiche Rückkehr auf den belgischen Markt: Werbungen des Kabelwerkes (1940 und 1954)



Markenzeichen und Produkte der Manufacture Belge d'Aiguilles (BEKA) in Eupen (1948)

wiedereinsetzende Handel mit dem östlichen Nachbarn aus¹⁴¹.

Trotz dieser Probleme lässt sich der allgemeine Aufwärts- und Stabilisierungstrend bis 1953 an den Beschäftigtenzahlen der wichtigsten Unternehmen ablesen: Arbeiteten im Kabelwerk 1947 noch 910 Personen, konnte die Belegschaft bis 1952 auf 1.028 Mitarbeiter gesteigert werden. Die Papeterie Steinbach und Papeterie de Warche beschäftigten 1953 in etwa genauso viele Personen wie 1947. Auch die Kammgarnwerke wiesen mit 450 Mitarbeitern eine etwa gleich große Belegschaft wie 1947 auf.

Die Brauereien in Eupen um Malmedy und die Schokoladenfabrik in Eupen konnten ihre Beschäftigtenzahlen auf überschaubarem Niveau ausbauen. Auch kam es in keinem wichtigen Betrieb der Ostkantone zwischen 1947 und 1953 zum Bankrott¹⁴².

Einzig, es fehlte an Neugründungen größerer Industriebetriebe. Mit wenigen Ausnahmen: In Eupen eröffnete 1947 die Manufacture Belge d'Aiguilles, besser bekannt unter dem Markennamen BEKA, ihre Pforten. Ausgerüstet wurde diese Firma mit beschlagnahmten Maschinen aus der Aachener Nadelindustrie, wie Henri Hoen in seinem Bericht ausdrücklich vermerkte. Anfang

der 1950er Jahre beschäftigte die Firma rund 120 Personen¹⁴³.

Ein anderes Beispiel für eine langfristig erfolgreiche Nachkriegsgründung ist die heute noch existierende Firma Mustad S.A., die 1948 in Lontzen als Tochter einer norwegischen Firma gegründet wurde. Mit zunächst fünf Beschäftigten wurde in einem ehemaligen Gebäude der Bergwerksgesellschaft Vieille Montagne die Produktion von

Lagernadeln aufgenommen. Bis Ende der 1970er Jahre konnte die Anzahl der Beschäftigten auf ca. vierzig Personen gesteigert und das Produktpotential auf verschiedenste Automatendrehteile ausgeweitet werden¹⁴⁴. Auch die Anfänge anderer später bedeutender Firmen fallen in diese Zeit – es seien nur nmc in Eupen und die Ets. A. Heinen S.A. in Kettenis genannt –, jedoch waren die Anfänge dieser Firmen, was Umsätze und Mitarbeiterzahlen anbelangte, sehr bescheiden.

Einen symbolischen Endpunkt der Nachkriegszeit bildete die lange erwartete Fertigstellung der seit 1936 in Bau befindlichen Eupener Talsperre 1951. Durch den Krieg waren die Bauarbeiten zwischenzeitlich eingestellt worden. Die Anlage verbesserte mit ihrem Fassungsvermögen von 25 Millionen Kubikmetern die Wasserversorgung der



Bauarbeiten an der Eupener Talsperre 1946

Eupener Region erheblich – bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich Haushalte und Industrie in Eupen und den meisten übrigen Gemeinden des Kantons mit Brunnen versorgen müssen. Zudem hoffte man, mit der modernen Talsperre die touristische Attraktivität von Eupen zu steigern.

In die Stromversorgung griff die neue Talsperre allerdings nicht ein. Aber

auch diese wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebaut – vor allem in der Eifel. Der Staat und die regionalen Elektrizitätsgesellschaften gaben bis 1955 37 Millionen Franken zur Wiederherstellung und zum Ausbau des Stromnetzes aus¹⁴⁵.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass sich bis zum Beginn der 1950er Jahre die ostbelgische Wirtschaft stabi-

lisiert und weitestgehend von den Folgen des Krieges erholt hatte. Die IHK meldete in ihrem Jahresbericht: „Die Lage von Industrie und Handel im Bereich der Kammer kann, da sie hauptsächlich Verbrauchsgüter herstellen, durchgehend günstiger als im Vorjahr bezeichnet werden.“¹⁴⁶ Die unmittelbaren Nachkriegsprobleme – Bewirtschaftung, Rohstoffmangel, politische Unsicherheit wegen der „Säuberungen“ und wegbrechende

Der Aufstieg von nmc

Ein Paradebeispiel für erfolgreiche Gründungen der Nachkriegszeit ist das Unternehmen *nmc*. Im Jahr 1949 entschloss sich der 22-jährige Gert Noël, Unternehmer zu werden. Nach dem Schulbesuch war er im Zweiten Weltkrieg deutscher Soldat gewesen und hatte nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft in Lüttich sein Französisch perfektioniert.

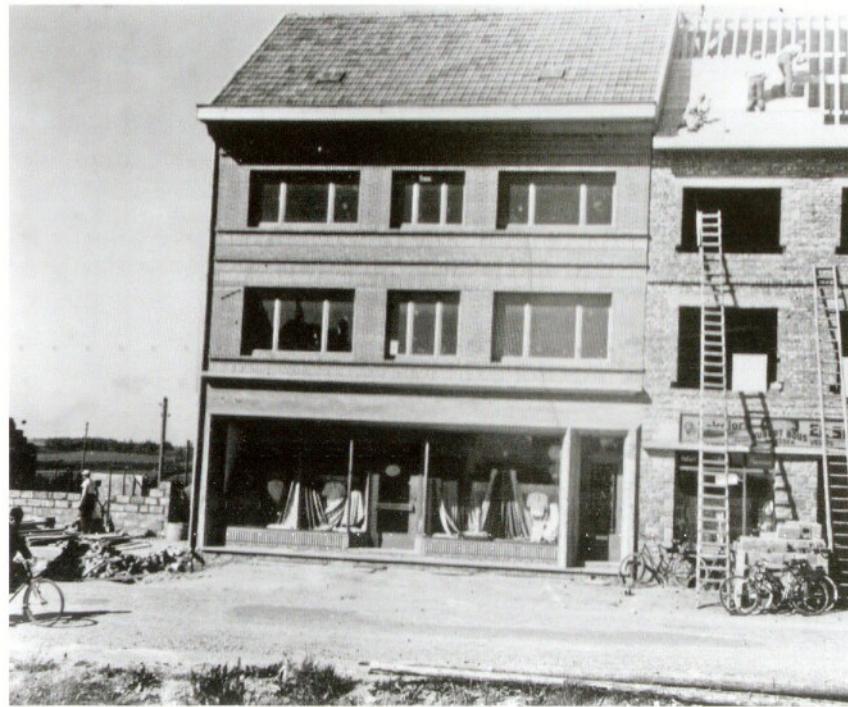
Am 10. November 1950 gründete er, mit finanzieller Unterstützung durch zwei weitere Geldgeber, eine S.P.R.L. mit einem Kapital von 200.000 Franken in Eupen. Die Anfänge der Firma waren bescheiden. So kaufte man Polyurethanblöcke auf und schnitt sie zu Haushaltsschwämmen zu, die dann im Direktvertrieb oder über Zwischenhändler verkauft wurden. Im Laufe der Zeit kamen weitere Haushaltsprodukte hinzu, die die Firma *Noel, Marquet & Co.* als Zwischenhändler bzw. als Repräsentant für den belgischen Markt vertrieb. Einen großen Erfolg brachte in diesem Zusammenhang der Vertrieb von *Vileda*-Produkten. Um 1960 wurde erstmals die Grenze von 50 Angestellten im Eupener Betrieb überschritten.

Die Gewinne aus seinen Vertriebsgeschäften investierte Noël geschickt. Zum einen gründete er mit *NMC-Vileda France* und der *NMC-Industrievertriebs GmbH* Anfang der 1960er Zweigvertretungen in Frankreich und Deutschland. Zum anderen begann er, nun eigene Produkte zu entwickeln und herzustellen. Mit diesen Schritten schaffte *nmc* den Durchbruch zum Großunternehmen. Mit der Erzeugung von Schaumisolierungen für Rohrleitungen, Isotube genannt, kam der Erfolg der Eigenproduktion. Immer neue Erzeugnisse aus Kunststoff bereicherten nun die Produktpalette in den Bereichen Isolierung, Filtrierung und Dekoration. Mitte der 1960er Jahre beschäftigte

die Firma 100 Personen, 1970 waren es bereits 200 und 1977 überschritt die Beschäftigtenzahl der *nmc Group* die 300-Mitarbeiter-Marke, wobei mehr als die Hälfte der Arbeiter in Eupen beschäftigt waren. Parallel stiegen die Umsätze des familiengeführten Unternehmens von 50 Millionen Franken 1952 auf über 700 Millionen Franken 1977.

Konsequente Reinvestition von Unternehmensgewinnen, die Konzentration auf moderne chemische Erzeugnisse, rechtzeitige Internationalisierung und Unternehmergeist hatten so innerhalb von dreißig Jahren aus einer Garagenfirma einen der größten Arbeitgeber der Region gemacht.





Die Kriegsschäden verschwinden Mitte der 1950er Jahre (hier in St. Vith), die langfristigen Folgen bleiben aber auch für die Wirtschaft noch lange spürbar.

Absatzmärkte – waren größtenteils überwunden. Durch die Rückkehr der Kriegsgefangenen entspannte sich auch der Facharbeitermangel zumindest vorübergehend. Allerdings blieben Spätfolgen der Kriegszeit, etwa nach wie vor blockierte Reichsmark-Konten in Deutschland, die beschädigte Infrastruktur – vor allem in der Eifel – und Probleme bei der Arbeitsqualifikation, noch Jahre und Jahrzehnte präsent.

Im Takt der belgischen Entwicklung

Die ostbelgische Industrie bewegte sich ab ca. 1950 wie die Landwirtschaft wieder im Takt der gesamtbelgischen Entwicklung, und diese steuerte nun, nach Befreiungseuphorie und Hochkonjunktur, an der die ostbelgische Industrie erst verspätet partizipiert hatte, in eine Zeit moderaten Wachstums und aufkeimender Strukturprobleme.

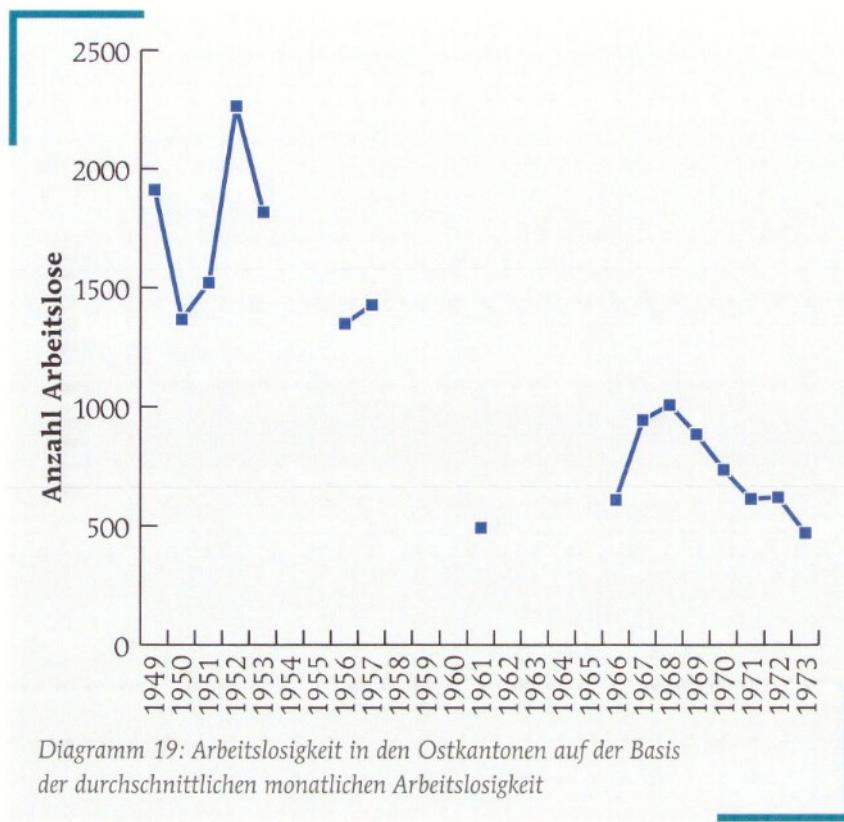
Nachdem die Arbeitslosenquote in der unmittelbaren Nachkriegszeit hochgeschnellt war, fiel sie Ende der 1950er Jahre auf ein moderates Niveau. Bezirkskommissar Hoen kam in seinem Bericht von 1955 zu dem

Schluss, dass auf Grund der Konzentration der Industrie in den beiden Städten Malmedy und Eupen und der land- und forstwirtschaftlichen Prägung des restlichen Gebiets Arbeitslosigkeit nur in den Zentren auftrete und außerhalb dieser Zentren nur minimalen und saisonalen Charakter habe¹⁴⁷. Insgesamt stellte er für die gesamten Ostkantone eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von etwa 300 bis 500 Personen fest. Die saisonale Erwerbslosigkeit betreffe insbesondere die Holz- und Bauwirtschaft in den Kantonen St. Vith und Malmedy in den Wintermonaten auf Grund des schlechten Wetters¹⁴⁸.

Hoens weitere Angaben zur Arbeitslosigkeit sind leider sehr ungenau, so dass bisher nur für einige Zeitintervalle zwischen 1945 und 1975 verlässliche Arbeitslosenzahlen vorliegen. Sie werden im Diagramm 19 wiedergegeben. Diagramm 20 setzt diese Ergebnisse in Form eines Entwicklungstrends in Relation zu den Zahlen im gesamten Königreich und in der BRD.



Traditionelle Saisonarbeit: Holzwirtschaft in der Eifel



Es wird deutlich, dass die Arbeitslosenquote in Ostbelgien nach der Überwindung der Koreakrise 1953 insgesamt sehr moderat war und sich in

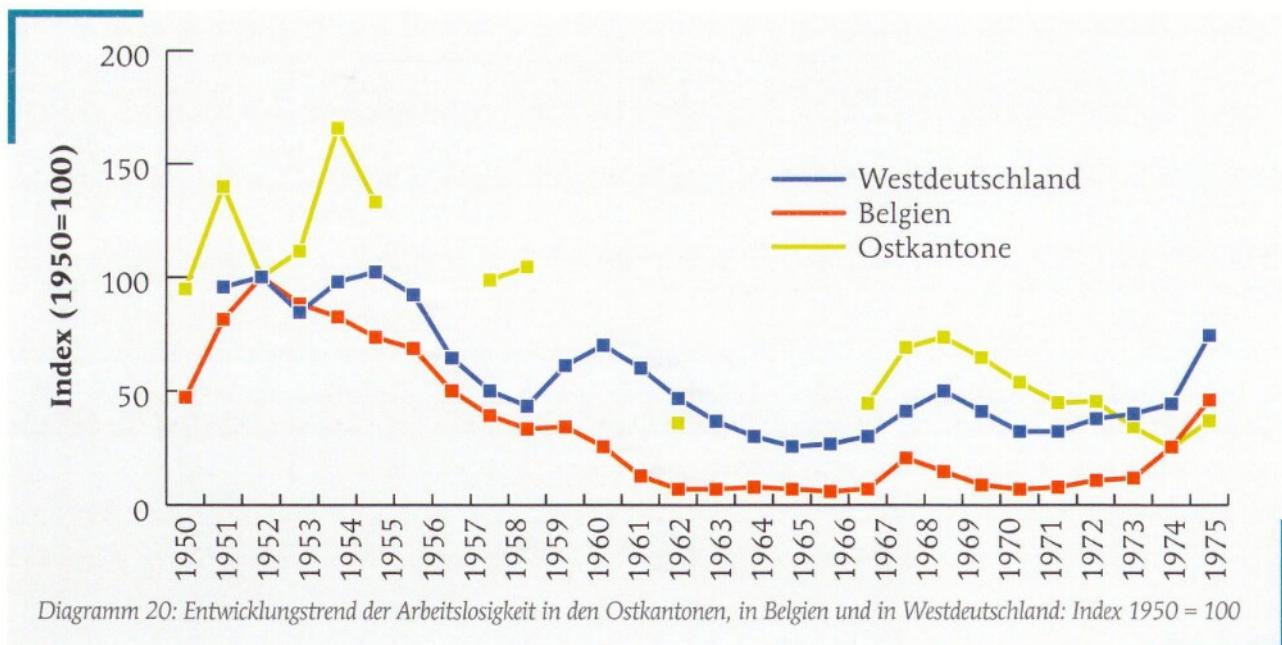
ähnlichen Konjunkturwellen wie im übrigen Belgien bewegte – etwa in den kurzen Krisen 1958/59 und 1967/68. Ein deutlicher Anstieg der Arbeits-

losenzahlen war erst nach der Ölpreiskrise 1973 zu beobachten.

Obwohl die ostbelgische Arbeitslosigkeit also weitestgehend dem Trend in Belgien und Westeuropa folgte, ergaben sich natürlich regionale und saisonale Besonderheiten. Das Diagramm 21 zeigt die für die ostbelgische Wirtschaft typische Winterarbeitslosigkeit beispielhaft für die Jahre 1956 und 1957.

Ein Vergleich der regionalen Entwicklung zeigt eine andere Auffälligkeit. Anders als zu erwarten, blieb in den südlichen Kantonen die offizielle Arbeitslosigkeit trotz des im vorangegangenen Kapitel geschilderten Absinkens der landwirtschaftlichen Beschäftigung erstaunlich niedrig.

Eine plausible, wenn auch statistisch kaum zu fassende Erklärung könnte – vor allem für die kleinen Dörfer der Eifel – die Scham gewesen sein, sich als Arbeitsloser zu registrieren.



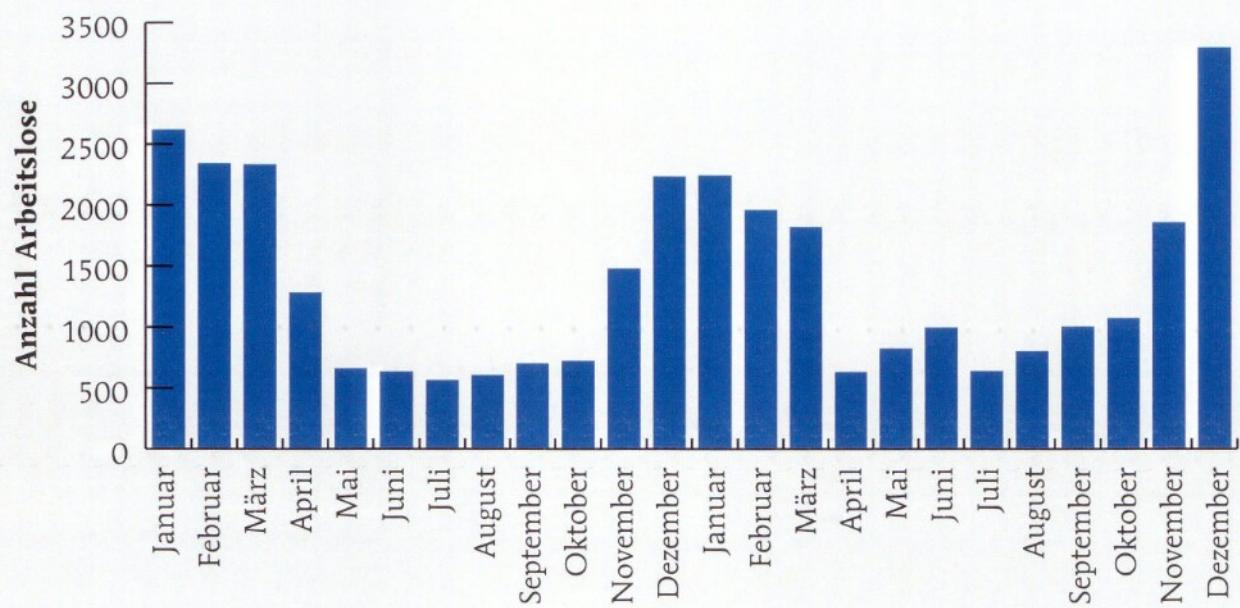


Diagramm 21: Beispielhafte Entwicklung der saisonalen Arbeitslosigkeit in den Ostkantonen, durchschnittliche Monatswerte 1956 und 1957

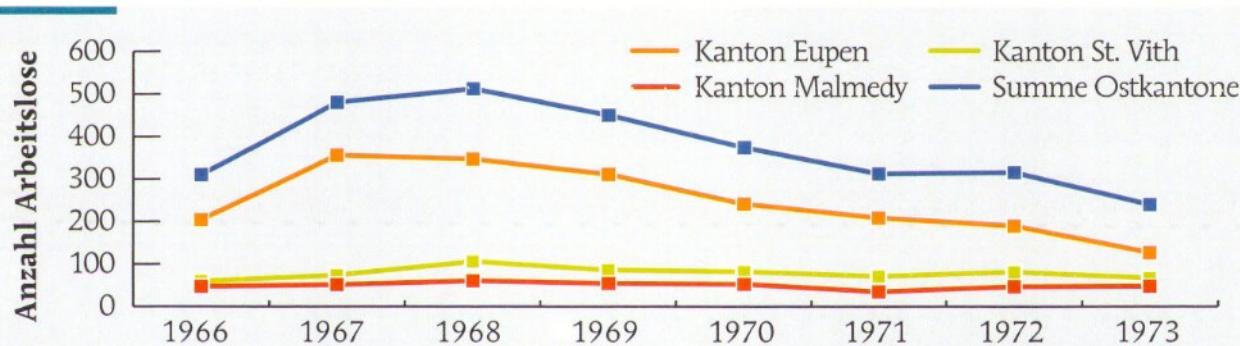


Diagramm 22: Entwicklungstrend der Arbeitslosigkeit in den Ostkantonen in absoluten Zahlen (1966-1973)

Neue Arbeit durch Pendlerum

Eine andere Erklärung, besonders für die Zeit ab Ende der 1950er Jahre, bildet die zunehmende Bedeutung des Pendlerums. Bereits die Zeitgenossen wunderten sich über die relativ geringe Arbeitslosigkeit in Ostbelgien bei stark abnehmender Bedeutung der Landwirtschaft als Beschäftigungsträger. Der Gouverneur der Provinz Lüttich, Pierre Clerdent, sagte beispiels-

weise 1969 zur Beschäftigungssituation:

„Die Arbeitslosigkeit spiegelt diese strukturellen Schwächen [der Ostkantone] allerdings nicht wider; [...] die Arbeitslosigkeit erscheint erstaunlich gering. [...] Die Ziffern sind [...] mit dem Mangel an Arbeitsplätzen in den Hochardennen [nicht] in Einklang zu bringen.“¹⁴⁹

Als Erklärungsansatz bot Clerdent an: „Eine Erklärung dafür findet man in der bedeutenden Anzahl von Grenzarbeitern, die in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem in den Gebieten von Aachen, Schleiden-Gemünd-Monschau und Trier beschäftigt sind, [...] Es handelt sich hier um ein sehr bedeutsames Problem; allein bei der Arbeitsvermittlung Aachen zählt man entsprechend der Saison

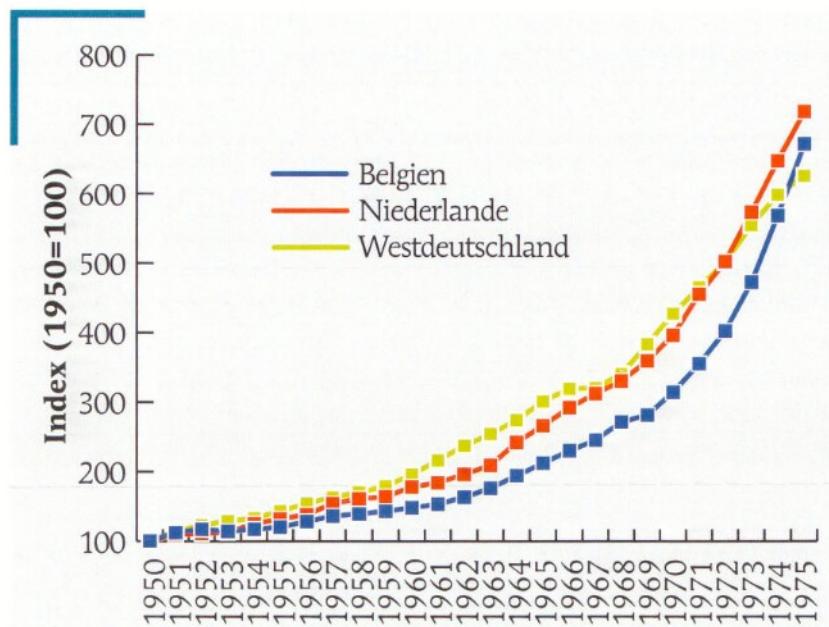


Diagramm 23: Indices der Arbeitslöhne in der Industrie zwischen 1945 und 1975 mit 1950 als Basisjahr



Der kleine Grenzverkehr und die Arbeitsaufnahme im Ausland wurden Anfang der 1960er Jahre einfacher (Grenzstation in Kalterherberg 1961).

2.300-2.900 Arbeiter belgischer Nationalität [...] durch Sondierungen [usw.] [...] kann man jedoch die Zahl der in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer aus unserer Provinz auf 4.000 beziffern.¹⁵⁰

Tatsächlich führte die Hochkonjunktur in Deutschland ab 1953, aber auch die Nachfrage nach Arbeitern in der Wallonie vor allem in der ersten Hälfte der 1960er dazu, dass immer mehr Bürger der Ostkantone zu Berufspendlern wurden¹⁵¹.

Erleichterte Regeln beim kleinen Grenzverkehr ab Mitte der 1950er Jahre, insbesondere die Abschaffung spezieller Ausweispapiere für den Grenzübergang 1956, der 1960 vollendete Bau der Autobahnverbindung nach Deutschland, die Aufnahme des direkten öffentlichen Omnibusverkehrs zwischen Aachen und Kelmis 1959¹⁵² und Aachen und Eupen 1964 sowie weitere Erleichterungen bei der Arbeitsaufnahme¹⁵³, zum Beispiel durch das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Belgien und Deutschland 1967¹⁵⁴, heizten die Konkurrenz um Arbeitskräfte beiderseits der Grenzen deutlich an. Die Bundesrepublik lockte zudem bis Anfang der 1970er Jahre durch schneller steigende Löhne, wie Diagramm 23 darstellt.

Bereits 1962 pendelten rund 1.500 Personen aus dem Kanton Eupen jeden Tag nach Deutschland zur Arbeit. Dieser Wert hatte sich innerhalb weniger Jahre deutlich erhöht. Nun gingen nicht weniger als 13 Prozent der abhängig Beschäftigten aus Raeren, 16,5 Prozent der Eupener und 42 Prozent der Erwerbspersonen aus Kelmis einer Berufstätigkeit in Deutschland nach, wobei etwa 44 Prozent dieser Beschäf-

tigten in der Industrie tätig waren. Unternehmen richteten teilweise eigene Autobusdienste für den Grenzverkehr ein¹⁵⁵. Auch das Pendlerum in der Eifel nahm ständig zu, einerseits in die deutschen Eifelgemeinden, andererseits Richtung Eupen¹⁵⁶. Anfang der 1960er Jahre mussten 23,2 Prozent der arbeitenden Bevölkerung im Kanton St. Vith für ihre Arbeit die Gemeinde wechseln, weit mehr als die Hälfte von ihnen legte dabei Arbeitswege von über 30 Minuten zurück.

Im Vergleich zur steigenden Anziehungskraft des deutschen Arbeitsmarktes hatte der nächstgelegene belgische Industriestandort Verviers nur nachrangige Bedeutung. Aus dem Kanton Eupen pendelten 1964 aber immerhin noch etwa 500 Personen täglich nach dort¹⁵⁷. Andersherum wurden 1964 nicht weniger als 800 Berufspendler in der Industrie des Kantons Eupen gezählt, unter denen diejenigen aus Kelmis, Membach und der Eifel den Hauptanteil ausmachten¹⁵⁸. Luxemburg, heute nicht selten als der „Brotkorb der Eifel“ bezeichnet, konnte auf Grund der infrastrukturellen Erschließung und der räumlichen Wirtschaftsstruktur erst

ab den 1980er Jahren an Attraktivität für ostbelgische Arbeitnehmer gewinnen¹⁵⁹.

Es bleibt der Befund, dass der Arbeitsmarkt zwischen 1950 und 1973 in Ostbelgien durch Vollbeschäftigung geprägt war, allerdings viele Arbeitnehmer bereit sein mussten, entweder dauerhaft ihren Wohnort zu wechseln oder zur Arbeit zu pendeln, entweder in die Industriestandorte Eupen und Malmedy oder in die benachbarten Zentren, insbesondere in den Aachener Raum.

Lohnsteigerungen für alle

Die wichtigste Folge der ArbeitskräfteNachfrage waren deutliche Lohnsteigerungen in den Ostkantonen im Verlauf der 1960er Jahre. So berechnete die IHK, dass die Löhne in der regionalen Industrie zwischen 1960 und 1967 um 70 Prozent und die Sozialabgaben um ca. ein Drittel gestiegen seien. Diese Steigerungen reduzierten zwar einerseits die Rentabilität der regionalen Industrie, da der belgische Preisindex im selben Zeitraum nur um 33 Prozent zunahm, die Großhandelspreise gar nur um zwei Prozent anstiegen¹⁶⁰. Sinkende Gewinne und Rentabilität bei

gleichzeitigen Lohnsteigerungen durch den allgemeinen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gehörten damit aus Sicht der Unternehmen zu den Hauptproblemen der 1960er Jahre. Für die Arbeitnehmer bedeutete diese Entwicklung jedoch auch eine sichere Einkommensbasis und die Möglichkeit, die eigenen Ausgaben, etwa für langlebige Konsumgüter wie Kühlschränke, Fernseher und Autos, zu steigern, wovon wiederum der regionale Handel profitierte.

Eine Konfliktfreiheit, die diese aus heutiger Sicht paradiesische Situation am Arbeitsmarkt suggeriert, herrschte jedoch nicht. Streiks gehörten in den 1960er Jahren in Belgien zur Tagesordnung. Die Belegschaften ostbelgischer Betriebe scheinen an diesen nur vereinzelt partizipiert zu haben¹⁶¹, allerdings bedeuteten die Produktionsausfälle in den industriellen Zentren der Landesteile, etwa durch fehlende Vorprodukte, eine regelmäßige Belastung auch für ostbelgische Unternehmen¹⁶². Die IHK Eupen forderte von der nationalen Regierung „wirksame Maßnahmen [...], um die Arbeitswilligen zu schützen“¹⁶³. Auch blieben die Ostkantone nicht völlig von Arbeitskämpfen

Im Zuge der Vollautomatisierung, auch für Sie einen vollautomatischen Wagen

DAF
bedeutet mehr Sicherheit + Komfort

Alle Modelle vorhanden

Garage Günter KUCKARTZ
Herbesthal, Neutralstr. 98, Tel. 087/80373



Auch in Ostkantonen in den 1960er und 1970er Jahren heiß begehrt: langlebige Konsumgüter wie Haushaltsgeräte und Autos
(Werbeanzeigen aus dem Grenz-Echo 1971)

**Kauf Sie jetzt Ihren Vollautomaten
»CASTOR« ZU SONDERPREISEN**

CASTOR-WASCHVOLLAUTOMAT

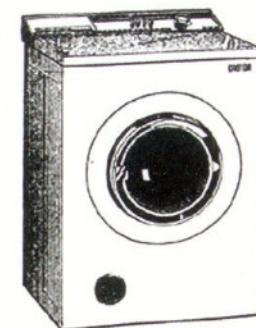
- 5 kg, 10 Programme, separates Programm für empfindliche Wäsche 7 395 Fr. (MWS eingefügt)
- idem mit Drei-Kammer-Einspülung 7 990 Fr. (MWS eingefügt)

CASTOR Bio-Waschvollautomat

- 5 kg, 12 Programme, Bio-Einflektionsprogramm, Abtropfprogramm für Feinwäsche, Sparprogramm für Wäschemengen unter 5 kg 13 900 Fr. (MWS eingefügt)

Garantie — Werkkundendienst

Jos. Zimmermann
Gospertstr. 54 EUPEN Hookstr. 6





Quer durch Eupen-Malmedy-StVith

Der Streik ist zu Ende!

Arbeit in Kabel- und Gummiwerke wird nach dem Urlaub wieder aufgenommen

Arbeitskämpfe waren in Ostbelgien eher selten, wurden aber hart geführt (1957).

verschont. In den Jahren 1957, 1963 und 1964 kam es zum Beispiel zu Streiks in den Kabelwerken, die mehrere Monate lang andauerten, zu Produktionsausfällen des Unternehmens führten und zugleich Auswirkungen auf die verschiedenen Zulieferer des Kabelwerks hatten¹⁶⁴. Der – wie die IHK berichtete – „auf allen Gebieten bisher unbekannte Streik“¹⁶⁵ von 63/64 hatte seine Ursache in massiven Gehaltsforderungen der Christlichen Gewerkschaft (CSC)¹⁶⁶. Schließlich konnte der Streik mit einer Lohnerhöhung von sechs Prozent belegt werden¹⁶⁷.

Die ostbelgische Wirtschaft war seit Beginn der 1950er Jahre durch deutliches Wachstum, niedrige Arbeitslosigkeit und steigende Löhne, die ihrerseits eine Erhöhung des Lebensstandards, insbesondere durch die Anschaffung langlebiger Konsumgüter, hervorriefen, gekennzeichnet.

Sorgenkind Textilindustrie

Sorgenkind blieb die Textilindustrie, die traditionell den Industriestandort Eupen prägte. Der Ende der 1940er Jahre zu verzeichnende Aufwärtstrend in dieser Branche wurde durch den Koreakrieg 1950 jäh unterbrochen. Dieser führte zu massiven Preisschwankungen bei Rohstoffen, sodass die gesamte westeuropäische Textilindustrie in eine Krise geriet. Nachdem die Wirkungen dieser Krise im Jahr 1953 überwunden werden konnten, erholt sich die Eupener Textilindustrie zwar noch einmal. Allerdings geriet sie nun in eine langanhaltende Strukturkrise.

Die Liberalisierung der Märkte für Textilien führte in den 1950er Jahren zu zusätzlicher Konkurrenz auf dem belgischen Markt und schließlich dazu, dass Westeuropa von einer Textilexportregion zu einer Textilimportregion wurde. Die zunehmende Bedeutung

von Kunstfasern und Konfektionsware sowie die allgemeinen Rationalisierungstendenzen bei der Textilherstellung weltweit erhöhten gleichzeitig den Kostendruck¹⁶⁸.

Die Folgen dieser Strukturveränderungen trafen in den 1960er Jahren die gesamte Textilindustrie in Westeuropa und besonders auch die belgische. Unternehmensschließungen, zunehmende Spezialisierung und Automatisierung führten zu einer Steigerung der Produktionskapazitäten bei gleichzeitig geringerem Personalbedarf. Regional traf der Strukturwandel die Eupener Textilwerke ebenso wie die Betriebe in Verviers oder auch jenseits der Grenze in Aachen – dort sank beispielsweise die Anzahl der Textilbetriebe zwischen 1951 und 1973 von 140 auf 65¹⁶⁹.

Im Eupener Raum zeigte sich zwar die Textilindustrie nach Überwindung der Koreakrise 1953 und einer weiteren Krise 1958 zunächst stabil, es kam sogar zu Gründungen einiger neuer Betriebe, zum Beispiel in Raeren mit der Spinnerei Petit als Zweigwerk eines Vervierser Unternehmens. Diese Stabilisierung sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Ende der 1960er Jahre begann auch in Eupen der endgültige Niedergang.

Dieser fand in den späten 1970er Jahren seinen Abschluss: Bereits 1963 schloss ein größeres Textilwerk in Eupen seine Pforten¹⁷⁰. Andere Firmen mussten in den 1960er Jahren

Hilfe für die TEXTILINDUSTRIE, bevor es zu spät ist

Abg. Kofferschläger über die Krise bei der Tuchindustrie

Auch das Grenz-Echo berichtet über die Textilindustrie in der Krise (1955).



*Für Jahrzehnte industrielles Wahrzeichen der Stadt Eupen:
die Kammgarnwerke in der Unterstadt (Mitte der 1950er Jahre)*

regelmäßig „Feierschichten“ einlegen, da die Erzeugnisse auf Grund zu hoher Entstehungskosten nicht mehr konkurrenzfähig waren. Die Jugend hatte diese Entwicklung unter dem Eindruck der Textilkrisen in den

1950er Jahren antizipiert. Die Textilfachschule in Eupen, die in den 1950ern pro Jahr etwa 20 Schüler zu Facharbeitern ausgebildet hatte, verfügte Anfang der 1960er Jahre über nur noch zwei Schüler. Nur durch

eine Übernahme konnten die Eupener Kammgarnwerke 1967 vor der Insolvenz gerettet werden¹⁷¹. Im Angesicht dieser Entwicklungen bezeichnete die Industrie- und Handelskammer im selben Jahr die Situation in der „hiesigen Textilindustrie“ als „besorgnisregend“¹⁷².

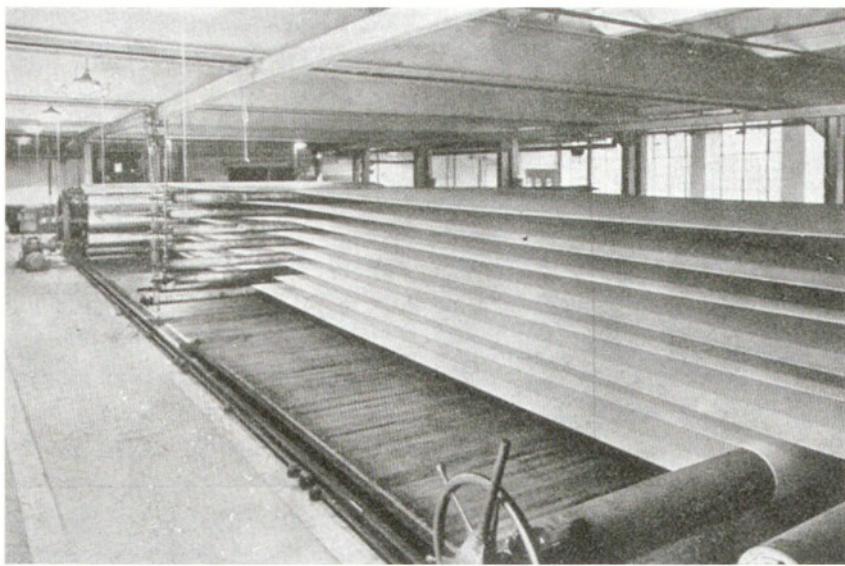
Tatsächlich folgte im Jahr 1968 mit dem Konkurs der Eupener Textilwerke AG der Niedergang eines weiteren traditionsreichen Unternehmens. Im Jahr 1972 schloss auch die Tuchfabrik Wilhelm Peters & Co. ihr Werk in Eupen, und bis 1979 stellten dann nach und nach alle anderen Unternehmen der Textilbranche ihre Produktion ein, darunter auch die zwischenzeitlich geretteten Kammgarnwerke¹⁷³.

Klassischen Textilunternehmen außerhalb der Stadt Eupen – etwa in Hauset, Hergenrath und Raeren – schlossen ebenfalls in den 1970er und 1980er Jahren nach und nach. Ausnahmen bildeten nur Firmen wie etwa von Asten & Co. in Eupen und Bruch & Cie. in Kelmis, die sich frühzeitig ihre Produktion auf Spezialprodukte, wie Filze für die Papier- und Pappperstellung, konzentriert und umfangreiche Investitionen getätigten¹⁷⁴.

Auch mit der Textilindustrie verbundene Zulieferfirmen gerieten in den Abwärtsstrudel der Textilkrise. Im Jahr 1967 gab die letzte Fabrik, die Textilmaschinen in Eupen herstellte, ihre Produktion auf. Die Nadelfabrik BEKA, die ihre Belegschaft in den Jahren zwischen 1953 und 1963 noch verdreifacht hatte,¹⁷⁵ konnte zwar die 1970er Jahre überleben, geriet dann aber Anfang der 1980er in Bedrängnis. So endete auch die Nadelherstellung in Eupen endgültig 1982.



*Symbol für den endgültigen Niedergang der Textilindustrie in Eupen:
die geschlossene BEKA-Fabrik 1982*



Rettung durch Spezialisierung: Blick in die Produktionshalle der Firma von Asten & Co., Eupen

Großer Bahnhof zum Geburtstag der Malmedyer Lederfabriken

Ein hochstehendes Industrieunternehmen wurde zweihundert Jahre alt

(Fortsetzung von Seite 3)

Nicht nur Sohlleder

IG-Farben, Kuhlmann, Imperial Chemical brachten jetzt Produkte auf den Markt, die es gelungen, an völle-

rer Ansprache dankte H. Lang Esmalux-Direktor Pirotte, der für diese Feier seine Lokale zur Verfügung gestellt hatte.

Staatssekretär Giel als Vertreter der

ausgezeichneten Beziehungen dieses belgischen Raumes zu seinem Land, und gerade die Handelsbeziehungen der Fa. Lang zur Schuhmetropole Primagens seien hierfür mitverantwortlich. Ein großer Jubel, ein Fest, ein Heiterkeit und

Die Lederfabrik Utammo, zeitweise größter Arbeitgeber in Malmedy;
Ausschnitt aus dem Grenz-Echo zum 200-jährigen Jubiläum 1976

Die mit der Textilindustrie verwandte Branche der Lederindustrie, die vor allem in Malmedy ansässig war, konnte sich zwar behaupten, erlebte aber ebenfalls eine scharfe Rationalisierung. Die ortsansässigen lederverarbeitenden Betriebe fusionierten unter Führung der Gerberei Lang, die sich als größtes Unternehmen innerhalb des Konzentrationsprozesses durchsetzte. Als *Union des Tanneries de Malmedy (Utammo)* produzierte die Firma bis in die 1990er Jahre Gerbereiprodukte. Ende der 1970er Jahre beschäftigte das Unternehmen immerhin noch 420 Mitarbeiter¹⁷⁶.

Insgesamt bezifferte die IHK den in den Jahren 1956 bis 1966 eingetretene Verlust an Arbeitsplätzen in der Textilindustrie auf rund 300¹⁷⁷. Dieser Rückgang über den Zeitraum von zehn Jahren war jedoch im Vergleich zur Entwicklung nach 1973 Jahren noch moderat. Allein zwischen 1975 und 1979 fielen in der Textilindustrie weitere 450 Arbeitsplätze weg¹⁷⁸. Relativiert wurden die Zahlen auch, weil vor allem in den 1960er Jahren neue Industriearbeitsplätze entstanden. In den zehn Jahren zwischen 1956 und 1966 sprach die IHK von 1.500 neuen Arbeitsplätzen in der ostbelgischen Industrie¹⁷⁹.

Der Aufschwung neuer Industrien

Während die Textilindustrie also darbte und zwischen 1973 und 1979 endgültig zusammenbrach, florierten andere Branchen in Ostbelgien. Das Kabelwerk beispielsweise, als wichtigster Arbeitgeber im Kanton Eupen, wuchs stetig. Im Jahr 1955 wurden die Kapazitäten des Werkes erweitert, 1956 nahm man erstmalig die Produktion von Plastikteilen auf, der Siegeszug der Petrochemie machte sich also auch in Ostbelgien bemerkbar¹⁸⁰. Auch in den folgenden Jahren blieben Auftrags- und Auslastungslage durch die Bank positiv, und in den 1960er und 1970er Jahren setzte sich dieser Trend fort. Die Kabelwerke übernahmen jetzt ehemalige Produktionsstandorte der Textilindustrie, um ihre Anlagen zu erweitern. So errichtete man 1970/71 in der Oestraße auf dem ehemaligen Gelände einer Textilfabrik ein neues Kunstschaumwerk¹⁸¹. Parallel zu diesen Investitionen stieg zwar auch die Belegschaft leicht an, jedoch sehr viel geringer als Umsätze und Anlageinvestitionen: Beschäftigte das Kabelwerk 1952 rund 1.000 Personen, waren es 1969 „nur“ 1.134 – der Rationalisierungstrend der 1960er Jahre zeigte sich auch in dieser Branche.

Wie das Kabelwerk wuchs auch die Lebensmittelindustrie in den „Silver Fifties“ und „Golden Sixties“. Die gute Gesamtkonjunktur ließ die Nachfrage nach Genussmitteln wie Schokolade und Bier kontinuierlich steigen.

Insbesondere die *Chocolaterie Jacques* profitierte von der guten Konjunktur, modernisierte in den 1950er Jahren ihre Anlagen und gehörte, wie die IHK Eupen 1954 stolz vermeldete, zu den

modernsten Süßwarenherstellern des Landes¹⁸². Doch auch hier ging vor allen in den 1970er Jahren die zunehmende Automatisierung zu Lasten von zusätzlicher Beschäftigung. Die Belegschaftszahlen erreichten Ende der 1970er Jahre mit rund 230 etwa denselben Wert wie 1946, nachdem 1972 über 500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt gewesen waren¹⁸³.

Weitere Unternehmen der Lebensmittelindustrie, etwa die Molkereien, konnten, wie bereits im Abschnitt zur Landwirtschaft gezeigt, ihren Ausstoß weiter steigern. Einzig die Brauereien in Eupen und Malmedy beklagten sich Ende der 1950er Jahre über fallende Marktanteile und die zunehmende inländische und ausländische Konkurrenz. Die IHK schrieb sorgenvoll, dass

„[d]ie Brauereien [...] trotz des äußerst warmen Sommers [1959] keine erheblichen Ausstoßsteigerungen zu verzeichnen [hatten]. Die hiesigen Brauereien haben einen schweren Stand gegenüber den [...] Großbrauereien, die mit allen Mitteln versuchen, die Lokalbrauereien vom Wettbewerb auszuschalten. Um unseren Gebieten die alteingesessenen Unternehmen zu erhalten, dürfte seitens der Verbraucher eine ‚Kirchturmpolitik‘ heute mehr denn je angebracht sein“¹⁸⁴.

Die Sorge der Kammer erwies sich durchaus als begründet, zumindest was die Brasserie de Malmedy anbelangte. Im Jahr 1963 wurde das Unternehmen durch die Brauerei Stella Artois aus Löwen übernommen, die wenig später die Produktion am Ardennen-Standort einstellte¹⁸⁵. Die Eupener Brauerei konnte hingegen als eigenständiges Unternehmen zunächst überleben. Erst rund



Automatisierte Fertigung in den Kabelwerken (Mitte der 1970er Jahre)

vierzig Jahre später, 1998, wurde auch sie durch die Konkurrenz geschluckt. Die Brouwerij Haacht verlegte die Produktion des Eupener Biers in die Stadt Boortmeerbeek in Flämisch-Brabant, wobei zumindest der Markenname und die Rezeptur erhalten blieben¹⁸⁶.



Produkte der Eupener Brauerei

Neben Jacques als Großbetrieb, der Eupener Brauerei und den Molkereien eröffneten kleinere lebensmittelverarbeitende Betriebe auch abseits der industriellen Zentren ihre Pforten und trugen zur Heterogenisierung der Wirtschaftsstruktur, wenn auch nur vorübergehend, bei¹⁸⁷.

Mit dem Blick auf zwei weitere traditionelle Industriezweige, vor allem des südlichen Raumes, beenden wir unsere Branchenschau. Die vor allem in Malmedy beheimatete Papierindustrie entwickelte sich ähnlich wie die lederverarbeitende Industrie der Stadt: Die beiden größten Unternehmen Papeteries du Pont de Warche und die Papeterie Steinbach partizipierten seit Ende der 1940er Jahre an der belgischen Hochkonjunktur ebenso wie die kleinere Papeterie Godin. Die Marktliberalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg traf aber auch diesen Industriezweig. Besonders die Konkurrenz aus den skandinavischen Ländern zwang die Malmedyer Firmen zu Kosteneinsparungen und Rationalisierungen.

Die Folge waren verschiedene Fusionen und Übernahmen Ende der 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre, die schließlich 1965 alle Betriebe in der belgischen Gruppe Intermills aufgehen ließen, an der Malmedyer Geschäftsleute maßgeblich beteiligt waren¹⁸⁸. Als typisches Beispiel für den Kapitalfluss von den



Die Chocolaterie Jacques: Werksgelände in der Bahnhofstraße Eupen (1980) und Erfolgsprodukt Schokoriegel

USA nach Belgien in den „Golden Sixties“ stieg der amerikanische Papierriese U.S. Plywood Champion Papers bei Intermills ein, ab 1965 sogar als Hauptaktionär. Die Malmedyer Fabriken wurden modernisiert und konsequent auf den Exportmarkt ausgerichtet¹⁸⁹. Bereits 1963 hatte man im Werk Steinbach eine der größten und leistungsfähigsten Feinpapiermaschinen Europas in Betrieb genommen¹⁹⁰.

Die IHK meldete für die nun konzentrierte Papierindustrie in den 1960er Jahren fortlaufend zufriedenstellende Auftragslagen und ansteigende Produktionen. In den Fabriken herrschte Vollauslastung. Und auch in den folgenden Jahren wurde modernisiert, allein im Jahr 1973/74 plante Champion Papers, in Malmedy 677 Millionen Franken zu investieren und 100 neue Arbeitsplätze zu schaffen¹⁹¹. Zu einem langsamem Niedergang kam es erst nach 1973.

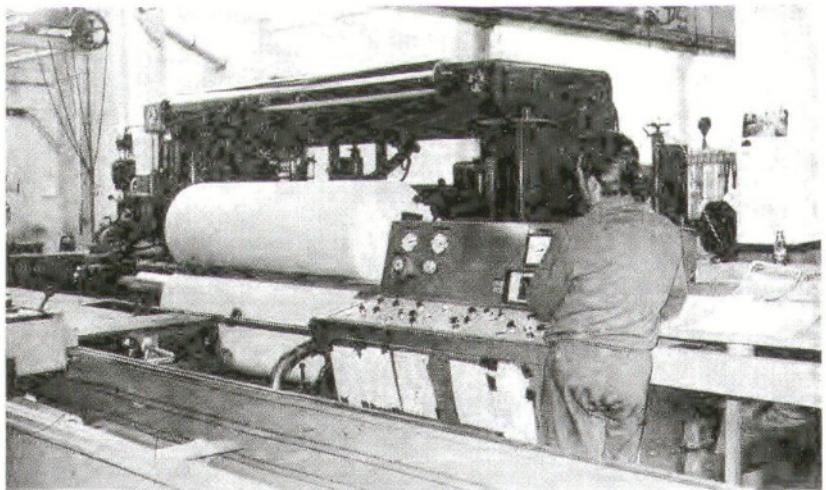
Durch die weltweite Wirtschaftskrise infolge des Ölpreisschocks

geriet der amerikanische Mutterkonzern in Bedrängnis. Er schloss zunächst andere Niederlassungen von Intermills in Belgien und zog sich schließlich 1977 komplett vom belgi-

schen Markt zurück. Als Folge wurden die Malmedyer Intermills-Werke an einen spanischen Konzern abgestoßen. Zunächst produzierten sie unter dieser neuen Regie weiter, aller-

Intermills-Malmedy vor grossen Investitionen

100 weitere Arbeitsplätze - 1972: 240 Millionen Gehälter und Löhne

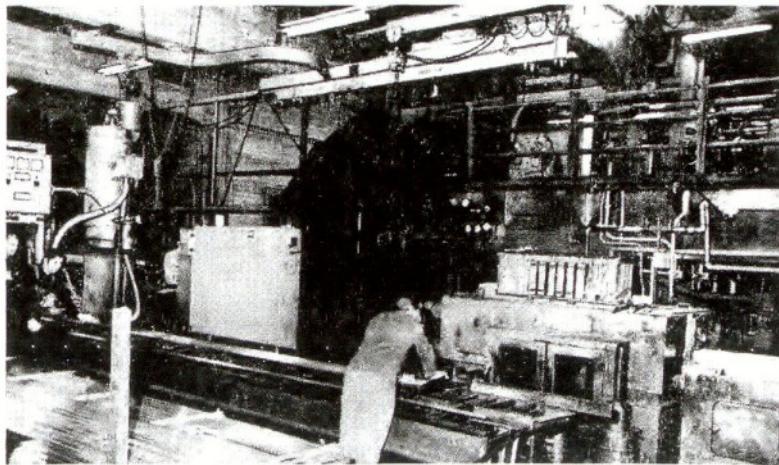


Modern eingerichtet ist die Papierfabrik Steinbach von Intermills in Malmedy. Vom Brel aus wird das Fertigprodukt hergestellt. Lassen wir hier auf der grossen Rolle sehen.

Wer von der Malmedyer Papierindustrie spricht, weise meist nicht so recht. In welcher Unternehmung der Intermills erfasst. Man muss wohl das einen von Arbeiter und Angestellten sind, die den Teil bestreichen, der die Autobahn überqueren. Allerdings dienen heute viele ehemalige Malmedyer Fabriken dem Papierhersteller zu einem anderen Zweck, wie zum Beispiel der Herstellung von

Alcan Aluminium Raeren hat seinen festen Platz auf dem Markt

Die Firma feiert 10jähriges Bestehen



Mitelpunkt der Produktion von Aluminium-Halbfertigprodukten sind die grossen Pressen. Hier eine der zwei schon vorhandenen, mit dem Bau einer dritten wurde bereits begonnen.

Entwickelte sich zum Vorzeigebetrieb der Ostkantone: Alcan Aluminium in Raeren

dings kam es in den 1980er Jahren immer wieder zu Krisen. Nach einem ersten Konkurs 1993¹⁹², Übernahmen und Teilverkäufen¹⁹³ ging das Werk Steinbach 2009 endgültig in Konkurs¹⁹⁴. Ein Anfang der 1990er Jahre abgetrennter Unternebensteil mit dem Werk Pont de la Warche wechselte erneut 1997 den Besitzer.¹⁹⁵ Dieser produziert heute als Teil der finnischen Ahlstrom-Gruppe nach wie vor Papier in Malmedy¹⁹⁶.

Beweisen die in den Tabellen (siehe S. 170) abgebildeten Zahlen einerseits die relative Stabilität der alteingesessenen Industrie bis 1973, mit Ausnahme des Textilsektors, so zeigen sie auch, dass es ab 1960 zu einer vorsichtigen Heterogenisierung der Industriestruktur kam. In gewisser Weise wiederholte sich hier der gesamtbelgische Strukturwandel im deutschsprachigen Gebiet „en miniature“.

Infrastruktur und neue Industriestandorte

Neue Industriebetriebe ließen sich nicht mehr nur an den seit Jahren etablierten Standorten Eupen und Malmedy nieder, sondern entdeckten das Eupener Umland für sich. Besonders die Gemeinde Raeren konnte hiervon profitieren¹⁹⁸. Für den Standort sprachen das günstige Bauland und die unmittelbare Lage an der belgisch-deutschen Grenze mit eigenem Bahnhof und Güterabfertigung. Hinzu kam der Autobahnbau seit Ende der 1950er Jahre: Die Verbindung zwischen der deutschen A4 Aachen-Köln und der belgischen A3/E40 zwischen Lüttich und der Grenze konnte 1964 eröffnet werden¹⁹⁹. Sie sicherte die schnelle Anbin-

dung an die benachbarten Oberzentren in Deutschland und Belgien sowie die belgischen Hochseehäfen Antwerpen und Zeebrügge. Entsprechend konnte 1962 nicht nur ein Aluminium-Werk in Raeren (Alcan Aluminium) eröffnet werden, sondern auch eine Spinnerei als Zweigwerk eines Vervierser Unternehmens und ein weiteres Textilunternehmen, die Eurowool S.A., spezialisiert auf das Mischen und Kardieren von Textilfasern, bauten in der ehemaligen Töpfergemeinde²⁰⁰. Stolz meldete das Grenz-Echo im Dezember 1962:

„Man geht nicht fehl, wenn man das Jahr 1962 für Raeren als das ‚Jahr der Industrie‘ bezeichnet. [...] besonders [ist] das Anlaufen der Produktion bei der ‚Alcan Aluminium Raeren S.A.‘ zu vermerken, bei der mittlerweile über 40 Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind.“²⁰¹

Zwischen 1945 und 1965 entstanden in den Ostkantonen insgesamt 57 mittlere und große Betriebe neu. Eine Aufgliederung der 23 größten Unternehmen nach ihrem Gründungsjahr verdeutlicht die Bedeutung der 1960er Jahre als Boomzeit für Neugründungen, wie die Tabelle 4 zeigt²⁰².

Zwischen 1960 und 1965 wurden 50 Prozent mehr Firmen gegründet als noch in den gesamten 1950er Jahren. Von diesen zwölf Gründungen war nur eine in Eupen erfolgt, fünf in Raeren und jeweils eine Firma war in Waimes, St.Vith, Bütgenbach, Hause, Manderfeld und Elsenborn entstanden. Hoen, der die Daten zusammengetragen

1945-1950	1951-1959	1960-1965	Total
3	8	12	23

Tabelle 4: Neugründungen in den Ostkantonen zwischen 1945 und 1965²⁰³

		1946			1972		
		Unternehmen	Beschäftigte			Unternehmen	Beschäftigte
1	Kabel- & Gummiwerke Eupen		769	Kabel- & Gummiwerke Eupen		1465	
2	Papeterie Steinbach, Malmedy		556	Papierwerke Intermills S.A., Malmedy		753	
3	Kammgarnwerke, Eupen		382	Chocolaterie Jacques, Eupen		544	
4	Société d'Electricité ESMA, Malmedy		350	Manufacture Belge d'Aiguilles, Eupen		410	
5	Papeteries du Pont de Warche, Malmedy		286	Gerberei Lang, Malmedy		362	
6	Gerberei Lang, Malmedy		258	Kammgarnspinnerei Peltzer & Fils, Eupen		214	
7	Chocolaterie Jacques, Eupen		232	Alcan Aluminium, Raeren		202	
8	Eupener Textilwerke		228	Noel-Marquet & Co., Eupen		171	
9	Tuchfabrik Wilhelm Peters & Co Eupen		167	Metallbau Etab. Jean Pankert, Eupen		170	
10	Metallbau Jean Pankert, Eupen		71	Kammgarnwerke, Eupen		166	

Tabelle 3a: Die zehn größten Unternehmen nach Beschäftigten in den Ostkantonen 1946 und 1972

Unternehmen	Beschäftigte 1972	Beschäftigte 1979	Veränderung 1972-1979 in Prozent
Kabel- & Gummiwerke Eupen	1.465	1.300	- 11,3
Papierwerke Intermills S.A., Malmedy	753	665	- 11,7
Chocolaterie Jacques, Eupen	544	230	- 57,7
Manufacture Belge d'Aiguilles, Eupen	410	400	- 2,4
Gerberei Lang, Malmedy	362	420	+ 16,0
Spinnerei Peltzer & Fils, Eupen	214	0 ¹⁹⁷	- 100,0
Alcan Aluminium, Raeren	202	370	+ 83,1
Noel-Marquet & Co., Eupen	171	347	+ 101,9
Metallbau Etab. Jean Pankert, Eupen	170	130	- 23,5
Kammgarnwerke, Eupen	166	0	- 100,0
Summe	4.457	3.862	- 14,4

Tabelle 3b: Die zehn größten Unternehmen von 1972 und ihre Beschäftigungsentwicklung in den 1970er Jahren

hatte, betonte zudem die „Branchen-diversifikation, die glücklicherweise die bereits bestehenden Industrien“²⁰⁴ ergänze.

Unter den Neugründungen waren unter anderem eine Waschmaschinen-fabrik, eine weitere Elektrotechnik-firma, eine Süßwarenfabrik, eine Groß-schreinerei und mehrere metall-verarbeitende Unternehmen²⁰⁵. Und zumindest bis zur Ölpreiskrise konnte sich die Hälfte der neuen Unter-nahmen behaupten. Von den zwölf Gründungen aus der Zeit zwischen

1960 und 1965 beschäftigten 1972 immerhin noch sechs mehr als 25 Per-sonen.

Während diese Zahlen für einen in-dustriellen Aufbruch vor allem im Kanton Eupen sprachen, konnte der südliche Teil des deutschsprachigen Ge-biets nur vereinzelt an der Entste-hung neuer Industriebetriebe par-tizipieren. Durch die Erschließung des Eupener Landes durch die Autobahn verlor das industriell rückständige Ge-biet südlich des Hohen Venns weiter an Attraktivität²⁰⁶. Der Wiederaufbau

einer Zuganbindung des Kantons St. Vith war verworfen worden. Zu-mindest war ausgehend von der Stadt St. Vith die Eifel durch sternförmige Buslinien mit Verviers und Malmedy verbunden worden. Auch bestanden Anbindungen nach Kalterherberg in Deutschland und Trois-Vierges im Großherzogtum Luxemburg. Eine direkte Verbindung nach Eupen bestand hin-gegen nicht²⁰⁷.

Die Erschließung des Eupener Raums durch die Autoroute Roi Baudouin wertete die Region bei der Abwicklung



Lichtenbusch: Grösster Autobahn-Zollkomplex Europas

Eröffnung am 9. November — Belgische Anlage noch nicht fertig



Eröffnung der Autobahngrenzübergangsstelle Eynatten 1964

des internationalen Lastverkehrs zwischen Deutschland und dem Königreich auf der Straße massiv auf. Mit Stolz berichtete die IHK, dass die Autobahn das ostbelgische Gebiet zu „einer Art Brücke zwischen Ost und West“²⁰⁸ innerhalb der EWG mache. Nach der Einweihung des Teilstücks durch König Balduin und den deutschen Bundespräsidenten Heinrich Lübke 1964 erhoffte die regionale Wirtschaft sich zu Recht eine starke infrastrukturelle Wirkung²⁰⁹. Und generell schien der Autoverkehr die wirtschaftliche Zukunft der Region zu beflügeln. Steigig stieg der Warenaustausch zwischen Belgien und Deutschland²¹⁰. Und durch die Autobahn wurde das Eupener Land zu einem interessanten Standort für Speditionen und Unternehmen, die sich auf die Grenzabfertigung von Gütern spezialisierten. Henri Hoen zählte 1972 sieben Zollagenturen mit mehr als 25 Beschäftigten sowie zwei weitere direkt mit dem Grenzverkehr beschäftigte Firmen mit einer Belegschaft über 25 Mitarbeitern²¹¹.

Nach den mit dem Autobahnbau gekoppelten Erfolgen im nördlichen Raum stand bereits in den 1960er Jahren die Forderung im Raum, auch die Eifel durch eine Autobahn zu erschließen²¹². Dieser Wunsch wurde jedoch erst in den 1980er Jahren erfüllt. Wenn die IHK in Eupen die verkehrspoliti-

schen Trends 1961 in dem Wunsch zusammenfasste: „Schlussfolgernd darf man wohl behaupten, dass das Zeitalter der Autostraßen unserer Gegend gnädiger ist, als es das Zeitalter der Eisenbahn war“²¹³, so galt dies nur für das nördliche Gebiet.

Industriezonen als neue Basis

Trotz oder wegen der infrastrukturellen Nachteile der beiden südlichen Kantone versuchte der belgische Staat Ende der 1960er Jahre im Rahmen des sogenannten Industrie-Zonings, größere Industriebetriebe in der Region durch eine aktive Wirtschaftspolitik anzusiedeln. Damit stieß er auch lokal auf Resonanz. Unter anderem auf Vermittlung der 1964 im Umfeld der KLJ ins Leben gerufenen Aktion „Heiße Eisen“, die sich in der Eifel unter anderem mit dem Ziel gebildet hatte, Lösungen für die sozioökonomischen und kulturellen Probleme der Jugend des südlichen deutschsprachigen Gebiets zu entwickeln, kam es zur Gründung der Industriezone St.Vith.

Die rund elf Hektar große Fläche wurde mit Hilfe eines durch die Provinz Lüttich garantierten 4-Millionen-Franken-Kredits ab 1967/68 erworben und erschlossen. Die Ansiedlungserfolge des Zonings waren jedoch durchwachsen und brachten zunächst nur kurzzeitige Erfolge. Die aus dem Kreis Bitburg stammende Firma H. D. Geyer

Strickmoden KG, die sich 1970 ansiedelte und verkündete, bis 1971 200 Arbeitsplätze in St.Vith zu schaffen, musste schon 1973 wieder schließen, sie beschäftigte zu diesem Zeitpunkt 80 Mitarbeiter²¹⁴. Ähnlich erging es der Firma Konfektion Korobel, die sich 1973 in St.Vith niederließ und die Geyer-Anlagen übernahm, um hauptsächlich Röcke schneidern zu lassen. Doch die Wirtschaftskrise ab 1973 erfasste auch Korobel, und die Firma musste ihren Betrieb einstellen. Auch Folgenutzungen hatten nur kurzfristig Erfolg²¹⁵.

Bereits 1971 war die kurzzeitig im Zoning angesiedelte Firma Isolants Tinlot pleitegegangen. Auch deren Nachmieter, die US-amerikanische Firma Leeds & Northrup Comp., die Messinstrumente in St.Vith bauen ließ, schloss im Mai 1974 nach nur knapp zwei Jahren wieder ihre Pforten²¹⁶. Die kurzen Engagements der verschiedenen Firmen, die jeweils Grundstücke, Gebäude und Maschinen günstig oder umsonst zur Verfügung gestellt bekamen, kosteten die Stadt und die Wirtschaftsförderung der Provinz (die 1961 im Zuge des Aufblühens der aktiven Wirtschaftspolitik gegründete Société Provinciale d'Industrialisation), die das Zoning koordinierte, Millionen. Wenn das Grenz-Echo also im März 1972 vermeldete, dass „[d]ie Industrialisierung der Kantonshauptstadt St.Vith [...] erfreuliche Forstschritte“²¹⁷ mache, so waren die beschriebenen Erfolge teuer



Königin Fabiola besucht den Konfektionsbetrieb Korobel in der Industriezone St. Vith (1974).

erkauf und zudem bis 1973 nur kurzfristig erfolgreich²¹⁸.

Ausnahmen bildeten lokale Firmen, die die Infrastruktur der Zone nutzten oder im Zuge des Zonings gegründet wurden. Die 1961 in St. Vith entstandene Firma Warny & Co. errichtete beispielsweise im Zoning-Gebiet bis 1970 eine Werkhalle. Warny stellt dort bis heute hauptsächlich Bleche für den Automobilbereich her. Eine Neugründung war die Savimetall AG, die heute noch am Standort Gießereiprodukte herstellt. Im Jahr 1975 waren insgesamt sechs Firmen angesiedelt, die zusammen 125 Personen Arbeit boten.

Diesen Erfolgen standen beträchtliche Investitionen der öffentlichen Hand gegenüber. Bis 1975 hatten allein Straßenbau und Kanalarbeiten rund fünf Millionen Franken gekostet.

Anfang der 1970er Jahre wurden auch in Eupen und in Malmedy industrielle Ansiedlungszonen eingerichtet. Ab 1975 wurden im Eupener

Nordwesten Erschließungsarbeiten durchgeführt, nachdem bereits 1966 die Errichtung der Zone beschlossen worden war²¹⁹. Die Kosten veranschlagte man auf rund 30 Millionen Franken. In Malmedy und in Bévercé schritten zumindest die Planungsarbeiten für die dortigen Zonings voran²²⁰.

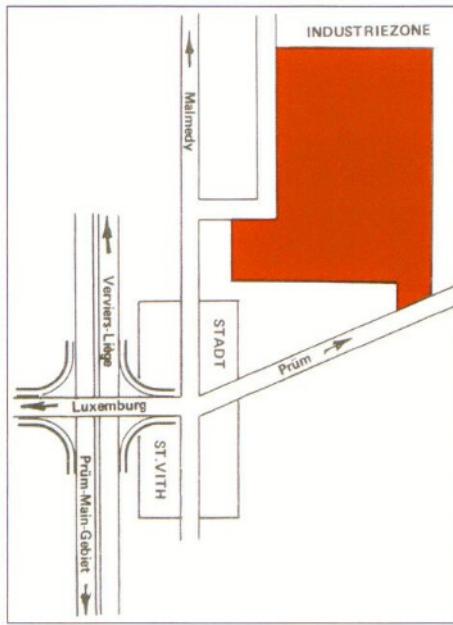
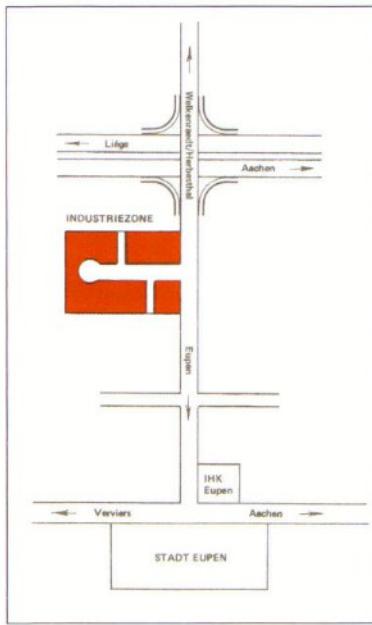
Mittelständische Branchen

Es bleibt noch zu fragen, wie sie der Mittelstand entwickelte. Beispielsweise sollen vier Bereiche vorgestellt werden: der Tourismus, die Baubranche, der Einzelhandel und die Banken.

In den 1950er Jahren erlebte der Tourismus in den Ostkantonen einen erheblichen Bedeutungszuwachs. Eupen war als Luftkurort bereits vor dem Zweiten Weltkrieg nicht unbekannt gewesen, und auch während der kurzen nationalsozialistischen Herrschaft hatte man für Eupen-Malmedy als touristisches Reiseziel geworben. Allerdings



Die Savimetall AG in St. Vith, eine erfolgreiche Neugründung der 1960er Jahre



Skizzen der Industriezonen in Eupen und St. Vith mit der geplanten Autobahn (Stand 1979)

waren Urlaubsreisen zu dieser Zeit noch sehr teuer und blieben nur einer kleinen Gesellschaftsschicht vorbehalten.

Durch die stetig steigenden Löhne seit Ende der 1940er Jahre änderte

sich dies. Die Möglichkeit, Urlaubsreisen zu unternehmen, verbreitete sich durch die steigenden Haushaltseinkommen in Belgien: Im Jahr 1948 unternahmen 33,5 Prozent der Belger ein oder mehrere Urlaubsreisen

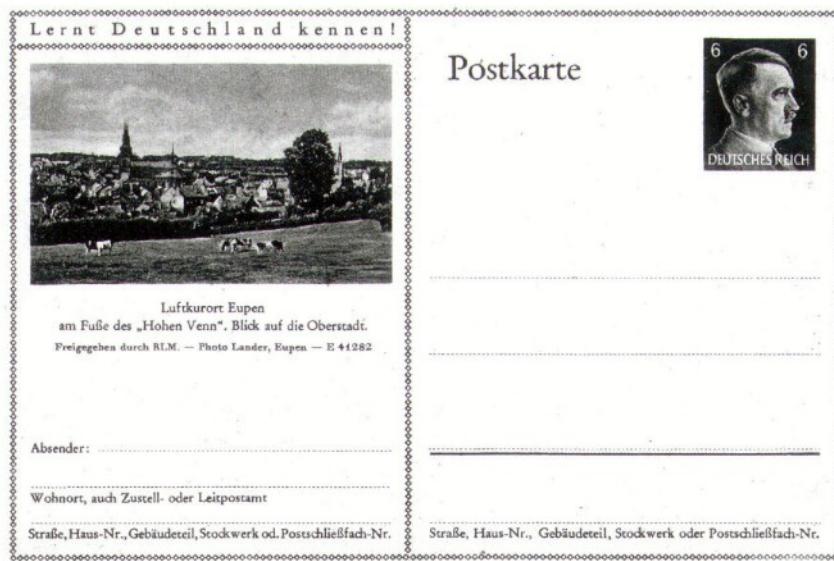
im Jahr. Im Jahr 1956 waren es bereits 42,5 Prozent. Und die Ardennen waren neben der belgischen Küste das mit Abstand beliebteste Reiseziel²²¹. Das Grenz-Echo berichtete zum Pfingststreiseverkehr 1953:

„Es war keine Ausnahme, wenn man Fremde auf der Suche nach einem Zimmer umherirren sah. Viele tausend Besucher haben das Wochenende in unseren Kantonen verbracht, und weitere Zehntausende kamen an den beiden Feiertagen mit Fahrzeugen aus dem ganzen Lande, aus Holland und Deutschland hier an [...].“²²²

Der Aufschwung des Tourismus führte auch zu einer Professionalisierung der Fremdenverkehrsstrukturen in Ostbelgien. So bildete sich im Jahr 1953 der Verband der Verkehrsvereine der Ostkantone²²³, dem Jahr, in dem die Visumspflicht im Reiseverkehr mit Deutschland aufgehoben wurde²²⁴. Henri Hoen notierte zum Thema „Tourismus“ 1955:

„Die Ostkantone, Teil der Haute Belgique [!], bieten ein erhebliches touristisches Potential. Für Belgien bieten sie einen malerischen Nationalpark mit zauberhaften Naturschönheiten, die all diejenigen anlocken und zum Wiederkehren einladen, die Natur und Sport lieben. Der Reiz unserer schönen Region muss erhalten und ausgenutzt werden.“²²⁵

Dass der touristische Aufschwung im Zuge der Massenmotorisierung und der zunehmenden Einkommen und Freizeit nicht überall auf fruchtbaren Boden fiel und Begeisterung hervorrief, geht aus einem Bericht des Grenz-Echos von 1954 über den Tourismus in Eupen hervor:



Werbung für den Luftkurort Eupen während der nationalsozialistischen Herrschaft unter dem Motto „Lernt Deutschland kennen!“



Ein „touristischer Anziehungspunkt“ – das Wetzlarbad in Eupen (ca. 1950)

„Da gibt es noch einen anderen recht delikaten Punkt: das, was viele Fremde die – sagen wir – „passive Haltung“ der Einwohnerschaft nennen. Zahlreiche Touristen [...] glauben den Eindruck zu haben, dass man ihre Anwesenheit als vollständig überflüssig betrachtet. Diese Ansicht ist zweifelsohne stark übertrieben [...]. Wir wissen jedoch aus eigener Erfahrung, dass ein Teil der Einwohnerschaft sich tatsächlich überhaupt nicht für den Fremdenverkehr und die aus demselben entstehenden Möglichkeiten für die Zukunft der Stadt interessiert. Sie sind der veralteten Ansicht, dass wir die Fremden nicht nötig haben und es früher viel gemütlicher war, als man „unter sich“ war.“²²⁶

Trotz der also durchaus geteilten Meinung über den Fremdenverkehr in den 1950er Jahren erlebte die Region auch in den folgenden Jahren einen raschen Anstieg der Feriengäste und Wochenendbesucher. Leider liegen keine genauen Daten zu Übernachtungszahlen oder Tourismusbetrieben

in den Ostkantonen für die Zeit bis 1973 vor. Allerdings können die vom Nationalen Statistikinstitut ermittelten Werte für die, natürlich größere, Ferienregion „Meuse et Ardennes“ zumindest als grober Indikator für die Tourismusaktivitäten betrachtet werden. Das Diagramm 24 gibt die Entwicklung der Übernachtungszahlen zwischen 1956 und 1974 wieder.

Die Übernachtungen von Fremden in der Ferienregion, zu der die Ostkantone zählten, stiegen deutlich an und erreichten Mitte der 1960er Jahre einen ersten Höhepunkt.

Zu dieser Zeit begannen die Belgier zwar einerseits, zunehmend im Ausland, vor allem in Frankreich, aber auch in Österreich und später in Spanien und Italien, Urlaub zu machen. Reisen in die Ardennen wurden aber zu einem beliebten Ziel für Kurzurlaube²²⁷. Andersherum erleichterte der Europäisierungsprozess Auslandsreisen, und die Region wurde nun auch für Gäste aus anderen Ländern zunehmend attraktiv. Entsprechend wurden auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des Tourismus und die Werbung in den Nachbarländern ausgebaut²²⁸. Beispielsweise entstand an der Autobahngrenzabfertigungsstelle Lichtenbusch ein belgischer Tourismus-Pavillon, der 1966 durch den Minister für Fremdenverkehr eingeweiht wurde.

Im Fremdenverkehr erkannte im Angesicht dieser Entwicklungen auch die IHK

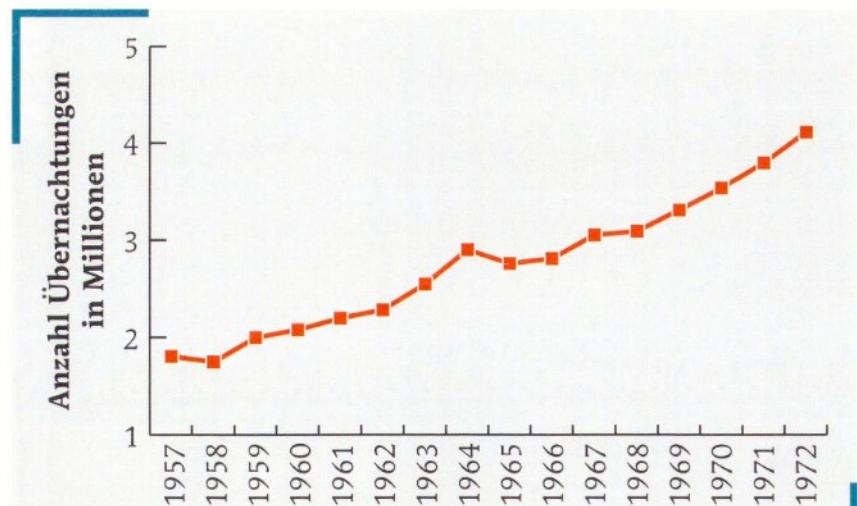
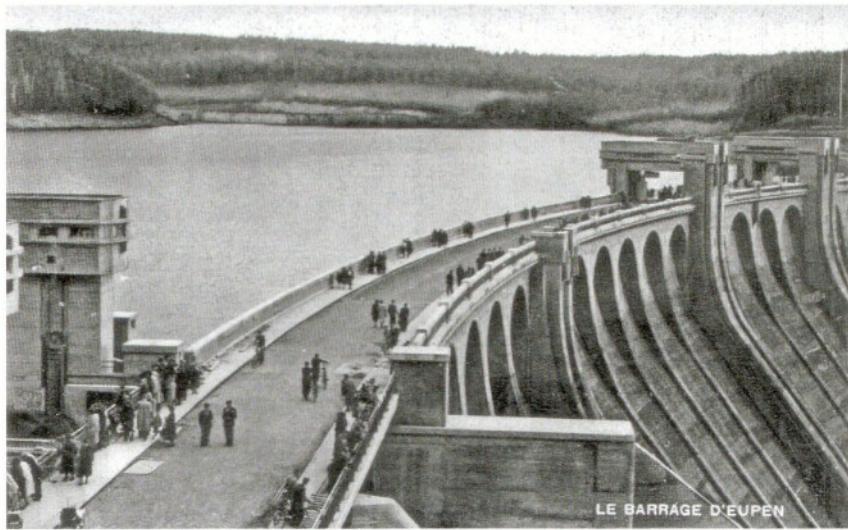


Diagramm 24: Übernachtungen pro Jahr in der Ferienregion „Meuse et Ardennes“ zwischen 1956 und 1974



Die Talsperre Eupen lockte ebenfalls Touristen (Postkarte, Anfang 1950er Jahre).

Eupen in den 1960er Jahren eine Zukunftsbranche und „beachtliche Einnahmequelle“ insbesondere für den industriell benachteiligten Süden der Region²²⁹.

Durch die Einrichtung des Naturparks *Hohes Venn* im Jahr 1971²³⁰, der grenzüberschreitend Teile der belgischen und deutschen Eifel einschloss, konnte die Attraktivität der Region als

Naherholungsgebiet noch gesteigert werden. Mitte der 1970er Jahre war schließlich eine touristische Infrastruktur entstanden, die nahezu der heutigen entspricht. Hoen listete 1975 auf: 100 Hotels, 30 Camping-Plätze, drei Talsperren, vier Wintersportzentren, vier Freibäder und ein Hallenbad, verschiedene Multifunktionsräume, vier Tennisanlagen, drei Minigolfanlagen und sieben Touristeninformationen²³¹.



Das sogenannte Wassersportzentrum an der Weser in Eupen (1962)

Der Bezirkskommissar konnte befriedigt feststellen, dass die touristischen Erfolge in den Ostkantonen unübersehbar waren. Unter anderem hob er die Professionalisierung der gemeinsamen Vermarktung des Gebiets, die seit 1969 stattfindenden Blumenwettbewerbe zwischen den Gemeinden, den Aufbau von grenznahen Touristeninformationen und Schulungen im Tourismusbereich hervor²³².

Einhergehend mit der zunehmenden touristischen Erschließung des Gebiets positionierte man sich als Naturgebiet der Ruhe und Erholung, das darüber hinaus vor allem Familien abwechslungsreiche Freizeitgestaltung durch Sport und Spiel bot. Hoen prophezeite vor diesem Hintergrund bereits das Entstehen von „vérables zonings touristiques“²³³. Tatsächlich wurde 1972 der Grundstein für das Sport- und Freizeitzentrum Worriken am Bütgenbacher See gelegt²³⁴. Gleichzeitig sprach sich der Bezirkskommissar dafür aus, die Natur streng zu schonen und nur „selektiven und streng organisierten“ Tourismus im Hohen Venn zuzulassen²³⁵. Anfang der 1970er Jahre hatte sich die Umweltverschmutzung, besonders wilder Müll, zu einem ernstzunehmenden Problem für den Tourismus entwickelt²³⁶.

Der Bausektor als Konjunkturmotor

Neben der positiven Entwicklung des Tourismus erlebte eine weitere Branche in den 1960er Jahren einen bedeutenden Aufschwung. Im Zusammenhang mit der Konstruktion der Autobahn, aber auch mit der allgemeinen positiven wirtschaftlichen Entwicklung erlebte die Bauindustrie ebenfalls einen



Die Massenmotorisierung macht es möglich: preiswerter Camping-Urlaub für alle (Ovifat, Mitte der 1960er Jahre)



Wassersport auf dem Bütgenbacher See (Mitte der 1970er Jahre)

Aufschwung. Zwischen 1945 und 1975 wurden im Kanton Eupen nicht weniger als 2.200, im Kanton Malmedy 2.500 und im Kanton St. Vith ca. 1.300 neue Gebäude errichtet, hinzu kam die Bautätigkeit der öffentlichen Hand²³⁷.

Besonders die 1960er Jahre bildeten den Schwerpunkt dieser Bautätigkeit wie auch im übrigen Land: Zwischen 1958 und 1965 stieg der Index für Neubauten in Belgien um 35 Punkte und damit deutlich stärker als in Westdeutschland oder den Niederlanden²³⁸.

Der belgische Staat förderte in dieser Zeit den sozialen Wohnungsbau durch günstige Kredite. Gleichzeitig erfüllten sich immer mehr Menschen im Angesicht des stetig steigenden Wohlstands den Traum, selbst zu bauen oder in größere Wohnungen zu ziehen.

Den Bau-Boom zeigt auch das Diagramm 25. Es belegt die private Bautätigkeit für die verschiedenen Zeitabschnitte zwischen 1920 und 1978 in der Stadt Eupen, wo es keine Kriegszerstörungen gegeben hatte. Es wird deutlich, dass insbesondere ab 1955 eine rege Bautätigkeit einsetzte, die auch in



Typische Nachkriegsbauten in Eupen und in der Eifel (1960er Jahre)

den folgenden Jahren und Jahrzehnten anhielt. Entsprechend kam es auch zur vermehrten Gründung von Baufirmen, sowohl in den südlichen Kantonen als auch im Norden. Die Aktivität dieser Firmen konzentrierte sich natürlich nicht nur auf das ostbelgische Gebiet. Viele Firmen, beispielsweise aus der Eifel, fanden im angrenzenden wallonischen Raum einen Absatzmarkt für ihre Dienstleistungen.

So zählte Hoen Ende 1972 unter den 70 größten gewerblichen Arbeitgebern der Region 15 Baufirmen, davon 14 mit Sitz in den südlichen Kantonen. Zusammen gaben diese Firmen über 750 Menschen Arbeit. Allein die beiden größten Firmen, die Bauunternehmung *Jean Wust Ets. S.A.* in Malmedy und die Straßenbaufirma *Léonard Lecoq SPRL* in Waimes, beschäftigten jeweils über 120 Personen²⁴⁰.

Und der Einzelhandel?

Im Einzelhandel vollzog sich Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre eine rasche und unumkehrbare Modernisierung. Hatten bisher kleine Geschäfte und Filialisten den Einzelhandel geprägt, drangen nun einerseits große Ketten mit ihren Warenhäusern auf den ostbelgischen Markt vor. Andererseits sorgten lokale Einzelhändler für den Durchbruch der neuen Verkaufsform Supermarkt.

Vorreiter war hier als lokaler Anbieter die St.Vither Handelsgruppe Schaus. Die Familie betrieb bereits seit 1925 ein Kolonialwarengeschäft im Delhaize-Verbund in dem kleinen Eifelort Born bei Amel. Nachdem man 1955 eine Filiale dieses Geschäfts in St.Vith gegründet hatte, begann die Familie 1964 mit der Eröffnung von Nopri-Franchise-

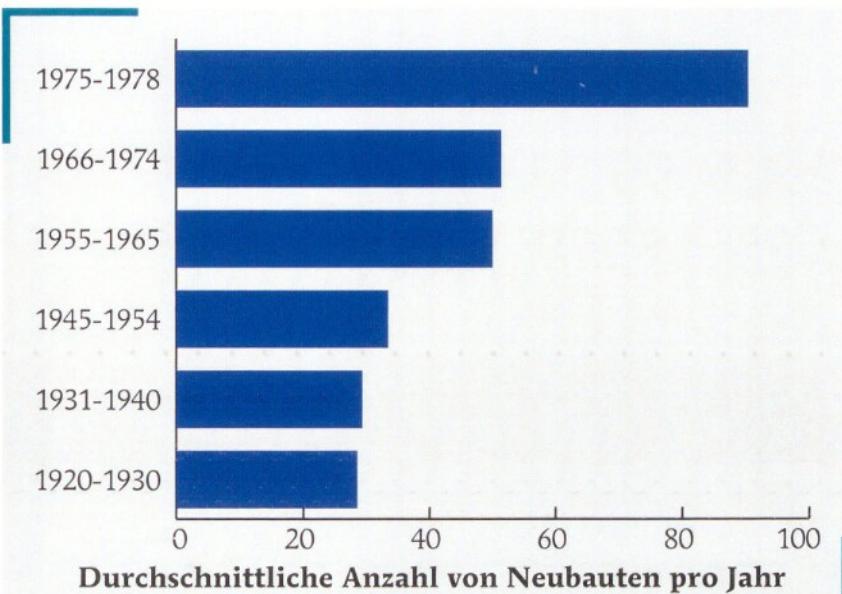


Diagramm 25: Bautätigkeit in der Stadt Eupen zwischen 1920 und 1978²³⁹

Supermärkten in der Eifel und dann auch im Eupener Land. Die St.Vither Niederlassung dieser Kette war nicht nur „das größte Warenhaus der Ostkantone“, sondern verfolgte konsequent das Konzept, unterschiedlichste Einzelhandelsprodukte unter einem Dach anzubieten, wie die Werbung Mitte der 1960er Jahre zeigt.

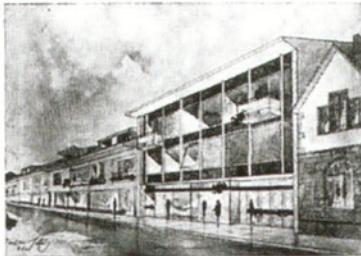
Auch in Eupen wagten Einzelhändler zu Beginn der 1970er Jahre den Schritt zur Modernisierung. So eröffnete die Familie Schoonbroodt, bisher Betreiber eines Lebensmittelgeschäfts, in der Paveestraße einen Supermarkt ohne Franchisebindung. Der Supermarkt Schoonbroodt lockte ab Mai 1970 „mit wahren Discount-Preisen“ und versprach, dass



Auch die öffentliche Hand baut - Neues Rathaus St.Vith (Ende der 1970er Jahre).

NOPRI ST. VITH

Das größte Warenhaus der Ostkantone
Ein Besuch wird auch Sie überzeugen!



Lebensmittel, Obst und Gemüse, Weine und Spirituosen, moderne Metzgerei, Drogerie, Textilien, Haushaltgegenstände, Schreibwaren, Raucherartikel, Lederwaren, Parfümerie, Kurzwaren, Plastik, Spielzeuge usw. usw. usw.

Werbung zur Eröffnung des Nopri Schaus 1964

„jede Hausfrau das Einkaufen als wahres Vergnügen empfinden“ werde²⁴¹.

Im selben Jahr eröffnete die Familie Schaus eine neue Nopri-Filiale in Kelmis, begleitet von einer euphorischen Berichterstattung des Grenz-Echos. Das Blatt schrieb über die Eröffnung:

„Dieser Eröffnungstag übertraf alles bisher Dagewesene, was irgendwie mit

*dem Geschäftsleben der Ortschaft zu tun hatte. Bereits eine Stunde vor der offiziellen Eröffnungszeit setzte ein förmlicher ‚Run‘ in Richtung des großen Kaufhauses ein; der Ansturm der Neugierigen und Kauflustigen nahm [...] solche Formen an, dass mancher umkehren musste, da es schier unmöglich war, in den Supermarkt hineinzukommen.*²⁴²

Eupener GB Super Bazar Center öffnete seine Pforten



Der grosse Komplex des GB Super Bazar Center an der Herbesthaler Strasse

Schlagzeile zur Eröffnung des GB

Doch nicht nur lokale Geschäftsleute erkannten den Trend der Zeit, auch die Antwerpener GB-Gruppe drängte nun auf den ostbelgischen Markt. Im Oktober 1969 begannen die Bauarbeiten an der Herbesthaler Landstraße für ein Großkaufhaus der Handelskette in Eupen. Ganz im Zeichen der Zeit wurde besonders die Autofreundlichkeit des neuen Supermarktes auf der „grünen Wiese“ hervorgehoben: Neben dem GB-Markt entstanden auch ein modernes „Autozentrum“ mit Werkstatt und Waschstraße sowie ein großer Parkplatz mit über 500 Plätzen²⁴³. Im Juli 1971 öffnete das Eupener GB Super Bazar Center seine Pforten²⁴⁴, zuvor war bereits in Malmedy ein solches Super Center entstanden.

Zwar begrüßten die Konsumenten Anfang der 1970er Jahre die neuen Einkaufsmöglichkeiten und die Supermärkte schufen eine nicht zu verachtende Anzahl von Arbeitsplätzen²⁴⁵, jedoch zeigten sich bald auch Schattenseiten der modernen Geschäfte. Allein ihre Dimensionen, etwa des neuen GB in Eupen, untermauerten den Verdrängungswettbewerb gegen kleinere Läden: Mit einer Verkaufsfläche von rund 6.000 Quadratmetern war der Grand Bazar rund 40-mal größer als der Supermarkt Schoonbrodt. Die neuen Märkte, die nun auch anderenorts entstanden, warteten nicht nur mit niedrigen Preisen und einem modernen Einkaufserlebnis auf, sondern boten ihren Kunden zudem umfangreiche Dienstleistungen und machten damit auch anderen Geschäftszweigen Konkurrenz. So verfügten der Kelmiser Nopri und der Eupener GB über moderne Restaurants, ebenfalls im „Self Service“-Betrieb²⁴⁶. An das Großkaufhaus in Eupen waren neben einem SB-Waschsalon auch ein Damen- und



Während kleine Geschäfte (hier in der Eifel ca. 1955) den Einzelhandel bis in die 1960er Jahre prägen ...

ein Herrenfriseur angeschlossen. Die Nopri-Märkte boten zu dieser Zeit zudem einen Lieferservice frei Haus an.

So verwundert es nicht, dass die öffentliche Meinung über das zweite Eupener Großkaufhaus, die 1984 eröffnete Delhaize-Filiale an der Aachener Straße, bereits sehr viel differenzierter ausfiel. Nicht nur der Abriss des ehemaligen Kurhotels, auf dessen Gelände der Markt entstand, sorgte für Protest, sondern insbesondere kleinere Einzelhändler befürchteten durch einen weiteren großen Supermarkt in der Stadt eine endgültig ruinöse Konkurrenz. Zwischenzeitlich hatte 1975 ein Nopri und 1982 ein Aldi in Eupen eröffnet²⁴⁷. Der damalige Eupener Bürgermeister Fred Evers betonte jedoch, trotz der nun kritischen Stimmung: „Ein Projekt, das 40-50 Arbeitsplätze in Aussicht stellt, können wir nicht einfach abschießen.“²⁴⁸ Im Mai 1984 wurde schließlich der Delhaize eröffnet und erneut spielten sich, wie 1973 in Kelmis, tumultartige Szenen ab, als begeisterte Kunden die Filiale stürmten²⁴⁹.

Neue Finanzdienstleistungen

Auch in anderen Dienstleistungsbereichen war der Modernisierungstrend der 60er und 70er nicht aufzuhalten. Als Beispiel für die tiefgreifenden Veränderungen, die heute selbstverständlich sind, in der damaligen Zeit aber revolutionären Charakter hatten, sei noch kurz ein Blick auf den Banken- und Versicherungssektor geworfen. In den 1950er Jahren war es noch üblich, das Einkommen wöchentlich in der sprichwörtlichen Lohntüte nach Hause zu tragen. Nun lösten Gehaltskonten auch für einfache Arbeiter und Angestellte diese Praxis nach und nach ab und eröffneten auch den ostbel-

gischen Konsumenten den Zugang zu neuen Finanzdienstleistungen.

Bargeldloses Zahlen mit Schecks fand in den 1960er Jahren immer weitere Verbreitung. Einen Meilenstein für die grenznahe Region bedeutete 1969 die Einführung des sogenannten Eurocheques, der problemlos auch in der Bundesrepublik und den Niederlanden eingesetzt werden konnte. Kombiniert wurden die Schecks mit den ersten Bankkarten. Mit diesen konnten beispielweise Kunden der Banque de Bruxelles 1969 die ersten belgischen Bankomaten nutzen. In großen Anzeigen klärte das Kreditinstitut seine Kunden über die neue Technik auf:



...beginnt um 1970 auch in der Region der Siegeszug des Supermarkts (hier der GB Eupen).

„Bankomat: dies ist ein Geldautomat, der 1 bis 5 Tausender, nach Einführung einer persönlichen Lochkarte abgibt. Die ganze Woche, tag und nacht [sic!]. Jeder Kunde der Banque de Bruxelles erhält eine Bankomatkarte umsonst.“²⁵⁰

Freilich standen diese neumodischen Geräte Ende der 1960er Jahre noch weit entfernt. Zunächst wurden sie in Brüssel, Lüttich und Charleroi aufgestellt. Vor Ort waren den Kunden hingegen die neuen Möglichkeiten des Dauerauftrags und des Dispositionskredits zugänglich. Insgesamt kamen Konsumentenkredite zur Finanzierung langlebiger Konsumgüter, etwa von Waschmaschinen und Autos, nun immer mehr in Mode; zumindest bei jüngeren und dem Fortschritt aufgeschlossenen Kunden. Dass aber nicht alle Ostbelger diesen neuen Trends sofort folgten, zeigt eine große Kampagne der Banque de Bruxelles aus dem Jahr 1973. Die Bank fragte rhetorisch: „Hauptsache, der Betrieb zahlt, gleichgültig wie, nicht wahr?“ Die Antwort lautete:

„Nicht wahr. Von allen Tüten ist die Lohntüte wohl die sympathischste. Aber es gibt andere, zeitgemäßere und einfachere Möglichkeiten, die Löhne und Gehälter zu zahlen. [...] Wenn Sie sich dazu entschließen, ein Konto bei uns zu eröffnen, dann ist Ihr Geld in Sicherheit, stets zu Ihrer Verfügung. Auch wenn Sie am Zahltag krank oder abwesend sind.“²⁵¹

Und natürlich verband das Unternehmen diesen Service mit den Möglichkeiten, andere Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen:

„Wir können für Sie die regelmäßige anfallenden Zahlungen [...] übernehmen; Spezialisten werden



Filiale der Banque Brüssel Lambert in St. Vith

Sie beraten [...] [und] [w]enn Sie ein Darlehen oder eine Finanzierung möchten, [...] dann wird die Angelegenheit einfach und freundschaftlich geregelt.“²⁵²

Obwohl also auch Anfang der 1970er noch manch ein Arbeitnehmer in den Ostkantonen seinen Lohn lieber direkt vom Arbeitgeber annahm, vervielfachte sich die Anzahl von Bankfilialen und auch Versicherungszweigstellen in der Region – die stetig steigenden Einkommen ließen den Wunsch nach Absicherung des Besitzes steigen. Damit fand der allgemeine Modernisierungstrend der „Golden Sixties“ auch in diesem Bereich seinen Niederschlag im deutschsprachigen Belgien.

Wandel, Umgestaltung und langfristige Strukturen

Die vorangegangene Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklungen in Ostbelgien zwischen 1945 und 1973, so kuriosisch sie auch bleiben musste, hat folgende grundsätzliche Trends

aufgezeigt. Eine einheitliche wirtschaftliche Entwicklung im Gebiet der heutigen Deutschsprachigen Gemeinschaft vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Einsetzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft 1973 ist nicht festzustellen. Zu unterschiedlich waren die strukturellen Voraussetzungen, mit denen der nördliche Raum um Eupen und der südliche Raum um Malmedy und St. Vith in die Nachkriegszeit starteten. In Eupen stand die starke milcherzeugende Landwirtschaft bereits vor dem Krieg modernen industriellen Arbeitsplätzen gegenüber. In den südlichen Kantonen bildete einzig die Stadt Malmedy mit ihrer Papier-, Leder- und Holzindustrie eine Beschäftigungsalternative zur Landwirtschaft. Diese Grundstruktur änderte sich erst zu Beginn der 1970er Jahre, als mit der Ansiedlung von Unternehmen in der Industriezone St. Vith versucht wurde, alternative Beschäftigungs- und Wertschöpfungsmöglichkeiten für das südliche deutschsprachige Gebiet zu schaffen – ein Vorhaben, das trotz Anlaufschwierigkeiten am Vorabend der Kulturobernahme bereits erste Erfolge zu zeigen begann.

Endnoten

- 1 Zur regionalen Wirtschaftsgeschichte nach 1945 liegen nur wenige Arbeiten vor. Diese sind in der Regel populärwissenschaftlich oder es handelt sich um Festschriften: Vgl. u. a. Gerd Kleu, *Die Neuordnung der Ostkantone 1945-1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St.Vith*, Essen 2007; IHK Eupen (Hrsg.), *150 Jahre Industrie- und Handelskammer Eupen*, Eupen 1954; Walter Kaefer, *L'industrie du Papier à Malmedy. Notices historiques et propos anecdotiques*, Malmedy 1971; Züchtervereinigung von Büllingen – Malmedy und St.Vith (Hrsg.), *Geschichte der Landwirtschaft unserer Heimat*, St.Vith 1976; IHK zu Eupen umfassend die Kantone Eupen, Malmedy und St.Vith, 1804-1979, Eupen 1979; als Abschlussarbeiten sind zu erwähnen: Hans Piana, *Evolution Economique du Canton d'Eupen. Description et évolution démographiques Agriculture, Mémoire/Licencié*, Katholische Universität Löwen 1953; Gernot Kriescher, *Problèmes économiques du Canton d'Eupen, Mémoire/Licencié*, Katholische Universität Löwen 1964; Gerd Lentz, *Problèmes économiques du canton de St Vith, Mémoire/Licencié*, Katholische Universität Löwen 1970. Die allgemeine belgische Wirtschaftsentwicklung ist hingegen sehr viel besser erforscht. Einen Überblick über die Forschung geben Jan Blomme/Peter Scholliers, *De economische geschiedenis van België tijdens de nieuwste tijd: Onderzoektrends in de jaren tachtig*, in: NEHA Bulletin 7 (1993), S. 120-148.
- 2 Als Quellen dienen insbesondere die jährlichen und zehnjährlichen Berichte des Beigeordneten Bezirkskommissars für Eupen-Malmedy-St.Vith, Henri Hoen, Artikel aus dem *Grenz-Echo*, Berichte der Industrie- und Handelskammer Eupen sowie zeitgenössische Publikationen. Einzelne Archive, etwa das des Bauernbundes in Löwen oder einzelner Unternehmen, konnten nicht umfassend ausgewertet werden.
- 3 An dieser Stelle sei denjenigen Personen herzlich gedankt, die die Realisierung dieses Beitrages möglich machten. Die Mitarbeiter des Lehr- und Forschungsgebiets Wirtschafts-, Sozial- und Technologiegeschichte der RWTH Aachen (Univ.-Prof. Dr. Paul Thomes), insbesondere Anna Hissel, Daniel Pichl und Michelle Abbas, haben die Textentstehung kritisch begleitet und das Manuskript redigiert. Mathias Mutz sei für seine Expertise im Agrarsektor gedankt. Die Mitarbeiter des Staatsarchivs Eupen, insbesondere Els Herrebout und René Rohrkamp, haben alles ihnen Mögliche für die Bereitstellung von Quellen getan. Unterstützung in Form von Auskünften, Daten und Quellen haben folgende Institutionen und Einzelpersonen geleistet: Der Bauernbund in St.Vith (Ilona Benker), die IHK Eupen (Volker Klinges), die Mittelstandsvereinigung Eupen (Marianne Bach), die Firma nmc (Yves Noël), das Arbeitsamt der DG (Christiane Lentz und Bernd Johanns), der Geschichts- und Museumsverein zwischen Venn und Schneifel in St.Vith (Klaus-Dieter Klauser und Guido Leufgen), das Beigeordneten Bezirkskommissariat/Zentrale Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy (Paul Jost), die fédérale Direction générale Statistique et Information économique – Centre de Liège sowie das Studiecentrum voor Kernenergie in Mol.
- 4 Vgl. zu dieser Phase des „Belgischen Wirtschaftswunders“: Fernand Baudhuin, *Histoire économique de la Belgique. 1945-1956*, Brüssel 1958, passim; Johan de Vries, *Die Benelux-Länder 1920-1970*, in: Carlo M. Cipolla/Knut Borchardt, *Die europäischen Volkswirtschaften im 20. Jahrhundert (= Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 5)*, Stuttgart u. a. 1986, S. 1-46, hier S. 18-21; Vincent Dujardin/Mark Van den Wijngaert, *La Belgique sans roi (= Nouvelle Histoire de Belgique 1940-1950)*, Brüssel 2010, S. 119-131.
- 5 Zahlen bei Charles P. Kindleberger, *Belgium after World War II. An Experiment in Supply Side Economics*, in: Alfred Steinherr/Daniel Weisbrod (Hrsg.), *Employment and Groth: Issues for the 1980s*, Den Haag 1987, S. 167-184, hier S. 174.
- 6 Vgl. ebd.
- 7 Vgl. ebd.
- 8 Die belgische Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg diskutiert Kindleberger, *Belgium*.
- 9 Vgl. Dujardin/Van den Wijngaert, *Belgique sans roi*, S. 119-131.
- 10 Vgl. ebd., S. 128-131. Eine Übersicht der einzelnen Maßnahmen der Sozialgesetzgebung vom 28. Dezember 1944 bietet: Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit, Dokumente der Geschichte Belgiens. Bd. II – Belgien der Neuzeit von 1830 bis heute (= Sammlung „Ideen und Studien“, Nr. 109), Brüssel 1978, S. 408.
- 11 Eigene Übersetzung aus dem Französischen: „C'est le gouvernement qui, sous la pression des syndicats, adapte la rémunération du travail au coût de la vie. La législation nouvelle et les conventions collectives établies en commissions paritaires permirent de hausser les salaires belges à un niveau élevé, comparativement à ceux d'autres pays européens.“ Georges-Henri Dumont, *Histoire de la Belgique 1830-2004*, Brüssel 2010, S. 160.
- 12 Vgl. Dujardin/Van den Wijngaert, *Belgique sans roi*, S. 124ff. Vgl. Zur Bedeutung des Marshallplans für Belgien insbesondere: Ginette Kurgan-van Hentenryk, *La Belgique et le plan Marshall ou les paradoxes des relations belgo-américaines*, in: *Revue Belge de Philologie et d'Histoire*, Bd. 71 (1993), S. 290-453; Isabelle Cassiers, *Du „Miracle Belge“ à la Croissance Lente: L'Impact du Plan Marshall et de l'Union Européenne des Paiments*, in: *Historiens de l'Europe Contemporaine*, Vol. 9, Nr. 1-2 (1994), S. 3-28.
- 13 Vgl. Alexandre Lamfalussy, *Investment and Groth in Mature Economies. The Case of Belgium*, London u. a. 1961, S. 3-34; Robert Vandepitte, *Economische Geschiedenis van Belgie 1944-1984*, Tielt 1985, S. 24-41.
- 14 Zur politischen Entwicklung vgl. Zahlen bei Vincent Dujardin/Michel Dumoulin, *L'union fait-elle toujours la force? (= Nouvelle Histoire de Belgique 1950-1970)*, Brüssel 2008, S. 11-104.
- 15 Zur Entwicklung der belgischen Landwirtschaft nach dem Krieg vgl. Jan Blomme, *The Economic Development of Belgian Agriculture 1880-1980. A Quantitative and Qualitative Analysis*, Löwen 1983, passim.
- 16 Vgl. zur Entwicklung der Wirtschaft in den sogenannten „Silver Fifties“: Vandepitte, *Economische Geschiedenis*, S. 43-64.
- 17 Vgl. Vandepitte, *Economische Geschiedenis*, S. 67-124.
- 18 Vgl. Der Pavillon der Schokoladenfabrik Jacques, Eupen auf der Brüsseler Weltausstellung, in: *Grenz-Echo*, 7.5.1958, S. 3; Zum Wochenende: 15 Monate vor Beginn der Brüsseler Weltausstellung 1958, in: *Grenz-Echo*, 12.1.1957, S. 1.
- 19 Zahlen bei Vincent Dujardin/Michel Dumoulin, *L'union fait-elle toujours la force? (= Nouvelle Histoire de Belgique 1950-1970)*, Brüssel 2008, S. 145.
- 20 Daten bei: Mitchell, *Historical Statistics*, S. 182.

- 21 Dujardin/Dumoulin, union, S. 145.
- 22 Vgl. Vandeputte, Economische Geschiedenis, S. 67-90.
- 23 Vgl. Dujardin/Dumoulin, union, S. 149f. Vgl. auch Jan Sanders/Paul Thomas, Die Wirtschaft, in: Johannes Koll (Hrsg.), Belgien. Geschichte - Politik - Kultur - Wirtschaft, Münster 2007, S. 106-116.
- 24 Vgl. Dujardin/Dumoulin, union, S. 147-152.
- 25 Vgl. ebd.
- 26 Zitiert nach Dujardin/Dumoulin, union, S. 146.
- 27 Schuldenstand Belgiens nach Dujardin/Dumoulin, union, S. 152. Die Schulden des Bundes in Deutschland betrugen 1969 rund 48 Milliarden DM, was beim damaligen Wechselkurs von ca. 13 BEF zu 1 DEM rund 624 Milliarden Franken entsprach. Allerdings hatten sowohl die Bundesländer als auch die Gemeinden in Deutschland jeweils Schulden in etwa derselben Höhe. Westdeutschland insgesamt wies damit eine Schuldenquote von ca. 25 Prozent im Vergleich zum Königreich von 50 Prozent auf. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1970, Wiesbaden 1971, S. 384, 490.
- 28 Vgl. hierzu: Marnix Beyen/Philippe Destatte, Un autre Pays (= Nouvelle Histoire de Belgique 1970-2000), Brüssel 2009, S. 50-57.
- 29 Daten bei Mitchell, Statistics, S. 67.
- 30 Vgl. einführend zur belgischen Wirtschaftspolitik dieser Zeit, die sich bis in die 1980er Jahre fortsetzte: Vandeputte, Economische Geschiedenis, S. 125-119.
- 31 Vgl. Commissariat d'Arrondissement Eupen-Malmedy-Saint-Vith, Rapport Annuel, Exercice 1946, Malmedy [1947], S. 81.
- 32 Vgl. für die Entwicklung der Landwirtschaft vor 1945 im Eupener Raum, umfassend und mit einer Vielzahl von Details: Liselotte Timmermann, Das Eupener Land und seine Grünlandwirtschaft (= Bonner Geographische Abhandlungen, Bd. 5), Bonn 1951, passim.
- 33 Vgl. IHK, 150 Jahre, S. 8-25; Hans-Joachim von Schumann, Die Wirtschaft der neuen großdeutschen Gebiete. Teil 1: Der Westen - Elsaß, Lothringen, Luxemburg und Eupen-Malmedy-St.Vith (= Wirtschaftsschlaglichter, Bd. 4), Bad Oeynhausen 1942, S. 82-90. Eine kurze ökonomische Charakterisierung des Gebiets in der Zwischenkriegszeit bietet auch Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteipolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. 76 (1964), S. 206-515, hier S. 308-314.
- 34 Eigene Berechnungen. Grundzahlen: Institut National de Statistique (Hrsg.), Recensement agriculture 1950, Bd. 2, S. 242-249.
- 35 Die Wirkungsgeschichte dieser Organisation in Eupen-Malmedy ist bisher nur oberflächlich erforscht. Vgl. grundsätzlich zum Reichsnährstand: Horst Gies, Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.), Der „Führerstaat“. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches (= Veröffentlichung des Deutschen Historischen Instituts London. Bd. 8). Stuttgart 1981, S. 270-303.
- 36 Vgl. Gustavo Corni/Horst Gies, „Blut und Boden“. Rassenideologie und Agrarpolitik im Staate Hitlers, Idstein 1994.
- 37 Dieses Kraftfutter ließ die Milchleistung der Kühe stark ansteigen. Es handelte sich vor allem um Palmkernkuchen, Kokoskuchen, Sojaschrot und Erdnussmehl. Vgl. Timmermann, Grünlandwirtschaft, S. 31.
- 38 Vgl. Martin R. Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedervereinigung Eupen-Malmedys im zweiten Weltkrieg, 2. Auflage Bern u. a. 1978, S. 176ff.
- 39 Vgl. Commissariat d'Arrondissement Eupen-Malmedy-Saint-Vith, Rapport Annuel, Exercice 1948, Malmedy [1949].
- 40 Vgl. Heinrich Cremer, 150 Jahre landwirtschaftliche Vereine und Genossenschaften in Eupen-Malmedy-St.Vith, Eupen 1994, S. 97-316; zur Bedeutung des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Malmedy als bedeutende „prodeutsche“ Organisation der Zwischenkriegszeit: Pabst, Eupen-Malmedy, S. 376-379.
- 41 Hubert Cormann war 1940 nach Löwen geflüchtet, wo er als Angestellter den Krieg überstand. Nach seiner Rückkehr 1944 passte er seinen Namen an und schrieb sich vorübergehend mit einem „n“.
- 42 Vgl. Cremer, Vereine und Genossenschaften, S. 317-325.
- 43 Vgl. ebd., S. 344.
- 44 Vgl. ebd., S. 325-329.
- 45 Vgl. ebd., S. 327-331.
- 46 Vgl. ebd., S. 331-356.
- 47 Vgl. beispielsweise: Die Generalversammlung der Bauerngilden der Ostkantone. Eine erfreuliche und ermutigende Bilanz, in: Grenz-Echo, 29.9.1948, S. 5; Die Generalversammlung der Bauerngilden in den Ostkantonen, 12.10.1949, S. 5; Die Generalversammlung des Belg. Boerenbond in St.Vith. Ein aufschlussreicher und vielseitiger Tätigkeitsbericht, in: Grenz-Echo, 17.10.1950, S. 3.; Die grosse Bauerntagung des Boerenbonds der Ostkantone in Eupen, 24.10.1955
- 48 Zahlen zu den Betrieben und Beschäftigten nach Volkszählung 1950 zitiert nach Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1955, S. 59. Mitgliederzahl zitiert nach: Die Generalversammlung des Belg. Boerenbond in St.Vith. Ein aufschlussreicher und vielseitiger Tätigkeitsbericht, in: Grenz-Echo, 17.10.1950, S. 3. Die genaue Anzahl der Landwirte bleibt jedoch unklar. Im Jahr 1952 wurde sie im Grenz-Echo mit rund 8.300 angegeben; vgl. Die Ostkantone in der Statistik, in: Grenz-Echo, 22.2.1952, S. 4.
- 49 Vgl. Die grosse Bauerntagung des Boerenbonds der Ostkantone in Eupen, 24.10.1955, S. 5.
- 50 Zahlen nach Cremer, Vereine und Genossenschaften, S. 359f. Die Zahlen entstammen den Grenz-Echo-Berichten über die alle zwei Jahre stattfindenden Generalversammlungen. In Berichten späterer Jahre wurden keine konkreten Zahlen mehr genannt. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die Zahl der angeschlossenen Mitglieder bei etwa 2.500 konstant blieb. Cremer weist zudem darauf hin, dass der Rückgang 1957 darauf zurückzuführen ist, dass die Molkerei Walhorn die Bauernbundbeiträge nicht mehr unabhängig von der tatsächlichen Mitgliedschaft in einer Gilde von den Milchgeldern abzog. Bauern, die austraten, konnten diesen Abzug ab 1956 sparen. Vgl. Vereine und Genossenschaften, S. 360.
- 51 Stark besuchte Generalversammlung des belgischen Boerenbond in Eupen, in: Grenz-Echo, 30.11.1959, S. 3.
- 52 Vgl. hierzu beispielsweise: Landwirtschaftsministerium: Appell an die landw. Jugend! Winterschulen 1950-51, in: Grenz-Echo, 6.9.1950, S. 4.
- 53 Vgl. Die Malmedyer Ex-Bauernschaftsführer vor dem Kriegsgericht. Im Anfang war der LVM, in: Grenz-Echo, 20.1.1947, S. 5.
- 54 Vgl. u. a. Vor dem Eupener Kriegsgericht. Eine verwinkelte Geschichte, in: Grenz-Echo, 20.2.1947, S. 3. Vor dem Kriegsgericht in Verviers, in: Grenz-Echo, 24.4.1947, S. 3.
- 55 Vgl. Quer durch Eupen, Malmedy, St.Vith, in: Grenz-Echo, 27.2.1947, S. 3.
- 56 Vgl. Vor dem Eupener Kriegsgericht, in: Grenz-Echo, 17.5.1947, S. 3.
- 57 Vgl. Schärer, Annexionspolitik, S. 177.

- 58 So waren beide Kreisbauernführer, die 1940 eingesetzt wurden, kommissarisch agierende Funktionäre aus den Nachbarkreisen: Für Malmedy war der Krausbauernführer Fink aus Monschau, für Eupen Kreisbauernführer Birken aus Aachen eingesetzt worden. Vgl. Schärer, Annexionspolitik, S. 176.
- 59 Als typisch kann die Aussage im Grenz-Echo über den Prozess gegen den Ortsbauernführer von Hauseit gelten. Dort hieß es: F. L. „wird gleich [nach dem Einmarsch der Deutschen] Ortsbauernführer, soll jedoch dabei ein anständiges Benehmen an den Tag gelegt haben. [...] Über die Tätigkeit F. L. als Bauernführer ist – außer der grundsätzlichen Frage – nicht viel Nachteiliges zu sagen.“ Vor dem Eupener Kriegsgericht, in: Grenz-Echo, 23.5.1946, S. 3.
- 60 Vgl. Der Bauernbund und die Ostkantone, Selbstdarstellung des Bauernbundes auf <http://www.bauernbund.be/Uber-uns/Geschichte> (Zugriff am 12. Februar 2013).
- 61 Vgl. dazu grundsätzlich Carlo Lejeune, Die Säuberung, 3 Bde., St.Vith 2005ff.
- 62 Eigene Berechnungen. Grundzahlen: Commissariat d'Arrondissement Eupen-Malmedy-Saint-Vith, Rapport Annuel, Exercice 1947, Malmedy [1948], o. S.
- 63 Die Kreditkassen des Bauernbundes bewilligten als „Vorschüsse auf Kriegsschäden“ in Eupen bis 1948 Kredite für rund 1,1 Millionen Franken, in Malmedy-St.Vith rund zwei Millionen Franken, wobei die größte Nachfrage im Jahr 1947 bestand (1,3 Millionen BEF). Vgl. Die Generalversammlung der Bauerngilden der Ostkantone. Eine erfreuliche und ermutigende Bilanz, in: Grenz-Echo, 22.9.1948, S. 5.
- 64 Ein Appell an den Wiederaufbauminister, in: Grenz-Echo, 17.10.1950, S. 6. Die Geschichte der Kriegsschädenregulierung kann hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden. Auch sie stellt ein Forschungsdesiderat dar. Vgl. zum Beispiel: Die Erklärung der Kriegsschäden, in: Grenz-Echo, 25.10.1945, S. 1; Die Wiedergutmachung der Kriegsschäden, in: Grenz-Echo, 12.12.1947, S. 5; Die Wiedergutmachung der Kriegsschäden, in: Grenz-Echo, 21.01.1948, S. 3; Das Sinistriertenproblem in den Ostkantonen, in: Grenz-Echo, 17.3.1951, S. 1; Die Frage der Kriegsschäden, in: Grenz-Echo, 26.3.1954, S. 3; Fortsetzung der Kriegsschäden Diskussion in der Kammerkommission für öffentliche Arbeiten, in: Grenz-Echo, 10.4.1963, S. 1; Sondergesetz über Kriegsschäden für die Ostkantone in zweiter Lesung angenommen, in: Grenz-Echo, 11.3.1965, S. 1.
- 65 Zur Geschichte des Schmuggels in der Region liegt die populärwissenschaftliche Studie Wolfgang Trees, Schmuggler, Zöllner und die Kaffeepanzer. Die wilden Nachkriegsjahre an der deutschen Westgrenze. Wie es damals war, Aachen 2002 vor. Das Thema bedarf dringend einer kritischen Studie aus regionaler Perspektive. Erste interessante Einblicke bietet der Zeitzeugenband Jac van den Boogard u. a. (Hrsg.), Grenzkontrolle; Grenscontrole. Aachen, Eupen, Maastricht/Oral Histories, Remscheid 2008. Vgl. auch: Zunehmende Schmuggeltätigkeit, in: Grenz-Echo, 12.4.1947, S. 3.; Schmuggel und Schiebungen im Aachener Grenzbezirk, in: Grenz-Echo, 16.2.1948, S. 3; Zunehmende Schmuggeltätigkeit, in: Grenz-Echo, 12.4.1947, S. 3.
- 66 Eigene Übersetzung aus dem Französischen: „La guerre a exercé ses dévastations, mais l'agriculture en a indirectement bénéficié dans une certaine mesure. Maintes mesures que l'on ne pourrait plus qualifier à notre époque de bâtiments agricoles ont déjà été transformées en bâtiments modernes rationnels construits souvent selon les critères prévus par le Ministère de l'Agriculture.“ Commissariat d'Arrondissement Eupen-Malmedy-Saint-Vith, Rapport decennal, Exercice 1945-1975, Malmedy [1976], S. 71.
- 67 Diese Themen wurden auch breit in der ostbelgischen Landwirtschaft diskutiert. Vgl. beispielsweise: Preis- und Produktionsprobleme der ostbelgischen Landwirtschaft. Ausgezeichnete Referate auf der grossen St.Vither Bauerntagung, in: Grenz-Echo, 13.10.1950, S. 3.
- 68 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1946, S. 68.
- 69 Vgl. ebd., S. 69ff.
- 70 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1951, S. 90f.
- 71 Vgl. zum Gesamtkomplex: Christoph Brüll, Belgien in Nachkriegsdeutschland. Besatzung, Annäherung, Ausgleich 1944-1958, Essen 2008. Vgl. auch: Die neue Regierungsvorlage über die Liquidierung der deutschen Sequesterguthaben, in: Grenz-Echo, 27.11.1950, S. 1.
- 72 Vgl. Milch- und Butterversorgungsprobleme in den Ostkantonen, in: Grenz-Echo, 24.10.1948, S. 6.
- 73 Vgl. Genossenschaftsmolkerei „Paturages de l'Est“ in Eupen-Nispert gegründet, in: Grenz-Echo, 6.3.1948, S. 4.
- 74 Vgl. Milch- und Butterversorgungsprobleme in den Ostkantonen, in: Grenz-Echo, 24.10.1948, S. 6.
- 75 Vgl. Milch- und Butterversorgungsprobleme in den Ostkantonen, in: Grenz-Echo, 24.10.1948, S. 6.
- 76 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1947, Teil II, S. 10.
- 77 Vgl. die ausführliche Stellungnahme Hoens zu dieser Frage in Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1948, S. 52ff.
- 78 Eigene Übersetzung aus dem Französischen: „Quoi qu'il en soit, les centres laitiers [...] provoqueront un essor économique dans les Cantons de l'Est, dont les contrées ont été si rudement atteintes par la guerre. Si ce projet est réalisé de façon rationnelle, ces ,Créations' stabiliseront davantage la politique d'assimilation dans le Cantons.“ Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1948, S. 55.
- 79 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1950, S. 86.
- 80 Später umbenannt in: ...du pays de Malmedy-Vielsam.
- 81 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1949, S. 65. ; Vgl. Auch Generalversammlung der „Laiterie Intercommunale du Pays de Malmédy“ in Malmedy, in: Grenz-Echo, 24.5.1952, S. 5.
- 82 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1953, S. 65. Einen ausführlichen Bericht zur Einweihung brachte das Grenz-Echo. Vgl. Feierliche Einweihung der hochmodernen Molkerei Malmedy in Anwesenheit des Innenministers, in: Grenz-Echo, 6.7.1953, S. 4.
- 83 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1952, S. 126 und Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1950, S. 85.
- 84 Eigene Übersetzung aus dem Französischen: „En résumé, on observe que l'animaliculture [...] constitue la pierre angulaire de l'agriculture des trois Cantons. La valeur des productions animales y atteint annuellement le demi-milliard de Frs. Elle présente un intérêt économique très certain, car, tirant l'essentiel de ses besoins du sol lui-même, elle utilise abondamment la main-d'œuvre familiale, ne réclame que très peu d'importation mais est au contraire la source d'une exportation intense vers les centres consommateurs du Pays.“ Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1955, S. 65.
- 85 Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1965, S. 72.
- 86 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1965, S. 108.
- 87 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1965, S. 108.

- 88 Eigene Darstellung. Daten für 1938 und 1960: Frans Sterckx, Knappe Erträge, Knappe Preise, in: *Der Bauer*, 63. Jg. Nr. 3 (1990), S. 34; Daten für 1973 und daraus errechnet für 1963: Züchtervereinigungen von Büllingen, Malmedy und St.Vith, Geschichte der Landwirtschaft, 1976, S. 40; Werte für 1930, 1940 und 1942 bei Timmermann, Grünlandwirtschaft, S. 45 und S. 34. Die Angaben dieser Jahre beziehen sich nur auf den Kreis Eupen.
- 89 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1965, S. 108, S. 109.
- 90 Eigene Berechnungen nach Institut National de Statistique, Recensement Général de l'Agriculture de 1950, Bd. 1, Brüssel 1953, S. 104f., und Institut National de Statistique, Recensement Général de l'Agriculture et des Forêts de 1959, Bd. 7, Brüssel 1963, S. 44.
- 91 Eigene Darstellung; eigene Berechnungen. Quellen der Grundzahlen: ebd.
- 92 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1955, S. 110f.
- 93 Vgl. ebd., S. 110.
- 94 Von der Malmedyer Landwirtschaft, in: *Grenz-Echo*, 12.5.1951, S. 5.
- 95 Der landwirtschaftliche Fortschritt der Ostkantone, in: *Grenz-Echo*, 6.9.1955, S. 3.
- 96 Technikbegeisterte Jugend, in: *Grenz-Echo*, 31.10.1966, S. 7.
- 97 Zahlen bei Lentz, *Problèmes*, S. 129.
- 98 Eigene Berechnung nach Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1955, S. 65.
- 99 Zahlen bei Lentz, *Problèmes*, S. 129.
- 100 Peter Gieretz, Die Entwicklung der Landwirtschaft in der St.Vither Gegend, in: Bernhard Willems (Hrsg.), *Jahrbuch Eupen Malmedy St.Vith für Geschichte, Wirtschaft und Kultur*, Bad Godesberg 1967, S. 58-63, hier S. 61.
- 101 Vgl. zur Europäisierung der Landwirtschaftspolitik, wenngleich aus deutscher Perspektive: Kiran Klaus Patel, *Europäisierung wider Willen: Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG, 1955-1973*, München 2009.
- 102 Die Ausbildung der künftigen landwirtschaftlichen Betriebsleiter, in: *Grenz-Echo*, 11.11.1967, S. 8.
- 103 Vgl. Die Maschinen im modernen Grünlandbetrieb, in: *Grenz-Echo*, 11.11.1967, S. 8.
- 104 Eigenes Grünfutter ist wichtig für den Erfolg, in: *Grenz-Echo*, 14.5.1966, S. 7.
- 105 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1975, S. 74.
- 106 Eigene Übersetzung aus dem Französischen: „La collaboration précieuse des techniciens – ingénieur agronome et conseiller de zootechnie – a permis de doter la région Sud sinistrée de fermes modernes assurant un nouvel essor de l'économie rurale. La conversion de l'agriculture [...] conditionne pour une bonne part l'avenir des laiteries qui elles-mêmes, par l'absorption assuré des produits de la ferme, sont garantes de la réussite de la modernisation des installations agricoles par un système d'investissements favorisés.“ Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1975, S. 72.
- 107 Vgl. beispielsweise Grossartiger Erfolg der Wanderausstellung der Herdbuchvereine Büllingen, Malmedy und St.Vith, in: *Grenz-Echo*, 6.9.1955, S. 3.
- 108 Vgl. Cremer, Vereine und Genossenschaften, S. 362f.
- 109 Von „Wissen oder Untergehen“. Ausbildung Gestern und Heute, in: *Der Bauer*, Nr. 3 (1990), S. 31f., hier S. 32.
- 110 Vgl. ebd.
- 111 Vgl. Cremer, Vereine und Genossenschaften, S. 362
- 112 Zahlen bei Commissariat d'Arrondissement, Exercice, S. 72.
- 113 Aufbereitete Zahlen bei Lentz, *Problèmes*, S. 124f.
- 114 Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1955, S. 110f.
- 115 Zahlen für 2011: Direction générale Statistique et Information économique, Enquête agricole 2011, Tableau B-2 – liste réduite de variables : résultats par commune, online abrufbar auf <http://statbel.fgov.be> (Zugriff am 12.2.2013).
- 116 Vgl. zu diesen Aspekten: Die Wirtschaft der Ostkantone nach dem Zweiten Weltkrieg 1944-1955 (L'économie des Cantons de l'Est après la Seconde Guerre mondiale 1944-1955), in: *Actes du Congrès de Liège 2012*, hrsg. von der Association des Cercles Francophones d'Histoire et d'Archéologie de Belgique, Lüttich [erscheint 2013].
- 117 Vgl. hierzu beispielhaft: Das Protest-schreiben der Bürgermeister der Kantone Malmedy und St.Vith an den Prinzregenten, in: *Grenz-Echo*, 6.2.1950, S. 3.
- 118 Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1946, S. 84.
- 119 Vgl. Kurzdarstellung der Geschichte des Unternehmens auf http://www.kalscheuer.be/about_us.aspx (Zugriff am 20.09.2012).
- 120 Peter M. Quadflieg, Vgl. Ostbelgische Elitenkontinuität in der Industrie? Wirtschaftliche Anpassungsprozesse vor und nach der Befreiung 1944 – Eine Bestandsaufnahme, in: Christoph Brüll/Els Herrebout/Peter M. Quadflieg (Hrsg.), *Eine ostbelgische Stunde Null?* Eliten aus Eupen und Malmedy vor und nach 1944, Brüssel 2013, S. 115-134.
- 121 Vgl. Centre d'études et de documentation guerre et société contemporaine/ Studie- en Documentatiecentrum Oorlog en Hedendaagse Maatschappij Brüssel (künftig: CEGES/SOMA), AA 1882 Z 238-9, Ville d'Eupen, Ordonnance de police, 8.10.1945.
- 122 Vgl. CEGES/SOMA, AA 1882 Z 238-9, Ville d'Eupen, Ordonnance de police, 22.10.1945.
- 123 Eigene Übersetzung aus dem Französischen. CEGES/SOMA, AA 1882 Z 238-9, Substitut Trousse an Auditeur Militaire de Verviers, 14.1.1946, S. 1.
- 124 Eigene Übersetzung aus dem Französischen, ebd.
- 125 Quelle: CEGES/SOMA, AA 1882 Z 238-9, Auditorat Militaire Eupen an Auditeur Militaire Verviers, 14.1.1946, S. 1.
- 126 Eigene Übersetzung aus dem Französischen, ebd., S. 2.
- 127 Vgl. zu diesem Komplex: Peter M. Quadflieg, Ostbelgische Elitenkontinuität, S. 115-134.
- 128 Eigene Übersetzung aus dem Französischen. CEGES SOMA AA 326 JB 53-6, Bericht „Justice Militaire“, Typoscript, 1.10.1946, im Nachlass des Substituts Gillissen, S. 63.
- 129 Vgl. zur folgenden Darstellung der Prozesse die bereits genannten Akten im CEGES/SOMA und die folgenden Artikel im *Grenz-Echo*: Die Kabelwerke A.G. unter der Anklage der wirtschaftlichen Mitarbeit, in: *Grenz-Echo*, 15.4.1949, S. 3; Urteile des Lütticher Kriegsgerichts im Kabelwerk-Prozess, in: *Grenz-Echo*, 18.10.1949, S. 4; Vor dem Lütticher Kriegsgericht. Das Urteil in Sachen Kabel- und Gummierwerke bestätigt, in: *Grenz-Echo*, 12.4.1950, S. 3; Der zweite Prozess wirtschaftlicher Mitarbeit. Die Firma Eupener Schalterbau, in: *Grenz-Echo*, 24.4.1947, S. 3; Der Prozeß gegen die Firma Eupener Schalterbau, in: *Grenz-Echo*, 29.4.1947, S. 3; Die Sache „Eupener Schalterbau“, in: *Grenz-Echo*, 7.5.1947, S. 3; Requisitorium und Plaidoyers in der Sache Eupener Schalterbau, in: *Grenz-Echo*, 17.5.1947, S. 3; Vor dem Eupener Kriegsgericht, in: *Grenz-Echo*, 31.5.1947, S. 3; Die Verhandlung gegen den Bauunternehmer Wirtz, in: *Grenz-Echo*, 19.6.1947, S. 3; Der erste Fall wirtschaftlicher Mitarbeit: Lothar und Gerhard Peters und Hans Mayer-Ullner auf der Anklagebank, in: *Grenz-Echo*, 6.3.1947, S. 3; Der dritte Verhandlungstag im Prozeß Peters & Co.

- Kammgarnwerke, in: Grenz-Echo, 27.3.1947, S. 3; Der Urteilsspruch des Eupener Kriegsgerichts in der Sache Peters-Kammgarnwerke bezüglich der durch die Verteidigung niedergelegten Beschlüsse über die deutsche Annexion, in: Grenz-Echo, 28.3.1947, S. 3; Der Prozeß gegen Meyer-Ullner, in: Grenz-Echo, 1.4.1947, S. 3; Noch immer Verhör Meyer-Ullner, in: Grenz-Echo, 3.4.1947, S. 3; Fortsetzung der Verhandlung gegen W. Peters & Co. - Kammgarnwerke, in: Grenz-Echo, 22.4.1947, S. 3; Die Nachmittagssitzung Wilhelm Peters & Co. - Kammgarnwerke, Grenz-Echo, 24.4.1947; Fortsetzung der Verhandlung in der Angelegenheit W. Peters & Co. - Kammgarnwerke, in: Grenz-Echo, 30.4.1947, S. 3; Die Verhandlung gegen Eupener Schalterbau, Kammgarnwerke und Peters & Co., in: Grenz-Echo, 6.5.1947, S. 3; Noch immer Sachverständige im Prozeß Peters-Kammgarnwerke, in: Grenz-Echo, 8.5.1947, S. 4; Peters & Co. - Kammgarnwerke. Die Verhandlung, in: Grenz-Echo, 19.5.1947, S. 3; W. Peters & Co. - Kammgarnwerke. Die Forderung des belgischen Staates und die Anträge der Anklage, in: Grenz-Echo, 21.5.1947, S. 3; W. Peters & Co. - Kammgarnwerke, in: Grenz-Echo, 22.5.1947, S. 3; Letzter Verhandlungstag im Prozeß Peters - Kammgarnwerke, in: Grenz-Echo, 4.6.1947, S. 3; Die Urteile in den Prozessen für wirtschaftliche Mitarbeit, in: Grenz-Echo, 3.7.1947, S. 3; Das Urteil des Lütticher Militärgerichtshof gegen Lothar und Gerhard Peters, in: Grenz-Echo, 24.11.1948, S. 2.
- 130 Vgl. Quadflieg, Elitenkontinuität.
- 131 Hervorhebungen im Original. IHK Eupen Archiv, IHK zu Eupen, Bericht über die außergewöhnliche Ausschusssitzung der Kammer vom 29. August 1949.
- 132 Im Fall Peters beispielsweise wurden die Strafzahlungen von insgesamt rund 74 Millionen Franken 1947 in einem ersten Gnadenlass 1950 auf 13 Millionen Franken, schließlich auf 10 Millionen reduziert, von denen letztendlich nur ein kleinerer Teil gezahlt wurde. Vgl. zum Vorgang umfassend den Bestand „Tuchfabrik Peters“ im Staatsarchiv Eupen.
- 133 Besonders gut lässt sich dies für die Firma Peters durch die im Staatsarchiv Eupen bzw. im Staatsarchiv Lüttich aufbewahrten Unterlagen nachweisen. Auch dies wäre ein lohnenswertes Feld für weitere Forschungen.
- 134 Vgl. Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch), R 18-320/1065, Beschreibung des Kreises Eupen durch Landrat Seulen, 13.3.1944, abgedruckt bei Schärer, Annexionspolitik, S. 305-311, hier S. 309.
- 135 Zahlen für die Vorkriegszeit und Oktober 1943 entnommen: BArch, R 18/320-1065, Landrat des Kreises Eupen [Seulen], Beschreibung des Kreises Malmedy, abgedruckt bei Schärer, Annexionspolitik, S. 313-317, hier S. 313. Die Zahl für 1945 entstammt dem Bericht: Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1946, S. 83.
- 136 Zahlen für die Vorkriegszeit und Oktober 1943 sind entnommen aus: Landrat des Kreises Eupen [Seulen], Beschreibung des Kreises Eupen, BArch R 18/320-1065. Abgedruckt bei Schärer, Annexionspolitik, S. 305-311, hier S. 305. Die Zahl für 1945 entstammt dem Bericht: Commissariat d'Arrondissement Exercice 1946, S. 81ff.
- 137 Commissariat d'Arrondissement Adjoint d'Eupen-Malmedy-St. Vith, Rapport Annuel. Exercice 1946, Beigeordnetes Bezirkskommissariat Malmedy, Archives 3572, S. 81.
- 138 Ebd., S. 81f.
- 139 So gab der belgische Staat alleine in 1950 17,2 Millionen Franken für die Beseitigung von Kriegsschäden an Straßen und Brücken in den Ostkantone aus. Vgl. Eine Budgetnachlese für die Ostkantone, in: Grenz-Echo, 11.1.1950, S. 4.
- 140 Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1947, o. S., siehe Abschnitt VIII im zweiten Teil des Berichts.
- 141 Vgl. die Sammlung zum wirtschaftlichen Teil seines Berichts von 1949. Archivbestand Beigeordnetes Bezirkskommissariat Eupen-Malmedy-St. Vith in Malmedy. Die Unterlagen sollen demnächst an das Staatsarchiv in Eupen abgegeben werden.
- 142 Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Hoen in: Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1955, S. 51-59.
- 143 Vgl. zu BEKA: IHK, 1804-1979, S. 143f. Vgl. auch: Zehn Jahre Eupener Nadelfabrik. Eine einmalig vorbildliche Betriebsfeier, in: Grenz-Echo, 3.6.1957, S. 3.
- 144 Vgl. zu Mustard: IHK, 1804-1979, S. 201.
- 145 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1955, S. 54f.
- 146 IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1953, Archiv der IHK Eupen, S. 3.
- 147 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1950, S. 78.
- 148 Vgl. ebd.
- 149 Pierre Clerdent, Die Ostkantone. Eröffnungsrede des Provinzialrates der Provinz Lüttich, gehalten am 1.10.1969, Lüttich 1969, S. 30.
- 150 Ebd., S. 31f.
- 151 Vgl. exemplarisch Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1963, S. 4.
- 152 Vgl. Erste gemeinsame belgisch-deutsche Buslinie eröffnet. Kelmis-Aachen jetzt durchgehend, in: Grenz-Echo, 21.12.1959, S. 3.
- 153 Vgl. Die neuen Richtlinien der Steuer-Verwaltung für die Grenzgänger, in: Grenz-Echo, 15.4.1965, S. 3.
- 154 Vgl. Das belgisch-deutsche Doppelbesteuерungsabkommen, in: Grenz-Echo, 9.8.1966, S. 1.
- 155 Vgl. hierzu Kriescher, Problèmes, S. 69f. Vgl. auch Nachruf auf eine 95jährige. Zur Einstellung des Personen-Bahnverkehrs Herbesthal-Eupen-Raeren, in: Grenz-Echo, 27.3.1959, S. 4.
- 156 Zur Auswirkung dieser Entwicklung vgl. Christoph Salowsky, Regionalismus und Regionale Disparitäten, Diplomarbeit Universität Bonn, 1994. Eine Kopie dieser Arbeit befindet sich in der Bibliothek des Parlaments der DG.
- 157 Vgl. Kriescher, Problèmes, S. 86ff.
- 158 Vgl. ebd., S. 81.
- 159 Vgl. Salowsky, Regionalismus.
- 160 Vgl. Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das erste Halbjahr 1966, S. 4.
- 161 In der Malmedyer Papierindustrie kam es etwa zwischen 1960 und 1978 zu keinem einzigen Streik. Vgl. Alle 2000 Arbeitnehmer von Intermills streiken, in: Grenz-Echo, 25.1.1978, S. 6.
- 162 Vgl. z. B. zum Streikjahr 1960: Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1960, S. 8.
- 163 Ebd.
- 164 Vgl. Streiklage in Eupen unverändert - Lösung des Sozialkonflikts nur auf nationaler Basis, in: Grenz-Echo, 9.7.1957, S. 3; Zwischen Streikposten und Arbeitswilligen, in: Grenz-Echo, 11.7.1957, S. 3; vgl. Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1963, S. 4.
- 165 Ebd.
- 166 Vgl. Noch kein Streik-Ende abzusehen, in: Grenz-Echo, 22.11.1963, S. 3; Totaler Arbeitsfriede erwünscht. Rund 900 Arbeiter der Kabel- und Gummiwerke warten auf Lösung, in: Grenz-Echo, 3.12.1963, S. 3; Noch kein Ende des Streiks in den Kabel- und Gummiwerken in Aussicht, in: Grenz-Echo, 4.1.1964, S. 3.
- 167 Vgl. Das Abkommen zur Beilegung des Streiks in den Kabel- und Gummiwerken, in: Grenz-Echo, 18.1.1964, S. 3. Streiks in der ostbelgischen Nachkriegsgeschichte wären ebenfalls ein interessantes Objekt weitreichender wirtschafts- und sozialhistorischer Studien.

- 168 Vgl. zur Krise in der europäischen Textilindustrie in multinationaler Perspektive: Stephan H. Lindner, Den Faden verloren. Die westdeutsche und die französische Textilindustrie auf dem Rückzug (1930/45-1990) (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 7), München 2001, S. 53-82.
- 169 Vgl. zur Entwicklung der Textilindustrie in Aachen: Hans-Karl Rouette, Lebensfähiges Erbe der Aachener Textilvergangenheit, in: Hans-Dieter Indetzk u. a. (Hrsg.), Wirtschaftsgeschichte der Region Aachen. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart, Köln 2000, S. 250-275.
- 170 Vgl. Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1963, S. 4.
- 171 Vgl. Schwierigkeiten der Eupener Kammgarnwerke vor der Lösung. Übernahme durch bedeutendes Textilunternehmen gesichert, in: Grenz-Echo, 25.10.1967, S. 3.
- 172 Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1967, S. 4.
- 173 Vgl. Neue Zweckbestimmung für die Eupener Kammgarnwerke?, in: Grenz-Echo, 20.9.1979, S. 3, und Kammgarnwerke Eupen – Nach 83 Jahren aufgelöst, in: Grenz-Echo, 12.12.1989, S. 8.
- 174 Vgl. zu Asten: IHK, 1804-1979, S. 165f.; zu Bruch: ebd., S. 186f. Bruch ist heute Teil der Heimbach-Gruppe. Asten ist Teil der AstenJohnson Group. Vgl. <http://www.astenjohnson.com/> und <http://www.heimbach-specialities.com> (Zugriff 20.01.2013).
- 175 Vgl. Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1963, S. 4.
- 176 Endgültig in Konkurs ging das Unternehmen 1996, zuvor war es Ende der 1980er Jahre durch die Utammo International S.A. übernommen worden. Zur Entwicklung bis 1979 vgl. IHK, 1804-1979, S. 294ff., und Großer Bahnhof zum Geburtstag der Malmedyer Lederfabriken, in: Grenz-Echo, 25.10.1976, S. 3.
- 177 Vgl. IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1966, Archiv IHK Eupen, S. 6.
- 178 Vgl. Seit Krisenbeginn 1200 Arbeitsplätze weniger im ostbelgischen Industriebereich, in: Grenz-Echo, 21.3.1979.
- 179 Vgl. IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1966, Archiv IHK Eupen, S. 6.
- 180 Archiv IHK Eupen, IHK Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1955 und ebd. 1956.
- 181 Vgl. IHK, 1804-1979, S. 161f.
- 182 Archiv IHK Eupen, IHK Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1954, S. 6
- 183 1976 schloss sich Jacques Teil der belgischen Süßwarengruppe Continental Sweets an; die Zahl der Beschäftigten in Eupen sank bis Ende der 1970er Jahre auf rund 230 Personen. IHK, 1804-1979, S. 145.
- 184 Archiv IHK Eupen, IHK Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1959, S. 10.
- 185 Malmédy – De la pharmacie à la bière, in: Le Soir online 22.7.2006 <http://www.lalibre.be/economie/entreprise-emploi/article/297801/de-la-pharmacie-a-la-biere.html>
- 186 Vgl. Eupener Brauerei schließt im 164. Jahr ihres Bestehens, in: Grenz-Echo, 1.9.1998, S. 1 und 5.
- 187 Vgl. Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1962, S. 3.
- 188 Vgl. zu dieser Entwicklung: Die Tradition der Papierfabrik Steinbach in Malmedy, in: Grenz-Echo, 9.10.2008, S. 15.
- 189 Vgl. zur Entwicklung der Malmedyer Papierindustrie bis in die 1960er Jahre: Walter Kaefer, L'industrie du Papier à Malmedy. Notices historiques et propos anecdotiques, o. O. 1971.
- 190 Vgl. Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1963, S. 4.
- 191 Vgl. 100 zusätzliche Arbeitsplätze bei Intermills Malmedy, 14.2.1973, S. 3, und Intermills-Malmedy vor grossen Investitionen, in: Grenz-Echo, 5.4.1973, S. 3.
- 192 Vgl. Konkurs bei Intermills, in: Grenz-Echo, 3.12.1992, S. 15.
- 193 Vgl. Übernahme von Intermills/Malmedy. Frist bis Ende Februar verlängert, in: Grenz-Echo, 8.1.1993, S. 11.
- 194 Vgl. Malmedyer Papierfabrik steht vor der Auflösung, in: Grenz-Echo, 5.9.2009, S. 18.
- 195 Vgl. Ahlstrom Paper Group übernimmt Papierfabrik am Pont de Warche in Malmedy, in: 15.10.1996, S. 9.
- 196 Vgl. Die Tradition der Papierfabrik Steinbach in Malmedy, in: Grenz-Echo, 9.10.2008, S. 15.
- 197 Die Spinnerei brannte 1978 ab und wurde nicht neu errichtet. Vgl. Großbrand vernichtet Eupener Spinnerei Peltzer: 500 Mio. Schaden, in: Grenz-Echo, 28.8.1978, S. 6
- 198 Vgl. hierzu: Provinzgouverneur Clerdent besichtigte in Raeren und Manderfeld Industrieunternehmen. In wenigen Jahren Zahl der Arbeitskräfte verdoppelt, in: Grenz-Echo, 19.5.1965, S. 3.
- 199 Geplant war die Fertigstellung ursprünglich für 1960. Vgl. Durchgehende Autobahnverbindung Antwerpen-Köln bis 1960, in: Grenz-Echo, 20.7.1956, S. 3. Vgl. auch: Die Autobahn Antwerpen-Lüttich-Deutschland. Erster Bauabschnitt in Angriff genommen, in: Grenz-Echo, 13.11.1958, S. 5; Die Autobahn Antwerpen – Deutsche Grenze. Weitere 10 km zum Bau freigegeben – Im gleichen Tempo dauert es mehr als zehn Jahre, bis sie ihr Ziel erreicht, in: Grenz-Echo, 29.11.1957, S. 4; Die Autobahn Antwerpen-Aachen „wächst“, in: Grenz-Echo, 14.10.1961, S. 6; Die Autobahn dies- und jenseits der Grenze in schnellem Werden, in: Grenz-Echo, 5.11.1962, S. 3.
- 200 Vgl. Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1962, S. 3.
- 201 Raeren im Jahr 1962, in: Grenz-Echo, 29.12.1962, S. 4.
- 202 Vgl. hierzu auch: Neue Industrien – neue Möglichkeiten, in: Grenz-Echo, 29.4.1960, S. 1.
- 203 Eigene Aufstellung nach den Berichten Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1955; 1945-1965 und 1945-1975.
- 204 Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1965-1975, S. 104.
- 205 Vgl. ebd.
- 206 Als die IHK 1979 in ihrer Festschrift die Industriezonen von Eupen und St.Vith bewarb, gab sie die Entfernung zwischen der Industriezone Eupen und der Autobahn mit 0,5 Kilometer und die Entfernung zu den nächstgelegenen Bahnhöfen mit drei Kilometer an. Beim Eintrag zu den St.Vither Zonen wurde lediglich darauf hingewiesen, dass 1981 mit der Fertigstellung des Autobahnanschlusses zu rechnen sei. Vgl. IHK, 1804-1979, S. 139; S. 339f.
- 207 Vgl. Lentz, Problèmes, S. 93f.
- 208 Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1964, S. 6.
- 209 Vgl. Die Baudouin-Autostraße, in: Grenz-Echo, 7.8.1959, S. 6.
- 210 Vgl. dazu demnächst: Christiane Katz, Grenzveränderungen und ihre Auswirkungen auf die Mobilität von Waren: die belgisch-deutschen Handelsbeziehungen im 20. Jahrhundert, in: Peter M. Quadflieg/Christoph Rass (Hrsg.), Kriegserfahrung im Grenzland. Belgien und Deutschland im Zeitalter der Weltkriege; der Band erscheint 2013 in der Reihe „Aachener Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte“.
- 211 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1975, S. 66-69.

- 212 Vgl. Die europäische Autobahnen und unsere ostbelgischen Gebiete, in: Grenz-Echo, 15.9.1966, S. 4.
- 213 Archiv IHK Eupen, IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1961, S. 6.
- 214 Vgl. Strickwarenfabrik Geyer schafft 200 Arbeitsplätze in St.Vith. Neuer Betrieb feierlich eröffnet, in: Grenz-Echo, 25.3.1970, S. 3, und Strickwaren H.D. Geyer KG in St.Vith musste schließen, in: Grenz-Echo, 17.12.1973, S. 3.
- 215 Es folgte die Teilübernahme von Korobel durch einen ehemaligen Betriebsleiter, der unter der Bezeichnung Konfektion Keck in einem anderen Gebäude in St. Vith weiterproduzierte. Den Rest der Firma inklusive der Gebäude in der Industriezone übernahm eine deutsche Gruppe die unter dem Namen Janard weiterproduzierte. Sowohl Janard als auch Keck gingen 1977 Konkurs. Keck wurde durch die Artex GmbH, ebenfalls ein deutsches Unternehmen, übernommen. Artex erlitt 1981 Pleite. Die ursprünglichen Geyer-Gebäude in der Industriezone hatte bereits bei der Korobel-Pleite die Familie Schaus übernommen, die nach dem Zusammenbruch von Janard dort einen Nopri-Markt eröffnete. Vgl. Wieder zwei Konkursverfahren im St.Vither Raum eröffnet, in: Grenz-Echo, 16.1.1981, S. 7.
- 216 Vgl. Leeds u. Northrup St.Vith schliesst, in: Grenz-Echo, 3.5.1974, S. 3.
- 217 Leeds and Northrop Belgium S.A. siedelt in St.Vith. Weiterer Schritt zur Industrialisierung, in: Grenz-Echo, 1.3.1972, S. 6.
- 218 Vgl. zur Entwicklung des Zonings Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1975, S. 70-71.
- 219 Vgl. Regierung genehmigte Schaffung einer Industriezone in Eupen, in: Grenz-Echo, 21.12.1966, S. 3.
- 220 Vgl. ebd.
- 221 Vgl. Dujardin/Dumoulin, union, S. 161f.
- 222 Pfingsten 1953 in jeder Hinsicht ein Rekord! Kein freies Zimmer mehr in den Ostkantonen, in: Grenz-Echo, 28.5.1953, S. 3. Vgl. auch: Die Ostkantone als touristischer Anziehungspunkt, in: Grenz-Echo, 30.5.1953, S. 1.
- 223 Vgl. Die Verkehrsvereine der Ostkantone vereinigen sich, in: Grenz-Echo, 24.6.1953, S. 3.
- 224 Vgl. Tourismus 1953, in: Grenz-Echo, 22.8.1953, S. 1.
- 225 Eigene Übersetzung aus dem Französischen: „Les Cantons de l'est, partie de la Haute Belgique, offrent un intérêt touristique considérable. Pour la Belgique ils constituent un parc national pittoresque, enchanteur, aux beautés naturelles inépuisable, qui appelle et retient ceux qui aime la nature et le sport. L'attrait de nos belles régions doit être entretenu [sic!] et exploité.“ Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1955, S. 69.
- 226 Vgl. Licht- und Schattenseiten einer touristischen Bilanz Eupens, in: Grenz-Echo, 16.10.1954, S. 3.
- 227 Das Verhältnis zwischen belgischen und ausländischen Gästen in der Ferienregion blieb von 1957 bis 1974 bei etwa 5 zu 1 konstant.
- 228 Vgl. etwa Der Tourismus am Dreiländereck, in: Grenz-Echo, 11.10.1966, S. 4.
- 229 Vgl. IHK zu Eupen, Bericht über das Geschäftsjahr 1961, Archiv IHK Eupen, S. 4.
- 230 Vgl. zur Vorfelddiskussion: Welche ostbelgischen Gebiete sollen dem Naturpark angehören?, in: Grenz-Echo, 8.11.1969, S. 6.
- 231 Vgl. ebd., S. 108f.
- 232 Vgl. Hoen, Bericht 1945-1975, S. 107f.
- 233 Ebd., S. 111.
- 234 Ursprünglich bestand die Anlage aus zwei Restaurants, neun Bungalows und einer Bootshalle. Zu erheblichen Erweiterungen kam es dann erst in den 1990er Jahren. Vgl. Strandfest in Worriken, in: Grenz-Echo, 5.7.2012.
- 235 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1975, S. 107f.
- 236 Eine umfassende Geschichte des Tourismus in den Ostkantonen steht noch aus, auch für die Zeit vor 1945.
- 237 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1975, S. 57f.
- 238 Vgl. Abbure Statistique Belge, Bd. 86, 1965, S. 8.
- 239 Vgl. IHK, 1804-1979, S. 132.
- 240 Vgl. Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-1975, S. 66-69.
- 241 Vgl. Supermarkt-Schoonbroodt Eupen: Maxi-Angebot zu Mini-Preisen, in: Grenz-Echo, 6.5.1970, S. 4.
- 242 Ein Jahr Supermarkt Nopri Kelmis, in: Grenz-Echo, 2.6.1971, S. 4.
- 243 Vgl. Supermarkt kommt nach Eupen, in: Grenz-Echo, 24.10.1969, S. 3.
- 244 Vgl. Eupener GB Super Bazar Center öffnet seine Pforten, in: Grenz-Echo, 7.7.1971, S. 3.
- 245 Vgl. ebd.
- 246 Vgl. Supermarkt Nopri Kelmis jetzt mit Restaurant, 5.12.1973, S. 6, und Eupener GB Super Bazar Center öffnete seine Pforten, 7.7.1971, S. 3.
- 247 Vgl. Kaufhaus-Projekt: Kurhotel müsste abgerissen werden, 1.10.1982, S. 5.
- 248 Ebd.
- 249 Das Grenz-Echo schrieb über den Eröffnungstag: „Schließlich musste die Polizei das Zusammenbrechen des Verkehrs verhindern, die Beamten hatten wirklich alle Hände voll zu tun [...].“ Vgl. Grenz-Echo, 25.5.1984, S. 5f.
- 250 Vgl. Anzeige der Banque de Bruxelles, in: Grenz-Echo, 3.6.1969, S. 12.
- 251 Vgl. Anzeige der Banque de Bruxelles, in: Grenz-Echo, 2.3.1973, S. 6.
- 252 Ebd.

EIFEL: ENTWICKLUNGSSCHÜBE IM ALLTAG,
BRÜCHE IN DER MENTALITÄT

DIE UNBEMERKTE REVOLUTION

von CARLO LEJEUNE





Gesellschaftliche Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum sucht man für die belgische Eifel 1968 vergeblich. Studentenunruhen, Proteste und Streiks fanden in den gefühlt sehr fernen Städten statt. Und dennoch wurde diese ländliche Randregion mit erheblichem Entwicklungsrückstand in den 1960er Jahren von einer stillen Revolution erfasst, die im Alltag und den Bräuchen Spuren hinterlassen hat. Die Entwicklungen waren so temporeich und vielschichtig, dass es zu Brüchen kam¹. Einblicke in das Werden der modernen ländlichen Gesellschaft an drei Beispielen.

1945 besuchten infolge der Kriegszerstörungen nur wenige Kinder in der Eifel die Schule – und wenn, dann beendeten die meisten ihre Bildungslaufbahn mit einem achten Schuljahr in ihrer Dorfschule. Drei Jahrzehnte später besuchte die überwiegende Mehrzahl der 14-Jährigen eine Sekundarschule. War bis Ende der 1950er Jahre Mobilität über Fußmarsch und Fahrrad noch normal, so besaßen in den siebziger Jahren über 50 Prozent der Haushalte einen Pkw. Bis Ende der 1950er Jahre waren verschlossene Haustüren in den Dörfern tagsüber die Ausnahme, in den 1970er Jahren schon fast die Regel. War Sexualität in den 1950er Jahren noch ein Tabu, so stritten auch die deutschsprachigen Belgier in den 1970er Jahren über Sexualität, Aufklärung und neue Formen von Partnerschaft. Waren Vereine in den 1950er Jahren noch patriarchalisch, so waren Frauen in den 1970er Jahren in vielen Vereinen integriert oder führten gar eigene Vereine. Zudem hatte die mittlere Generation die Führungsrolle von der älteren Generation übernommen und das Zeitalter des modernen Vereinswesens eingeläutet.

Alltag und Leben veränderten sich in diesen drei Jahrzehnten rasant schnell. In allen Lebensbereichen sind tiefgreifende Spuren ablesbar. Die Mentalität und ihre wichtigste Ausdrucksform, die Bräuche, konnten diesem Anpassungsdruck nur bedingt folgen. Die 1960er Jahre zeugen von zahlreichen Entwicklungsbrüchen, die Zeugnisse von alten und neuen Lebenswelten geben.

Kräfte der Veränderung

Drei grundlegende Entwicklungen kennzeichnen die drei Nachkriegsjahrzehnte. Zunächst setzte sich die seit der Jahrhundertwende nachweisbare, langsame Verbürgerlichung der ländlichen Dorfgesellschaften fort. Wichtigstes Merkmal nach außen war die bürgerliche Kleinfamilie. Sie verdrängte die bäuerliche Mehrgenerationenfamilie. Je häufiger die traditionelle Landwirtschaft aufgegeben wurde und somit Arbeitsplatz und Wohnplatz getrennt wurden, umso stärker setzte sich auch diese neue Wohnkultur durch. Die Pflege des familiären Innenraumes lag vor allem in den Händen der

Hausfrau und Mutter. Die Ausgestaltung dieses Raumes fand Ausdruck in zahlreichen Festen wie beispielsweise im Weihnachtsfest, das sich mit seiner starken Zentrierung auf die Kleinfamilie mit Festessen, Bescherung und Ausgestaltung (Weihnachtsbaum und Krippe) erst um den Ersten Weltkrieg nach und nach allgemein durchgesetzt hatte und sich erst nach 1945 zu einem Festritual in der heutigen Form entwickelte.

Die zweite treibende Kraft war die zunehmende Ausrichtung von Leben und Arbeit auf die Anforderungen der Marktwirtschaft. Produktivität und Konsum gaben immer stärker – im Alltag aber oft kaum wahrnehmbar – die neuen Zukunftslinien der Gesellschaft vor. Tiefgreifend machte sich die Ökonomisierung der Arbeitswelt in der Landwirtschaft bemerkbar, wo die rasch einsetzende Modernisierung in den 1960er Jahren zu einer ersten Welle des großen Hofsterbens führte. Dieser Strukturwandel machte alternative Arbeitsplätze notwendig, die erst nach und nach außerhalb der Dörfer geschaffen wurden. Arbeiten und Wohnen, aber auch Arbeiten und Alltag wurden unwiederbringlich getrennt. Hierdurch veränderte sich in den Dörfern für zahlreiche Brauchhandlungen die Anzahl der möglichen Brauchträger.

Die Ökonomisierung führte aber auch zu einer bisher noch nie bekannten Kaufkraft und einem damit einhergehenden Wohlstand. Dieses neue Gefühl war eng an eine innere Sehnsucht nach Moderne und Fortschritt gebunden. Ohne dass das Wort Emanzipation in den Mund genommen worden wäre, passten die Frauen seit den 1950er Jahren in vielen kleinen Schritten ihre Rolle an. Ein frühes Beispiel: Die junge Mutter nahm ab den 1950er Jahren allgemein an der Taufe teil. Erst jetzt konnte daraus nach und nach



St. Vith, um 1950: Das Familienfest unter dem Weihnachtsbaum als Zeichen der Verbürgerlichung hatte sich um 1950 bereits allgemein durchgesetzt.



Eifel, um 1975: Die Ökonomisierung der Landwirtschaft ging mit einem großen Hofsterben einher.

ein Familienfest im heutigen Sinne entstehen. Gleichzeitig ist aber auch eine innere Distanz zum Althergebrachten und angeblich Überlebten nachweisbar. Beste Beispiele sind die sträfliche Vernachlässigung alter Bauernhäuser als Zeugen und Denkmäler dieser untergehenden Zeit, aber auch die Abschaffung alter gesellschaftlicher Verhaltensmuster. Bis in die 1970er Jahre verschwanden Bräuche wie das Aussegnen, die Hausgeburten, Rügebräuche wie Ströppen, bzw. Voossen (Druck der Junggesellen auf einen auswärtigen Freier im Dorf, wenn dieser ihnen nicht ausreichend Getränke spendiert hatte, was als Gewohnheitsrecht angesehen wurde) oder die Katzenmusik.

Immer wieder eröffneten die verstärkte Mobilität (über Motorräder und Autos) sowie verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten (über eine allgemeine Verbreitung des Telefons) neue Gestaltungsräume und Verhaltensweisen für den Alltag. Schließlich griffen die Demokratisierung der Bildung und die allgemeine Verbreitung von Radio und vor allem von Fernsehen tiefgreifend in das dörfliche Leben der belgischen Eifel

ein. Ein Beispiel: In den 1970er Jahren war der Mittwochabend fast überall für Vereinsaktivitäten der Frauen vorgesehen. Dies war der einzige Abend, an dem die Männer (in einer vergleichsweise noch fußballarmen Zeit an den Bildschirmen) vor dem Fernseher saßen, um den Auswahlspielen für die Europapokale der Landesmeister, der Pokalsieger oder der UEFA zu folgen.

Vom Tod berührt

Matthias Zender bezeichnete die belgische Eifel als Reliktrektion², in der Brauchhandlungen in einer traditionellen ländlichen Gesellschaft mit wenig Zuzug länger das Miteinander prägten als in anderen Regionen. Ein Beispiel: Der Tod eines Mitmenschen berührt viele. Kein Ereignis wies in der belgischen Eifel eine so hohe Dichte an ritualisierten, aber anderswo schon längst überlebten Brauchhandlungen auf wie der Umgang mit dem Tod. Brüche entstanden.

Neue Arbeitswelten, höhere Mobilität und ein neues Empfinden für eine er-

strebenswerte Moderne führten dazu, dass für manche Brauchhandlungen die Brauchträger einfach fehlten. Das „Sieben-Kreuze-Gehen“ war ein Betgang für einen Sterbenden, der an sieben Kreuzen, an den Fußfällen oder zu den 14 Not helfern stattfand und sich in der frühen Neuzeit im Rheinland entwickelt hatte. Er vermischt alte Formen von Volksfrömmigkeit, kirchlichen Ritualen und Totenglauben. Er verschwand spätestens in den 1960er Jahren, da in den Dörfern nicht mehr ausreichend Brauchtums träger vor Ort waren.

Auch die Nachbarschaftsaufgabe des Grabaushebens wurde immer häufiger als Last empfunden. In den nördlichen Gemeinden der belgischen Eifel wurde diese Aufgabe schon um 1930 den Gemeindearbeitern übertragen. Um Sankt Vith und Reuland dauerte dieser Ab lösungsprozess bis in die 1990er Jahre.

Das Fehlen von Brauchträgern schuf Freiräume für neue Dienstleister. Bis in die Nachkriegszeit wurde das traditionelle Totenlager, der Schoof, von erfahrenen Dorfeinwohnern oder Nachbarn hergerichtet, bevor der Tote dann in den Sarg gelegt wurde. Seit Anfang der 1950er Jahre boten nach und nach Schreiner – oder später Bestattungsunternehmer – diese und weitere Dienstleistungen rund um den Tod an.



Hergersberg, 1954: Der Anstreicher legte seine täglichen Arbeitsfahrten mit dem Moped zurück.

Die Kraft von Presse und Fernsehen liest sich deutlich an der Trauerkleidung ab. Seit der Zwischenkriegszeit war die fast komplette Verhüllung der Frauen (mit den Bezeichnungen Afhäuser, Falje oder Hök) bereits durch einen langen, durchsichtigen Schleier ersetzt worden. Ihm folgte in den 1940er und 1950er Jahren der kurze Schleier. Der lange wie der kurze Schleier wurden die ersten sechs Wochen beim Kirchgang vor dem Gesicht getragen und dann während eines Jahres zurückgeschlagen. Er verschwand um 1960. Nun folgte das „Schwarztragen“ – zunächst während eines Jahres, dann während sechs Wochen und schließlich nur noch am Tag der Beerdigung. Es war recht kostspielig, da schwarze Kleider deutlich teurer waren. Diese Trauermode verschwand zu Beginn der 1970er Jahre wegen „eines Sinneswandels, der deutlicheren Verkündigung von Tod und Auferstehung, des Nachlassens des sozialen Drucks, der Mentalität unserer Zeit, alles in Frage zu stellen und alles begründen zu wollen“, deutete Albert Backes 1992 diesen Wandel. Es war kein Zeichen von Entkirchlichung, aber von einer klaren religiösen Emanzipation der Frauen.

Wenn uns das Glück der Liebe lacht

So reich die belgische Eifel an Bräuchen war und ist, so wenig verfügt sie über eigene regionale Bräuche – mit einer Ausnahme: der Maiennacht. Erst nach dem Ersten Weltkrieg sind erste Ansätze dieses neuen Brauches nachweisbar, der sich aber erst nach 1945 zu einer allgemeinen Brauchhandlung mit klarem Ablauf entwickelte. Vor allem ab Anfang der 1970er Jahre passten die Brauchträger, die Junggesellen, den Brauch ihrem Lebensempfinden an. Immer mehr Jungen und Mädchen besuchten die Sekundarschulen von Sankt Vith, Büllingen oder Bütgenbach. Im Bildungsbereich hatte das Dorf seine Rolle als Lebenswelt somit verloren. Neben den festen Freundschaften im Dorf entstanden für die Jugendlichen nun vermehrt feste Bezugsgruppen in der Region. Die Folge: Die Maiennacht wurde nicht mehr nur den Mädchen im eigenen Dorf, sondern in der Region gesungen. Die steigende Mobilität machte es möglich.

Gleichzeitig wurden auch bürgerliche Ideale in den Brauch integriert. Immer

öfter wurden die Jugendlichen seit Mitte der 1960er Jahre in die Häuser gebeten, wo sie bewirkt wurden und später auch einen Imbiss (oder mehr) erhielten. Nun ging es im Werben um möglichst viele Verehrer für die eigene Tochter auch um bürgerlichen Stolz. Es galt, zu zeigen, was man hat und was man kann.

Fernsehen als Botschafter der Moderne?

Bräuchen begegnen wir auch bei den Hochzeitsfeiern. Ob über Zeitschriften oder über das Fernsehen (wie die erste in Belgien live übertragene Königshochzeit von Baudouin und Fabiola im Dezember 1960 beispielsweise), immer wieder wurden die Eifeler mit Bildern konfrontiert, die sie gerne als Vorbild wahrnahmen. Schon für die 1930er Jahre sind in der Eifel die ersten weißen Hochzeitskleider nachweisbar. Bis in die 1950er Jahre setzten sie sich allgemein durch.

Der steigende Wohlstand ermöglichte nun auch kostspieligere Hochzeiten. Seit Ende der 1950er Jahre wurden



Eifel, 1950er Jahre: Das „Schwarz-Tragen“ war fester Brauch in der Eifel. Doch diese Mode veränderte sich. Der lange Schleier wurde (verhüllt oder zurückgeschlagen) seit den 1920er Jahren bis vereinzelt in die 1950er Jahre getragen. Abgelöst wurde er durch den kurzen Schleier, der vereinzelt bis in die 1960er Jahre getragen wurde. Schwarze Trauerkleidung ohne Schleier war seit den 1930er Jahren geläufig (hier Espeler 1943).



Die Hochzeitsmode wurde erheblich durch die Medien mitbestimmt. Das schwarze Brautkleid (Maspelt, 1919) wurde seit den 1930er Jahren langsam durch weiße Schleier (Rott, 1949) und weiße Hochzeitskleider (Bütgenbach, 1961) verdrängt. Seit 1950 setzten sich weiße Hochzeitskleider allgemein durch.

immer mehr Hochzeiten außer Haus in einem Saal oder Restaurant gefeiert, wo die Dienstleistungen bei professionellen Anbietern eingekauft wurden. Ein Zeichen kirchlicher Emanzipation war einerseits die Verschiebung des Hochzeitstermins von einem Wochentag auf den Samstag (vereinzelt schon in der Zwischenkriegszeit, allgemein ab 1945) und andererseits die Verschiebung der kirchlichen Trauung vom Vormittag (meist 11.00 Uhr) auf einen Nachmittagstermin. Der Vormittagstermin war kirchlich begründet gewesen: Da für den Sonntag das Nüchternheitsgebot galt, durfte ab Mitternacht bis zum Besuch der Sonntagsmesse eigentlich weder Alkohol getrunken noch gegessen werden. Diese Vorschrift wurde bei den Gläubigen immer mehr in Frage gestellt, so dass seit Ende der 1960er Jahre die Hochzeitsfeier vom Ablauf her ihre heutige Form annahm.

Wohlstand, Mobilität und Fernsehbilder ließen seit Anfang der 1970er Jahre vermehrt frisch vermählte Braut-

paare auch eine Hochzeitsreise machen. Ziele waren häufig der Schwarzwald, die durch Heimatfilme bekannten österreichischen Berge oder die belgische Küste. Für viele junge Paare waren das erste Welterfahrungen.

Der Anfang der modernen ländlichen Gesellschaft

Was in Paris, Löwen oder Bonn über Proteste auf der Straße und unendliche öffentliche Diskussionen an Umbrüchen provoziert worden war, das erfolgte in der belgischen Eifel unterschwellig durch eine grundlegende Veränderung der Rahmenbedingungen, die die Menschen ungemein herausforderte. Denn ihnen blieb nur eine Wahl: sich möglichst schnell anzupassen. Seit den 1960er Jahren verringerte sich der Entwicklungsrückstand der Region (auch im Vergleich zum Eupener Land) deutlich: in der wirtschaftlichen Entwicklung, in der Ausstattung mit Wohlstandsgütern, in der Mobilität, in der Kommunikation. Die Erfahrungen von

Flüchtlingsdasein (während der Ardennenoffensive) und von Not und Wiederaufbau, der Wille in den Dörfern, gemeinsam über alte politische Gräben hinweg die Zukunft zu gestalten, und das sich beständige Einrichten in einer rückständigen Randregion mag Grundlage für diesen erfolgreichen Anpassungsprozess gewesen sein. Die 1970er Jahre waren nicht nur der Beginn der modernen ländlichen Gesellschaft, sondern auch ein Startschuss, um aus dieser und für diese Randregion Mehrwert zu schaffen.

Endnoten

- 1 Siehe u. a. Carlo Lejeune, Leben und Feiern auf dem Lande, Bd. 1-3, Sankt Vith 1992-1996, sowie zahlreiche Artikel in der Zeitschrift des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“, recherchierbar unter www.zvs.be.
- 2 Matthias Zender, Das Volksleben in den Rheinlanden seit 1815, in: *Rheinische Geschichte*, Bd. 3, Düsseldorf 1979, S. 839-840.

EUPENER LAND: WANDEL IM ALLTAG,
VERÄNDERUNG IM DENKEN

MAL GRUNDLEGEND, MAL NUANCIERT, MAL OFFENSICHTLICH

von SEBASTIAN SCHARTE



Jeden Tag Fernsehfreude
in Ihrem Heim!

Ein jeder in der Familie findet darin sein eigenes
Interessengebiet:

- * Schauspiel
- Music-Hall
- Fernsehnachrichten
- Kino
- Variété
- Wochenschau
- Sport
- Magazin für die Frau
- usw., usw.

4798-17 TX 1003
PHILIPS FERNSEHER
2 Modelle

Auch für Ihren Fernseher können
Sie ruhig PHILIPS Ihr Vertrauen



Was passiert da, wo Leben tagtäglich stattfindet und sich Routine einstellt? Was bestimmte diesen Alltag im Eupener Land bis in die 1970er Jahre, die im westlichen Europa zu gesellschaftlichen Brüchen führten? Ein Blick über Grenze(n), ein Blick auf die „Amerikanisierung“ oder ein Blick auf Alltage und Feiertage zeigt Veränderungen, Anpassungen und neue Herausforderungen, die noch heute nachweisbare Schritte in die Zukunft waren.

Ernüchterung und Erleichterung zugleich empfand Henri Michel, als er Ende August 1947 von der Premiere der Hannover Messe nach Ostbelgien zurückgekehrt war. Ernüchterung ob der trostlosen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Nachbarland, Erleichterung ob der Rückkehr in einen fast unbeschwert belgischen Alltag.

„5 Tage und Nächte lebten wir in einer anderen Welt. Jetzt sind wir wieder im Reiche dessen, was Erstminister Spaak, das belgische Wunder‘ nennt. Niemals ist dieser Begriff mir greifbar näher und glaubwürdiger erschienen als nach dieser Deutschlandreise 1947, inmitten einer grausigen Anhäufung von Entbehrungen, Hunger und Elend, den unausweichlichen Folgen jener nationalsozialistischen Wahnsinnspolitik, die ganz Europa in ihre Gewalt zu zwingen versuchte.“¹

Und diesen erlebte nicht nur der Chefredakteur des *Grenz-Echos*, sondern auch der Großteil der Bevölkerung im Eupener Land: „Es gab ja hier direkt nach dem Krieg auch alles, im Gegensatz zu Deutschland. Wir versorgten die Verwandten in Deutschland teils sogar mit Lebensmitteln, hauptsächlich Kaffee und Butter“², so Kindheitserinnerungen aus der Eupener Unterstadt.

Das tagtäglich Erfahrene

Alltag: das Routinierte, das sich Wiederholende, das Unhinterfragte, das tagtäglich Erfahrene und Erlebte der vielen in Geschichte und Gegenwart.³ Dieser Alltag im Eupener Land der Nachkriegsjahre war geprägt vom Blick über die Grenze, die zwei gesellschaftliche Welten voneinander zu trennen schien. „Nie mehr fahre ich nach



Lichtenbusch, 6. November 1964: König Baudouin und Bundespräsident Lübke eröffnen die Autobahn Antwerpen-Köln

Aachen“⁴, beschloss eine junge Eupenerin, völlig verstört von den zahlreichen in der Aachener Innenstadt bettelnden Kriegsinvaliden. Von Kriegsende an resultierte aus den so unterschiedlichen Lebensverhältnissen in Belgien und Deutschland eine rege Schmuggeltätigkeit - die „Sündige Grenze“, an der zwischen 1946 und

1952 wohl 31 Schmuggler und auch zwei Zöllner ihr Leben ließen, wurde sogar im zeitgenössischen Kinofilm festgehalten⁵. Anekdotische Dialoge wie die vom deutschen Zollbeamten - „Na, wo hat die Mama denn heute den Kaffee versteckt?“ - und vom unbedarften, autoritätsgläubigen Kind - „unterm Rock“⁶ - brannten sich tief in

das kollektive Gedächtnis der Grenzbevölkerung ein⁷.

Kulturelle Globalisierung

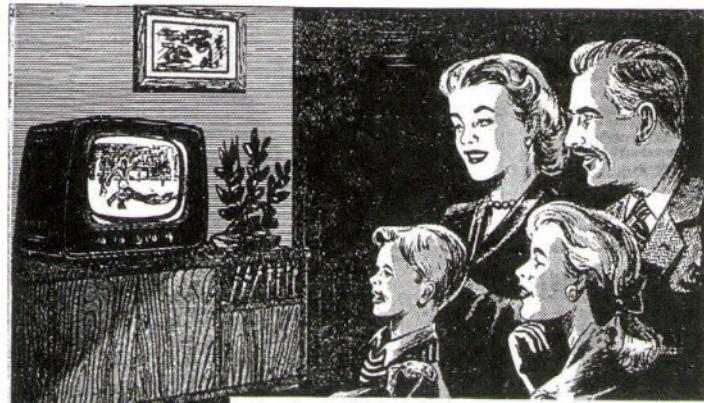
Einkaufen, essen und trinken, sich einkleiden und sich einrichten, ja Konsum als Ganzes – diese zentralen Aspekte des Alltagslebens unterlagen auch im Grenzland bis in die 1970er Jahre den Prozessen einer kulturellen Globalisierung⁸. „Diese [...] Amerikanisierung des platten Landes hat selten gute Folgen, die Leute werden gleich übermütig und wissen ihre Forderungen nicht mehr zu begrenzen“⁹, warnte Otto Eugen Mayer im Grenz-Echo zwar schon früh (und) kulturkritisch, aber der Zeitgeist hinterließ bald auch in Ostbelgien seine Spuren – Fernseher, Telefone, Autos, Mofas und Mopeds, Rock 'n' Roll, Hula-Hoop-Reifen und Miniröcke, Milchprodukte in Plastikbechern, erste Tiefkühlkost und neuartige Süßfrüchte wie Ananas, Mango und Kiwi ... Der Markt der Möglichkeiten in Lebensführung und -deutung war groß wie nie zuvor, doch während das Angebot an Waren schier unaufhaltsam wuchs, schrumpften die Orte des Konsums auch in Eupen: So begann der Siegeszug der fast alles in sich konzentrierenden Supermärkte in den 1960er Jahren¹⁰, „vorher gab es zum Beispiel in der Heggenstraße drei Kolonialwarengeschäfte, eine Metzgerei und eine Bäckerei auf gerade einmal 150 Metern“¹¹.

Wer kam wie zum Supermarkt? Und auf welche Weise kamen all die Waren dorthin? Fragen von alltäglicher Mobilität stellten sich ebenfalls neu. Das Fahrrad war als Fortbewegungsmittel seit jeher gesetzt, „eine Autobahn hatten wir nicht nötig, so ganz ohne Auto“, ergänzt ein Eupener, der „nur

mit einer gebrauchten Vespa“¹² seine ersten motorisierten Wege machte. Als am 6. November 1964 König Baudouin und Bundespräsident Lübke bei Lichtenbusch „die erste grenzüberschreitende Autobahn [...] als neues Bindeglied zwischen Belgien und Deutschland dem Verkehr übergeben“¹³ konnten, profitierte davon primär der Warenverkehr zwischen Köln, Aachen, Lüttich, Hasselt und Antwerpen¹⁴.

War hiermit auch das Zeitalter der Eisenbahn Geschichte? Zumindest ein

Kleinod, ein Wahrzeichen der Region überlebte nicht lange: Stillgelegt schon 1965 und ersetzt durch einen schlichten Neubau in Welkenraedt, wurde der frühere preußisch-belgische Grenzbahnhof Herbesthal 1983 endgültig abgerissen¹⁵. Eupens Glück hingegen 1965 war eine baubedingte Sperrung der Hauptstrecke Köln-Ostende bei Eilendorf, so dass man zwischenzeitlich die alte Nebenstrecke Stolberg-Walheim-Raeren-Eupen-Welkenraedt reaktivierte und die größte Stadt Ostbelgiens schließlich 1984 auch wieder an den innerbelgischen Personen-



Jeden Tag Fernsehfreude in Ihrem Heim!

Ein jeder in der Familie findet darin sein eigenes Interessengebiet:

- ★ Schauspiel
Music-Hall
Fernsehnachrichten
Kino
Variété
Wochenschau
Sport
Magazin für die Frau
usw., usw.

*Auch für Ihren Fernseher können
Sie ruhig PHILIPS Ihr Vertrauen
schenken!*



PHILIPS FERNSEHER
3 Modelle
mit
4 Standarden
und 12 Kanälen

von Fr. 12.900,-
bis Fr. 21.500,-
oder ab
Fr. 655,- monatlich.

Wenden Sie sich
vertrauensvoll
an einen zuständigen
PHILIPS FERNSEHER
Spezialisten.

PHILIPS *Fernseher*

★ In der Komfortzone der beiden
belgischen Sender genügt eine
einfache und billige Antenne.

Eupen, 15. März 1954:
„Jeden Tag Fernsehfreude in Ihrem Heim“ - Werbung im Grenz-Echo

verkehr anschloss¹⁶. Das Kleinbahnnetz im Eupener Land ereilte ein anderes Schicksal, da es gegen die Konkurrenz der neuen Autobusse nicht mehr ankam: Die Linie von Aachen nach Eupen stellte ihren Betrieb (auf belgischer Seite) 1953 ein, die von Verviers nach Eupen 1956; auch die kurze Vizinalbahnstrecke Dolhain-Eupen wurde letztmals 1960 befahren¹⁷.

Vom Alltag zum Feiertag

Konsum und Mobilität – was aber wäre der Alltag ohne seinen Widerpart, sein eigentliches Pendant, den Feiertag, den Festtag? Ohne umfassend über alle kirchlichen und weltlichen Feste und Feiern, Bräuche und Rituale berichten zu können, sei hier einer der Höhepunkte im ostbelgischen Jahreslauf genannt: der Karneval. „Mach, was Du willst, aber ich fahre nach Eupen“¹⁸, wird ein flämischer Narr in Gegenwart seiner Ehefrau zitiert, als er an einem Rosenmontag rheinisches Liedgut im Radio hörte und prompt alles an der Nordsee stehen und liegen ließ (außer seine Zahnbürste). Ein knappes Jahrhundert zuvor, 1884, hatte der erste Eupener Rosenmontagszug stattgefunden, 1910 der erste Karnevalsprinz die Stadt regiert, 1913 das erste Funkencorps die närrischen Tage mitgestaltet; eine fast ununterbrochene Tradition von Zug und Prinz gibt es schließlich seit 1948¹⁹. Kelmis ist eine weitere Karnevalshochburg der Region – und die dort beheimatete Königliche Karnevalsgesellschaft Ulk von 1879 der älteste noch heute existierende Karnevalsverein Ostbelgiens²⁰. „Blödsinn, aber richtig schön“²¹, fasst eine Eupenerin die fünfte Jahreszeit an Weser und Göhl zusammen.

Junikirmes in der Oberstadt und Septemberkirmes in der Unterstadt, 11. November mit Waffenstillstandsfeier am Morgen und seit 1963 Martinszug am Abend, Schützen- und Vereinsfeste, Weihnachten, Ostern, Pfingsten und das dem hochmittelalterlichen Lüttich entstammende Fronleichnam mit fei-

erlicher Prozession, doch leider ohne arbeitsfreien Feiertag: In Eupen, aber freilich auch in Kelmis, Lontzen und Raeren wandelten sich Fest- und Alltag bis in die 1970er Jahre – mal grundlegend, mal nuanciert, mal offensichtlich, mal subtil, mal reich an Konflikten, mal frei von solchen.

Dienstag, 10. Februar 1958

GRENZ-ECHO

Seite 3

Nr. 33

Der Karneval an der Ostgrenze

Trotz Nebel nicht benebelt!

Närrische Begeisterung um die Prinzen und Karnevalszüge in allen Zentren des ostbelgischen Karnevals

Erwähnen wir das Schlechte zuerst: der Nebel hat vor allen uns Rossauern den eindrücklichsten Eindruck gemacht. Fassende aus dem Innern des Landes zu Laut das gewusste sei, das sagen kann der Verkehrsminister: "Der Nebel ist der einzige natürlichlich hochgradigste Drogen nicht ansteckend, der die Menschen zum gesunden Karneval führen, wenn dannmal im Vorfeld Rennen, Reitkunst, Matrosen und andere mit dem Karneval verbundene Sonnenstrahlen. Das war Montag nicht mehr der Fall. Wirklich im Nebel verloren, so wie es in den ersten vier Gruppen der Faschingszüge in der vergrauenden Lüge, Kehme und viele andere Orte bei Nebel, und das war der Nebel, der die Karnevalszüge beeinträchtigte, um seine direkten Umstädte zu feiern und herumzulaufen, um die Karnevalszüge zu sehen. Diese dieser Spur an der Freude teilweise beobachteten, die Karnevalszüge waren nicht mehr Faschingszüge mehr: Eher sie haben sich nicht getrennt, sondern sie haben sich getrennt, der Nebel, weil der Nebel für weiter entfernte Einwohner etwas mittleren Karnevalszüge war, was sie nicht mehr zu sehen oder nicht schreien. Sie werden nun sicherlich Erfolg, wenn sie weiteren Karnevalszügen in Bütgenbach, Bütgenbach und in Weismes und im Tage zuvor in St. Vith und in Mönchengladbach und in Völk gewünscht werden."

Die ehrliche Verkündung lässt sich nicht widerlegen. Wenn es gar zu kalt wird, gibt es hochspannende Gerüchte, die wenigstens die Karnevalszüge in den Bildern und das Gesicht geben, dass man es noch ertragen kann. Zeit aufzuhalten.

Der Karneval in den vierziger Ostlanden

Oben links: Einzelner Gruppen im Eigner Zug der Brüsseler und mitre Wippe

Karneval in der Stadt: Einzelner Gruppen im Eigner Zug der Brüsseler und mitre Wippe

Oben rechts: Einzelner Gruppen im Eigner Karnevalszug, bei: eine der Karnevalszüge, die nicht mehr weitergehen, aber mit dem gewissen Erfolg nachvollziehbar sind, wenn die Wippe entsprechendem Wagen von 'Klass' oder 'Dreieckspfeilchen'.

Vorne von links: Karneval in Kehme, die Karnevalszüge sind ausnahmsweise möglich bzw. möglichst, aber mit dem gewissen Erfolg nachvollziehbar sind.

Oben rechts: Einzelner Gruppen im Eigner Karnevalszug, bei: eine der Karnevalszüge, die nicht mehr weitergehen, aber mit dem gewissen Erfolg nachvollziehbar sind.

Oben links: Einzelner Gruppen im Eigner Karnevalszug, bei: eine der Karnevalszüge, die nicht mehr weitergehen, aber mit dem gewissen Erfolg nachvollziehbar sind.

Oben rechts: Einzelner Gruppen im Eigner Karnevalszug, bei: eine der Karnevalszüge, die nicht mehr weitergehen, aber mit dem gewissen Erfolg nachvollziehbar sind.

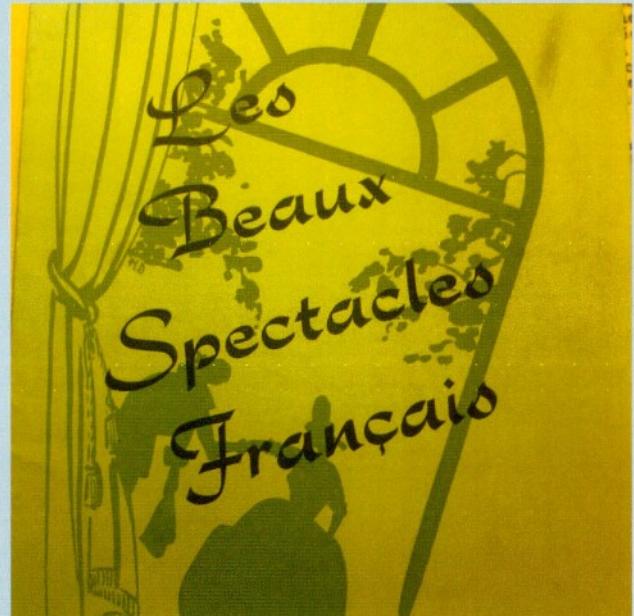
Eupen, 10. Februar 1959: Karnevalsbegeisterung in Ostbelgien - Sonderseite im Grenz-Echo

Endnoten

- 1 Henri Michel, Deutschlandreise 1947 – Ausklang und Bilanz, in: Grenz-Echo, 28.08.1947.
- 2 Zeitzeuge, männlich, Jahrgang 1942 – Interview, 30.11.2012.
- 3 Zu Konzepten der „Alltagsgeschichte“ in den Geschichtswissenschaften vgl. exemplarisch die entsprechenden Passagen bei Georg G. Iggers, Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein kritischer Überblick im internationalen Zusammenhang, Göttingen 2007.
- 4 Zeitzeugin, weiblich, Jahrgang 1932 – Interview, 30.11.2012.
- 5 Vgl. vor allem Wolfgang Trees, Schmuggler, Zöllner und die Kaffeepanzer. Die wilden Nachkriegsjahre an der deutschen Westgrenze, Aachen 2002, der auch die Opferzahlen anführt. Zur formal-juristischen „Grenzregulierung, Grenzüberschreitung und Ausländerfrage“ vgl. Gerd Kleu, Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945-1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith, Essen 2007, S. 138-149.
- 6 Zeitzeuge, männlich, Jahrgang 1942 – Interview, 30.11.2012. Was ernst gemeint war und was nicht, variierte freilich von Zöllner zu Zöllner: Ebenso erzählte der Zeitzeuge von einem, der sich detailliert über gekauftes Kinderspielzeug, über Geldwert und Geschäftsadresse informieren ließ, um anschließend festzustellen: „Danke, da werde ich auch mal gucken gehen.“
- 7 Die Situation an der Grenze beruhigte sich erst mit der Senkung der Kaffeesteuer in Deutschland im August 1953 – vgl. Trees, Schmuggler, S. 416-420 – sowie dem Inkrafttreten erster belgisch-deutscher Staatsverträge im September 1956 – vgl. Alfred Minke, Grenzland seit Menschen- denken, in: Anne Begenat-Neuschäfer (Hrsg.), Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Eine Bestandsaufnahme. Frankfurt a. M. u. a. 2010, S. 3-26, hier S. 22.
- 8 Fachbegriffe hierfür sind „Westernisierung“ und „Amerikanisierung“. Vgl. vor allem Anselm Doering-Manteuffel, Amerikanisierung und Westernisierung, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18. 1.2011, URL: http://docupedia.de/zg/Amerikanisierung_und_Westernisierung?oldid=84584; außerdem Manuel Schramm, Konsumgeschichte, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 25.7.2011, URL: http://docupedia.de/zg/Konsumgeschichte_Version_1.0_Manuel_Schramm?oldid=84925; Orvar Löfgren, The uses of history in consumption studies, in: Andreas Hartmann u. a. (Hrsg.), Die Macht der Dinge. Symbolische Kommunikation und kulturelles Handeln. Festschrift für Ruth-E. Mohrmann. Münster u. a. 2011, S. 35-44; Andreas Fickers, Globalisierung oder die Heimat im Sog des Weltgeschehens. Auf der Suche nach regionalen Bremsspuren eines Beschleunigungsprozesses, in: Carlo Lejeune, Andreas Fickers, Freddy Cremer, Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert, Büllingen 2001, S. 39-48.
- 9 Rabelais (= Otto Eugen Mayer): Warum so eilig? In: Grenz-Echo, 26.04.1947.
- 10 Vgl. den Beitrag von Peter Quadflieg in diesem Band.
- 11 Zeitzeuge, männlich, Jahrgang 1942 – Interview, 30.11.2012.
- 12 Zeitzeuge, männlich, Jahrgang 1942 – Interview, 30.11.2012.
- 13 Grenz-Echo, 07.11.1964.
- 14 Vgl. Quadflieg (wie Anm. 10); außerdem Andreas Fickers, Fahrrad, Dampfross und Kleinbahn. Die Veränderung von Raum und Zeit durch die Erfahrung der Welt. In: Lejeune, Fickers, Cremer, Spuren, S. 117-125, hier S. 121.
- 15 Vgl. Reinhard Dauber, Klaus Winands, Der ehemalige deutsch-belgische Grenzbahnhof Herbesthal an der Eisenbahnstrecke Köln-Antwerpen, in: Geschichtliches Eupen 18 (1984), S. 109-132.
- 16 Vgl. Gottfried Loup, Straßen- und Verkehrswesen in der Stadt Eupen, in: Geschichtliches Eupen 25 (1991), S. 85-102, hier S. 97f.
- 17 Vgl. Reiner Bimmermann, Das Eupener Kleinbahnenetz (1906-1956), in: Geschichtliches Eupen 28 (1994), S. 107-130; Fickers, Fahrrad, S. 121f.; Loup, Straßen- und Verkehrswesen, S. 102.
- 18 Zeitzeugin, weiblich, Jahrgang 1932 – Interview, 30.11.2012.
- 19 Vgl. Leo Hermanns, Wesensart, Sitten und Bräuche der Eupener, in: Geschichtliches Eupen 25 (1991), S. 117-130; außerdem Marcel Bauer, Et Wärscheff. Eine Chronik des Eupener Karnevals. Erweiterte Neuauflage Eupen 2007, S. 18f.; ders., 121 Jahre „Oepe Alaaf“. Eine Chronik des Eupener Karnevals, in: Geschichtliches Eupen 38 (2004), S. 85-120, Geschichtliches Eupen 39 (2005), S. 149-162, Geschichtliches Eupen 40 (2006), S. 137-163.
- 20 Vgl. Sylvie Fabbeck, Der Kelmiser Karneval und seine Symbolfigur, in: Im Göhlthal 56 (1995), S. 94-101; Iwan Jungbluth, Die KKG Ulk im Wandel der Zeit, in: Im Göhlthal 72 (2003), S. 78-89; ders., Der Bärrech – die Neutralität – der Schmuggel, Eupen 2012, vor allem S. 100-113.
- 21 Zeitzeugin, weiblich, Jahrgang 1932 – Interview, 30.11.2012.

KULTURARBEIT ZWISCHEN
FREMDBESTIMMUNG UND SELBSTFINDUNG
CULTURE, VOUS AVEZ DIT KULTUR?

von CHRISTOPH BRÜLL



baustein

FÜR DAS HAUS DER KULTUR
DES EUPENER GEBIETES



Zum Thema
**Kultur-
autonomie**

Erst Mitte der 1950er Jahre begannen Bürger in den deutschsprachigen Gemeinden, aktiv Kulturarbeit zu betreiben. Diese stand unmittelbar in einem politischen Spannungsfeld, das immer wieder neu zwischen Akteuren an der Basis, dem Bezirkskommissar Hoen, der Provinz Lüttich und den kulturellen Dienststellen des Zentralstaates Belgiens ausgelotet werden musste. Haben sich hier Grundpositionen herausgebildet, die auch den politischen Diskurs bestimmten? Welcher Akteur verfolgte welche Ziele mit welchen Mitteln? War der kulturelle Frühling Initialzündung, Begleiter oder nur Folge des „politischen Frühlings“ in der Region? Fakten und Meinungen zu einem Politikbereich, der die ureigenste Besonderheit der deutschsprachigen Belgier widerspiegelt.

Sankt Vith, 14. Dezember 1957. Theaterabend: Auf dem Programm steht „Der Geizige“ von Molière, aufgeführt vom Trierer Stadttheater. Unter den Gästen die lokale und regionale Prominenz – auch der deutsche Konsul in Lüttich, Schumacher. Der Andrang hat einen guten Grund, denn es handelt sich erst um die zweite Theateraufführung eines professionellen Ensembles in deutscher Sprache in Sankt Vith seit Kriegsende¹. Veranstalter ist der *Cercle littéraire*, dessen Vorsitzender, Notar Robert Grimal, ein Verfechter der französischen Sprache in der Eifel, sich überschwänglich bei Henri Hoen bedankt und zu den Zielen des Abends sagt: „Am Kreuzpunkt zweier Kulturen, in einer kleinen Stadt, die leider eines der größten Opfer des Krieges wurde, möchten wir eine Vereinigung bleiben, die den Frieden und die Einigkeit liebt.“ Er betont zudem, dass der *Cercle littéraire* schon viel früher deutsche Theateraufführungen nach Sankt Vith habe

holen wollen, dies jedoch erst durch das deutsch-belgische Kulturabkommen vom September 1956 auch finanziell möglich geworden sei².

Der Kreuzpunkt zweier Kulturen

Zwei Wochen zuvor hätte man meinen können, die Sankt Vither Bevölkerung wäre für ihre lange Wartezeit nun doppelt entschädigt worden. Noch am 6. Dezember hatte die Presse eine Aufführung des Stücks „Der Patriot“ von Alfred Neumann angekündigt und dem veranstaltenden Volksbildungswerk einen „vollen Erfolg“ gewünscht³. Tatsächlich sollte diese Aufführung nie stattfinden. Bezirkskommissar Hoen hatte sie kurzerhand verboten. Zeitzeugen berichten, das Publikum aus Sankt Vith habe sogar geglaubt, „Der Geizige“ sei vom Volksbildungswerk organisiert worden⁴. Und in seiner Rede vom „Kreuzpunkt zweier Kulturen“ hatte Notar Grimal natürlich nicht erwähnt, dass der *Cercle littéraire* seine Statuten erst

wenige Wochen zuvor geändert hatte, um überhaupt die „Kultur deutscher Sprache“ zum Gegenstand seines Wirkens zu machen⁵. Die Idee der Theateraufführungen in deutscher Sprache war demnach wohl eher spontan, aber dennoch gezielt – als Reaktion auf die Gründung des Volksbildungswerks – entstanden⁶. Zuvor war das deutsch-belgische Kulturabkommen folglich noch nicht für solch hehre Absichten gut gewesen. In der Folge führte die Rivalität zwischen *Cercle littéraire* und Volksbildungswerk sogar kurzzeitig dazu, dass das Auswärtige Amt in Bonn seine Ausfallgarantien für deutsche Kulturschaffende, die in Sankt Vith auftreten wollten, aussetzte. In kulturpolitische Streitigkeiten vor Ort wollten die Diplomaten – auf Anraten des Lütticher Konsulats – nicht eingreifen⁷.

Diese Episode enthält fast alle Zutaten der kulturpolitischen Gemengelage im deutschsprachigen Belgien der Nachkriegszeit. Dafür standen schon



Arbeiterlaubnis für die deutsche Schauspielerin Maria Müller für ein Gastspiel der Landesbühne Rheinland-Pfalz in St. Vith, das auf Einladung des Volksbildungswerks zustande kam (1958).



die Akteure: zwei Vereinigungen, die als Vektor der Assimilationspolitik (*Cercle littéraire*) bzw. als Reaktion auf diese Politik (*Volksbildungswerk*) entstanden waren; Henri Hoen, der auch in der Kulturpolitik fast allmächtige Entscheidung über national und antinational, über finanzielle Förderung und Verdammung zur Bedeutungslosigkeit⁸, aber auch die junge Bundesrepublik, deren Verhältnis zu den belgischen Ostkantonen sich vor allem über Kulturfragen definierte und die ihre Unterstützung in dem Gebiet im Frühjahr 1958 rechtfertigte:

„Im Verhältnis zu den französischen Aufführungen ist die Anzahl der Darbietungen in deutscher Sprache, im Hinblick darauf, dass die dortige Bevölkerung fast ausschließlich deutsch spricht, sehr gering. Der Eindruck einer übertriebenen deutschen Kulturwerbung kann daher in keiner Weise entdeckt werden.“⁹

Kulturpolitik als Instrument der Assimilationspolitik

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war fast das gesamte kulturelle Leben in den drei Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith in den Sog des Nationalitätenkonflikts geraten. Kein Verein kam ohne politische Positionierung aus bzw. an der Zuschreibung einer solchen vorbei. Mit der Annexion im Mai 1940 setzte eine Germanisierungspolitik ein, die den ehemals probelgischen Vereinen als Option nur Auflösung, Rückzug oder (Selbst-)Gleichschaltung ließ. Mit dem Kriegsende kam dann jegliche kulturelle Aktivität zum Erliegen.

Es kann kaum verwundern, dass Hoen die Kulturpolitik in den folgenden

Jahren fast ausschließlich in den Dienst der Assimilationspolitik stellte und als Kriterium für die finanzielle Förderwürdigkeit von Kulturtätigkeiten einzig deren nationalpolitische Funktion anlegte. So wurden auch die Grenzschließung und die restriktive Vergabepraxis von Passierscheinen „kulturell“ begründet:

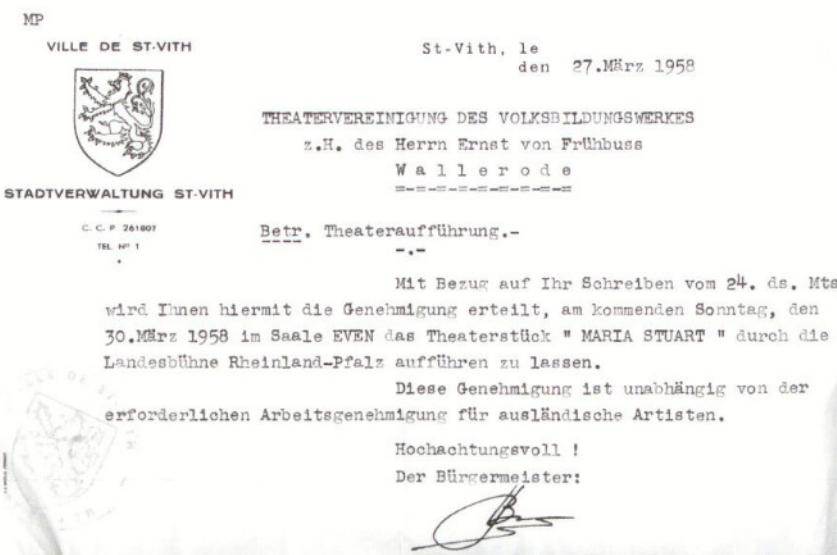
„[Dem Grenzverkehr] kommt aus Gründen der Assimilation und der Orientierung der Bevölkerung eine besondere Bedeutung zu. [...] Es ist wichtig, standhaft zu bleiben und

eine massive Orientierung nach Deutschland zu verhindern. Vergessen wir nicht, dass die Bevölkerung der Ostkantone vor dem Krieg gerne und regelmäßig den kulturellen Veranstaltungen beiwohnte, die jenseits der Grenze stattfanden.“¹⁰

Wesentliches Steuerungsinstrument war naturgemäß die Mittelvergabe für die zahlreichen ostbelgischen Vereine in den Bereichen Sport, Musik und Jugend. Dazu hatte das Innenministerium einen sogenannten Propagandafonds eingerichtet, der den „patriotischen

-121-	
<u>-XIV-</u>	
<u>FONDS DE PROPAGANDE.</u>	
<p>Les subventions prévues au budget du Ministère de l'Intérieur en faveur de la propagande belge dans les Cantons de l'Est ont été octroyées aux organismes ci-après désignés:</p>	
<u>CANTON D'EUPEN :</u>	
Concerts symphoniques d'EUPEN :	5.000,- Frs
Collège Patronné d'EUPEN :	10.000,- "
Alliance Sportive d'EUPEN :	1.500,- "
Spectacles d'art, EUPEN :	5.000,- "
29ème Unité Scoute d'EUPEN :	2.000,- "
<u>CANTON DE MALMEDY :</u>	
Jeunesses Patriotiques MALMEDY :	40.000,- "
Royale Malmédienne :	1.000,- "
Syndicat d'Initiative, MALMEDY :	5.000,- "
Athénée Royal de MALMEDY :	10.000,- "
R.F.C. Malmundaria :	1.500,- "
Cercle de l'Ecran MALMEDY :	3.000,- "
<u>CANTON DE ST. VITH :</u>	
Collège Patronné ST. VITH :	3.000,- "
Centrale Wallonne des Auberges de Jeunesse :	3.000,- "
	90.000,- Frs
<p>Le crédit de 100.000 Frs prévu a été réduit de 10 %.</p>	
x x x	

Mit den Mitteln aus dem so genannten Propagandafonds steuerte der beigeordnete Bezirkskommissar Henri Hoen in den 1950er Jahren die Kulturpolitik in den „Ostkantonen“.



Erlaubnis zur Aufführung des Theaterstücks „Maria Stuart“ durch die Landesbühne Rheinland-Pfalz in St. Vith (1958). Veranstalter war das noch junge Volksbildungswerk.

Vereinigungen“ zugutekommen sollte. In den Nachkriegsjahren ging der Löwenanteil an die *Jeunesses patriotiques*, deren Sitz sich in Malmedy befand und deren wichtigste Aufgabe die Organisation von Französischkursen in den deutschsprachigen Gemeinden der drei Kantone war¹¹. In seinem Bericht für das Jahr 1950 gab Hoen Einblick in seine Grundkonzeption für die Kulturpolitik: „Unabhängig von der schulischen Erziehung muss es darum gehen, die Volkserziehung voranzutreiben und nach und nach die letzten Überbleibsel der deutschen Kultur verschwinden zu lassen.“¹² Mittel dazu waren eine Zensur von Kinofilmen, die aus Deutschland nach Ostbelgien kamen, und die systematische Unterstützung jener Kulturvereinigungen, die sich der Verbreitung der französischen Kultur widmeten: die *Beaux Spectacles Français (BSF)* in Eupen und der bereits erwähnte *Cercle littéraire* in Sankt Vith¹³. Ziel sei die „geistige Annäherung“ an Belgien¹⁴.

Nur wenige Kulturschaffende wagten es, Hoen Politik offen zu kritisieren.

Der Eupener CSP-Politiker und Kabinettsattaché für die Ostkantone, Dr. Léopold Nyssen, konstatierte jedoch im September 1951 in seinem ersten Bericht für Premierminister Joseph Pholien, dass „die Schaffung eines kulturellen Lebens“ noch eine der drängendsten Aufgaben sei, der sich die Politik in der Region zu stellen habe¹⁵. Für Nyssen und den CSP-Abgeordneten Peter Kofferschläger, einen der entschiedensten Verteidiger der deutschen Muttersprache zu Anfang der 1950er Jahre, waren die Parallelen zwischen politischer und kultureller Situation in den deutschsprachigen Kantonen nur allzu offensichtlich. Die Kulturpolitik war immer noch geprägt durch ihre nationalistische Aufladung, deren Hintergrund die als Misserfolg analysierte belgische Politik in der Zeit des Volksstumskampfes zwischen den beiden Weltkriegen bildete. Ein weiterer Blick in die geistige Welt Henri Hoens stützt diese These:

„Die Kulturförderung in den Ostkantonen hat ein doppeltes Ziel:

zunächst die Förderung des kulturellen Lebens durch für jedermann zugängliche qualitativ hochstehende Aufführungen, danach die Orientierung der Bevölkerung in Richtung unserer großen [belgischen] Kulturszentren, um die systematische Orientierung hin zur deutschen Kultur zu verhindern [...].“¹⁶

Im Ergebnis führte dies jedoch dazu, dass Kulturfragen automatisch zu Sprachenfragen wurden und fast zwangsläufig in den Sog der Assimilierungspolitik gerieten. Über Kultur an der Grenze wurde ausschließlich in den Kategorien der Nationalisierung nachgedacht. Eine Strategie, die der Hybridekultur¹⁷ einer Grenzregion Rechnung getragen hätte, lag außerhalb der Vorstellungen der Gestalter der Kulturpolitik der Nachkriegsjahre.

Abstimmung mit den Füßen

Hinter den Ansprüchen stand jedoch eine Wirklichkeit, der sich die Behörden um Hoen nur widerwillig, spät und unter zahlreichen Windungen stellten: nämlich, dass viele der geförderten Kulturveranstaltungen nur recht spärlichen Besuch verzeichneten. Im Jahresbericht 1957 erkannte Hoen dies an und führte als Gründe die mangelnde Abwechslung der Programme und die verkehrstechnischen Probleme an¹⁸. Es steht zudem außer Frage, dass im ländlichen Raum der Ostkantone große Infrastrukturprobleme herrschten. Aufführungen konnten letztlich nur in den privaten Sälen stattfinden, von der öffentlichen Hand betriebene Kultureinrichtungen gab es so gut wie keine¹⁹. Hinter den mangelnden (oder als solchen empfundenen) Zuschauerzahlen versteckte sich jedoch eine andere – simple – Tatsache:

„allen zugänglich“ waren diese kulturellen Darbietungen schon allein deshalb nicht, weil ein Großteil der Bevölkerung sie schlicht nicht verstand²⁰.

So fiel der Beginn der leisen Selbstbehauptung der deutschen Sprache und Kultur, der mit der Gründung von *Kunst und Bühne* in Eupen (1956) und dem *Volksbildungswerk* (1957), aber auch der *Vereinigung zu Schutz und Pflege der Muttersprache* (1958) einsetzt, nicht zufällig in eine Zeit, in der die größten Nachwehen der Säuberung abgeschwächt waren, in der zumindest das Prinzip der Primarschulausbildung in deutscher Sprache unstrittig geworden war und – auch wenn es in den Quellen keinen direkten kausalen Zusammenhang gibt – in die Zeit der deutsch-belgischen Entspannung, die im Ausgleichsvertrag vom September 1956 und dem darin enthaltenen Kulturabkommen ihren Niederschlag fand²¹.

In ihren Statuten unterschieden sich die neuen Kulturträger kaum von den nunmehr etablierten Vereinigungen *Beaux Spectacles Français* und *Cercle littéraire*. Zu den Zielen des *Volksbildungswerks* Sankt Vith gehörte es, den „Mitgliedern und darüber hinaus breiteren Schichten der Bevölkerung künstlerisch-bildende Unterhaltung zu bieten und zur kulturellen Bereicherung beizutragen. [Das *Volksbildungswerk*] strebt auf allen Gebieten eine Gesundung und Hebung des Bildungsstandes an“²². Der wesentliche Unterschied bestand eben in der Nutzung der deutschen Sprache. Zum Gründungsvorstand gehörten Ernst von Frühbuss, Richard Rauw und Richard Schwall. Letzterer erinnerte sich über fünfzig Jahre später daran, dass „[uns] sogar der Name aufgezwungen [wurde]“²³. Tatsächlich war *Volksbildungswerk* eine Übersetzung des französischen *œuvres d'éducation populaire*, wie auch die Statuten sich naturgemäß an den Definitionskriterien der Brüsseler Administration orientierten. Die neue Situation stellte Hoen auch in seiner Eigenschaft als Mitglied des Nationalen Rates für Volksbildung vor neue Herausforderungen. Abgesehen davon, dass die Assimilation durch die Durchsetzung des Französischen als gescheitert betrachtet werden konnte, ging die Erhöhung der Zahl der Träger nämlich nicht mit einer Erhöhung der Mittel einher. So bemühte sich Hoen, die lokalen Akteure in einer Organisation zu versammeln. Dies gelang ihm in Eupen, wo sich die beiden Vereinigungen *Beaux Spectacles Français* und *Kunst und Bühne* mithilfe einer Dachorganisation koordinierten²⁴. In Sankt Vith scheint dieser Versuch gescheitert zu sein. Wenn man auf der Grundlage der vorhandenen Quellen urteilt, lag dies an der mangelnden Bereitschaft des *Cercle littéraire*, wohingegen von

Local où se donneront les représentations

Salle EVEN-KNOTT

route de Malmedy à St.Vith

Tout changement serait signalé en temps utile.

Prix des Places: 40, 25- 15,- frs

*Faites vous membre du
„Cercle Littéraire de St. Vith“*

A. S. B. L.

Membre ordinaire:

25,- frs

Membre d'honneur:

100 à 500,- frs

Der von dem Notar Grimar geleitete *Cercle littéraire* gehörte in den 1950er Jahren zu den Vereinigungen, die sich aktiv der von Hoen geförderten Assimilierungspolitik verschrieben. Im Jahr 1958 musste er jedoch seine Aktivitäten einstellen.

Frühbuss das Einverständnis des Volksbildungswerks angekündigt hatte und sogar schon die Liste der Namen von dessen Vertretern anfügte, nicht ohne im selben Schreiben gegenüber Hoen süffisant darauf hinzuweisen, dass anlässlich der nächsten von seiner Vereinigung programmierten Theateraufführung „Zufälligkeiten wie bei unserer damals geplanten Aufführung ‚Der Patriot‘ ausgeschlossen bleiben“²⁵. Die Sankt Vither Rivalitäten fanden jedoch ein schnelles Ende: Im Mai 1958 beschloss die Generalversammlung des *Cercle littéraire* die Aussetzung aller Vereinsaktivitäten. Gegenüber den Brüsseler Behörden erklärten Präsident Grimar und Schriftführer Lehnen: „Es ist uns nicht leicht gefallen, unsere Tätigkeit auszusetzen, deren Charakteristik die Einbringung der Latinität in diese Region war, in der zwei der größten Zivilisationen Europas dazu angetan sind, sich zu verstehen.“²⁶

Die Besserstellung des Französischen

Die Behörden nutzten die neue Situation im Sommer 1958, um in mehreren Versammlungen mit den Beteiligten eine Bestandsaufnahme des kulturellen Lebens in Eupen und Sankt Vith vorzunehmen. Hoen wurde dabei nicht müde, die Erfolge der „nationalen Politik“ in den Ostkantonen hervorzuheben, die durch das Engagement der verschiedenen Vereinigungen möglich geworden seien²⁷. Es galt jedoch nunmehr, einen neuen „Kampf“ zu führen: *Kunst und Bühne* sollte dem potentiellen flämischen Einfluss entzogen werden und dem französischen Sprachregime zugeschlagen bzw. den Gepflogenheiten der Provinz Lüttich angepasst werden²⁸. Außerdem setzte er sich dafür ein, dass das Sankt Vither

Volksbildungswerk zumindest die gleiche staatliche Förderung erhalten sollte wie *Kunst und Bühne*. Die Argumentation ist durchaus bemerkenswert, macht sie doch deutlich, dass Hoen immer noch an eine hierarchische Besserstellung des Französischen gegenüber dem Deutschen glaubte:

„[Das Volksbildungswerk] möchte die kulturelle Bildung in einer Region begünstigen, die einerseits durch ihre große Entfernung von Zentren mit größerem Kulturangebot und andererseits durch sprachliche Gründe, die ihr eigen sind, benachteiligt ist. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es derzeit nicht möglich ist, positive Resultate zu erzielen, indem man in Sankt Vith die Volksbildung in französischer Sprache durchführt, da der Großteil der Bevölkerung sprachlich nicht in der Lage ist, Aufführungen in französischer Sprache zu folgen. Dariüber hinaus sind die bisherigen Veranstaltungen des Volksbildungswerks sehr erfolgreich gewesen.“²⁹

Wenige Wochen später wurde der Eupener Jurist Dr. Joseph Schmitz im Kabinett von Kulturminister Harmel mit einem Sonderauftrag für die Ostkantone ausgestattet. Das Kulturleben geriet somit auch in die Diskussionen um die Schaffung der Sprachregionen in Belgien. Es stellte sich damit jedoch immer noch die Frage, ob es damit auch gestaltet und nicht bloß verwaltet werden konnte und welche Ziele damit verfolgt werden sollten.

Kultur braucht Finanzen

Der ehemalige Kulturhauptinspektor der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Firmin Pauquet, hat in zwei Beiträgen

die Verwaltungssicht auf das kulturelle Leben im deutschsprachigen Landesteil vor der Einsetzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft dargestellt. Sie erlauben einen Einblick in die Kulturlandschaft und ihre Finanzierung in diesem Zeitraum³⁰. Erst im Jahre 1960 wurde im Brüsseler Bildungsministerium ein eigenes Budget für Volksbildung und öffentliche Bibliotheken für die Gemeinden der Ostkantone eingerichtet. Dieses bestand aus drei Posten: direkte Hilfe (500.000 BF), erzieherische und kulturelle Veranstaltungen (200.000 BF) sowie Schulungen (50.000 BF). Bis 1965 stieg dieses Budget auf 1.050.000 BF an³¹. Ein Schreiben des Kabinetts des Kulturministeriums an Hoen gibt Aufschluss über die Verteilung der Mittel im Jahr 1962: An *Kunst und Bühne* gingen 99.000 BF, die *Beaux Spectacles Français* erhielten 90.000 BF, das Sankt Vither Volksbildungswerk 71.200 BF und der Kelmiser Volksbildungskreis (gegründet 1954) 10.700 BF³².

Das Jahr 1965 markiert einen Wendepunkt. Die Festlegung der Sprachgrenzen veranlasste die Brüsseler Behörden zur Schaffung eines Kulturdienstes, der von der zentralen Verwaltung der beiden Kulturministerien (dem flämischen und dem französischsprachigen) abhing. Dieser war zunächst nur für die Volksbildung zuständig und erweiterte seinen Aufgabenbereich in den Folgejahren um die öffentlichen Bibliotheken (1967), Museen und Archäologie (1968), Jugendorganisationen (1969) und Musik (1970). Der Haushalt dieses Dienstes stieg von 1.449.000 BF im Jahr 1966 auf 8.200.000 BF im Jahr 1973³³. Diese Zahlen betrafen nunmehr ausschließlich das deutsche Sprachgebiet und nicht mehr die wallonischen Nachbargemeinden um Malmedy und Weismes.

Kulturpolitisch hatten die Ostkantone zu existieren aufgehört. Pauquet schlüsselt die Ausgaben pro Kopf auf und kommt zu dem Ergebnis, dass 1973, im Jahr der Verwirklichung der Kulturautonomie, staatlicherseits 116 BF pro Einwohner des Gebietes deutscher Sprache für kulturelle Belange ausgegeben wurden. In Flandern belief sich dieser Betrag auf 129 BF und im französischsprachigen Belgien auf 162 BF³⁴.

Die weiterhin prekäre finanzielle Grundlage der Kulturtätigkeiten im deutschen Sprachgebiet belegt eine Anfrage des Manderfelder Pfarrers Peter Joppen an das „Kommissariat der deutschen Bischöfe“ in Bonn aus dem Jahr 1969. Darin schreibt der Geistliche: „Einer deutschorientierten Volksbildungskunst [...] stehen immer noch erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Selbst für eine bescheidene Kulturarbeit fehlen die finanziellen Voraussetzungen.“³⁵ Joppen erbat die Summe von 35.000 DM: 6.000 DM für die Volksbildungswerke zum Engagement von deutschen Theatergruppen, 6.000 DM für die Beschaffung von Literatur für die Bibliotheken des Gebietes, 10.000 DM für die Jugendbewegung, 3.000 DM für die Anschaffung von Schulbüchern, 5.000 DM für den Geschichtsverein ZVS, um die Finanzierung von dessen Monatsblättern zu gewährleisten „sowie Museen in Eupen und St. Vith“ zu unterstützen, schließlich 5.000 DM für die Musik- und Gesangvereine, die zum Notenkauf bestimmt waren. Das Kommissariat leitete die Anfrage an das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (BMG) weiter, nachdem die Angelegenheit zwischen dem Bischof von Münster und vormaligen Leiter des Kommissariats, Heinrich Tenhumberg, und Minister Herbert Wehner (SPD)

besprochen worden war. Es schlug vor, sich mit 15.000 DM zu beteiligen (abhängig von der Zustimmung der Bischofskonferenz); das Ministerium solle die restlichen 20.000 DM zuschießen. Das Ministerium bewilligte die Summe³⁶. Aus den Quellen geht nicht hervor, ob es sich hierbei um eine einmalige Maßnahme gehandelt hat – zumal das BMG zum selben Zeitpunkt seine langjährige Förderung für den Wegweiser eingestellt hatte.

Belgische Förderungen kamen zusätzlich von der Provinz Lüttich: Im Jahr 1972 beliefen sie sich auf 217.930 BF (1965: 33.820 BF). Laut Pauquet habe dies an seinen guten persönlichen Beziehungen zum Generaldirektor für Kulturelle Angelegenheiten gelegen; darüber hinaus habe die Provinz in diesem Zeitraum ohnehin mehr Geld in Kultur investiert als in den späten 1970er und den 1980er Jahren³⁷. Aus den Unterlagen geht hervor, dass die Provinz Lüttich im Jahr 1972 auch in Eupen eine Untersuchung zum kulturellen Leben durchführte – auf Anfrage von Firmin Pauquet –, dass jedoch der zuständige Bearbeiter vor Ort wenig Interesse an einer korrekten Vorgehensweise zeigte³⁸.

Fragen schlimmer als ein Polizeiverhör

Neben den Zahlen listet Pauquet auch die wichtigsten Kulturvereinigungen in den 1960er Jahren auf. Dabei lassen sich durchaus einige positive Entwicklungen ausmachen, gerade im musikalischen Bereich, wo das Angebot der Nebenstandorte der Musikakademien von Malmedy und Aubel in Sankt Vith und Kelmis gestärkt wurde und der Organisationsgrad anstieg. So zählte der Dachverband Födekan 1962 nur 15 angeschlossene Vereine, 1964 waren es

71, 1967 stieg die Zahl auf 83 und bis 1973 auf 105 (darunter 46 Chöre und 39 Harmonien)³⁹. Der Musikverband war es jedoch auch, der 1968 einen Klageschrei ausstieß und sich über die unangepasste und ungerechte Verteilung der staatlichen Zuschüsse ausstieß. In einem ausführlichen Artikel widmete sich AVZ-Journalist Willy Timmermann der Problematik:

*„Führt der Verein eine propagandistische Tätigkeit a) auf politischem Gebiet, b) auf religiösem Gebiet?“
So steht auf den Fragebogen zu lesen, die jeder Verein des deutschsprachigen ostbelgischen Gebietes bei den Subsidienanträgen an das Kulturministerium ausfüllen muss. Weiter heißt es da: „Die unterzeichneten Vorsitzenden und Schriftführer bescheinigen hiermit [...] 2. weder eine politische Propaganda noch eine bekehrungseifige oder religiösefeindliche Tätigkeit zu bezeichnen; 3. Die Staatsaufsicht anzunehmen“. „Diese Fragen muten schlimmer an als ein Polizeiverhör“, erklärten uns in diesen Tagen mehrere Vereinspräsidenten und leitende Herren, die sich mit dem ostbelgischen Kulturreben befassen. „Besonders schockiert uns“, sagten sie, „dass die Gemeindeverwaltungen ihren Stempel auf diese Formulare setzen, uns also als Verein anerkennen und dass dann das Ministerium uns verpflichtet, die Staatsaufsicht anzunehmen, was einer direkten Entmündigung gleichkommt! Ebenso unglaublich ist die Frage nach einer politischen oder religiösen Tätigkeit, denn ein Kirchenchor bzw. ein Gesangverein könnte nach Auffassung eines Beamten sogleich als religiös propagandistisch beurteilt und von der Subsidieliste gestrichen werden.“⁴⁰*



Das „Männerquartett“ war über Jahrzehnte das musikalische Aushängeschild der „Ostkantone“. Unter der Leitung von Willy Mommer jun. (1921-1972) wurde es über die Grenzen der Region hinaus bekannt - wie der hier im Bild gezeigte Auftritt anlässlich der Weltausstellung in Brüssel (1958) belegt. Viele andere Kulturschaffende aus der Region sahen die besondere Förderung des Chores durch die Behörden jedoch mit Skepsis und kritisierten die fehlende Unterstützung der vielen Ehrenamtlichen in den anderen Vereinen.

Weiter war in dem Artikel die Rede von verschwundenen Anträgen und von der Ungleichgewichtigkeit der Förderung. Angesichts der ohnehin eng bemessenen Mittel gingen die durchaus gerechtfertigten Zuschüsse für hochstehende Ensembles - wie beispielsweise das damalige Aushängeschild der ostbelgischen Musikwelt, das Eupener Männerquartett - notwendigerweise zu Lasten der „hundert anderen Vereine [...], obschon ihre Arbeit vom erzieherischen wie sozial-gesellschafts-politischen Standpunkt aus ebenso wertvoll, wenn nicht noch wichtiger für die Breitenarbeit ist“. Timmermann listete die administrativen Verbesserungen der letzten Jahre auf, folgerte jedoch eindeutig: „Vieles bleibt noch zu tun.“ Ab 1969 wurden in Reaktion darauf regelmäßig Einstufungswett-

bewerbe für die Musik- und Gesangvereine organisiert.

Firmin Pauquet unterstrich ebenfalls die Reichhaltigkeit des kulturellen Engagements der Bevölkerung und verwies darauf, dass diese ehrenamtlichen Tätigkeiten, die das - in dem kleinen Gebiet fast zwangsläufige - Ausbleiben von professionellen Institutionen (Orchester, Theater, Oper) kompensierten, stärker als bisher gefördert werden sollten. Einen Meilenstein bedeutete 1972/73 die Gründung einer eigenen Musikschule in Eupen, die den Zugang zur musikalischen Ausbildung in deutscher Sprache wesentlich erleichterte. Pauquet versprach sich jedoch strukturelle Besserung durch die Einsetzung des RdK und die Erlangung der Kulturautonomie, wenn er auch

deren sprachenpolitischen Auswirkungen teilweise skeptisch gegenüber stand⁴¹.

Wider die proklamierte Zweisprachigkeit?

Im Frühling 1963 kam es in Eupen zu einer Polemik zwischen Grenz-Echo-Direktor Henri Michel und den Verantwortlichen der *Beaux Spectacles Français*. Deren Pressesprecher Léon Nyssen hatte auf einer eigens anberaumten Pressekonferenz auf drohende Subventionsverluste für seine Vereinigung hingewiesen⁴². Hintergrund war eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Willy Schyns zur Verteilung der Subventionen für Kulturtätigkeiten in deutscher Sprache, bei der sich herausgestellt hatte, dass letztlich seit der Schaffung eines eigenen Budgets nur rund 40 Prozent bei diesen ankamen und der Rest in die Malmedyer Wallonie floss bzw. den Kulturträgern zukam, die - wie die *Beaux Spectacles Français* - französische Kulturveranstaltungen durchführten⁴³. Gegenüber den Vertretern der Inlands presse hatte Léon Nyssen seine Befürchtungen vor einer „Regermanisierung“ des Gebietes um Eupen geäußert. Das Wochenblatt *Pourquoi pas?* druckte ein Interview mit Nyssen ab, in dem dieser zu den Zielen seiner Vereinigung bemerkte, dass sie

„derzeit eine größere Bedeutung erlangen. [Die Vereinigung] ist die beste Antwort auf alle, die aus den Kantonen Eupen, Sankt Vith und teilweise Malmedy einen deutschen Bezirk machen wollen. Der Erfolg unserer Aufführungen zeigt, wie unsinnig dies ist. Wir kümmern uns nicht um Politik und wollen unsere Neutralität behalten, aber wir wollen realistisch sein.“⁴⁴

Auf die Frage, ob er sich Deutsch nicht als offizielle Sprache für das Gebiet vorstellen könne, antwortete der ehemalige Kolonialoffizier:

„Genau so wenig Deutsch wie Französisch. Die tatsächliche Situation in dem Gebiet erfordert die französisch-deutsche Zweisprachigkeit. Die Eupener wieder in eine deutsche Einsprachigkeit zu versetzen, das hieße erneut eine Kategorie von ‚besonderen Bürgern‘ schaffen, die sich fatalerweise in sprachlicher Hinsicht von Belgien loslösen müssten; zunächst auf kulturellem Gebiet und schließlich auch politisch, mit allen Risiken, die eine solche Entwicklung nach sich ziehen könnte.“

Es war vor allem diese letzte Aussage, die Henri Michel auf den Plan rief: „[...] und so etwas erklärt jemand, der [...] keinerlei Politik machen will“. Er unterstellte den Verantwortlichen der Vereinigung, „wahrscheinlich in erster Linie“ das Ziel der Zweisprachigkeit zu verfolgen, und polterte auf seine bekannte Art:

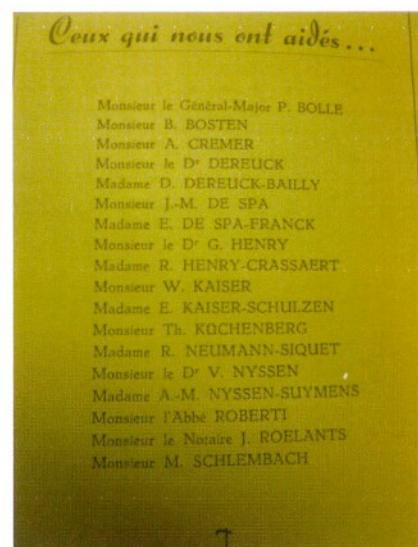
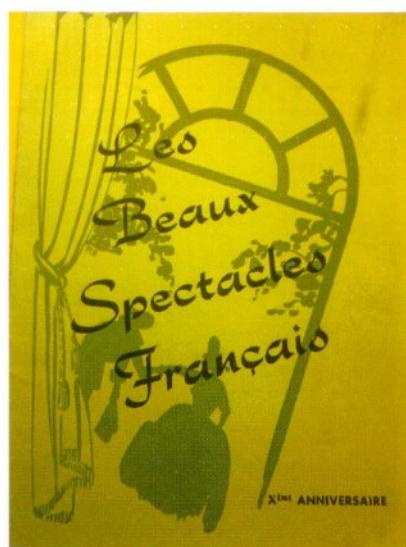
„Diesbezüglich sagen wir gerade heraus ein kräftiges Nein! Wir sind seit jeher für eine bestmögliche und eine weitgehende Erlernung des Französischen als zweite Sprache eingetreten. Dies bereits zu einer Zeit, als die BSF überhaupt noch nicht bestanden und manche ihrer verantwortlichen Leiter noch in den Windeln lagen. Man wird uns also unter keinen Umständen den Vorwurf machen können, dass wir die französische Sprache bedrohen. Wohl aber widersetzen wir uns entschieden den Zielbestimmungen einer sehr kleinen Gruppe, die die

deutschsprachige Gegend und ihre Bevölkerung dorthin bringen möchte, wohin Gleichgesinnte einige Ortschaften unserer nächsten Umgebung im altbelgischen Grenzgebiet gebracht haben [...].“⁴⁵

Die proklamierte Zweisprachigkeit sei eine „verhängnisvolle (Un-)Weisheit“, die „amtlicherseits dem Französischen den Vorrang vor der deutschen Sprache“ gäbe. Michel begrüßte in der Folge die geplante Einsetzung eines Beamten, der der deutschen Sprache mächtig sei, die „dem deutschsprachigen Gebiet, so darf mit gutem Grund angenommen werden, zum Vorteil gereichen wird“⁴⁶.

Im Gegensatz zu den Entwicklungen in Sankt Vith am Ende der 1950er Jahre war damit über die Aufführungen in französischer Sprache in Eupen kein Todesurteil gesprochen. Allerdings sorgte die Aufdeckung der Mittel-

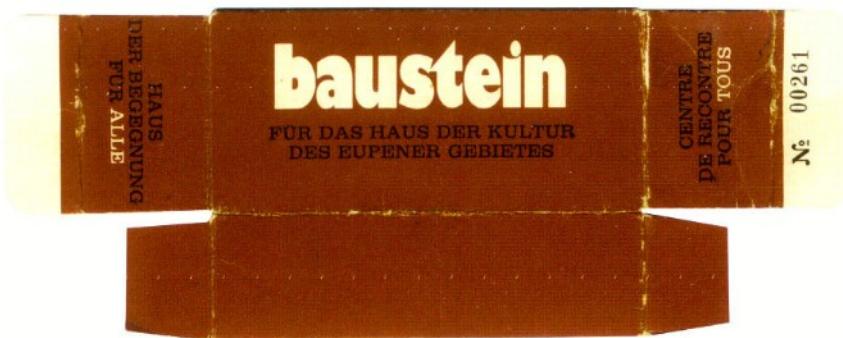
flüsse für Kulturveranstaltungen im deutschen Sprachgebiet dafür, dass die Finanzierung der *Beaux Spectacles Français* auf unsicheren Füßen stand. Die deutlich höhere Präsenz von Französischsprachigen auf dem Stadtgebiet Eupen und ein mit den französischsprachigen Nachbargemeinden recht ansehnliches Einzugsgebiet sorgten dafür, dass die Vorstellung einer deutsch-französischen Zweisprachigkeit in der bevölkerungsreichsten Gemeinde des Gebietes noch bei etlichen Kulturakteuren weiterlebte. Die *Beaux Spectacles Français* konnten sich darüber hinaus der Unterstützung des Bezirkskommissars Hoen sicher sein. Als das belgische Nationaltheater 1964/1965 verkündete, von Gastspielen in Eupen absehen zu wollen⁴⁷, war es Hoen, der sich an die zuständigen Brüsseler Stellen wandte und den Vergleich mit den Theateraufführungen zog, die *Kunst und Bühne* zur selben Zeit organisierte:



Die *Beaux Spectacles Français* gehörten zu den ersten Kulturvereinigungen in Eupen. Auch wenn sie lange Zeit zu den Nutznießern der Hoenschen Assimilierungspolitik gehörte und demnach oft kritisiert wurde, gelang es der Vereinigung – im Gegensatz zum St. Vither Cercle littéraire – sich dauerhaft in Eupen zu etablieren und einen Modus vivendi mit den anderen Kulturschaffenden zu erzielen. Dies lag auch an den Unterstützern aus Eupen und dem französischsprachigen Umland.

„Was die Folgen aus Sicht der nationalen Politik angeht, so teile ich die Meinung der BSF, dass die Haltung des Theaters unannehmbar ist. Sie zerstört die Bemühungen zur Bewahrung der französischen Kultur in den östlichen Regionen, Kultur, die parallel zur deutschen Kultur sein muss. Tatsächlich kommt die Schwestervereinigung Kunst und Bühne in den Genuss besten deutschen Theaters und die zahlreichen Liebhaber von gutem Theater ziehen schon den Vergleich zwischen dem, was ein fremdes Land in unserer Region leisten kann, und der Gleichgültigkeit, um nicht deutlicher zu werden, die die verantwortlichen Instanzen in Bezug auf dieses Problem an den Tag legen.“⁴⁸

An diesem Schreiben, das Hoen an den Lütticher Provinzgouverneur Clerdent richtete, sind mehrere Aspekte bemerkenswert. Einerseits klingt zwar noch die typische hoensche nationalpolitische Rhetorik durch, andererseits hat die Assimilation nunmehr einer Forderung nach Koexistenz Platz gemacht, in der die Vorrangigkeit einer Sprache nicht zur Diskussion steht. Herauslesen kann man wohl auch, dass die staatliche Förderung sich nunmehr doch eher auf die deutschsprachigen Kulturveranstaltungen in dem Gebiet zu konzentrieren scheint. In der Perspektive der langen Dauer ist jedoch die Anmerkung zur deutschen Unterstützung am aufschlussreichsten: kein Geschrei mehr über die Gefahr aus dem Osten, sondern Anerkennung des deutschen Engagements. Hoen war jedoch gewillt, seinen Einfluss zur Durchsetzung der Zweisprachigkeit im kulturellen Bereich zu nutzen. Das Instrument dafür bestand Mitte der 1960er Jahre⁴⁹: die Schaffung eines



Der Verwaltungsrat der „gemischten interkommunalen Gesellschaft ‘Kulturhaus des Eupener Gebietes’“ verkaufte in den 1970er Jahren Bausteine, um für den Bau eines Kulturzentrums zu werben. Die große Solidarität der Bevölkerung zahlte sich jedoch (bis heute ...) nicht aus.

Kulturzentrums, das ein deutsch-französisches Kulturzentrum sein sollte und dessen Dachverband bis in die 1970er Jahre hinein mit Vertretern von Kunst und Bühne und den Beaux Spectacles Français besetzt war⁵⁰. In einem Brief an Kulturminister Henri Janne skizziert Hoen dieses Projekt:

„Dieses Kulturzentrum, das im deutschen Sprachgebiet zwischen zwei großen Kulturen gelegen ist, würde die gegenseitige Durchdringung der Einheimischen und der französischen Nachbargemeinden erleichtern und die Orientierung zu den deutschen großen Kulturzentren [...] mindern.“⁵¹

Ganz konnte sich Hoen dann doch nicht von den alten Zielen lösen.

Die Gleichberechtigung sichern

Angesichts dieser Konstellation kann es nicht verwundern, dass Kunst und Bühne in der Diskussion um die Kulturautonomie am Ende der 1960er Jahre nicht zu den treibenden Kräften gehörte und dass die Sprachenfrage alles andere überlagerte. Dies zeigte sich sehr deutlich in der Folge der Interventionen von

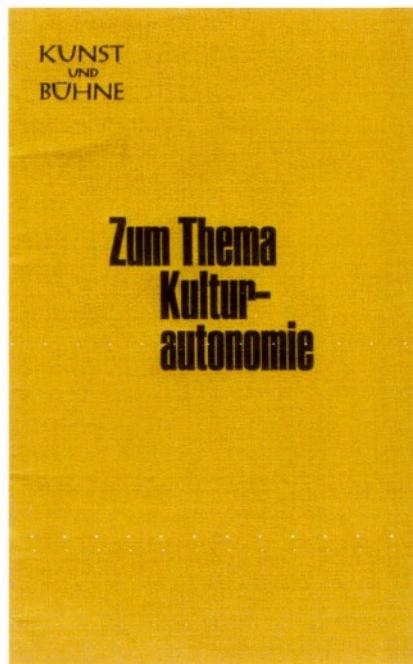
Michel Louis in der Meyers-Kommission und der Bürgermeisterresolutionen. Die Vorstände der Volksbildungswerke von Büllingen, Raeren und Sankt Vith dankten Senator Louis und den Bürgermeistern in einem offenen Brief zur Kulturautonomie für ihre Initiative. Sie hofften, „dass diese so begrüßenswerte Zusammenarbeit allseitige Zustimmung findet und somit die Gleichberechtigung unserer deutschsprachigen Minderheit anerkannt und gesichert wird“⁵². Unter dem Brief fragte sich ein ungenannter Grenz-Echo-Redakteur – hinter dem man aus guten Gründen den Chefredakteur Heinrich Toussaint vermuten kann –, warum denn „nur drei von fünf“ Volksbildungswerken unterzeichnet hätten⁵³. Die Verantwortlichen des Volksbildungswerks in Kelmis und von Kunst und Bühne stünden den „kulturellen Belangen“ doch wohl nicht weniger „aufgeschlossen“ gegenüber. Der Artikel stellt sodann die maliziöse Frage, ob sie „diese[n] [Brief] etwa als eine politische Stellungnahme betrachten, die nicht in den Tätigkeitsbereich kultureller Vereinigungen gehört“. Und der Verfasser schließt mit der Vermutung, dass die Autoren „ihrem Brief ganz ausdrücklich diese Richtung geben wollten“.

Ohne Mitgestaltung ist es Windbeutelei

Die Haltung von *Kunst und Bühne* spiegelt eigentlich die Haltung der Eupener CSP in der Autonomiedebatte am Ende der 1960er Jahre, als ein breiter Konsens der Akteure in unerreichbarer Ferne zu liegen schien. 1969 veröffentlichte die Vereinigung eine kleine Broschüre mit dem Titel „*Kulturautonomie*“, in der vier langjährige Mitarbeiter ihre Auffassungen zu der Problematik darlegten. Dabei stellte sich heraus, dass innerhalb der Vereinigung die Meinungen weit auseinandergehen konnten – was immerhin belegt, dass ein gewisses Maß an Streitkultur zumindest im Inneren möglich war.

Den Anfang machte der Sprachenlehrer Julien Christiaens, der zunächst zu einer Versachlichung der Debatte aufrief: „[Ich fordere] die Gegner wie die Verteidiger der Kulturautonomie [auf], eine ernste, ja große Sache nicht länger zu einer vernichtenden Waffe zu machen.“⁵⁴ Christiaens insistierte auf der emanzipierenden Rolle von Kultur, einer Kultur, die nicht losgelöst von den Bedürfnissen des Alltagslebens sein dürfe:

„Wenn ich mich also zur Kulturautonomie bekenne, so geht es mir weniger um Sprachkultur oder Kultur der Sprache als um die Kultur einer neuen Gesellschaft, anders ausgedrückt, um die Kultur in einer neuen, auf Zukunft hin zu planenden und zu schaffenden Gesellschaftsordnung. [...] Solange es hier Menschen gibt, die ihr Schicksal erdulden müssen, weil sie es nicht selber mitgestalten können, ist ein einseitiger Kult der ‚schönen‘ Sprache und der ‚höheren‘ Kultur Windmacherei, nobler ausgedrückt, Windbeutelei.“⁵⁵



Die Eupener Kulturvereinigung „*Kunst und Bühne*“ veröffentlichte 1969 eine kleine Broschüre, in der sich vier Mitglieder mit dem Begriff der „*Kulturautonomie*“ und den Debatten im deutschen Sprachgebiet beschäftigten. Obwohl es sich um durchaus hoch stehende Überlegungen handelt, die zudem die Vielfältigkeit der damaligen Standpunkte reflektierten, wurden die Texte von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Einen zukünftigen Kulturrat sah er eher als beratendes Organ, dessen Zusammensetzung je zur Hälfte aus Parteien, Gewerkschaften und Gemeinden sowie Schule, Presse, Volksbildungswerken und freischaffenden Künstlern bestehen solle⁵⁶. Diese Meinung teilte Christiaens unter anderem mit der einflussreichen Christlichen Arbeiterbewegung, die sie in einer Stellungnahme im Juni 1969 verteidigte⁵⁷.

Der zweite Beitrag stammte aus der Feder des Journalisten Wolfgang Fettweis, der in den 1950er Jahren bei den Neuen

Nachrichten aktiv gewesen war und nunmehr als Redakteur für die Publikationen des Bauernbundes arbeitete. Fettweis erwies sich als entschiedener Verfechter der Kulturautonomie, für den die Befugnis, gesetzgebend zu wirken, das wichtigste Kriterium war:

„Doch wer Kulturautonomie will – und die wollen alle – kann sich nicht mit einer rein beratenden Funktion zufrieden geben. [...] Deshalb muss also das ‚Recht des Gemeinwesens, sich eigene Gesetze zu geben und sich selbst zu verwalten‘, ein tatsächliches Recht sein. [...] Dass das Recht weiter reichen muss als das Verteilen staatlicher Zuschüsse dürfte wohl allen selbstverständlich sein, andernfalls man es besser beim alten beließe. Keinen Kompromiss aber kann es geben, wenn es um die Fähigkeit geht, die Gesetze des Handelns selbst zu bestimmen. [...] Denn ob die Kulturautonomie uns zum Segen oder zum Fluch gereicht, hängt ganz eindeutig vom Maß unserer Fähigkeit dazu ab.“⁵⁸

Die Lehrerin Claire Hébert-Schellscheidt trat resolut für die Zweisprachigkeit ein, was sie die „*Kulturautonomie*“ ablehnen, ja fürchten ließ. Sie versuchte, dies mit Argumenten zur Zukunft der Jugend zu untermauern:

„[...] In einer Zeit, wo jeder Europäer oder Mitglied eines vereinten Europas sein möchte, wollen einige die Kantone Eupen und St. Vith zu einer Kulturautonomie verurteilen. Oder haben diese Kreise persönliche oder politische Ziele vor Augen? Eine Kulturautonomie würde uns in sehr beschränkte Grenzen einengen, in denen unsere Kinder keine Zukunftsmöglichkeiten mehr haben.“

*Eine Kulturautonomie ist der erste Schritt, dann folgt die Einführung einer einzigen Sprache ins Verwaltungs- und Schulwesen. [...] Und von den Kindern und Jugendlichen, die in diesem Wirrwarr zu verantwortungsvollen Menschen herangebildet werden sollen, muss man erwarten, dass sie nach und nach Hass gegen ihre Mitmenschen empfinden, von denen sie sich nur durch die Sprache unterscheiden.*⁵⁹

In diesen Aussagen sind zwei Aspekte für das Verständnis der damaligen Debatten von Bedeutung: zum einen der Verweis auf „Europa“ – gemeint ist natürlich das „Europa der Sechs“ –, der von den Gegnern der Kulturautonomie benutzt wurde, um neue, inländische Grenzziehungen als überholt zu bezeichnen, und von deren Befürwortern ins Feld geführt wurde, um zu belegen, dass das Zugeständnis von Minderheitenrechten eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte; zum anderen liegt den Aussagen Hébert-Schellscheids eine – damals weit verbreitete – eklatante Fehleinschätzung der innerbelgischen Dynamik zugrunde.

Ja zur Kulturautonomie?

Mit dieser Argumentation war man nun beim radikalen Flügel jener angelangt, die sich in der „Interessengemeinschaft zur Förderung der Zweisprachigkeit“ zusammenschließen sollten. Zum etwas moderateren Flügel dieser Gruppierung gehörte der Arzt und CSP-Politiker Viktor Nyssen, der den letzten Beitrag „Ja zur Kulturautonomie“ beisteuerte. Er warf den „resolutesten“ Verfechtern, also denen, die einen direkt gewählten Kulturrat forderten, vor, „es stets peinlichst vermieden [zu haben], diesen [Begriff der Kulturautonomie] auf seinen

Inhalt, seine gesetzliche Verankerung und seine praktischen Folgen in unserem Kanton zu überprüfen“⁶⁰. Er sah einige Gefahren in der Verlagerung der Entscheidungen von Brüssel nach Ostbelgien: „[...] die kulturellen Belange der Ostkantone, die heute schon einen provinziellen Charakter haben, werden zur Kirchtumspolitik degradiert.“⁶¹ Als Vorsitzender legte er abschließend die Position von *Kunst und Bühne* dar:

„[Kunst und Bühne] hat bisher keine Stellung genommen zu den einzelnen Initiativen und Resolutionen. Ja zur Kulturautonomie, zu einer Kulturautonomie, die aus dem Zwielicht heraustritt und ihre Ziele und Ambitionen an die Öffentlichkeit bringt; zu einer Kulturautonomie, die nicht den Schwankungen der jeweiligen politischen Mehrheit unterworfen ist, sondern die konsequent die Grundwerte des Menschen und der menschlichen Gesellschaft verteidigt.“⁶²

Die Sachlichkeit, mit der hier argumentiert wurde, steht in scharfem Kontrast zu den erhitzten Wortgefechten des Kommunalwahlkampfs von 1970, in dem sich Viktor Nyssen als entschiedener Verfechter der Zweisprachigkeit exponieren sollte.

Mit der in dem offenen Brief der Volksbildungswerke von Sankt Vith, Büllingen und Raeren verfochtenen Position, die weitgehende Kulturautonomie forderten, und der Broschüre von *Kunst und Bühne* lagen die Trennungslinien für die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre eigentlich fest. Die Position der Skeptiker wurde im Dezember 1971 – auf dem Höhepunkt der Aufregung um die gescheiterte Senatskandidatur von Johann Weynand – nochmals von der Christlichen Arbeiterbewegung dargelegt. Sie

kritisierte heftig die Vorstellungen, die Leo Tindemans bei seinem berühmten Vortrag auf Einladung der *Eumavia Lovaniensis* in Eupen entwickelt hatte; darunter waren die Direktwahl des Kulturrates und Vorschläge zur Gestaltung des Französischunterrichts⁶³. Es blieb dabei: Die Schaffung einer veritablen parlamentarischen Versammlung und die Sprachenfrage überlagerten alle Diskussionen um die Emanzipation der Belgier deutscher Sprache durch ihre Kultur. Wie schwer sich die Ostbelgier mit ihrem kulturellen Selbstverständnis taten, zeigt auch ein kurzer Blick auf neue, mitgliederstarke Kulturvereinigungen, die in den 1960er Jahren gegründet wurden: die Geschichtsvereine.

Ein (ausgebliebener?) Beitrag der Geschichtsvereine ...

In seinen Jahresberichten hatte Bezirkskommissar Henri Hoen immer wieder die Bedeutung der Geschichte für die Kultur des Gebietes der Ostkantone betont. Er selbst hatte immer wieder seine – selbstverständlich belgisch-nationale – Sicht auf die Ereignisse des 20. Jahrhunderts und ihre Implikationen für das von ihm verwaltete Gebiet dargelegt⁶⁴. Bei seinen Vorschlägen zur Steuerung der „Volksbildung“ spielte die Geschichte jedoch keine Rolle. Zu groß waren wohl das Risiko und die Befürchtung, mit anderen als den kanonisierten belgischen Geschichtsbildern Politik zu machen. Hier besteht ein Unterschied zur Situation der Zwischenkriegszeit, als auf Initiative des Hohen Kommissars Baltia im Jahr 1922 der Verein für Volkskunde von Eupen-Malmedy und St. Vith gegründet worden war⁶⁵.

Nachdem Dr. Bernhard Willems Ende der 1940er Jahre mit seinen „Ostbelgischen Chroniken“ eine historische Heimatforschung wieder vorangetrieben



Der Raerener Germanist, Lehrer und Heimatforscher Dr. Michel Kohnemann gehörte zu den Vorkämpfern der „Kulturautonomie“, sei es auf politischem Gebiet, sei es auf kultureller Ebene – wie auf dem Bild bei einer Führung durch das Raerener Töpfereimuseum, das man als „sein Kind“ bezeichnen darf.

hatte, gründete sich 1951 der erste ostbelgische Geschichtsverein der Nachkriegszeit: der Eupener Geschichtsverein⁶⁶. Zum Gründungsvorstand zählten die beiden Lehrer Hans Havenith und Michel Kohnemann sowie der Archäologe, Journalist und Heimatforscher Dr. Otto Eugen Mayer. In der Vereinsordnung wurde als Zweck die „allseitige Erforschung der Geschichte des Eupener Landes“ angegeben, deren Resultate „in einer periodischen Zeitschrift und durch öffentliche Vorträge“ bekannt gemacht werden sollten. Forschungsraum sollten die „ehemalige Bank Walhorn“ und „Teilgebiete der ehemaligen Banken Montzen und Baelen“ sein⁶⁷. Eine solche Zielstellung implizierte die Konzentration auf die Kulturgeschichte des Mittelalters und der Frühneuzeit, die ja auch den Interessensgebieten der Gründer entsprachen. So erschienen in der „Zeitschrift des Eupener Geschichtsvereins“ zwischen 1951 und 1956 vorwiegend archäologische und sprachhistorische Abhandlungen – Michel Kohnemann sollte 1961 mit einer solchen in Löwen promovieren. Vierzig Jahre später beschrieb er diese Zeit wie folgt:

„Wir kamen überein, eine Zeitschrift herauszugeben, in der eigene und fremde Beiträge zur Geschichte des Eupener Landes – alle ohne Honorar – publiziert werden sollten. Fünf Jahre lang hatten wir genügend zahlende Mitglieder, um den Druck der Zeitschrift zu finanzieren; doch dann gingen uns die Mittel aus, und wir stellten jegliche Tätigkeit notgedrungen ein. Nennenswerte finanzielle Zuwendungen von öffentlichen Behörden waren nicht zu erwarten.“⁶⁸

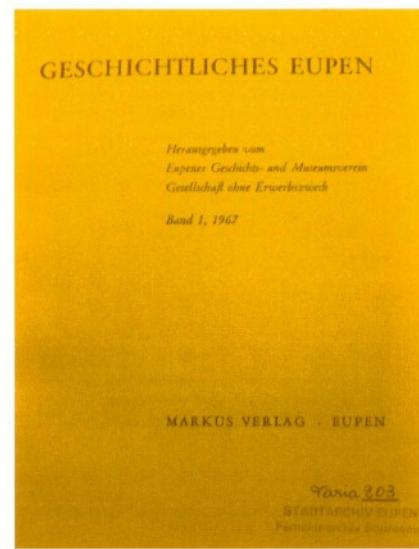
Tatsächlich findet sich in den Unterlagen des beigeordneten Bezirkskommissars nur der Hinweis auf einen Zuschuss in Höhe von 2.000 BF für das Gründungsjahr⁶⁹.

Neustart der Geschichtsvereine

Zehn Jahre nach diesem gescheiterten Versuch, die Heimatgeschichtsforschung in Eupen zu etablieren, kam es 1966 zur Gründung des Eupener Geschichts- und Museumsvereins, dessen Ziele quasi identisch mit denen seines Vorgängers waren. Neben der Heraus-

gabe einer Zeitschrift, die seit 1967 mit dem Titel „Geschichtliches Eupen“ erschien, stand der Aufbau eines kleinen Museums im Mittelpunkt der Vereinsaktivitäten. Beim Blick auf die Jahrzüge 1967 bis 1973 fällt nicht nur die – erwartete – Abwesenheit der jüngsten Vergangenheit seit dem Staatenwechsel von 1920 auf, sondern auch die sehr geringe Anzahl von Aufsätzen zur preußischen Zeit. Namen wie Gottfried Loup, Willy Berens oder Leo Hermanns – der beruflich auch als Stadtarchivar tätig war – wurden durch die Zeitschrift jedoch jedem Heimatforscher bekannt.

Ein Jahr zuvor war in Sankt Vith der Geschichtsverein Zwischen Venn und Schneifel gegründet worden. „Ziel und Zweck der Vereinigung sind das Studium der Geschichte und die Pflege des Brauchtums dieses Raums.“⁷⁰ Initiator war der 31-jährige Hubert Jenniges, der soeben den Lehrer- gegen den



Im Jahr 1967 veröffentlichte der ein Jahr zuvor gegründete Eupener Geschichts- und Museumsverein die erste Ausgabe seiner neuen Zeitschrift. Große Abwesende: die bewegte politische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Journalistenberuf getauscht hatte. Ihm gelang es, die bekannten Heimatforscher Dr. Bernhard Willems und Dr. Ludwig Drees für sein Unterfangen zu gewinnen. Zur Gründermannschaft gehörten auch Pfarrer Heinrich Signon, Architekt Robert Linden, der Chefredakteur der *St. Vither Zeitung* Raymund Graf, der Lehrer Walter Reuter und der Beamte Kurt Fagnoul, der für lange Jahre das Präsidentenamt übernahm. Visitenkarte des Vereins waren die Monatshefte, die zunächst als Beilage zur *St. Vither Zeitung* erschienen, nach deren Übernahme durch das Eupener *Grenz-Echo* jedoch in Eigenregie herausgegeben wurden.

Im Dezember 1966 wurde in Kelmis ebenfalls ein Geschichtsverein gegründet, dessen Triebfedern Leo Wintgens, Alfred Bertha und Firmin Pauquet waren. Die Ziele waren identisch mit denen der Eupener und Sankt Vither Geschichtsvereine: die Publikation einer Zeitschrift – „Im Göhltal“ (ab 1967) – und die Schaffung eines Museums.

Alle drei Vereine erfreuten sich schnell großer Beliebtheit: Die Mitgliederzahlen stiegen bis 1972 auf 400 in Kelmis, 500 in Eupen (220 bei der Gründung 1966) und ca. 1.300 in Sankt Vith (125 kurz nach der Gründung 1965).

Das Themenspektrum war reich und stand im Kontrast zu den behandelten Epochen: Man musste den Eindruck gewinnen, die Geschichte der Gebiete hätte mit dem Wiener Kongress von 1815 ein abruptes Ende genommen. Beiträge zum 19. Jahrhundert waren meist kleinteilig und heimatkundlich, Beiträge zum 20. Jahrhundert gab es nur eine Handvoll. Ein Blick in die Statuten der Vereine gibt Hinweise. So waren die Statuten des ZVS und von „Im Göhltal“ in ihrem Artikel 4 iden-

tisch: „Die Vereinigung enthält sich jeder politischen Tätigkeit oder Tendenz.“⁷¹ Auch in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre – mithin in der Zeit der Debatten um die Kulturautonomie – führte dies noch dazu, dass die Geschichte des deutschsprachigen Belgien im Zeitalter der Nationalstaaten und des übersteigerten Nationalismus, in der Weltkriegs-epoch und seit 1945 nahezu vollständig ausgeklammert wurde. Hier spiegelten die Geschichtsvereine die allgemeine politische Entwicklung der Nachkriegszeit wider. Zudem wären wohl nur die wenigsten ehrenamtlichen Mitglieder bereit gewesen, sich in ihrer Freizeit mit einer Vergangenheit zu befassen, die ob artikuliert oder nicht wie Blei auf der Nachkriegsgesellschaft lastete.

Doch gerade an Orten, in denen Geschichtskultur hätte geschaffen werden können, wurde somit zumindest die Chance verpasst, die wenigen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, die es zu dieser Zeit gab, einem breiteren Publikum vorzustellen. So hat keiner der drei Geschichtsvereine vor 1973 Vorträge mit den Historikern Klaus Pabst oder Heinz Doepgen organisiert, die doch wegweisende Studien zur Geschichte des Gebietes im 20. Jahrhundert vorgelegt hatten, die selbst vom kanonisierten, belgischen Geschichtsbildern verhafteten *Grenz-Echo* wohlwollend aufgenommen worden waren⁷². Die Vermittlung von Zeitgeschichte und die Darstellung der jüngsten Vergangenheit wurde somit letztlich nur vom BHF geleistet, 1967 mit einer Sendereihe von Klaus Pabst, der dort die wesentlichen Ergebnisse seiner Forschungen vorstellte, und zu Beginn der 1970er Jahre mit einer vielbeachteten Sendereihe von Hubert Jenniges und Peter Thomas. Gerade an der Person Jenniges lässt sich somit die starke Trennung zwischen dessen beruflichem Engage-

ment und seiner ehrenamtlichen Tätigkeit zeigen, lagen doch seine zahlreichen Veröffentlichungen im ZVS-Monatsheft in dieser Zeit alle außerhalb der von seinen Sendungen behandelten Themenfelder.

Etwas offensiver ...

Etwas offensiver ging der Geschichtsverein „Im Göhltal“ mit der jüngsten Vergangenheit um. So behandelten Leo Wintgens und Alfred Bertha 1969 die Sprachenfrage in Ostbelgien in einer längeren Besprechung eines kurz zuvor erschienenen Werks über Sprachminderheiten. In den ersten beiden Abschnitten des Aufsatzes heißt es:

„Es ist eine erfreuliche Feststellung, dass die durch den Krieg und das Nachkriegsgeschehen aufgestauten Emotionen mittlerweile so weit abgeklungen sind, dass man sich ‚sine ira et studio‘ dem Studium auch solcher Probleme zuwenden kann, die noch in den 1950er Jahren tabu waren. Wohl sahen damals auch viele, dass etwas ‚faul‘ war, aber die Furcht, an den Pranger gestellt und des Irredentismus gezielt zu werden, ließ es den meisten klüger erscheinen, zu schweigen. [...] Vielen Bewohnern der ostbelgischen Kantone fiel es nach dem Geschehenen schwer, ihren Standort zu bestimmen. Dies gilt besonders für die ältere Generation. Der jüngeren jedoch, die durch die Vergangenheit weniger stark geprägt ist, muss es klar sein, dass wir als Belgier deutscher Sprache („Deutsch-Belgier“) im belgischen Staate die gleichen Rechte und Freiheiten genießen wie die beiden anderen Sprachgemeinschaften. Darüber hinaus haben wir als Minderheit einen Anspruch auf den besonderen Rechtsschutz unserer Sprache und Kultur.“⁷³

Dies waren selbstbewusste, optimistische Töne, die eigentlich zu einer Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit hätten anspornen können. Doch blieb dies auch in der Kelmiser Zeitschrift aus. Ein kurze Zeit später erschienener Beitrag von Firmin Pauquet zum 50. Jahrestag der Zugehörigkeit der Gemeinde Kelmis zu Belgien, von dem man solches hätte erwarten können, blendete die Zeit nach dem Staatsübergang – mithin die „belgische“ Zeit, die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit – vollkommen aus⁷⁴. Und dies, obwohl die historischen Erfahrungen der Kelmiser sich doch von denen der Bewohner des „historischen“ Eupen-Malmedy deutlich unterschieden.

Die Entdeckung der Opferrolle

Die für den Umgang der deutschsprachigen Belgier mit ihrer eigenen Vergangenheit charakteristischsten Beiträge zur jüngsten Vergangenheit finden sich jedoch in der Monatszeitschrift ZVS. Dort erschienen in den ersten Jahren einige kurze Artikel über die Ardennenoffensive aus der Feder des Prümmer Heimatforschers Georg Michaelis⁷⁵. Wichtigste Veröffentlichung war der Band „Kriegsschicksale“ aus dem Jahr 1969⁷⁶. Zwei Achsen durchzogen diese Darstellungen: eine militärliterarische, die die Operationen des Winters 1944/1945 detailreich nachzeichneten und sowohl auf deutscher wie auch auf amerikanischer Seite rezipiert wurden – hier ist ein achtbarer und ernst zunehmender Versöhnungsgedanke zu konstatieren –, zum anderen die ganz im Zeichen der Zerstörungserfahrung stehende Darstellung der Sankt Vither und Eifler Bevölkerung als Opfer der „großen“ Geschichte. Jegliche Fragestellungen nach der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung seit 1918, nach dem Warum, nach der eigenen Rolle in der Zeit

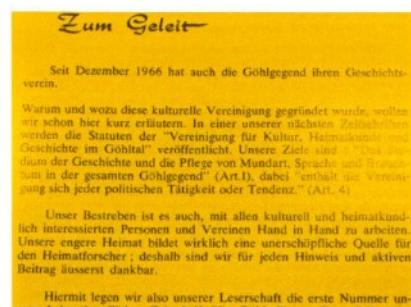
zwischen den beiden Weltkriegen und während des Krieges blieben vollkommen ausgespart. Die verdrängte, unverarbeitete jüngste Vergangenheit blieb somit Hauptgrund zahlreicher kommunikativer Engpässe und Sackgassen in der ostbelgischen Gesellschaft seit 1945. Auch die Debatten der neuen parlamentarischen Versammlung, die die Kulturautonomie politisch gestalten und damit das kulturelle Selbstverständnis der neuen Kulturgemeinschaft prägen sollte, konnten sich davon lange Zeit nicht freimachen.

Es wird der Vitalität erlauben ...

In seiner Rede während des Festaktes nach der offiziellen Einsetzung des RdK am 23. Oktober 1973 betonte der bisherige Staatssekretär Willy Schyns die guten Voraussetzungen für eine „zweckmäßige Kulturpolitik“ durch die geographische Lage Ostbelgiens „am Schnittpunkt großer Kulturreiche“. Bei der „Entfaltung“ gelte jedoch der „absolute Vorrang der deutschen Muttersprache“. Der neu geschaffene Rat müsse vor allem im Bereich der Infrastruktur tätig werden. Zudem verwies er auf die Tätigkeit „unserer kulturellen Vereinigungen, der Musik- und Gesangvereine, der Geschichtsvereini-

gungen, Künstler und Forscher, ein Angebot, das es zu fördern und nicht zu lenken gelte“⁷⁷. Diese Definition der Tätigkeit des Kulturrates teilte auch die Administration. So schrieb der für die Kultur zuständige Beamte Firmin Pauquet im Jahr 1974, dass die Schaffung des RdK „es der Vitalität [des Kulturlebens im deutschsprachigen Belgien] erlauben werde, sich zukünftig noch besser auszudrücken und sicherlich mehr Mittel zu ihrer Unterstützung zur Verfügung zu stellen“⁷⁸.

Die institutionelle Grundlage für eine eigenständige Kulturpolitik war geschaffen – mit der Einschränkung der fehlenden eigenen Exekutivbefugnisse. Wie sich die neuen Befugnisse konkret auf das Kulturleben auswirken würden und welche Rück- und Wechselwirkungen für das Selbstverständnis der deutschsprachigen Belgier daraus resultieren könnten, musste die Zukunft zeigen. Es ging nunmehr auch darum, zu sehen, ob der Inhalt des oft bemühten Diskurses vom „Schnittpunkt der Kulturen“ tatsächlich als Chance begriffen werden konnte und nicht mehr vor dem Hintergrund der Nationalisierung eines Grenzraums gedacht werden musste. Dabei galt sicherlich, was Julien Christiaens an das Ende seiner Überlegungen zur Kulturautonomie aus dem Jahr 1969 gestellt hatte:



„Unser Bestreben ist es auch, mit allen kulturell und heimatkundlich interessierten Personen und Vereinen Hand in Hand zu arbeiten. Unsere engere Heimat bildet wirklich eine unerschöpfliche Quelle für den Heimatforscher; deshalb sind wir für jeden Hinweis und aktiven Beitrag äußerst dankbar.“
Hiermit legen wir also unserer Leserschaft die erste Nummer unserer heimatkundlichen Zeitschrift „Im Göhltal“ vor. Sie enthält manigfache Beiträge über verschiedene Ortschaften unserer Gegend. Vielen Dank für Ihr Interesse!

Mit „Im Göhltal“ verfügte seit 1967 auch Kelmis über eine heimatgeschichtliche Zeitschrift. Charakteristisch war ihre Offenheit für Beiträge aus und über die plattdeutschen Nachbargemeinden.

„Der zu schaffende Kulturrat wird sich an der Entscheidung nicht vorbeidrücken können, ob er veraltete Wunschbilder unter ideellen Denkmalschutz stellen oder sich den aufbauenden Kräften, allen aufbauenden Kräften, öffnen wolle. Das Schlimmste, was ihm zustoßen könnte, wäre, dass er unsere Gegend in ein kleines, blühendes Paradies-chen umwandle, ein von Festrednern besungenes, von Sonntagsmalern gepriesenes paradiesisches Ostbelgien!“⁷⁹

Endnoten

- 1 Der „Sängerbund“ hatte im Oktober desselben Jahres die Landesbühne Rheinland-Pfalz nach Sankt Vith eingeladen, die dort Heinrich Kleists „Der zerbrochene Krug“ aufgeführt hatte. Allerdings geschah dies im Rahmen eines Stiftungsabends und wurde von einem Konzertabend begleitet. S. 5 Grenz-Echo, 15.10.1957, S. 54.
- 2 Grenz-Echo, 16.12.1957, S. 53.
- 3 Grenz-Echo, 06.12.1957, S. 54. „Der Patriot“ war ein 1925 entstandenes Drama, das Intrigen am russischen Zarenhof an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert themisierte. Sein jüdischer Verfasser hatte Deutschland in den 1930er Jahren verlassen müssen.
- 4 Stefan Schröder [v. Blubb], Die deutschsprachige Kulturbewegung in Belgien: vom Volksbildungswerk bis hin zum „Triangel“, in: Fiducit. Informationsblatt der Altherrenschafft der Eumavia Lovaniensis, Jg. 11, Nr. 1, S. 54-11, hier S. 5-6.
- 5 Annexe au Moniteur belge, 26.10.1957, Nr. 3550; StAE, y204 (Archiv des Bezirkskommissariats Malmedy), Bd. 306, Grimar an Hoen, 20.10.1957.
- 6 Beißende Kritik äußerte die Eupen-Malmedy-St. Vither-Zeitung (Presseauschnitt StAE, y204, Bd. 307).
- 7 Politisches Archiv der Auswärtigen Amtes, B 95, Bd. 547, Briefwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und der Landesbühne Rheinland-Pfalz, 1958. Die Landesbühne spielte schließlich trotzdem – ohne Auffallbürgschaft.
- 8 Unkritisch Gerd Kleu, Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945-1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith, Essen 2007, S. 5122-127.
- 9 Politisches Archiv, Auswärtiges Amt, B 95, Bd. 525, Vermerk zu einem Auftritt des Zimmertheaters Aachen in Eupen, 11.02.1958.
- 10 Commissariat d'arrondissement adjoint de Malmedy, Rapport annuel pour l'exercice 1949, [Malmedy 1950], S. 587.
- 11 Commissariat d'arrondissement adjoint de Malmedy, Rapport annuel pour l'exercice 1948, [Malmedy 1949], S. 567; Rapport annuel pour l'exercice 1949, [Malmedy 1950], S. 577. 1948 erhielten die *jeunesses patriotiques* 40.000 von 93.000 BF, im Jahr danach 60.000 von 98.000 BF. Andere Nutznießer waren Sportvereine, der Jugendherbergsverband, Musikvereine sowie die Eupener Pfadfinder.
- 12 Commissariat d'arrondissement adjoint de Malmedy, Rapport annuel pour l'exercice 1950, [Malmedy 1951], S. 5118.
- 13 Ebenda, S. 5117-118.
- 14 Commissariat d'arrondissement adjoint de Malmedy, Rapport annuel pour l'exercice 1951, [Malmedy 1952], S. 5143.
- 15 Privatarchiv, Conclusions du rapport présenté le 15 septembre à M. le Premier ministre Pholien, 15.09.1951.
- 16 Commissariat d'arrondissement adjoint de Malmedy, Rapport annuel pour l'exercice 1953, [Malmedy 1954], S. 5100.
- 17 Der den *postcolonial studies* und Migrationsstudien entliehene Begriff Hybridität bedeutet nicht die Vermischung von in sich homogenen Einheiten, sondern verweist auf einen „Dritten Raum“, also einen „Zwischenraum“, der Homogenisierungen und Totalisierungen – in unserem Fall die Nationalisierung von Grenzräumen – herausfordert. S. 5 Homi K. Bhabha, Die Verortung der Kultur, Tübingen 2000, S. 556.
- 18 Commissariat d'arrondissement adjoint de Malmedy, Rapport annuel pour l'exercice 1957, [Malmedy 1958], S. 553.
- 19 Firmin Pauquet, La politique culturelle des pouvoirs publics en région de langue allemande, particulièrement en matière d'éducation populaire, in: Cahiers JEB, hg. vom Ministère de la Culture française. Direction de la jeunesse et des loisirs, 18, 1974, Nr. 1-2, S. 557-85, hier S. 561.
- 20 Auch in mancher Zeitzeugenerinnerung wurde darauf hingewiesen, dass ohne den (verpflichtenden?) Besuch der Eupener Schüler der 1950er und 1960er Jahre die Säle nur spärlich gefüllt gewesen wären. S. 5 Grenz-Echo, 17.09.2009, S. 52 (Leserbrief von Mariele Pankert).
- 21 Zu letzterem Aspekt, siehe Carlo Lejeune, Die deutsch-belgischen Kulturbziehungen 1925-1980. Wege zur europäischen Integration, Köln 1993, S. 5280-297; Christoph Brüll, Belgien im Nachkriegsdeutschland. Besatzung, Annäherung, Ausgleich 1944-1958, Essen 2009, S. 5343-380.
- 22 Volksbildungswerk. Gesellschaft ohne Erwerbszweck. Statuten, in: Anhang zum Belgischen Staatsblatt, 02.11.1957 (StAE, y204, Bd. 306).
- 23 Grenz-Echo, 12.02.2011, S. 512.
- 24 StAE, y204, Bd. 306, Hoen an Grimar, 17.10.1957.
- 25 StAE, y204, Bd. 306, von Frühbuss an Hoen, 12.02.1958; Hoen an Grimar, 14.02.1958; von Frühbuss an Hoen, 11.03.1958.
- 26 StAE, y204, Bd. 306, *Cercle littéraire* an Van Aelbrouck, Inspecteur principal des Services d'Éducation populaire, 03.07.1958.
- 27 StAE, y204, Bd. 306, Note au dossier « Spectacles d'Éducation Populaire ». Réunion du 8 juillet 1958 au Ministère de l'Instruction Publique, 26.07.1958.
- 28 StAE, y204, Bd. 306, Hoen an Lheureux, Chef de service de l'Éducation Populaire, 29.07.1958.
- 29 StAE, y204, Bd. 306, Hoen an Harmel, ministre des Affaires culturelles, 29.01.1959.
- 30 Pauquet, Politique culturelle; ders., Entwicklung des kulturellen Lebens und Werdegang der behördlichen Förderung vor der Kulturautonomie, in: RDG-Ausschuss für Kultur (Hrsg.), Zwanzig Jahre Kulturautonomie – Hat sich der Weg gelohnt? Tagung vom 29. Oktober 1993, Eupen 1994, S. 513-18. Während der erste Text als zeitgenössischer Beitrag zur Verwaltungspraxis gelesen werden kann, ist der zweite eher eine Zeitzeugenbelehrung. Allerdings stimmen alle in den Texten präsentierten Zahlen und Sachinformationen überein.
- 31 Pauquet, Politique culturelle, S. 575.
- 32 StAE, y204, Bd. 338, Cabinet du ministère de l'Éducation Nationale et de la Culture an Hoen, 07.01.1962.
- 33 Pauquet, Politique culturelle, S. 576.
- 34 Ebenda, S. 577. Dazu ist zu bemerken, dass der hier von Pauquet vorgenommene rein proportionale Vergleich zwischen den Sprachgemeinschaften die Realität noch zu positiv darstellt, wenn man in Rechnung stellt, dass in einem kleinen Gebiet sich gewisse Ausgaben (bspw. Infrastrukturinvestitionen) zwangsläufig höher niederschlagen.
- 35 Bundesarchiv Koblenz, B 137 (Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen), Bd. 16538, Dr. Frey, Commissariat der deutschen Bischöfe, an Ministerialdirigent Jürgen Weichert, BMG, 14.10.1969 (Anhang: Résumé eines Schreibens von Joppen).
- 36 Bundesarchiv Koblenz, B 137 (Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen), Bd. 16538, Vermerk Weichert [geheim], 21.10.1969: „Auf die Meldung an die zentrale Meldestelle sowie die Vorlage eines Verwendungsnachweises wird wegen des politischen Charakters der Zuwendung verzichtet.“ Zu den Aktivitäten des BMG im Gebiet deutscher Sprache nach 1945 siehe

- Christoph Brüll, Vom Reichsbeauftragten für Eupen-Malmedy zum Staatssekretär der Regierung Adenauer: Franz Thiedeck (1900-1995), in: ders., Peter M. Quadlieg, Els Herrebout(Hrsg.), Eine ostbelgische „Stunde Null“. Eliten aus Eupen-Malmedy vor und nach 1944, Brüssel 2013, S. 587-106.
- 37 Pauquet, Entwicklung (Diskussion), S. 27.
- 38 StAE, y204, Bd. 337, Charlier an Hoen, 09.10.1972 (Anhang: Corhay an Charlier).
- 39 Pauquet, Politique culturelle, S. 568ff.
- 40 Aachener Volkszeitung, 01.06.1968, S. 510. Dort auch die folgenden Zitate.
- 41 Pauquet, Politique culturelle, S. 577; ders., Entwicklung (Diskussion), S. 527f.
- 42 Grenz-Echo, 27.02.1963, S. 53.
- 43 Pauquet, Entwicklung (Diskussion), S. 16.
- 44 Pourquoi pas, 22.02.1963.
- 45 Grenz-Echo, 08.03.1963, S. 51. Dort auch das folgende Zitat.
- 46 Ebenda, S. 55.
- 47 StAE, y204, Bd. 336, Léon Nyssen an Hoen, 13.10.1964.
- 48 StAE, y204, Bd. 336, Hoen an Pierre Clerdent, Provinzgouverneur von Lüttich, 17.02.1965.
- 49 Im Grenz-Echo vom 08.02.1963, S. 51, ist erstmals die Rede vom Projekt eines Kulturzentrums „in Klinkeshöfchen“.
- 50 So lud der „Gemische Gemeindeverband – deutsch-französisches Kulturzentrum des Eupener Gebietes“ noch im Juni 1970 zu einer Generalversammlung ein (StAE, y204, Bd. 336).
- 51 StAE, y204, Bd. 336, Hoen an Janne, 22.06.1965.
- 52 Grenz-Echo, 14.03.1969, S. 53.
- 53 Ebenda. Dort auch die folgenden Zitate.
- 54 Julien Christiaens, Rückkehr zur Realität, in: Kunst und Bühne (Hrsg.), Zum Thema Kulturreautonomie, [Eupen 1969], S. 52-9, hier S. 52.
- 55 Ebenda, S. 56-8.
- 56 Ebenda, S. 59.
- 57 Grenz-Echo, 10.06.1969, S. 51-2.
- 58 Wolfgang Fettweis, Recht und Fähigkeit, in: Kunst und Bühne, Thema, S. 510-13, hier S. 511 und 13.
- 59 Claire Hébert-Schellscheidt, Beeinflussung des Schulwesens durch eine eventuelle Kulturreautonomie?, in: ebenda, S. 514-16.
- 60 Viktor Nyssen, Ja zur Kulturreautonomie, in: ebenda, S. 517-23, hier S. 517.
- 61 Ebenda, S. 517.
- 62 Ebenda, S. 523.
- 63 Grenz-Echo, 07.12.1971, S. 53.
- 64 Einen guten Überblick bilden die einschlägigen Kapitel im Rückblick auf drei Jahrzehnte der Verwaltungstätigkeit in den Ostkantonen, in denen er Passagen aus seinen früheren Berichten übernahm. S. 5 Commissariat d'arrondissement adjoint de Malmedy, Rapport 1945-1975, [Malmedy 1976]. Eine Diskursanalyse dieser historischen Passagen wäre sicherlich ein wünschenswertes Unterfangen.
- 65 Im Französischen *Folklore Eupen-Malmédy-Saint-Vith* genannt. Nach dem Ende des Übergangsregimes 1925 traten die drei Ortsgruppen autonom auf, woraufhin der Dachverband aufgelöst wurde. In Eupen entstand 1926 der „Verein für Heimatkunde“, der von Peter Schmitz präsidiert wurde. Siehe Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz, 1918-1940, Brüssel 2013, S. 5236-241.
- 66 Annexe au Moniteur belge, 04.08.1951, Nr. 2012. Darin wird neben der deutschen auch die französische Bezeichnung *Société Eupenoise d'Histoire* festgeschrieben.
- 67 Archiv des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“, Innere Vereinsordnung des Eupener Geschichtsvereins, 26.03.1951 (mit Dank an Klaus-Dieter Klauser).
- 68 Michel Kohnemann, Wünsche an die Kulturpolitik bis zu den sechziger Jahren, in: RDG-Ausschuss für Kultur, Zwanzig Jahre Kulturreautonomie, Eupen 1993, S. 519-23, hier S. 520.
- 69 Commissariat d'arrondissement adjoint de Malmedy, Rapport annuel pour l'exercice 1951, [Malmedy 1952], S. 596.
- 70 Informationen auf www.zvs.be/vereinsleben/uber-uns [letzter Abruf 06.03.2013].
- 71 ZVS, 1965, 12; Im Göhlthal, Nr. 1, 1967.
- 72 Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteipolitik 1914-1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. 76, 1964, S. 5208-515; Heinz Doepgen, Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920, Bonn 1966.
- 73 Leo Wintgens und Alfred Bertha, Die Sprachenfrage in Ostbelgien, in: Im Göhlthal, Nr. 6, 1969, S. 565-75. Die Besprechung bezog sich auf: Albert Verdoort, Zweisprachige Nachbarn – Die deutschen Hochsprach- und Mundartgruppen in Ost-Belgien, dem Elsaß, Ost-Lothringen und Luxemburg, Wien 1968.
- 74 Firmin Pauquet, Referat gehalten am 20. September 1969 beim Festakt der Wiedervereinigung des streitigen Gebietes von Moresnet mit Belgien, in: Im Göhlthal, Nr. 7, 1970, S. 59-15.
- 75 Georg Michaelis, Vor 25 Jahren. Erinnerungen an die Zeit vor der Ardennenoffensive, in: ZVS, 1969, 6, S. 572-74; 12, S. 5143-144
- 76 Kurt Fagnoul, Kriegsschicksale 1944/45. Beiträge zur Chronik der Ardennenoffensive zwischen Venn und Schneifel, St. Vith 1969; ders., Vor 25 Jahren. Befreit, aber der Krieg war noch nicht zu Ende, in: ZVS, 1969, 10, S. 5119-120.
- 77 Alle Zitate nach Grenz-Echo, 24.10.1973, S. 51-2.
- 78 Pauquet, Politique culturelle, S. 585.
- 79 Christiaens, Rückkehr, S. 58

von der polarisierung zur meinungsvielfalt die ostbelgischen medien als akteur der autonomiedebatte?

von andreas fickers





Schröder ein Punkt

: AVZ-Blitzgespräch mit dem CSP-Spitzenkandidaten

an. — Der Rundfunkten Horst wirbelt u. während der des ge- i. BHF-Redak- in Ostbelgien rund 400 Un- itten sammel- jächst die At- in Eupen zum campfthema und kum aus. Wir hen mit dem enkandidaten CSP, Heinrich ver, der auch glied des beratenden Kulturausschusses deutschsprachigen Sendungen ist: Pankert hat am Freitag protestbrief gegen die Internet und



Heinrich Cremer

- Ist denn der General Horst Schröder auf Cremer: Nein, natürlich ist über die be- keiten von der Send formiert worden. D Gutachten geschehe
- Welche Aufgabe ausschüß? Cremer: Wir ber gestaltung und Mit
- Also auch über Cremer: Nein, de digen Personal u. Aufgabenbereich.
- Können Sie E digen Direktionen Cremer: Unsere an die vers Unsere Funktio keine Entschei der Einrichti der unserer



Die heutige Deutschsprachige Gemeinschaft ist eine junge Demokratie. Dies liest sich beispielhaft an der Entwicklung der Medienlandschaft ab. Freie Meinungsbildung und kritischer Journalismus wurden erst ab Ende der 1960er Jahre ostbelgische Medienrealität. Wie ist das zu erklären? Inwiefern wurde die Presse durch politische Druckgruppen beeinflusst? Waren Presse und Rundfunk lediglich Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklungen oder haben sie als Akteure in die Autonomiedebatte eingegriffen? Einige Thesen zu einer Entwicklung, die das Zusammenleben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis heute prägt.

Am 28. Mai 1971 widmete das bekannte flämische Fernseh-Politmagazin „Panorama“ den Ostkantonen eine Sendung mit dem befreudlich anmutenden Titel „Der Polizist von Malmedy“, dessen dramaturgische Inszenierung, zumindest was die Eröffnungssequenz angeht, an einen Italo-Western erinnert: Zu den Klängen von Ennio Morricones „Farewell to Cheyenne“ aus dem Sergio-Leone-Klassiker „Spiel mir das Lied vom Tod“ radelt ein ernst dreinblickender Polizist auf seinem Fahrrad eine Landstraße entlang. Mit Zigarette in der linken Hand und am Gürtel baumelnden Schlagstock radelt „der Polizist“, wie der „veldwachter uit Malmedy“ im flämischen Originaltext genannt wird, gemütlich vorbei an der Fernsehkamera, die ihn erst in der Totale, dann auf Hände und Beine einzoomend einfängt¹.

Begleitet ist die knapp 25 Sekunden dauernde Eröffnungsszene von einer Stimme aus dem Off, die bereits den Ton der anstehenden halbstündigen Reportage angibt: „De veldwachter van Malmedy, der Polizist, moet tweetalig zijn. Hij moet namelijk ook Duits kennen – voor de toeristen en zo. Daarom ging de voorkeur naar een man uit de Oostkantons. Maar dat naam men niet maar zo in het franssprekend Malmédy. Der Polizist zou desnoods eentalig zijn.“ In der darauffolgenden Einstellung ist die Kamera schon



BRT Journalist Walter Geerts im Interview mit dem (noch) PFF-Politiker Dr. Michel Louis und vor Straßenschildern in Büllingen

auf den kooptierten PFF-Senator Dr. Louis Michel gerichtet, der dem flämischen Panorama-Reporter in gewohnt eloquenter und direkter Ausdrucksweise sagt: „Andererseits möchte ich, was unser Gebiet anbetrifft, sagen, dass Brüssel sehr, sehr weit von uns ist. Das ist das Erste: In Brüssel interessiert sich niemand für das deutschsprachige Gebiet. Das ist eben zu weit weg. Und an zweiter Stelle haben diese Leute in Brüssel auch – es soll sich niemand beleidigt fühlen, aber sie haben wirklich keine Ahnung von unseren Problemen.“

„Tja“, so resümierte BRT-Journalist Walter Geerts diese ersten Eindrücke, „die deutschsprachigen Ostkantone liegen weit von Brüssel weg, und niemand, sagt man hier, interessiert sich für uns. Dabei sind die deutschsprachigen Belgier, die wir auch schon mal als ‚dritte Belgier‘ bezeichnet haben², seit der Grundgesetzänderung offiziell grundgesetzlich anerkannt als dritte Kulturregion in unserem Land. Sie könnten somit – und sei es nur dies – auf einen

eigenen Kulturrat rechnen. Aber ist dem so? Was hat sich tatsächlich für die 80.000 deutschsprachigen Belgier seit der Grundgesetzänderung verändert?“.

Die Panorama-Sendung vom Mai 1971 steht stellvertretend für ein aufkeimendes mediales Interesse der Flamen an den „dritten Belgern“. Ab Ende der 1960er Jahre widmete sich der flämische Rundfunk in mehreren Hör- und Fernsehfunksbeiträgen dem Thema der Kulturoberautonomie im deutschsprachigen Landesteil. Die Berichte zeugten meist von einer grundlegenden Sympathie der Autonomiebestrebungen in Ostbelgien. Ganz anders war die Situation im französischsprachigen Landesteil. In den Archiven der RTBF sucht man vergeblich nach prominenten Politmagazinen, in denen die Probleme der Deutschsprachigen zum Thema gemacht worden wären. In den Nachrichtenprogrammen der RTBF hatten die Ostkantone lediglich touristischen Neuigkeitswert, vor allem im Winter, wenn der erste Schnee im Hohen Venn die Skisaison einläutete³.



Der „veldwachter van Malmedy“, Karl Lejeune, als Eröffnungsmotiv für die „Panorama“-Sendung des flämischen Fernsehens im Mai 1971

Kapitel 1: Polarisierende Meinungsmache und Monopolstellung

Die BRT-Sendung lädt aus medienhistorischer Sicht zu einer grundlegenden Reflexion über die Medienlandschaft der Nachkriegsjahre ein, besonders im Hinblick auf die Rolle der Medien im politischen Diskurs Ostbelgiens. Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass die ostbelgische Medienlandschaft bis Anfang der 1970er Jahre von einer parteipolitisch oder ideologisch festgelegten Pressekultur dominiert war, die den politischen Diskurs meist auf eine Freund-Feind-Logik reduziert. Obwohl das Fernsehen nach langer und schwieriger Anlaufphase auch in Belgien Ende der 1960er Jahre die Rolle des neuen Leitmediums im massenmedialen Ensemble eroberte⁴, spielte es als medienpolitischer Akteur in Ostbelgien bis Mitte der 1990er Jahre keinerlei Rolle. Auch wenn der BRF-Redakteur und Leiter des Brüsseler Studios Hubert Jenniges bereits 1978 in einem Positionspapier über „Möglichkeiten und Grenzen des Fernsehens auf regionaler Ebene“⁵ nachdachte, war die ostbelgische Medienlandschaft für den Zeitraum der hier vorliegenden Untersuchung von der Zeitungspresse dominiert. Das geschriebene bzw. publizierte Wort war ausdrucksstärkstes Mittel kultureller und politischer Ideen- und Meinungsäußerungen.

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren war die regionale Medienlandschaft mehr oder weniger auf die Existenz eines einzigen Zeitungsorgans, nämlich des *Grenz-Echos*, geschrumpft. Hatte die deutsche Besatzung und spätere Eingliederung Eupen-Malmedys in das Deutsche Reich zur Gleichschal-

tung der lokalen Presse während der Kriegsjahre geführt, sorgte die Monopolstellung des *Grenz-Echos* im ersten Nachkriegsjahrzehnt für eine Fortsetzung des politischen Alleinvertretungsanspruchs einer Partei im öffentlichen Diskurs, nunmehr der *Christlich-Sozialen Partei* (CSP)⁶. Am 24. März 1945, gut ein knappes halbes Jahr nachdem die Alliierten die Stadt Eupen eingenommen hatten, erschien die erste Nachkriegsausgabe des *Grenz-Echos*. Knapp zwei Monate später meldete sich auch der ehemalige Chefredakteur des Blattes wieder zu Wort. Erst am 22. Mai 1945 nach einem mühevollen „Hungermarsch in die Freiheit“⁷ aus dem Konzentrationslager Oranienburg-Sachsenhausen nach Brüssel heimgekehrt, meldete sich Henri Michel am 31. Mai 1945 erstmals wieder mit einem Leitartikel im *Grenz-Echo* zu Wort. Obwohl Michel die Zeitung ursprünglich von Brüssel aus betreuen wollte, lehnte der Verwaltungsrat seinen Wunsch ab, so dass Michel am 21. Juli 1945 seine Tätigkeit als Chefredakteur in Eupen wieder aufnahm⁸. In den folgenden zwanzig Jahren bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1965 war Henri Michel die zentrale Figur in der politisch-ideologischen Ausrichtung des *Grenz-Echos* als „Sprachrohr der katholischen Bevölkerung der Ostkantone“⁹. Dass das *Grenz-Echo* indirekt als Parteiorgan der CSP fungierte, darüber ließ Michel in einem Leitartikel vom 5. Dezember 1946 keinen Zweifel, und zwar, „weil sich die Schriftleitung mit der überwiegenden Mehrheit der Eupen-Malmedyer Bevölkerung der unbestrittenen Tatsache

bewusst ist, dass nur die CSP berufen ist, die Gesamtinteressen unserer Heimat zu wahren und zu verteidigen“¹⁰.

Henri Michel: eine polarisierende Figur

An der Person Henri Michels, der in Personalunion Präsident der CSP-Lokalsektion in Eupen und Chefredakteur des *Grenz-Echos* war, zudem seit 1949 das Amt des Präsidenten des Verbandes katholischer Journalisten in Belgien, ab 1962 auch des Präsidenten des gesamtbel-



Henri Michel, Chefredakteur des *Grenz-Echos* von 1927 bis 1965

gischen Verbandes der Berufsjournalisten innehatte, schieden sich im Nachkriegsostbelgien die Geister¹¹. Seine Leitartikel zum Wochenende, die unter dem Titel „Von Woche zu Woche“ erschienen, zeugten von selbstbewusst vorgetragenen moralischen und ideologischen Standpunkten, die – je nach politischer oder kultureller Gesinnung der Leserschaft – entweder auf deutliche Zustimmung oder offene Ablehnung stießen.

Der politisch instrumentalisierte Meinungsjournalismus eines Henri Michel sorgte in den ersten Nachkriegsjahren immer wieder für lebhafte Debatten, und selbst der Verwaltungsrat des *Grenz-Echos* mahnte den Chefredakteur mehrfach zur Mäßigung im Ton, da sein stark polarisierender Stil sich geschäftsschädigend auswirken könne¹².

Selbst die Erinnerungen an Henri Michel zeugen von der Ambiguität, die seine Tätigkeit und Person ins Gedächtnis damaliger Weggefährten wie Kritiker einschrieb¹³. Während Journalistenkollege Hubert Jenniges die „belgizistische“ und „CSP-hörige“ Berichterstattung eines Henri Michel bei der Abfassung seines 2001 publizierten Buches „Hinter ostbelgischen Kulissen“ in denkbar schlechter Erinnerung hatte¹⁴, verteidigte sein späterer Nachfolger im Amt des Chefredakteurs Heinz Warny ihn als streitbaren, aber dennoch um das Wohl der Ostbelgier engagierten Mannes. So trat Michel mehrfach vehement gegen eine Pauschalverurteilung aller Ostbelgier als Kollaborateure und Nazianhänger auf. Als die Tageszeitung *Le Soir* im August 1945 mehrere Artikel zur Lage in Ost-

belgien publizierte, in denen indirekt eine Neuauflage des Baltia-Regimes zur Zwangsassimilierung der ostbelgischen Bevölkerung gefordert wurde, hielt Michel mit dem Artikel „Um Klarheit, Recht und Aufbau“ wie folgt dagegen:

„Wir erkennen gerne an, dass aus allgemein bekannten Gründen eine strenge Überwachung des öffentlichen Lebens unserer Heimat durchaus notwendig ist. Die noch lange nicht restlos verschwundenen Spuren des nationalsozialistischen Terrorregimes und seines Vorläufers, der Heimat-treuen Front, sowie die Nähe der Grenze begründen und erfordern eine besondere Aufmerksamkeit der für die Sicherheit zuständigen Stellen. Aber wir wenden uns mit aller Entschei-denheit gegen die Einstellung gewisser, erst seit wenigen Monaten in unseren Gebieten tätiger Beamter, die unsere gesamte Bevölkerung als verdächtig ansehen und mitunter in einer Weise zu Vernehmungen schreiten, gegen die wir mit allem Nachdruck Protest erheben. [...] Es gebe sich niemand dem lächerlichen Wahn hin, etwa auf eigene Rechnung so etwas wie Besatzung spielen zu können. [...]“

Wir sind für strengste Bestrafung aller Verantwortlichen, aber wir treten mit der gleichen Entschiedenheit für Großzügigkeit gegenüber denen ein, die keine schwere Schuld auf sich geladen haben, sondern nur verführt und schwach geworden sind, für die Kleinen.“¹⁵

Fest steht, dass es dem *Grenz-Echo*-Mann der ersten Stunde gelungen ist, den politischen Diskurs über zentrale Themen der ostbelgischen Nachkriegsgeschichte – wie etwa die Säuberung, die Kollaboration, die Sprachenfrage¹⁶, die deutsch-belgischen Beziehungen, die Königsfrage oder den „Fall Mießen“ in Eupen – seinen unverkennbaren Stempel aufzudrücken. Die Meinungsführerschaft des *Grenz-Echos*, geprägt durch den Schwarz-Weiß-Stil eines Henri Michel, wurde erst zehn Jahre nach Ende des Krieges in Frage gestellt, als es zeitgleich im Süden und Norden zu Zeitungsneugründungen kam.

Zentrale Informationsquelle

Doch es wäre falsch und kurzsichtig, die Bedeutung des *Grenz-Echos* in der Nachkriegsdekade auf die Leitartikel ihres Chefredakteurs zu reduzieren. Zwar gab es mit der in Aubel erscheinenden *Die fliegende Taube*¹⁷ noch einen weiteren Akteur auf dem ostbelgischen Zeitungsmarkt, doch erreichte das traditionsreiche Blatt, welches einmal wöchentlich erschien, eine eher kleine Leserschaft in einem geographisch begrenzten Einzugsraum. Die (quasi) Monopolstellung des *Grenz-Echos* verlieh dem Blatt eine Funktion jenseits des politischen Meinungsjournalismus, und zwar als zentrale Informationsquelle in den schwierigen Zeiten des Wiederaufbaus und als Vermittlungsinstanz des innerbelgischen



Kurt Grünebaum, seit 1933 für das *Grenz-Echo* als Journalist in Brüssel tätig. Hier in illustrier Journalistenrunde als Guest beim „Internationalen Frühschoppen“ des WDR, der von Werner Höfer moderiert wurde.

Politikgeschehens. Für letztere Funktion stand vor allem ein Mann Pate: der in Brüssel für mehrere internationale Blätter arbeitende Journalist Kurt Grünebaum.

Bereits im März 1933 war der aus Gießen stammende Jude Grünebaum nach Brüssel emigriert, und Ende 1933 begann Grünebaum, auch für das *Grenz-Echo* zu schreiben¹⁸. In der Nachkriegszeit setzte Grünebaum seine Zusammenarbeit mit dem *Grenz-Echo* fort und verlieh dem Blatt in den Worten von Hubert Jenniges „investigative Festigkeit“ in Brüssel¹⁹. Doch blieb der investigative Journalismus eines Kurt Grünebaum eher die Ausnahme. In Rubriken wie „Quer durch Eupen, Malmedy, St. Vith“ oder „Unsere Kriegsgefangenen in aller Welt“ informierte das Blatt über wirtschaftliche Entwicklungen, Verhandlungen vor dem Kriegsgericht Verviers, Alltagsnöte der Bevölkerung oder Höchstpreise für den Verkauf von Schokolade. Zudem kam dem Anzeigenteil eine wichtige Bedeutung zu, setzte er die Leserschaft doch in Kenntnis über Wiedereröffnungen von Geschäften und Gastwirtschaften, kulturelle Veranstaltungen wie Kinovorführungen oder Dorfkirmes und funktionierte überdies als Plattform für Stellen- und Kaufgesuche, Tauschbörsen und Kontaktanzeigen. Insofern wurde das *Grenz-Echo* der ersten Nachkriegsjahre seinem Untertitel „Informationsblatt für die Kantone Eupen, Malmedy, St. Vith“ durchaus gerecht, bevor es diesen wenige Jahre später in „Die führende Tageszeitung der belgischen Ostgebiete“ umbenannte!

Die Wiederentdeckung des Hörfunks

Wenn man den Begriff Medienlandschaft ernst nimmt, darf man sich in der historischen Rückblende natürlich

nicht nur auf das die Nachkriegsdekade dominierende „Leitmedium“ Zeitung beschränken, sondern muss auch nach den anderen Medien fragen, welche den Ostbelgiern regional, überregional und transnational zur Verfügung standen.

Dies zu rekonstruieren ist allerdings wesentlich schwieriger und aus einer Rezeptionshistorischen Perspektive mangels eindeutiger Quellenbestände so gut wie unmöglich. Sicherlich reichte das verfügbare Medienangebot von inländischen oder ausländischen Zeitungen über nationale wie internationale Rundfunkprogramme bis zu Filmen, die in den Kinos von Eupen („Capitol“ oder „Schauburg“) und später auch Sankt Vith (Kino „Corso“ seit 1948) und Büllingen (1961) gezeigt wurden. Während der Kinobesuch sich ab Anfang der 1950er Jahre zu einem relativ regelmäßigen Freizeitvergnügen vor allem unter Jugendlichen entwickelte und der Film damit zu einem privilegierten Akteur im Prozess der „Amerikanisierung“ oder „Westernisierung“ der Jugendkultur avancierte, dürfte der Hörrundfunk neben der Presse das zweitwichtigste Informations- und Unterhaltungsmedium gewesen sein. Zwar verfügen wir erst ab Anfang der 1970er Jahre über statistisches Material zur Zuhörerforschung in Ostbelgien, doch dürfte aufgrund der sprachlichen und kulturellen Orientierung der meisten deutschsprachigen Belgier davon auszugehen sein, dass in den ersten Nachkriegsjahren im Wesentlichen deutsche Rundfunkprogramme konsumiert wurden²⁰. Hier vor allem die Programme des *Nordwestdeutschen Rundfunks* (NWDR), aus dem 1955 der *Westdeutsche Rundfunk* (WDR) und *Norddeutsche Rundfunk* (NDR) hervorgingen²¹. Der Rundfunk hatte sich bereits in den dreißiger Jahren als Massenmedium etabliert und nahm in der ideologischen Propaganda-

maschine des Dritten Reiches eine zentrale Stellung ein. Die physikalische Eigenschaft von Radiowellen, nicht an Landes- oder Staatsgrenzen hinzumachen, machte den Rundfunk trotz seiner im Wesentlichen national oder staatlich strukturierten Institutionalisierung und Programmierung zu einem transnationalen Medium par excellence²².

In der Rubrik „Was bringt der Rundfunk?“ bemühte sich das *Grenz-Echo*, die ostbelgischen Hörer für die Programme der beiden nationalen Sender (den flämischen BRT und den französischen RTB) zu sensibilisieren, indem man das komplette Programmschema in deutscher Übersetzung abdruckte, doch dürften die meisten Radiohörer ihre Geräte auf die Wellenlänge des NWDR eingestellt haben.

In der jungen Bundesrepublik wurde der Ultrakurzwellen-Funk (UKW) schon ab 1950 eingeführt, in Belgien erst 1961 (wie in vielen anderen europäischen Ländern auch). Dies mag dazu geführt haben, dass sich viele ostbelgische Radiohörer bei der Anschaffung eines neuen Rundfunkgerätes Anfang der 1950er Jahre eher für ein deutsches Fabrikat entschieden haben, da die belgischen Geräte zu diesem Zeitpunkt meist noch nicht UKW-fähig waren²³.

Sendungen in deutscher Sprache

Eine medienhistorische Sonderheit stellten in den ersten Nachkriegsjahren mit Sicherheit die „Sendungen in deutscher Sprache“ (ELA – émissions en langue allemande) dar, die ab dem 1. Oktober 1945 im Funkhaus des *Institut National de Radiodiffusion* (INR) an der Place Flagey in Brüssel produziert

75 Das Kongoproblem

Die Kolonialpolitik aller Länder erfährt zur Zeit mancherlei Modifikationen. Gewisse Staaten sehen sich veranlaßt ihren Schutzbereichen die Unabhängigkeit zu gewähren und auf die fernere Regierung in den Kolonien zu verzichten! Es verbleibt dann noch eine wirtschaftliche Interessensphäre und eine Reihe kultureller Beziehungen mit dem bisherigen Mittelstaate. Die Kolonialmächte müssen sich damit abfinden über kurz oder lang mit der Selbständigkeit der Kolonien

Handschriftliches Sendemanuskript von Irene Janetzky für die Sendung vom 5. Oktober 1946, in der „Das Kongoproblem“ erläutert wurde.

und anschließend auf der Mittelwellenfrequenz des Senders Brüssel 3 ausgestrahlt wurden²⁴. Damit setzten die ELA eine Vorkriegstradition fort, denn bereits 1938 hatte der belgische Staat die Deutschsprachige Rundfunkvereinigung Belgiens (DRB) mit dem Ziel gegründet, die Verbreitung kultureller Ideen und Informationen in deutscher Sprache unter dem Dach einer der belgischen Verfassung verpflichteten Organisation zu gewährleisten. Ausgestattet mit einem

kleinen Studio in Eupen wurde der Dienst nach Kriegsausbruch im Oktober 1939 nach Brüssel verlegt, wo der Sender seinen Dienst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen am 14. Mai beenden musste²⁵. De facto dürfte der DRB das ostbelgische Publikum kaum erreicht haben, war die Konkurrenz deutscher Sender Ende der 1930er Jahre doch übermächtig. Politisches Ziel der ELA-Initiativen nach dem Krieg war, die Assimilation der deutschsprachigen

Bevölkerung mit dem Mutterland zu befördern, was unter anderem durch die tägliche Ausstrahlung eines 10-minütigen französischen Sprachkurses erreicht werden sollte. Alleinverantwortlich für die Zusammenstellung des 20-minütigen Programms zeichnete die aus Sankt Vith stammende Redakteurin Irene Janetzky, die im Laufe der Jahre eine kleine Gruppe von freien Mitarbeitern um sich versammeln konnte (zu der u. a. auch Kurt Grünebaum und seine Frau Alice Grünebaum gehörten). Zwar wurde die Dauer des Programms 1949 um zehn Minuten auf eine halbe Stunde täglich ausgeweitet, doch blieben die Arbeitsbedingungen und informations-technischen Hilfsmittel bis Anfang der 1960er Jahre sehr beschränkt.

Katrin Hammerschmidt schätzt, dass bis Mitte der 1950er Jahre lediglich zehn Prozent der ostbelgischen Bevölkerung die „Sendungen in deutscher Sprache“ regelmäßig hörten²⁶. Schaut man sich die wenigen erhaltenen handschriftlich verfassten Sendemanuskripte aus der Feder von Irene Janetzky an, so fällt eine starke Dominanz kirchlicher oder religiöser Themen auf („Um Maria Lichtenmess“, „Allerheiligen“ sowie zahlreiche Heiligenporträts), gefolgt von Sendungen über historische Gedenktage („Geburtstag George Washington“, „Zum 12. Todestage König Alberts“), national- und weltpolitische Ereignisse („Unabhängigkeit Palästinas“, „Pariser Dreierkonferenz“, „Vom Streite um die Falklandinseln“, „Der erste Nationalkongress Belgiens“) sowie Beiträge zu kulturellen oder wissenschaftlichen Errungenschaften („Molière“, „Enrico Caruso“, „Die amerikanische Südpolarexpedition“, „Erforschung des Meeresgrundes durch Prof. Piccard“)²⁷. Auffällig ist auch das geringe Vorkommen regionalpolitischer oder regionalhistorischer Themen, auch

wenn sich ab und zu ein Beitrag zur „Flora des Hohen Venns“, zur „Elektrifizierung der Kantone Malmedy und St. Vith“ oder zur „Denkmalsfrage von Baugnez bei Malmedy“ findet.

Die wahrscheinlich verordnete politische Neutralität der thematischen Beiträge, die auf belgische (französischsprachige) Nachrichtenquellen reduzierten „Informationsberichte“ sowie die obligatorischen Französischkurse machten das

zwischen 17:20 und 17:40 Uhr ausgestrahlte Programm der ELA nur begrenzt attraktiv für das ostbelgische Publikum – mit Ausnahme vielleicht des Wetterberichtes, der für die ostbelgischen Landwirte von Bedeutung war²⁸. Die ungünstige Sendezeit (zumindest für Berufstätige und vor allem Landwirte) sowie die schlechte Empfangsqualität des auf Mittelwelle ausgestrahlten Signals reduzierte die Zahl der potentiellen Zuhörer auf eine sehr kleine Gruppe²⁹. Erst durch die

Ausweitung der Sendezeit (ab Oktober 1960 wurde auch ein Abendprogramm von 19.00 bis 21.00 Uhr gesendet), die Einstellung eines zweiten festen Redakteurs (Peter Moutschen) im Jahre 1961 und die Ausstrahlung des Programms auf UKW (ab 1961 durch einen Sender in Ougrée und ab 1968 durch einen zusätzlichen Sendemast in Recht) wurde der Grundstein für die zunehmende Attraktivität der ELA Mitte der 1960er Jahre gelegt³⁰.

Kapitel 2: Vorsichtige Pluralisierung des Meinungsmarktes

War das erste Nachkriegsjahrzehnt durch die Monopolstellung des *Grenz-Echos* im Bereich der Presse und eine Dominanz deutscher Sender im ostbelgischen Rundfunkraum geprägt, läutete das Jahr 1955 eine Wende hin zu größerer Meinungsvielfalt ein, zumindest was das Zeitungsangebot betraf.

Sprachrohr der Unbürgerlichen?

Am 21. Mai des Jahres 1955 erschien erstmals eine Ausgabe der *Neuen Nachrichten* in Eupen, die den programmatischen Anspruch, eine „unabhängige Tageszeitung“ zu sein, schon im Untertitel reklamierte. Tatsächlich war die Zeitung von ihren Machern und Geldgebern wohl eher als „Gegenöffentlichkeit“ zum *Grenz-Echo* gedacht denn als „unabhängiges“ Organ politischer Meinungsbildung³¹. Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurde der 1920 in Burg-Reuland geborene und in Büllingen praktizierende Arzt Dr. Hubert Funk gewählt, der Druck der Zeitung wurde in Eupen mehr recht als schlecht durch Druckermeister Martin Schlembach

auf ausgemusterten Maschinen der *Gazette de Charleroi* versorgt. Wie Heinz Godesar beschrieben hat, verstanden sich die *Neuen Nachrichten* von Beginn an als Sprachrohr jenes „unbürgerlichen“ Teils der ostbelgischen Bevölkerung, der im Zuge der Säuberungswelle der unmittelbaren Nachkriegszeit zu „inciviques“ erklärt worden war³².

In Rubriken wie „Heimat und Brauchtum“, „Unsere Heimat“ oder „Sprache und Volkstum“, aber auch in den Leitartikeln, die unter der Überschrift „Auf ein Wort“ seit 1957 erschienen, kippte der deutschfreundliche Ton der Zeitung des Öfteren in volkstümliche Rhetorik um, die in Wortwahl und kämpferischer Dramatik an den Sprachstil der 1930er Jahre erinnerte.



Titelblatt der Ausgabe Nr. 2 der *Neue Nachrichten* - Unabhängige Tageszeitung von Montag, 23. Mai 1955

Dennoch blieben diese Artikel, schaut man sich den Gesamtumfang der Zeitung und ihres Inhaltes an, deutlich in der Minderheit. In den sechsseitigen Ausgaben überwogen Meldungen zur nationalen und internationalen Politik, gefolgt von gesellschaftlichen oder kulturellen Themen sowie Anzeigen und Sportberichten. Von Beginn an hatte die Zeitung jedoch mit technischen (v. a. mangelhafte Druckqualität und Distribution) wie finanziellen Problemen zu kämpfen und wurde von der Staatsicherheit wegen ihres deutschfreundlichen Kurses ständig überwacht³³.

Der „Überlebenskampf“ der Zeitung wurde dem Leser in zahlreichen Artikeln in melodramatischer, mitunter agitatorischer Weise vor Augen geführt. So beklagte die Schriftleitung mehrfach die mangelnde Unterstützung der Zeitung durch Gleichgesinnte, die zwar „jahrelang Fäuste ballend und zähnekirschen nach Rache und Vergeltung“ sowie nach „dem Ventil eines zweiten Presseorgans“ geschrien hätten, sich nun aber als die „größten Versager“, „Heuchler“ und „Rückversicherer“ erwiesen hätten³⁴. Fast zweifelt klingt der Aufruf der Schriftleitung vom 24. März 1956, bei Bekannten und Freunden für die Zeitung zu werben:

„Auf jeden Abonnenten, auf jede Anzeige kommt es an in diesem Ringen der Real-Idealisten gegen die Front der inneren und äußeren Vergreisung. [...] Wir möchten jedenfalls nicht den Vorwurf späterer Geschlechter ernten, zum Untergang unseres eigenen Wesens, unserer Sprache und Kultur durch Passivität und Teilnahmslosigkeit am meisten beigetragen zu haben. Wenn wir schon zugrunde gehen, dann mit

reinen Händen und ehrlichem Gewissen. [...] Wer uns so nimmt, wie wir wirklich sind, als völkische Realität, wer uns darin achtet und bestärkt, der wird in uns auch stets den treuen Bundesgenossen finden, der bereit ist, die politischen Schönheitsfehler der jüngsten Vergangenheit zu verzeihen.“³⁵

Doch trotz dieses und zahlreicher ähnlich pathetisch vorgetragener Aufrufe und Mahnungen musste die Zeitung am 30. September 1958 ihr Einstellen verkünden. Obschon eine gewisse Melancholie den Leitartikel der letzten Ausgabe wie ein roter Faden durchzicht, gaben sich Schriftleitung und Herausgeber zum Abschied verhalten optimistisch. Schließlich sei die „lähmende Angst“, welche die Bevölkerung Eupen-Malmedy-Sankt Viths in den Nachkriegsjahren erfasst habe, einem Blick für das Wahrhaftige gewichen:

„Die Tageszeitung hat das ihre zur Erlangung der grundsätzlichen Rechte einer Volksgruppe beigebragen, sie weiß, dass in unserer Bevölkerung neue Kräfte entstanden sind, die die tiefe Bedeutung von Sprache und Volkstum für das tägliche Leben und die kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Entwicklung eines Volkes erkannt haben.“³⁶

Aus der Retrospektive betrachtet könnte man geneigt sein, diesen Abschiedsworten eine gewisse prophezeiende Qualität zuzustehen. Doch interpretiert man sie – wie die kurze Episode der *Neuen Nachrichten* insgesamt – vor dem Hintergrund des historischen Kontextes der Mitte der 1950er Jahre, so muss man den Ver-

such, die Zeitung als ideologische Alternative zum *Grenz-Echo* zu etablieren, als gescheitert betrachten. Zwar regten sich ab Mitte der fünfziger Jahre auch auf privatgesellschaftlicher wie Vereinsebene neue Initiativen zur öffentlichen Artikulation der sprachlichen und kulturellen Interessen der Bewohner der Ostkantone – man denke etwa an die Gründung des „Volksbildungswerks“ in Sankt Vith (September 1957) oder den „Verein zum Schutz und zur Pflege der Muttersprache“ (März 1957) –, doch reichte dies nicht aus, um die Monopolstellung des *Grenz-Echos* zur brechen.

Ein neues Regionalblatt

Auch das (Wieder-)Erscheinen der *St. Vither Zeitung* im Jahre 1955 konnte an dieser Situation wenig ändern. Nach elfjähriger Publikationspause tauchte die in dritter Generation von der Sankt Vither Verlegerfamilie Doepgen herausgegebene Zeitung 1955 wieder „aus den Ruinen“ auf. Auch wenn der Titel des Geleitwortes zur ersten Nachkriegsnummer „Und neues Leben blüht aus den Ruinen“ ein wenig an die ersten Zeilen der 1949 von Johannes R. Becher gedichteten DDR-Hymne erinnerte („Auferstanden aus Ruinen / Und der Zukunft zugewandt ...“), ist der Text recht nüchtern und unpolitisch gehalten. Betont wurde vor allem der Wille, die Zeitung im Interesse der katholischen Bevölkerung zu führen, ohne – und dies war sicherlich als kleiner Seitenheb auf das *Grenz-Echo* gemünzt – „die Politik einer Partei zu vertreten“. Die Tat solle beweisen, so die pragmatische Ansage, „wes Geistes Kind wir sind“. Wes Geistes Kind sie bis 1944 war, steht außer Frage. Die *St. Vither Zeitung*, die 1866 als *Kreisblatt für den Kreis Malmedy* von Josef Doepgen gegründet worden war und in der bewegten Geschichte der Region

Und neues Leben blüht aus den Ruinen

Als am 8. Mai 1945 die Glocken in den Städten und Dörfern das Ende des zweiten Weltkrieges verkündeten, blieb manche Gemeinde des St. Vither Landes stumm. Nicht der Wille, sondern die Möglichkeit zum Ausdruck der Freude fehlte; hier hatte der Krieg ganze Arbeit geleistet und die Zerstörung war fast vollkommen.

Aber ein zäher Lebenswillen beherrscht die Bevölkerung zwischen Ardennen, Eifel und Oesling. Und mit eiserner Entschlossenheit wurde der Wiederaufbau begonnen. Die zu überwindenden Schwierigkeiten waren anfangs groß. Wenngleich auch von allen Seiten großzügige Unterstützung gewährt wurde, so dauerte es doch mehrere Jahre, ehe dieser Wiederaufbau „auf vollen Touren“ lief. - Heute ist in den Landgemeinden der größte Teil dieser Schäden behoben.

Für St. Vith jedoch kann man nicht von einem Wiederaufbau in diesem Sinne sprechen; St. Vith hat ein neues Gesicht erhalten. Die Zerstörung des Bahnhofs und die fortschreitende Motorisierung brachten eine Konzentration der Geschäfte in der Hauptverkehrsstraße mit sich. Besonders der Verkehr machte eine vollständige Neuplanung notwendig. St. Vith ist also tatsächlich ein Neubau. Mancher der unser Städtchen vor der Zerstörung gekannt hat, steht heute fremd vor dem Neuen. Vieles bleibt noch zu schaffen, und ohne Kritik üben zu wollen, möchten wir nur auf den trostlosen Zustand mancher Nebenstraßen hinweisen. —

Und nun stellen wir uns vor, liebe Leserinnen und Leser. Auch wir sind ein „Neubau“; aus kleinsten Anfängen heraus haben wir die St. Vither Zeitung aufgebaut. Eines jedoch wird alt an ihr sein: daß sie die Interessen der katholischen Bevölkerung unserer Gegend vertritt, ohne die Politik einer Partei zu vertreten.

Im übrigen aber wollen wir kein langatmiges Geleitwort schreiben, sondern in Zukunft durch die Tat beweisen, wes Geistes Kind wir sind. Wir wollen mitarbeiten zum Wohle des Landes und zum Segen unserer durch den Krieg so schwer geprüften Bevölkerung.

„Und neues Leben blüht aus den Ruinen“ - so lautete der Titel des Eröffnungsartikels der St. Vither Zeitung, die ab Samstag, 17. Dezember 1955 die lange Verleger- und Zeitungstradition der Familie Doepgen in St. Vith fortsetzen sollte.

mehrfach ihren Namen geändert hatte³⁷, hatte in der Zwischenkriegszeit zu den radikalsten Fürsprechern eines pro-deutschen und - ab 1933 - pro-nationalsozialistischen Kurses gezählt. Ab 1955 schlug sie jedoch wesentlich mildere politische Töne an - völkisch angehauchte Artikel und sprachpolitisch motivierte Meinungs-

mache wie in den Neuen Nachrichten sucht man vergeblich.

Im Großen und Ganzen verstand sich die St. Vither Zeitung eher als dem Sankt Vither Raum verpflichtetes Regionalblatt, welches lokalem Brauchtum und Traditionen (wie etwa Kirmes oder Karneval)

sowie Nachrichten aus dem Vereinsleben viel Aufmerksamkeit widmete. „Aus St. Vith und Umgebung“ hieß denn auch die Hauptrubrik auf der dritten Seite, in der lokalpolitische Neuigkeiten (meistens Berichte aus den Gemeinderäten der südlichen Eifelgemeinden) sowie Berichte zu kleineren und größeren gesellschaftlichen wie kulturellen Ereignissen gebracht wurden. Insgesamt bot die St. Vither Zeitung dem Leser ein breites Panorama an gesellschaftlichen wie politischen Themen und bestach im Vergleich zum Grenz-Echo oder auch den Neuen Nachrichten vor allem durch ein moderneres Layout, welches sich vor allem in der großzügigeren Nutzung von Photographien zur Illustration von lokalen Berichten zeigte. Zu besonderen Anlässen - etwa der Sankt Vither Kirmes oder des Karnevals, aber auch zum Besuch des Königs am 15. September 1956 oder zur Eröffnung der Weltausstellung in Brüssel 1958 - wartete die Zeitung mit regelrechten Fotoreportagen auf. War die Titelseite meist mit Berichten zu außen- bzw. weltpolitischen Ereignissen gefüllt, die von belgischen oder deutschen Nachrichtenagenturen übernommen und entsprechend angepasst wurden, wurde der Innenteil recht flexibel gestaltet. Sportberichte, Anzeigen, Fortsetzungsromane, Bus- und Zugfahrpläne, Hörfunk- und Fernsehprogramme, die „Karikatur der Woche“ sowie spezielle Rubriken wie „Der praktische Landwirt“ oder die „Nachrichten aus aller Welt“ wurden in der bis zu zehn Seiten umfassenden Zeitung bunt gemischt, aber dennoch übersichtlich und strukturiert präsentiert.

Trotz relativ stabiler Auflage und rund 2.500 Abonnenten geriet die Zeitung Mitte der 1960er Jahre in finanzielle Schwierigkeiten und kündigte ihren Lesern Ende November 1965 die Fusion mit dem Grenz-Echo mit.

Ab dem 1. Dezember erschienen beide Zeitungen unter dem Titel *Grenz-Echo und St. Vither Zeitung*, und der alte *Grenz-Echo*-Untertitel „Die einzige Tageszeitung der belgischen Ostgebiete“ schien erneut gerechtfertigt. Mit der Fusion ging auch eine personelle Umstrukturierung der Redaktion einher: Nach 33 Jahren Tätigkeit als Direktor und Chefredakteur des *Grenz-Echos* trat Henri Michel Ende Oktober 1965 in den Ruhestand, und *Grenz-Echo*-Redakteur und CSP-Mitglied Heinrich Toussaint wurde zu seinem Nachfolger bestimmt. Der redaktionelle Leiter der *St. Vither Zeitung*, Raymund Graf, wurde zum „beigeordneten Hauptschriftleiter“ gekürt, sollte aber auf die politische Ausrichtung der Zeitung, die sich weiterhin als indirektes Parteiorgan der Christlich-Sozialen Partei verstand, keinerlei Einfluss haben.

Ein pressepolitischer Coup

Doch das Jahr 1965 sorgte noch für eine weitere Überraschung auf dem kleinen ostbelgischen Zeitungsmarkt: Am 8. März war erstmals eine Ostbelgien-Ausgabe der *Aachener Volkszeitung* (AVZ) erschienen, die den Untertitel „Aus den belgischen Ostkantonen“ trug. Dieser pressepolitische „Coup“ sollte für einige Aufregung innerhalb der belgischen wie auch bundesdeutschen Öffentlichkeit sorgen, sahen viele darin doch das Machwerk pangermanistischer Propaganda – der Eupener CSP-Vorsitzende Dr. Victor Nyssen sprach in einem an alle Haushalte verteilten Brief gar von „Pressediktatur“³⁸.

Doch trotz großer politischer Aufregung im In- und Ausland und entsprechendem Medieninteresse – selbst das ostdeutsche Fernsehen berichtete über die „unheimliche Machtergreifung der Bonner Faschisten“ in Eupen-Malmedy

– bezog die Zweigstelle der AVZ im Oktober 1965 ihr Quartier in Eupen und brachte es nach wenigen Jahren auf einen festen Kundenstamm von circa 3.000 Abonnenten³⁹. Zum Leiter der Zweigstelle wurde Willy Timmermann ernannt, seines Zeichens ehemaliger *Grenz-Echo*-Journalist, der seine gescheiterten Ambitionen auf die Nachfolge des Amtes von Henri Michel nun mit dem Chefredakteurposten der Regionalausgabe der AVZ kompensieren konnte. Wie Freddy Derwahl als ehemaliger AVZ-Mitarbeiter anschaulich geschildert hat, traf das Ostbelgien-Experiment der AVZ die „alte Dame“ *Grenz-Echo* völlig unerwartet und forderte diese – unfreiwillig und mitunter missmutig – zu journalistischen wie gestalterischen Innovationen heraus⁴⁰. Die Fusion mit der *St. Vither Zeitung* und die redaktionelle Neubesetzung der Zeitungsspitze waren ein erster Versuch, diese Herausforderung anzunehmen.

Kapitel 3: Entstehung eines kritischen Hörfunkjournalismus

Die Ostbelgien-Ausgabe der *Aachener Volkszeitung* sollte in der Tat für Bewegung in der ostbelgischen Presselandschaft sorgen, wie vor allem der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen vom 31. März 1968 zeigten sollte. Während sich das *Grenz-Echo* weigerte, Wahlwerbung für den liberalen Spitzenkandidat Gert Noël in das Blatt aufzunehmen, der mit dem Motto „Wir sind es satt“ die Vormachtstellung der CSP anzufechten versuchte, machte Willy Timmermann kein Geheimnis aus seinen Sympathien für die PFF, die wiederum in der täglich abgedruckten CSP-Werbung im *Grenz-Echo* als „Peäfäf“ ins Lächerliche gezogen wurde⁴¹. Der Ausgang der Wahl kam für die CSP einem deftigen Denkzettel gleich, und die völlig

überraschende Wahl des Sankt Vither PFF-Kandidaten Dr. Michel Louis zum Senator brachte auch politisch frischen Wind in die Autonomiedebatte⁴².

Neben der AVZ sorgte aber ab Ende der 1960er Jahre vor allem der Brüsseler Rundfunk für frischen Wind in der politischen Berichterstattung. Nach der Umbenennung der ELA in „Belgischer Hör- und Fernsehfunk. Sendungen in deutscher Sprache“ (kurz BHF) im Jahre 1964 wurde der Sender in den folgenden Jahren strukturell wie personell ausgebaut und konnte sich so als feste Größe im ostbelgischen Medienensemble etablieren. Der Zugang zu wichtigen Nachrichtendiensten (dpa im Jahre 1965, Belga 1966) und

vor allem der Aufbau eines Netzwerkes an freien Mitarbeitern (Korrespondenten und Reportern) machten den BHF Ende der 1960er Jahre zum wichtigen lokal- und regionalpolitischen Akteur. Die Liste der freien Mitarbeiter des Senders umfasste Zeitungsleute aller Couleur wie Raymund Graf (*St. Vither Zeitung*), Heinz Warny (*Grenz-Echo*) oder Willy Timmermann (AVZ, Ausgabe Ostbelgien), Techniker (z. B. Jacques Keil) wie Moderatorinnen (z. B. Inge Gerckens und Alice Grünebaum) und selbst Politiker wie den CSP-Mann Heinrich Cremer. Cremer war 1952 auf Vermittlung des Abgeordneten Peter Kofferschläger zu den ELA gekommen und initiierte dort die Landfunksendungen, bevor er 1961

Gründungsmitglied des Beratenden Kulturausschusses wurde, der seit der Auflösung des Nationalen Rundfunkinstituts (INR) für die Koordinierung der jährlich wechselnden Zuständigkeit der BRT bzw. RTB für die deutschsprachigen Sendungen zuständig war⁴³.

Rundtischgespräche als demokratisches Forum

Bereits 1963 war Hubert Jenniges, der schon während seiner Löwener Studentenzeit an ELA-Sendungen mitgearbeitet hatte, von der Bischöflichen Schule in Sankt Vith nach Brüssel gezogen, um dort als „fester freier“ Mitarbeiter in die Nachrichtenredaktion einzusteigen. In den folgenden Jahren führte Jenniges das Format der Rundtischgespräche ein. Hierdurch wurde der Rundfunk aktiver Gestalter der regionalpolitischen Öffentlichkeit, was ihm dank der dem Rundfunk eigenen Authentizität und Unmittelbarkeit zu wachsender Anerkennung und Hörertreue verhalf. Zwar wirken viele dieser Gespräche aus heutiger Perspektive ein wenig steif und formell, dennoch stellten sie in den 1960er Jahren eine rundfunktechnische Innovation (in Ostbelgien) dar und erzeugten eine demokratische Plattform en miniature. Als Forum für den direkten und ungefilterten Austausch von Meinungen und Standpunkten boten die Rundtischgespräche für Zuhörer die Möglichkeit der unmittelbaren Teilhabe am politischen Diskurs und verhalfen dem öffentlich-rechtlichen und demokratischen Anspruch des Rundfunks so zu seinem Recht.

Diese Bemühungen, den BHF durch zunehmende Live-Übertragungen oder O-Ton-Aufnahmen aus der Region zu einem lebendigen Instrument oder Sprachrohr des Regionalisierungspro-

zesses zu machen, korrelierten zeitlich mit einer Intensivierung der Autonomiedebatte⁴⁴. Die Verdopplung der Sendezeit im Jahre 1969 durch die Einführung eines zweistündigen Sendefensters am Mittag (12.00-14.00 Uhr) und die Erweiterung des Abendprogramms auf drei Stunden (18.00-21.00 Uhr) sowie des zweistündigen Programms an Sonn- und Feiertagen (17.00-19.00 Uhr) war durch die Aufstockung des fest angestellten journalistischen Personals von zwei (Irene Janetzky und Peter Moutschen) auf fünf Personen möglich geworden. Neben Hubert Jenniges wurden im Juni 1969 mit Peter Thomas und Horst Schröder zwei junge Akademiker als Journalisten eingestellt, die für eine Intensivierung der aktuellen Berichterstattung sorgten und dies auch in einem neuen journalistischen Stil taten. Während ihrer Studentenzeit in Leuven hatten beide die zunehmende Radikalisierung des französisch-flämischen Konfliktes am eigenen Leib erfahren und waren entsprechend sensibilisiert für Fragen, die sich auf nationaler wie regionaler Ebene im Kontext der Debatte um die Kulturoptimalisierung aufdrängten.

Die jungen Wilden

Mussten Irene Janetzky und Peter Moutschen in den langen 1950er Jahren vorsichtig lavieren zwischen dem, was politisch geduldet bzw. erwünscht war, und dem, was in der begrenzten Sendezeit und unter schwierigen technisch-infrastrukturellen Bedingungen möglich war, konnten sich die „jungen Wilden“ journalistisch nun freier bewegen und nutzten den ihnen gewährten Spielraum bereitwillig aus. Bereits im September 1969 starteten Horst Schröder und Peter Thomas eine Sendereihe zum Thema Kulturoptimalisierung, in der sie alle belgischen Parteien (inklusive Volksunie und Kommunistischer Partei) nach ihrem Standpunkt zur Frage der kulturellen Autonomie der deutschsprachigen Belgier befragten. Auch wenn die eingeholten Meinungen – etwa die des Volksunie-Senators Wim Jorissen, der sich vehement für die Kulturoptimalisierung der deutschsprachigen Belgier aussprach – auf wenig Gegenliebe bei älteren Berufskollegen wie etwa Kurt Grünebaum stießen, fachten die Interviews die auch in Ostbelgien schwelende Debatte weiter an⁴⁵.



Die „Rundtischgespräche“ des BHF erinnerten ein wenig an den von Werner Höfer moderierten „Internationalen Frühschoppen“ im ARD-Fernsehen – allerdings wurde in Ostbelgien Bier statt Wein getrunken ...



Die neue Generation von Journalisten beim BHF sorgte ab Anfang 1970er Jahre für frischen Wind beim Rundfunk: hier v.l.n.r.: Peter Thomas, Freddy Derwahl und Hans Engels

Als Katalysator fungierte hierbei auch die Ostbelgienausgabe der AVZ, die alle Interviews – mit Ausnahme des Interviews mit dem belgischen KP-Politbüromitglied Louis van Geyt (!) – eins zu eins abdruckte. Willy Timmermann, dem Hubert Jenniges in seinem pointierten Rückblick „Hinter ostbelgischen Kulissen“ eine zentrale Rolle im Durchbruch jenes neuen journalistischen Stils in Ostbelgien zuspricht, erwies sich als „dankbarer Multiplikator“ der Brüsseler Informationen und Berichte⁴⁶. Von Brüssel und von Aachen aus versuchte man so, der CSP-treuen Berichterstattung des *Grenz-Echos* erfrischende journalistische Alternativen entgegenzusetzen.

Trotz des Schocks, den die Entlassung Horst Schröders in der Brüsseler Redaktion hinterlassen hatte (siehe Kasten „Der Fall Schröder“), setzte man dort den neuen Kurs fort. In den von Hubert Jenniges moderierten „Rundtischgesprächen“ diskutierte man beispielsweise offen über die Abhängigkeit der deutschsprachigen Parteiflügel von Verviers sowie

über Forderungen nach einem Wahl- und Verwaltungsbezirk (17.11.1970), und ostbelgische wie nationale Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wurden immer wieder zu Stellungnahmen bezüglich der Staatsreform und ihrer Folgen für die deutschsprachige Bevölkerung aufgefordert. Kriegsgeschädigtenfrage, eigener Kulturrat, Sprachenkonflikt, Schulwesen und parteipolitische Spannungen in Ostbelgien – diese Themen sollten in den kommenden Jahren ganz oben auf der Agenda der Berichterstattung stehen und machten den BHF zu einem lautstarken Resonanzkörper in der oftmals hitzig geführten Autonomiedebatte⁴⁷. War der Brüsseler Rundfunk bis Mitte der 1960er Jahre vor allem Sprachrohr des belgischen Staates in Richtung Ostbelgien gewesen, entwickelte er sich Ende der sechziger Jahre zunehmend zum Sprachrohr der deutschsprachigen Belgier im belgischen Staat⁴⁸. Davon zeugen nicht zuletzt die beiden in der Einleitung erwähnten Sendereihen „50 Jahre Geschichte der Ostkantone“⁴⁹ (1972) und „Der Weg der deutschen Sprachgemein-

schaft zur Kulturautonomie“⁵⁰ (1973), die als Paradebeispiele eines kritischen und investigativen Hörfunkjournalismus gelten dürfen. Die große Resonanz, die beide Sendungen fanden (Kopien der Sendemanuskripte wurden mehrere hundert Male angefragt), kann als Gradmesser für die hohe Aktualität und Bedeutung des Themas gedeutet werden. Eines Themas, dessen systematische und konsequente Aufarbeitung sich die ostbelgische Öffentlichkeit bis dato verweigert hatte.

Kaum gehörte Botschaften?

Dennoch muss man in der historischen Beurteilung der Wirkung des BHF auf „die Öffentlichkeit“ vorsichtig sein. Wie eine im Auftrag des BHF von der Firma INRA (International Research Associates Europe) durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage zur Rezeption des Senders im Jahre 1970 ergab, hörten nur 25 % der Befragten den Sender regelmäßig an Sonntagen, während der Woche waren es nur 14 %⁵⁷. Fast drei Viertel der 418 befragten Personen gaben zudem zu, von den Sendezeiten der verschiedenen Programmteile keinerlei Kenntnis zu haben. Auf der Beliebtheitsskala der meistgehörten Sendungen stand das „Wunschkonzert“ mit 26 % auf Platz eins – mit deutlichem Abstand auf die Nachrichtenformate (15 %). Auffällig ist auch, dass 75 % der Befragten bereits über ein Fernsehgerät verfügten, weshalb die Studie zu dem Resultat kam, dass es nach 20 Uhr „praktisch zwecklos“ sei, überhaupt noch ein Hörfunkprogramm auszustrahlen, da die Hörerdichte zu Ungunsten der Fernsehzuschauer drastisch absinke.

Bei aller Vorsicht, die bei der Deutung derartiger Umfragestatistiken geboten ist, lässt die Studie darauf schließen, dass das Hörfunkprogramm des

Der Fall Schröder

Hatte man in der Brüsseler Redaktion den Eindruck, der eigentlichen Aufgabe des Rundfunks endlich gerecht zu werden, nämlich als „Seismograph“ der gesellschaftlichen und politischen Spannungen zu fungieren, traf die journalistische Aufbruchstimmung in den herrschenden politischen Kreisen Ostbelgiens auf wenig Gegenliebe. So wurden die noch in Probezeit befindlichen Journalisten Thomas und Schröder Mitte 1970 wegen ihres unorthodoxen Vorgehens vor den „beratenden Kulturausschuss“ zitiert (dem damals Dr. Joseph Schmitz vorstand) und mussten sich dort gegen den Vorwurf des Missbrauchs von „neutralen Themen“ für sprachpolitische Belange verteidigen.

Zwar hatte die Brüsseler Studioleiterin Irene Janetzky auf der Sitzung des beratenden Ausschusses im September 1969 betont, dass „die beiden neuen Journalisten (Thomas und Schröder) wirklich ausgezeichnete Kräfte seien und hervorragende Arbeit leisteten“⁵¹, doch sorgten die zahlreichen politischen Interventionen, die vor allem vom Präsidenten Dr. Schmitz und dem Vervierer CSP-Bezirkspräsidenten und Ausschussmitglied Heinrich Cremer in das beratende Gremium hineingetragen wurden, für eine Verschärfung der Diskussion. Schmitz, der u. a. gefordert hatte, dass die Aachener Volkszeitung keine Berücksichtigung in der täglich vom BHF ausgestrahlten Sendung „Belgische Pressestimmen“ finden solle⁵², brachte auf der 43. Sitzung des Ausschusses vom 23. Oktober 1969 ein Schreiben des Eupener Arztes und CSP-Mannes Dr. Viktor Nyssen zur Sprache, in dem dieser schwere Vorwürfe an die Berichterstattung der jungen Journalisten Schröder und Thomas richtete. In diesem Schreiben hieß es wörtlich:

„Leider missbrauchen gewisse Journalisten der Sendungen in deutscher Sprache ihre Monopolstellung. Bei manchen Interviews politischer Art war der Reporter nicht bemüht, die Meinung und Stellungnahme der anwesenden Persönlichkeiten heraus-

zukristallisieren, die Art der Fragestellung, die Betonung, die verschiedenen Formulierungen ließen das, was Information sein soll, zur Polemik ausarten. Diese mit krummen Mitteln betriebene Schleichwerbung für persönliche Ideen [...] ist einer objektiven

Fall Schröder ein Politikum

Wahl '70: AVZ-Blitzgespräch mit dem CSP-Spitzenkandidaten Heinrich Cremer

(fd) Eupen. — Der Fall des Rundfunkjournalisten Horst Schröder wirbelt Staub auf. Während die Brüder des gefeuerten BHF-Redakteurs in Ostbelgien bisher rund 400 Unterschriften sammelten, wächst die Affäre in Eupen zum Wahlkampfthema und Politikum aus. Wir sprachen mit dem Spitzenkandidaten der CSP, Heinrich Cremer, der auch

Mitglied des beratenden Kulturausschusses der deutschsprachigen Sendungen ist:

● Bürgermeister Pankert hat am Freitag in Nispert einen Protestbrief gegen die Entlassung Schröders unterzeichnet und gegen parteipolitische Eingriffe in die Pressefreiheit protestiert. Dieser Fehdehandschuh gilt Ihnen und Ihrer Partei.

Cremer: Indem man feststellt, daß drei CSP-Mitglieder im beratenden Kulturausschuss sitzen, glaubt man die Übeltäter schon erwischen zu haben. Diese Vereinfachungen kommen den Wahlkämpfern der anderen Seite natürlich recht. Es wird aber dabei unterschlagen, daß dieser Kulturausschuss an der Entscheidung den Vertrag Schröders zu verlängern oder nicht, in keiner Weise beteiligt ist.

● Wer ist denn beteiligt?

Cremer: Schröder absolvierte eine einjährige Probezeit. Die Frage ob diesem „stage“ eine Ernennung folgt, ist ausschließlich Angelegenheit des Ständigen Ausschusses beziehungsweise des Generalrats des flämischen und des französischen Rundfunks.

● Hat man Sie nicht gefragt?

Cremer: Der beratende Kulturausschuss hat mit dieser Angelegenheit gar nichts zu tun. Wir haben in dieser Sache nicht einmal ein Gutachten abzugeben. Unsere letzte Sitzung war übrigens im Monat Juni. Seitdem haben wir uns nicht mehr versammelt.



Heinrich Cremer

● Ist denn der Generalrat von alleine auf Horst Schröder aufmerksam geworden?

Cremer: Nein, natürlich nicht. Der Generalrat ist über die bestehenden Schwierigkeiten von der Sendeleitung des BHF informiert worden. Das ist in Form eines Gutachtens geschehen.

● Welche Aufgabe hat der BHF-Kulturausschuss?

Cremer: Wir beraten über Programmgestaltung und Mitarbeiter.

● Also auch über Schröder.

Cremer: Nein, denn er gehört zum ständigen Personal und fällt nicht in unseren Aufgabenbereich.

● Können Sie Entscheidungen der zuständigen Direktionen beeinflussen?

Cremer: Unsere Sitzungsprotokolle gehen an die verschiedenen Einrichtungen. Unsere Funktion ist beratend, wir treffen keine Entscheidungen. Die Entscheidungen der Einrichtungen entsprechen nicht immer unseren Gutachten.

● Haben Sie in Kulturausschuss-Sitzungen über die Berichterstattung der Rundfunkjournalisten gesprochen?

Cremer: Der an uns gerichtete „Offene Brief“ spricht von einem „offenen Geheimnis“. Für mich bleiben diese Sitzungen geheim.

● In der Stadt, wo Sie am 11. Oktober als Bürgermeisterkandidat der CSP zur Wahl stehen, werden Unterschriften gesammelt, um gegen die Entlassung Schröders zu protestieren.

Cremer: Hier handelt es sich um eine bewußte Irreführung der Bevölkerung mit dem billigen Motiv Stimmenfang. Man wollte mich bereits vor einigen Wochen durch lächerliche Erpressungen politisch erledigen. Nachdem dies kläglich mißlang, versucht man es diesmal wieder. Die Fairneß, die sich die Liste Pankert vornahm, ist dahin.

● Bürgermeister Pankert brachte den Fall Schröder in Verbindung mit der Versetzung des Bezirkskommissars.

Cremer: Das hat überhaupt nichts miteinander zu tun. Das ist durchschaubare Wahlpolitik.

AVZ-Interview mit Heinrich Cremer zum Fall Schröder, in dem Cremer behauptet, der beratende Kulturausschuss für die Sendungen des BHF habe nichts mit der Nichternennung Horst Schröders als Journalist zu tun. Zwar ist es richtig, dass die Entscheidungsbefugnis bezüglich der Ernennung zum Journalisten in den Händen der Generaldirektion des BRT bzw. RTBF lag, doch sagte Cremer die Unwahrheit, als er behauptete, dass der beratende Ausschuss in dieser Angelegenheit keine gutachterliche Funktion gehabt habe und die Personalie Schröder nicht in den Zuständigkeitsbereich des beratenden Ausschusses falle.

Berichterstattung unwürdig. Viele Ostkantöler wünschen, wie ich, Information, Berichterstattung, Aufklärung, Diskussion: alle wehren sich gegen monopolisierte Gedanken-induktion.“⁵³

Die von Dr. Schmitz vorgebrachten Vorwürfe „tendenziöser“ Berichterstattung wurden von Heinrich Cremer sowie dem Chefredakteur des *Grenz-Echos*, Heinrich Toussaint, eifrig durch eigens hervorgebrachte „Beweise“ ergänzt. Obwohl der stellvertretende Dienstleiter, Peter Moutschen, „die volle Verantwortung für die bisherige politische Berichterstattung der neuen Journalisten“ übernahm und darauf hinwies, dass der Briefeschreiber (Dr. Nyssen) der Schwager des Ausschussmitgliedes Heinrich Cremer sei (!), drängte Ausschusspräsident Dr. Schmitz darauf, dass den jungen Kollegen „vorläufig“ keine politischen Interviews mehr anvertraut werden sollten⁵⁴. Zudem ermahnte Schmitz die Anwesenden wiederholt, dass alle Beratungen im Ausschuss strikter Geheimhaltung unterliegen - dies wohl aus Angst davor, dass die parteipolitischen Machenschaften der CSP öffentlich werden könnten.

BHF 1970 zu einer festen Größe im Medienkonsum der ostbelgischen Bevölkerung avanciert war. Doch gibt sie auch unverhohlen zu erkennen, dass dem Radio zu diesem Zeitpunkt mit dem Fernsehen bereits ein scharfer Konkurrent in der medialen Freizeitgestaltung erwachsen war. Es war zudem ein ausländischer Konkurrent, da 80 % der Befragten zugaben, hauptsächlich deutsche Fernsehprogramme zu konsumieren. Der Medienkonsum veränderte sich stark: Zeitungslektüre am Morgen, Radionutzung tagsüber (und immer mehr im Auto als zu Hause)

Obwohl auch der BRT-Generaldirektor Vandenbussche, der allen Sitzungen des beratenden Ausschusses beisaß, nach einem persönlichen Gespräch mit den jungen Journalisten Schröder und Thomas zu der Einschätzung gekommen war, „dass die Journalisten guten Willens seien und dass man, genau wie bei den jungen Kollegen von der BRT, in ihren Ansichten den Unterschied der Generationen bemerke“⁵⁵, plädierte auch er für eine stärkere Kontrolle ihrer Beiträge und regte an, dass in Zukunft telefonische Mitschnitte nur noch nach Genehmigung durch die Chefredaktion ausgestrahlt werden sollten. Trotzdem verkündete Vandenbussche, dass beide Kandidaten demnächst ihre Ernennung zur einjährigen statuarischen Probezeit erhalten würden. Obwohl damit die Wogen geglättet schienen, flammte der Disput im März 1970 wieder auf, als Heinrich Cremer erneut schwere Vorwürfe wegen „tendenziöser Haltung“ und „unobjektiver politischer Berichterstattung“ der jungen Rundfunkjournalisten vorbrachte. Da auch eine Gegenüberstellung der gesamten Redaktion mit dem Ausschuss, um eine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte zu erreichen, nicht die erhoffte Entschärfung der Lage

brachte, kam es im September 1970 zum Eklat. Im Zuge des sich zuspitzenden Gemeinderats-Wahlkampfes in Eupen kam es schließlich zu einer zeitweiligen Amtsenthebung von Horst Schröder, und am 26. Oktober beschloss der Generalrat von RTBF und BRT, dass der Kandidat die einjährige Schulungszeit als Journalist nicht bestanden habe. Auf der gleichen Sitzung erfolgte die offizielle Ernennung von Hubert Jenniges und Peter Thomas.

Mit der Nicht-Ernennung Horst Schröders wurde eindeutig ein parteipolitisches Exempel statuiert, welches den öffentlichen Widerstand gegen die Machenschaften der Christlich-Sozialen Partei letztlich aber mehr gefördert denn gemindert haben dürfte. In den Worten Hubert Jenniges' war der „Fall Schröder“ einer „der letzten Verzweiflungsakte einer selbstherrlichen [...] politischen Klasse in Eupen“, deren Einschüchterungsversuche auch bei ihm ihre psychologische Wirkung nicht verfehlt hatten, doch letztendlich den journalistischen Ehrgeiz beförderten: „Wo aber die Angst umgeht“, so Jenniges, „hört bekanntlich die Freiheit auf. Und Freiheit ist der Sauerstoff eines jeden Journalisten.“⁵⁶

und Fernsehkonsum am Abend. Dieser Wandel, der vor allem in den 1960er Jahren einsetzte, macht eine Wirkungsgeschichte einzelner Medien praktisch unmöglich und ist historisch wenig sinnvoll. Wie das Beispiel der oben erwähnten Sendereihe zum Thema Kulturautonomie gezeigt hat, lässt sich die Funktion und Bedeutung der verschiedenen Medien im öffentlichen Diskurs nur in ihrem komplexen Wechsel- und Zusammenspiel verstehen. Eine solche intermediale Perspektive stellt die Geschichtsschreibung jedoch vor ganz neue Herausforderungen,

die im Rahmen dieser Studie leider nicht angenommen werden können⁵⁸.

Fazit

Die vorliegende historische Skizze der Medienlandschaft Ostbelgiens in den ersten Nachkriegsjahrzehnten hatte das Ziel, allgemeine Tendenzen und Phasen in der Entwicklung der medialen Öffentlichkeit nachzuzeichnen. Vieles musste außer Acht gelassen werden oder konnte nur in Ansätzen ausgeführt werden. Dennoch lassen sich einige abschließende Bemerkungen formulieren, die das Beschriebene

thesenartig zusammenfassen sowie offen-
gebliebene Fragen problematisieren sollen.

Erstens lässt sich im Untersuchungs-
zeitraum eine Entwicklung ausmachen,
die man als Pluralisierung der Medien-
landschaft beschreiben könnte. War
das erste Nachkriegsjahrzehnt durch
die Monopolstellung des *Grenz-Echos*
auf dem ostbelgischen Zeitungsmarkt
und der damit einhergehenden unan-
geföchtenen Meinungsführerschaft ge-
kennzeichnet, führten Zeitungsneu-
gründungen wie die der *St. Vither Zeitung*
und der *Neuen Nachrichten* (beide
im Jahr 1955) zu einer inhaltlichen wie
topographischen Ausweitung des An-
gebots an Informationen und Meinun-
gen. Diese Tendenz verstärkte sich Mitte
der 1960er Jahre trotz der Fusion von
St. Vither Zeitung und *Grenz-Echo*
(1965) durch die Gründung der Ost-
belgienausgabe der *AVZ* sowie den
langsam, aber stetigen Aufstieg des
BHF zum informationspolitischen Ak-
teur im massenmedialen Ensemble.

Mit der Pluralisierung der Medien so-
wie der durch sie produzierten und ver-
breiteten Informationen und Meinun-
gen ging zweitens eine Veränderung des
politischen Diskurses und des journa-
listischen Stils einher. War auch der
„Verkündigungsstil“ eines Henri Michel
historisch legitimiert durch die pro-bel-
gische Haltung des Blattes während der
Zwischenkriegszeit, moralisch qualifi-
ziert durch die schicksalhafte Biogra-
phie und politisch subsidiert durch die
Nähe zur *CSP*, forderte die zunehmende
Ausdifferenzierung der politischen
Landschaft eine dem sich diversifizie-
renden Meinungsspektrum angepasste
oder zumindest Rechnung tragende Be-
richterstattung. Da das *Grenz-Echo* dies
wegen seiner eindeutigen politischen
Festlegung nicht zu leisten vermochte,

übernahmen dies im Laufe der 1960er
Jahre zunehmend andere Organe, allen
voran die Ostbelgienausgabe der *AVZ*
und der *BHF*. Besondere Erwähnung
verdient in diesem Zusammenhang der
BHF, wo sich Ende der sechziger Jahre
eine neue Journalistengeneration daran-
machte, den ideologisch und parteipoliti-
sch geprägten Stil des ostbelgischen
Zeitungsjournalismus durch kritischen
und investigativen Hörfunkjournalismus
herauszufordern.

Aus medienhistoriographischer Pers-
pektive ist drittens festzuhalten, dass
sich auch die Regionalgeschichte bis-
lang zu einseitig der geschriebenen
Presse bedient hat, um „die“ ostbelgi-
sche Öffentlichkeit – meist durch politik-
historische Fragestellungen motiviert –
zu rekonstruieren. In Zukunft sollte
dem Rundfunk sowie audiovisuellen
Quellen in der Regionalgeschichts-
schreibung stärkeres Interesse entge-
gengebracht werden⁵⁹. Statt von einer
Öffentlichkeit zu reden, sollte man von
medienspezifisch bedingten Teilöffent-
lichkeiten reden, das heißt danach
fragen, welche Medien welches Publi-
kum tatsächlich erreicht haben⁶⁰. Trotz
der geographischen Begrenztheit des
Gebietes spiegeln sich in den Zeitun-
gen und den Rundfunkbeiträgen näm-
lich lokale und regionale Unterschiede,
deren kulturelle Bedeutung bislang nur
unzureichend erforscht und themati-
siert wurde. Die Dominanz großer
(und ohne Zweifel wichtiger) politi-
khistorischer Fragestellungen in der
ostbelgischen Regionalgeschichte kann
dazu führen, die feinen, aber kultur-
und mentalitätshistorisch wichtigen
Unterschiede zwischen dem Norden
und dem Süden der deutschsprachigen
Gemeinschaft aus den Augen zu verlie-
ren. Eine lokalhistorisch orientierte
Mediengeschichte, die ihre Aufmerk-
samkeit nicht nur den politischen
Leitartikeln, sondern auch den Klein-
anzeigen, Vereinsmeldungen und
Sportberichten schenkt, könnte einen
wertvollen Beitrag zu einer differen-
zierteneren Geschichte der Teilöffent-
lichkeiten leisten.



Die heiße Phase der Autonomiedebatte im Originalton:
die regionalhistorischen Schätze des BRF-Archivs in Brüssel harren
noch der systematischen Erschließung und Aufarbeitung.

Endnoten

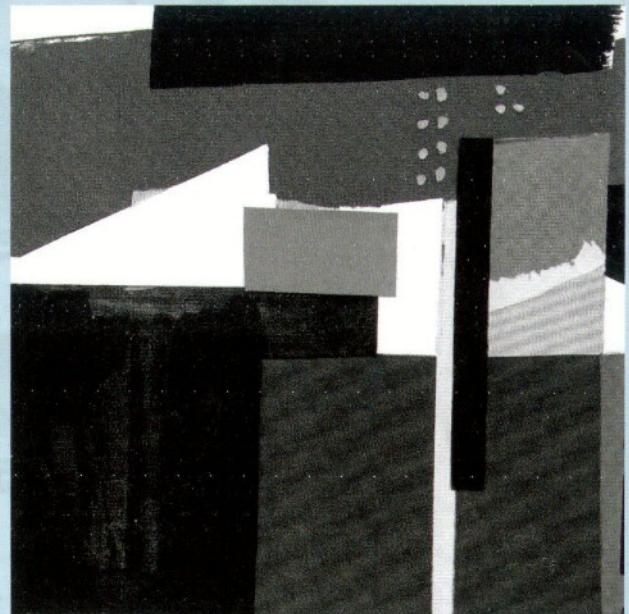
- 1 Bei „dem Polizisten“ handelt es sich um den späteren Polizeihauptinspektor von Sankt Vith, Karl Lejeune, Einheimischen besser im Gedächtnis als „Koffer-Karl“.
- 2 Bereits am 11. September 1968 hatte Panorama eine Sendung zu Ostbelgien gebracht, die den Titel „De derde Belgen“ trug.
- 3 Für die Recherchen in den Archiven der VRT und der RTBF geht mein herzlicher Dank an Brecht Declercq (für Radioprogramme der VRT), Elke Poppe (Fernsehprogramme der VRT), Victoria Metzger (Fernsehprogramme), Pierre Parent (Radioprogramme) und Xavier Jacques-Jourion (Leiter des RTBF-Archivs). Für die Konsultation des BRF-Hörfunkbestandes in Brüssel sei Roger Pint herzlich gedankt, ebenso Renate Ducombe für die Zuverfügungstellung von schriftlichen Quellen aus den Beständen des BRF in Eupen.
- 4 Hilde van den Bulck, Alexander Dhoest: *Publieke televisie in Vlaanderen. Een geschiedenis*, Gent 2007.
- 5 Hubert Jenniges, *Grundlagen des künftigen BRF-Fernsehens. Möglichkeiten und Grenzen eines Mediums auf regionaler Ebene*. BRF-Archiv Brüssel, Juni 1978.
- 6 Natürlich unter wesentlich veränderten politischen und ideologischen Rahmenbedingungen. Während des Krieges war im Verlagssitz des *Grenz-Echos* eine auf Eupen-Malmey zugeschnittene Ausgabe des *Westdeutschen Beobachters* herausgegeben worden. Siehe Heinz Warny, *Neustart ohne den Chef*. *Grenz-Echo 1945-1965*, in: Heinz Warny (Hrsg.): *Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien*, Eupen 2007, S. 79.
- 7 So der Titel des eindruckvollen Selbstzeugnisses, das Henri Michel nach dem Krieg verfasste. Henri Michel: *Oranienburg - Sachsenhausen: KZ-Erinnerungen und Hungermarsch in die Freiheit eines Politischen Gefangenen*, Grenz-Verlag, Eupen 1985. Warny, „Wer Grenz-Echo sagt, der sagt Michel“, S. 135.
- 8 Warny, *Neustart ohne Chef*, S. 80f.
- 9 Idem, S. 82-83.
- 10 Idem, S. 83.
- 11 Warny, „Wer Grenz-Echo sagt, der sagt Michel“, S. 138.
- 12 Idem, S. 138-139.
- 13 Siehe etwa Gudrun Hunold: *Die Bedeutung der Medien für die kulturelle Identität der deutschsprachigen Minderheit in Belgien*, Magisterarbeit, Institut für Soziologie der RWTH Aachen, Februar 2001, S. 57f. Hunold hat verschiedene Generationen zum Mediengebrauch interviewt, so u. a. Dr. Rudi Pankert, Dr. Norbert Scholzen, Heinrich Cremer, Leo Hermans und Karl Kreutz als Mitglieder der „alten Generation“. Obwohl die Teilnehmer den polarisierenden Stil eines Henri Michel unterschiedlich bewerteten, waren sich alle Befragten darüber einig, dass es heute (2001) an einem solchen provokativen Meinungsjournalismus mangle.
- 14 Jenniges behauptet sogar, dass Michel 1965 bei seinem Abgang niemand eine Träne nachgeweint habe - nicht einmal seine Mitarbeiter. Siehe Hubert Jenniges, *Hinter ostbelgischen Kulissen*, Eupen 2001, S. 60.
- 15 Henri Michel, „Um Klarheit, Recht und Aufbau“, in: *Grenz-Echo*, 1.9.1945.
- 16 In einem Brief an Henri Michel beschwert sich Dr. Leo Schiffers, seines Zeichens Vorsitzender des „Bundes der Deutschbelgier“ (1957 als „Verein zum Schutz und zur Pflege der Muttersprache“ gegründet) und Spiritus Rector des *Wegweisers* sowie aktives Mitglied in der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV), über die „verkappte und hinterlistige Weise“, in der Michel sich gegen die Aktivitäten des Bundes auslässt. „Du weißt“, so Schiffers in dem mit „Lieber Heinrich“ überschriebenen Brief vom 8. April 1963, „dass wir beiden bei weitem nicht übereinstimmen in unseren Ansichten über die Lage in unserer Heimat. [...] Du greifst uns immer an, ohne einmal einen Namen zu nennen. Du behauptest, alles sei in bester Ordnung bezüglich unserer deutschen Sprache, von ein paar unbedeutenden Unebenheiten abgesehen. Wir behaupten das Gegenteil [...] D. h. zu deutsch und deutlich: die führenden Wallonen in Bezirk und Provinz wollen und erstreben systematisch die ‚Assimilierung‘, die Einverleibung, die Verwelschung unserer Gebiete. Wer das nicht merkt, ist mehr als blind.“ Brief von Dr. Leo Schiffers an Henri Michel, Kelmis, 8. April 1963, Privatarchiv Leonhard Schiffers, Sankt Vith.
- 17 „Die fliegende Taube“ wurde bereits im Revolutionsjahr 1848 durch den aus Membach stammenden Johann Heinrich Willems gegründet und war bis 1872 die einzige deutschsprachige Zeitung in Belgien. Als belgien- und königstreues Blatt wurde sie beim Einmarsch der deutschen Armee am 10. Mai 1940 verboten. Am 6. Januar 1945 erschien sie erneut als Wochenblatt mit dem Untertitel „Katholisches Volksblatt“, musste ihr Erscheinen aber am 29. Dezember 1951 aus wirtschaftlichen Gründen einstellen. Wie Klaus Pabst in Anlehnung an Ulrike Pommée glaubt, wurde die älteste deutschsprachige Zeitung in Belgien nach dem Krieg auch das Opfer der fortschreitenden Romanisierung Deutsch-Altbelpiens. Zum Abschied, so Klaus Pabst, „empfahl sie ihren verbliebenen Abonnenten, in Zukunft das ‚Grenz-Echo‘ zu lesen“. Siehe Klaus Pabst, *Presse zwischen zwei Weltkriegen (1914-1945)*, in: Warny, *Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien*, S. 199, sowie Ulrike Pommée, *Die Fliegende Taube. Monographie du premier journal belge de langue allemande*, Mémoire ULB 1984/85.
- 18 Heinz Warny, kg.Brüssel. Zum Lebenswerk des Journalisten Kurt Grünebaum, Eupen 2011, S. 41.
- 19 Jenniges, *Hinter ostbelgischen Kulissen*, S. 60.
- 20 Dies wurde dem Autor auch in zahlreichen Interviews zur Geschichte des Medienkonsums von Zeitzeugen bestätigt.
- 21 Peter von Rüden/Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.), *Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks*. Hamburg 2005.
- 22 Zur transnationalen und europäischen Dimension des Rundfunks aus technik- und kulturhistorischer Perspektive siehe Andreas Fickers/Suzanne Lommers, *Eventing Europe. Broadcasting and the Mediated Performances of Europe*, in: Alexander Badenoch, Andreas Fickers (Hrsg.), *Materializing Europe. Transnational Infrastructures and the Project of Europe*. Basingstoke 2010, S. 225-251. Zur Bedeutung der Senderskalen im Prozess der symbolischen Aneignung des europäischen Rundfunkraumes siehe Andreas Fickers, *Visibly audible. The radio dial as mediating interface*, in: Trevor Pinch/Karin Bijsterveld (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Sound Studies*. Oxford 2012, S. 411-439.
- 23 In Belgien wurde der UKW-Funk erst 1961 eingeführt. Zur Einführung des UKW-Funks und seiner Folgen für die Rundfunkindustrie siehe Andreas Fickers, *Der „Transistor“ als technisches und kulturelles Phänomen. Die Transistorisierung der Radio- und Fernsehempfänger in der deutschen Rundfunkindustrie von 1955-1965*, Bassum 1998, sowie Christian Heinrich-Franke, *Die Erfindung Nordrhein-Westfalens auf der Ultrakurzwelle - Transnationale technologische Entwicklungen und die Fragmentierung des Europäischen Rundfunkraums*, in: *Geschichte im Westen*, 1/2010, S. 7-35.
- 24 Siehe hierzu die Endarbeit von Katrin Hammerschmidt, *Le BRF (Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft). La conquête d'une place dans le paysage audiovisuel*, ULB, Filière Information et communication, 2004/05. Eine stark gestraffte deutschsprachige Zusammenfassung der Endarbeit findet sich in der Festschrift zum 60. Geburtstag des BRF, die 2006 unter dem Titel *60 Jahre Belgischer*

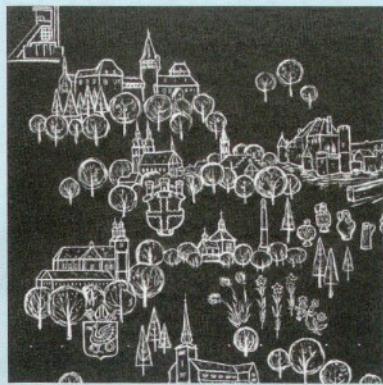
- Rundfunk (1945-2005). Ostbelgische Zeitgeschichte erschien.
- 25 Siehe Katrin Hammerschmidt, Geschichte der Medien in Ostbelgien, in: 60 Jahre Belgischer Rundfunk, S. 24.
- 26 Idem, S. 30.
- 27 Die Sendemanuskripte befinden sich im „Archiv“ des BRF in Eupen und wurden mir freundlicherweise von Renate Ducombe zur Verfügung gestellt.
- 28 Siehe Interview mit Peter Thomas, Eupen, 31. Oktober 2012.
- 29 So forderte auch Bezirkskommissar Henri Hoen die verantwortlichen Minister sowie Direktoren des flämischen (BRT) wie wallonischen (RTB) Rundfunks am 26. Oktober 1955 dazu auf, die Sendezeiten der ELA auszubreiten, vor allen Dingen auf Sonn- und Feiertage. Siehe „Mikrofonansprache Hoen“, in: Grenz-Echo, 27.10.1955.
- 30 Idem, S. 31.
- 31 Gesellschafter der *Neuen Nachrichten* waren die Eupener Geschäftsfrau Sidonie Marichal-Kirchfink, Robert Emonds (Eupen), Franz Schneider (Büllingen), Dr. med. Hubert Funk (Büllingen), Dr. med. Richard Pankert (Eupen), Alois Freres (Sankt Vith), Jean Léon Caspar (Stavelot) und Martin Schlembach (Eupen). Siehe Heinz Godesar, Neue Nachrichten – Eupen-Malmedy-St. Vither Zeitung. Frischer Wind gegen die eingleisig monopolistische Presse, in: Warny (Hrsg.): Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien, S. 239-247.
- 32 Siehe Godesar, Neue Nachrichten, S. 241ff.
- 33 Idem, S. 245.
- 34 Idem, S. 243.
- 35 Idem, S. 244.
- 36 Idem, S. 246.
- 37 Das „Kreisblatt“ wurde 1905 in „Malmedy-St. Vither Volkszeitung“ umbenannt, 1934 dann in „St. Vither Volkszeitung“. Siehe Andreas Fickers (Hrsg.), Zwischen den Zeilen. Die Geschichte des Kreisblattes Malmedy und der St. Vither Volkszeitung 1866-1940, Belgische Staatsarchive Brüssel 2008.
- 38 Siehe Freddy Derwahl, Die Agentur Tim. Erinnerungen an die Ostbelgien-Ausgabe der Aachener Volkzeitung 1965-1991, in: Warny (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien, S. 254.
- 39 Selbst die liberale Wochenzeitung *Die Zeit* bracht in ihrer Ausgabe vom 24. September 1965 einen Artikel zum Thema, der den vielsagenden Titel „Viel Lärm um Nichts. Zeitungskrieg an der deutsch-belgischen Grenze“ trug. Siehe: *Die Zeit*, 24.09.1965, S. 15.
- 40 Idem, S. 254-256.
- 41 Siehe Heinz Warny, Neuer Chef, neuer Zeitungskopf. Grenz-Echo 1965-2007, in: Warny (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien, S. 100, sowie Derwahl, Die Agentur Tim, in: Warny (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien, S. 255.
- 42 Siehe Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen, S. 91-97.
- 43 Zu Heinrich Cremer wie auch einer großen Anzahl anderer freier Mitarbeiter siehe „Interviews, Porträts und Meinungen“, in: 60 Jahre belgischer Rundfunk, S. 275-306.
- 44 Siehe Hubert Jenniges, in: 60 Jahre belgischer Rundfunk, S. 283-285.
- 45 Siehe Interview mit Peter Thomas, Eupen, 31. Oktober 2012.
- 46 Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen, S. 66-67.
- 47 Eine ausführliche Auflistung aller Sendungen, Interviews und Aufzeichnungen des BHF in den 1970er Jahren findet sich in Germaine Hilligsmann, Tonarchiv des BRF (Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum) 1970-1980. Katalog, Verzeichnis der Personennamen, Schlagwortverzeichnis, Mémoire à l’Institut Provincial d’Études et de Recherches bibliothéconomiques, 1981.
- 48 So auch die Einschätzung von Peter Thomas. Siehe Interview mit Peter Thomas, Eupen, 31. Oktober 2012.
- 49 Fünfteilige Sendereihe, ausgestrahlt zwischen dem 30. September und 28. Oktober 1972. Teil 1 „Der große Wandel“ (Peter Thomas, 30.09.1972); Teil 2 „Ein neues Vaterland“ (Peter Thomas, 7.10.1972); Teil 3 „Auf geistigen und materiellen Trümmern“ (Hubert Jenniges, 14.10.1972); Teil 4 „Auf der Suche nach politischen Konturen“ (Hubert Jenniges, 21.10.1972); Teil 5: „Auf dem Wege der Selbstbefragung“ (Hubert Jenniges, 28.10.1972).
- 50 Sendemanuskript geschrieben von Hubert Jenniges, ausgestrahlt am 27. Oktober 1973 (19.00-20.00 Uhr).
- 51 Protokoll der 42. Sitzung des beratenden Kulturausschusses für die Sendungen in deutscher Sprache des belgischen Hör- und Fernsehfunks, Eupen, 10.9.1969, S. 7. Privatarchiv Gerhard Palm, Büllingen.
- 52 Die Frage, ob die Ostbelgienseite der AVZ als belgische Pressestimme zu bewerten und deshalb in die ab 1. Januar geplante Sendung „Belgische Pressestimmen“ aufzunehmen sei oder nicht, wurde ab Juni 1969 heftig im Ausschuss diskutiert. Auf der 44. Sitzung des Ausschusses am 18. November 1969 wurde offiziell beschlossen, „dass die Ostbelgienseite der AVZ nicht als belgische Pressestimme zu bewerten ist“, da - so Heinrich Cremer - der Sitz der Zeitung in Aachen sei und auch das Personal aus Aachen bezahlt werde. Siehe Protokoll der 44. Sitzung des beratenden Kulturausschusses für die Sendungen in deutscher Sprache des belgischen Hör- und Fernsehfunks, Eupen, 18.11.1969, S. 7-8. Privatarchiv Gerhard Palm, Büllingen.
- 53 Protokoll der 43. Sitzung des beratenden Kulturausschusses für die Sendungen in deutscher Sprache des belgischen Hör- und Fernsehfunks, Eupen, 23.10.1969, S. 8. Privatarchiv Gerhard Palm, Büllingen.
- 54 Protokoll der 43. Sitzung des beratenden Kulturausschusses für die Sendungen in deutscher Sprache des belgischen Hör- und Fernsehfunks, Eupen, 23.10.1969, S. 12. Privatarchiv Gerhard Palm, Büllingen.
- 55 Protokoll der 44. Sitzung des beratenden Kulturausschusses für die Sendungen in deutscher Sprache des belgischen Hör- und Fernsehfunks, Eupen, 18.11.1969, S. 2. Privatarchiv Gerhard Palm, Büllingen.
- 56 Hubert Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen, Eupen, 2000.
- 57 Ab und zu hörten den Sender an Sonntagen immerhin 34 %, während der Woche 29 %. Siehe M. Arens, G. Lentz, Belgischer Hör- und Fernsehfilm. Sendungen in deutscher Sprache. Meinungsumfrage 1970, 1970.
- 58 Zu den methodischen Herausforderungen eines solchen Ansatzes siehe Andreas Fickers, The Emergence of Television as a Conservative Media Revolution: Historicising a Process of Remediation in the Post-war Western European Mass Media Ensemble, in: Journal of Modern European History, 10 (2012) 1, S. 49-75.
- 59 Der Autor hat im Zuge dieser Untersuchung eine erste systematische Untersuchung der Bestände des flämischen (VRT) wie französischen (RTBF) Rundfunkarchivs in Brüssel unternommen und hierbei zahlreiche interessante Hörfunk- und Fernsehbeiträge aufzufindig machen können, die sich mit der Geschichte der deutschsprachigen Gemeinschaft und ihrer Bevölkerung befassen. Auch die Hörfunkbestände des BRF, die sich im „Archiv“ der Brüsseler Redaktion befinden, wurden vom Autor zu Rate gezogen. Die „Wiederentdeckung“ der für die Autonomiedebatte so authentischen Hörfunkbeiträge und Originalinterviews des BHF im Rahmen dieser Untersuchung hat zumindest dazu geführt, dass die fragilen Tonbandbestände nun digitalisiert werden, um sie so zu retten und für die weitere wissenschaftliche Aufarbeitung sowie didaktische Nutzung zugänglich zu machen.
- 60 Manuel Wendelin, Medialisierung der Öffentlichkeit. Kontinuität und Wandel einer normativen Kategorie der Moderne, Köln 2011.

DICHTER ALS VORREITER ODER
MITLÄUFER DER AUTONOMIEDISKUSSIONEN?

DAS LANGE LITERARISCHE SCHWEIGEN

von PHILIPPE BECK





Der literarische Neuanfang nach dem Krieg war vor allem in der deutschsprachigen Welt nicht einfach. Heinrich Böll, dem es 1947 „sehr schwer“ gefallen sei, „auch nur einen einzigen deutschen Satz zu schreiben“¹, gelang dennoch kurz darauf der erste Erfolg in der Gruppe 47. Gruppeninitiativen gaben überhaupt an vielen Orten neue Impulse, wie es die Beispiele der Wiener Gruppe oder der Neuen Frankfurter Schule belegen. In Ostbelgien erwachten diese erst Ende der 1960er Jahre, in etwa mit dem Aufkommen experimenteller Tendenzen in Lyrik und Prosa und nach dem Ziehen der Sprachengrenzen im belgischen Staat. Hier stellt sich eine Frage: Waren diese Dichter Vorreiter oder Mitläufer der Autonomiediskussionen in Belgien und in der Grenzregion?

Charakteristisch für diese Zeit ist unter anderem die ‚Trümmerliteratur‘. Mit Kurzgeschichten, die oft den Krieg und die Heimkehr thematisierten, lieferten die Schriftsteller eine Bestandsaufnahme der in Trümmern liegenden Umwelt. Im nun wieder belgischen Grenzgebiet und vor allem in den dem Erdboden gleich gemachten Städten Sankt Vith und Malmedy oder den Dörfern der Eifel hatten die Begriffe „Trümmer“ und „Wiederaufbau“ ganz konkrete Formen angenommen.

Schweigen statt erinnern

In Eupen wurde 1945 das kurz nach dem Einmarsch der Wehrmacht entfernte Grab des 1938 verstorbenen Schriftstellers und Journalisten Peter Schmitz auf den Ehrenfriedhof zurückverlegt², die Erinnerung an den Autor des Antikriegsromans *Golgatha* jedoch kaum gepflegt³. Josef Ponten und Karl Bartz hatten ihrerseits nicht die notwendige Distanz gegenüber den Mächthabern des Dritten Reichs gewahrt, um nun noch Platz im öffentlichen Erinnerungsdiskurs zu finden. Der mit seinen Theaterstücken in Berlin und Leipzig erfolgreiche Wilhelm Imperatori war ebenfalls verstorben und in Vergessenheit geraten. Eine Integration der aus dem Gebiet stammenden Schriftsteller in das ‚kulturelle Gedächtnis‘⁴ blieb also aus.

Die literarischen Produktionen der Nachkriegszeit (meist historische Aufsätze, Erzählungen und Naturgedichte) fand man hauptsächlich in der Tagespresse sowie – in geringerem Maße – in außerregionalen Publikationsorganen. Sie behandelten vorzugsweise heimatgebundene und sentimentale Themen in traditionellen, klassischen Formen,

wie es beispielsweise bei Leonie Wichert-Schmetz und Maria-Theresia Weinert-Mennicken der Fall war⁵.

Das gestörte Verhältnis zu Geschichte und Sprache

Angesichts der durch die beiden Weltkriege hervorgerufenen patriotischen Selbstfranzösierung der altbelgischen deutschsprachigen Bevölkerung⁶ ist es geradezu bemerkenswert, dass der Montzener Schulinspektor Joseph Lousberg 1947 seine *Bleyberger Heinzelmännchen und andere Märchen* und der Areler Jean-Marie Raths seine Gedichte *Wellen der Welt* (in *Oeuvre poétique I*,

1961) veröffentlichte. Im Eupener Land setzten sich zwei Autoren mit dem Kriegsgeschehen auseinander. Dies war zum einen Henri Michel mit *Hungermarsch in die Freiheit* (1945) und zum anderen Arthur Nisin mit *Journal de Russie* (1959), die einzige Publikation des 20. Jahrhunderts, die die Thematik der ‚Zwangssoldaten‘ an der Ostfront ansatzweise problematisiert. Bezeichnenderweise wurde der im französischsprachigen Europa erfolgreiche Roman mit zwei Preisen bedacht, in Ostbelgien jedoch kaum rezipiert⁷. Für eine Konfrontation mit der jüngeren Vergangenheit war die Bevölkerung nicht bereit.

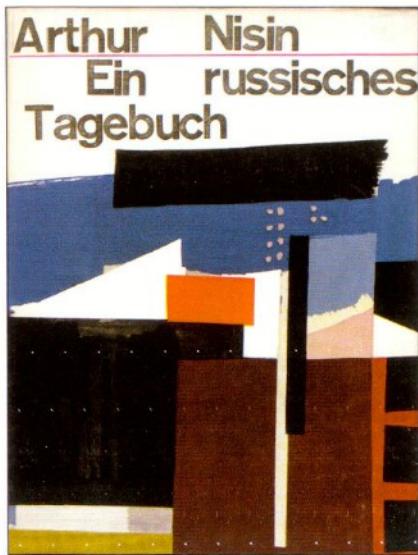


Henri Michel veröffentlichte kurz nach dem Krieg (1945) seine Tagebuchaufzeichnungen, die die Befreiung aus dem KZ Oranienburg-Sachsenhausen schildern.

Abgesehen von den erwähnten Werken kennzeichnet ein gewisser ‚Kahlschlag‘⁸ die literarische Landschaft der Nachkriegszeit, so dass man nicht nur von einem gestörten Verhältnis der Ostbelgier zur Geschichte, sondern auch zur deutschen Sprache reden kann. Erst Freddy Derwahls Gedichtband *Aufbruch* deutete 1964 ein zaghaftes Erwachen an.

KZ- und Ostfront-Eindrücke

Fünf Monate nach den KZ-Aufzeichnungen des Chefredakteurs der



Die deutsche Übersetzung von Arthur Nisins *Ein russisches Tagebuch* (1962) blieb in Ostbelgien eher unbeachtet. Die Öffentlichkeit war nicht bereit, sich mit den Taten an der Ostfront auseinanderzusetzen.

Gazet van Antwerpen, Louis Kiebooms, *De marsch tegen den dood. Uit het dagboek van een concentrationair* im Juni 1945 erschienen die Tagebuchnotizen seines Eupener Kollegen und Leidensgenossen Henri Michel, *Hungermarsch in die Freiheit*. Der Chefredakteur des von Grund auf „probelgisch“ orientierten und seit April 1933 auf Reichsboden verbotenen *Grenz-Echos* war im September 1940 in Brüssel vom Sicherheitsdienst festgenommen und als politischer Gefange-ner nach Oranienburg-Sachsenhausen verschleppt worden. Michel erzählt, wie die Häftlinge, die sich auf einem langen Marsch in Richtung Ostsee befanden (wo sie auf Befehl Himmlers ertränkt werden sollten), nach der Flucht der Wehrmacht, des Volkssturms und der SS im April 1945 befreit wurden. Die eigentlichen KZ-Erinnerungen und die Umstände seiner Verhaftung wurden erst 1985 posthum von Michels Verwandten veröffentlicht.

Mit dem Roman *Journal de Russie* erschien das einzige Zeitdokument der Nachkriegszeit, das die Problematik der „Zwangssoldaten“ und die moralischen Fragen, mit denen sie an der Ostfront konfrontiert waren, aufgriff. Im Gegensatz zur Opferdarstellung im öffentlichen Diskurs schildert der 1962 ins Deutsche übersetzte Roman des in Eupen und Sankt Vith tätigen Lehrers Arthur Nisin aus Remouchamps, wie der Unterfeldwebel und Dolmetscher Michel Heinemann 1944 in der Ukraine Zeuge von Foltern und „Vergeltungsaktionen“ wird und dabei bemüht ist, Menschlichkeit zu zeigen und die Vergehen in Grenzen zu halten⁹.

Die in dem Gedichtzyklus *Eindrücke aus der russischen Steppe* (1969) und später in der Erzählung *Der Weihnachtsbaum von Ordschonikidse* (1984) verarbeiteten Beobachtungen des Raerener Kunstlehrers und Dichters Peter Emonts-Pohl an der Ostfront waren mehr soziokultureller Art und legen Offenheit und Neugierde für fremde Kultur und Landschaft an den Tag.

Erstes Dichtertreffen

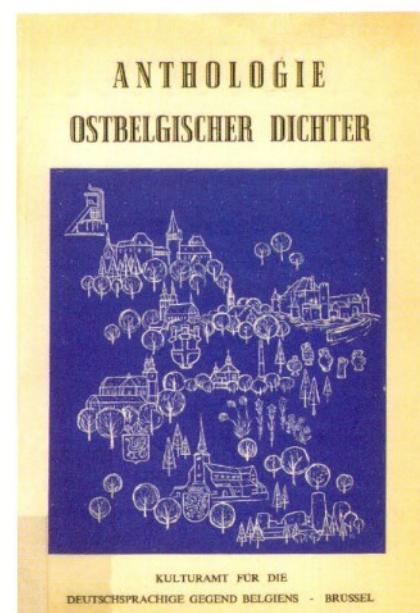
Einige Jahre nach dem Ziehen der Sprachengrenzen (1962/63) traten plötzlich mehrere Publikationsmöglichkeiten für Schriftsteller in Erscheinung. Zum einen waren dies die *Jahrbücher Eupen-Malmedy-Sankt Vith*. Zum anderen standen die Geschichtsvereinszeitschriften *Zwischen Venn und Schneifel* (seit 1965) und *Im Göhltal* (1967-2013) als Forum für Belletristik zur Verfügung. Die seit 1951 bestehende Zeitschrift *des Eupener Geschichtsvereins* hingegen veröffentlichte ausschließlich historiographische Beiträge.

Ein bedeutender Impuls, der das Sprachbewusstsein in Ostbelgien förderte, ging

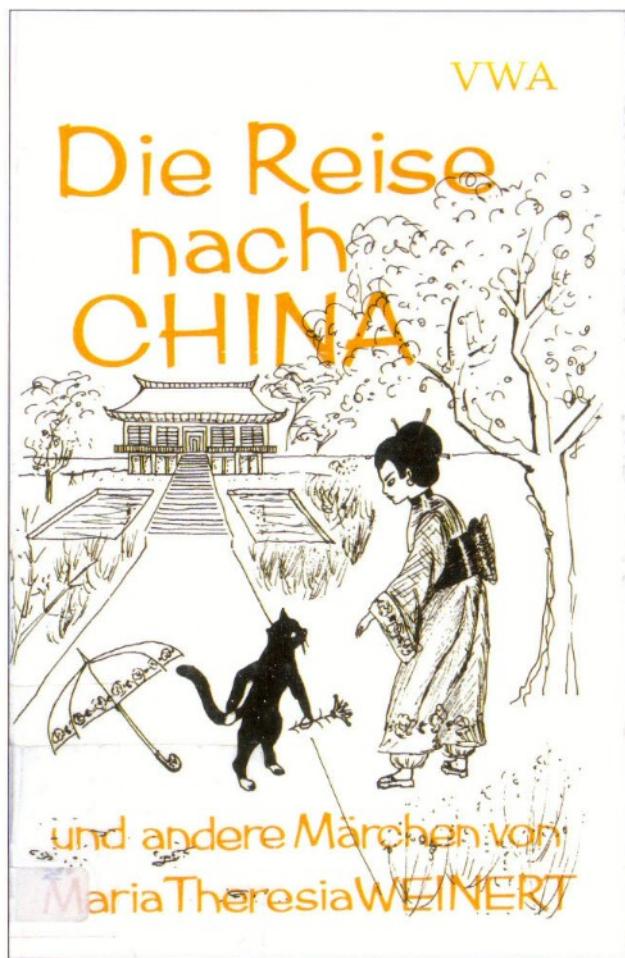
vom Geschichtsverein „Im Göhltal“ aus, der regelmäßig Lesungen veranstaltete. So fand am 22. September 1968 das erste ostbelgische Dichtertreffen in Kelmis statt, das auch Literaturschaffende aus Aachen und Niederländisch-Limburg anzug. Vorzufinden waren „Naturbeschreibungen, erzählende Prosa, heimatkundliche und psychologische Skizzen sowie Gefühls- und Gedankenlyrik“¹⁰. Bezeichnenderweise betonte Jules Aldenhoff von der Universität Lüttich die Bedeutung der Muttersprache – und dies müsse man „auch als guter Belgier sagen dürfen“¹¹. Das Sprachbewusstsein als Teil der kulturellen Identität fand hier ein allmähliches Erwecken.

Kulturförderung und Eigeninitiativen

Als greifbares Fazit dieses „Meilensteins in der Entwicklung des kulturellen Lebens Ostbelgiens“¹², wie ein Brief aus dem Kabinett des Premierministers



Die Anthologie ostbelgischer Dichter (1971) erschien mit Unterstützung des Brüsseler Kulturamts für die deutschsprachige Gegend Belgiens.



Maria Theresia Weinert steht für Märchen, Heimat- und Naturlyrik.

die Veranstaltung nannte, erschien 1971 dank der Unterstützung des Brüsseler Kulturamts für die deutschsprachige Gegend Belgiens die erste Anthologie ostbelgischer Dichter. Für Mundart- und Heimatgedichte standen dort beispielsweise Peter

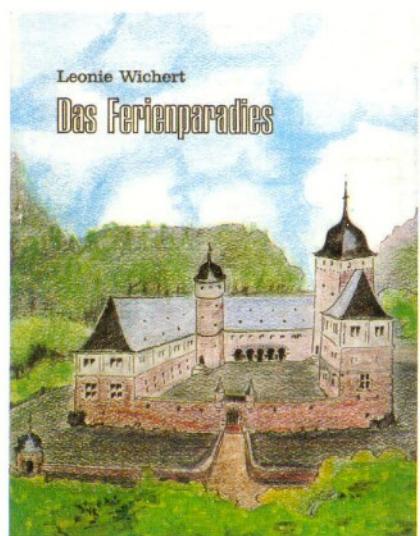
Gedichten (die größtenteils auch in der Anthologie vorzufinden sind) unter dem schlichten Titel *Mappe 1* zu veröffentlichen. Zu den Einflüssen gehörte nicht zuletzt der zu dieser Zeit gerade verstorbene Paul Celan. Diese Publikation ist Ausdruck eines litera-

Emonts-Pohl und Gerard Tatas. Traditionsgebundene Lyrik verfassten Emil Gennen, Leonie Wichert und Maria-Theresia Weinert-Mennicken. Jüngere Autoren der Anthologie schlugen dagegen eher sozialkritische und experimentelle Töne an.

Wichtig für die siebziger Jahre waren die Kontakte, die die Schriftsteller untereinander pflegten. Im Eupener Raum schlossen sich 1970 Marcel Bauer, Freddy Derwahl, Hans Niessen und Suzanne Visé zusammen, um im Eigenverlag eine Sammelmappe mit

rischen Generationsbruchs und eines Wechsels in der Gesellschaft. Die Studentenrevolte berührte diese jungen Autoren allerdings wenig; „[i]hre Revolte war betont individualistisch“¹³. In diesem Sinne kann man sie der sogenannten „Neuen Subjektivität“ zuordnen.

Zwei Jahre später erschien mit Leonie Wichterts *Das Ferienparadies* (1973) signifikant erweisen der erste aus einer ostbelgischen Feder stammende Roman in deutscher Sprache seit *Golgatha* (1937). Mit dem Einsetzen der Kulturoptimalie auf politischer Ebene hatte nun auch die Literatur deutscher Sprache in Belgien Fuß gefasst.



Leonie Wichterts *Ferienparadies* (1973) war der erste von einer ostbelgischen Autorin stammende Roman in deutscher Sprache, der nach dem Krieg erschien.

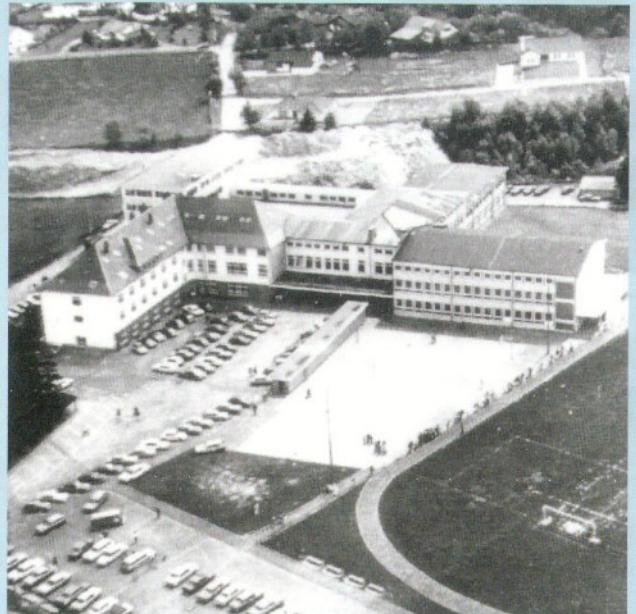
Endnoten

- 1 Nach Leo Wintgens, Grundlegung einer Geschichte der Literatur in Ostbelgien. Bild der sprachlichen Wechselwirkungen im Zwischenland, Eupen 1986, S. 203.
- 2 Philippe Beck, Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz, 1918-1940, Brüssel u. a. 2013, S. 177 ff.
- 3 Zwei Ausnahmen bilden die folgenden Beiträge: Gottfried Loup, Peter Schmitz in Memoriam, in: Geschichtliches Eupen, Bd. II, Eupen 1968, S. 111-112, und Karl Janssen-Hauzeur, Ein Beitrag zur Geschichte des Aachen-Lütticher Möbelbaus im 18. Jahrhundert, in: Geschichtliches Eupen, Bd. IV, Eupen 1970, S. 50-57.
- 4 Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992.
- 5 Ernst Leonardy, Die deutschsprachige Literatur im ostbelgischen Raum, in: Peter H. Nelde, (Hrsg.), Deutsch als Muttersprache in Belgien. Forschungsberichte zur Gegenwartslage, Wiesbaden 1979, S. 248.
- 6 Walter Pintens, Historische Betrachtungen über das deutschsprachige Gebiet und über die rechtliche Stellung der deutschen Sprache in Belgien, in: Fred Stevens und Dirk van den Auweele (Hrsg.), Houd voet bij stuk. *Xenia iuris historiae* G. Van Dievoet oblaata, Katholieke Universiteit Leuven, Löwen 1990, S. 541-560, S. 556; Werner Amian, Die Interdependenz linguistischer und politischer Faktoren im Sprachgrenzbereich am Beispiel Altbelgien-Nord, in: Deutsch als Muttersprache in Belgien, S. 95-100, S. 96.
- 7 Bruno Kartheuser, Und dunkler Wein am Boden rollte, in: Krautgarten, Neundorf 2005/1 Nr. 46, S. M1-M16.
- 8 Leonardy, Die deutschsprachige Literatur, S. 248.
- 9 Kartheuser, Und dunkler Wein am Boden rollte, S. M5.
- 10 Jules Aldenhoff, zitiert nach Fernand Wechseler, Erstes ostbelgisches Dichtertreffen, in: Im Göhltal, Nr. 4, Gemmenich 1968, S. 55-57, Zitat S. 55.
- 11 Ebenda, S. 56.
- 12 Ebenda, Zitat S. 57.
- 13 Ernst Leonardy, Die Darstellung des ostbelgischen Raums in der deutschsprachigen Literatur Ostbelgiens, in: Germanistische Mitteilungen. Zeitschrift für Deutsche Sprache, Literatur und Kultur, Nr. 53, Brüssel 2001, S. 46-64, S. 62.

GENERATIONENKONFLIKTE, 68ER-GEIST
UND KULTURELLE EMANZIPATION

DIE 73ER-GENERATION

VON ANDREAS FICKERS





Veränderungen lagen in der Luft – so könnte man die gesellschaftliche Stimmung Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre wohl am besten beschreiben. International trat der Generationenkonflikt zwischen der Nachkriegsgeneration, den sogenannten „Baby-Boomer“n, und jener Generation, die den Zweiten Weltkrieg als Jugendliche oder junge Erwachsene erlebt hatte, in Form von Studentenprotesten, Antikriegsbewegungen und neuen Lebensentwürfen zutage. Es ist wohl kaum ein Zufall, dass sich zu dieser Zeit auch in Ostbelgien der Protest regte. Oder doch? Wogegen lehnten sich die „jungen Wilden“ in unserer Gegend auf? Vom Geist der 68er beseelt, so die These, schlugen vor allem junge Eifler neue Töne an, die die politische Landschaft – mehr denn die sozialen oder kulturellen Milieus Ostbelgiens – nachhaltig prägen sollte. Ein Essay.

Sankt Vith, 19. Mai 1968. Wenige Tage nach der ersten „Nacht der Barrikaden“ im Quartier Latin und dem Beginn des größten landesweiten Streiks in der Geschichte Frankreichs hält Dr. Michel Kohnemann, Deutschlehrer am Collège Patronné in Eupen und Präsident der deutschsprachigen belgischen Sektion des Europäischen Erzieherbundes (EEB), zum Abschluss der Informationstage des EEB in Sankt Vith einen Vortrag mit dem Titel „Deutsch-Ostbelgien im Europa von morgen“. Zentrales Thema seines Vortrages ist die Frage, ob sich die deutschsprachigen Belgier als „Mittler“ zwischen „romanischer und germanischer Sprache und Kultur“ eignen. „Nach Jahren sprachlicher und kultureller Gleichgültigkeit sowohl der Verwaltenden wie der Verwalteten“, so Kohnemann zum Auftakt seines Vortrages, „scheint diese Erkenntnis nun plötzlich die Zauberformel zur paradiesischen Zukunft unserer Gegend zu sein.“¹

Handeln statt reden

Zielten Kohnemanns Ausführungen im Wesentlichen auf eine kulturpolitische Legitimierung des Begriffs „Deutsch-Ostbelgien“, interessieren uns an dieser Stelle vor allem die Schlussfolgerungen, die Kohnemann zum Ende seiner Rede zog. Diese richteten sich besonders an die „studentische Jugend“, deren Drang nach Verwirklichung des Europagedankens hoffentlich zur Emanzipation Deutsch-Ostbelgiens führen werde². Vor einem warnt der Raerener Pädagoge am Ende seines Referates ausdrücklich: „Alle Vorträge, Diskussionen usw. dürfen nicht übersehen lassen“, so Kohnemann eindringlich, „dass nur das Wirkliche, das Getane zählt, und nicht das Beredete und Geplante. Zu diesem Zweck bedarf es tat-

kräftiger Leute, wenn nicht alles versanden soll.“³

Kohnemanns Aufruf zur Tat traf sicherlich den Zeitgeist. Schon seit Mitte der 1950er Jahre regte sich in Ostbelgien auf kultureller wie kulturpolitischer Ebene der Widerstand gegen den massiven Französisierungs- und Assimilierungsdruck, dem die meisten deutschsprachigen Belgier im ersten Nachkriegsjahrzehnt ausgesetzt waren. Die Gründung von Kulturvereinigungen wie dem Sankt Vither Volksbildungswerk (1957), dem Verein zum Schutze und zur Pflege der Muttersprache (gegründet ebenfalls 1957, später umbenannt in *Bund der Deutschbelgier*) unter der Leitung des Kelmiser Arztes Dr. Leonard Schiffers sowie Zeitungsneugründungen wie die der *Neuen Nachrichten* (1955) und der *St. Vither Zeitung* (1955) sorgten ab Mitte der 1950er Jahre für eine deutlichere Artikulation deutschsprachiger Interessen in Ostbelgien. Was diese Initiativen auszeichnete und – zumindest in ihrer Intention – ähnlich machte, war die Konzentration auf die Sprachenproblematik. Durch die Anerkennung und Förderung der deutschen Sprache erhofften sich die Protagonisten dieser Vereinigungen oder Organe eine bewusstseinspolitische Wirkung. Nur wenn man der hiesigen Bevölkerung das Recht zur gleichberechtigten Nutzung der eigenen Sprache im belgischen Staatsgefüge gewähre, so die feste Überzeugung der vielen sprachpolitischen Aktionisten, werde die Bevölkerung Ostbelgiens ihre kulturelle Identität wahren können.

Zwar wurde diese Forderung nach kultureller Anerkennung des deutschen Sprachgebietes durch das sogenannte Sprachengesetz vom 2. August 1963 de-

jure im belgischen Grundgesetz verankert, doch blieb die sprachliche Gleichberechtigung de facto lange Zeit Wunschdenken. Dieses Denken in die Tat umzusetzen sollte vornehmlich das Werk einer neuen Generation von Kulturautonomisten sein, die – so die These – bewusst oder unbewusst vom Geist der 68er-Bewegung inspiriert waren und für die tatsächliche Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eintraten. Doch waren die neuen Geister der Autonomiedebatte – die ich im Folgenden provokativ als 73er-Generation beschreiben möchte – tatsächlich der Ideologie des historischen Materialismus verpflichtet, nach dessen Logik das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt und nicht umgekehrt? Lässt sich die Radikalisierung des politischen Autonomiediskurses Anfang der 1970er Jahre historisch vielleicht als Generationenkonflikt begreifen, das heißt vielmehr als Ausdruck unterschiedlicher Sozialisierungs- und Biographiemuster denn als Resultat politischer oder ideologischer Auseinandersetzungen? Um dieser komplexen Fragestellung auf den Grund zu gehen, wird im Folgenden versucht, die biographischen Hintergründe einiger Akteure der Autonomiedebatte zu rekonstruieren, ohne dass der Anspruch einer kollektivbiographischen Untersuchung reklamiert werden könnte⁴. Zu diesem Zweck wurden Zeitzeugeninterviews geführt, in deren Vordergrund die Frage stand, wie es zum – im weitesten Sinne – politischen (d. h. parteipolitischen wie auch sprach-, kultur- oder gesellschaftspolitischen) Engagement kam⁵.

Fragen an die 73er-Generation

Die Idee, generationelle Abfolgen als begrenzte Zeitfolgen und damit als Erklärungsmuster für historische

Chronologien fruchtbar zu machen, ist so alt wie Geschichtsschreibung selbst⁶. Auch die Überlegung, dass die Grundform des menschlichen Verstehens in der biographischen Erfahrung selbst zu suchen sei, ist in unserem Denken fest verankert. Dennoch ist der Generationenbegriff, verstanden als Erlebnisgemeinschaft einer bestimmten Gruppe von Menschen, als historische Deutungskategorie nicht unproblematisch. Zwar hat der Generationenbegriff – spätestens seit der wegweisenden Studie des Heidelberger Soziologen Karl Mannheim „Das Problem der Generation“ aus dem Jahre 1928 – als analytische Kategorie Eingang in das interpretative Repertoire von Historikern gefunden, doch bleibt die Definition, was unter Generation zu verstehen ist, strittig und die notwendigerweise mit dem Begriff verbundene Verallgemeinerung individueller Erfahrungen auf eine ganze Kohorte problematisch.

Angeregt durch Mannheim und die soziologische Tradition der Generationsforschung möchte ich den Generationenbegriff in Anlehnung an Bernd Weisbrod⁷ vor allem dazu nutzen, folgende Fragen zu stellen:

- Ergeben sich die generationellen Bezüge der 73er-Generation eher durch ein konstituierendes Ereignis⁸ (wie etwa das Erlebnis des Zweiten Weltkrieges) oder durch strukturelle Gegebenheiten (etwa das Aufwachsen in der „Nachkriegszeit“)?
- Handelt es sich bei der 73er-Generation um eine von einer bestimmten Kerngruppe geprägten „Elite“? Oder haben wir es mit einem Kollektivphänomen zu tun?

Die 25 Mitglieder des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft Belgien

Eupen. – Am heutigen Nachmittag werden in Eupen bekanntlich die 25 Mitglieder des »Rates der deutschen Kulturgemeinschaft« vereidigt. Nachstehend stellen wir Ihnen die einzelnen Vertreter der Parteien im Kulturrat in Wort und Bild vor:



Manfred Betsch, 39, Eupen, Betriebsleiter, Präsident des Elternrates der Humaniora des Collège Patronne Eupen; Gründungsmitglied der Interessengemeinschaft für Zweigvereinigkeiten; Gründungsmitglied des Hilfswerks der Kath. Sonderschule Eupen. — **Josef Bindels**, 53, Kelms, Eisenbahnambeiter, langjähriges Gemeindemitglied, L. Schiffle undstellvertretender Bürgermeister. — **Heinrich Brill**, 44, Herbesthal, Transportunternehmer, CSP-Vorstandsmitglied, aktiv am Vereinsleben beteiligt. — **Hubert Cremer**, 43, Landwirt, Bürgermeister von Crambach, seit 1972 Mitglied des CSP-Regionalvorstandes. — **Albert Gehlen**, 33, Breitfeld, Lizenziat an der Maria-Goretti-Schule, St. Vith, seit drei Jahren Präsident der CSP, zukünftiger CSP-Fraktionsvorsitzender im Kulturrat. Sekretär des Europäischen Erziehertbundes.



Heribert Goetzen, 31, Büllingen, Angestellter, CSP-Präsident von Büllingen, CSP-Vorstandsmitglied, Präsident des Volksbildungswerks Büllingen, während zehn Jahren Leiter der KLJ-Büllingen. — **Johann Huppertz**, 49, St. Vith, praktischer Arzt, seit den letzten Wahlen Bürgermeister der St. Vith. — **Heinz Keutgen**, Landwirt, seit 1959 im Gemeinderat, seit 1971 Bürgermeister von Walhorn, Präsident der Bauerngilde und stellvertretender Vorsitzender der Bauerngilde des Bezirks Verviers. — **Erich Kraft**, 31, Eupen, Arbeiter, Mitglied der Christlichen Gewerkschaft, Vorstandsmitglied und Sekretär der Jung-CSP, Absolvent der Volkshochschule der Ostkantone. — **Emil Mories**, 34, Heppenbach, praktischer Arzt, seit den letzten Wahlen Bürgermeister von Heppenbach, Mitglied des Lions-Club »Hohes Venn«.



Kurt Ortmann, 42, Eupen, Sportlehrer, seit zehn Jahren in der Politik, Stadtratsmitglied und Fraktionsführer, Mitglied des CSP-Regionalvorstandes. — **Werner Schumacher**, 37, Eupen, Schweizer, Gewerkschaftsdelegierter in den Eupener Kabel- und Gummiwerken. — **Joachim Weynand**, 50, Eupen, Betriebsleiter, Präsident der Gewerkschaft der Eupener Kabel- und Gummiwerken, Präsident des Bundes der Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen 40-45 von Eupen-Malmedy-St. Vith. Seit 1968 Kabinettssachverständiger im Kulturrektorium, Berater des Erstministers und Kabinettssachverständiger im Staatssekretariat für die Ostkantone. — **Die Ratsmitglieder der SPB:** **August Pitsch**, Eupen, langjähriges Stadtratsmitglied, Fraktionsführer, langjähriger Gewerkschaftsdelegierter in den Eupener Kabel- und Gummiwerken. — **Ferdy Dupont**, 31, St. Vith, Präsident der SPB-St. Vith, Kabinettssachverständiger beim Premierminister, vorheriger Beruf Schulverwalter.



Jean Cremer, 35, Kelms, Schulleiter der Staatl. Volksschule Raeren, langjähriges Mitglied der SPB-Kelms. — **Die Ratsmitglieder der PPF:** **Wilhelm Reimartz**, 72, Weyerwitz, Siegewalde, Gemeinderatsmitglied. — **Félicien Dejouz**, 55, St. Vith, Kaufmann, Präsident der PPF im Raum Büllingen, langjähriges Gemeindegericht Verviers. — **Heinz Pip**, 51, St. Vith, Betriebsleiter, Präsident der PPF-Sektion St. Vith und Umgebung, Sozialrichter am Arbeitsgericht St. Vith und 1971 Provinzialratskandidat. — **Josef Fatzatz**, 33, Eupen, Buchhalter, Präsident der PPF der Sektion Eupen und Umgebung, Fraktionsführer im Kulturrat.



Bernd Genits, 30, Eupen, Sprachenlehrer, seit 1973 Sonderbeauftragter im Kabinett des Vizeministers. — **Armin Cornely**, 58, Kelms, Apotheker, Gemeinderatsmitglied in Kelms, Vorsitzender der PPF-Lokalsektion Kelms. — **Die Ratsmitglieder der CUW:** **Michel Louis**, 51, St. Vith, Veterinär, Stadtratsmitglied, ehemaliger Senator, Vizepräsident der PDB. — **Eugen Krings**, 39, Eupen, Angestellter, Gründungsmitglied der PDB. — **Lorenz Paesch**, 26, St. Vith, Lizenziat an der Bisch. Schule St. Vith, Gründungsmitglied der PDB, Sprecher der PDB.

Männer der 73er-Generation: die ersten Mitglieder des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK), in Grenz-Echo, Porträtaufnahme.

• Inwiefern kann man bei der 73er-Generation von einer „Gründergeneration“ sprechen, die mit tradierten Strukturen bricht? Oder handelt es sich vielmehr um eine „Übergangsgeneration“, die Altes mit Neuem verbindet und deren Charakteristikum sich aus der Dynamik von historischer Kontinuität und gesellschaftlichem Wandel ergibt?

• Und schließlich: Handelt es sich bei der 73er-Generation – ähnlich wie bei der viel beschworenen 68er-Generation – tatsächlich um eine konkrete Erlebnis-generation oder vielmehr um eine nachträglich konstruierte „Erzählgeneration“, deren Existenz eher biographisches oder mediales Erinnerungskonstrukt ist denn historische Realität?

Spannungen zwischen den Generationen

Als am 23. Oktober 1973 der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, versammelten sich dort 25 Parteidelierte, die nach einem Proporzverfahren (basierend auf der Stimmenzahl, welche die Parteien bei der letzten Kammer- und Senatswahl vom 7. Oktober 1971 erhalten hatten) durch ein Wahlmännerkollegium bestimmt worden waren. Erst bei den nächsten Parlamentswahlen, so hatte man im Brüsseler Parlament am 29. Juni 1973 beschlossen, sollten die Mitglieder des Rates durch direkte Wahl bestimmt werden⁹. Schaut man sich die Porträts der 25 Delegierten an, die das *Grenz-Echo* in seiner Ausgabe vom 23. Oktober 1973 präsentierte, so fällt auf, dass es sich bei dem Gremium insgesamt um eine recht junge Generation von Politikern handelte. Der Altersdurchschnitt lag bei knapp über 40 Jahren, die Mehrheit der



Vereidigung des ersten Präsidenten des RdK, des CSP-Politikers Johann Weynand am 23. Oktober 1973

Ratsmitglieder war jedoch Anfang bis Mitte dreißig und somit kurz vor oder während des Zweiten Weltkrieges geboren worden¹⁰. Jüngster Delegierter war der erst 26-jährige Sprecher der Partei der Deutschsprachigen Belger, Lorenz Paasch, der als einziges Ratsmitglied zur Nachkriegsgeneration gehörte. Neben dieser Gruppe der jüngeren Delegierten befand sich selbstverständlich eine Reihe von „etablierten“ Lokalpolitikern in den Reihen des Rates, wie etwa Hubert Cremer, August Pitsch, Félicien Déjozé oder Michel Louis, für deren Kohorte beispielhaft die Figur des Elsenborner CSP-Politikers Johann Weynand (geb. 1923) stehen dürfte, der von den Delegierten mit großer Mehrheit zum ersten Präsidenten des Rates gewählt worden war.

Die Zusammenstellung des ersten Rates der deutschen Kulturgemeinschaft ist in gewisser Hinsicht symptomatisch für die generationelle Spannung, die in der 73er-Generation zum Ausdruck kommt. In ihr trafen zwei

genealogisch voneinander geschiedene Generationen zusammen – jene ältere Generation, die den Krieg als junge Erwachsene konkret miterlebt hatte (zum Teil als Soldaten der Wehrmacht), und jene jüngere Generation, die kurz vor, während oder kurz nach dem Krieg geboren wurde und deren politisch-kulturelle Sozialisation maßgeblich im ersten Nachkriegsjahrzehnt stattgefunden hatte¹¹. Stellte der Zweite Weltkrieg für die in den 1920er Jahren Geborenen zweifellos das markanteste biographische Erlebnis dar, welches es in den Nachkriegsjahren psychologisch wie politisch zu verarbeiten galt, fand die politische wie kulturelle Sozialisation der „Kriegskinder-Generation“ (1930-1945) in einer Zeit statt, in der der Zweite Weltkrieg indirekt die Lebenswelt der Aufwachsenden prägte. Sei es durch die schmerzlich erfahrene Abwesenheit von Vätern oder anderen Familienmitgliedern, die im Krieg umgekommen waren oder in Gefangenschaft saßen, sei es durch die Erfahrung von Zerstörung, spartanischen Lebensver-

hältnissen und Repressionen, die das Nachkriegsleben vieler ostbelgischer Familien prägte¹².

Ergab sich der Generationszusammenhang derjenigen, die den Krieg als Erwachsene erlebt (und überlebt) hatten, vor allem aus der gemeinsamen Erfahrung des Krieges und seiner materiellen, politischen wie sozialpsychologischen Folgen, war es gerade die indirekte Präsenz des Krieges und seiner Spätfolgen, welche den Generationszusammenhang der Kriegskinder-Generation bildete¹³. Diese indirekte Anwesenheit des Krieges für die Kriegskinder-Generation fand paradoxerweise ihren prägnantesten Ausdruck in der Abwesenheit der öffentlichen (und sehr häufig auch privaten) Thematisierung oder Problematisierung der konkreten Kriegserfahrungen durch die Kriegsgeneration. Diese Anwesenheit des Abwesenden sollte nicht nur die Kriegskinder-Generation prägen, sondern auch jene Nachkriegsgeneration (1945-1955), aus der später die Protagonisten der 68er-Generation hervorgingen. Die Generationsforschung hat sich bislang ausgiebig mit der Kriegsgeneration¹⁴ (sowohl mit den Tätern als auch mit den Opfern dieser Generation) wie auch mit der politischen Generation der 68er beschäftigt¹⁵. Die Kriegskinder-Generation rückte jedoch erst kürzlich in den Fokus der Geschichtsforschung¹⁶. Von Sabine Bode als „vergessene Generation“ bezeichnet, zeichnet sich diese Generation vor allen Dingen durch ihre oftmals verdrängten (teils traumatischen) Kriegserfahrungen in der Kindheit sowie durch die systematische Tabuisierung oder das Nicht-Reden über die Kriegszeit in der Adoleszenzphase aus¹⁷. In Ostbelgien dehnte sich diese Verdrängung der Vergangenheit oftmals auch auf die 1930er Jahre aus, in denen sich die politische Auseinandersetzung

zwischen pro-belgisch und pro-deutsch gesinnten Ostbelgern zunehmend radikaliert hatte¹⁸.

Für die 73er-Generation ergibt sich somit eine deutliche generationelle Spannung, die sich auch in einem unterschiedlichen politischen Bewusstsein spiegelte. War das politische Tagesgeschäft jener Mitglieder der Kriegsgeneration, die sich in der Nachkriegszeit politisch engagierten, im Wesentlichen durch Themen bestimmt, die - direkt oder indirekt - eine Folge des Zweiten Weltkrieges waren (etwa der Wieder- oder Neuaufbau zerstörter Städte, Infrastrukturen und Institutionen, die Zwangssoldatenfrage oder die Anerkennung von Kriegsinvaliden und -witwen)¹⁹, bildete sich das politische Bewusstsein der Kriegskinder-Generation in einer Zeit heraus, die häufig durch Pragmatismus, forcierte Assimilierungsanstrenzungen und pietätvolle Anerkennung der katholischen Kirche als einzig wahre und gültige moralische (und oftmals auch politische) Autorität geprägt war²⁰. Ohne Zweifel gab es Familien- und gesellschaftliche Anlässe in der Nachkriegszeit, in denen die Vergangenheit thematisiert wurde und aktuelle politische Themen kontrovers diskutiert wurden. Dennoch überwieg in den Erinnerungen der Zeitzeugen jener Generation die Einschätzung, dass über bestimmte Themen des Krieges nicht geredet wurde²¹ und man jeglicher Form eines politischen Engagements skeptisch bis offen ablehnend gegenüberstand.

Dass sich Ende der 1960er Jahre dennoch eine kleine Minderheit der Kriegskinder-Generation oder unmittelbaren Nachkriegsgeneration politisch engagieren sollte - und dies

oftmals entgegen gut gemeinten väterlichen Ratschlägen, die Finger von der Politik zu lassen -, ist daher recht erstaunlich²². Es bedurfte, so die Hypothese, der Politisierung von außen, um diese entpolitisierter Generation der Kriegskinder gesellschaftspolitisch zu mobilisieren - sowohl in Worten als auch in Taten.

Schulen prägen Grundhaltungen im Sprachkonflikt

Da das Elternhaus bei vielen Mitgliedern der Kriegskinder-Generation und unmittelbaren Nachkriegsgeneration als Ort der politischen Sozialisierung ausfiel, wurde die Schule für die meisten zum Ort der Konfrontation mit den politischen wie kulturellen Normen und Werten der Nachkriegszeit. Während der harten Säuberungsaktion im Schulwesen waren zwischen Mai 1945 und Mitte Januar 1946 146 Grundschullehrer und -lehrerinnen zu „Unwürdigen“ (indignes) erklärt und entlassen worden²³. Häufig durch Lehrpersonal ersetzt, welches der deutschen Sprache kaum oder nur sehr mangelhaft mächtig war, sorgte die von Bezirkskommissar Henri Hoen vorangetriebene, forcierte Französisierung des Schulwesens im Primar- und Sekundarschulwesen immer wieder für heftige Debatten. Erst Anfang der 1950er Jahre setzte sich aber auch auf belgischer Verwaltungsebene die Erkenntnis durch, dass Lehrpersonen im Grundschulwesen die deutsche Sprache beherrschten müssen²⁴. Für jene, denen die nötige Intelligenz zum weiterführenden Schulbesuch bescheinigt wurde, bedeutete der Besuch eines Gymnasiums automatisch die Einstellung auf einen rein französischsprachigen Lehrplan. Die starke Betonung der sprachlichen Kompetenz der Schüler



Broschüre zur Sprachenfrage im Unterrichtswesen aus der Feder von Alphons Thunus aus dem Jahre 1968, die für viel Aufregung in Ostbelgien sorgte.

im Sekundarwesen im Hinblick auf eine mögliche Fortsetzung der Studien an einer französischsprachigen belgischen Universität wurde vielen klugen, aber vielleicht weniger sprachbegabten Schülern zum Verhängnis. De facto war die Sprachenpolitik im Unterrichtswesen wesentlich dafür verantwortlich, dass Ostbelgien bis Ende der 1960er Jahre einer regelrechten „Bildungswüste“ glich²⁵. „Wer da nicht einigermaßen sprachlich begabt war, ging unter“, so brachte es der ehemalige Lehrer der BS und Sankt Vither Kaplan Wim Geelen im Rückblick auf den Punkt²⁶. Allein das Fach Religion

wurde auf den katholischen Gymnasien in Sankt Vith und Eupen auf Deutsch unterrichtet, da man sichergehen wollte, dass die katholische Lehre zweifelsfrei verstanden wurde!

Es war diese Erfahrung der Chancenungleichheit im Bildungswesen, welche Mitte der 1960er Jahre zum Anlass zahlreicher Kommentare und Leserbriefe wurde und 1968 in der von Alphons Thunus verfassten Broschüre „Das Unterrichtswesen im deutschsprachigen Gebiet“ ihre thesenförmige Artikulation finden sollte²⁷. Alphons Thunus, dessen Vater seine Lehrerstelle

in Bütgenbach im Zuge der Säuberung verloren und schließlich Arbeit in der Büllinger Molkerei gefunden hatte, unterrichtete nach absolviertem Theologiestudium im Lütticher Seminar und anschließendem Germanistikstudium an der Katholischen Universität in Löwen seit 1964 an der Bischöflichen Schule in Sankt Vith. Geprägt durch die als politische Ungerechtigkeit erfahrene Geschichte seines Vaters, setzte sich Alphons Thunus schon im Lütticher Seminar für das Anlegen einer „deutschen Bibliothek“ ein, in welche die damals tonangebenden Bibelstudien und Exegesen deutscher Theologen Eingang fanden. Der unausgesprochene, aber subtil praktizierte Widerstand gegen die Französisierung der Priesterausbildung verlief zudem zeitgleich mit dem Kampf der Limburger um ein eigenes Bistum, der auch im Seminar in Lüttich ein ständiges Thema war²⁸. Neben Latein, Griechisch und Religion unterrichtete Thunus an der BS ab 1964 auch Geschichte – und sein erster Abiturjahrgang (in dem u. a. Lorenz Paasch und Bruno Kartheuser saßen) staunte nicht schlecht, als im Geschichtsunterricht erstmals zeithistorische Themen wie der Versailler Vertrag, der Zweite Weltkrieg oder der Holocaust angesprochen wurden²⁹.

In der Bischöflichen Schule in Sankt Vith entwickelte sich Alphons Thunus in den Folgejahren zum Spiritus Rector einer Bewegung, welche die Gleichberechtigung des Deutschen als Unterrichtssprache im Sekundarschulwesen forderte. Im Mittelpunkt dieses Engagements stand aber nicht der politische Wille, der Kulturautonomie zum institutionellen Durchbruch zu verhelfen, sondern vielmehr die lebensweltlich motivierte Ambition, sich für Chancengleichheit der sprachlich und damit



Alphons Thunus (geb. 1936), 1960 in Bütgenbach zum Priester geweiht und seit 1964 Lehrer an der Bischöflichen Schule St. Vith. Hier mit Schülern der Latein-Griechisch Abiturklasse 1964.

intellektuell wie wirtschaftlich benachteiligten Eifler Bevölkerung stark zu machen. Erst die Öffnung des Sekundarschulwesens für breitere Schichten der Bevölkerung, so Thunus' Überzeugung, werde in einem zweiten Schritt für mehr Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt und für die Ausbildung einer kritischen Masse an deutschsprachigen Intellektuellen und Akademikern sorgen. Die Stärkung des

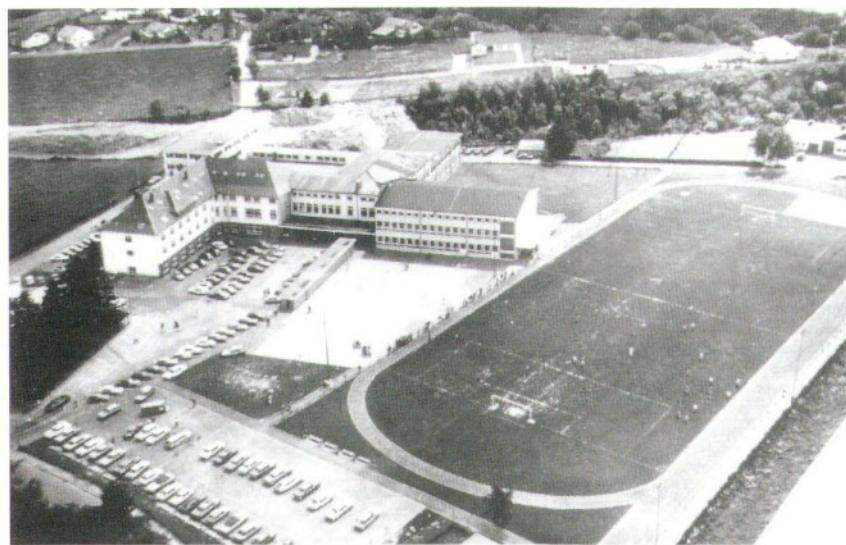
Deutschen als Unterrichtssprache war hierzu notwendige Voraussetzung, nicht aber Selbstzweck im Sinne einer auf sprachpolitische Fragen reduzierten Autonomiedebatte. In der bereits erwähnten Streitschrift „Das Unterrichtswesen im deutschsprachigen Gebiet“ wurde argumentiert, dass die Anerkennung der deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der ersten Staatsreform notwendigerweise mit der

Übertragung der Kompetenzen des Unterrichtswesens auf den zu bildenden Kulturrat einhergehen müsse³⁰.

Diese Forderungen schlugen – nicht zuletzt bei den Kollegen des Collège Patronné in Eupen – wie eine Bombe ein. Während man sich in der Sankt Vither Lehranstalt für die Einführung einer Deutschprüfung für französischsprachiges Lehrpersonal in den Ostkantonen einsetzte, gründeten führende Vertreter des Eupener Collège Patronné wie der Mathematiklehrer Jacques Keil oder Direktor Joseph Müllender die „Interessengemeinschaft für zweisprachigen Unterricht“, die sich vehement gegen eine Stärkung des Deutschen als Unterrichtssprache im Sekundarwesen einsetzte. Im Gegenzug machte man sich in Sankt Vith stark für die Gründung einer deutschsprachigen belgischen Sektion beim „Europäischen Erzieherbund“, dessen erster Präsident Michel Kohnemann wurde.

Ohne Übertreibung lässt sich behaupten, dass die beiden katholischen Lehranstalten – zum einen die Bischöflichen Schule in Sankt Vith und zum anderen das Collège Patronné in Eupen – die intellektuellen Zentren waren, in denen die Autonomiefrage kontrovers diskutiert und verhandelt wurde. Diese bereits Mitte der 1960er Jahre existierenden Spannungen zwischen einer Lehranstalt, die die französische Assimilierungspolitik verteidigte, und einer anderen, die genau diese Assimilierungspolitik in Frage stellte, sollte sich Ende der 1960er noch verschärfen, als mit Lorenz Paasch, Joseph Dries, Gerhard Palm und Bruno Kartheuser eine junge Lehrergeneration an die BS kam.

Da das Angebot an außerschulischen Freizeitaktivitäten in den sechziger Jahren



Luftaufnahme der Bischöflichen Schule St. Vith, die Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre als intellektueller Nukleus jener Bewegung fungierte, aus der 1971 die Partei der Deutschsprachigen Belgier hervorgehen sollte.



Stiftungfest der „Eumavia Lovianensis“ (1955), die 1926 nach dem Vorbild deutscher Burschenschaften in Löwen gegründet wurde

noch sehr beschränkt war – außer Fußball- und Turnvereinen sowie einigen wenigen Jugendgruppen (Pfadfinder in Eupen³¹, Chiro in Sankt Vith³² sowie einige Gruppen der JOC, Jeunesse Ouvrière Catholique) gab es, besonders für Mädchen, kaum organisierte Freizeit –, bildeten die weiterführenden Schulen für jene damalige Minderheit, die sie besuchen konnten, ohne Zweifel einen starken Generationszusammenhang. Dies gilt sowohl für jene Schüler, die auf die hiesigen Gymnasien gingen, als auch für diejenigen, die in wallonische Lehranstalten wurden. Der Besuch einer weiterführenden Schule bedeutete für die meisten Schüler zudem ein Leben im Internat – eine Erfahrung, die prägende biographische Wirkung hatte³³. Da der Abschluss einer weiterführenden Schule mit Abitur in den 1950er und 1960er Jahren

fast automatisch den Schritt zum Studium bedeutete, kann die Prägekraft des schulischen Umfeldes aus biographischer und generationeller Perspektive kaum überschätzt werden. Wie stark sie war, lässt sich zeigen, wenn man die Abgänger der Bischöflichen Schule bzw. des Collège Patronné auf ihrer nächsten Bildungsetappe betrachtet, die für viele an der Katholischen Universität von Löwen stattfand.

Die Politisierung von außen

Am Beispiel der Löwener Studentenverbindung „Eumavia Lovaniensis“ (gegründet 1926) lässt sich zeigen, wie sich die während der Schulzeit ausgebildeten Generationszusammenhänge zu Generationseinheiten ausbilden können, die als Keimzellen und Motoren gesellschaftlichen Wandels fungieren.

Die Eumavia, aus der der überwiegende Anteil der akademischen „Elite“ Ostbelgiens in den 1950er und 1960er Jahren hervorging, kann, wie Carlo Lejeune nachgezeichnet hat, als Spiegelbild der ostbelgischen Geschichte betrachtet werden. In diesem Spiegelbild zeigen sich die in Ostbelgien latent oder explizit vorhandenen sozialen wie politischen Spannungen sozusagen im Vergrößerungsglas³⁴. Besonders aufschlussreich für die Rekonstruktion dieser Spannungen ist eine Studie des aus Koblenz stammenden Geistlichen Bernhard Kifel, der die Eumavia im akademischen Jahr 1965/66 im Rahmen seines Soziologiestudiums zum Forschungsobjekt seiner Abschlussarbeit machte³⁵. Basierend auf der ethnographischen Methode der partizipierenden Beobachtung gelingt es Kifel, die Activitas der Eumaven einer kritischen

Beobachtung zu unterziehen, die interessante Einblicke in das Sozialgefüge und politische Selbstverständnis der Studierenden bietet. Kirlfels Untersuchung fand zu einer Zeit statt, in der sich die Konflikte zwischen französischsprachigen und flämischen Studenten der Universität zuspitzten. In Gesprächen mit den Studierenden versuchte Kirlfel, deren politische Meinung zum Sprachenkonflikt zu erfragen, um somit indirekt Schlüsse auf das politische Selbstverständnis der Deutschsprachigen ziehen zu können. Die extreme Polarisierung der Studentenschaft – „Walen buiten“-Rufe der flämischen Kommilitonen wurden mit „Ils n'ont pas de couilles, les Flamands“-Sprechgesängen der wallonischen Studenten beantwortet – zwang die ostbelgischen Studierenden, oftmals gegen deren Wunsch, zur eigenen Positionierung. Dieser Zwang zur Parteinaufnahme wurde von vielen Eumaven als Dilemma erfahren, da der Rückzug auf eine die Neutralität betonende Haltung in krisenhaften Zeiten kaum möglich war. Da viele Eumaven sowohl freundschaftliche Kontakte zu flämischen als auch wallonischen Kommilitonen hatten, fiel die einseitige Parteinaufnahme für das eine wie das andere Lager schwer³⁶. Zusätzlich erschwert wurde die politische Orientierung durch die multiplen Identitäten der Ostbelgier.

Wie problematisch das Rollenverhalten vieler Eumaven war, zeigt Kirlfel anhand eines Beispiels:

„Ein Student sagt: ,Wenn das hier in Löwen so weitergeht, fliegen wir eines Tages raus'. Ich frage: ,Wer ist wir?' Er: ,Die Wallonen'. Im Verlaufe des Gesprächs erklärt er allerdings: ,Wir fühlen uns ja mehr zu den Deutschen hingezogen'.



„Leuven Vlaams – Walen buiten“ und „Walen go home“ – so schallte es ab 1966 immer öfter in den Straßen Löwens.

Das Wort „Wir“ nimmt also je nach Situation einen anderen Inhalt an, je nachdem in welcher Subrolle man sich befindet.“³⁷

Die Überlagerung zweier komplexer Phänomene – zum einen der hoch politisierten Stimmung an der Universität, zum anderen der von Kirlfel als „chamäleonartig“ beschriebenen Identität der Ostbelgier – führt letztlich zu einer „stillen“, in den 1970er Jahren dann „lauten“ Politisierung der Eumavia, die so lange darauf bedacht war, politische und ideologische Differenzen aus ihrem Vereinsleben fernzuhalten³⁸. Interessant im Kontext der hier zugrunde liegenden Fragestellung nach der Bedeutung von Generationseinheiten im studentischen Milieu ist, dass die sich anbahnende Politisierung der Eumaven – etwa im Falle der Autonomiedebatte – entlang recht eindeutiger sozialer Strukturen und geographischer Linien verlief. Die Grenze zwischen den als „pro-belgisch“ und „pro-deutsch“ titulierten Lagern innerhalb der Eumavia ließen sich laut Kirlfel geographisch

ziemlich genau festlegen: „Leute aus dem Norden (Kanton Eupen) neigten zu einer probelgischen Position, Studenten aus den Kantonen Malmedy-Sankt Vith rekrutierten vor allem die prodeutsche Untergruppe.“³⁹ Die beiden „Lager“ unterscheiden sich zudem bezüglich der Sozialstruktur: Während die „pro-belgisch“ gesinnten Eumaven aus dem Eupener Raum überwiegend der Mittel- und Oberschicht (freie Berufe, Beamte und Angestellte) entsprangen, stammte eine Mehrheit der „pro-deutsch“ gesinnten Eumaven aus der Eifel aus der „Grundschicht“ (Arbeiter und Bauern)⁴⁰. In Löwen finden wir demnach zugleich eine Fortsetzung wie auch eine räumlich-institutionelle Zusammenführung jener Polarisierung, die auf schulischer Ebene (Bischöfliche Schule St. Vith versus Collège Patronné) vorbereitet worden war.

Wie Carlo Lejeune gezeigt hat, unterlagen die im Sprachenstreit angeblich „neutralen“ Eumaven so de facto einem „Klassierungzwang“, der sie – gewollt oder ungewollt – zur Parteinaufnahme für



Oben: Chiotreffen in Tongern 1964. Unten: Chirolager in Teuven 1973, Minirock statt Uniform. Eine neue Generation von Leitern stellte Anfang der 1970er Jahre so manche Wertvorstellung der Gründergeneration auf den Prüfstand. Viele Rituale und Traditionen blieben jedoch erhalten - wenn auch unter anderem Namen oder in weniger autoritärer Form.

oder gegen gewisse politische Standpunkte (etwa den Ausbau der Kulturautonomie oder die Gleichberechtigung der deutschen Sprache im Sekundarunterricht) nötigte⁴¹. Aus sozialpsychologischer Perspektive ist es daher nicht erstaunlich, dass sich die in der Schulzeit ausgeformten Generationszusammenhänge während der Studentenzeit in Löwen zu soziokulturellen Generationseinheiten ausbildeten, deren Wirkmächtigkeit – etwa im Falle der politischen Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft – noch Jahrzehnte sichtbar sein sollte⁴². Aus generationsgeschichtlicher Perspektive erstaunt es daher kaum, dass sich die Bischöfliche Schule in Sankt Vith Ende der sechziger Jahre zum intellektuellen Nukleus einer neuen politischen Bewegung entwickelte, die weit über parteipolitische Aktivitäten hinausging⁴³.

Eine Erlebnis- oder Erzählgeneration?

Lauscht man heute den Geschichten der Protagonisten der 73er-Generation, so fällt es schwer, nicht von der Dramatik der Erzählungen erfasst zu werden. Die unglaubliche Fülle von Ereignissen und Entwicklungen, die sich Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre auf internationaler, nationaler wie regionaler Ebene zu einer Phase sozialer, politischer wie kultureller Dynamik sowie gesellschaftlichen Wandels verdichten, spiegelt sich in erstaunlichem Gleichklang auch in jenen Erzählungen und Erinnerungen von ostbelgischen Zeitzeugen, die im Rahmen dieser Recherche interviewt wurden. In den Lebenserinnerungen der Interviewten dominiert das Gefühl, eine Periode intensiver politischer Debatten, strategischer Überlegungen, provokativer Handlungen und revolutionärer Forderungen miterlebt und – zumindest teilweise –

mitgestaltet zu haben. Auch in zeithistorischen Analysen und Retrospektiven, so in Hubert Jenniges' „Hinter ostbelgischen Kulissen“ oder Gerhard Palms Nachruf auf Hubert Jenniges, ist von „gärenden Kräften“ und „Zeiten des Aufbruchs“ die Rede⁴⁴. Die sich in vielen Bereichen des gesellschaftlichen wie politischen Lebens innerhalb und außerhalb der Ostkantone manifestierenden „Bewegungen“ oder „Strömungen“ scheinen für manche so prägend und einzigartig gewesen zu sein, dass sie gerne mit dem Begriff „revolutionär“ versehen werden.

In der letzten Zeit mehren sich jedoch die Stimmen, zunehmend auch aus den Reihen der Alt-68er, die für einen selbstkritischeren Umgang mit der Deutung der eigenen oder kollektiven biographischen Erzählung plädieren⁴⁵. Es soll an dieser Stelle keineswegs daran gezweifelt werden, dass es sich bei der „heißen Phase“ der Autonomie-debatte (1967-1973) tatsächlich um eine für die ostbelgische Zeitgeschichte besonders bewegte Epoche gehandelt hat. Dennoch ist es wichtig, sich kritisch sowohl mit der narrativen Konstruktion der Erinnerung der Befragten historischen Akteure als auch mit der eigenen, hier zur Anwendung gekommenen Erzählperspektive auseinanderzusetzen. Bernd Weisbrod hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich bei den 68ern eher um eine „wundersame nachholende Vermehrung der Erzählgeneration als um eine Erlebnisgeneration im engeren Sinne“ handelt⁴⁶. Will heißen: Tatsächlich war es nur eine kleine, aber radikale Minderheit, die an Demonstrationen oder der medienwirksamen Herstellung von Gegenöffentlichkeiten beteiligt war. Dennoch, so Weisbrod süffisant, scheine heute jeder, der irgendwie in Amt und Würden sei, dazugehört zu haben!

Die anstehenden Festreden und Feierlichkeiten zum 40-jährigen „Jubiläum“ der Gründung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft werden sehr wahrscheinlich ausreichend Quellenmaterial liefern, um Weisbrods These der „nachholenden politisch-öffentlichen Vergewisserung“, zu jener Generation von 73ern dazugehört zu haben, zu prüfen. Tatsächlich dürften die meisten eher stille Zeugen dieser Zeit gewesen sein. Auch die „Kulturrevolution“, von der im Zusammenhang mit der 68er-Generation oft die Rede ist, ist – wenn überhaupt – erst Mitte der 1970er Jahre langsam nach Ostbelgien durchgesickert. Von „Drugs, Sex & Rock 'n' Roll“ war Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre weder in den ostbelgischen Medien noch im gesellschaftlichen Leben viel zu spüren⁴⁷. Sowohl in der Eumavia als auch in Jugendgruppen wie der Chiro in Sankt Vith kam es erst Mitte der 1970er Jahre zu einem Generationenkonflikt, in dessen Verlauf progressive Ideen und Lebensstile immer stärker mit konservativen Normen und Werten in Konflikt gerieten⁴⁸. Auf dem Höhepunkt der Studentenrevolten in Paris und Berlin im Mai 1968 war in Löwen oder Lüttich wenig Protest zu sehen. Zwar hatte der ein oder andere Student Herbert Marcuses „Der ein-dimensionale Mensch“ gelesen und von Theodor W. Adornos und Max Horkheimers „Dialektik der Aufklärung“ gehört, doch standen weder in Löwen noch in Lüttich abstrakte intellektuelle Debatten im Vordergrund des Protestes. Wurde die 68er-Bewegung in Löwen völlig vom Sprachstreit und der Debatte um die Teilung der Universität überschattet⁴⁹, stand in Lüttich, wo die spärlichen Proteste im Februar 1969 in der einwöchigen Besetzung der Aula kulmisierten, vor allem die Forderung nach einer Demokratisierung der Universität



Vom feschen Chriojungen (oben: Bildmitte) zum „frontman“ der „Lovers“ und „d'Löressen“ (unten; zweiter von rechts): Robert (alias „Bob“) Oberecken.

im Mittelpunkt der studentischen Forderungen⁵⁰. Der Medienkonsum konzentrierte sich für viele Jugendliche und Studierende im Wesentlichen auf die Zeitungs- und Magazinlektüre (vor allen Dingen des *Spiegel*) und gelegentliches Radiohören – das neue Medium Fernsehen, welches zum zentralen Katalysator der „Bilder der Revolution“ wurde, war weitestgehend abwesend⁵¹. Diese Faktoren sprechen dafür, dass es sich bei der 73er-Generation eher um eine durch genealogische Spannungen charakterisierte Übergangsgeneration handelt, denn um die Gründergeneration jener politisch-kulturellen Autonomie, der sich die Deutschsprachige Gemeinschaft im heutigen Föderalstaat Belgien erfreut. Nicht radikale Forderungen (auch wenn dies ältere Zeitgenossen so erfahren haben dürften) oder utopische Lebensentwürfe dominierten die politische wie kulturelle Auseinandersetzung in Ostbelgien Ende der sechziger.

Anfang der siebziger Jahre, sondern das tatkräftige Bemühen um eine Veränderung der kulturellen wie politischen Landschaft. Dieses Bemühen war durch das Aushandeln eines Kompromisses zwischen Altem und Neuem, Tradiertem und Progressivem gekennzeichnet, nicht durch die aktivistische oder propagandistische Inszenierung radikaler Positionen. Eupen und Sankt Vith waren nicht Paris oder Berlin, und Lorenz Paasch war nicht der ostbelgische Cohn-Bendit. Ohne die „Bedeutung der älteren, weisen und klugen Menschen“, so hat Gerhard Palm kürzlich im Rückblick formuliert, wären vielleicht viele der stürmisch vorgetragenen Positionen einiger „junger Wilder“ aus der Eifel ohne viel Nachwirkung verhallt⁵².

Zusammenfassend ließe sich formulieren, dass es sich bei der 73er-Generation so, wie sie hier skizziert wurde,

tatsächlich eher um ein Elitenphänomen handelt denn um die akkurate Beschreibung einer breitere Gesellschaftsschichten umfassenden Generationslagerung im Mannheimschen Sinne. Die Konzentration dieser Erzählung auf einen kleinen Kreis von historischen Akteuren und Institutionen hat zur Folge, dass der größte Teil der ostbelgischen Bevölkerung außen vor bleibt. Die Masse der „stillen“ Teilhaber einer Erlebnisgeneration kommt leider nicht zu Wort. Dennoch glaube ich, dass der Generationenbegriff einen heuristischen Mehrwert erzeugt hat, ohne den bestimmte Aspekte der Autonomiedebatte nicht oder weniger deutlich zutage getreten wären. Und wenn er mehr historische Fragen als Antworten beschert hat, so ist der zukünftigen Regionalgeschichtsschreibung damit mehr gedient denn geschadet. Denn: „C'est la question qui construit l'objet historique“!⁵³

Endnoten

- 1 Michel Kohnemann, Deutsch-Ostbelgien im Europa von morgen, Vortrag gehalten zum Abschluss der Informationstage der deutschsprachigen Gruppe Belgiens des Europäischen Erzieherbundes, Sankt Vith, 19. Mai 1968, 10 maschinegeschriebene Seiten, hier S. 2. Privatarchiv Albert Gehlen.
- 2 „Und wenn ich Europa nenne, so meine ich im gleichen Atemzug, und sozusagen als unerlässliche Bedingung dazu, die Besinnung auf die wahren Werte sprachlicher und kultureller Art in Deutsch-Ostbelgien.“ Ebd., S. 10.
- 3 Ebd.
- 4 Zum Thema kollektive Biographie als Forschungsstrategie siehe Wilhelm Heinz Schröder, Kollektivbiografie: Spurenrecherche, Gegenstand, Forschungsstrategie, in: Historical Social Research Nr. 23 (2011), S. 74-152.
- 5 Mit folgenden Personen hat der Autor Oral-History-Interviews geführt (in alphabetischer Reihenfolge): Freddy Derwahl, Joseph Dries, Albert Gehlen, Georges Kalf, Robert Oberecken, Lorenz Paasch, Gerhard Palm, Wilhelm Pip, Leonard Schiffers, Richard Schwall, Peter Thomas, Alphons Thunus. Allen Teilnehmern sei für ihre Teilnahme und Auskunftsberichtigkeit an dieser Stelle erneut herzlich gedankt.
- 6 Siehe Ohad Parnes, Ulrike Vedder, Stefan Willer: Das Konzept der Generation. Eine Wissenschafts- und Kulturgeschichte, Frankfurt am Main 2008.
- 7 Siehe Bernd Weisbrod, Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 8/2005. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/29215/generation-und-generationalitaet-in-der-neueren-geschichte?p=all>. Karl Mannheim war sich der zeitlichen wie thematischen Komplexität des Generationenbegriffs bewusst.

- Sein Versuch, begrifflich zwischen Generationslagerungen (eine sich durch das Lebensalter ergebende Zugehörigkeit zu einer Kohorte), Generationszusammenhängen (eine sich aus historisch-sozialen Gründen ergebende Erlebnismehrheit) und Generationseinheiten (eine sich durch soziale und kulturelle Differenzierung ergebende Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe) zu unterscheiden, war letztlich von dem Anliegen motiviert, sogenannte „Entelechien“ (auch als „Wollung“ oder „Weltwollung“ umschrieben) als Ursprünge der Dynamik sozialen Wandels in der Gesellschaft ausfindig zu machen. Siehe Karl Mannheim, Das Problem der Generation, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 7 (1928) H. 2, S. 157-185, und H. 3, S. 309-330, sowie Lutz Niethammer, Die letzte Gemeinschaft. Über die Konstruierbarkeit von Generationen und ihre Grenzen, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), Historische Beiträge zur Generationsforschung, Göttingen 2009, S. 13-38.
- 8 Von dem amerikanischen Soziologen Norman Ryder als „cohort defining event“ in die Diskussion eingeführt. Siehe Norman B. Ryder, The cohort as a concept in the study of social change, in: American Sociological Review Vol. 30 (1965) Nr. 6, S. 843-861.
- 9 Siehe Hubert Jenniges, Der lange Weg der deutschen Sprachgemeinschaft zur Kulturautonomie, Manuskript der gleichnamigen Sendung des BHF vom 27. Oktober 1973, S. 22. Die erste Direktwahl der Mandatare fand am 10. März 1974 statt. Zu den Wahlresultaten und Sitzverteilungen siehe: http://www.dgparlament.be/desktopdefault.aspx/tabcid-676/978_read-18662/
- 10 Zu dieser Kohorte gehörten u. a. Albert Gehlen (CSP, geb. 1940), Herbert Genten (CSP, geb. 1942), Erich Krafft (CSP, geb. 1942), Emil Mertes (CSP, geb. 1939), Ferdy Dupont (SPB, geb. 1942), Jean Cremer (SPB, geb. 1938), Bernd Gentges (PFF, geb. 1943).
- 11 In der aktuellen Forschungsliteratur wird unter „Kriegskinder-Generation“ diejenige Kohorte begriffen, welche zwischen 1930 und 1945 geboren wurde.
- 12 Bei zwei der Interviewten kehrte der Vater nie aus dem Krieg zurück. Entweder, weil er verstorben war (wie im Falle Albert Gehlens), oder, weil er nicht zu seiner Familie zurückkehrte (wie im Falle Robert Oberreckens). In vielen Familien wurde der Vater, wenn er Wehrmachtangehöriger oder parteipolitisch organisiert gewesen war, für kürzere oder längere Zeit in belgischen Gefängnissen gefangen gehalten. Auch diese Abwesenheit des Vaters wurde von der Kriegskinder-Generation oft als traumatisch erfahren.
- 13 Zu den komplexen transgenerationalen Verflechtungen zwischen Kriegs- und Nachkriegsgeneration siehe Anne-Elis Ustorf, Wir Kinder der Kriegskinder: Die Generation im Schatten des Zweiten Weltkriegs, Freiburg 2008.
- 14 Siehe beispielhaft für die „Tätergeneration“ Sönke Neitzel/Harald Welzer, Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben, Frankfurt am Main 2011. Zu politischen Generationen im 20. Jahrhundert allgemein siehe Stephen Lowell (Hrsg.), Generations in Twentieth-Century Europe, Basingstoke 2007.
- 15 Siehe Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, München 2008; Jean-François Sirinelli, Mai 68. L'événement Janus, Paris 2008; Anna von der Goltz (Hrsg.), Talkin' about my generation. Conflicts of generation building and Europe's 1968, Göttingen 2011.
- 16 Siehe den Tagungsbericht Die Generation der Kriegskinder und ihre Botschaft für Europa sechzig Jahre nach Kriegsende, 14.04.2005-16.04.2005, Frankfurt, in: H-Soz-u-Kult, 1.5.2005, [http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/fickers/index.html](http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>tagungsberichte/id=766</p>
<p>17 Sabine Bode, Die vergessene Generation. Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen, Stuttgart 2004.</p>
<p>18 Siehe Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, in: zeitenblicke 3 (2004), Nr. 1 [9.6.2004], URL: <a href=)
- 19 Siehe Gerd Kleu, Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945-1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und Sankt Vith, Essen 2007, sowie den Beitrag von Christoph Brüll, Freddy Cremer und Werner Mießen in diesem Buch.
- 20 Fast alle Interviewten gaben an, dass die katholische Kirche – sowohl in ihrer institutionellen als auch moralischen Dimension – als übermächtige Autorität erfahren wurde, von der man sich – wenn überhaupt – nur schwer emanzipieren konnte. Wegen seiner guten schulischen Leistungen auf die weiterführende Schule „geschickt“ zu werden (oftmals auf Anraten des Pastors) bedeutete häufig auch, dem elterlichen Wunsch ausgesetzt zu sein, sein Gewissen zu erforschen, ob man sich nicht zu „Höherem“ berufen fühlte. Die übermächtige Präsenz von Priestern als tonangebendem Lehrpersonal im katholischen Sekundarschulwesen sowie das durch strenge moralische Regeln geprägte Internatsleben konnten zusätzlichen Druck erzeugen, sich über eine mögliche Laufbahn als Geistlicher ernsthaft Gedanken zu machen.
- 21 Hierzu zählten u. a. die Verbrechen der Wehrmacht, die Judenverfolgung, die – zumindest für Teile der Bevölkerung – existierende Attraktivität der nationalsozialistischen Ideologie oder auch der Widerstand. Siehe Carlo Lejeune/Klaus-Dieter Klauser, Ein Wort vorab ... Die verborgenen Wasserzeichen entdecken und lesen oder: Wie entsteht Wahrheit?, in: Lejeune/Klauser, Die Säuberung. Verdrängte Erinnerungen – 340 Zeitzeugen berichten, Bd. 3, Büllingen 2008, S. 17-34.
- 22 Siehe Interview Lorenz Paasch, in: Grenz-Echo vom 24.1.2013. Die Parole „Um Gottes Willen – lass die Finger von der Politik“ ist vielen interviewten Zeitzeugen lebhaft im Gedächtnis.
- 23 Siehe Kleu, Die Neuordnung, bes. Kapitel 4: Die Neuordnung des Schulwesens, S. 77-96.
- 24 Zur Thematik der Säuberung siehe Carlo Lejeune, Die Säuberung. Hysterie, Wiedereingliederung, Assimilierung (1945-1952), Bd. 2, Büllingen 2007.
- 25 Zum gravierenden Bildungsrückstand siehe Carlo Lejeune, Von Tafel, Griffel, Rutenstock zur Bildung für alle. Der lange Weg zum lebensbegleitenden Lernen, in: Carlo Lejeune/Andreas Fickers/Freddy Cremer, Spuren in die Zukunft, Büllingen 2001, S. 49-61.
- 26 Wim Geelen: „Wir wussten, dass wir unsere Ärmel hochkremeln und unsere Ansprüche zurückschrauben mussten“, in: 75 Jahre Impulse aus der Eifel. Retrospektiven 1931-2006. Geschichte der Bischöflichen Schule St. Vith mit Daten und Fakten zu Ostbelgien 1920-2007, Sankt Vith 2007, S. 51.
- 27 Siehe Bischöfliche Schule St. Vith, Das Unterrichtswesen im deutschsprachigen Gebiet, Sankt Vith 1968, 49 maschinengeschriebene Seiten.
- 28 Das Bistum Hasselt wurde 1968 gegründet. Die Priesterausbildung war zu diesem Zeitpunkt aufgeteilt in das sogenannte „kleine“ oder „philosophische Seminar“ in Sint Truiden, und das anschließende „große“ oder „theologische Seminar“ in Lüttich. Die – zu damaliger Zeit – recht zahlreichen Seminaristen aus den Ostkantonen trafen während ihres Studiums somit nicht nur mit Wallonen zusammen, sondern auch mit zahl-

- reichen Kommilitonen aus den flämischsprachigen Gemeinden Limburgs. Der seit Ende der 1950er Jahre immer aggressiver ausgetragene Sprachenstreit zwischen Flamen und Wallonen wurde somit nicht nur zum „cohort defining event“ der Löwener Studenten, sondern auch der Lütticher Seminaristen.
- 29 Im Interview mit Lorenz Paasch erinnert dieser sich lebhaft an den Geschichtsunterricht mit Alphons Thunus, in dem zum ersten Mal offen politische Themen – auch zeitgenössische – angesprochen worden seien. Alphons Thunus berichtet im Interview, dass der Holocaust während der Ausbildung im Seminar nie thematisiert worden ist!
- 30 Tatsächlich war die Studie aber auch von der praktischen Einsicht getragen, dass – mit der ständig wachsenden Schülerzahl im Sekundarwesen – immer mehr Schüler an die BS kamen, die des Französischen kaum mächtig waren. An reinen französischsprachigen Unterricht, vor allem in den Klassen der mechanisch-technischen Abteilung (das Technische Institut (TI) wurde 1962 gegründet), war de facto nicht zu denken. Quelle: Interview mit Georges Kalf (geb. 1939), der ab 1963 Mathematik in den mechanisch-technischen Klassen des TI unterrichtete.
- 31 Siehe Allzeit bereit! Pfadfinder in Ostbelgien, hrsg. von der G.o.E. Pfadfinder Obere Weser, Eupen 1991.
- 32 Siehe Andreas Fickers (Hrsg.): Chiroleute erzählen: Von Gleichschritt, Protest und neuen Abenteuern (1953-2003), Sankt Vith 2003.
- 33 Von allen Interviewten wird die Internatszeit als prägende (positiv wie negativ) biographische Erfahrung beschrieben. Die Trennung vom Elternhaus, das strenge Regime der meist von katholischen Geistlichen geführten Internate und die Umstellung auf rein französischsprachigen Unterricht wurden von vielen als harte Prüfung erfahren. Auf der anderen Seite erzeugte das Internatsleben enge soziale Bindungen zwischen Schülern, die häufig zu lebenslangen Freundschaften führten. Dies gilt auch für die vielen Schüler, welche nach Abschluss der Mittelschule weiterführende Schulen in Arlon oder Verviers besuchten um – beispielsweise – Grundschullehrer zu werden.
- 34 Zur Geschichte der Eumavia siehe Carlo Lejeune, Oh, alte Burschenherrlichkeit ... Eumavia Lovaniensis, eine Studentenvereinigung als Spiegel ostbelgischer Geschichte, Hünningen 1989.
- 35 Bernhard Kirlfel, Studenten in Löwen. Flamen, Deutschbelgier, Wallonen. Die Löwener Studenten aus den deutschsprachigen Gemeinden der belgischen Ostkantone Eupen – Malmedy – St. Vith im akademischen Jahr 1965/66. Eine teilnehmende Beobachtung, Ort 1967.
- 36 Besonders die Eumaven aus der Eifel pflegten oft gute Kontakte zu den Flamen, da sie an den Wochenenden meist im flämischen Löwen blieben und somit stärker in Kontakt mit der lokalen Bevölkerung und flämischen Studenten waren.
- 37 Kirlfel, Studenten in Löwen, S. 41.
- 38 Carlo Lejeune spricht in seiner soziohistorischen Analyse der Eumavia von einer „stillen Politisierung“ der Eumavia, die von den beiden „engagierten“ Meinungsgruppen der Löwener Studentenschaft (Flamen/Wallonen) langsam in die Eumavia hineingetragen worden sei. Siehe Lejeune, Oh, alte Burschenherrlichkeit, S. 51.
- 39 Kirlfel, Studenten in Löwen, S. 13.
- 40 Selbstverständlich treffen diese Klassifizierungen nicht auf alle Mitglieder der Eumavia zu, und jedes „Lager“ konnte in seinen Reihen auch Mitglieder aus der Eupener bzw. Eifler Gegend aufweisen. Dennoch wurde die prinzipielle Richtigkeit der Kirlfel'schen Thesen auch in den Oral-History-Interviews mit ehemaligen Eumaven wie Lorenz Paasch, Joseph Dries, Peter Thomas, Leonard Schiffers und Freddy Derwahl bestätigt.
- 41 Lejeune, Oh, alte Burschenherrlichkeit, S. 51.
- 42 Ich denke hier vor allem an die Geschichte der Partei der Deutschsprachigen Belgier, zu deren Protagonisten viele „Alte Herren“ der Eumavia gehörten. Siehe Leonie Neuens, À la base d'un parti régionaliste. La création du PDB (Parti des Belges de langue allemande) en 1971: acteurs et controverses, unveröffentl. Masterarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 2013.
- 43 Erwähnt seien hier etwa die Aktion „Heiße Eisen“ oder die Gründung der Beschützenden Werkstätte und der Freien Krankenkassen.
- 44 Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen, S. 117.
- 45 So etwa Wolfgang Kraushaar, der sich auch kritisch mit dem Generationenbegriff im Kontext der 68er-Bewegung auseinandersetzt. Wolfgang Kraushaar, Achtundsechzig. Eine Bilanz. Berlin 2008. Noch schärfer geht Götz Aly mit sich und seiner Generation ins Gericht in: Götz Aly, Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt am Main 2008.
- 46 Weisbrod, Generation und Generationaltät in der Neueren Geschichte, S. 3.
- 47 Nur für einen der interviewten Zeitzeugen, Robert Oberecken, spielte die Musik, die heute zum Wahrzeichen des generationellen Aufbruchs der sechziger und siebziger Jahre geworden ist, eine zentrale Rolle.
- 48 In der Eumavia machte sich dieser Wertewandel vor allem durch zunehmende Spannungen zwischen der Activitas und den Alten Herren bemerkbar. In der Chiro durch die Abschaffung von Traditionen und Symbolen (z. B. den Uniformen), die als autoritär und gestrig empfunden wurden. Stattdessen standen Themen wie politisches Engagement, Civilcourage, Sexualität und Emanzipation im Vordergrund der pädagogischen Debatten. Siehe Lejeune, Oh, alte Burschenherrlichkeit, S. 55-61, sowie Fickers, Chiroleute erzählen, Vorwort.
- 49 „Die Studentenrebellion der Ausländer (Berlin, Paris) wurde im verschlafenen und sklerosierten Löwen eher aus der Ferne wahrgenommen. Die kargen Ansätze einer gesellschaftlichen Diskussion und Infragestellung wurden total durch die belgische Nationalismusdiskussion abgebogen und überlagert“, so die Erinnerung von Bruno Kartheuser, zitiert in: Lejeune, Oh, alte Burschenherrlichkeit, S. 56. Aber auch Kartheusers Rebellion beschränkte sich wahrscheinlich auf die Lektüre des Spiegels, den er – da im Seminar als Lektüre verboten – bei seinem Kommilitonen Joseph Dries zu lesen pflegte, für den die wöchentliche Anschaffung des Spiegels einer bedeutenden Investition gleichkam. Quelle: Interview Joseph Dries.
- 50 Siehe Danielle Bajomée, Le mai 68 liégeois, in: Nancy Delhalle/Jacques Dubois/Jean-Marie Klinkenberg (Hrsg.), Le tournant des années 1970. Liège en effervescence, Les Impressions Nouvelles, Brüssel 2010, S. 13-22.
- 51 Zur Bedeutung des Fernsehens in der Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit der „langen 60er Jahre“ siehe Christina von Hodenberg, Mass Media and the Generation of Conflict: West Germany's Long Sixties and the Formation of a Critical Public Sphere, in: Contemporary European History Vol. 15 (2006) Nr. 3, S. 367-395.
- 52 Gerhard Palm nennt hier namentlich Reiner Pankert, Wilhelm Pip, Michel Kohnemann, Michel Louis, Norbert Scholzen und Rudi Pankert. Siehe Palm, Gedenkfeier für Hubert Jenniges, S. 7.
- 53 Antoine Prost, Douze leçons sur l'histoire, Paris Jahr 1996, S. 79.

DAS ENDE DER VERSÄULUNG IN DER SOZIALPOLITIK?
**BRÜCHE UND „AUF-BRÜCHE“ IN DER
OSTBELGISCHEN GESELLSCHAFT**

von CARLO LEJEUNE





In den 1960er Jahren dominierte im deutschsprachigen Belgien die Christlich-Soziale Partei die Politik. In der Gesellschaft bestimmten zahlreiche christlich-sozial orientierte soziokulturelle Einrichtungen das Zusammenleben. Diese Region schien genauso auf Grundlage von weltanschaulichen Säulen (katholisch-konservativ, sozialistisch oder liberal) zu funktionieren wie das übrige Belgien – mit der großen Ausnahme, dass die christlich-soziale Säule fast über eine Monopolstellung in Ostbelgien verfügte. Die grundlegenden Entscheidungen in der katholisch-konservativen Säule wurden nicht in Eupen oder Sankt Vith, sondern in Verviers gefällt. Doch die Gesellschaft war im Aufbruch. Konnten die Bürger in den ausgehenden 1960er Jahren noch immer auf Grundlage des religiös-weltanschaulichen Kriteriums politisch und gesellschaftlich mobilisiert oder gar vereinnahmt werden? Oder bestimmten schon neue Brüche und „Auf-Brüche“ das Zusammenleben der Menschen in und um Eupen und Sankt Vith? Eine historisch-soziologische Analyse.



Die IJzerbedevaart ist eine Wallfahrt, die einmal im Jahr in der westflämischen Stadt Diksmuide abgehalten wird. Sie erinnert an die Toten des Ersten Weltkrieges und ist zugleich eine bedeutende Kundgebung der Flämischen Bewegung.

Bei den Wahlen von 1965 wurde die flämisch-nationale Partei Volksunie mit 12 Sitzen in der Kammer eine feste Größe in der belgischen Politik¹. Von nun an beherrschte eine neue Bruchlinie die belgische Politik: der flämische Nationalismus. Dieser war zwar schon seit den 1880er Jahren² Teil, aber noch kein beherrschender Teil der belgischen Politik gewesen. Durch das Ergebnis der Wahlen von 1965 musste Belgien zwangsläufig auf die Föderalisierung des Landes hinsteuern, analysiert der Soziologe Marc Swyngedouw³.

Das sah 1954 noch anders aus. Der Schulstreit hatte viele Belgier mobilisiert, die sich auf Grundlage ihrer religiös-weltanschaulichen Identifizierung (katholisch-konservativ, sozialistisch oder liberal) politisch positionierten. Es kam zu einer schnellen Polarisierung. Mitglieder der anderen Säulen wurden automatisch als politische Feinde angesehen. Dies habe in hohem Maße zentrifugale Kräfte freigesetzt und das demokratische Mit-

einander gefährdet und lediglich innerhalb der Säulen die Möglichkeit eines „vertikalen Pluralismus“ ermöglicht, urteilt der Politologe Jaak Billiet⁴.

Der Schulpakt von 1958, der den Schulstreit beendete, zeigte, dass die religiös-weltanschauliche Identifizierung in der sich verändernden Gesellschaft keine zukunftsfähigen Lösungen mehr ermöglichte. Eine Konsensgesellschaft, Pluralismus und

Toleranz deuteten sich als neue Werte der Zukunft an. Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) führte zu einer Entideologisierung der Kirche. Ein steigender Individualismus, wo jeder Bürger seine eigenen Wege suchte, brach die Versäulung weiter auf⁵. Die Postmoderne schien keinen Platz mehr für die klassischen Bruchlinien⁶ in der Gesellschaft⁷ zu bieten.

„Eine Säule ist das, was trägt, aber auch trennt“⁸, so charakterisierte *Le monde diplomatique* das versäulte Belgien. Seit der Staatsgründung sind in der belgischen Politik drei gesellschaftliche Bruchlinien auszumachen: der Gegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten, der zwischen Freidenkern und Klerikalen und der zwischen Wallonen und Flamen. Vor allem die Bruchlinie zwischen Freidenkern und Katholiken hat das Zusammenleben der Belgier seit 1830 tiefgreifend geprägt. Die Säule, die auf eine Errichtung einer alle Lebensbereiche umfassenden katholischen Welt abzielte, war für die katholische Kirche seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine wichtige Waffe im Kampf gegen die Modernisierung und die Verweltlichung (Säkularisierung) der Gesellschaft⁹.



Eupen, 1968: Zahlreiche Landwirte protestieren gegen sinkende Milchpreise. Der Bauernbund und seine Organisationen waren ein wichtiger Teil der christlichen Säule im deutschsprachigen Belgien.



DG, 2013: Die Krankenkassen, Gewerkschaften und Parteien sind auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch immer Zeichen einer versäumten Gesellschaft. Andere Bruchlinien bestimmen aber das gesellschaftliche Leben mit.

Die liberalen und sozialistischen Interessengruppen reagierten. Es entstanden drei Säulen mit eigenen Parteien, eigenen Zeitungen, eigenen Krankenhäusern, eigenen Krankenkassen, eigenen Schulen, eigenen Gewerkschaften und eigenen Sozialorganisationen.

Im deutschsprachigen Belgien hatte diese Versäumung das gesellschaftliche Leben nach 1920 nur bedingt beeinflusst. Die Bruchlinie zwischen pro-deutschen und pro-belgischen Meinungsgruppen und Organisationen bestimmte den gesellschaftlichen Diskurs bis 1940 weitgehend. Erst nach 1945 konnte die christliche Säule – auf Grundlage einer religiös-weltanschaulichen Identifizierung ihrer Anhänger im deutschsprachigen Belgien – Politik und Gesellschaft mit ihren zahlreichen soziokulturellen Einrichtungen erfassen, gestalten und bestimmen. Die monopartige Stellung dieser Säule wurde erstmals durch die Gründung der zahlreichen Staatsschulen in Ostbelgien angetastet. Zahlreiche Lehrpersonen wurden vor ihrer Anstellung zu Partei-

beitritten genötigt. Dies führte zu einer hohen Politisierung des Lehrkörpers.

Drei Fragen stellen sich für die 1960er Jahre:

- War die religiös-weltanschauliche Identifizierung¹⁰ in den 1960er Jahren noch die bestimmende Bruchlinie zwischen den gesellschaftlichen Meinungsgruppen in Ostbelgien?
- Wie waren die Deutschsprachigen, die die soziokulturellen Einrichtungen der christlichen Säule vor Ort trugen, in diese Entscheidungsfindung eingebunden?
- Sind für die 1960er Jahre neue, tiefer liegende gesellschaftliche Bruchlinien (sozialer, ethnischer, institutionalisierter Natur) auszumachen, die in der ostbelgischen Gesellschaft zu „Auf-Brüchen“ führten¹¹?

Die Spurensuche greift acht Entwicklungsbereiche auf, die beispielhaft für die soziokulturelle Entwicklung des

deutschsprachigen Belgien in den 1960er Jahren stehen. Dabei geht es weder um eine vertiefte historische Darstellung der ausgewählten Beispiele noch um eine umfassende Darstellung der Sozialpolitik in Ostbelgien (die Rolle der FGTB u. a. soziokultureller Einrichtungen beispielsweise wird nicht thematisiert, obwohl sich auch hier ein bedeutsames Untersuchungsfeld auftäte).

Eine perfekt versäumte Welt?

Kelmis, 1987. Fast euphorisch beschwört Victor Franssen, der ehemalige geistliche Berater der Kelmiser Christlichen Arbeiterbewegung (CAB), die untergehende Lebens- und Gesinnungswelt in Kelmis, die durch die christlichen Organisationen gestaltet und garantiert worden war:

„Gewerkschaft, Krankenkasse, Konsumverein, Jugend- und Erwachsenenbildungswerke für Männer und Frauen wurden letztendlich von der Christlichen Arbeiterbewegung

erfasst und koordiniert [...]. Aber alle waren Bestandteil einer weiteren und tiefgreifenden Bewegung und eine jede, in ihrem Bereich vereinigte, verteidigte, schulte den Menschen.“¹²

Schon unmittelbar nach der Befreiung 1944 bemühten sich beispielsweise die gewerkschaftlichen Aktivisten in Kelmis um Lösungen für die Alltagsprobleme: Wie konnten ausstehende Gehälter gezahlt werden, wer zahlte nun die Renten aus, wie konnten die Arbeitslosen Unterstützung finden? Seit 1945 erschien mit dem Werkvolk eine eigene Gewerkschaftszeitung in deutscher Sprache. „Zu erwähnen ist, dass damals nur die Christliche Gewerkschaft sich um das Los der Arbeiter kümmert. Große Arbeitslosigkeit und viele Kriegsopfer“¹³, so begründet die Dokumentationsschrift *Arbeit, Kampf und Glaube* die tiefe Verwurzelung dieser Bewegung in der Göhlgemeinde.

Doch auch hier wird eine Bruchlinie deutlich: Die Aktivisten in Kelmis hätten auch um Verständnis bei den belgischen Behörden kämpfen müssen, da manche „Eupener christliche Gewerkschaftler mit der Heimattreuen Front und während des Krieges mit der nazistischen Arbeitsfront eng zusammengearbeitet“¹⁴ hätten, steht in der historischen Dokumentationsschrift über die Kelmiser Gewerkschaftsarbeit. Mit diesem Satz distanziert sich die Bewegung pauschal von den nationalistischen und ideologischen Irrungen, die die politischen Auseinandersetzungen in den Kantonen Eupen, Malmedy und Sankt Vith bis 1945 charakterisierten¹⁵.

Die christliche Säule musste in Kelmis immer wieder Antworten auf neue Herausforderungen suchen. Einerseits

war Kelmis als Grenzgemeinde Vorreiter in einer grenzüberschreitenden Gewerkschaftsarbeit¹⁶, die sich der neuen Rolle des Ortes als Einzugsgebiet der Stadt Aachen schon zeitig öffnen musste und so zu einer Europäisierung des Zusammenlebens beitragen konnte. Andererseits erfuhr die Kelmiser Gewerkschaftsbewegung die wallonisch-flämischen Spannungen der 1950er und 1960er Jahre aus einer überwiegend wallonischen Perspektive. Bei den wallonischen Aktivisten habe sich

„ein Gefühl breit gemacht, in der gesamtbelgischen CSC [christlichen Gewerkschaft, A. d. V.] in die Minderheitenrolle gedrängt zu werden“. [...] Es ist dem wallonischen Flügel gelungen, durch die stärkere Berücksichtigung der regionalen Gewerkschaftsbünde eine größere Repräsentanz im Nationalbüro der CSC zu erreichen, was schließlich zu einer Regionalisierung der Gewerkschaftsstrukturen führte.“¹⁷

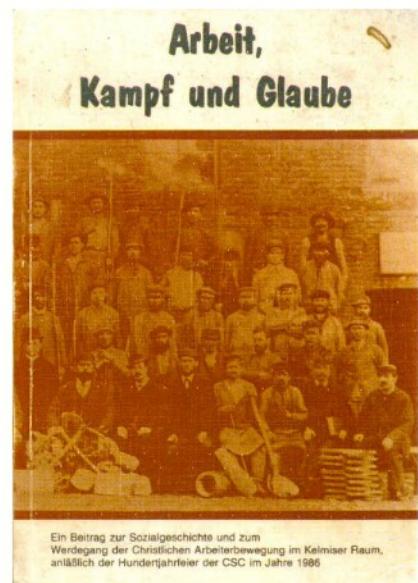
So erläutert die Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Belgien den damaligen Konflikt. Die kultur-politischen Auseinandersetzungen zwischen Flamen und Wallonen werden hier als Bruchlinie greifbar, die allerdings in Kelmis nicht als Herausforderung für eine eigene Positionierung im sich wandelnden Belgien angesehen wurde. Diese Grundhaltung ist in der Arbeit aller Gewerkschaften der Ostkantone übrigens eine fast unveränderliche Position geblieben: Sie haben den Prozess der Autonomiediskussion und der Autonomie fast nie aus einer föderalistischen Grundhaltung her aktiv unterstützt. Die Prioritäten der christlichen Vereinigungen lagen anderswo:

„Diese Organisationen haben das kulturelle, soziale, politische und auch religiöse Leben von Kelmis zutiefst geprägt, sodass man lange von einer Arbeitergemeinde und einer Arbeiterparre sprach, in welchen die christlichen Arbeiter führend waren.“¹⁸

Noch deutlicher wird später formuliert:

„Die Christliche Arbeiterbewegung, insbesondere die Christliche Gewerkschaft, wird mit einem noch größeren Dienstleistungsangebot und mit neuen Perspektiven in Zukunft versuchen, ihre Mitglieder weiterhin zu begeistern.“¹⁹

Die Betrachtung der christlichen Säule in Kelmis lässt eine breite religiös-weltanschauliche Bewegung greifbar werden, die das soziale Miteinander der Menschen im



Ein Beitrag zur Sozialgeschichte und zum Werdegang der Christlichen Arbeiterbewegung im Kelmiser Raum, anlässlich der Hundertjahrfeier der CSC im Jahre 1986

Kelmis, 1986: Die Festschrift zur Hundertjahrfeier der CSC skizziert die Rolle der christlichen Gewerkschaft in der christlichen Säule der Ostkantone beispielhaft.



„Die Jugend selbst schildert die Not ihrer Lage“, mit dieser provokanten Aussage startete 1964 die Aktion „Heiße Eisen“ in St. Vith.

hohen Maße mit Krankenkasse, Versicherung, Geschäften, Bildungsorganisationen, Christlicher Arbeiterjugend, Pensioniertenbünden, Gewerkschaftsbünden, Christlicher Frauenliga u. a. gestaltete und garantierte. Die Gründung eines Volksbildungskreises im November 1954 oder die Ansätze für eine grenzüberschreitende Gewerkschaftsarbeit waren im regionalen Rahmen Pionierleistungen. Im Gegenzug fand die christlich-soziale Säule in Kelmis – überregional betrachtet – mit der Gründung der Kelmiser Gruppe in der Christlichen Vereinigung der Invaliden und Behinderten (CVIB, 1973) oder der Gründung der Beschützenden Werkstatt (1974) eine sehr späte Antwort auf drängende Herausforderungen, die anderswo deutlich früher angegangen worden waren.

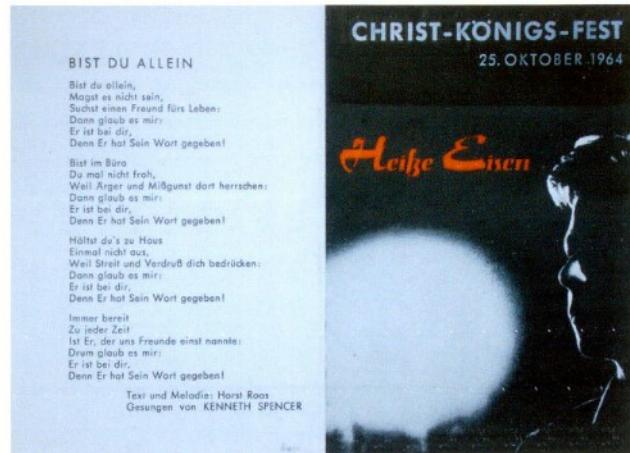
Die Aktion „Heiße Eisen“

Sankt Vith, Oktober 1964. „Wissen Sie, wie viele Jugendliche – laut Umfrage behaupten: NEIN, ich habe nicht den Beruf lernen können, den ich mir immer gewünscht habe?“²⁰ Mit dieser provokativen Frage warben Jugendliche der Aktion „Heiße Eisen“ für ihr Anliegen.

Motor der Bewegung war der Priester Ernst Servais. „Im Juni 1964 hatten sich die Verantwortlichen der Christlichen Arbeiterjugend und der Chirojugend von St. Vith mit den Vertretern der Katholischen Landjugend“ getroffen und „als Ursache allen Übels“ den Mangel an Arbeitsmöglichkeiten und den „damit verbundenen wirtschaftlichen und kulturellen Rückgang“²¹ ausgemacht. Noch deutlicher wurden sie im Grenz-Echo:

„Interesselosigkeit für die eigene Zukunft, Abwanderung der geistig gebildeten Elite, Gleichgültigkeit den qualifizierten Berufen gegenüber, die als zukünftig betrachtet werden, Mutlosigkeit usw. Im Entwicklungsalter und zu Beginn ihres Lebens sieht diese Jugend für sich vielfach keine Möglichkeit zu einem Aufstieg im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben.“²²

Jugendliche hatten den Mut, die tiefen wirtschaftlichen und sozialen Bruchlinien klar zu benennen, die ihren Alltag prägte. Sie begehrten mit Worten und Taten auf. Der Erfolg war groß. 1.500 Jugendliche nahmen an der Auftaktveranstaltung am



Die Einladung zum Christkönigfest 1964 erschien auf den ersten Blick eher bieder. Es war der Beginn einer energischen Bewegung.

Christkönigtag 1964 teil. Kardinal Cardijn schickte der Jugend ein Telegramm, „in dem er der Jugend und ihren Leitern seine vorbehaltlose Bewunderung“²³ aussprach. Die „Behördenvertreter“ seien dieser Aktion gegenüber „sehr aufgeschlossen und zeigen großes Verständnis“²⁴, berichtete das *Grenz-Echo* obrigkeitshörig²⁵, obwohl mehrere Zeitzeugen sich an den intern geäußerten, großen Unmut von Bezirkskommissar Hoen erinnern, der sich durch diese Aktionen immer wieder kritisiert fühlte.

Der jugendliche Drang zur Teilhabe wurde zeitgemäß beantwortet. „Wollen die Anwesenden diesen Weg gemeinsam mit der Jugend gehen – und wie? [...] All diese Fragen wurden spontan bejaht“, berichtete das *Grenz-Echo* am 16. Februar 1965 nach einer ersten Arbeitssitzung von Vertretern der Aktion „Heiße Eisen“ mit den Behörden. Weiter heißt es im gleichen Bericht:

„Schließlich wurden die Arbeitsbereiche eingeteilt und Bezirkskommissar Hoen erklärte sich bereit, mit der Verwaltung den wirtschaftlichen und sozialen Teil der Arbeit zu

übernehmen, während der psychologische und kulturelle Teil den einzelnen Arbeitskomitees obliege.“²⁶

Echte Mitsprache sieht anders aus. Der jugendliche Drang nach Teilhabe an der Gesellschaft wird als neue Bruchlinie deutlich. Die Jugendlichen lehnten diese Bevormundung ab und gründeten unmittelbar ein „Wirtschaftskomitee“ und ein „kulturelles Komitee“.

Auf der gleichen Veranstaltung wurde eine weitere Bruchlinie in der Gesellschaft deutlich: „Das Problem, das die St. Vither Jugend aufgeworfen habe, sei auch in zahlreichen anderen Gegenden des Landes akut“, wurde Ministerialrat Vossen in der Tageszeitung zitiert. Er sprach den großen Gegensatz Stadt/Land an, der in der Region auch in einem Gegensatz Eifel/Eupen bestand. Sankt Vith sei ein „umgangenes Gebiet“, „während Eupen durch seine vorteilhafte Lage in Nähe größerer Städte und der Autobahn einen Aufschwung zu verzeichnen hatte“, „die St. Vither Gegend war auf der Industrialisierungskarte in Lüttich aber ein leerer Fleck“²⁷, umschrieb der Direktor der Provinzialen Industrialisierungsgesellschaft, André, noch 1971 diese bis heute bedeutende und spürbare Bruchlinie.

Die Aussagen der Behörden und Politiker zur Ansiedlung von Industriebetrieben erscheint aus heutiger Sicht naiv. „Wohl bald werde die Frage der Ansiedlung einer neuen Industrie (in Sankt Vith, A. d. V.) im positiven Sinne geregelt sein“²⁸, tönte Provinzgouverneur Pierre Clerdent 1966. Dieser Optimismus basierte gegebenenfalls auf einem simplen Verwaltungsakt:

„Wenn heute St. Vith durch ein vor kurzem verabschiedetes Gesetz zur

Industriezone erklärt wurde [...], so ist dies nicht zuletzt (und das bezeugten uns Wirtschaftsminister Urbain und Provinzgouverneur Clerdent) zum größten Teil der Aktion „Heisse Eisen“ zuzuschreiben“²⁹,

stand 1966 im *Grenz-Echo*.

Die Jugendlichen verstanden es, immer wieder die tiefen sozialen Folgen dieser wirtschaftlichen Bruchlinie klar herauszustellen. In einer Stellungnahme hieß es: 75 Prozent der Jugendlichen arbeiteten in den Sektoren Holz, Bau und Straßenbau. Rund 15 Prozent der Jugendlichen fanden in der Landwirtschaft Beschäftigung, 50 Prozent stünden in einem Abhängigkeitsverhältnis. „Das nennt man Verproletarierung unserer Heimat“³⁰, provozierten die Jugendlichen.

Als Kriegs- und Nachkriegsgeneration hatten sie das Bild der belgischen Eifel als einer immer wieder vernachlässigten und benachteiligten Region klar vor Augen, was eine weitere Bruchlinie in der gesellschaftlichen Sozialisation war.

„Fast überall in unserem Land stellt man eine Aufwärtsentwicklung zu den freien und höheren Berufen fest, auf Kosten der Industrie und besonders der Landwirtschaft. In (unseren) Kantonen geht die Entwicklung abwärts.“³¹

Die Aktion „Heiße Eisen“ war auf mehreren Ebenen aktiv. Im kulturellen Komitee waren mehrere junge Priester eingestiegen, die 1966 Filmvorführungen organisierten, um auf die „Gefahren“ aufmerksam zu machen, „wenn Jugendliche ihre erste Stelle antreten“³². 1969 startete eine Vortragsreihe über „Weltbilder“, 1970 eine Aufklärungsreihe über „Mann und Frau“ und 1971 über „Probleme der Ehe und der Brautzeit“. Diese Initiativen riefen in der konservativen Bevölkerung recht kontroverse Debatten hervor.

Dem Wirtschaftsausschuss gelang es 1968, eine Zweigstelle der Daleidener Strickwarenfabrik Geyer mit zunächst 30 Arbeitsplätzen anzusiedeln, deren Zahl in den folgenden Jahren auf 200 erhöht werden sollte. 1972 zählte die Aktion



Walhorn, um 1966: Die neue Autobahn führte in Eupen zu einer starken wirtschaftlichen Entwicklung. Die belgische Eifel war in den 1960er Jahren hingegen eine rückständige Randregion.

„Heiße Eisen“ in Sankt Vith 923 Arbeitsplätze. In einem letzten Leserbrief protestierte der Präsident der Aktion gegen jene Unternehmen, die sich nur kurzfristig in Sankt Vith niedergelassen hatten und wahrscheinlich u. a. wegen der Ölkrise ihre Zweigstellen wieder geschlossen hatten. Man habe immer die „Entfaltung der Persönlichkeit unserer Arbeitskräfte“ in den Vordergrund gestellt, die nicht „für hüben und drüben heiße ersehntes Exportmaterial der Ostkantone“ seien, welches man „billig einheimsen“ könne. Es gehe darum, „neue Arbeitsplätze für unsere gesamte deutschsprachige Heimat zu schaffen“³³, womit die Verantwortlichen klarmachten, dass die Vernachlässigung der Eifel auch langjähriger Teil einer benachteiligenden Wirtschaftspolitik durch den belgischen Staat gewesen war. Manche Nachteile wurden auf die unzureichende Beachtung der Sprachengesetze von 1963 zurückgeführt, die noch immer nur bedingt in der Lebens- und Arbeitswelt sowie in der Politik beachtet wurden. Die Bruchlinie der politischen und wirtschaftlichen Autonomieforderungen wurde auch hier deutlich. Dies lässt sich u. a. auch an der Person von Ernst Servais festmachen, der sich als Präses der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) stark für die soziale Gleichbehandlung der deutschsprachigen Jugend einsetzte. Dies führte Ende der 1960er Jahre zu einem Bruch mit der wallonischen Dachvereinigung Jeunesse ouvrière chrétienne (JOC) und der Christlichen Arbeiterbewegung (CAB) im deutschsprachigen Belgien³⁴.

Welche Gesundheitsversorgung?

Bütgenbach, 18. November 1976.
Die Interkommunale für soziomedizinische Anstalten Bütgenbach und Umgebung wird gegründet. Die „finanzielle Last lastete immer schwerer auf den



Bütgenbach, 1950: Das Krankenhaus war in der strukturschwachen Nordeifel ein wichtiges Symbol sozialer Grundversorgung.

Schultern des Ordens der Schwestern“³⁵. Die Vinzentinerinnen zogen sich 1984 vollständig aus dem Krankenhausbetrieb zurück. 1988 wurde das Krankenhaus in der Nordeifel geschlossen. Zum gleichen Zeitpunkt wurde auch das Krankenhaus Vielsalm geschlossen und in ein Altenheim umgewandelt.

Schon in den 1960er Jahren deutete sich ein grundlegender Wandel in der Gesundheitsversorgung Belgiens an. Für diesen Wandel sprachen die schnelle Entwicklung der Medizin, der steigende Bedarf an Fachärzten und fachärztlicher Ausrüstung, der Modernisierungsbedarf zahlreicher Krankenhäuser sowie die Notwendigkeit einer höheren Spezialisierung der einzelnen Häuser. Gegen diesen Wandel sprachen die dürftige Grundversorgung der Region mit Allgemeinärzten³⁶, die nach wie vor unterdurchschnittliche Motorisierung im ländlichen Raum sowie die völlig unzureichende Notfallrettung.

Die Geschichte des Krankenhauses Bütgenbach verdeutlicht die Problemlage

beispielhaft. Am 1. Dezember 1969 besprachen 43 Verantwortliche der Christlichen Krankenkasse (Verwaltungsratsmitglieder, Delegierte, Ärzte) in Amel einen Bericht mit dem Titel „Studium der medizinisch-sozialen Infrastruktur der Gegend von Malmedy-Büllingen-St.Vith“. Der Föderalsekretär der Christlichen Krankenkasse, Camus, erläuterte, dass die Krankenkasse die Mittel benötige,

„um eine Rolle in der Organisation der Medizin in unserer Gegend zu spielen. In den kommenden Jahren müssten die Leiter der Krankenkasse in den [sic] Verwaltungsräten der Krankenanstalten ihrer Gegend eindringen mit dem Ziel der Krankenanstalt zu helfen, die Interessen der Kranken zu verteidigen [...]. Diese Initiativen dürfen nicht mehr als nebensächlich betrachtet werden, sondern als das Hauptsächlichste der neuen Aufgaben der Christlichen Krankenkasse.“³⁷

Im gleichen Dokument erhoben einige Delegierte Protest gegen die angedeuteten Pläne zur Schließung des Bütgenbacher

Krankenhauses zum Vorteil der Malmedyer Klinik. Der Föderalsekretär antwortete, dass er

„vor einigen Jahren an den Vorbereitungsarbeiten mitgewirkt hat und dass man sich einige für [sic] eine gut ausgerüstete Anstalt und für mehrere kleine Anstalten für leichte Fälle. Es handelt sich hier um ein Problem der Sicherheit für den Patienten.“³⁸

Am 11. Juni 1970 fand im Spital von Bütgenbach eine Versammlung von Vertretern des Gesundheitsministeriums mit dem Orden, den Ärzten und den betroffenen Gemeinden statt.

„Das Spital von Malmedy soll vergrößert werden und auch für unsere Gegend zuständig sein. In Bütgenbach werden ab 1976 bis 1980 keine Operationen mehr durchgeführt werden. Das Spital Bütgenbach soll lediglich noch dazu dienen, die Kranken mit chronischen Leiden aufzunehmen.“³⁹

Die anwesenden Hausärzte sprachen sich gegen diese Pläne aus, die Gemeindevertreter sprachen die Option einer Interkommunalen an.

Dieses Beispiel zeigt weitere Bruchlinien auf. Auf der einen Seite stand hier das Gesundheitsministerium, das zeitig auf die neuen und steigenden Anforderungen in der Gesundheitsversorgung in einem sich schnell wandelnden Kontext (sprunghaft steigende Mobilität, hoher Versorgungsgrad mit Telefonen, starker Wandel in der Medizin) reagieren wollte. Ihr standen Kräfte der Beharrung gegenüber, die – analytisch ebenfalls nachvollziehbar – auf andere, ihnen wichtigere Mängel in der Gesundheitsversorgung hinwiesen (Hausärzte-



Losheimergraben, 1968: Die Notrettung war und blieb noch für Jahre in den ländlichen Regionen mangelhaft.

Notfallrettung im Alltag

20. Januar 1968. Strahlender Sonnenschein. Um etwa 13.15 Uhr gerät ein VW-Käfer in einem Waldstück etwa einen Kilometer vor Losheimergraben bei Glatteis ins Rutschen und prallt auf einen Baum. Erste Passanten kommen an. Sie fahren nach Losheimergraben zum Zollamt, wo sich das nächste Telefon befindet, um einen Arzt und einen Ambulanzwagen zu rufen. Gendarmerie oder Feuerwehr wurden bei solchen Unfällen in der Regel nicht benachrichtigt. Unterdessen schneidet ein Heizungsinstallateur den Wagen auf, um das auf dem Hintersitz eingeklemmte sechsjährige Mädchen zu befreien. Sie und ihr vierjähriger Bruder sind lebensgefährlich verletzt. Ein deutscher Zöllner des Zollamtes Losheimergraben, der im Zweiten Weltkrieg Sanitäter war, kommt zur Unfallstelle und leistet lebensrettende Ersthilfe. Um etwa 13.50 Uhr kommt Dr. Funk an, einer der damals zwei Hausärzte in der belgischen Nordeifel. Er kümmert sich um die Kinder. Den Ernst der Lage einsehend, schickt er einen Passanten zum Zollamt mit dem Auftrag, im Krankenhaus Malmedy den Krankenwagen unter Dringlichkeit zu rufen. Um 15.15 Uhr und weiteren Anrufen entschließt sich der Hausarzt, die Kinder vorzubereiten, um sie in seinem Wagen ins Krankenhaus zu fahren. Kurz vor Büllingen, um 15.35 Uhr, kommt ihm der Krankenwagen entgegen. Die Kinder werden umgeladen. Mit Martinshorn fährt der „900er“, wie der Krankenwagen damals genannt wurde, durch den Ort. Geschah dies, so war dies das Zeichen für einen gefühlten „schlimmen Unfall“. Um 16.10 Uhr erreicht der Krankenwagen das Krankenhaus. Am nächsten Tag war klar: Beide Kinder überleben. Notrettungsalltag in einer ländlichen Region.

mangel, nach wie vor hohe Mobilitäts- und Kommunikationsprobleme im ländlichen Raum u. a.) und für eine hochqualifizierte, flächendeckende medizinische Versorgung plädierten.

Deutlich wird auch der Bruch zwischen Stadt und Land, wo in einem Belgien, das in hohem Maße verstädtert war und ist, gleiche Lösungen für die städtischen wie die ländlichen Regionen

angedacht und umgesetzt wurden (Konzentration der Krankenhauslandschaft).

Alten- und Krankenversorgung in den Ostkantonen

		Ordensträger	bis
Reuland	1936-1942: Krankenstation 1936-1942: Altenpflege	Augustinerinnen	1942
Sankt Vith	seit 1882: Krankenhaus und Altenpflege	Augustinerinnen	1976
Amel	1927-1964: Krankenstation 1932-1964: Altenpflege	Rekollektinnen Franziskanerinnen	1964
Weismes	1935-1992: Krankenstation seit 1935: Altenpflege	Augustinerinnen	1986
Malmedy	seit 1843/1907/1961: Krankenhaus	u.a. Filles de la Croix	1961
Manderfeld	1907-1925: Krankenstation 1930-1966: Krankenstation 1930-1987: Altenpflege	Heilig-Geist-Schwestern Augustinerinnen	1987
Bütgenbach	1880-1890: Krankenstation 1890-1988: Krankenhaus seit 1890: Altenpflege	Vinzentinerinnen	1984
Rocherath-Krinkelt	1935-1951: Krankenstation	Vinzentinerinnen	1951
Eupen Krankenhaus	seit 1841/1845: Krankenhaus	Rekollektinnen Franziskanerinnen Borromäerinnen Franziskanerinnen	1979
Eupen Altenpflegeheim St. Joseph	seit 1824: Altenpflege	Borromäerinnen Franziskanerinnen Rekollektinnen	1977
Eupen Klösterchen	seit 1865: Altenpflege	Franziskanerinnen	1993
Walhorn Seniorenresidenz	seit 1991: Altenpflege	privat	--
Walhorn/Astenet Katharinenstift	seit 1888: Waisenhaus seit den 1950er Jahren: Altenpflege	Augustinerinnen	1965
Raeren Haus Katharina	seit 1990	privat	--
Raeren Marienheim	1865-1966/69: Krankenstation seit 1865: Altenpflege	Stiftung (unterstützt durch Franziskanerinnen)	--
Moresnet	vor 1907 bis 1985: Krankenstation, Krankenhaus vor 1907: Altenpflege	Franziskanerinnen	1965

Die wichtigste neue Bruchlinie beruhte aber auf den Sprachgesetzen. Sie garantierten den Deutschsprachigen den Gebrauch ihrer Muttersprache. Durch die Stärkung des Malmedyer Krankenhauses auf Kosten des Bütgenbacher Spitals entstand ein tiefes Unwohlsein in der Region. Viele Bürger (ältere, aber auch jüngere) beherrschten die französische Sprache ungenügend. Eine Krankenversorgung im Malmedyer Krankenhaus mit Pflegepersonal und Ärzten, die weitgehend nur Französisch sprachen, erschien als tiefe Missachtung der Sprachgesetze und klare Benachteiligung. Die Bewohner der belgischen Nordeifel fühlten sich wiederum grob vernachlässigt und befürchteten eine weitere wirtschaftspolitisch motivierte Schwächung ihrer Heimat.

Das Beispiel Krankenhaus Bütgenbach zeigt auch, dass die während über hundert Jahre garantierte medizinische Grundversorgung durch die religiösen Orden im gesamten deutschsprachigen Belgien ihr Ende fand. Die Orden konnten die Lasten der Modernisierung nicht mehr tragen. Ein wesentlicher Teil in der versäulten christlichen Gesellschaft drohte wegzubrechen. Während die *Christliche Krankenkasse* diese Lücke durch Einfluss in den Verwaltungsräten zu schließen suchte, setzten die Gemeinden auf Interkommunale als Grundinstrumente der kommunalen Demokratie.

Die Gründung der Krankenpflegeschule in Eupen im Jahr 1963 war ein wichtiger Schritt, um die Sprachengesetze durch eine ausreichende Schulungsmöglichkeit von Krankenpflegerinnen in ihrer Muttersprache zu festigen.

Der Bruch der Christlichen Krankenkasse

Büllingen, 1969

„Im deutschen Sprachgebiet gab es in der Christlichen Krankenkasse keine eigenständigen Abteilungen, nur abhängige Sektionen. Dies war in der Wallonie anders. Stavelot war eine eigenständige Krankenkasse mit 700 Mitgliedern. St. Vith mit 3.000 Mitgliedern, Kelmis mit 3.000 Mitgliedern und Büllingen mit 1.800 Mitgliedern waren das aber nicht.“

Walter Schröder⁴⁰, bis 1972 Angestellter der Christlichen Krankenkasse, gab sich auch rückblickend kämpferisch. „Es gab zu dem Zeitpunkt starke Bestrebungen, die DG stark unter Kontrolle zu halten“, umschrieb er ein Motiv für sein damaliges Handeln. Die Daten, die ihm bekannt gewesen waren, hätten zudem eindeutig gezeigt, dass die Selbständigen in der DG für ihre Kollegen in der Wallonie gezahlt hätten. „Das war eine ungleiche Behandlung der Deutschsprachigen und somit eine Ungerechtigkeit, aber keineswegs eine antiwallonische Haltung, wie mir immer unterstellt wurde“, verteidigte er sich.

Seine Forderungen stießen bei der Christlichen Krankenkasse auf wenig Gehör. Der „Fall Schröder“ wurde durch dessen Entlassung zu einem Politikum. Auf die Frage „Weshalb dieser Wirbel?“ antwortete das *Grenz-Echo*: „Es hat sich vieles aufgestaut, was jetzt zum Ausbruch kommt und für den großen Wirbel sorgt.“⁴¹ Die Tageszeitung zählte die ungenügende Unterstützung des Krankenhauses Bütgenbach durch die Christliche Krankenkasse, die Personalentscheidung im Fall Schröder, die als Willkür

empfunden werde, zu geringe Vergünstigungen für die Mitglieder im Vergleich zur christlichen Lokalkrankenkasse Malmedy, die fehlende Behindertenwerkstätte in der Region sowie die fehlenden Sprachkenntnisse im „kostspieligen“ Diagnosezentrum in Verviers auf.

Ein Bruch war zunächst keineswegs angedacht. Auf der Generalversammlung stimmten die Delegierten für die Gründung einer selbständigen Lokalkrankenkasse unter dem Dach des nationalen Dachverbandes der Christlichen Krankenkasse (und nicht mehr in Abhängigkeit zu Verviers). Die Forderung, die Kündigung Walter Schröders zurückzunehmen, musste für die Verantwortlichen der Vervierser und Brüsseler Zentrale aber eine hohe Hürde sein, so dass der nationale Dachverband der Christlichen Krankenkasse dieses Angebot im November 1972 ablehnte. Am 1. Januar 1973 startete die Krankenkasse des Büllinger Raumes mit 720 Mitgliedern. „Hierdurch wurden alte Blockaden gelöst und Raum für eine neue Dynamik geschaffen“, bilanziert Walter Schröder rückblickend.

So stark diese „Affäre“ auch personenzentriert war, so lässt auch sie neue Bruchlinien in der ostbelgischen Gesellschaft deutlich werden. Es ging grundsätzlich um eine gleichberechtigte Teilhabe in einer wichtigen Sozialorganisation und um eine Gleichbehandlung der Deutschsprachigen, die Nachteile auf Grundlage ihrer Sprache erlebten. Diese Forderungen fanden in den Vervierser Zentralen der christlichen Säule kein Gehör. Die Einwohner der belgischen Eifel artikulierten immer stärker ihr Gefühl, dass die Entscheidungszentralen der christlichen Säule in Verviers zahlreiche Entscheidungen zugunsten Malmedys und zuungunsten der belgischen Eifel fällten. Daraus entstanden

vorsichtiger Widerstand und ein neues Selbstbewusstsein unter deutschsprachigen Belgiern, die als weitere Bruchlinien deutlich werden.

Behinderte brauchen ihre Muttersprache

Hadamar, 16. April 2013. Georg Lilienthal, der Leiter der Gedenkstätte Hadamar, der wichtigsten Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Euthanasie-Verbrechen, ist formell.

„In unserer Opferdatenbank haben wir sechs Patienten ermittelt, die aus Eupen bzw. Lontzen stammten. Vier wurden 1941 in der Gaskammer von Hadamar ermordet [...]. Zwei Patienten starben 1942 und 1944 in der sogenannten zweiten Mordphase an überdosierten Medikamenten oder Hungerkost.“⁴²

Weitere Opfer seien womöglich in anderen Anstalten getötet worden⁴³. „Im Jahr 1969, als ich meine Arbeit aufnahm, gab es sehr wenige geistig Behinderte, die alt waren. Statistisch gesehen hätten noch deutlich mehr Behinderte leben müssen, die in den 1920er und 1930er Jahren geboren worden waren“, erinnert sich der Leiter der Dienststelle für Personen mit Behinderung, Helmut Heinen⁴⁴, der weitere Opfer des NS-Regimes vermutet. Sicher ist für ihn hingegen, dass die Sicht auf die Behinderten in den Ostkantonen bis in die 1960er Jahre unterschwellig stark durch die nationalsozialistische Sichtweise des „erbkranken“, „unwerten Lebens“ geprägt war. Diese Sichtweise habe die Arbeit deutlich schwieriger als in der Wallonie gestaltet, wo die Naziideologie keine unterschwelligen Spuren in der Mentalität hinterlassen habe. „Die Eltern brachten viel Scham und große Schuldge-



Euthanasiedenkmal für die während der NS-Zeit in der Landesheilanstalt Eichberg bei Eltville, einer Außenstelle der Tötungsanstalt Hadamar, ermordeten Menschen.

In Hadamar wurden nachweislich auch Behinderte aus der heutigen Deutschsprachigen Gemeinschaft ermordet.

fühle mit und sie trauten ihren behinderten Kindern nicht zu, am Leben teilnehmen zu können. Auf der anderen Seite war in der Bevölkerung ein starkes karitäatives Mitgefühl vorhanden, das bis zur Bereitschaft eines Bürgerengagements ging“, umschreibt Heinen die Situation in den 1950er und vor allem den 1960er Jahren.

Eine Ausnahme bildeten die zahlreichen Kriegsinvaliden. Sie waren z. T. gesellschaftlich engagiert und in ihrer (Kriegs-)Invalidität anerkannt. Sie spielten beispielsweise auch bei der Gründung der späteren Christlichen Vereinigung der Invaliden und Behinderten eine maßgebliche Rolle.

Behinderte waren bei den politisch Verantwortlichen und den Behörden aber kein Thema. Diese gesellschaftliche Verdrängung der Problematik war in den Ostkantonen besonders krass: Der Prozentsatz der „minderbegabten Kinder“ liege „in den deutschsprachigen

Gebieten bei nur 6 Prozent, wogegen in der Wallonie dieser Prozentsatz bei 24 Prozent und in Flandern bei 14,5 Prozent“⁴⁵ liege, erfuhren die Mitglieder des provisorischen Ausschusses zur Gründung einer Sonderschule für geistig behinderte Kinder in Sankt Vith 1963 von einem Schulinspektor. Diese Zahlen erschrecken. Denn die statistische Wahrscheinlichkeit für ähnlich hohe Werte in den drei Regionen war ausgesprochen groß. Die Hintergründe dieser Zahlen erläuterte Walter Schröder:

„In den Ostkantonen wusste bis Ende der 1960er Jahre niemand, auch die Behörden nicht, wie viele Behinderte überhaupt hier lebten. Deshalb habe ich am 15. Juni 1966 alle Priester in der Eifel angeschrieben, um zu erfahren, wo überhaupt Behinderte lebten.“

Manche Eltern hätten der Aktion sehr zurückhaltend gegenübergestanden, andere seien froh gewesen, „dass endlich

jemand kommt und sie fragt, ob sie Hilfe benötigen“, so Schröder weiter, der auch in den Krankkassen eine gewisse Scheu ausmachte, sich diesem Thema engagiert zu widmen⁴⁶.

Die interviewten Zeitzeugen⁴⁷ erinnern sich an einen Mentalitätswandel in der Sicht auf die Behinderten zwischen Kelmis und Ouren Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre. Sie führen mehrere Gründe an: die Öffentlichkeitswirksamkeit der Prozesse zu den Missbildungen durch das Beruhigungsmedikament Contergan⁴⁸ in Lüttich (1963-1964) und Aachen (1968-1970), die Beispiele einer gelungenen Behindertenbetreuung im belgischen Inland (Vielsalm oder Andrimont), die Gründung von Service-Clubs, die sich der Problematik annahmen, das langsam einsetzende Engagement der politischen Parteien für die Behinderten seit Mitte der 1960er Jahre, die Aufklärungsarbeit durch die 1964 im Zuge des Contergan-Skandals gegründete „Aktion Sorgenkind“ im deutschen Fernsehen (mit den auch im deutschsprachigen Belgien sehr populären Sendungen „Vergißmeinnicht“, „Drei mal Neun“, „Der große Preis“), das hohe Engagement des Journalisten Willy Timmermann für dieses Thema in der Ostbelgienbeilage der Aachener Volkszeitung (seit 1965), das Engagement einiger junger Priester, die zunehmende Sensibilisierung in den Krankenkassen sowie eine deutlich steigende Sensibilität in der Bevölkerung für alle Formen der Ausgrenzung von Behinderten in der ostbelgischen Gesellschaft.

Interessenvertretung im Zwiespalt

Schon im Juni 1966 hatte Walter Schröder in der belgischen Nordeifel eine erste Initiative gestartet, um einen *Bund der Invaliden und Behinderten* zu gründen,



Im Schuljahr 1970-1971 wurden in der Sonderschule Elsenborn Kinder mit Behinderung in drei Klassen differenziert und angemessen unterrichtet. Untergebracht waren sie in einem Gebäude, das als Provisorium gedacht war und ein Provisorium bleiben sollte.

der ab 1967 auch den Raum Sankt Vith einbezog. Als Vorbild dienten ähnliche Vereinigungen in der Wallonie (u. a. Verviers). Ziel war eine größere Teilhabe der Behinderten, da „unsere Gegend sowieso schon genügend vom Staat vernachlässigt wird“⁴⁹, wie Walter Schröder 1966 formulierte. Schon auf der Generalversammlung wurde der große Rückstand der Region in der Behindertenpolitik thematisiert. Die Versammlung forderte Sonderschulen, Beschützende Werkstätten sowie angepasste Begleitmaßnahmen (gemeinsame Feiern, Ausflüge u. a.) für das wichtigste Ziel in der Behindertenpolitik: „Die Isolierung brechen“.

Es war die Sozialassistentin der Christlichen Krankenkasse, Terwagne, die schon im Oktober 1967 eine größere Partizipation der Büllinger Vereinigung in der ACIH (Association Chrétienne des Invalides et des Handicapés) anmahnte und in die Wege leitete. Die Zusammenarbeit mit Verviers gestaltete sich in der praktischen Arbeit nicht immer einfach. Gemeinsame Veranstaltungen mit den Behinderten litten unter Verständigungsproblemen⁵⁰. Im gleichen Jahr versuchte die Christliche Krankenkasse, die neue Vereinigung stärker in ihr

Organigramm einzubetten, wobei die Sprachengesetze durch Formulare in deutscher Sprache beständig respektiert wurden, wie Schröder öfter anmerkte.

Da der Fall Schröder politisch war, musste auch Schröders Entlassung hier politisch wirken. Die CVIB reagierte höchst emotional. Im Juni 1972 beschloss die CVIB die Trennung von der Zentrale Verviers und beantragte einen unmittelbaren Anschluss an den Nationalbund ACIH.

In der Begründung werden die neuen Bruchlinien deutlich, die in den herkömmlichen Strukturen nicht als Herausforderung gemeistert worden waren:

„Was besteht bei uns an Fortbildungsstätten, geschützten Werkstätten oder ähnlichen Einrichtungen zur Betreuung und Reintegration der Invaliden und Behinderten? Nicht nur wenig, sondern absolut gar nichts!“⁵¹

Der Nationalverband beschied den Antrag der CVIB der Nordeifel negativ. Nur im Rahmen der Christlichen Krankenkasse und aller Organisatio-

nen könne dem Wohl der Behinderten gedient werden. Der Antrag der Büllinger Sektion sei ursprünglich durch einen persönlichen Konflikt motiviert. Die Christliche Krankenkasse stehe der Forderung nach einer weiterführenden Sonderschule aber offen gegenüber⁵².

Bei der Aktion 48.81.00 im Oktober 1972, bei der für Heime in Heusy und Vielsalm gesammelt wurde, kritisierte die CVIB in einem Wurfblatt: „Wir stellen uns die Frage, wann wird einmal ein solches Heim für die deutschsprachigen Behinderten im deutschsprachigen Raum gebaut?“⁵³

Am 19. November 1973 wurde die Unabhängige Vereinigung der Invaliden und Behinderten (UVIB) gegründet. Die Bewegung spaltete sich. Die CVIB blieb als Organisation der Christlichen Krankenkasse bestehen. Sie war Opfer eines rückwärtsgewandten Verharrens in der Sozialpolitik in den Ostkantonen geworden. Ihre Dachorganisation, die Christliche Krankenkasse, hatte die Kraft der Forderungen nach mehr gesellschaftlicher Teilhabe in dieser Region falsch eingeschätzt.

Behinderte brauchen Sonderschulen

In den 1960er Jahren bestanden im Bedarf an Sonderschulen völlig unterschiedliche Voraussetzungen in der Region. „In Eupen gab es in den 1960er und auch noch in den 1970er Jahren viele Familien, die das recht gute Angebot der deutschen Sonderschulen gerne nutzten, damit man ihr behindertes Kind nicht in der Öffentlichkeit sah“, erinnert sich Helmut Heinen. Im Süden fehlte aber jegliches Angebot.

„Die Behinderten vegetierten in ihren Familien, wurden hier und da bewusst oder unbewusst zum Spottobjekt der Leute. Sie wussten mit ihrer Zeit nichts Rechtes anzufangen und hatten schließlich ja auch nichts gelernt, was ihnen weitergeholfen hätte.“⁵⁴

So fasste die Festschrift zum 15-jährigen Bestehen der Sonderschule Elsenborn die damalige Lage zusammen.



Medell-Hochkreuz, 1972: In diesem Pravathaus war die Beschützende Werkstätte in den ersten Jahren untergebracht.

Wenn Regelschulen behinderte Kinder nicht akzeptierten, waren die Scham und die Last der Eltern groß. Eine Elterninitiative versuchte 1963 in der Städtischen Schule St. Vith eine Sonderklasse einzurichten⁵⁵, die zunächst von der Stadt Sankt Vith getragen wurde. Mittelfristig sollte eine Interkommunale diese Anstalt tragen. Während diese Sonderklasse überwiegend lernschwache Schüler aufnahm, blieben die behinderten Kinder weiterhin ohne Betreuung. Manche besuchten die 1964 als Gesellschaft ohne Erwerbszweck gegründete Sonderschule in Vielsalm⁵⁶, die einige Jahre später in staatliche Trägerschaft überging. Hier wurde den deutschsprachigen Behinderten ab 1967 und nur während kurzer Zeit eine Sonderklasse mit einer deutschsprachigen Lehrkraft gewährt.

Die Situation in der Region war Ende der 1960er Jahre völlig ungenügend. In Sankt Vith bestand seit 1963 und in Eupen seit 1964 eine Sonderschule für eher lernschwache Schüler. Erst 1969 errichtete der Staat Sonderschulen. Eine entstand in Elsenborn für 10 Millionen Bfr. Hier hatte eine Elterninitiative bestanden, die 1968 in die Gründung einer privaten Sonderschule gemündet war. Diese scheiterte aber. In Eupen wurde eine Sonderschule für 15 Millionen Bfr. gebaut. Beide Gebäude wurden bewusst als Provisorium gebaut.

Gründung von Beschützenden Werkstätten

1972: Eupen
1973: Medell
1974: Kelmis⁵⁸

Nach einer Einarbeitungsphase sollten die Gebäude später den tatsächlichen Bedürfnissen der Lehrpersonen und Kinder angepasst werden. Hier fanden nun erstmals auch geistig, körperlich oder mehrfachbehinderte Kinder einen Platz.

Die ab Mitte der 1960er Jahre eingeleiteten Versuche der freien Schulen, ähnliche Projekte zu realisieren, wurden abgeblockt. „Der Makel, mit dem eine staatliche Schule zu diesem Zeitpunkt in den konservativen Ostkantonen betrachtet wurde, wurde in diesem Fall recht schnell vergessen. Entscheidend für die Bevölkerung war die wichtige sonderpädagogische und rehabilitative Arbeit, die dort geleistet wurde“, erinnert sich Helmut Heinen, der Gründerdirektor der Sonderschule Elsenborn. Die dominante Bruchlinie der 1950er Jahre tat sich hier nicht mehr auf. Diese Entwicklung erfolgte zeitnah mit dem Sonderschulgesetz vom 6. Juli 1970, das für viele andere Sonderschulen des belgischen Inlandes nur die Regularisierung einer bereits bestehenden Situation bedeutete, in der Eifel aber half, einen gravierenden Entwicklungsrückstand langsam aufzuholen.

Endlich „Beschützende Werkstätten“

Schon 1963 schuf ein Gesetz die Voraussetzungen für die Gründung



Die belgische Eifel war noch in den 1960er Jahren eine vernachlässigte Randregion. Dies rief immer mehr Unmut hervor. Hier ein Blick auf Schönberg.

und den Betrieb von Beschützenden Werkstätten in Belgien. In Vielsalm entstand 1965 eine Beschützende Werkstätte, die auch von einigen Deutschsprachigen besucht wurde. Auch dieses Gesetz regularisierte manchen bereits länger bestehenden Sozialbetrieb im Inland. Die Ostkantone hatten auch hier einen gravierenden Entwicklungsrückstand von mindestens einem Jahrzehnt.

„Die Situation war für die älteren Behinderten im deutschsprachigen Belgien völlig ungenügend“, erinnert sich Helmut Heinen. 1969 hätten kaum ausgebildete Fachleute die behinderten Kinder betreuen können. Die belgische Eifel habe keinen einzigen Logopäden und nur einen Kinesitherapeuten gezählt, die Eupener Region sei über das größere Krankenhaus und seine Physiotherapieabteilung etwas besser versorgt gewesen, präzisiert Heinen. Die medizinische Rehabilitation habe noch in den Kinderschuhen gesteckt.

„Uns wurde immer wieder gesagt, dass es zu wenige Behinderte in den Ostkantonen gebe“, erinnert sich Walter Schröder. Er habe die Zahlen

aber gekannt. Die Gemeindemandatare seien in dieser Frage sehr schwerfällig, die Christliche Krankenkasse von Verviers sehr zurückhaltend gewesen⁵⁷.

„Die Vereinigung der Invaliden und Behinderten war in dieser Frage ein wichtiger Motor“, erinnert sich Heinen weiter. Die Beschützenden Werkstätten seien in Eupen, in Medell und in Kelmis durch engagierte Bürger entstanden. Die teilweise parteipolitische Vereinnahmung, die auch durch alte Spannungen zwischen Familien verstärkt worden sei, sei erst später zum Tragen gekommen.

Viele „Auf-Brüche“

Dieser Blick auf einige Aspekte der Sozialpolitik in den 1960er Jahren deckt mehrere Bruchlinien auf, die zeigen, dass die Versäulung der ostbelgischen Gesellschaft allein auf Grundlage einer religiös-weltanschaulichen Identifizierung nicht mehr trug.

Eine erste Bruchlinie stellt das starke Gefühl in der Bevölkerung dar, in einer vernachlässigten Region zu leben. Sowohl die Gemeinden des Eupener Landes wie

die Gemeinden der belgischen Eifel litten zunächst als Grenz- und Randregion im Vergleich zum Inland unter damals gravierenden Standortnachteilen. Die Grenze war geschlossen, die Infrastruktur rückständig, Investitionen waren eine Ausnahme, die Region war politisch und wirtschaftspolitisch vernachlässigt. Zudem war der Entwicklungsrückstand der ländlichen Regionen im Vergleich zu den Städten in den 1960er Jahren deutlich größer als heute.

Zwischen den nördlichen und den südlichen Gemeinden gab es aber erhebliche Unterschiede. Eupen lag in der Nähe von Lüttich, Maastricht und Aachen. Die Stadt war wirtschaftlich aktiv und hatte den Krieg ohne Zerstörungen überstanden. Seit 1964 hatte Eupen einen unmittelbaren Anschluss an die Autobahn Lüttich-Aachen. Die Zukunftsperspektiven waren in Eupen und Umgebung wesentlich besser als in der belgischen Eifel. Zudem erhielten die nördlichen Gemeinden durch die wirtschaftlich starke Entwicklung des Aachener Raumes seit den 1960er Jahren wichtige wirtschaftliche Impulse. Gleichzeitig war die Anpassung im Eupener Raum an das belgische System (in der Mentalität der Bürger, politisch und wirtschaftlich) höher.

In der belgischen Eifel wurde – u. a. durch die häufige Bevorzugung der Malmedyer Wallonie – das Gefühl immer häufiger ausgesprochen, in einer benachteiligten, rückständigen Randregion zu leben. „Unsere Gemeinden waren in den 1960er Jahren in vielen Bereichen ein Entwicklungsland, in dem viele gute Beispiele aus der Wallonie oder Deutschland bekannt waren, die Menschen aller Generationen aber nicht verstehen konnten, warum ihnen diese von der öffentlichen Hand vorenthalten wurden“, erinnert sich Nikla Giebels rückblickend.



Dechant Ledur mit einem Kirchenchor in Eupen. Noch immer standen Priester und Kirche im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Die religiös-weltanschauliche Bruchlinie wurde aber längst durch neue Bruchlinien überdeckt.

Dieser Bruch wurde in der Aktion „Heiße Eisen“, in der Behindertenpolitik, in den Planungen für die Gesundheitsversorgung beispielhaft deutlich.

Eine zweite Bruchlinie riefen die heftigen Modernisierungsschübe in diesem Jahrzehnt hervor. Der schnell steigende Wohlstand, die steigende Kommunikation (über Fernsehen, Telefon, Kassettenrekorder und andere Medien) und die wachsende Mobilität führten zu neuen Bedürfnissen in der jungen Generation. Die Säkularisierung (Verweltlichung und sinkende Bedeutung der Deutungsangebote durch die Kirche) und der steigende Individualismus brachen alte Verhaltensmuster auf. Die Jugendlichen forderten eine neue Form von Austausch ein und stellten hergebrachte Machtmechanismen in Frage - auch in den ländlichen Regionen. Die Aktion „Heiße Eisen“ demonstrierte das beispielhaft. Die Reaktionen der Bürger lagen zwischen Beharren und Festhalten am Alten und vereinzelt fast draufgängerischem Aufbruch. In den großen Städten Europas mobilisierte die 68er-Bewegung in kurzer Zeit viele junge Menschen. Ihre Ideen wirkten durch die Vehemenz ihrer Forderungen

und das hohe Tempo der Konfrontation wie eine Revolution. Im ländlichen, deutschsprachigen Belgien waren die Veränderungen stiller und unterschwelliger. Hier waren es nicht eine in Massen protestierende, aufmüpfige Jugend, sondern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die mittelfristig zu einer Umformung der gesellschaftlichen Grundlagen und somit der Menschen führten. Zwar lief dieser Prozess über einen längeren Zeitraum, wirkte aber ähnlich tiefgreifend wie in den bevölkerungsreichen Städten. Auch hier stehen die Aktion „Heiße Eisen“ oder der Mentalitätswandel Behinderten gegenüber beispielhaft für diese Modernisierungsschübe.

Diese beiden Bruchlinien riefen im gesellschaftlichen Zusammenleben eine dritte Bruchlinie hervor: den Drang nach Teilhabe in der Gesellschaft. Alfons Thunus erinnert sich an die 1960er Jahre als eine Zeit, in der die wallonische Christliche Arbeiterbewegung (MOC) und das Grenz-Echo über einen heute unvorstellbaren Einfluss auf das Alltagsleben verfügten. „Darf etwas außerhalb dieser christlichen Säule stattfinden? Macht Bürgerengagement in dieser ver-

krusteten Gesellschaft Sinn?“, das seien ganz wesentliche Fragen der damaligen Zeit gewesen, erinnert sich der Priester. Vor allem die Jugend habe immer wieder gezeigt, dass sie Teilhabe an der Gesellschaft einfordere. Die Aktion „Heiße Eisen“, die stark von Ernst Servais geprägt gewesen sei, sei seit 1964 ein wichtiger Vorreiter für diese Forderungen gewesen und habe zweifelsohne zu einem positiven Regionalbewusstsein beigetragen, urteilt Thunus. Dies habe sich dann zunehmend gegen die gefühlte „politische Vormundschaft“ gerichtet, die fast immer mit Entscheidungszentralen der christlichen Säule in Verviers in Verbindung zu bringen waren, erläutert Thunus weiter. Die Schaltzentralen der Vervierser christlichen Säule hätten auf diese neuen Anforderungen „sehr ungeschickt“ reagiert. „Den Deutschsprachigen sind entweder die Notwendigkeit neuer Einrichtungen oder ihre Fähigkeit zur Führung derselben abgesprochen worden“, erinnert sich beispielsweise Walter Schröder. Dies habe zu Gegenreaktionen und verstärktem Widerstand führen müssen.

Das Gegenmodell war eine versäulte (Lokal-)Gesellschaft, die von den soziokulturellen Einrichtungen ihrer Säule eine Rundumversorgung erwartete, so wie es für Kelmis nachweisbar ist. Gestaltungsmöglichkeiten waren dann bestenfalls in einem „vertikalen Pluralismus“ möglich. Die Konflikte in der Christlichen Krankenkasse und in der Christlichen Vereinigung der Invaliden und Behinderten um Walter Schröder zeigen allerdings beispielhaft die Grenzen dieses damaligen „vertikalen Pluralismus“ in der Region auf. Sowohl in der Aktion „Heiße Eisen“ als auch in der Gesundheits- und Behindertenpolitik markierte die fehlende Teilhabe der Deutschsprachigen einen weiteren tiefen Bruch.

Dieser Bruch wurde durch die Sprachgesetze von 1962 verstärkt, die eine vierte Bruchlinie markieren. Soziale Teilhabe war für viele Deutschsprachige im Alltag nur durch einen Respekt ihrer Muttersprache möglich. Durch die Schulpolitik der 1950er und 1960er Jahre war der Unterricht in den Sekundarschulen des deutschsprachigen Belgiens fast ausschließlich in französischer Sprache erteilt worden. Hierdurch wurde tausenden Jugendlichen die Chance genommen, einen Schulabschluss (Mittelschuldiplom) zu erreichen und somit auch ausreichende Französischkenntnisse auf schulischem Wege zu erwerben. Die Sprachgesetze wurden als verbrieftes Recht auf den Gebrauch der Muttersprache im Kontakt zu den belgischen Behörden wahrgenommen.

Die im Alltag immer wieder erlebte Missachtung dieser Sprachengesetze wurde immer öfter als Unrecht empfunden. Die neue Sensibilität für Behinderte seit den 1960er Jahren mag dieses Unrechtsempfinden nochmals verstärkt haben. Der Forderung, Behinderte in ihrer Muttersprache zu betreuen und teilhaben zu lassen, konnte unmöglich widersprochen werden. Allein die über Jahre währende Untätigkeit der öffentlichen Hand wurde wohl immer öfter als Provokation empfunden.

Die Sprachenpolitik markierte in allen Beispielen eine Bruchlinie, die auch zu einem „Auf-Bruch“ bzw. zu vielen „Auf-Brüchen“ führte. Diese Auflehnung gegen Verhaltensweisen, die im Widerspruch zu den Sprachen-

gesetzen von 1963 und den kulturellen Rechten des UN-Sozialpaktes von 1966 standen, beschleunigte die Entwicklung eines neuen Bewusstseins in der Region, das die alte religiös-weltanschauliche Identifizierung sehr schnell für breite Bevölkerungsschichten überdeckte.

Die katholisch-konservative Säule fand auf die Herausforderungen dieser neuen Bruchlinien keine, ungenügende oder nur verspätete Antworten. Die scheinbar perfekte, monopolartige Versäulung war in den 1960er Jahren bereits in Auflösung begriffen, bevor die Autonomiediskussionen mit voller Wucht einsetzten. Zumindest diese Entwicklung lief in der damals deutlich benachteiligten und stark rückständigen Region fast zeitgleich zur belgischen Entwicklung ab.

Endnoten

- 1 Die Volksunie hatte 1954 und 1958 einen und 1961 fünf Sitze in der Kammer erreicht. Zwischen 1968 und 1981 (mit Ausnahme von 1978) erreichte die Partei immer über 20 Sitze.
- 2 Der Willemfonds wurde 1851 und der Davidsfonds 1875 gegründet. Seit den 1880er Jahren war die flämische Bewegung den Kinderschuhen entwachsen und ein ernst zu nehmender politischer Akteur. S. Luc Huyse, De verzuiling voorbij, Leuven 1987, S. 12; ders., Machtsgroepen in de samenleving, Leuven 1973, S. 9; Staf Hellermans, Elementen voor een algemene theorie van verzuiling, in: *Tijdschrift voor Sociologie*, 6 (1985), Nr. 3, S. 235-258.
- 3 Marc Swyngedouw, Les nouveaux clivages dans la politique belgo-flamande, in: *Revue française de science politique*, 1995/45/5, S. 776.
- 4 Jaak Billiet, Ondanks beperkt zicht, Brussel 1991, und ders., Zuilvorming, verzuiling en pluralisme in Vlaanderen: een conceptuele en empirische verkenning, in: *Onze Alma Mater*, 41 (1987), Nr. 4, S. 237-259.
- 5 Karel Van Nieuwenhuyse, De klaw van een papieren leeuw: een politieke geschiedenis van de krant *De Standaard* 1947-1976, Leuven 2005, S. 179; siehe auch: Luc Huyse, Passiviteit, pacificatie en verzuiling in de Belgische politiek. Een sociologische studie, Antwerpen/Utrecht 1970.
- 6 Luc Huyse, Lode van Outrave, Jean-Luc Dehaene, Machtsgroepen in de samenleving, Leuven 1973, S. 16.
- 7 M. Elhardus, K. Pelleriaux, De polis verdeeld – hoe kiezers lins en rechts herdefiniëren, in: Marc Swyngedouw, J. Billiet, De (on)redelijke kiezer. Onderzoek naar de politieke opvattingen van Vlamingen. Verkiezingen van 21 mei 1995, Leuven 1998, S. 183.

- 8 Le monde diplomatique, März 2001, S. 19.
- 9 Els Witte, „Déchristianisation et sécularisation en Belgique“, in: Hervé Hasquin u. a., *Histoire de la laïcité principalement en Belgique et en France*, Bruxelles 1979, S. 167.
- 10 Zahlreiche Politologen verstehen die Versäulung auf Grundlage der großen Bruchlinien, wie der religiös-weltanschaulichen, s. für die Niederlande: J.M.G. Thurlings, *De wankele zuil. Nederlandse katholieken tussen assimilatie en pluralisme*, Deventer 1978 (2), S. 12, für Belgien Luc Huyse, *Machtsgroepen*, S. 10 u. a.
- 11 Diese Auffassung vertritt beispielsweise Jaak Billiet, *Verzuiling en politiek: theoretische beschouwingen over België na 1945*, in: *Belgisch Tijdschrift voor Nieuwste Geschiedenis*, XIII (1982), Nr. 1, S. 86.
- 12 Victor Franssen, Vorwort, in: *Arbeit, Kampf und Glaube*, Verviers 1987, S. 7.
- 13 Ebenda, S. 203.
- 14 Ebenda, S. 183.
- 15 An einer Stelle werden die Spannungen für Kelmis thematisiert: „Als Reaktion gegen die in der Kriegszeit herrschende Hitlerjugend versammeln sich nun alle belgischfreudlich eingestellten Jugendlichen in der JOC und versuchen aus derselben eine Kampforganisation zugunsten der Refraktäre zu bilden. Das entspricht aber nicht dem christlichen Engagement der Jungarbeiterbewegung. Mit Hilfe des damaligen Pfarrverwalters, Pater Pleus, wird doch die Weiterbildung gepflegt“, ebenda, S. 207-208.
- 16 So heißt es, dass eine Studie von 1969 ergeben habe, dass „von den 550 Grenzgängern, die im Aachener Raum arbeiten, es allein 110 Frauen sind, die in den klinischen Anstalten in Aachen beschäftigt sind“, in: ebenda, S. 191.
- 17 Cent ans de syndicalisme chrétien 1886-1986, o. O. 1986, S. 116-117.
- 18 Vorwort, in: *Arbeit, Kampf und Glaube*, S. 7.
- 19 Ebenda, S. 194.
- 20 Grenz-Echo, 14.10.1964, S. 4.
- 21 Alois Eicher, „Heisse [sic] Eisen“, in: Heinrich Neu, Bernhard Willems (Hrsg.), *Jahrbuch Eupen, Malmedy, St. Vith. Für Geschichte, Wirtschaft und Kultur*, Bd. 1, Bad Godesberg 1966, S. 92-96, hier S. 92.
- 22 Grenz-Echo, 26.10.1964, S. 3.
- 23 Grenz-Echo, 12.2.1965, S. 4.
- 24 Grenz-Echo, 12.2.1965, S. 4.
- 25 Die Berichterstattung über die Aktion „Heisse Eisen“ hat im Grenz-Echo zwei Ausrichtungen. Einerseits erscheinen Berichte, die den Misstand anerkennen, aber sehr obrigkeitshörig sind. Andererseits erscheinen Berichte, die kämpferisch und forsch formuliert sind. Hier ist zu vermuten, dass die letzte Kategorie von den Verantwortlichen der Aktion „Heisse Eisen“ geschrieben worden waren.
- 26 Grenz-Echo, 16.2.1965, S. 3.
- 27 Direktor André, Provinziale Industrialisierungsgesellschaft in der Generalversammlung der „Ehemaligen der Bischöflichen Schule St. Vith“, in: Grenz-Echo, 24.5.1971, S. 4.
- 28 Provinzgouverneur Clerdent vor dem Lions Club Eupen, Grenz-Echo, 24.1.1966, S. 3.
- 29 Grenz-Echo, 8.11.1966, S. 4.
- 30 Grenz-Echo, 26.10.1964, S. 3.
- 31 Grenz-Echo, 26.10.1964, S. 4.
- 32 In Zusammenarbeit mit Rektor Loven, der das Filmforum im Auftrag des Volksbildungswerkes durchführte, zeigten sie den italienischen Film „Il posto“ („Der Job“) des Regisseurs Ermanno Olmi im Jahr 1966.
- 33 Grenz-Echo, 6.10.1973, S. 6 (Leserbrief vom „Wirtschaftskomitee der Aktion „Heisse Eisen“, L. Ginsburg).
- 34 „Für die Brüsseler JOC-Zentrale gibt es offiziell keine ostbelgische CAJ, die als dissident gilt. [...] Man spricht nicht gern darüber. [...] Vielleicht merkt man dann erst, wie sinnlos diese Situation ist, in der die deutschsprachige ostbelgische CAJ und die Gesamt-JOC Belgiens seit Jahren aneinander vorbeileben. Wir fragen beide Seiten: Ist das normal? Ist das christlich?“, so kommentierte das Grenz-Echo den Konflikt im Juli 1970, in: Grenz-Echo, 11.7.1970, S. 1.
- 35 <http://www.butgenbach.be/vorstellung/die-doerfer/buetgenbach/sankt-josef-krankenhaus/> (15.8.2013). Dort wird das Gründungsdatum fälschlicherweise mit 1.7.1977 angegeben.
- 36 In den heutigen Gemeinden Bütgenbach, Büllingen und Amel arbeiteten 1969 zwei Hausärzte (drei Apotheken), in der heutigen Gemeinde Sankt Vith sechs Hausärzte (5 Apotheken), in der heutigen Gemeinde Burg Reuland kein einziger.
- 37 Bericht der Versammlung in Amel am 1. Dezember 1969, Christliche Krankenkasse, S. 2, in: Walter Schröder, Kurze Zusammenfassung über die Entstehung der UVIB, o. O. o. J, S. 47-52.
- 38 Ebenda, S. 3 des Berichtes, S. 49 in der Dokumentensammlung.
- 39 Kurze Zusammenfassung der Versammlung im Spital Bütgenbach vom 11.6.1970, Walter Schröder für die Christliche Krankenkasse, ebenda, S. 58.
- 40 Mitschriften zu zwei Interviewgesprächen mit Walter Schröder am 21.5.2012 und vom 23.5.2012.
- 41 Grenz-Echo, 14.8.1972, S. 3.
- 42 Auskunft der Gedenkstätte Hadamar, E-Mail des Leiters Dr. Georg Lilienthal vom 16.4.2013.
- 43 Zu untersuchen wäre, ob auch für Ruyff-Henri-Chapelle (das von den Alexianern in Aachen verwaltet wurde und wo die Quellenlage schlecht ist) oder für andere rheinische Anstalten Euthanasie-Morde an behinderten Bürgern aus den Kreisen Eupen-Malmedy nachzuweisen wären.
- 44 Protokoll eines Interviewgesprächs mit Helmut Heinen am 21.11.2012.
- 45 Grenz-Echo, 5.10.1963, S. 3.
- 46 Gesprächsnotizen Schröder, 21.5.2012 und 23.5.2012.
- 47 Interviews mit Walter Schröder (21. und 23.5.2012), Helmut Heinen (20.11.2012), Alfons Thunus (3.8.2007 und 22.5.2012)
- 48 In Belgien wurde das Medikament Contergan unter dem Namen Softenon verkauft.
- 49 Anschreiben an die Mitglieder des Bundes der Invaliden und Körperbehinderten, 9.6.1966, in: Schröder, Zusammenfassung, S. 10.
- 50 Man spricht von „une difficulté certaine de compréhension entre les groupes de langues différentes“, Protokoll der „réunion du Comité Le Maillon“ vom 27.8.1969, in: Schröder, Zusammenfassung, S. 44.
- 51 Aachener Volkszeitung, Ostbelgien-beilage, 26.7.1972.
- 52 Antwortsschreiben der ACIH vom 6.11.1972 an die CVIB, in Schröder, Zusammenfassung, S. 126.
- 53 Petitionsschreiben der CVIB von Oktober 1972, in: Schröder, Zusammenfassung, S. 128.
- 54 15 Jahre Staatliche Sonderschule Elsenborn, Elsenborn 1985, S. 8.
- 55 Grenz-Echo, 5.10.1963, S. 3.
- 56 Die Trägerin war eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsichten (V.o.G.), die schon 1961 gegründet worden war und später auch Trägerin der Beschützenden Werkstätten wurde.
- 57 Im September 1972 kam es in der Werbepost zu einer Leserbrief-Kontroverse, in der die Christliche Krankenkasse zum Ausdruck bringt, dass eine solche Beschützende Werkstätte „wenig Chancen“ habe. Werbepost, 16.9.1972, S. 2.
- 58 Die VoG Arbeit-Leben-Glück wurde 1972 in Kelmis gegründet. 1974 nahm die Beschützende Werkstätte den Betrieb auf.

en-Malmedy in der belgischen
ungs- und Parteienpolitik 1914-1940

von Klaus Pabst

208

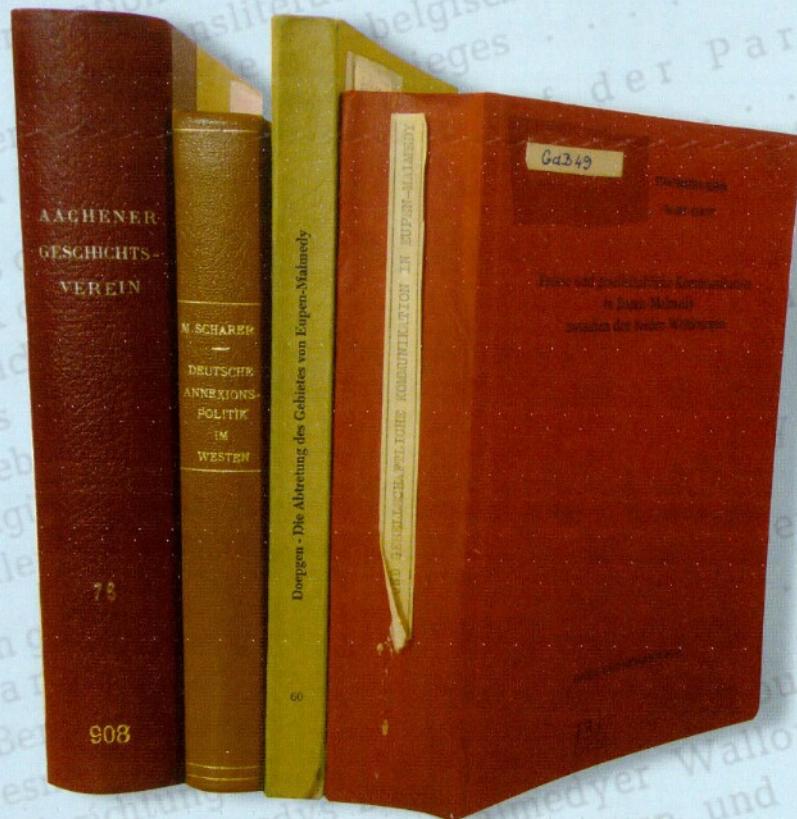
209

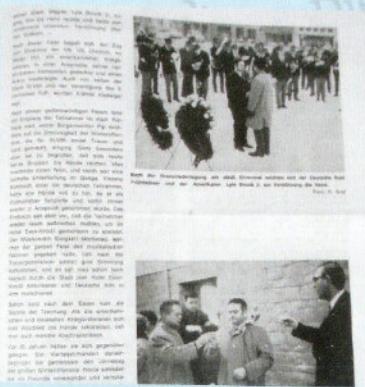
217

von Vergangenheitsverschwiegenheit und Geschichtsmanipulation

FUNKSTILLE

von NINA REIP





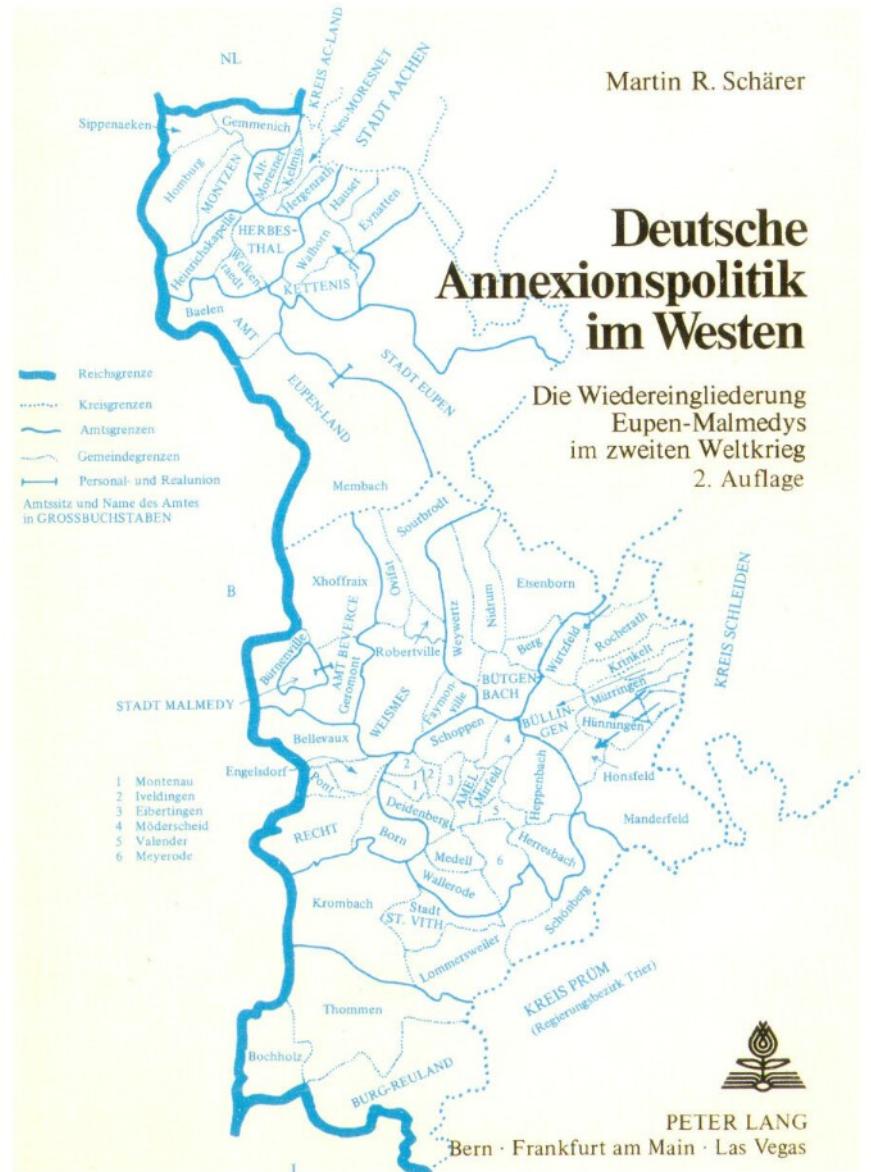
Wer kommt heute schon an Geschichte vorbei? Erfolgreiche Geschichtsausstellungen verzeichnen Besucherrekorde, historische Romane finden reißenden Absatz, im TV wird Geschichte als Event verkauft. Der Mensch hat ein eigenes Geschichtsbewusstsein und -bild. Damit ändert sich jeweils die geschichtliche Rezeption, aber nicht die Geschichte selbst. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit hilft bei der Gegenwartsanalyse, schafft Orientierung und Entscheidungshilfen. Wird Geschichte aber für gegenwärtige Politik ge- und benutzt, geschieht das Gegenteil. Die heutige Deutschsprachige Gemeinschaft ist dafür ein gutes Beispiel.

Die Fakten und Erfahrungen des 20. Jahrhunderts in der Geschichtsschreibung, in Schulbüchern und in der öffentlichen Wahrnehmung der heutigen Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden bis in die 1980er Jahre entweder verdrängt oder umgedeutet – so, dass es „nicht mehr weh tat“. Dieses Phänomen der aktiven Verdrängung kann beispielhaft anhand der regionalen Geschichtsforschung dargestellt werden, die die Zeit zwischen 1920 und 1950 fast gänzlich ausgeklammerte. Nur zwei Werke machten eine Ausnahme: Eine französischsprachige, 1945 herausgegebene Broschüre stellte die belgischen Assimilierungsbestrebungen in der Region ungewöhnlich faktenorientiert dar²; in der anderen Veröffentlichung befasste sich Maxence³ kritisch mit der Belgisierungspolitik in der Zwischenkriegszeit.

Danach herrschte – gewollt – Funkstille.

Erst mit dem grundlegenden wissenschaftlichen Werk von Pabst⁴ zur Zwischenkriegszeit, im Jahre 1964 erschienen, und darauf folgend den Arbeiten von Doepgen⁵, Christmann⁶ wie auch Schärer⁷ wurde die „kritische“ Zeit wissenschaftlich fundiert untersucht. Sie entstanden im universitären Umfeld, weitgehend außerhalb der Region. Die Werke wurden in der Tageszeitung *Grenz-Echo* ausführlich behandelt. Ob sie aber Resonanz im gesellschaftlichen Diskurs fanden, bleibt unklar⁸.

Vor Ort behandelten populärwissenschaftliche Publikationen und Geschichtshefte quasi ausschließlich die Zeit bis zum 19. Jahrhundert. Beliebt waren kirchengeschichtliche Darstellungen oder das Herausgeben von heimathistorischen Ortsmonographien⁹. Nur selten findet



Martin Schärer legte 1972 seine Dissertation vor, in der er die Rolle Eupen-Malmedys zur Zeit der deutschen Annexion beleuchtete und ein weiteres Tabu in der kommunikativen Erinnerung der deutschsprachigen Belgier brach.

man Schilderungen, die als zeitliche Ausreißer bis nach 1920 reichen. Autoren, die sich auf ein solches Wagnis einliessen, konzentrierten sich oftmals auf Detailbeschreibungen oder verloren sich in geschichtsverdrängenden Floskeln.

Die regionalen Geschichtsvereine, alle in den 1960er Jahren (wieder-)gegründet¹⁰, erlegten sich ebenfalls bis in

die späten 1980er Jahre eine Selbstbeschränkung in der Behandlung der „recht eigenwilligen geschichtlichen Vergangenheit“¹¹ auf. Die Statuten der Geschichtsvereine enthielten einen Passus, der besagte, sich jeglicher politischer Aktivitäten zu enthalten. Die Zeitgeschichte war wohl gefühlt noch so aktuell, dass sie sogar noch 1989 als der Politik zugehörig eingeordnet wurde¹².

Martin R. Schärer



PETER LANG
Bern · Frankfurt am Main · Las Vegas

Zwar befasste sich der Sankt Vither Geschichtsverein ZVS seit jeher, ausgehend vom Thema der Ardennen-Offensive, intensiv mit der Aufarbeitung der 1940er Jahre und übernahm damit eine wichtige Aufgabe eines Sprachrohrs. Der Verein veröffentlichte Bücher¹³, präsentierte Ausstellungen und initiierte Recherchen in den Dörfern, aber überwiegend mit dem Fokus auf Militärhistorie und auf das „erlittene Schicksal“ im Kriegsjahr 1944 – und damit mit dem Prädikat des Opferstatus der Bevölkerung:

„In diesem Jahr sind es 25 Jahre her, dass die Ardennen-Offensive unsere Gegend verwüstete und der Bevölkerung großes Leid brachte. Die meisten geschlagenen Wunden sind heute verheilt, und doch erinnert man sich noch an gar viele Begebenheiten aus jenen Tagen. 25 Jahre sind eine lange Zeit, und so sind viele, die damals diese Winterschlacht miterlebten, schon nicht mehr unter uns. Es war höchste Zeit, dass diese Episode niedergeschrieben wurde und somit der Nachwelt erhalten bleibt.“¹⁴

Im Dezember 1969 brachte Kurt Fagnoul in einem weiteren Artikel das Erinnerungsmotiv auf den Punkt. Es waren „die Gefallenen und Zivilopfer der Märtyrerstadt Sankt Vith“¹⁵.

Die geschichtsdidaktischen Schulbücher der 1950er bis 1970er Jahre toppten die Geschichtsverdrängung durch ihre auffallende Sprachlosigkeit: Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde mit wenigen lapidaren Sätzen einfach überflogen, politisch umgedeutet und schnell hinter sich gelassen. Eindrucksvoll im negativen Sinne zeigt dies ein Ausschnitt eines Buches für Primarschulen aus dem Jahr 1950:

„Der Vertrag von Versailles hat Belgien die Kantone Eupen, Malmedy und Sankt Vith am 28. Juni wiedergegeben und das Unrecht von 1815 wieder gutgemacht. [...] Jeder, der in loyaler, unparteiischer Weise die Annalen der Geschichte durchblättert, wird darin den unumstößlichen Beweis finden, dass Gemeinsamkeit

der Geschicke mit Recht den Landstrich Eupen, Malmédy, Sankt Vith mit Belgien vereinigte.“

Hitler besetzte die Gebiete am 10. Mai 1940.

Mai 1945 brachte wieder Frieden in die Ostkantone.“¹⁶



Mit der Publikation vieler Erinnerungen an die „Kriegsschicksale“ hielt der Geschichtsverein „Zwischen Venn und Schneifel“ nicht nur die kommunikative Erinnerung an diesen traumatischen Zeitabschnitt fest, sondern öffnete auch eine Türe zur umfassenden Erinnerungsarbeit an die Zwischenkriegs- und Kriegszeit in der belgischen Eifel

Neben dem Auslassen der gesamten historischen Tatsachen von Zwischenkriegszeit und Weltkriegsgeschehen und maßloser Verfälschung geschichtlicher Ereignisse verdeutlichen die mageren Zeilen doch klar die Intention des Autors und der damaligen Verantwortlichen in Politik und Verwaltung: Geschichtsumdeutung und aktive Verbreitung von Mythen.

Dies sollte dem Zweck dienen, Eupen-Malmedy als Bestandteil des belgischen Staates dauerhaft zu legitimieren. So kann die Geschichtsidee der „schicksalhaften Verknüpfung mit Belgien“ als Basis aller Mythen angesehen werden. Der Mythos fungierte bereits als Legitimation für die Entscheidung, Eupen-Malmedy 1920 infolge des Versailler Vertrages an Belgien anzugliedern.

Besonders augenscheinlich griff der Lütticher Provinzgouverneur Clerdent in seiner Rede 1969 dieses Geschichtsbild auf, indem er die Region als „urbelgisches“ Territorium dargestellte. Er stellte fest, dass in Geschichtsdokumenten „die unumstößliche Bestätigung einer Schicksalsgemeinschaft, die die Gebiete von Eupen, Malmedy und Sankt-Vith mit dem Leben unserer Provinz zusammenschweißt“¹⁷, zu finden sei. Seiner Darstellung nach entfaltete sich ab 1920 „das Gefühl der wiedergewonnenen Zugehörigkeit zu unserer nationalen Gemeinschaft“, das „sich ungeachtet aller Bemühungen eines aggressiven Pangermanismus ständig vertiefte“¹⁸.

Diese ersten Jahre der Zugehörigkeit zu Belgien ab 1920, besonders unter der Sonderverwaltung Baltias, hatten weitreichende Kopplungseffekte für die Bevölkerung, die als langfristig



Dieses Buch diente als Unterrichtswerk oder als Vorlage für zahlreiche Geschichtsunterrichte. Die Geschichte des deutschsprachigen Belgiens im 20. Jahrhundert ist in hohem Maße durch Verdrängung, Umdeutung und Geschichtsklitterung geprägt.

prägend gelten können. Die Volksbefragung wurde zum Kristallisierungspunkt in der Zwischenkriegszeit: als „Farce“ dargestellt, als „undemokratisch“ empfunden und von der revisionistischen Politik als Argument für die Rückkehr nach Deutschland benutzt.

Die eingeschränkte gesellschaftliche Kommunikation in dieser Zeit verhinderte einen öffentlichen Diskurs und führte zur ersten, aufgezwungenen Tabuisierung von geschichtlichen Ereignissen für die Bevölkerung Eupen-Malmedys.

Auf Grund dieser Vergangenheitsverschwiegenheit konnten sich wiederum Geschichtsmythen verfestigen. Ein Teufelskreislauf, der erst in den 1970er Jahren langsam durchbrochen wurde.

Einen wichtigen Beitrag, diese Funkstille zu durchbrechen, leistete sicher-

lich die öffentliche Thematisierung der Tabuzeit in Sendebeiträgen des Belgischen Hörfunks. 1967 strahlte der Brüsseler Rundfunk im Rahmen seiner deutschsprachigen Sendungen eine Beitragsreihe von Klaus Pabst aus, in der die Zwischenkriegszeit besprochen wurde. Fünf Jahre später konnten die Bürger an den Empfangsgeräten im Vorabendprogramm Beiträge der Journalisten Peter Thomas und Hubert Jennis über die 1920er bis 1960er Jahre hören¹⁹.

Spannend ist, die Auswahl der Quellen für die Sendungen zu betrachten. Es werden Dokumente über die Zwischenkriegszeit und nach 1945 aufgelistet. Der Zweite Weltkrieg wurde dagegen ausgespart: Es existierten so gut wie keine verlässlichen Darstellungen. Und auch für die Nachkriegszeit stellte der Journalist fest, dass es kein Basis-Dokument gebe²⁰.

Auch thematisch wurde die Epoche des Zweiten Weltkriegs ausgeklammert und ein opfergeprägtes Geschichtsbild vermittelt; in Interviews kamen aber zahlreiche Historiker und Politiker zu Wort. Der Beitrag endete mit dem Fazit:

„1970 stellt gewissermaßen in politischer Hinsicht einen Abschluss dar. [...] Ostbelgien glich Ende 1970 einer politischen Urlandschaft, wo ungestüm neue politische Kräfte nach vorne drängten. [...] Der Rückblick der letzten 50 Jahre in Eupen, Malmedy und Sankt Vith hat gezeigt, wie sich bei der Beurteilung so mancher Frage der Kreis der Geschichte schließt, dass so manches Problem, das heute die politische Bühne beherrscht, mit ähnlichen Fragen der 1930er und 1950er Jahre verglichen werden kann.“²¹

Der Journalist vermeidet eine klare Aussage und appelliert schließlich an den Selbstbehauptungswillen der Bürger: „Der Ostbelgier gestaltet selber seine Zukunft.“²² Er versucht damit indirekt, die Erfahrung aus der Vergangenheit als Prognose für die Zukunft zu nutzen und die historische Arbeit in den Kontext der aufkommenden Autonomiediskussionen zu stellen. Aus welchem Grunde aber war die ostbelgische Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg eine „schweigende Masse“, die erst mit dem Föderalisierungsprozess Belgiens anfing, sich politisch zu engagieren?

Ein Grund war die Haltung der belgischen Regierung, die einerseits die realpolitische Situation der Annexion von 1940 durch den deutschen NS-Staat nicht beachtete und diese andererseits formaljuristisch nicht anerkannte²³. Die Haltung der belgischen Behörden hatte grundlegende Auswirkungen auf zahlreiche Nachkriegsprobleme (Anerkennung der Zwangssoldaten, Kriegsinvalidenverrentung u. a.). Weiterhin resultierte aus dem Gefühl einer ungerechten Behandlung eine geringere Identifizierung mit dem belgischen Staat. Politisches Engagement, so hatten die meisten erfahren müssen, hatte mit jedem gesellschaftlichen Umbruch negative Auswirkungen. Stillhalten, in der Masse bewegen, Konformität war dagegen die Devise der Zeit, eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit (noch) nicht möglich. Nach außen hin wollte jeder sich als „guter Belgier“ darstellen, im Inneren herrschte nach 1945 bei einem Großteil der Bevölkerung eine emotional distanzierte Gemengelage²⁴.

BHF-Journalist Peter Thomas formulierte 1972 in einer Sendung folgendermaßen:

„Als vor zwei Jahren im deutschen Sprachgebiet um Eupen und Sankt Vith die 50-jährige Zugehörigkeit zu Belgien gefeiert werden sollte, herrschte weitgehend Verstimmtheit, ja Verbitterung, weil man sich, vor allem wegen der immer noch auf der Bevölkerung lastenden ungelösten Nachkriegsprobleme, benachteiligt fühlte.“²⁵

Ein weiterer Grund für die apolitische Haltung der Ostbelgier war die fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nach den Kontinuitätsbrüchen der Jahre 1920, 1940 und 1944/45. Vergangenheit wurde verdrängt oder verschwiegen. In einer solch unklaren Situation sind die Gefahren einer Manipulation des Vergangenen, von politischer Instrumentalisierung der Geschichte und ihrer Angleichung an die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedürfnisse besonders groß²⁶. Dabei kann der Vergangenheitsbewältigungsprozess selbst, ebenso wie die Vergangenheit, zu Geschichtspolitik werden²⁷ – so wie auch in Ostbelgien geschehen.

Ungewöhnlich offen und sicherlich noch unter Eindruck der NS-Diktatur sprach sich der Präsident des früheren Eupener Geschichtsvereins, Michael Kohnemann, 1951 gegen eine solche politische Vereinnahmung aus, allerdings klammerte er die aktuellen politischen Geflogenheiten aus:

„Das besagt keineswegs, [...] dass wir die objektive Geschichtswissenschaft in das Fahrwasser irgendeiner Politik hineinlotsen möchten. Dann könnten wir ja jenen Pseudo-Wissenschaftlern die Hand reichen, die bis vor kurzem immer wieder versucht haben, an geschichtlichen

Tatsachen herumzudeuteln, um sie einer niederen Politik unterzuordnen und den Volksgeist zu beeinflussen. Auch die Heimatkunde ist eine objektive Wissenschaft; sie zur Dienerin irgendeiner Zweckpolitik herabzuwürdigen, ist gemein!“²⁸

Die Politik des Eupener Nachkriegsbürgermeisters Zimmermann kann dagegen exemplarisch für Geschichtsmanipulation hervorgehoben werden. Denunziation und die Abkehr von der „prodeutschen Irredenta“ wurde als oberste Pflicht für alle echten belgischen Patrioten, also für alle Deutschsprachigen, von ihm gefordert. Ähnlich wie beispielsweise in den Ländern Japan, Italien oder Österreich hatte das Opferselbstbild eine identitätsstiftende Funktion, denn das Bemühen, „gute Belgier“ zu sein, wurde von den Bewohnern Eupen-Malmedys durch eigene Assimilierungsbestrebungen, die „bis zur Verkennung jeglichen ‚Deutschseins‘ reichen konnten“²⁹, unterstützt.

Zu der Vergleichbarkeit mit dem österreichischen Geschichtsbild stellte Pabst in einem Aufsatz über die Sympathien der Ostbelgier im Fußballsport fest, dass die Grenz-Echo-Redaktion 1954 bis zum Ausscheiden aus der WM der belgischen Nationalmannschaft die Daumen drückte. Danach war es mitnichten die deutsche Elf, der man die Weltmeisterschaft wünschte, sondern es waren die Österreicher. Eine Haltung, die der offiziellen politischen Marschroute der Zeit entsprach³⁰.

Der Mechanismus der Geschichtsamnesie, in dem „das Alte aus dem Gedächtnis“ gestrichen wird, fand somit analog in Österreich statt:

„Ein besonderer Fall manipulativer Umdeutung der Geschichte besteht in dem Versuch, die Last der Vergangenheit dadurch abzuschütteln, dass man sie einem Erinnerungsverbot unterwirft.“³¹

Wie sollte bei einem solchen Erinnerungsverbot für eine ganze Gesellschaft jeder Einzelne seine individuelle Verantwortung als möglicherweise aktiver Teil der nationalsozialistischen Diktatur reflektieren?

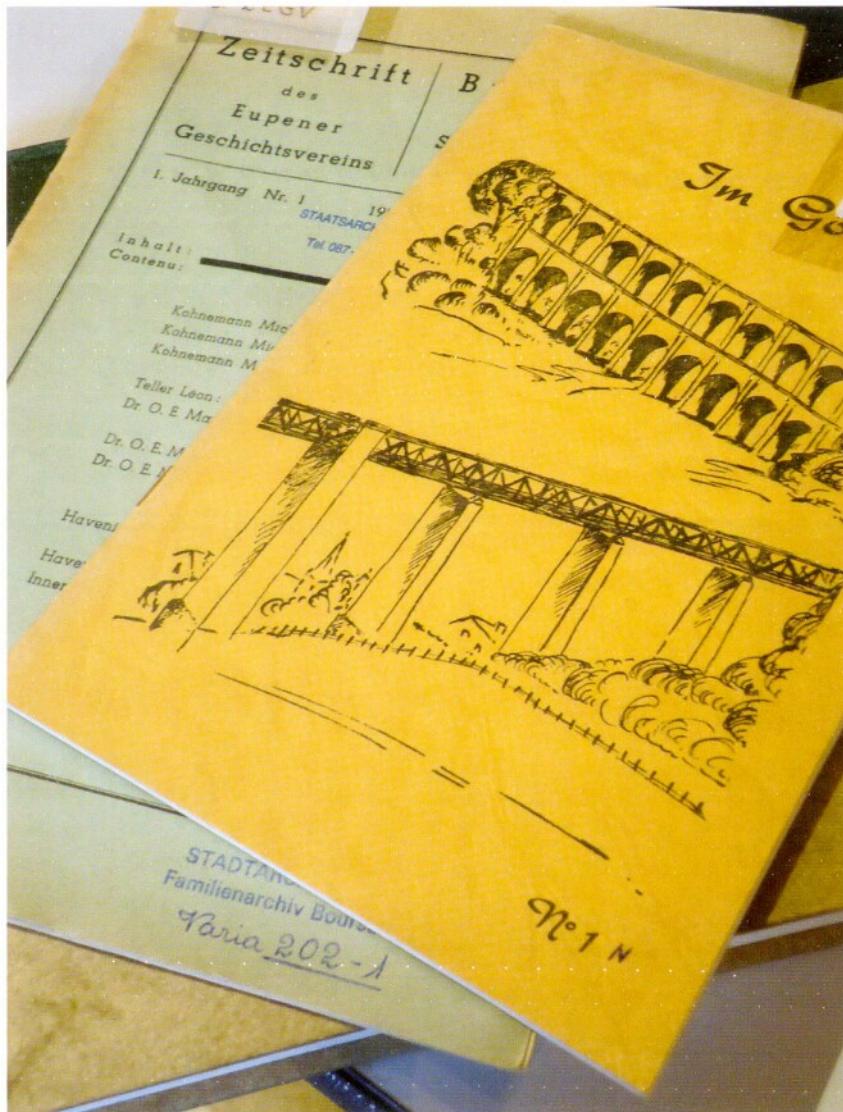
Die Lösung für eine Verminderung des Einflusses des Vergangenen besteht aber nicht in ihrer Verleugnung, sondern im offenen, unverklärten Dialog³², der auch die Vorgeschichte mit einbezieht³³. Nur wenn das Vergangene integriert werden kann, wird die Wirkung auf das Gegenwärtige vermindert. Beim Vorwurf der Verdrängung von Vergangenem sollte aber bedacht werden, dass eine gewisse Zeit des gesellschaftlichen Schweigens praktisch einen Strukturschutz des demokratischen

Neuaufbaus und des sozialen Umfeldes ergibt. Eine „funktionale Latenz“ soll die Kommunikation hemmen, ohne das neue System innen- wie außenpolitisch zu gefährden³⁴. Damit darf die „Vergangenheitsverschwiegenheit“ oder gar das „Vergangenheitsleugnen“, wie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Nachkriegsjahre geschehen, nicht gemeint sein³⁵. Der Wunsch, das Geschehene ruhen zu lassen, wird aber bis heute in regelmäßiger Wiederkehr geäußert³⁶. Die Zeit des „bewussten“ Schweigens sollte aber unbedingt begrenzt sein und aus der eigenen Gesellschaft heraus gebrochen werden.

Dies ist in der DG nicht geschehen: Die Bevölkerung schwieg oder deutete um.

Eine solche „Verschwiegensgemeinschaft“ ist nur innerhalb der gleichen Generation mit ähnlichen Erinnerungen und persönlichen Erfahrungen möglich. Sie akzeptiert zwar die demokratischen Rahmenbedingungen, tiefes Leben der Werte kann jedoch erst von den folgenden Generationen geschehen, die sich aktiv von dieser Last des Vergangenen lösen³⁷. Diese größere Bereitschaft, sich mit der jüngeren Geschichte auseinanderzusetzen, bringt somit eine Veränderung der Schuldfrage, der Erinnerung und des Geschichtsverständnisses mit sich³⁸. So hatte beispielsweise auch Klaus Pabst, der grundlegend über die Zwischenkriegszeit forschte, das Epochenjahr 1920 nicht selbst erlebt³⁹.

Im Gegensatz zur BRD, in der der öffentliche Diskurs im Kontext des Auschwitzprozesses und damit einer direkten Schuldfrage geführt wurde, fand in der belgischen Grenzregion die Debatte im Zuge der Autonomie-



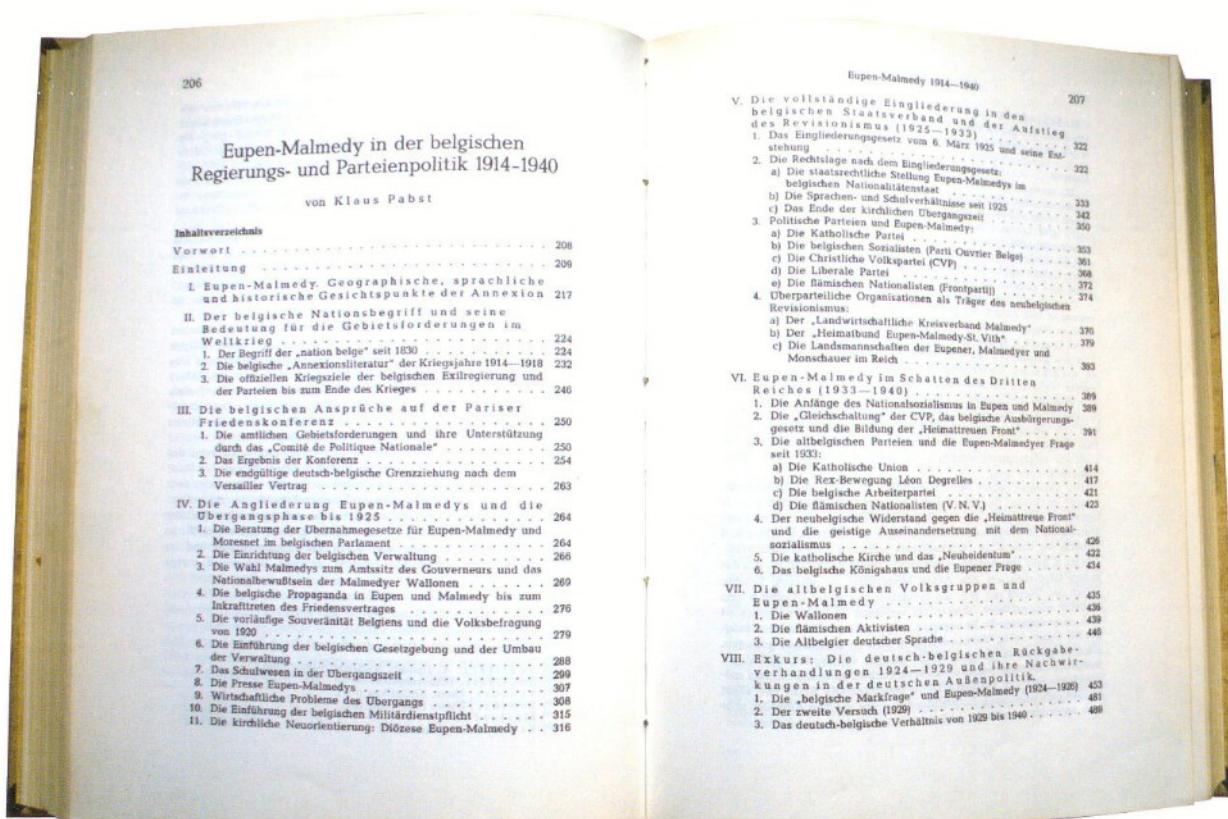
Seit den 1960er Jahren leisteten die drei Geschichtsvereine der Region wichtige Arbeit, obwohl sie die Thematisierung der jüngeren Vergangenheit bewusst ausschlossen.

bestrebungen statt. Mit der Föderalisierung entstand somit ein natürlicheres Selbstverständnis der hiesigen Bevölkerung in Bezug auf ihren Platz in der belgischen Gesellschaft durch Anerkennung ihrer eigenen Sprache und Kultur. Der Last der unverdauten Vergangenheit tat dies aber keinen Abbruch, denn die Geschichtsbilder waren immer noch sehr von Erinnerungsverbot und Geschichtsmythen geprägt. Sie zeigten sich meist „faktenarm, hochselektiv, aber urteilsfreudig und gefühlsstark“⁴⁰. Und kritische Fragen waren nicht erlaubt, sind aber unerlässlich für aufgeklärte, aktive, demokratische Bürger einer Region. Wenn die Gegenwart gegen die Vergangenheit ausgespielt wird, kann die gegenwärtige Selbstwahrnehmung und -darstellung zerstört werden⁴¹.

Bis zu einer offeneren Pflege der Erinnerungskultur und bewussten Thematisierung von Tabus sollte es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch weitere zwanzig Jahre dauern.

Bis dahin wurde die Zeitgeschichte ungelenk für die Rechtfertigung politischer Entscheidungen und zur Bildung eines regionalpolitischen Selbstverständnisses ge- und benutzt, teilweise sogar bewusst geschichtsverfremdend eingesetzt. Die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft stand besonders in den 1960er und 1970er Jahren im Zwiespalt zwischen verdrängter Vergangenheit sowie erstarktem Selbstbewusstsein und Selbstbild im Kontext der belgischen Föderalisierung. Eine solche Position ist von großer

Unsicherheit geprägt, einerseits von vorsichtigem Herantasten an die Vergangenheit, andererseits vom Abstehen von tradierten Geschichtsbildern. Vor allen Dingen aber ist eine solche Situation von Ängsten geprägt. Dies kann zum Nährboden für Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit und neonazistische Ideologien werden. Ein Phänomen, das uns auch heute bewusst sein muss, umso mehr, wenn Ende 2012 in Eupen die Reichskriegsflagge bei einem Regionalfußballspiel oder an einer Eupener Kirche zu sehen war. Nach einiger Aufregung in den lokalen Medien herrscht seither in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wieder – Funkstille.



Schon 1964 legte Klaus Pabst seine Dissertation über die belgische Regierungs- und Parteienpolitik in Eupen-Malmedy vor. Die Enttabuisierung dieser Zeit wurde in Ostbelgien nur äußerst zurückhaltend wahrgenommen.

Endnoten

- 1 Hans-Werner Goetz, Proseminar: Mittelalter, Stuttgart 1993, S. 25.
- 2 Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 2: Hysterie, Wiedereingliederung, Assimilierung (1945-1952), Büllingen 2007, S. 236-238.
- 3 Pierre Maxence, *Les atouts gaspillés ou le drame des Cantons de l'est. La politique belge à Eupen-Malmedy*. St. Vith 1920-50, St. Niklaas 1951.
- 4 Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteipolitik 1914-1940, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins* 76 (1964), S. 208-513.
- 5 Heinz Doepgen, *Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920*, Bonn 1966 (Rheinisches Archiv 60).
- 6 Heidi Christmann, Presse und Kommunikation in Eupen-Malmedy zwischen den beiden Weltkriegen. Phil. DisS. München 1974.
- 7 Martin R. Schärer, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im zweiten Weltkrieg, Bern/Frankfurt a. M. 1975 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 38). Das Resümee betitelte Schärer mit „Nachwirkungen bis in die Gegenwart“ und betonte, dass manche „Probleme, die ihren Ursprung in der Zeit von 1940 bis 1944 und in der belgischen Epurationsgesetzgebung haben“, bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung seines Werkes „nicht oder nur unzureichend gelöst sind“ (S. 262). Gemeint waren hier die Fragen um Pensionsansprüche, Kriegsentschädigungen und die völkerrechtliche Gültigkeit der deutschen Annexion.
- 8 Christoph Brüll, Drei Standardwerke für Eupen-Malmedy, in: *Typisch Grenz-Echo. Die Jahre zwischen 1927-2012*, 25. Oktober 2012, S. 12. Und: Christoph Brüll, Historiographie und Zeitgeschichte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens: Eine Bestandsaufnahme, in: Christoph Brüll (Hrsg.), *Zoom 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles*, S. 145-162.
- 9 Beispielsweise: Im Göhltal früher und jetzt - Moresnet, Vereinigung für Kultur, Heimatkunde und Geschichte im Göhltal (Hrsg.), 1975. Oder: Viktor Gielen, Raeren und die Raerener im Wandel der Zeiten, Eupen 1967.
- 10 „Zwischen Venn und Schneifel“ (1965), „Vereinigung für Kultur, Heimatkunde und Geschichte im Göhltal“ und der Eupener Geschichts- und Museumverein (beide 1966). Letzterer hatte bereits eine Vorgängerorganisation, die am 23. Februar 1951 gegründet wurde, zwischenzeitlich aber aufgelöst worden war.
- 11 Michael Kohnemann, Zum Geleit, in: *Zeitschrift des Eupener Geschichtsvereins* 1 (1951), S. 1.
- 12 Raymund Graf, Zu dem Leserbrief von Herrn P. Hahn in ZVS 4/89, Seite 69, in: *Zwischen Venn und Schneifel. Zeitschrift für Geschichte, Brauchtum und Kultur* 5 (1989), S. 87.
- 13 Vgl. u. a. „Kriegsschicksale 1944-45 - Beiträge zur Chronik der Ardennen-Offensive zwischen Venn und Schneifel“, Sankt Vith 1969.
- 14 Kurt Fagnoul, An unsere Mitglieder, in: *Zwischen Venn und Schneifel. Geschichte und Brauchtum, Monatsblätter des Geschichtsvereins* 5 (1969), S. 8.
- 15 Kurt Fagnoul, Versöhnung über den Gräbern, in: *Zwischen Venn und Schneifel. Geschichte und Brauchtum, Monatsblätter des Geschichtsvereins*, Nummer 12, Dezember 1969, 5. Jg., S. 148.
- 16 N. Franck, *Belgien im Laufe der Jahrhunderte*, Brüssel 1950, S. 224 (Geschichtsbuch für die Primarschulen). Staatsarchiv Eupen, GB 95b.
- 17 Pierre Clerdent, Lütticher Provinzgouverneur, in seiner Eröffnungsrede vor dem Provinzrat am 01.10.1969. Zitiert nach: Freddy Cremer, Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit. „Verschlussache“ Geschichte, in: Carlo Lejeune, Andreas Fickers, Freddy Cremer (Hrsg.), *Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert*, Büllingen 2001, S. 12.
- 18 Ebenda, S. 18.
- 19 Bibliothek Staatsarchiv Eupen.
- 20 Ebenda, S. 114.

- 21 B.H.F, Sendungen in deutscher Sprache, 50 Jahre Geschichte der Ostkantone, S. 111f. Bibliothek Staatsarchiv Eupen.
- 22 Ebenda.
- 23 Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 2: Hysterie, Wiedereingliederung, Assimilierung (1945-1952), S. 172.
- 24 Ebenda, S. 194.
- 25 B.H.F, Sendungen in deutscher Sprache, 50 Jahre Geschichte der Ostkantone. Der große Wandel (I. Teil), 20. September 1972 (19 Uhr), S. 1. Bibliothek Staatsarchiv Eupen.
- 26 Helmut König, Von der Diktatur zur Demokratie oder Was ist Vergangenheitsbewältigung, in: Helmut König, Michael Kohlstruck, Andreas Wöll (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 380 (Leviathan, Sonderheft 187).
- 27 Peter Steinbach, Vergangenheitsbewältigung in vergleichender Perspektive. Politische Säuberung, Wiedergutmachung, Integration. Öffentlicher Vortrag aus Anlass der 34. Jahrestagung der Historischen Kommission zu Berlin am 12. Februar 1993, Berlin 1993, S. 7 (Informationen der Historischen Kommission zu Berlin, Beiheft Nr. 18).
- 28 Kohnemann, Zum Geleit, in: Zeitschrift des Eupener Geschichtsvereins 1 (1951), S. 2.
- 29 Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, in: *zeitenblicke* 3 (2004), Art. 29ff.
- 30 Klaus Pabst, „Deutschland vor?“ Sympathien einer deutschen Sprachminderheit am Beispiel der Fußball-WM 1954, in: Jürgen Court, Arno Müller, Andrea Schulte (Hrsg.), Jahrbuch 2008 der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Sportwissenschaft e.V., Berlin 2010, S. 34-49.
- 31 König, Von der Diktatur zur Demokratie, S. 380.
- 32 Helmut König, Die Zukunft der Vergangenheit. Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2003, S. 176f.
- 33 Eckhard Jesse, Doppelte Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Ein Problem der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, in: Eckhard Jesse und Konrad Löw (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung, Berlin 1997, S. 13.
- 34 Werner Bergmann, Kommunikationslatenz und Vergangenheitsbewältigung, in: Helmut König, Michael Kohlstruck, Andreas Wöll (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 396-403 (Leviathan, Sonderheft 187).
- 35 Richard Matthias Müller, Normal-Null und die Zukunft der deutschen Vergangenheitsbewältigung. Ein Essay, Schernfeld 1994, S. 85.
- 36 Vgl. exemplarisch: Bernhard Bergmans, Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsgestaltung im ostbelgischen Grenzland, in: „Im Göhltal“. Landschaft im Grenzraum Nordostbelgiens. Zeitschrift der Vereinigung für Kultur, Heimatkunde und Geschichte im Göhltal 83 (2009), S. 17-50.
- 37 Alexander von Plato/Almut Leh, „Ein unglaublicher Frühling“. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945-1948, Bonn 1997, S. 142-144.
- 38 Michael Kohlstruck, Zwischen Geschichte und Mythologisierung. Zum Strukturwandel der Vergangenheitsbewältigung, in: Helmut König, Michael Kohlstruck, Andreas Wöll (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 93 (Leviathan, Sonderheft 187).
- 39 Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteipolitik 1914-1940, S. 208.
- 40 Karl-Ernst Jeismann, Geschichtsbilder: Zeitdeutung und Zukunftsperspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52 (2002), S. 13-17.
- 41 Bernhard Schlink, Die Bewältigung der Vergangenheit durch Recht, in: Helmut König, Michael Kohlstruck, Andreas Wöll (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 433 (Leviathan, Sonderheft 187).

Nachweis der Bildrechte

Wir haben uns bemüht, alle Rechteinhaber ausfindig zu machen. Bei begründeten Ansprüchen sollte der GEV kontaktiert werden.

Das Land der vielen Grenzen

S. 6: links: Auszug Karte Nr. 43 mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 6: rechts: Auszug Karte Nr. 56 mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 7: links: Auszug Orthofoto Nr. 43-306 mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 7: Mitte: Auszug Orthofoto Nr. 7.4036-17G mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 7: rechts: Auszug Orthofoto Nr. 56-1412 mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 8: Auszug Karte Nr. 43 mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 9: Auszug Orthofoto Nr. Nr. 43-306 mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 10: Auszug Orthofoto Nr. 7.9247-99F mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 13: Auszug Karte Nr. 56 mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 14: Auszug Orthofoto Nr. 56-1412 mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 15: Auszug Orthofoto Nr. 7.8477-94H mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
S. 16: Auszug Karte Nr. 43 mit Genehmigung Nr. A2969 des Nationalen Geographischen Instituts - www.ign.be - NGI/IGN
Luftbilder (Orthofotos): S. 7, 8, 10, 14, 15;
Copyright: Nationaal Geografisch Instituut, Brüssel

Die langen Schatten der Säuberung

S. 20 (Bild): Annette Müllender, in: Carlo Lejeune, Die Säuberung, Büllingen 2007, S. 21.
S. 21 (Bild): Bild http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Albert_I_and_Leopold_III.jpg?uselang=de#file
S. 23 (Bild): Bild http://commons.wikimedia.org/wiki/File%3APlake_Gr%C3%A5ce_Bierleu_nos_morts.jpg
S. 23 (Bild): SAE, Foto Lander

S. 24 (Bild): http://commons.wikimedia.org/wiki/File%3AKazerne_Dossin_-_het_Memoriaal%2C_Mechelen_2013.jpg von Hubert Denies.
S. 27 (Bild): SAE, Foto Lander
S. 28 (Bild): <http://kadoc.kuleuven.be/nl/publ/stud/s16.php>
S. 29 (Bild): Annette Müllender, in: Carlo Lejeune, Die Säuberung, Büllingen 2007, S. 201.
S. 30 (Bild): Annette Müllender, in: Carlo Lejeune, Die Säuberung, Büllingen 2007, S. 214.
S. 32 (Bild): <http://commons.wikimedia.org/wiki/File%3AEupen023.jpg>

Keine Lösungen für die Zwangssoldaten?

S. 36 (Bild): Abgeordnetenkammer Drucksache Nr. 154/Session 1939-194
S. 36 (Bild): Imperial War Museums London, BU 2332 (Public Domain)
S. 37 (Bild): Toussaint, Heinrich, Verlorene Jahre. Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland, Eupen: Grenz-Echo, 1987, S. 230.
S. 37 (Bild): Toussaint, Heinrich, Verlorene Jahre. Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland, Eupen: Grenz-Echo, 1987, S. 171.
S. 38 (Bild): GE, 06.10.1945, S. 3
S. 39 (Bild): GE, 16.03.1961, S. 1
S. 39 (Bild): La Dernière Heure, 9.2.1947
S. 39 (Bild): Toussaint, Heinrich, Verlorene Jahre. Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland, Eupen: Grenz-Echo, 1987, S. 104.
S. 40 (Bild): Eigene Abbildung.
S. 41 (Bild): Toussaint, Heinrich, Verlorene Jahre. Schicksale einer Kriegsgeneration im Grenzland, Eupen: Grenz-Echo, 1987, S. 230.
S. 41 (Bild): (Grenz-Echo, 21.9.1970, S. 3.
S. 42 (Bild): GE, 27.6.1973, S. 4.
S. 43 (Bild): Eigene Abbildung

„Hilf dir selbst, so hilft dir Gott“

S. 48 (Bild): Grenz-Echo, 27.2.1950.
S. 49 (Bild): Grenz-Echo-Archiv.
S. 50 (Bild): Karnevalszitung, Eupen 1954.
S. 51 (Bild): Archiv des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“.
S. 51 (Tabelle): Grenz-Echo, 06.06.1950, S. 3; 02.06.1958, S. 1; 27.03.1961, S. 1; 24.05.1965, S. 1; 01.04.1968, S. 1; 08.11.1971, S. 1.
S. 52 (Bild): Privatarchiv Werner Mießen.
S. 53 (Bild): Privatarchiv Werner Mießen.
S. 53 (Bild): Privatarchiv Werner Mießen.
S. 55 (Bild): Grenz-Echo, 18.3.1955.

S. 55 (Bild): Joseph Dries, Hubert Jenniges und Bruno Kartheuser, Eine Schule in ihrer Zeit, Sankt Vith 1981, S. 103.

S. 57 (Bild): Hubert Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen. Stationen auf dem Weg zur Autonomie des deutschen Sprachgebietes in Belgien (1968-1972), Eupen 2001, S. 73-75.
S. 58 (Bild): Der Wegweiser, Ausgabe Februar 1960.

S. 59 (Bild): Robert Senelle, Kommentar der belgischen Verfassung, Informationsbericht Sammlung „Ideen und Studien“, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit, Nr. 95, Brüssel 1974.

S. 60 (Bild): Grenz-Echo, 1.2.1962.
S. 61 (Bild): Narrenpost, [Eupen 1959].
S. 62 (Bild): CEGES-SOMA, Bildarchiv Nr. 95203 (alle Rechte vorbehalten).
S. 64 (Bild): GRECC (Hrsg.), Grenzland seit Menschengedenken, Biblio-Kassette 4, Eupen 1992, Nr. 122.
S. 64 (Bild): CEGES-SOMA, Bildarchiv Nr. 95210 (alle Rechte vorbehalten).
S. 66 (Bild): Grenzland seit Menschengedenken, Biblio-Kassette 4, Nr. 122.
S. 67 (Bild): Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
S. 70 (Bild): Grenz-Echo-Archiv.
S. 71 (Bild): PAN, 22.9.1965.
S. 71 (Bild): Privatarchiv Werner Mießen.
S. 72 (Bild): Privatarchiv Werner Mießen.
S. 74 (Bild): Privatarchiv Werner Mießen.
S. 75 (Bild): Die Drei. Wahlzeitung der Liste 3 Pankert, Eupen - Christlich - Unabhängig, Oktober 1970 (Privatarchiv Freddy Cremer).
S. 76 (Bild): Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
S. 77 (Bild): Privatarchiv Werner Mießen.
S. 78 (Bild): Privatarchiv Werner Mießen.
S. 79 (Bild): Privatarchiv Freddy Cremer.
S. 80 (Bild): Privatarchiv Freddy Cremer.
S. 82 (Bild): Privatarchiv Freddy Cremer.
S. 83 (Bild): Privatarchiv Freddy Cremer.
S. 84 (Bild): Grenz-Echo-Archiv.
S. 85 (Bild): Hans Benedikter, Silvius Magnago. Ein Leben für Südtirol, Bozen 1983, Foto Nr. 23.
S. 86 (Bild): Grenz-Echo, 27.10.1971.
S. 88 (Bild): Grenz-Echo-Archiv.
S. 90 (Bild): Privatarchiv Freddy Cremer.
S. 92 (Bild): Aachener Volkszeitung, 29.12.1971.
S. 93 (Bild): Privatarchiv Freddy Cremer.
S. 94 (Bild): Aachener Volkszeitung, 27.7.1972.
S. 96 (Bild): Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
S. 97 (Bild): Grenz-Echo-Archiv.
S. 97 (Bild): Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Hineinwachsen in neue (Lebens-)Welten

- S. 106 (Bild): Annette Müllender in: Carlo Lejeune, Die Säuberung, Bd. 2, Büllingen, 2007, S. 154.
- S. 108 (Bild): SAE, Foto Lander
- S. 109 (Bild): Archiv ZVS, St. Vith
- S. 111 (Bild): SAE, Foto Lander.
- S. 113 (Bild): Archiv Carlo Lejeune.
- S. 114 (Bild): SAE, Foto Lander.
- S. 115 (Bild): Archiv ZVS, St. Vith.
- S. 116 (Bild): Archiv Carlo Lejeune, Leben und Feiern auf dem Lande.
- S. 117 (Bild): Foto Kreisbildstelle Euskirchen

Übergang, Anpassung, Boom

- S. 121 (Rahmen): Die Zeit, Nr. 33/1947, 14.8.1947
- S. 122 (Diagramm 1): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung. Grundzahlen: Cipolla/Borchardt, Volkswirtschaften, S. 33 u. S. 474f. Die Werte für Luxemburg wurden teilweise geschätzt.
- S. 122 (Diagramm 2): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung/eigene Berechnungen. Grundzahlen: Baudhuin, Histoire économique, S. 255.
- S. 123 (Diagramm 3): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung. Grundzahlen: Brian R. Mitchell, European Historical Statistics 1750-1970, New York City 1976, S. 73f.
- S. 124 (Diagramm 4): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung.
- S. 124 (Diagramm 5): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung/eigene Berechnungen. Grundzahlen: Institut National de Statistique (Hg.), Annuaire statistique de la Belgique, Brüssel, Bd. 77 (1956), S. 7; Bd. 81 (1960), S. 7; Bd. 86 (1965), S. 6. Die Werte für Luxemburg entstammen Cipolla/Borchardt, Volkswirtschaften, S. 33.
- S. 125 (Bild): Bundesarchiv, Bild 183-20671-0013 / CC-BY-SA.
- S. 126 (Diagramm 6): Eigene Darstellung/eigene Berechnungen.
- S. 126 (Diagramm 7): Eigene Darstellung/eigene Berechnung nach Angus Maddison, The World Economy Historical Statistics, Paris 2003, S. 50 u. 52.
- S. 127 (Bild): GE 7/5/58, S. 3.
- S. 127 (Bild): Quelle & Copyright: www.atomium.be; Sabam 2009.
- S. 128 (Tabelle 1): Eigene Darstellung nach Vincent Dujardin/Michel Dumoulin, L'union fait-elle toujours la force? (= Nouvelle Histoire de Belgique 1950-1970), Brüssel 2008, S. 145.
- S. 128 (Bild): Quelle und Copyright: Studiecentrum voor Kernenergie (SCK/CEN), Mol.

Wir danken für die freundliche Genehmigung zur Wiedergabe.

- S. 129 (Tabelle 2): Eigene Darstellung nach Dujardin/Dumoulin, union, S. 145.
- S. 129 (Diagramm 8): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung nach Mommen, Economy, S. 131.
- S. 129 (Diagramm 9): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung nach Mommen, Economy, S. 132.
- S. 130 (Diagramm 10): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung/eigene Berechnungen. Grundzahlen: Werte bis 1970: Mommen, Economie, S. 124. Werte ab 1970: eigene Berechnungen auf Grundlage der Angaben in den staatlichen Jahresstatistiken. Zum Teil Schätzungen und Umrechnungen.
- S. 130 (Diagramm 11): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung. Die Ursprungszahlen stammen aus der Historical Public Debt Database des Fiscal Affairs Departments des Internationalen Währungsfonds. Die Daten wurden zusammengetragen von S. M. Ali Abbas u. a.
- S. 132 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung Stadt Eupen.
- S. 132 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotoarchiv.
- S. 133 (Bild): StA. Eupen, Fotosammlung Lander, privat.
- S. 133 (Diagramm 12): Eigene Berechnungen. Grundzahlen: Institut National de Statistique (Hg.), Recensement Général de l'agriculture de 1950, Bd. 2, Brüssel 1953, S. 242-249. Alle Werte auf ein Hektar gerundet; Kantonseinteilung 1950.
- S. 134 (Bild): (Cremer, Vereine und Genossenschaften, S. 326)
- S. 135 (Bild): Grenz-Echo, 29.09.1948, S. 5.
- S. 135 (Bild): Schlagzeile des Grenz-Echos vom 24.10.1955, S. 5.
- S. 136 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.
- S. 137 (Bild): Grenz-Echo, 20.1.1947, S. 3.
- S. 138 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.
- S. 139 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.
- S. 139 (Bild): Geschichtsverein ZVS, St. Vith, Fotosammlung.
- S. 140 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung Lander.
- S. 140 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.
- S. 142 (Diagramm 14): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung/eigene Berechnung. Quelle der Grundzahlen: Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1945-75, S. 74.
- S. 142 (Diagramm 15): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung/eigene Berechnungen nach den Angaben von Hoen in dessen Jahres- und Zehnjahresberichten sowie des belgischen Landwirtschaftsensus.
- S. 143 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung
- S. 144 (Diagramm 18): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung/eigene Berechnungen nach den Angaben von Hoen in dessen Jahres- und Zehnjahresberichten sowie des belgischen Landwirtschaftsensus.
- S. 145 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.
- S. 146 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.
- S. 147 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.
- S. 148 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung der Stadt Eupen.
- S. 149 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotoarchiv.
- S. 149 (Bild): ZVS St. Vith, Fotoarchiv.
- S. 150 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.
- S. 150 (Bild): IHK, 150 Jahre, S. 88.
- S. 152 (Bild): Grenz-Echo, 15.4.1949, S. 3.
- S. 152 (Bild): IHK, 150 Jahre, S. 67.
- S. 153 (Bild): DG (Hg.), Grenzland seit Menschengedenken, Biblio-Kassette 2, Karte 77.
- S. 154 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung Lander.
- S. 155 (Bild): IHK 1804-1974, S. 113.
- S. 155 (Bild): Grenz-Echo, 18.8.1945, S. 2.
- S. 156 (Bild): Peter Ramjoi, Die Abstempelung der deutschen Geldscheine in Ost-Belgien. Die Geldumwechselung 1944-1945 in den während des Zweiten Weltkriegs unter deutsches Verwaltungssystem gestellten Gebieten im Osten Belgiens (Die Münze, Bd. 40), Berlin 1973, S. 37.
- S. 156 (Bild): Rechts: IHK, 150 Jahre, S. 83; links: Westdeutsche Wirtschaftszeitung, 18. Jg. (1940), S. 919.
- S. 157 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung Lander.
- S. 158 (Bild): Abbildung NMC
- S. 157 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung der Stadt Eupen.
- S. 159 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.
- S. 159 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.
- S. 160 (Diagramm 19): Eigene Darstellung/eigene Berechnungen. Die Zahlen ab 1963 wurden durch das Arbeitsamt der DG mitgeteilt. Zahlen aus der Zeit vor 1963 stammen aus den Berichten Henri Hoens, mussten jedoch auf Grund unterschiedlicher Bezugsangaben teilweise mehrfach umgerechnet werden.
- S. 160 (Diagramm 20): Eigene Darstellung/eigene Berechnungen. Die Zahlen ab 1963 wurden durch das Arbeitsamt der DG mitgeteilt. Zahlen aus der Zeit vor 1963 stammen aus den Berichten Henri Hoens, mussten jedoch auf Grund unterschiedlicher Bezugsangaben teilweise mehrfach umgerechnet werden.
- S. 161 (Diagramm 21): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung. Quelle der Grundzahlen: Commissariat d'Arrondissement, Exercice 1957, S. 97.

S. 161 (Diagramm 22): Eigene Darstellung/eigene Berechnungen. Die Zahlen ab 1963 wurden durch das Arbeitsamt der DG mitgeteilt. Zahlen aus der Zeit vor 1963 stammen aus den Berichten Henri Hoens, mussten jedoch auf Grund unterschiedlicher Bezugsangaben teilweise mehrfach umgerechnet werden.

S. 162 (Diagramm 23): Eigene Darstellung. Quelle der Grundzahlen: Mitchell, Statistics, S. 73f.

S. 162 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.

S. 164 (Bild): Grenz-Echo, 13.7.1957, S. 3.

S. 164 (Bild): Grenz-Echo, 8.12.1955, S. 1.

S. 165 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung Lander.

S. 165 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung der Stadt Eupen.

S. 166 (Bild): IHK, 1954-1974, S. 73.

S. 167 (Bild): Festschrift: 150 Jahre Eupener Bierbrauerei AG.

S. 166 (Bild): Grenz-Echo, 25.10.1976, S. 5.

S. 167 (Bild): IHK, 1804-1979, S. 163.

S. 168 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung der Stadt Eupen und zeitgenössische Werbeanzeige.

S. 168 (Bild): Grenz-Echo, 5.4.1973, S. 3.

S. 169 (Bild): Grenz-Echo, 13.01.1973, S. 3.

S. 171 (Bild): Grenz-Echo, 29.10.1964, S. 7.

S. 172 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.

S. 172 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.

S. 173 (Bild): IHK, 1804-1979, S. 139, 339.

S. 173 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung der Stadt Eupen.

S. 174 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung Lander.

S. 174 (Diagramm 24): Quelle und Copyright: Eigene Darstellung. Quelle der Grundzahlen: Institut National de Statistique, Annuaire 1970, S. 395; dass., Annuaire 1973, S. 407.

S. 175 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung der Stadt Eupen.

S. 175 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung der Stadt Eupen.

S. 176 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.

S. 176 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.

S. 176 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung Lander (links) und Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung (rechts).

S. 177 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung der Stadt Eupen.

S. 178 (Bild): Grenz-Echo, 19a.11.1964, S. 12.

S. 178 (Bild): Grenz-Echo, 7.7.1971, S. 3.

S. 179 (Bild): Geschichtsverein ZVS, Fotosammlung.

S. 179 (Bild): StA Eupen, Fotosammlung der Stadt Eupen.

S. 180 (Bild): Geschichtsverein ZVS St. Vith, Fotosammlung.

Die unbemerkte Revolution

S. 190 (Bild): Archiv Carlo Lejeune, Leben und Feiern.

S. 191 (Bild): Archiv Bauernbund, Martin Schröder.

S. 191 (Bild): Archiv Carlo Lejeune, Leben und Feiern.

S. 192 (Bild): Archiv Carlo Lejeune, Leben und Feiern auf dem Lande.

S. 193 (Bild): Archiv Carlo Lejeune, Leben und Feiern auf dem Lande.

Culture, vous avez dit Kultur?

S. 202 (Bild): Archiv ArsVitha Kulturforum V.o.G., Bestand Volksbildungswerk.

S. 203 (Bild): Commissariat d'arrondissement adjoint d'Eupen-Malmedy-St. Vith, Rapport annuel. Exercice 1950, [Malmedy] [1951], S. 121.

S. 204 (Bild): Archiv ArsVitha Kulturforum V.o.G., Bestand Volksbildungswerk.

S. 205 (Bild): Archiv ArsVitha Kulturforum V.o.G., Bestand Volksbildungswerk.

S. 208 (Bild): Grenz-Echo, 19.08.1958, S. 3.

S. 209 (Bild): StAE, y204, Bd. 306, Programmheft, Beaux Spectacles Français, Xe anniversaire.

S. 210 (Bild): Privatarchiv Werner Mießen.

S. 211 (Bild): Kunst und Bühne (Hg.), Zum Thema Kulturoptimierung, [Eupen] [1969].

S. 213 (Bild): Privatarchiv Werner Mießen.

S. 213 (Bild): StAE, Historische Bibliothek.

S. 215 (Bild): StAE, Historische Bibliothek.

Die ostbelgischen Medien

S. 220 (Bild): VRT Archiv, Brüssel.

S. 220 (Bild): Quelle: „Panorama“-Sendung des flämischen Fernsehens vom 28. Mai 1971 / VRT Archiv, Brüssel.

S. 222 (Bild): Heinz Warny: kg Brüssel. Zum Lebenswerk des Journalisten Kurt Grünebaum, Eupen 2011, S. 247.

S. 224 (Bild): Archiv des Belgischen Rundfunks, Eupen.

S. 225 (Bild): Staatsarchiv Eupen.

S. 227 (Bild): Staatsarchiv Eupen.

S. 229 (Bild): 60 Jahre BRF, S. 30.

S. 230 (Bild): Archiv des BRF, Eupen.

S. 233 (Bild): Photographie des Autors.

Die 73er-Generation

S. 245 (Bild): Staatsarchiv Eupen.

S. 246 (Bild): Lejeune/Fickers/Cremer: Spuren in die Zukunft, S. 70.

S. 248 (Bild): Staatsarchiv Eupen.

S. 249 (Bild): Privatarchiv Leonard Schiffers und 75 Jahre Impulse aus der Eifel, S. 78.

S. 249 (Bild): Lejeune, Oh, alte Burschenherrlichkeit, S. 45.

S. 249 (Bild): 75 Jahre Impulse aus der Eifel, S. 85.

S. 251 (Bild): RTBF, Brüssel.

S. 252 (Bild): Fickers (Hrsg.): Von Gleichschritt, Protest und neuen Abenteuern, S. 20 und S. 56.

S. 254 (Bild): Archiv Chiro, Sankt Vith, und Begleitheft zur Musikkassette „Eifeler Land“ von den Löressen, Sankt Vith 1984.

Brüche und „Auf-Brüche“

S. 260 (Bild): Wikimedia Commons, <http://commons.wikimedia.org/wiki/File%3A1Jzertoren.jpg>

S. 260 (Bild): Archiv Bauernbund, Martin Schröder.

S. 261 (Bild): Foto Carlo Lejeune

S. 262 (Bild): Buchcover

S. 263 (Bild): SAE, Fotografie Carlo Lejeune

S. 263 (Bild): SAE, Fotografie Carlo Lejeune

S. 264 (Bild): Archiv Bauernbund, Martin Schröder.

S. 265 (Bild): Archiv ZVS, St. Vith.

S. 266 (Bild): Archiv Carlo Lejeune

S. 269 (Bild): http://commons.wikimedia.org/wiki/File%3A2011025_VitosEichbergEuthanasie-Denkmal.JPG

S. 270 (Bild): Archiv ZFP Elsborn

S. 272 (Bild): Archiv Bauernbund, Martin Schröder

S. 273 (Bild): SAE, Foto Lander



Die Autoren

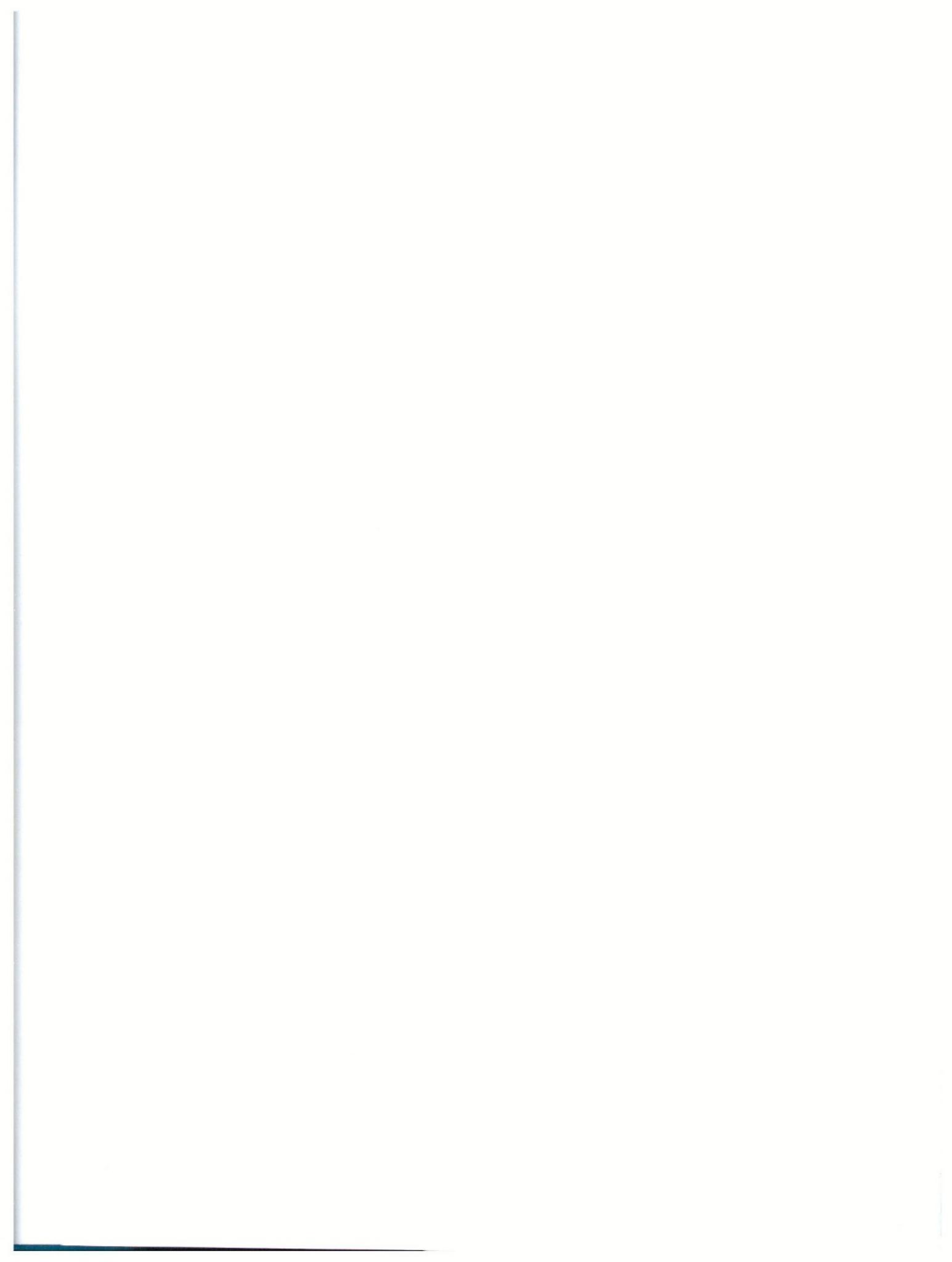
Philippe Beck, Dr. phil., geb. 1976, z.Z. Lehrbeauftragter an der Université de Louvain (UCL). Literatur und Geschichte des deutschsprachigen Belgiens vor dem Hintergrund der komparatistischen Imagologie und Kulturvermittlung bilden einen Schwerpunkt seiner Forschung. Seine Doktorarbeit über Josef Ponten und Peter Schmitz wurde mit dem *Preis des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2011* ausgezeichnet und unter dem Titel *Umstrittenes Grenzland* veröffentlicht.

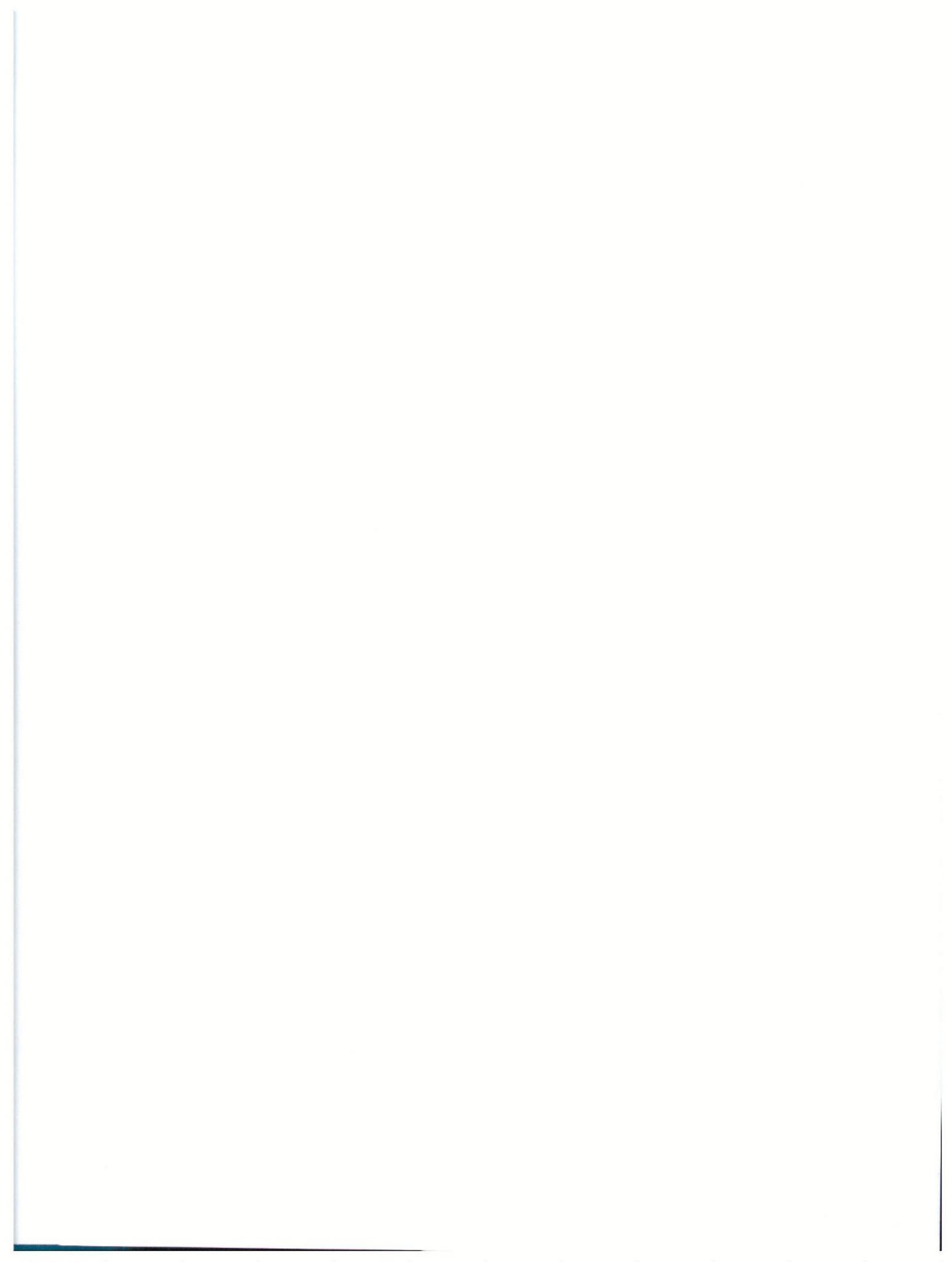
Christoph Brüll, Dr. phil., geb. 1979, *chercheur qualifié* des Fonds für wissenschaftliche Forschung (FNRS) und Dozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Lüttich. Studium der Geschichte, der internationalen Beziehungen und der europäischen Integration an der Universität Lüttich. Promotion an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Freddy Cremer, geb. 1957, studierte Religionswissenschaften, Philosophie und Geschichte an der Katholischen Universität in Louvain-la-Neuve. Lehrer für Geschichte und Philosophie an der Pater-Damian-Sekundarschule in Eupen. Zahlreiche Veröffentlichungen zur jüngeren Regionalgeschichte; veranstaltete 1990 in Zusammenarbeit mit Werner Mießen die geschichtliche Ausstellung *Die verdrängten Jahre: Eupen - Malmedy - St.Vith 1914-1945*.

Joseph Dries, geb. 1946, Studium der Geschichte an der Katholischen Universität Löwen, ehemaliger Lehrer für Geschichte und Erdkunde. Zwischen 1987 und 2012 war er in mehreren politischen Einrichtungen tätig. Mitarbeit an mehreren lokal- und regionalgeschichtlichen Publikationen.

Andreas Fickers, Dr. phil., geb. 1971, Professor für Zeitgeschichte und digitale Geschichtswissenschaft an der Universität Luxemburg. Forschungsschwerpunkte im Bereich transnationaler Mediengeschichte und europäischer Kultur- und Technikgeschichte. Aufbau europäischer Forschungsnetzwerke im Bereich der Fernsehgeschichte (www.euscreen.eu) und Technikgeschichte (www.tensionsofeurope.eu) sowie Herausgeber der online-Zeitschrift *VIEW. Journal of European Television History and Culture* (www.viewjournal.eu).





Die Autoren

Carlo Lejeune, Dr. phil., geb. 1963, studierte Geschichte in Louvain-la-Neuve, Köln, Bonn und promovierte in Trier. Er publizierte zahlreiche Bücher und Artikel zur Alltagsgeschichte, zu den deutsch-belgischen Beziehungen und zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Er arbeitete am digitalen Geschichtsbuch (m-book) für die Schüler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit und betreut mehrere Geschichtsprojekte, die im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes umgesetzt werden.

Werner Mießen, Lic. phil., geb. 1945, unterrichtete allgemeinbildende Fächer im Kongo (1970-1972) und in Eupen – zuletzt an der Autonomen Hochschule. Er verfasste Librettos und Reportagen, Beiträge zur jüngeren Geschichte Ostbelgiens sowie Bibliographien zur Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Peter M. Quadflieg, M.A., geb. 1982, Studium der Geschichte, der VWL und der Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Aachen, seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehr- und Forschungsgebiets Wirtschafts- und Sozialgeschichte der RWTH Aachen. Zahlreiche Publikationen zur ostbelgischen Zeitgeschichte, insbesondere zur Geschichte der „Zwangssoldaten“ und zur Wirtschaftsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nina C. Reip, M.A., geb. 1981, Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der RWTH Aachen.

„Vergangenheitsbewältigung“ war Thema sowohl der Abschlussarbeit wie auch Aspekt bei der beruflichen Tätigkeit in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Sie ist derzeit im Kabinett des Unterrichts- und Beschäftigungsministers der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig.

Sebastian Scharte, Dr. phil., geb. 1976, Studium der Volkskunde/Europäischen Ethnologie, Neueren und Neuesten sowie Mittleren Geschichte an der Universität Münster. Er veröffentlichte 2010 seine Doktorarbeit „Preußisch - deutsch - belgisch. Nationale Erfahrung und Identität. Leben an der deutsch-belgischen Grenze im 19. Jahrhundert“. Er arbeitet zurzeit als Referent im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Mit einer einfachen Verwaltungsanweisung etablierten die belgischen Behörden 1947 den Begriff der „Ostkantone“. Mit der Verabschiedung der Sprachengesetze von 1962 wurde das Gebiet deutscher Sprache in Belgien geschaffen.

In diesen Grenzen durfte der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft seit dem 23. Oktober 1973 eine begrenzte Autonomie ausüben.

Noch immer waren viele Folgen der Kriegs- und Nachkriegszeit – wie die Säuberung und der materielle und geistige Wiederaufbau – hier präsent. Doch diese Grenzregion, Belgien und Europa veränderten sich rasant. Dieser Wandel verlief nicht linear, sondern war von Ungleichzeitigkeit und Anpassungsprozessen geprägt.

Die neue politische Entwicklung wurde seit dem Ende der 1960er-Jahre von heftigen Diskussionen um die Identität der Grenzbevölkerung begleitet, in denen sich Geschichtsbilder, Sprachenfragen und Zukunftsvorstellungen vermischten.

Zehn publizistisch erfahrene Autoren beleuchten in 14 Kapiteln auf Grundlage von neuen Fragestellungen und Quellen spannende Aspekte der jüngeren Geschichte einer Grenzregion, die heute als Deutschsprachige Gemeinschaft eine institutionelle Realität im Bundesstaat Belgien ist.

ISBN 978-3-86712-086-9



9 783867 120869

www.gev.be

Neuerungen in der Gemeinschaftsarchivierung

Lejeune & Brüll (Hg.)